



*Hanna Kozińska-Witt*  
Jüdische  
Stadtdeputierte  
in der Zweiten  
Polnischen Republik

Projekte – Strategien – Dynamiken

Wallstein

Hanna Kozińska-Witt  
Jüdische Stadtdeputierte in der Zweiten Polnischen Republik

POLEN: KULTUR – GESCHICHTE – GESELLSCHAFT  
POLAND: CULTURE – HISTORY – SOCIETY

Herausgegeben von / Edited by  
Yvonne Kleinmann

Band 6 / Volume 6

Hanna Kozińska-Witt

Jüdische Stadtdeputierte  
in der Zweiten Polnischen Republik  
Projekte – Strategien – Dynamiken

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung  
und der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung

DEUTSCH	POLSKO
POLNISCHE	NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS	FUNDACJA
STIFTUNG	NA RZECZ NAUKI

# Inhalt

Vorwort . . . . .	9
Einleitung . . . . .	11
1. Krakau . . . . .	27
Galizische Traditionen: Jüdische Partizipation an der Stadtpolitik . . . . .	27
Das kommunalliberale Stadtparlament nach dem Ersten Weltkrieg . . . . .	29
Die Jüdische Gemeindevertretung als ein Faktor der Kommunalpolitik . . . . .	36
Demokratisierung und ›Konfessionalisierung‹ der Konfessionsgemeinden . . . . .	39
Modernisierung der kommunalen Selbstverwaltung à la <i>Sanacja</i> . . . . .	45
Querelen um den ›jüdischen‹ Vizepräsidenten . . . . .	54
Staatlicher Autoritarismus – ein neues Problem der Jüdischen Gemeinde . . . . .	60
Die letzten Stadtparlamentswahlen im Jahr 1938: ein Symbol politischer Authentizität? . . . . .	63
Die Polarisierung der Kommunalpolitik und die schwierige Wahl des Stadtpräsidenten . . . . .	69
Kommunale Sozialpolitik oder konfessionelle Wohltätigkeit? . .	72
Die kommunale Politik der Kostenabwälzung . . . . .	76
Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 . . . . .	82
Positionen jüdischer Stadtdeputierter im Aushandlungsprozess . . . . .	87
Konfrontation mit dem wachsenden Antisemitismus, 1931-1938 . . . . .	95
Die Auswirkungen der politischen Polarisierung auf die Sozialpolitik . . . . .	106
Kommunale Interventionen im ›jüdischen Viertel‹ Krakaus . . . . .	108
Zwischenfazit . . . . .	116

2. Posen	119
Eine kleine jüdische Gemeinde . . . . .	119
Preußische Traditionen und der ›Nationalitätenkampf‹ im Stadtparlament . . . . .	125
Der Aufstieg der Nationaldemokratie und seine Folgen . . . . .	130
Politische Ausdifferenzierung versus nationale Zugehörigkeit	137
›Juden« – Verbündete der <i>Sanacja</i> ? . . . . .	142
Das Stadtparlament von 1929 bis 1933 - eine Arena der staatskritischen Opposition? . . . . .	149
Kräftemessen zwischen <i>Endecja</i> und <i>Sanacja</i> , 1933-1935 . . . . .	151
›Verstaatlichung‹ der Selbstverwaltung: der Posener Magistrat 1935-1938 . . . . .	156
›Den nationalen und katholischen Charakter der Stadt bewahren‹: Die Wahlen 1938 . . . . .	160
Zwischenfazit . . . . .	163
 3. Warschau	 165
Imperiale Traditionen und neue Tendenzen: Juden in der Warschauer Stadtpolitik . . . . .	165
Demokratisierung und Fragmentierung des Stadtparlaments . . . . .	170
›Der Kampf um die Hauptstadt‹ zwischen <i>Endecja</i> und <i>Sanacja</i> . . . . .	178
Die ›Verstaatlichung‹ der Selbstverwaltung . . . . .	194
Antisemitische Parolen der Rechten – Stimmengewinn der Linken . . . . .	202
Politische Gestaltungsmöglichkeiten der jüdischen Stadtdeputierten . . . . .	210
Die Auswirkungen des Gesetzes über die Sozialfürsorge von 1923 . . . . .	218
Kommunale Finanzpolitik von der amerikanischen Anleihe bis zum Sparkurs . . . . .	223
Verschärfung des Sparkurses nach der ›Verstaatlichung‹ der Selbstverwaltung . . . . .	237
Debatten im radikalisierten und gespaltenen Stadtparlament im Jahr 1939 . . . . .	247

Kommunale Projekte im »jüdischen Viertel« Warschaus . . . . .	252
Zwischenfazit . . . . .	255

4. Abschließender Vergleich und Fazit . . . . .	257
---	-----

Streszczenie . . . . .	265
------------------------	-----

Summary . . . . .	267
-------------------	-----

Abkürzungen . . . . .	269
-----------------------	-----

Glossar . . . . .	271
-------------------	-----

Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	275
---	-----

## Anhang

1. Anhang 1: Liste der jüdischen Stadtdeputierten in Krakau, 1918-1939 . . . . .	293
---	-----

2. Anhang 2: Kommunale Subventionen für jüdische Institutionen in Krakau . . . . .	297
---	-----

3. Anhang 3: Liste der jüdischen Stadtdeputierten in Warschau, 1919-1939 . . . . .	300
---	-----

4. Anhang 4: Unvollständige Liste der (zeitweise) vom Warschauer Stadtparlament subventionierten jüdischen Institutionen, 1919-1938 . . . . .	304
---	-----

5. Anhang 5: Kommunale Subventionen für jüdische Institutionen in Warschau (in Złoty) . . . . .	308
--	-----

Register . . . . .	313
--------------------	-----





## Vorwort

Der Weg zu diesem Buch war lang, steinig und verschlungen. Am Anfang ließ ich mich von der Vernachlässigung der Thematik in der bisherigen Forschung in die Irre führen.

In den ersten drei Jahren war mein von der DFG finanziertes Projekt am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig angesiedelt. In dieser Zeit konnte ich partiell umfangreiche Zeitungsbestände und Archivalien auswerten und erste Artikel im *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* veröffentlichen. Ich möchte mich herzlich bei den studentischen Hilfskräften Tom Wiese und Yvonne Albers für ihre sprachliche Unterstützung bei der Abfassung aller Texte bedanken.

Das eigentliche intellektuelle Abenteuer begann mit meiner Übersiedlung nach Halle (Saale) an die Professur für osteuropäische Geschichte von Michael G. Müller. Ziemlich bald wurde alles, was ich zu wissen glaubte, von den TeilnehmerInnen des wöchentlichen Kolloquiums mit großer Eleganz dekonstruiert. Damit wurde eine langwierige, aber durchaus spannende Periode der thematischen Reformulierung eingeleitet. Hiermit möchte ich mich bei Michael G. Müller und meinen KollegInnen für ihr Mitdenken und ihre Arbeit an mir und meinem Thema bedanken.

Eine weitere Phase des Schreibprozesses wurde durch das von der Zeitschrift *Kwartalnik Historii Żydów* in Warschau bekundete Interesse an mehreren empirisch basierten Aufsätzen eingeleitet. Die Redaktion überließ die Kommentierung Professor Szymon Rudnicki. Es konnte mir nichts Besseres passieren. Dieser interessierte sich brennend für mein Thema und besaß als Verfasser eines Buches über die Aktivitäten der Vertreter der polnischen Juden in den Parlamenten der Zweiten Polnischen Republik die ebenso notwendige wie seltene Kompetenz. Er bewahrte mich von manchen voreiligen Schlüssen, monierte Ungenauigkeiten und ertrug geduldig das, was ich mit der polnischen Interpunktion anzustellen pflegte. Ich habe ihm und den Redakteuren des *Kwartalnik*, Dr. Jan Doktór und Michał Czajka, viel zu verdanken.

Ein dreimonatiges Forschungsstipendium des YIVO Institute for Jewish Research in New York (Aleksander and Alicja Hertz Memorial Fellowship) half mir, die internationale Dimension des Themas besser zu verstehen. Die Fertigstellung dieser Arbeit verdanke ich schließlich einem Forschungsstipendium der Gerda Henkel Stiftung, die mir Ar-

chivreisen, letzte Recherchen, die Teilnahme an Konferenzen und die Fertigstellung des Manuskripts ermöglichte und darüber hinaus eine Zukunftsperspektive eröffnete. Die Direktorin des Aleksander-Brückner-Zentrums für Polenstudien in Halle (Saale), Prof. Dr. Yvonne Kleinmann, hat diese Monographie in die Reihe *Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft* aufgenommen, wofür ich mich herzlich bedanke. Zwei anonyme KollegInnen haben hilfreiche *peer reviews* verfasst, Nachfragen gestellt und den Text sprachlich überarbeitet. Dank ihres Einsatzes konnten viele Ungenauigkeiten und Unklarheiten behoben werden. Ich bin ihnen dafür sehr dankbar.

Erster Leser und Korrektor war mein Mann Martin Witt, den ich in seiner Ausdauer und Geduld nur bewundern kann.

Rostock, im September 2020

## Einleitung

Noch bis vor ein paar Jahren hat man eine Erwähnung von Aktivitäten jüdischer Stadtdeputierter in den Stadtparlamenten der Zweiten Polnischen Republik in den Werken zur Geschichte der Juden Ostmitteleuropas vergeblich gesucht. Deswegen war nicht bekannt, welche Rolle die Stadtverwaltungen für die Ausgestaltung des Zusammenlebens zwischen Juden und Nicht-Juden in den konkreten Gemeinden spielten. Die Forschungslücke war seit den achtziger Jahren spürbar, und noch im Jahr 1993 diagnostizierte Jerzy Tomaszewski in seinem Abriss der neuesten Geschichte der Juden in Polen bezüglich der Erforschung der jüdisch-polnischen Kohabitation in den lokalen Verwaltungen eine Leerstelle.<sup>1</sup> Arbeiten zu den Aktivitäten der jüdischen Deputierten im Staatsparlament und punktuelle Untersuchungen zu manchen Stadtparlamenten erschienen in der Folge, bleiben aber Stückwerk.<sup>2</sup> Erst 2012 erschien die bedeutende Synthese *The Jews in Poland and Russia* von Antony Polonsky, die der Thematik einige Aufmerksamkeit schenkte.<sup>3</sup> In mehreren Abschnitten erwähnt Polonsky die Aktivitäten jüdischer Repräsentanten in der städtischen Selbstverwaltung. Darüber hinaus beinhaltet sein Buch ein ganzes Kapitel, das sich mit dem Wahlverhalten der Juden bei den polnischen *Sejm*- und Selbstverwaltungswahlen in der Zwischenkriegszeit und damit auch mit jüdischen Abgeordneten beschäftigt.<sup>4</sup> Der Verfasser konzentriert sich dabei auf Großstädte, was dem Umstand geschuldet ist, dass die Juden Polens vor allem Städter waren und mehrheitlich in Großstädten lebten. Bei

1 Tomaszewski, Jerzy: Niepodległa Rzeczypospolita. In: *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1959 roku)*, hg. v. Jerzy Tomaszewski. Warszawa 1993, 143-269, hier 200.

2 Rudnicki, Szymon: *Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej*. Warszawa 2004; Fałowski, Janusz: *Mniejszość żydowska w parlamencie II Rzeczypospolitej (1922-1939)* Kraków 2006; Wynot, Edward D. Jr.: Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw. In: *The Jews in Warsaw. A History*, hg. v. Władysław Bartoszewski und Antony Polonsky. Oxford 1991, 291-311; Wachowska, Barbara: The Jewish Electorate of Interwar Łódź in the Light of the Local Government Elections (1919-1938). In: *Polin* 6 (1991), 154-72; Brzoza, Czesław: Jewish Participation in the Elections to Kraków City Council during the Interwar Period. In: *Polin* 23 (2011), 213-239.

3 Polonsky, Antony: *The Jews in Poland and Russia*. Bd. 3: 1914 to 2008. Oxford et al. 2013.

4 National and Local Elections in the Cities. In: Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 113-131.

der Lektüre des Kapitels fällt auf, dass sich Polonsky des Öfteren nicht auf Sekundärliteratur, sondern direkt auf Quellen bezieht – was wiederum den Mangel an Forschungsarbeiten veranschaulicht.

Mit dem breit rezipierten *opus magnum* von Polonsky wurde das Thema nachhaltig in der Fachgemeinde etabliert. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe Arbeiten, die sich der jüdischen Partizipation in den Stadtparlamenten widmen.<sup>5</sup> Dort werden Aspekte angesprochen, die ich in meiner Arbeit aufgreife: die Wahlergebnisse, die Wirkung in den Stadtparlamenten, Ziele und strategische Bündnisse. Relativ wenig Aufmerksamkeit wurde bisher den Auswirkungen der Aktivitäten von jüdischen Stadtdeputierten gewidmet.<sup>6</sup> Zudem hat meines Wissens niemand den Versuch unternommen, die verschiedenen Einzeluntersuchungen in eine Synthese zusammenzuführen.<sup>7</sup> Ryszard Szwed hat lediglich die Ergebnisse der Kommunalwahlen für manche Städte zusammengestellt.<sup>8</sup> Der Grund für fehlende Vergleiche ist wohl in den

5 Szwed, Ryszard: Udział Żydów w samorządach miast Drugiej Rzeczypospolitej (1919-1939). In: *Prace Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie. Zeszyty Historyczne* 5 (1998), 197-212; Mizgalska, Magdalena: Udział Żydów w wyborach do Rady Miejskiej w Częstochowie (od przewrotu majowego do wybuchu drugiej wojny światowej). In: *Narody i polityka. Studia ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu*, hg. v. August Grabski und Artur Markowski. Warszawa 2010, 131-153; Zaporowski, Zbigniew: Żydzi w radzie miejskiej Lublina 1919-1939. In: *Żydzi w Lublinie*, hg. v. Tadeusz Radzik. Lublin 1995, 237-244; Urynowicz, Marcin: *Żydzi w samorządzie miasta Koziennice w okresie międzywojennym 1918-1939*. Warszawa 2003; Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administration in East-Central Europe, hg. v. Hanna Kozińska-Witt und Marcos Silber. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 115-306, dort Łódź, Warsaw, Lemberg, Przemyśl and Rzeszów. Viel Raum gibt Michał Trębacz den bundistischen Aktivitäten im Lodzer Stadtparlament, siehe Trębacz, Michał: *Israel Lichtenstein. Biografia żydowskiego socjalisty*. Łódź 2016.

6 Eine Ausnahme bildet Wierzcholska, Agnieszka: Relations between the Bund and the Polish Socialist Party from a micro-historical perspective. Tarnów in the interwar period. In: *East European Jewish Affairs* 43 (2013), 297-313. Mit diesem Aspekt beschäftigt sie sich auch in ihrer unveröffentlichten Dissertation. Wieters-Wierzcholska, Agnieszka: *Jüdische und nicht jüdische Bevölkerung in Polen. Eine Mikrostudie zu Tarnów 1918-1945*. Berlin: FUB 2019.

7 Kozińska-Witt, Hanna: Jewish Participation in Autonomous Administration. Kraków – Poznań in the Second Polish Republic. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 7 (2008), 189-213; Kozińska-Witt, Hanna/Silber, Marcos: Introduction. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 115-123.

8 Szwed: Udział Żydów w samorządach miast Drugiej Rzeczypospolitej (1919-1939).

sehr unterschiedlichen Voraussetzungen jüdischer Partizipation und Ausgestaltung in der jeweiligen Kommunalpolitik zu suchen.

Fest steht, dass sich Juden und Jüdinnen häufig an den Wahlen zur Selbstverwaltung beteiligten. Eine nicht näher präzisierbare Anzahl jüdischer Wähler gaben ihre Stimmen nichtjüdischen Parteien. Im Unterschied zum westlichen Europa gab es allerdings in Polen wie in anderen Ländern des östlichen Europa eine ganze Reihe von jüdischen Parteien, die ausschließlich unter Juden um ein Vertretungsmandat warben und sich speziell für jüdische Anliegen engagierten. Ihr Spektrum reichte von der Rechten über das Zentrum bis zur Linken, wobei sich die jeweiligen Parteien noch in unterschiedliche Flügel aufsplitterten.<sup>9</sup> Man kann auch zwischen integrationistischen, nationalistischen und orthodoxen Parteien unterscheiden. Am besten ist die Geschichte derjenigen jüdischen Parteien bekannt, die »modern Jewish politics«<sup>10</sup> repräsentierten und als demokratische Massenparteien organisiert waren: die der Zionisten (allgemeinen, linken und religiösen), der Folkisten und des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds *Bund*. Immer mehr wissen wir inzwischen auch über die Partei der Orthodoxen: *Agudas Yisrael*. Um an Durchsetzungskraft zu gewinnen, schlossen sich manche jüdische Parteien sowohl im *Sejm* als auch in den Stadtparlamenten zu einer jüdischen Fraktion (*koło żydowskie*) zusammen, die meist von den Zionisten dominiert war.

Während einige Parteien, auch jüdische, die Wahlen zum Parlament aus Protest gegen Machtmissbrauch und systematische Manipulationen durch die Regierung boykottierten, nahmen die meisten jüdischen Parteien an den Wahlen zur Selbstverwaltung weiterhin teil. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht gerade die Selbstverwaltungen für die Analyse des Wahlverhaltens und der Strategien der jüdischen Parteien aussagekräftiger sind als die als Untersuchungsgegenstand favorisierten Parlamentswahlen. Diese Frage erscheint umso wichtiger, als seit kurzem Historiker auf Grundlage des Wahlverhaltens der Juden im

9 Ich verzichte auf eine genauere Charakterisierung der Parteien, da die Informationen leicht zugänglich sind: Frenkel, Jonathan: *Parties and Ideologies*. In: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Parties\\_and\\_Ideologies](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Parties_and_Ideologies) *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Parties\\_and\\_Ideologies](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Parties_and_Ideologies) (29.8.2016). Dort weiterführende Literatur. Mendelsohn, Ezra: *Żydzi Europy środkowo-wschodniej w okresie międzywojennym*. Warszawa 1992, 75 f.; idem, *On modern Jewish politics*. New York/Oxford 1993, 28-36.

10 So nannte Ezra Mendelsohn die zahlreichen demokratischen jüdischen Massenparteien, siehe Mendelsohn, *Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej*, 78.

Hinblick auf das polnische Parlament über die durchaus integrative Kraft von Piłsudskis Minderheitenpolitik und die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in die polnische Politik nachdenken.<sup>11</sup> Es ist allerdings noch nicht abzusehen, wie sich dieser Ansatz mit dem Befund von Gershon Bacon in Einklang bringen lässt, dass ein und dieselben Wähler, je nach Wahl – zum Parlament, zum Vorstand der Konfessionsgemeinde oder aber zum Stadtparlament – ganz unterschiedliche, sogar einander bekämpfende Parteien wählten.<sup>12</sup>

Während Juden im Staatsdienst oder in höheren Verwaltungsstellen weiterhin so gut wie nicht vertreten waren, wurden sie, seitdem dies rechtlich zulässig war, zahlreich in die Stadtparlamente gewählt, wo sie die Kommunalpolitik mitgestalteten. Somit bildeten die Selbstverwaltungen – nicht nur die kommunalen, sondern auch die wirtschaftlichen und beruflichen<sup>13</sup> – die wohl einzige politische Struktur im polnischen Staat, die für Juden frei zugänglich war und in der sie ihre Partizipationsrechte verwirklichen konnten. In manchen Stadtparlamenten stellten jüdische Stadtdeputierte eine durchaus ansehnliche Gruppe. Deshalb werden die Stadtparlamente in dieser Arbeit, die Begrifflichkeit von Mary Pratt aufgreifend, als *Kontaktzonen* jüdischer und nicht-jüdischer Stadtdeputierter verstanden, in denen die unterschiedlichen ›dominierenden‹ und ›untergeordneten‹ Kulturen aufeinander trafen, miteinander rangen und sich aneinander rieben.<sup>14</sup> Da jüdische Stadtdeputierte in den Stadtparlamenten unterschiedliche Koalitionen mit nichtjüdischen Kollegen eingingen, ist die These von Robert Blobaum zu hinterfragen, dass Juden in der Politik recht verlassen dastanden und ihre Gegner immer deutlich überwogen.<sup>15</sup>

11 Kopstein, Jeffrey S./Wittenberg, Jason: Between State Loyalty and National Identity. In: *Polin* 24 (2012), 171-185. Diese Problematik wurde von Stephan Stach in seiner in Halle (Saale) verteidigten, aber noch nicht publizierten Dissertation *Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe. Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationaler und ethnoreligiöser Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926-1939)* ausführlich behandelt. Ich bedanke mich bei Stephan Stach für die Überlassung des Manuskripts.

12 Bacon, Gershon: *The Politics of Tradition. Agudat Yisrael in Poland, 1916-1939*. Jerusalem 1996, 238 und 273.

13 In der Zweiten Polnischen Republik bis zum Jahr 1938, als manche Berufsvertretungen ›arisiert‹ wurden.

14 Pratt, Mary: *Imperial Eyes: Studies in Travel Writing and Transculturation*. London 2011, 7.

15 Blobaum, Robert: Introduction. In: *Antisemitism and its Opponents in modern Poland*, hg. v. Robert Blobaum. Ithaca/London 2005, 1-19, hier 8.

Die Stadtparlamente waren zugleich Arenen, das heißt, ein ebenso konkreter wie abstrakter »Raum für politische Handlungen«. <sup>16</sup> Dietlind Hüchtker beschreibt diese Arenen als begrenzte Schauplätze, Orte der Inszenierung, die durch bestimmte Themen und Regeln sowie eine bestimmte Reichweite begrenzt werden. Für die Stadtparlamente heißt dies: Sie waren Orte, an denen man sich nach bestimmten Regeln präsentierte, Anliegen vorstellte, verhandelte, miteinander stritt, Kompromisse schloss oder auch übergangen wurde. Die involvierten Akteure waren von einem bestimmten städtischen Milieu gewählt worden, dessen Interessen sie in diesen Arenen zu vertreten hatten. Ihre Aktivitäten waren gut sichtbar, da die Mehrheit der Sitzungen öffentlich abgehalten und in der Presse ausgiebig besprochen wurde. Daher zog die Arbeit der Stadtdeputierten die Aufmerksamkeit der interessierten Öffentlichkeiten auf sich. Darüber hinaus standen die Akteure in stetem Kontakt zu ihrer Wählerschaft.

Gleichzeitig ist zu unterstreichen, dass jüdische Stadtparlamentarier Vertreter einer Minderheit waren, die dazu »verdammte« war, von der Mehrheit überstimmt zu werden. <sup>17</sup> Allerdings musste sich nach dem Ersten Weltkrieg zunächst eine als nichtjüdisch verstandene Mehrheit in den Stadtparlamenten konstituieren, was sich angesichts der politischen Unterschiede zwischen den nichtjüdischen Stadtdeputierten oft als schwierige Aufgabe erwies und schließlich ganz scheiterte.

Im Untersuchungszeitraum änderte sich auch der Status der lokalen Selbstverwaltungen. Während sie bis Ende der zwanziger Jahre eine relative Autonomie genossen, büßten sie später an Bedeutung ein und wurden Teil der staatlichen Verwaltung. <sup>18</sup> Einen Einschnitt markierte die Verkündung des Vereinigungsgesetzes (*ustawa scaleniowa*) im Jahr 1933, <sup>19</sup> das die vorausgegangene Aushöhlung der kommunal-

16 Hüchtker, Dietlind: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt a.M. 2014, 18f.

17 Hettling, Manfred/Müller, Michael G./Hausmann, Guido: Einleitung. In: *Die ›Judenfrage‹ als ein europäisches Phänomen?*, hg. v. Manfred Hettling at al. Berlin 2013, 9–20, hier 19.

18 Żarnowski, Janusz: Rola państwa i jego instytucji w przemianach społecznych w Polsce (1918–1939). In: *Metamorfozy społeczne*, Bd. 10: *Spółczesność międzywojenne: nowe spojrzenie*, hg. v. Włodzimierz Mędrzecki und Janusz Żarnowski. Warszawa 2015, 49–79, hier 61.

19 *Ustawa o częściowej zmianie ustroju samorządu terytorialnego z dnia 23 marca 1933* (Gesetz über die partielle Umgestaltung der territorialen Selbstverwaltung), siehe Klimek Marek: *Samorząd miast II Rzeczypospolitej. Publiczna debata i rozwiązania ustrojowe*. Lublin 2006, 60.



len Autonomie durch diverse Dekrete vollendete. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden eine einheitliche Verwaltungsstruktur im ganzen Staat eingeführt und deren Kompetenzen festgelegt. Den Schlusspunkt bildete die April-Verfassung des Jahres 1935, die die Tendenz zur zentralstaatlichen Lenkung gesetzlich verankerte. Es gilt daher herauszuarbeiten, wie sich städtische Repräsentanten in Warschau und in den regionalen Zentren mit dem Autonomieverlust arrangierten. Hatten die Selbstverwaltungsarenen damit für lokale Debatten und das lokale Geschehen an Bedeutung verloren? Wirkte sich der Autonomieverlust auf die Kommunalpolitik gegenüber der jüdischen Stadtbevölkerung aus? Hatte er einen Zuwachs des Antisemitismus im lokalen Raum zur Folge?

Zuerst soll jedoch definiert werden, wer mit ›jüdischen Stadtdeputierten‹ gemeint ist. Als solche bezeichne ich in dieser Arbeit diejenigen Stadtdeputierten, die sich als Juden verstanden, in den Stadtparlamenten jüdische Milieus und Parteien repräsentierten und denen jüdische Wählerschaft ihre Stimme gab. Deshalb schließt diese Definition Juden aus, die sich dem Sozialismus verschrieben hatten und Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) waren, auch wenn sie sich weiterhin als Juden verstanden und sich als Sozialisten unter anderem für jüdische Belange engagierten.

Diese Arbeit konzentriert sich ausschließlich auf diejenigen Aktivitäten, die mit der jüdischen Stadtbevölkerung oder aber mit der jüdischen Konfessionsgemeinde zusammenhingen und nimmt somit die von Till van Rahden konzipierte »situative Ethnizität« in den Blick: »eine kulturelle und soziale Grenzmarkierung, die Zugehörigkeit oder Ausschluss signalisiert« und an die konkrete soziale Situation gebunden ist.<sup>20</sup> Damit will ich keinesfalls suggerieren, dass jüdische Anliegen die einzigen waren, die jüdische Stadtdeputierte interessierten. Diese engagierten sie sich vielmehr in allen Debatten und Lösungsfindungsprozessen, was ihnen von polnisch-nationalen Milieus bisweilen zum Vorwurf gemacht wurde. Es ist jedoch oft einfach nicht möglich, die genaue Position jüdischer Stadtdeputierter in den Prozessen der Beschlussfindung zu ermitteln: Während die Abstimmungsergebnisse pauschal wiedergegeben wurden, ist es in der Regel nicht möglich, die Entscheidungen der Einzelnen zu ermitteln. In der Presse wurden nur

20 Rahden, Till van: *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*. Göttingen 2000, 20f.

manche kontroversen Debatten ausgiebig besprochen; deshalb können nur diese hier analysiert werden.

Drei Schwerpunkte der Untersuchung möchte ich hervorheben:

### 1. *Regionalität und Persistenz regionaler Traditionen*

Ich habe drei polnische Großstädte ausgewählt, die aufgrund ihrer durch die Teilungen Polens bedingten Vergangenheit unterschiedliche administrative Traditionen in den neu entstandenen Staat einbrachten: Warschau, Krakau und Posen.<sup>21</sup> Diese Großstädte genossen als regionale Zentren jeweils einen administrativen Sonderstatus, der sie von anderen Kommunen unterschied. Mich interessiert die Persistenz der administrativen Traditionen und wie man diese an die neuen Herausforderungen moderner Staatlichkeit anpasste.<sup>22</sup> Deshalb konzentriere ich mich auf die Untersuchung politischer Regionalismen, die sich im Arbeitsstil der Stadtparlamente (*radny miejskie*) widerspiegeln und auf die von den Anhängern des Zentralismus unternommenen Versuche, diese Stile zu nivellieren. Mich interessieren dabei ausschließlich die Vorgänge in den Stadtparlamenten, d.h. in legislativen und kontrollierenden gewählten städtischen Gremien, und nicht jene in den verwaltenden und ausführenden Magistraten (*magistraty*, später *zarządy miejskie*), in denen Fachkräfte als Beamte oder Angestellte beschäftigt wurden. Die in die Stadtparlamente Gewählten werden in dieser Arbeit als Stadtdeputierte (*radny*) bezeichnet. Die Regionalität hat auch eine »jüdische Dimension«, da sowohl der Status der jüdischen Bevölkerung als auch Vorschläge zur Lösung der lokalen »Judenfrage« – verstanden als eine Rücknahme der vollzogenen rechtlichen Gleichstellung der Juden<sup>23</sup> – in den drei Kommunen unterschiedlich ausfielen.

Bei der Auswahl der drei Städte lasse ich mich von einem älteren Ansatz von Maria Bogucka leiten, die drei Städte mit unterschiedlichem

21 Borodziej, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*. München 2010, 149; Kozińska-Witt, Hanna: Jüdische Stadtverordnete in den kommunalen Selbstverwaltungen der Zweiten Polnischen Republik: Krakau, Posen und Warschau. Eine Bilanz der ersten »Krakauer« Projektphase. In: *Scripta Judaica Cracoviensia* 9 (2011), 105-119.

22 Mit dieser Problematik beschäftigten sich in den Jahren 2010-2016 die Mitarbeiter des am Centre Marc Bloch angesiedelten Projektes »Phantomgrenzen«. Aus dieser Zusammenarbeit entstand eine für Polen in der Zwischenkriegszeit relevante Publikation. *Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918-1939*, hg. v. Michael G. Müller und Kai Struve. Göttingen 2017.

23 Hettling/Müller/Hausmann, Einleitung. In: *Fragmentierte Republik*, 10.

›Kapital‹ miteinander verglich: Danzig (wirtschaftlich), Warschau (politisch) und Krakau (kulturell).<sup>24</sup> Bogucka behauptet, dass sich diese drei Städte gegenseitig ergänzten und so den Staat wandlungsfähiger machten. In der Tat verfügten die drei von mir ausgewählten Städte über entsprechende Ressourcen: Krakau war eine traditionsreiche Kultur- und Bildungsmetropole; Posen repräsentierte wirtschaftliche Stärke, und Warschau assoziierte man mit politischer Macht. Darüber hinaus war Warschau als Hauptstadt auch ein Sehnsuchtsort für gute Lebensperspektiven und sozialen Aufstieg. Zu untersuchen ist, wie sich diese unterschiedlichen Voraussetzungen auf die jeweilige kommunale Politik auswirkten. Es geht mir weniger um die Rolle dieser Kommunen im Gesamtstaat als um die Frage, ob und wie sich die unterschiedlichen Eigenschaften auf die jüdisch-polnische Kohabitation in den Stadtparlamenten auswirkten.

## 2. Die Demokratisierung der Selbstverwaltung und ihre Auswirkungen auf die Repräsentanz der jüdischen Milieus<sup>25</sup>

Den Kern dieses Schwerpunkts bildet die Frage, ob die vereinheitlichende Demokratisierung der Selbstverwaltung und deren Arbeit in allen drei Teilungsgebieten eine Zäsur für die jüdischen Vertretungen bedeutete. Dieser Vorgang markierte auf jeden Fall eine grundlegende Veränderung der Zusammensetzung der Stadtparlamente, in die bis zum I. Weltkrieg ausschließlich Vertreter der lokalen Geld- und Bildungseliten gewählt werden konnten. Durch die nach Vermögens- und Bildungsklassen gestufte Zensuswahlordnung (*wybory cenzusowe* oder *kurialne*) kamen Anhänger eines liberalen Weltbilds in die Stadtparlamente, was als Kommunalliberalismus oder auch kommunaler Liberalismus in die Forschung eingegangen ist.<sup>26</sup> Kraft der Demo-

24 Bogucka, Maria: Krakau – Warschau – Danzig. Funktionen und Wandel von Metropolen 1450–1650. In: *Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*, hg. v. Evamaria Engel et al. Berlin 1995, 71–92.

25 Diesen Problembereich als einen Ausgangspunkt der Analyse schlug Bőrris Kuzmany in seiner Rezension vor, siehe Kuzmany, Bőrris: Rezension zum Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe, hg. v. Hanna Koziońska-Witt und Marcos Silber. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 63, (2014), 303–305; <http://www.zfo-online.de/index.php/zfo/article/view/3791> (4.8.2016).

26 Langewiesche, Dieter: Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: *Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900*, hg. v. Detlef Lehnert. Köln et al. 2014, 39–71.

kratisierung sollten Vertreter der bisher Ausgeschlossenen über die städtischen Angelegenheiten in ihrem Sinne mitentscheiden dürfen. Realpolitisch wurde damit den Vertretern der Massenparteien ein Mitspracherecht zugesichert und das der lokalen Interessen- und Minderheitenvertreter geschwächt.

Janusz Żarnowski behauptet, Juden im ehemaligen österreichischen Teilungsgebiet hätten in der Zweiten Polnischen Republik an Status verloren, während jene im ehemaligen russischen Teilungsgebiet dank der demokratischen Institutionen gewonnen hätten.<sup>27</sup> Im liberalen schlesischen Breslau waren jüdische Stadtdeputierte laut Till van Rahden Verlierer der Demokratisierung des Stadtparlamentes.<sup>28</sup> Angesichts dieser Interpretationen soll die Bedeutung der Demokratisierung in Bezug auf das Geschehen in den jeweiligen Stadtparlamenten erneut überprüft werden. Gab es andere Faktoren, die für die jüdische Repräsentanz und ihre Effizienz bedeutender waren? Żarnowski behauptet im besagten Text, dass nicht die Staatspolitik über die Lage der Gesellschaft entschied, sondern Wirtschaftskrisen und die Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Konkurrenzen, die zu einer vermeintlich ausweglosen Situation führten.<sup>29</sup> Diese These kann möglicherweise auch auf die Kommunalpolitik und die jeweilige Stadtgesellschaft umgemünzt werden. Welche Rolle spielte die »traumatische Erfahrung der Großen Krise« (1929), die, wie Włodzimierz Borodziej schreibt, »die ›jüdische Frage‹ in den Mittelpunkt der Debatten in Parteien und in der römisch-katholischen Kirche, im Parlament wie in den gesellschaftlichen Vereinen [rückte]«?<sup>30</sup> Welche Rolle spielten der Zentralismus und die damit verbundene Konzentrierung von Staatsgewalt?

Um die Rolle der Demokratisierung besser zu veranschaulichen, habe ich die ausgewählten Kommunen nach dem Fortschreiten der Demokratisierung im lokalen Raum eingeordnet: Als erste Kommune wird Krakau besprochen, wo sich die imperialen Zensustraditionen am

27 Żarnowski, *Rola państwa*, 24.

28 Rahden, *Juden und andere Breslauer*, 317, 329.

29 Żarnowski, *Rola państwa*, 73; Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 77.

30 Borodziej, *Geschichte Polens*, 179; Landau-Czajka, Anna/Landau, Zbigniew: *Posłowie polscy w Sejmie 1935-1939 o kwestii żydowskiej*. In: *Rozdział wspólnej historii. Studia z dziejów Żydów w Polsce ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*. Warszawa 2001, 211-224; vgl. Mędrzecki, Włodzimierz: *Narodowości*. In: *Metamorfozy społeczne*, Bd. 10: *Spółczeństwo międzywojenne: nowe spojrzenie*, hg. v. Włodzimierz Mędrzecki und Janusz Żarnowski. Warszawa 2015, 225-250, hier 231.

längsten hielten. Darauf folgt Posen, wo es ähnliche Traditionen gab, die jedoch bald von einer rapiden Demokratisierung abgelöst wurden. Am Ende steht Warschau, wo die Selbstverwaltung relativ neu war und sich nach einem sehr kurzen Zensus-Intermezzo rasch demokratisierte.

### 3. *Auswirkungen des staatlichen Interventionismus und Autoritarismus auf die jüdische Vertretung*

Die städtische Selbstverwaltung bildete eine gesonderte rechtlich-organisatorische Struktur im Kontext der öffentlichen Verwaltung.<sup>31</sup> Sie übernahm zunächst einen Teil der Aufgaben des Innenministeriums und der ihm untergeordneten allgemeinen Verwaltung. Mit der Zeit wuchs jedoch die Abhängigkeit vom Innenministerium und seiner Politik. Sowohl die Überwindung der Regionalismen als auch die Bekämpfung der Folgen der Weltwirtschaftskrise liefen auf Zentralismus, Etatismus und Interventionismus hinaus. Im Gegensatz zur theoretischen Diskussion, in der die Selbstverwaltung von allen politischen Parteien als Schule des Bürgersinns verhandelt wurde,<sup>32</sup> höhnten die Warschauer Regierungen die lokale Autonomie immer mehr aus, um schließlich im Jahr 1933 die städtischen Selbstverwaltungen zu »verstaatlichen«, d. h. zum Ausführungsorgan der staatlichen Verwaltung zu degradieren.<sup>33</sup> Hinzu kam der von Włodzimierz Międzyrzecki diagnostizierte Kampf gegen die Eliten der Minderheiten, der es letzteren schwer machte, Loyalität gegenüber dem polnischen Staat zu entwickeln.<sup>34</sup>

Die »Verstaatlichung«<sup>35</sup> der Stadtverwaltungen begünstigte das Zusammenwachsen der Regionen zu einem einheitlichen polnischen Staat. Zum ersten Mal galt in Polen fast überall die gleiche kommunale Wahlordnung, und sämtliche kommunalen Selbstverwaltungen erhielten eine uniforme Struktur. In den ersten beiden Kommunalwahlen vor dem Jahr 1933 wurden die Kandidaten von den Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen entsandt und die Stadtdeputierten

31 Kozyra, Waldemar: *Polityka administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1918-1939*. Lublin 2009, 94.

32 *Samorząd w polskiej myśli politycznej XX wieku*, hg. v. Grzegorz Radomski. Toruń 2006; Sidor, Monika: *Samorząd terytorialny w myśli politycznej II Rzeczypospolitej Polskiej*. Toruń 2010.

33 Żarnowski, Rola państwa, 61.

34 Międzyrzecki, *Narodowości*, 232.

35 Der Begriff nach einem bekannten Wirtschaftshistoriker und Aktivist der Bauernbewegung Franciszek Bujak (1875-1953), zit. in: A.D.: *Upaństwowienie samorządu*. In: *Głos Narodu* 45 (1933), 1.

nach dem Proportionsrecht gewählt. In den letzten Kommunalwahlen im Jahr 1938 wurden konkrete Personen gewählt, die unabhängig von ihrer ideologischen Zugehörigkeit auf den selben lokalen Listen stehen konnten.<sup>36</sup> Über die Bedeutung dieser Reform der Wahlordnung ist nichts bekannt, da die Stadtparlamente erst kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges komplettiert wurden.

An dieser Stelle interessiert der Konnex zwischen Vereinheitlichung, ›Verstaatlichung‹ und Antisemitismus. Da polnische Abgeordnete im Sejm unabhängig von ihrer parteilichen Zugehörigkeit in den Jahren 1935 bis 1938 der Argumentation der nationalistischen Rechten folgten,<sup>37</sup> nach der die Juden nicht zur polnischen Nation gehörten und aus dem Staat auszugrenzen seien, stellt sich die Frage, inwieweit diese Aussagen auch in den Stadtparlamenten Anklang fanden. Spiegelten die Stadtparlamente lediglich die Diskussionen wider, die anderswo geführt und angeleitet wurden? Oder blieben sie zumindest ideologisch weitgehend autonom?

Alan S. Zukerman hat das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in Wien und Warschau in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in vergleichender Perspektive analysiert. Dabei interessiert ihn besonders, wie sich die Ethnizität und Klassenzugehörigkeit der jüdischen Wähler auf die Wahlbeteiligung und -ergebnisse auswirkten. Zukerman weist auf die unterschiedlich ausgeprägte Verflechtung der Faktoren Konfession, Ethnie, Beruf und Bildung hin und folgert, man könne nicht annehmen, dass die homogene Welt der modernen Individuen die heterogene traditionale Gesellschaft auf einen Schlag ersetzt habe.<sup>38</sup> Damit meint er die vorherrschende Tendenz, die Gesellschaft in moderne Klassen zu unterteilen, ohne das gleichzeitige Fortbestehen andersartiger traditionaler Gesellschaftsordnungen zu beachten. Dieser These haben sich polnische Forscher angeschlossen, die allerdings weniger mit der ›linken‹ Begrifflichkeit der Klassenzugehörigkeit, sondern eher mit der Persistenz vormoderner Ständeordnungen argumentieren.

Schon in den 1980er Jahren hat der Soziologe Aleksander Hertz die Beharrlichkeit ständischer Hierarchien und Mentalitäten in Polen be-

36 Kozyra, *Polityka administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych*, 587; Klimek, *Samorząd miast II Rzeczypospolitej*, 85.

37 Landau-Czajka/Landau, *Posłowie polscy w Sejmie 1935-1939*, 213.

38 Zukerman, Alan S.: *Division and Cohesion in the Process of Modernization*. In: *Deutsche Juden und die Moderne*, hg. v. Shulamit Volkov. München 1994, 141-163, hier 163.

schrieben und dabei den Juden kollektiv die Funktion einer abgeschlossenen Kaste zugewiesen, der man lebenslang angehöre.<sup>39</sup> Hertz meinte, dass die ständische Struktur des frühneuzeitlichen Polen-Litauen viele Merkmale aufwies, die für ein Kastensystem wesentlich sind und hob dabei professionelle und kulturell-habituelle Merkmale hervor. Die für das vormoderne System charakteristische Wahrnehmung sei auf die spätere Zeit reflexionslos übertragen worden. Während viele Juden kraft ihrer Bildung und ihres wirtschaftlichen Erfolges sozial aufgestiegen seien, hätten Nichtjuden sie weiterhin in der traditionellen Hierarchie als Paria (*podlej kondycji*) platziert und so wahrgenommen.<sup>40</sup> Hertz erwähnt die zunehmende Feindschaft der Nichtjuden gegenüber den Juden in der Zwischenkriegszeit und eine von den Nichtjuden ausgehende Tendenz, »den Kastencharakter des polnischen Judentums« bewahren zu wollen – und dies, obwohl Juden auch Polen im Sinne von polnischen Staatsbürgern waren.<sup>41</sup> Diese Zuordnung sollte real existierende Vorteile für ethnische Polen »theoretisch« untermauern und ging mit der politischen Instrumentalisierung bzw. Politisierung des vermeintlichen ethnischen Unterschieds einher.

In jüngeren Studien erwähnt auch Włodzimierz Międzyrzecki das »Denken in ständischen Kategorien«, das am Anfang der Zwischen-

39 »Dieser [Kasten-]System existierte in Polen der Zwischenkriegsperiode, obwohl er nicht vom Gesetz aufgedrängt war und es keine rechtlichen Vorschriften gab, die – formal, ihn geschützt hätten«. Hertz, Aleksander: *Żydzi w kulturze polskiej*, Warszawa 1988, 83-115, hier 85. Aleksander Hertz (1895-1983) war ein Warschauer Soziologe, er beschäftigte sich mit Ideengeschichte und politischen Beziehungen, seit 1940 lebte er in den Vereinigten Staaten. Ich betrachte Aleksander Hertz als einen Zeitzeugen, der das Erlebte, d.h. die »ständische Hierarchisierung«, wissenschaftlich zu verarbeiten versuchte. Kritisch über Begrifflichkeit der Kaste, im Kontext von *colonial studies*, Rosman, Moshe: *How Jewish is Jewish History*. Oxford et al. 2007, 96. Über polnische Ständegesellschaft siehe auch Blobaum, Introduction, 2f. Ähnliche Überlegungen zum Status von Juden in Ungarn. Miller, Michael L.: Going native. Moritz Jellinek and the Modernization of the Hungarian Economy. In: *The Economy in Jewish History. New Perspectives on the Interrelationship between Ethnicity and Economic Life*, hg. v. Gideon Reuveni und Sarah Wobick-Segev. New York/Oxford 2011, 175-173, hier 162.

40 Hertz, Aleksander: Sprawa antysemityzmu. In: *Socjologia nieprzedawniona. Wybór publicystyki*, hg. v. Jan Garewicz. Warszawa 1992, 390-410, hier 407-409; Hertz, *Żydzi w kulturze polskiej*, 88.

41 »[T]endencja utrzymania kastowego charakteru żydostwa polskiego«, Hertz, *Żydzi w kulturze polskiej*, 163 und 177.

kriegsperiode in der Bauernschaft weit verbreitet gewesen sei.<sup>42</sup> Dem schließt sich Borodziej an, der in seiner *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert* auf das Überdauern ständischer Hierarchien hinweist, das sich wie die regionalen Traditionen auf die Realität des neugegründeten Staates auswirkte.<sup>43</sup> Borodziej spricht von einer »deutlich erkennbaren gesellschaftlichen Segmentierung« und weist auf die soziale Zusammensetzung der neuen Staatselite hin, die großenteils weiterhin den traditionellen Eliten entsprach.<sup>44</sup>

Statt auf die Heterogenität der polnischen Judenheit näher einzugehen, möchte ich deshalb an dieser Stelle besonders auf die alle Juden betreffende ständische Tradition hinweisen, die soziale Hierarchien konservierte und jüdisch-nichtjüdische Kontakte strukturierte.<sup>45</sup> Diese ständische Tradition prägte das professionelle Profil und den Rechtsstatus der polnischen Judenheit und stand für eine gemeinsame Vergangenheit, an die man sich erinnern konnte. Dies war eine konstitutive Voraussetzung für die Gemeinschaftsbildung. Obwohl sich viele Juden säkulare Bildung und bürgerlichen Habitus aneigneten und diese mitgestalteten, blieben auch akkulturierte Milieus überwiegend isoliert, was mit ihrer eigenen Verfasstheit und mit der Verfasstheit der analogen nichtjüdischen Milieus zusammenhing. Es interessiert mich, ob und wie sich diese soziale Konstellation auf die verschiedenen Kommunalpolitiken auswirkte.

An dieser Stelle ist auf die großen sozialen und konfessionellen Distanzen hinzuweisen, die im frühen 20. Jahrhundert Regel und Norm waren. Für die hier analysierte Problematik folgt daraus: Selbst wenn sich moderne Parteien, neue Milieus sowie Verhaltensweisen konstituierten und die kommunale Ebene mitgestalteten, bedeutet dies nicht, dass ältere Traditionen und Hierarchien auf einen Schlag verschwanden.

42 Międzyrzecki, *Narodowości*, 241.

43 Borodziej, *Geschichte Polens*, 160.

44 »[U]nter etwa 300 Personen, die 1919 bis 1926 die höchsten staatlichen Ämter bekleideten, waren 56% Angehörige der *Inteligencja*, 13% Grundbesitzer, 11% Unternehmer und Finanziers, 10% Armeeingehörige, 7% Beamte, zwei Prozent Bauern und ein Prozent Arbeiter«. Arbeiter stellten hingegen mehr als ein Viertel der Bevölkerung, die Bauern mehr als die Hälfte, die *Inteligencja* etwa 5%, die Bourgeoisie etwa 1%, die Grundbesitzer ca. 0,04%. Borodziej, *Geschichte Polens*, 160.

45 Kozińska-Witt, Hanna: Broken Traditions? Jewish Presence on the City Councils of Kraków, Poznań, and Warsaw, 1919-1939. In: *Polin* 29 (2016), 177-199.



Die Problematik wird chronologisch in zwei Schritten analysiert: Zuerst untersuche ich das Wahlverhalten der jüdischen Stadteinwohner und die von ihnen entsandte kommunale Vertretung nach Wahlperioden und umreiße kurz das Geschehen im Sejm und in den jeweiligen jüdischen Gemeinden. Ferner gehe ich Koalitionen und Gegnerschaften in den Selbstverwaltungsarenen nach. Im zweiten Schritt prüfe ich die Effizienz der Aktivitäten der jüdischen Stadtdeputierten, wobei ich nur die Aktivitäten berücksichtige, die mit den Anliegen der jüdischen Stadteinwohner oder aber mit den lokalen jüdischen Konfessionsgemeinden zu tun hatten. Als Prüfstein dienen die eingeworbenen städtischen Subventionen, die für jüdische Institutionen sehr wichtig waren, da sie im Unterschied zu den Katholiken und einigen anderen christlichen Gemeinschaften vom Staat nicht unterstützt wurden.<sup>46</sup> Ich präsentiere konkrete Anliegen und die Argumentation ihrer Verfechter und Gegner und stelle anhand einiger Beispiele eine Verbindung zu Themen der klassischen *urban history* her, z.B. zu Stadterweiterung, Modernisierung der Stadtviertel und kommunaler Sozialpolitik. Dabei spielte eine wichtige Rolle, dass viele Juden in bestimmten Straßen bzw. Nachbarschaften wohnten und jüdische Gemeinden über ihre eigenen Sozialeinrichtungen verfügten, die den besonderen Bedürfnissen ihrer Mitglieder Rechnung trugen.

Diese zwei Schritte vollziehe ich in der Untersuchung der Krakauer und Warschauer Selbstverwaltung. Eine Ausnahme bildet die Stadt Posen, wo es nur eine kleine jüdische Minderheit gab, was sich in der Abwesenheit einer kommunalen Sozialpolitik gegenüber den Posener Juden widerspiegelte.

Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass die Kommunalpolitiker lokal spezifische Schwerpunkte setzten konnten und unterschiedliche Strategien anwandten. Deshalb ist es weniger wichtig, wie sich die Parteien in ihren Programmen gegenüber der jüdischen Bevölkerung positionierten,<sup>47</sup> sondern wie ihre den Stadtparlamenten angehörenden Mitglieder konkret handelten.<sup>48</sup>

46 Żarnowski, *Rola państwa*, 75 f.

47 Diese Problematik wurde mehrfach untersucht; die weiterführende Literatur dokumentieren: Stach, Stephan: Minderheitenpolitik in der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 59 (2010), 394-412; Henschel, Christhardt/Stach, Stephan: Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918-1939. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 62 (2013), 164-186.

48 Auf die lokalen Unterschiede weist Agnieszka Wierzcholska hin, siehe Wierzcholska, *Relations between the Bund and the Polish Socialist Party*.

Um die Krakauer, Posener und Warschauer kommunale Selbstverwaltungen vergleichend analysieren zu können, habe ich kommunale Periodika ausgewertet: Verordnungsbücher (*Dzienniki Zarządzeń* oder *Dzienniki Rozporządzeń*, *Gazeta urzędowa*) und diverse Berichte (*Sprawozdania*, *Budżety* usw.). Da diese amtlichen Medien Debatten in den kommunalen Arenen gewöhnlich nur sehr knapp wiedergeben, habe ich darüber hinaus umfangreich lokale Tageszeitungen und Zeitschriften hinzugezogen, wobei ich unterschiedliche politische Orientierungen und Sichtweisen berücksichtigt habe. So habe ich für Krakau den zionistischen *Nowy Dziennik* und den christlich-demokratischen *Głos Narodu* ausgewertet; für Posen den konservativen *Dziennik Poznański*, den nationaldemokratischen *Kurjer Poznański* und das deutsch-konservative *Posener Tageblatt*. Die Warschauer Entwicklung habe ich anhand des zionistischen *Nasz Przegląd*, des wirtschaftsliberalen *Kurjer Polski*, der nationaldemokratischen *Kronika Warszawy* und des *Kurjer Warszawski* nachvollzogen. Punktuell habe ich in allen drei Fällen weitere Zeitungen berücksichtigt. In mehreren Fällen habe ich lokale Archive konsultiert, was jedoch nur in einem beschränkten Umfang möglich war. Für Warschau sind so gut wie keine kommunalen Archivalien erhalten; Krakauer und Posener Dokumente befinden sich in den Beständen der jeweiligen Kommunalverwaltung, Wojewodschaften oder aber der Konfessionsgemeinden.

#### *Anmerkung zu Übersetzungen und Transkriptionen*

Die zitierten Texte wurden von mir aus dem Polnischen übersetzt. Bei der Transkription jiddischer und hebräischer Namen habe ich die vom *YIVO Institute for Jewish Research* etablierte Schreibweise angewendet.<sup>49</sup> Die Transkription russischer Begriffe erfolgt nach der in Deutschland üblichen wissenschaftlichen Transliteration.

49 Transliteration. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yiddishwit.com/transliteration.html> (3.12.2018).



Abb. 1: Das Rathaus in Krakau. In: *Kraków. Rozszerzenie granic 1909-1915*, hg. v. Karol Rolle. Kraków 1931, 64.

# 1. Krakau

## Galizische Traditionen: Jüdische Partizipation an der Stadtpolitik

Krakau war in der Teilungszeit die zweitgrößte Stadt des habsburgischen Galiziens gewesen. Im Jahr 1921 zählte die Stadt laut Volkszählung 183.706 und im Jahr 1939 253.815 Einwohner und Einwohnerinnen.<sup>1</sup> Etwa ein Viertel von ihnen von ›mosaischer Konfession‹ (1921: 24,6%, 1931: 25,8%). Die Stadt war das Verwaltungszentrum für den westlichen Teil der Region, sie hatte sich dank der Universität und der Akademie der Wissenschaften eine bedeutende Stellung als Kultur- und Bildungszentrum erarbeitet. Darüber hinaus war Krakau Bischofssitz; die Kurie gehörte zu den wichtigsten Institutionen, die über die Moral der Katholiken streng wachte und politischen Einfluss ausübte. Von großer Bedeutung war Erzbischof Adam Stefan Sapieha (1867-1951), der sich sozial stark engagierte.<sup>2</sup>

Das ›jüdische Stadtviertel, Kazimierz, entstand aus einer ursprünglich von Krakau separierten ›jüdischen Stadt‹, die am Anfang des 19. Jahrhunderts eingemeindet worden war. Zeitweise war Kazimierz das Handels- und Handwerkszentrum für die ganze Kommune. Die Jüdische Gemeinde war traditionell orthodox ausgerichtet; der chassidische Einfluss war bedeutend.<sup>3</sup> Seit den 1860er Jahren etablierte sich in Kazimierz eine zahlenmäßig schwache »fortschrittliche« Tempelgemeinde (*synagoga postępową*), die jedoch kommunalpolitisch relativ einflussreich war.<sup>4</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlie-

1 Mroczka, Ludwik: *Krakowianie. Szkice do portretu zbiorowego w dobie industrialnej transformacji 1890-1939*. Kraków 1999, 12 und 47. Dieses Kapitel beruht auf meinem Aufsatz: *Udział Żydów w wyborach do Rady m. Krakowa i w jej składzie w okresie Drugiej Rzeczypospolitej – Prasowa wersja wydarzeń*. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 248 (2013), 647-678.

2 Sapieha war seit 1911 in Krakau. Kosman, Marcelli: Adam Stefan [Sapieha]. In: *Encyklopedia Katolicka*, Bd. 17, Lublin 2016, 1097f.

3 Manekin, Rachel: Orthodox Jewry in Kraków at the Turn of the Twentieth Century. In: *Polin* 23 (2011), 165-198; eadem: Makhzikey ha Das. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Makhzikey\\_ha\\_Das](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Makhzikey_ha_Das) (4.6.2016).

4 Tempelgemeinden wurden von denjenigen Juden gegründet, die der Modernisierung des Lebensstils und des Kultus offenstanden und entsprechende Reformen anstrebten (*postępowcy*). Sie popularisierten säkulare Bildung und galten als akkulturationswillig. Żbikowski, Andrzej: *Żydzi krakows-*

ßen Juden infolge ihrer rechtlichen Emanzipation verstärkt das überfüllte Kazimierz und siedelten sich im gesamten Stadtgebiet an, wo sie neue Erwerbsquellen erschlossen.

Seit 1866 gab es in Krakau ein Stadtparlament, das auf Grundlage von Zensuswahlrecht gewählt wurde. Wahlberechtigt waren nur knapp 5 % der männlichen Bevölkerung, die vermögend oder aber akademisch gebildet waren. Das Stadtparlament versammelte die Vertreter der Bildungs- und Wirtschaftseliten der Stadt, während Vertreter anderer Schichten gänzlich fehlten. Das Stadtparlament bestand aus drei Wahlkurien, deren Mitglieder nach Höhe der gezahlten Staatssteuer (*podatki państwowe*) und nach dem Grad ihrer Ausbildung differenziert wurden. Die Hälfte der Stadtdeputierten waren Immobilienbesitzer. Demnach entschieden wirtschaftliche und soziale Kriterien über Möglichkeiten der politischen Partizipation. Konfession und ethnische Zugehörigkeit spielten hingegen keine Rolle.

Da Juden sowohl zu den Wirtschafts- und Bildungseliten als auch zu den Immobilienbesitzern zählten, zogen ihre Vertreter in das Stadtparlament ein. Sie stellten bis zum Ersten Weltkrieg jeweils ca. 20 % der Stadtdeputierten, die überwiegend aus der dritten Kurie der Kleinhändler und Kleinhandwerker gewählt wurden.<sup>5</sup> Die Mehrheit der Krakauer Stadtdeputierten gruppierte sich in der Fraktion der Bürgerlichen bzw. Citoyens (*mieszczanie, klub mieszczański*), dem auch jüdische Deputierte angehörten.<sup>6</sup>

*cy i ich gmina w latach 1869-1919.* Warszawa 1994, 59-75; Kozińska-Witt, Hanna: *Die Krakauer Jüdische Reformgemeinde 1864-1874.* Frankfurt a.M., 1999; eadem: *The Association of Progressive Jews in Kraków, 1864-1874.* In: *Polin* 23 (2011), 119-134; Maślak-Maciejewska, Alicja: *Działalność towarzystwa Agudas Achim i jego związki z synagogami postępowymi we Lwowie i Krakowie.* In: *Kwartalnik Historii Żydów* 249 (2014), 173-202; eadem: *Kształtowanie się środowiska krakowskich Żydów postępowych na podstawie relacji dziennika »Czas«.* In: *Żydowski obraz Polski, Polski obraz Żyda*, hg. v. Waldemar Szczerbiński und Bartosz Lampkowski. Poznań/Gniezno 2012, 141-156; eadem: *Poza działalnością Ozjasza Thona – synagoga Tempel i krakowskie Stowarzyszenie Izraelitów Postępowych w okresie międzywojennym. Przyczynek do dalszych badań.* In: *Kwartalnik Historii Żydów* 257 (2016), 123-145; eadem: *Z dziejów judaizmu w XIX-wiecznym Krakowie – tożsamość, poglądy religijne i instytucje środowiska Żydów postępowych.* Doktorarbeit UJ, Kraków 2015.

5 Sroka, Łukasz Tomasz: *Żydzi w Krakowie. Studium o elicie miasta 1850-1918.* Kraków 2008, 127.

6 Die Anfänge dieser Formation hingen mit der Zuerkennung des Stadtbürgerrechts zusammen, womit eine Schicht der Stadtbürger (*obywatele miejscy*)

Das höchste Amt, das ein Jude de facto in der Krakauer Selbstverwaltung bekleidete, war das des Vizepräsidenten.<sup>7</sup> Die Vizepräsidentenschaft beschränkte sich keinesfalls auf die Repräsentation der jüdischen Einwohner und ihrer Belange. Das dritte – später in das vierte umbenannte – Vizepräsidentenamt wurde im Zuge der Vergrößerung der Stadt mit großflächigen Eingemeindungen im Jahr 1905 eingeführt, um den Inkorporationsprozess zu steuern und die unterschiedlichen, nun städtischen, Milieus gleichgewichtig zu Wort kommen zu lassen. Der erste Jude in diesem Amt war der Ingenieur Józef Sare (1850-1929), der drei Mal wiedergewählt wurde: 1908, 1911 und 1914.<sup>8</sup> Er war ein ausgewiesener Fachmann für städtische Finanzpolitik und Kommunalbetriebe. Darüber hinaus entwarf er Baupläne für mehrere kommunale Institutionen.<sup>9</sup> Politisch gehörte er dem konservativen Lager an.

## Das kommunalliberale Stadtparlament nach dem Ersten Weltkrieg

Die Regierenden in Warschau konzentrieren sich im Zuge der Staatsgründung zunächst auf die Ausarbeitung einer Verfassung, auf die Außenpolitik und auf den Aufbau von Verwaltungsstrukturen in den unterschiedlichen Regionen des Landes. Deshalb ließen sie manche Organe aus der Teilungszeit, wie das effiziente und wohlgeordnete Krakauer Stadtparlament, fortbestehen. Das im Jahr 1913 zuletzt gewählte Krakauer Stadtparlament wurde nach dem Ersten Weltkrieg reaktiviert.<sup>10</sup> Somit bildete es als eine Institution, in der personell und in-

entstehen konnte, die das Recht besaß, über Angelegenheiten ›ihrer‹ Städte zu entscheiden. Siehe Citoyen. In: *Wirtschaftslexikon.co* <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/bourgeois-citoyen/bourgeois-citoyen.htm> (8.8.2016).

- 7 Kozińska-Witt, Hanna: Lokale Arenen der Aushandlung und der Kompromisschließung? Juden und Nicht-Juden im Krakauer Stadtparlament. In: *Politische Strategien nationaler Minderheiten in der Zwischenkriegszeit*, hg. v. Mathias Beer und Stefan Dyroff. München 2013, 109-133, hier 117-123.
- 8 Brzoza, Czesław/Stephan, Kamil: Józef Sare. In: *Krakowianie. Wybitni Żydzi krakowscy XIV-XX*, hg. v. Muzeum Historyczne Miasta Krakowa. Kraków 2006, 92-95.
- 9 Zbroja, Barbara: *Miasto umarłych. Architektura publiczna Żydowskiej Gminy Wyznaniowej w Krakowie w latach 1868-1939*. Kraków 2005, 118.
- 10 Im Jahr 1914 gab es im Krakauer Parlament 67 Christen und 20 Juden. Sroka, Łukasz Tomasz: *Żydzi w Radzie Miasta Krakowa (1866-1939). Zagadnienia prawne i ustrojowe*. In: *Budowali nowoczesne miasto. Żydzi w samorządzie miejskim, gospodarczym i finansowym miasta (1866-1939)*, hg. v. Muzeum miasta Krakowa. Kraków 2015, 62-115, hier 81. Auch in Tarnów wurde

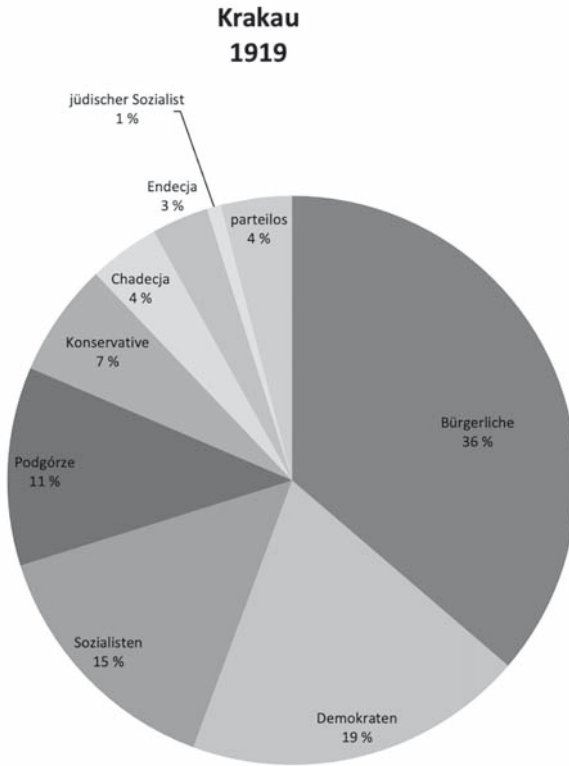
haltlich galizische Praktiken fortgesetzt wurden, einen fast klassischen Fall der von Karen Barkey eindrücklich beschriebenen »legacies of the Imperial Past«. <sup>11</sup> Die Wählerschaft wurde lediglich um die vierte Kurie, die Kurie des allgemeinen Wahlrechts, ergänzt. Diese wurde zwar »demokratisch« genannt, umfasste allerdings lediglich die von der Wojewodschaft ernannten Vertreter der modernen Massenparteien. Unter den so Designierten befanden sich keine Frauen (obwohl sie zum Wahlrecht zugelassen waren).

Auch der Vorstand der jüdischen Konfessionsgemeinde (*zarząd gminy wyznaniowej izraelickiej/żydowskiej*) wurde nach dem Ersten Weltkrieg reaktiviert. Es ist wichtig, diese Kontinuität hervorzuheben, da dieser Vorstand als ein politischer Faktor in Krakau agierte und seine Mitglieder nach einem bestimmten Muster in das Stadtparlament wählen ließ. So wurde z. B. der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde gezielt ins Stadtparlament gewählt, um dort deren Interessen zu vertreten und zwischen dem Gemeindevorstand und der Stadtverwaltung zu vermitteln.

Das Krakauer Stadtparlament bestand im Jahre 1918 aus 127 Stadträten (drei Sitze blieben vakant). <sup>12</sup> 72 Sitze wurden auf Grundlage der Zensuswahlordnung besetzt; 31 kamen durch Kooptation von rekrutierten Vertretern der neu eingemeindeten Viertel hinzu. Dabei spielte Podgórze als einzige eingemeindete Kleinstadt eine Sonderrolle: Seine Vertreter waren besonders zahlreich und vertraten im Unterschied zu den Vertretern der anderen neu eingemeindeten Vororte die Interessen der urbanen Schichten. Schließlich kamen noch die Stadtdeputierten der vierten Kurie hinzu, die nach Zahlenverhältnis im Staatsparlament ernannt wurden (24 Sitze). Dabei kristallisierten sich folgende Frakti-

1918 das galizische Stadtparlament reaktiviert und zusätzlich die vierte Kurie ernannt. Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 71-74, 79. Ich verzichte hier auf die Schilderung der kommunalen Reaktionen auf die antijüdische Gewalt, denn ich habe dieses Thema in einem Artikel ausführlich behandelt. Kozińska-Witt, Hanna: Reakcja samorządu krakowskiego na akty gwałtu dokonywane na ludności żydowskiej w okresie Drugiej Rzeczypospolitej (według sprawozdań prasowych). In: *Kwartalnik Historii Żydów* 251 (2014), 559-582.

- 11 Barkey, Karen: Thinking about Consequences of Empires. In: *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, hg. v. Karen Barkey und Mark von Hagen. Boulder 1997, 99-114, hier 101.
- 12 Adamczyk, Elżbieta: Samorząd Krakowa i jego władze. In: *Dzieje Krakowa. Kraków w latach 1918-1939*, hg. v. Janina Bieniarzówna und Jan M. Małecki. Kraków 1997, 51-78, hier 51.



onen (*kluby*) heraus: Bürgerliche (*mieszczanie*) – 45, Demokraten – 24, Sozialisten – 18, Vertreter des Stadtteils Podgórze – 14,<sup>13</sup> Konservative – 8, Christdemokraten (*klub chrześcijańsko-społeczny* oder *chrześcijańsko-demokratyczny* – *Chadecja*) – 5, Nationaldemokraten (*Narodowa Demokracja* – *Endecja*) – 4, fünf sog. »Wilde« – d.h. Parteilose und ein jüdischer Sozialist.<sup>14</sup> Jüdische Stadtdeputierte gab es darüber hinaus in fast jeder Fraktion, Christ- und Nationaldemokraten ausgenommen.

13 Podgórze war eine Nachbarstadt von Kraków und wurde erst während des Ersten Weltkrieges nach langen Verhandlungen inkorporiert. Wegen seines urbanen und industriellen Charakters hatte Podgórze einen Sonderstatus. Deshalb bildeten die Stadtdeputierten aus Podgórze eine gesonderte Gruppe im Krakauer Stadtparlament.

14 Brzoza, Czesław: Jewish Participation in the Elections to Kraków City Council during the Inter-War Period. In: *Polin* 23 (2010), 213-239, hier 216.



Das so zusammengesetzte Stadtparlament war eine undemokratische Institution, die in einem sich rasch demokratisierenden Umfeld weiterhin agierte. Es bestand aus den alten Milieus, territorial zusammengefassten Vertretungen und modernen politischen Parteien. Nach eingübter Praxis arbeiteten die alteingesessenen Fraktionen und die Sozialisten zusammen und schlossen Kompromisse. Während manche auf staatlicher Ebene mächtige Parteien im Krakauer Stadtparlament überhaupt nicht präsent waren, z.B. die Bauernpartei *Polskie Stronnictwo Ludowe Piast (PSL Piast)*, bildeten Christdemokraten und Nationaldemokraten eine zwar schwache, aber ausgesprochen redengewandte und aggressive Opposition. Die Christdemokraten waren besonders wichtig, weil sie von lokalen katholischen Würdenträgern unterstützt wurden und mit *Głos Narodu* über eine einflussreiche Tageszeitung verfügten.<sup>15</sup> Die Opposition sprach abfällig von einer liberal-konservativ-assimilatorisch-jüdischen Großkoalition (*koalicja liberalno-stańczykowsko-asymlatorsko-żydowska*<sup>16</sup>) oder aber vom »Krakauer politischen Dreieck« aus Sozialisten, Konservativen und jüdischen Demokraten, welches das Stadtparlament beherrsche.<sup>17</sup> Diese Kritik verwies darauf, dass unter den jüdischen Stadtdeputierten viele waren, die sich polnisch akkulturiert hatten und mit den nichtjüdischen Sozialisten, Demokraten oder aber Konservativen erfolgreich kooperierten, da sie ähnliche kommunalpolitische Ziele verfolgten. Die beiden jüdischen politischen Gruppierungen nannten sich Assimilierte (*Asymilowani*) und Unabhängige (*Niezawisli*).<sup>18</sup> Die Assimilierten kooperierten politisch mit den Konservativen oder aber mit den Demokraten, während die Unabhängigen liberale oder aber sozialdemokratische Ideale vertraten.

15 Jacek Majchrowski nennt *Głos Narodu* ein inoffizielles Organ der Krakauer Kurie, Majchrowski, Jacek: *Silni, zwarci, gotowi*. Warszawa 1985, 144.

16 Rozwiązanie Rady m. Krakowa. In: *Głos Narodu* (nachfolgend GN) 164 (1924), 3.

17 Krakowski trójkąt polityczny. In: GN 177 (1924), 1.

18 Die Assimilierten werden in diesem Kontext als eine politische Kommunalgruppierung verstanden und nicht als Personen, die sich individuell polonisierten. »Partei der Unabhängigen Juden« (*Partia Niezawisłych Żydów*) war eine lokale, linksliberale Gruppierung, die von dem Juristen Dr. Adolf Gross gegründet und angeführt wurde und sich für Demokratisierung der Politik und der jüdischen Gemeinde einsetzte. Die Mitglieder beider Gruppierungen gehörten wohl dem Milieu »Polen des mosaischen Glaubens« an, wobei der »Pole« hier als eine bürgerliche Qualifikation (*obywatel*) und nicht als eine ethnische Zugehörigkeit verstanden wurde. Siehe auch Hertz, *Żydzi w kulturze polskie*, 158.

So wie andere moderne Massenparteien waren die Zionisten im Stadtparlament bis 1924 nicht vertreten.<sup>19</sup> Da sie aber seit 1919 Repräsentanten im Staatsparlament (*Sejm*) hatten, wurde die lokale Konstellation von den Vertretern der Massenparteien als Verzerrung der politischen Verhältnisse empfunden, da »moderne Politiker« im demokratischen Staat zwar die Staats-, nicht aber die Kommunalpolitik gestalten durften. Die National- und Christdemokraten sahen die Zionisten als wahre Vertreter der Juden und deshalb als politische Partner an, nicht aber die im Stadtparlament präsenten Assimilierten oder gar Unabhängigen, die sie als antiquiert und elitär wahrnahmen.<sup>20</sup> Dieser Sachverhalt wurde im christdemokratischen *Głos Narodu* mit dem Satz wiedergegeben: »In der Sintflut des Ersten Weltkriegs ist der jüdische Pole umgekommen.«<sup>21</sup> Nun werde er durch einen Zionisten ersetzt.

Die institutionelle Fortdauer des Krakauer Stadtparlaments und des Jüdischen Gemeinderats wurde trotz wiederholter Anträge beider Gremien, endlich neue Wahlen auszuschreiben, durch Dekrete der Regierung gesichert. Das todesbedingte Ausscheiden aus beiden Gremien wurde durch Nachrücken weiterer Kandidaten der Parteien aus den Wahllisten von 1911 und 1913 ausgeglichen. Niemand war mit diesem Zustand zufrieden. Besonderen Unmut äußerten Vertreter der modernen Massenparteien, die durch das Ausbleiben von Neuwahlen von der kommunalen Legislative ausgeschlossen blieben. Schließlich denunzierte die Bauernpartei *Piast* das Krakauer Stadtparlament bei der Regierung, indem sie es der Ineffizienz beschuldigte. Damit bewirkte sie 1924 tatsächlich seine Auflösung.

In dem daraufhin von der Regierung ernannten, aus 36 Personen bestehenden Hilfsrat des Regierungskommissars (*Rada Przyboczna Komisarza Rządu*), darunter fünf Juden, erhielten die modernen Parteien die Mehrheit.<sup>22</sup> Die Zionisten waren mit dem charismatischen Kra-

19 Kozińska-Witt, Hanna: Conquer the Municipalities? Yehoshua Ozjasz Thon's Followers in the Municipal Self-Government of Cracow. In: *A Romantic Polish Jew. Rabbi Ozjasz Thon from Various Perspectives*, hg. v. Michał Galas und Shoshana Ronen. Kraków 2015, 139-149.

20 Refleksje o wyborze wiceprezydenta. In: *GN* 146 (1929), 1.

21 Polski żyd redivivus. In: *GN* 45 (1922), 1. »Jüdischer Pole« meint in diesem Zusammenhang die Polen mosaischen Glaubens.

22 Brzoza, Jewish Participation, 218. Die kommissarische Stadtverwaltung wurde auch in Tarnów eingesetzt; im Jahr 1926 wurde sie, so wie in Krakau, gegen das alte Stadtparlament »eingewechselt«. Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 81-85.

kauer Rabbiner Jehoshua Ozjasz Thon (1870-1936) vertreten. Er war seit 1899 Reformprediger in Krakau und seit 1919 zionistischer Sejm-abgeordneter.<sup>23</sup> Somit zogen in die Krakauer Selbstverwaltung zwar demokratische Parteien ein, diese wurden allerdings undemokratisch ›von oben‹ auf ihre Posten entsandt. Dem Hilfsrat wurde von mehreren Seiten vorgeworfen, durch Inkompetenz zu glänzen, was nach Zeitungsberichten vor allem dem kommissarischen Stadtpräsidenten Zdzisław Wawrausch anzulasten war. Nachdem dieser der Krakauer Kommune einen enormen finanziellen Schaden zugefügt hatte, war er auch von der Warschauer Regierung nicht mehr zu halten und wurde abgesetzt.<sup>24</sup> Schließlich führte die unbefriedigende Tätigkeit des Hilfsrates dazu, dass im Jahr 1926 alle Parteien die vom Verfassungsgericht angeordnete Wiedereinsetzung des alten Stadtparlaments erleichtert begrüßten. Diese wurde einen Monat vor dem Maiumsturz im Jahr 1926 umgesetzt. Deshalb lässt sich nur spekulieren, wie sich der autoritäre Marschall Józef Piłsudski mit einem liberalen Zensusgremium an der Spitze einer der wichtigsten polnischen Großstädte abgefunden hätte.

Am 24. März 1929 starb der Vizepräsident Józef Sare.<sup>25</sup> Damit begann ein erbitterter Kampf um das Amt des vierten Vizepräsidenten, das die christdemokratische Opposition im Stadtparlament für sich beanspruchte.<sup>26</sup> Alternativ schlug sie vor, das Amt des Vizepräsidenten gänzlich zu streichen. Man unterstellte dem Stadtpräsidenten Karol Rolle, dass er das Vizepräsidentenamts nicht mit einem Fachmann, sondern gezielt mit einem jüdischen Vertreter besetzen wollte, um sich die Unterstützung der Krakauer Juden zu erkaufen. Damit wäre der vierte Vizepräsident *explizit* ein jüdischer Repräsentant gewesen, der nicht mehr die ganze Einwohnerschaft, sondern eine ethnisch-religiöse Minderheit vertreten hätte – in christdemokratischer Lesart ein Schritt in Richtung der gefürchteten nationalen Autonomie für die polnische Judenheit.

Diese Deutung wurde durch Entwicklungen in der Jüdischen Gemeinde erhärtet. Im Mai 1929 wurden erste demokratische Wahlen zum jüdischen Gemeindevorstand durchgeführt, aus denen Ortho-

23 Galas, Michał: Ozjasz (Jehoshua) Thon (1870-1936) – Prediger und Rabbiner in Krakau (Eine Erinnerung anlässlich seines 75. Todestages). In: *Judaica* 67 (2011), 311-320.

24 Ein Kommentar des Stadtpräsidenten Karol Rolle am 21.3.1925. In: *Archiwum Narodowe w Krakowie*, zesp. Spuścizna Rollego, sygn. 1.

25 Zgon wiceprezydenta miasta Sarego. In: *GN* 81 (1929), 5; O wybór następcy bł. wiceprezydenta Sarego. In: *ND* 93 (1929), 3.

26 Czwartą wiceprezydenturą – dla żyda. In: *GN* 91 (1929), 1.

doxe und Zionisten als stärkste Kraft hervorgingen. Wenn die Juden nun eine Vertretung in Form eines »authentischen«, da demokratisch gewählten Gemeindevorstands bekamen, so die christdemokratische Opposition, sollten sie sich im Gegenzug »gerechtigkeitshalber« aus anderen politischen Ebenen des Staates zurückziehen oder aber verdrängt werden. Mit dieser Forderung begannen die Christdemokraten eine massive Kampagne gegen das Amt des vierten Vizepräsidenten.<sup>27</sup> Sie schoben zwar finanzielle Gründe vor, befürchteten allerdings vor allem eine Verschiebung der Machtkonstellation: »In ein, zwei Jahren werden diese Posten von Zionisten beansprucht werden, da sie diejenigen sind, denen die jüdischen Wähler ihre Vertretung anvertrauen werden.«<sup>28</sup> Aus diesem Satz sprach die Furcht, dass die Zionisten künftig die »christliche« Stadt mitregieren könnten.

Trotz der angespannten Stimmung wurde am 26. Mai 1929 ein Unabhängiger, der Jurist Ignacy (Izaak) Landau (1870-1934), zum Vizepräsidenten designiert.<sup>29</sup> Dagegen protestierte die *Chadecja*, deren Vertreter Karol Holeksa<sup>30</sup> beim Stadtparlament und der Wojewodschaft erfolglos Einspruch erhob.<sup>31</sup> So wurde die Krakauer Kommune in den dreißiger Jahren weiterhin vom »jüdisch-sozialistisch-konservativen Dreieck« verwaltet, das zwar Piłsudski und seiner Anhängerschaft skeptisch gegenüberstand, aber in Kompromissfähigkeit geübt war. Deshalb trat die Mehrheit des Stadtparlaments und der Stadtpräsident Karol Rolle geschlossen dem Parteilosen Block der Zusammenarbeit mit der Regierung von Marschall Piłsudski (*Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Marszałka Piłsudskiego* – BBWR) bei.<sup>32</sup>

27 Wybory 4-tego wiceprezydenta m. Krakowa dokonane sprzecznie z postanowieniami statutu. In: *GN* 143 (1929), 7.

28 Refleksje o wyborze wiceprezydenta, 1.

29 Radca dr. Ignacy Landau desygnowany na wiceprezydenta m. Krakowa. In: *ND* 140 (1929), 2; Bł. p. Dr Ignacy Landau. In: *ND* 201 (1934), 14. Man hatte auch die Wahl von Adolf Gross in Erwägung gezogen; dieser verlangte jedoch zusätzlich finanzielle Kompetenzen. *Z Rady m. Krakowa*. In: *Ilustrowany Kurier Codzienny* 100 (1929), 11; *Z Rady m. Krakowa*. In: *Naprzód* 84 (1929), 7.

30 Karol Holeksa (1886-1968) war der führende Christdemokrat im Stadtparlament. Er redigierte eine lokale Zeitung, arbeitete in einem Verlag, war zeitweise Vizevorsitzender der Christdemokratischen Partei und 1922-1927 Parlamentsdeputierter. Siehe Turowski, Konstanty: Holeksa, Karol (1886-1968). In: *Encyklopedia Katolicka*, Bd. 6, Lublin 1993, 1147.

31 Ludność katolicka Krakowa protestowała zawsze przeciw wiceprezydentom żydom. In: *GN* 155 (1935), 5.

32 Brzoza, Kraków polityczny, 109.

## Die Jüdische Gemeindevertretung als ein Faktor der Kommunalpolitik

Analog zur allgemeinen Stadtverwaltung wurden nach dem Ersten Weltkrieg vorerst keine Neuwahlen in der jüdischen Gemeindeverwaltung in Galizien durchgeführt, obwohl die Regierung die Verhältnisse in den jüdischen Gemeinden im ehemaligen Kongresspolen bald durch das Dekret vom 7. Februar 1919 demokratisierte und dort Neuwahlen zuließ.<sup>33</sup> Deshalb wurde die Jüdische Gemeinde in Krakau bis zum Jahr 1927 auf Grundlage des habsburgischen Gesetzes vom 21. März 1890 und der Anordnung des Präsidenten der Zweiten Polnischen Republik über die Bereinigung des rechtlichen Zustandes in den jüdischen Gemeinden verwaltet.<sup>34</sup> Der Gemeinderat zählte 30 Personen und wurde in drei zensusorientierten Kurien gewählt, die sich nach der Höhe der Gemeindesteuer und dem (säkularen) Bildungsgrad richteten. Die erste Kurie versammelte die jüdische *Inteligencja*, die in der Regel polnisch akkulturiert war. Viele ihrer Mitglieder waren gleichzeitig Stadtdeputierte. Eine ähnliche Überschneidung ist auch bei manchen orthodoxen Gemeinderäten zu beobachten. Der Vorstandvorsitzende der Jüdischen Gemeinde wurde immer in das Stadtparlament gewählt, wo er offiziell die Jüdische Gemeinde repräsentierte.<sup>35</sup> Deshalb ist von einer regulären Kommunikation zwischen den beiden Strukturen auszugehen.

So wie im Falle der städtischen Selbstverwaltung sicherten die Amtsträger der jüdischen Gemeindeverwaltung die Kontinuität des Gremiums und somit die Fortdauer der Vorkriegshierarchien. Die Spitze der Gemeindeverwaltung bildeten die Assimilierten. Im November 1918 wurde der bisherige Gemeindevorstandvorsitzende, Samuel Tilles, angeblich aufgrund des Vorwurfs der kompletten Polonisierung zur Ab-

33 Sanacja stosunków w gminach żydowskich w Małopolsce. In: *ND* 35 (1927), 5.

34 Samsonowska, Krystyna: Wybory do władz Żydowskiej Gminy Wyznaniowej w Krakowie. Z dziejów nieznannej samorządności Krakowa I połowy XX w. In: *Historia* 2 (1994), 47-66, hier 50; eadem: *Zarys funkcjonowania żydowskiej gminy wyznaniowej w Krakowie 1918-1939*. In: *Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego*, zesp. *Prace Magisterskie* (nachfolgend AZIH, zesp. *Prace Magisterskie*), sygn. 347, v. 93.

35 Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Tarnów hatte auch einen Sitz im Stadtparlament inne. Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 75.

dankung gezwungen<sup>36</sup> und durch einen anderen Assimilierten, Rafał Landau, ersetzt. Da sich die Unabhängigen für die radikale Demokratisierung der jüdischen Gemeinde aussprachen, spielten sie bei den Gemeindewahlen keine Rolle.<sup>37</sup>

So wie in der Kommunalverwaltung wurden Abgänger durch Kandidaten ergänzt, die bei den letzten Wahlen die hinteren Plätze in den Wahllisten eingenommen hatten. Die modernen Milieus, d.h. vor allem Zionisten und jüdische Sozialisten, sollten künftig durch kooptierte Gemeindedeputierte repräsentiert werden. So beschloss der Gemeinderat am 5. November 1918 die Ernennung von acht zusätzlichen Vertretern »derjenigen jüdischen Bevölkerung, die bislang von der Gemeindegemeinschaft ausgeschlossen gewesen war«. <sup>38</sup> Die übergeordnete Behörde billigte jedoch im Mai 1919 den entsprechenden Antrag nicht, weshalb die Gemeinde von einem unvollständigen Gremium von nur 19 Ratsmännern verwaltet wurde.<sup>39</sup> Die Angelegenheit regelte man schließlich doch konstruktiv. Im Mai 1921 kooptierte der amtierende Gemeinderat weitere 17 Ratsmänner, die u.a. moderne Parteien vertraten.<sup>40</sup>

Der Einzug der Zionisten bedeutete für den Gemeinderat eine Herausforderung, da sie die Gemeinde als eine politische Nationalein-

36 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 145; Żbikowski, *Żydzi krakowscy*, 306. Über Tilles bei Stein, Kalman: *Di yidn in Krokower shtotrat tswishn di tswey welt-milhomes*. In: *Sefer hashana/Yorbukh*, Buenos Aires 1970, 318-326, hier 321; *Walka ludu żydowskiego o kahał*. In: *Nowa Reforma* 119 (1918). Samsonowska erklärt Tilles Resignation nicht überzeugend mit seinem Einzug in das Stadtparlament. Siehe Samsonowska, *Zarys funkcjonowania gminy*, 43.

37 Rafał Landau hatte gleichzeitig den Vorsitz der jüdischen Fortschrittsgemeinde (*Postępowcy*) inne, einer lokalen Krakauer Form der jüdischen Reformbewegung. Siehe Mayer, M. Michael: *Reform Religious*. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Reform\\_Religious](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Reform_Religious) (23.5.2016). Maślak-Maciejewska, *Z dziejów judaizmu w XIX-wiecznym Krakowie*. Über die religiöse Ausrichtung der *Niezawisli* habe ich keine Daten gefunden, vermute aber, dass sie dem Gemeindevorstand zu säkularisiert und zu unabhängig waren. Es ist nicht klar, ob sich die *Niezawisli* überhaupt an den Wahlen zum Vorstand der Konfessionsgemeinde beteiligten.

38 *Z żydowskiej rady wyznaniowej*. In: *Nowa Reforma* 291 (1918), 2.

39 *Z żydowskiej rady wyznaniowej*. In: *ND* 104 (1919), 3.

40 *Z Rady wyznaniowej żydowskiej*. In: *ND* 117 (1921), 6; vgl., *ibid.* In: *Nowa Reforma* 141 (1921), 2; Małecka-Jaworska, Barbara: *Ludność żydowska w Krakowie w latach 1918-1939*. In: *AŻIH*, zesp. *Prace Magisterskie*, sygn. 348/1, folio 103. Samsonowska spricht von 19 Kooptierten. Samsonowska, *Zarys funkcjonowania gminy*, 42; eadem, *Wybory do władz*, 52.

heit verstanden, die es zu demokratisieren galt.<sup>41</sup> Sie bekämpften das orthodoxe, soziokonfessionelle Gemeindeverständnis. Im Gemeinderat wurden auch Angelegenheiten diskutiert, die eigentlich in die Kompetenz der städtischen Selbstverwaltung fielen, wie z.B. die geordnete Straßenführung.<sup>42</sup> Auf diese Weise wurden spätere Anfragen an die städtische Selbstverwaltung vorbereitet und beschlossen.<sup>43</sup> Ob dies eine Praxis aus galizischer Zeit war, ist nicht bekannt. Daher lässt sich nicht sagen, ob dies vielleicht doch die herkömmliche Vorbereitung von Interventionen im Stadtparlament war.

Die Wahlen zu den jüdischen Gemeindevorständen wurden in Polen für das Jahr 1924 vom Kultusminister (*Minister wyznań religijnych i oświecenia publicznego*) angeordnet.<sup>44</sup> In Krakau wurden sie kurz vor der Auflösung des Stadtparlaments im Juli 1924 durchgeführt.<sup>45</sup> Die Grundlage dieser Wahlen bildete im Unterschied zu Zentralpolen, wo man demokratisch wählte, weiterhin die alte Zensuswahlordnung. Damit waren die gewohnten Wahlergebnisse zu erklären. Während in der kleinpolnischen Provinz vor allem die Zionisten gewannen, siegten in Krakau die Assimilierten mit den Orthodoxen (*Agudas Yisrael* oder *Shlome Emune Yisrael*).<sup>46</sup> Beide Parteien bildeten das Jüdische Bürgerkomitee (*Żydowski Komitet Obywatelski*, ŻKO). Die Partei der religi-

41 Heller, Celia: *On the Edge of Destruction Jews in Poland between the Two World Wars*. New York 1977, 163; Fałowski, Janusz: The Political Thought of 'Nowy Dziennik' in its Early Period, July 1918-January 1919. In: *Polin* 23 (2011), 241-259, hier 248f.

42 Z obrad rady wyznaniowej. In: *ND* 160 (1921), 5f.

43 Z obrad Rady wyznaniowej. In: *ND* 173 (1921), 5f.; Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 272 (1929), 6; Z krakowskiej Rady Wyznaniowej. In: *ND* 327 (1921); 5f.; Z Rady miasta Krakowa. In: *ND* 330 (1921), 5f.

44 Glicksman, William: *A Kehillah in Poland during the Inter-War Years (Studies in Jewish Community Organisation)*. Philadelphia 1970, 3; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 210.

45 Brzoza, Czesław: Kraków polityczny. In: *Dzieje Krakowa. Kraków w latach 1918-1939*, hg. v. Janina Bieniarzówna und Jan M. Małecki. Kraków 1997, 79-148, hier 102; Samsonowska, *Wybory do władz*, 51f.

46 Judaica. In: *GN* 123 (1924), 5; Samsonowska, *Zarys funkcjonowania gminy*, 47, eadem, *Wybory do władz*, 54; vgl. *Lista*. In: Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego, zespół Gmina Wyznaniowa Krakowska (nachfolgend AŻIH, zesp. GKr), sygn. 2/624, v. 394. *Agudas Yisrael*, eine Partei der orthodoxen Juden, entstand 1912 in Kattowitz. Siehe Bacon, Gershon: *Agudas Yisroel*. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Agudas\\_Yisroel](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Agudas_Yisroel) (10.7.2016).

ösen Zionisten (*Mizrabi*)<sup>47</sup> gewann zwar nur einen einzigen Sitz. Ihr Vertreter, Dawid Bulwa, war jedoch außerordentlich aktiv. Wie zuvor beschloss man, die neuen Parteien im Kooptationsverfahren am Gemeinderat teilnehmen zu lassen. Den Vorsitz der Gemeinde behielt Rafał Landau; seine Vertreter wurden Leon Fischlowitz und Izaak Bauminger, beide orthodox.

Der Wunsch, die Gemeindeleitung zu modernisieren, war weit verbreitet. Die Demokratisierung der Gemeindewahlen bildete einen Teil der sog. Vereinbarung (*ugoda*) zwischen den Vertretern der jüdischen Gemeinden und der *Endecja*-Regierung vom 4. Juli 1925.<sup>48</sup> Während sich die Regierung verpflichtete, die Gleichberechtigung zu verwirklichen und gegen den Antisemitismus anzukämpfen, verpflichteten sich jüdische Politiker, aktiv zur Konsolidierung des polnischen Staates beizutragen und die Loyalität der jüdischen Bevölkerung ihm gegenüber zu stärken. Die Vereinbarung wurde zwar von den galizischen Zionisten initiiert, aber auch von den Orthodoxen mitgetragen, die Regierung ging dabei vor allem auf die Bedürfnisse der Orthodoxen ein.<sup>49</sup> Die Vereinbarung hatte eine taktische Bedeutung und diente der Befriedung von jüdischen Wählern. Sie wurde letztendlich nicht umgesetzt, und die Demokratisierung der Gemeinden blieb vorerst aus.

## Demokratisierung und »Konfessionalisierung« der Konfessionsgemeinden

Effektiv demokratisiert wurde die Krakauer Jüdische Gemeinde erst durch die *Sanacja*-Regierung auf Grundlage des Dekrets zur »fakultativen Demokratisierung der Kahale in Kleinpolen« (*fakultatywna demokratyzacja kahałów w Małopolsce*).<sup>50</sup> Die Entwicklung der jü-

47 *Mizrabi*, eine Partei der religiösen Zionisten, gegr. 1902 in Wilna. Siehe Kaniel, Asaf: *Mizrabi*. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Mizrabi> (16.9.2016).

48 *Tendycyjne fałszerstwo*. In: *ND* 339 (1927), 3. Über die *ugoda*: Tomaszewski, Jerzy: *Polskie dokumenty o ugodzie polsko-żydowskiej w 1925 r.* In: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 193 (2000), 61-76; Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 221; Mendelsohn, *Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej*, 87f.

49 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 185; Tomaszewski, Jerzy: *Rozmowy w sprawie »ugody« w 1925 r. (notatki uczestnika)*. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 198 (2001), 223-228.

50 W.B.: *Strzał z za płota*. In: *ND* 75 (1927), 1; *Rozporządzenie Ministra wyznań religijnych i oświecenia publicznego Nr. 1096 (Monitor Polski Nr 264*



dischen Gemeinden sollte durch den Verfassungsartikel 115<sup>51</sup> und die Vorschriften zur Organisation der jüdischen Gemeinde vom 14. Oktober 1927 geregelt werden.<sup>52</sup> Diese Regelungen betrafen das gesamte Staatsgebiet, außer Schlesien, und sollten den Charakter der jüdischen Gemeinden in allen Regionen vereinheitlichen. Die Wahlordnung wurde demokratisiert, die Kompetenzen der jüdischen Gemeinde auf religiöse Angelegenheiten und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Tätigkeiten begrenzt. Dennoch fielen in ihre Zuständigkeit neben dem Ritus weiterhin die Wohltätigkeit und die Bildungsanstalten. Die städtischen Behörden erhielten das Recht, die Tätigkeit der Gemeinden zu überwachen (*prawo nadzoru*). Es ist bezeichnend, dass die neuen Vorschriften nicht in neue Gemeindestatuten mündeten, wie man sie aus der habsburgischen Zeit kannte. Dies spiegelte den Tatbestand wider, dass die Statuten nicht in einem Aushandlungsprozess in der Krakauer Gemeinde vorbereitet, sondern staatlich verordnet worden waren.

Im Jahr 1928 wurden die Wahlen entsprechend der Neuregelung vorbereitet und die Wahllisten zusammengestellt.<sup>53</sup> Der Magistrat war verpflichtet, den Wahlverlauf zu kontrollieren, weshalb die an seine

*z 13 listopada 1925) o zmianie niektórych postanowień statutów gmin wyznaniowych żydowskich na obszarze województw: krakowskiego, lwowskiego, stanisławowskiego i tarnopolskiego.* Siehe Demoratyżacja kahałów – faktem! In: *ND* 159 (1927), 1; Samsonowska, Wybory do władz, 56.

- 51 »Die Kirchen der religiösen Minderheiten und die anderen rechtlich anerkannten Religionsverbände regieren sich nach eigenen Gesetzen, denen der Staat die Anerkennung nicht versagen wird, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. Das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird auf gesetzlichem Wege nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretungen festgesetzt.« Art. 115 der Verfassung der Republik Polen vom 17. März 1921. In: <http://www.verfassungen.eu/pl/verf21-i.htm> (28.8.2018).
- 52 Tomaszewski, Niepodległa Rzeczypospolita, 188 f.; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 243; Organizacja żydowskich gmin wyznaniowych. In: *ND* 283 (1927), 3; »Stowarzyszenia wyznaniowe« wedle nowego dekretu o kahałach. In: *ND* 286 (1927), 3; Postanowienie o rabinach wedle nowego dekretu o organizacji gmin żydowskich. In: *ND* 287 (1927), 3; Końcowe postanowienia dekretu o organizacji gmin żydowskich. In: *ND* 289 (1927), 3; Nowa organizacja gmin żydowskich w Małopolsce. In: *ND* 141 (1928), 9; O autonomji gmin żydowskich przy układaniu budżetów. In: *ND* 27 (1931), 4. Ausführlich und kritisch über den Aushandlungsprozess und die Vorbereitung dieses Dekrets siehe Stach, *Nationalitätenpolitik*, 233-236.
- 53 Ze spraw przedwyborczych kahału krakowskiego. In: *ND* 299 (1928), 4; Samsonowska, Wybory do władz, 56-58.

Adresse gerichteten Klagen der zugelassenen Parteien über Versäumnisse und Fälschungen, wie die von *Hit'ahadut*<sup>54</sup> oder den Zionisten, geprüft und erst dann an den Gemeinderat weitergeleitet wurden. Die wenigen erhaltenen Archivalien<sup>55</sup> ebenso wie die Berichterstattung des zionistischen *Nowy Dziennik* erhärten den Eindruck, dass die Kommunalverwaltung die alte Machtkonstellation im jüdischen Gemeinderat zu konservieren versuchte, da diese dem angestrebten rein konfessionellen Charakter der Gemeinde entsprach. Die Kommunalverwaltung sollte die einzige politische Machtstruktur in den Städten bleiben und keine Konkurrenz durch die jüdische Gemeinde bekommen. Dies stimmte mit der Einstellung der Kommunalverwaltungen in anderen Regionen überein.<sup>56</sup>

Die Tatsache, dass sich die Assimilierten und die orthodoxen Vertreter der Krakauer Jüdischen Gemeinde mit einem Antrag an die Wojewodschaft wandten, die Wahlen auszusetzen, zeigt, in welchem Maße sie sich durch die Demokratisierung bedroht fühlten. Ihr Antrag hatte allerdings keinen Erfolg. Die Wahlen zur jüdischen Gemeindeverwaltung fanden im Mai 1929 auf Grundlage der demokratischen Wahlordnung vom 23. Dezember 1927 statt.<sup>57</sup> An ihnen nahmen Repräsentanten der religiösen Gruppierungen ebenso wie der Wirtschafts-, Berufs- und Kulturvereine sowie der politischen Parteien teil – u. a. zum ersten Mal der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, *Bund*.<sup>58</sup> Es wurden 15 Wahllisten vorgestellt, was Czesław Brzoza sowohl als Zeichen der starken Zersplitterung der Gemeinde als auch als Ausdruck

54 Die Zionistische Arbeiterpartei »Hit'ahadut« in Polen (*Syjonistyczna Partia Pracy »Hit'ahadut« w Polsce – Mifleget hit'ahadut be-Polin*), zionistische Arbeiterpartei, die die evolutionäre nationale und soziale Befreiung der Juden propagierte und strebte die Nationalautonomie in der Diaspora an. Netzer, Shlomo: Hit'ahadut. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hitahadut>; Aleksiu Natalia: Hitachdut. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <http://www.jhi.pl/psj/Hitachdut> (12.8.2016).

55 »Do Egzekutywy Organizacji Syjonistycznej«. Schreiben vom 2. II. 1929, in AŻIH, zesp. GKr, sygn. 630/1.

56 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 229.

57 Brzoza, *Kraków polityczny*, 113; W sprawie nowej ordynacji wyborczej do gmin żydowskich. In: *ND* 25 (1931), 11; Samsonowska, *Zarys funkcjonowania gminy*, 51-57.

58 *Der Algemeyne Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln, un Rusland*, eine sozialistische Partei gegr. 1897, die im ehemaligen Galizien sehr schwach war. Blatmann, Daniel: *Bund*. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bund> (12.8.2016).



sich der Einmischung der Wojewodschaft in die Festlegung der Gehälter ihrer Bediensteten widersetzte.<sup>64</sup>

Die persönlichen Überschneidungen zwischen dem Stadtparlament und dem jüdischen Gemeinderat weisen darauf hin, dass die Partizipation im Stadtparlament nicht nur von Bedeutung war, um die Interessen der jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner zu vertreten und antisemitische Übergriffe abzuwehren. Darüber hinaus sicherte sie auch einen Zuwachs an gesellschaftlichem Respekt, der ebenso innerhalb der Jüdischen Gemeinde von Nutzen sein konnte. Außerdem zeichneten sich die städtischen Foren selbst in den sehr unbeständigen Zeiten der Zweiten Republik im Vergleich zu denen der jüdischen Gemeinde durch Berechenbarkeit und Transparenz aus, was für politische Aktivisten ein Anreiz sein konnte. Jüdische Stadtdeputierte wurden zwar oftmals als Konkurrenten bekämpft, befanden sich aber unter Gleichgesinnten, d.h. politisch Interessierten, die ähnliche Verhandlungs- und Aushandlungstechniken beherrschten. Diese Tendenz wurde durch die staatliche Politik gegenüber den jüdischen Gemeinden zusätzlich verstärkt.

Im Jahr 1930 kam es zu einer weiteren Übereinkunft zwischen den orthodoxen Juden und der *Sanacja*. Die jüdischen Gemeinden sollten künftig weiterhin ausschließlich religiösen Charakter haben.<sup>65</sup> Deshalb unternahmen die verschiedenen Regierungen der *Sanacja* seit den frühen dreißiger Jahren wiederholt Versuche, den Wirkungsbereich der jüdischen Gemeinde auf die Religionsausübung zu beschränken.<sup>66</sup> Im Gegenzug verpflichteten sich orthodoxe Repräsentanten, die *Sanacja*-Regierung zu unterstützen. Die Zionisten kommentierten diese Absprachen, indem sie verpönte »galizische Zustände« in Erinnerung riefen:

Man tolerierte letzten Endes [in den Gemeinden] gewisse Vorkommnisse auch deswegen, weil diese Toleranz, z.B. in der galizischen Politik, mit gewissen Wahlzugeständnissen vergolten wurde. Leider wurde diese unrühmliche Praxis im Jahr 1930 erneuert.<sup>67</sup>

64 Czas skończyć z bałaganem w gminach żydowskich. In: *ND* 222 (1931), 2.

65 Od »ugody« do »paktu«. In: *ND* 95 (1931), 2.

66 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 355; Magistrat skreśla szereg pozycji w budżecie krakowskiej gminy żydowskiej. In: *ND* 91 (1931), 6; Stach, *Nationalitätenpolitik*, 238f.

67 Oberlaender, Ludwik: »Dysproporcje« P. Min. Kwiatkowski wobec kwestii żydowskiej. In: *ND* 155 (1932), 2. *Dysproporcje* hieß ein von Kwiatkowski verfasstes Buch.

Die *Sanacja* galt im Vergleich zu den vorausgehenden, von der Nationaldemokratie dominierten Regierungen nicht als prononciert antisemitisch, sondern sogar als judenfreundlich.<sup>68</sup> Schon das Exposé von Ministerpräsident Kazimierz Bartel vom 19. Juli 1926 kündigte einen Bruch mit der Diskriminierungspolitik, insbesondere mit dem wirtschaftlichen Antisemitismus an.<sup>69</sup> In der Folge gingen antisemitische Aktionen im öffentlichen Leben zunächst tatsächlich zurück.

Die Streitigkeiten im Gemeinderat, den die neuen Parteien wiederholt der Unfähigkeit bezichtigten, verstärkten die Forderungen nach Auflösung der alten Gemeindevertretung und Ausschreibung von Neuwahlen. Diese wurden für 1933 zwar beschlossen, allerdings von der Wojewodschaft ausgesetzt.<sup>70</sup> Deshalb blieben die alten Verhältnisse erhalten, bis die Krakauer und Podgorzer Jüdischen Gemeinden im Jahre 1936 vereinigt wurden. Aus den Neuwahlen ging ein Gemeinderat hervor, dessen Kräfteverhältnis der Anführer der Krakauer Zionisten, Dr. Juda Zimmermann, im Jahre 1937 folgendermaßen charakterisierte: 40% Zionisten, 55% Orthodoxe samt Handwerker und weiteren jüdischen Vereinigungen und 5% Polen mosaischen Glaubens.<sup>71</sup> Somit überwogen im Gemeinderat zwar weiterhin die traditionellen jüdischen Milieus; der Einfluss der Zionisten wuchs jedoch beträchtlich.

68 Anna Landau-Czajka meint, dass die jüdische Presse stets die von der *Sanacja* verwirklichte Verdrängung einer unmoralischen, undemokratischen, nationalistischen und ineffizienten Regierung betonte. Siehe Landau-Czajka, Anna: *Polska to nie oni*. Warszawa 2015, 169. Jacek Majchrowski charakterisierte das Programm der *Sanacja* folgendermaßen: Gleichberechtigung, Achtung der kulturellen Differenz, die Mitverantwortung für den Staat durch gemeinsame prostaatliche Aktionen. Siehe Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi*, 125. Über die im *Sanacja*-Lager gegenüber den anderen ethnischen Milieus herrschende Toleranz siehe: Landau-Czajka, Anna: *Syn będzie Lech ... Asymilacja Żydów w Polsce międzywojennej*. Warszawa 2006, 196f.

69 Hafftko, Aleksander: Działalność parlamentarna i polityczna posłów i senatorów żydowskich w Polsce Odrodzonej. In: *Żydzi w Polsce Odrodzonej*, hg. v. Schiper, Ignacy et al. Warszawa 1933, Bd. 2, 313-359, hier 332; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 227f. und 239-241; Steffen, Katrin: *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918-1939*. Göttingen 2004, 253; Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 168, Fn. 12.

70 Brzoza, *Jewish Participation*, 220f.

71 Ludność żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone. In: *ND 77* (1937), 14.

## Modernisierung der kommunalen Selbstverwaltung à la *Sanacja*

Im Jahre 1931 wurde das Krakauer Stadtparlament erneut und diesmal widerstandslos aufgelöst.<sup>72</sup> An seine Stelle trat ein *Sanacja*-dominierter Hilfsrat (*Rada Przyboczna*), der aus 70 Personen, darunter zehn Juden, bestand. Auf diesen folgte im selben Jahr ein ebenfalls *Sanacja*-dominiertes Provisorisches Stadtparlament (*Tymczasowa Rada Miejska*), dessen 127 Deputierte, darunter 13 Juden, bis 1933 tagten.<sup>73</sup> In beiden Gremien verringerte sich der Anteil der jüdischen Stadtdeputierten, doch wurden alte Partizipationstraditionen gewahrt. So gehörte der Vorstand der Jüdischen Gemeinde, der Assimilierte Rafał Landau, beiden Gremien an. Zum vierten Vizepräsidenten im Provisorischen Stadtparlament wählte man erneut den Unabhängigen Ignacy Landau.<sup>74</sup> Außerdem wurden, gemäß der Verständigung zwischen *Sanacja* und orthodoxen Juden, der Vizevorstand des jüdischen Gemeinderates, Feiweł Stempel, und der herausragende Talmudgelehrte Menachem Ajzenstat, Schwiegersohn des verstorbenen orthodoxen Rabbiners Józef Kornitzer, zu Stadtdeputierten ernannt.<sup>75</sup> Eine ähnliche Ernennungspraxis gab es zur gleichen Zeit in mehreren Kommunen. Sie schmälerte die jüdische Repräsentanz und reduzierte sie auf *Sanacja*-Anhänger.<sup>76</sup>

Da der bisherige Stadtpräsident Karol Rolle zurücktrat, ernannte die Wojewodschaft den *Sanacja*-Oberst Władysław Belina-Prażmowski zu seinem Nachfolger. Mit diesem Schritt wurde der Abschied von der vorausgehenden kommunalliberalen Periode der Krakauer Selbstverwaltung endgültig besiegelt. Die Opposition kritisierte den neuen militärischen Ton in der Kommunalverwaltung; die Berichterstattung in der Presse fiel sehr knapp aus. Als der Stadtpräsident Belina-Prażmowski schon im Jahre 1933 zum Lemberger Wojewoden nominiert wurde und deshalb sein Krakauer Amt aufgab, suchte man nach einem ähnlichen Kandidaten. Der Berichterstatter des *Nowy Dziennik*

72 Im Jahr 1930 löste der Wojewode das Stadtparlament in Tarnów auf und ersetzte es durch einen ernannten provisorischen Rat. Wierzycholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 100-103.

73 Brzoza, *Jewish Participation*, 220f.

74 Wybór czterech wiceprezydentów m. Krakowa przez nowomianowaną tymczasową Radę Miejską. In: *ND* 184 (1931), 11.

75 Niespodzianki i ... duchy na Ratuszu krakowskim. In: *ND* 47 (1933), 4.

76 [Friedman, Philip?]: *The Jews in Poland*, Typoskript [o.A.], 26. In: YIVO Arch., RG 1258, zesp. Friedman, box 31, folder 637-645.

interpretierte die neue Politik wohl falsch, als er schrieb, dass sich der liberale Ignacy Landau »[...] nur seines Judentums wegen nicht unter diesen Kandidaten befand«.77 Die Gründe für die Ablehnung von Landau lagen nämlich vor allem in der von ihm verkörperten liberalen Politiktradition und in seiner mangelnden Verbindung zur *Sanacja*.

Für diese Deutung spricht auch die Person des Amtsnachfolgers: Noch im Jahr 1933 wurde ein »alter Mitkämpfer« von Piłsudski, Oberst Mieczysław Kaplicki (1875-1959), zum Krakauer Stadtpräsidenten ernannt. Kaplicki war nicht nur Mitglied der sog. Ersten Brigade gewesen. Er war auch Beamter der Wojewodschaft, hatte sich vom Sozialismus losgesagt und galt als graue Eminenz der Krakauer *Sanacja*. Außerdem war er vom Katholizismus zum Judentum konvertiert. Die Ironie dieser Ernennung wurde besonders während der traditionellen Fronleichnamsprozession sichtbar: Der Festzug zum Grab des Heiligen Stanislaus wurde von dem die Hostie tragenden Erzbischof Adam Sapieha angeführt, der gleich von zwei Konvertiten, dem Stadtpräsidenten Mieczysław Kaplicki und dem Kommandeur des Krakauer Militärdistrikts, General Bernard Mond (1887-1957), begleitet wurde.

Wie im Fall von anderen Ernennungen in dieser Zeit war die persönliche Treue Kaplickis zum Marschall ausschlaggebend. Während in der Krakauer Presse die Abstammung des neuen Stadtpräsidenten wenig thematisiert wurde, unterstrich die Warschauer nationaldemokratische *Gazeta Warszawska* diese mit der Überschrift »Jude wird Stadtpräsident Krakaus«.78 Aus dem im *Nowy Dziennik* abgedruckten Brief von Kaplickis Paten, Jan Gorzechowski, wissen wir, dass Kaplicki während des Ersten Weltkrieges im Jahr 1916 zum Katholizismus übergetreten war, um »ganz Pole zu werden«.79 Er sei ein Frömmeler gewesen, weshalb er im Volksmund »Katedralski« genannt wurde.80 Dass seine politischen Gegner Kaplickis Abstammung niemals vergaßen, bewies die Argumentation des nationaldemokratischen Angeklagten Adam

77 Niespodzianki i ... duchy, 4.

78 Echa artykułu »Nowego Dziennika« o prezydencie dr. Kaplickim. In: *ND* 54 (1933), 13.

79 Heller, *On the Edge*, 198: »[...] some converts [...] saw in their conversion a mystic link to the Polish nation«. Landau-Czajka zitiert eine Aussage, nach der die Taufe in der Zwischenkriegszeit eine »soziale und nationale Nobilitierung« bedeutete und die so Nobilitierten oft unter den Legionären Piłsudskis zu finden waren. Landau-Czajka, *Syn będzie Lech ...*, 305.

80 Der Name »Kaplicki« stammt von »Kapelle« (*kaplica*), »Katedralski« von »Kathedrale« (*katedra*) ab.

Doboszyński während eines berühmt gewordenen Krakauer Prozesses im Jahr 1937.<sup>81</sup> Doboszyński sprach damals vom »patentierten Verteidiger des Krakauer Katholizismus, dem Stadtpräsidenten Dr. Kapelner [sic!]«. <sup>82</sup> Durch die Verwendung des ursprünglichen jüdischen Nachnamens des Stadtpräsidenten zog er dessen Katholizismus in Zweifel. Im weiteren Verlauf des Prozesses zog die *Endecja* Kaplicki als ein Beispiel für den Einfluss heran, den Juden im polnischen Staat besäßen.

Die von Doboszyński verwendete Charakteristik »des Verteidigers des Krakauer Katholizismus« bezog sich u. a. darauf, dass Mieczysław Kaplicki in seiner Antrittsrede den katholischen Charakter Krakaus unterstrich, während seine Vorgänger vom polnischen Charakter dieser Stadt gesprochen hatten.<sup>83</sup> So jedenfalls berichtete der zionistische *Nowy Dziennik*, der Konversionen allgemein aufs Schärfste verurteilte und Kaplicki gegenüber in dieser Hinsicht besonders kritisch war. Falls sich Kaplicki tatsächlich so geäußert hatte, konnte dies sowohl seine persönliche Meinung wiedergeben als auch ein vorsichtiger Versuch sein, einen Kompromiss mit der christdemokratischen Opposition anzubahnen.

Die ersten demokratischen Krakauer Stadtparlamentswahlen in der unabhängigen Polnischen Republik fanden erst im Dezember 1933 statt.<sup>84</sup> Sie erfolgten auf Grundlage eines Vereinigungsgesetzes (*ustawa scaleniowa*), das die Status der Selbstverwaltungen im Staate zu vereinheitlichen anstrebte.<sup>85</sup> Auf dieser Grundlage wurden die Kompetenzen der Stadtparlamente zugunsten der Exekutive, d. h. der Magistrate und Staatsorgane, drastisch eingeschränkt. Auch wurden keine neuen Städteordnungen für einzelne Kommunen herausgegeben, was die Re-

81 Auf dem Marsch nach Dobczyce, der von dem Nationaldemokraten Doboszyński organisiert wurde, um gegen staatliche Passivität angesichts der »jüdischen Gefahr« zu protestieren, wurden Juden und Staatsdiener angegriffen. Siehe Melzer, Emanuel: Antisemitism in the Last Years of the Second Polish Republic. In: *The Jews of Poland between two World Wars*, hg. v. Yisrael Gutman et al. Waltham 1989, 126-137, hier 129.

82 Doboszyński – jako świadek zeznawał na wczorajszej rozprawie. In: *ND* 150 (1937), 8-10, hier 9 und 10.

83 Pan prezydent miasta przysięga. In: *ND* 57 (1933), 4.

84 Wobec wyborów do Rady miejskiej w Krakowie. In: *ND* 332 (1933), 2; Ähnlich in Tarnów. Siehe Wierzycholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 107.

85 Eigentlich »Gesetz über die partielle Umgestaltung der territorialen Selbstverwaltung vom 23. März 1933« (*Ustawa o częściowej zmianie ustroju samorządu terytorialnego z dnia 23 marca 1933*). Klimek, *Samorząd miast II Rzeczypospolitej*, 59-61.



duzierung der regionalen Autonomie und die Unterordnung unter die Staatsmacht wiederspiegelte. Ungeachtet dessen verbanden politisch Interessierte mit den Kommunalwahlen weiterhin die Hoffnung, dass diese, im Unterschied zu den stark manipulierten Parlamentswahlen, den politischen Präferenzen der Stadtbevölkerung besser entsprächen.<sup>86</sup> Diese Hoffnung äußerte man, obwohl das Schicksal der aktiven *Sanacja*-Gegner bekannt war: Diese wurden vor den Parlamentswahlen im Jahr 1930 verhaftet und in der Festung von Brześć als »staatsgefährdend« inhaftiert.

In einem Verwaltungszentrum wie Krakau hatte die *Inteligencja* außerhalb der Behörden wenige Arbeitsperspektiven. Sie unterstützte deshalb die *Sanacja* bzw. den Parteilosen Block der Zusammenarbeit mit der Regierung (*Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem*, BBWR).<sup>87</sup> Die alternative Bezeichnung »Regierungspartei« unterstreicht, dass sich in diesem Gremium, unabhängig von politischen Vorlieben, Anhänger der Regierung gruppierten. Dazu gehörten Profiteure des *Sanacja*-Wandels: Beamte und Militärs. Der BBWR war für jüdische Wähler des politischen Zentrums »alternativlos attraktiv«, da ansonsten nur judenfeindliche Nationalisten und an der Veränderung der Eigentumsverhältnisse interessierte Sozialisten zur Wahl standen. Gemäß der Verständigung zwischen den orthodoxen jüdischen Repräsentanten und der *Sanacja* nahm das Krakauer Rabbinat an der Wahlkampagne regen Anteil und unterstützte die Regierungsliste Nr. 1, ohne dies mit dem Gemeinderat abgesprochen zu haben.<sup>88</sup> Die Aktivitäten des Rabbinats wurden in der Gemeinde scharf kritisiert, da sich auf der Liste Nr. 1 einige Namen von bekannten Antisemiten befanden.

Die Mehrheit der jüdischen Fraktionen schloss sich im Wahlkampf zu einem Pro *Sanacja*-Block zusammen, dem Parteilosen Jüdischen Wirtschaftsblock (*Bezpartyjny Żydowski Blok Gospodarczy*, BŻBG).<sup>89</sup> Nur die linken Gruppierungen – *Hit'ahadut*, *Po'ale Tsiyon*

86 Brzoza, *Kraków polityczny*, 126.

87 Zum BBWR als »Antipartei« siehe Stach, *Nationalitätenpolitik*, 124.

88 Wnioski i rezolucje przy budżecie na r. 1934. In: *AŻIH*, zesp. GKr, sygn. 586/2.

89 Wobec wyborów do Rady miejskiej w Krakowie. In: *ND* 332 (1933), 2. Die *Po'ale Tsiyon* (*Yidishe Sotsialistish-Tsionistishe Arbeter Partey* »*Po'ale Tsiyon*« in *Poyln*) entstanden aus einer Spaltung im Jahr 1920. Die Partei sprach sich für Sozialismus und Verstaatlichung, außerdem für die Internationalisierung des Jiddischen aus. Siehe Kassov, Samuel: *Poale Tsiyon*. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Poale\\_Tsiyon](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Poale_Tsiyon); Aleksium, Natalia: *Poalej Syjon-Lewica*. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Poalej\\_Syjon-Lewica](http://www.jhi.pl/psj/Poalej_Syjon-Lewica) (16.9.2016).

und *Bund* – blieben außerhalb des Blocks.<sup>90</sup> Auf diese Art und Weise entstanden zwei Wahllisten der *Sanacja*: eine ›christliche‹ und eine ›jüdische‹, wie es die National- und Christdemokraten in ihrer Propaganda als Spaltung des *Sanacja*-Lagers entlang ethno-konfessioneller Linien darstellten.<sup>91</sup> Der Jüdische Wirtschaftsblock kündigte hingegen seine Bereitschaft zur Kooperation an:

Jede polnisch-jüdische Verständigung besitzt heutzutage ernste erzieherische Qualitäten, denn sie trifft mit aller Schärfe die rassistisch-antisemitische Ideologie, die von der *Endecja* propagiert wird.<sup>92</sup>

Während der Wahlen vollzog sich die endgültige Spaltung zwischen der *Chadecja* und der *Endecja*. Die *Chadecja* ging in Krakau trotz des Verbotes der Warschauer Parteizentrale ein Bündnis mit der *Sanacja* ein und erhielt so vier Sitze im Stadtparlament.<sup>93</sup> Seitdem verlor die *Chadecja* als selbstständige Partei in Krakau gänzlich an Bedeutung, vielmehr galt sie als ein Satellit des Parteilosen Blocks. Diese Fusion verwundert, wenn man bedenkt, dass der diskrete Förderer der lokalen *Chadecja*, Erzbischof Sapieha, sich von der *Sanacja* um Piłsudski distanzierte.

Die faktische Opposition bildete die *Endecja*, die Abtrünnige aus der *Chadecja* integrierte, die sich gegen die *Sanacja* richteten. Da *Endecja* und *Chadecja* in Krakau schwach waren, wurden die Kommunalwahlen von den Regierungsanhängern zum Zweikampf zwischen dem BBWR und den Sozialisten stilisiert.<sup>94</sup> Der zionistische *Nowy Dziennik* beobachtete, dass sich die Regierungsgegner tendenziell nicht von den nationalistischen Parteien, sondern eher von der sozialistischen Linken angezogen fühlten.<sup>95</sup> Ein Hoffnungsschimmer für die künftige Zusammenarbeit zwischen jüdischen und nichtjüdischen

90 Brzoza, *Kraków polityczny*, 126.

91 Jak ›sanacja‹ zażydza Kraków. In: *Kurier Poznański* 475 (1934), 5.

92 Po wyborach. In: *ND* 343 (1933), 8.

93 Brzoza, *Kraków polityczny*, 123. Allerdings beschloss die *Chadecja* im Jahr 1933, erneut diejenigen Personen in die Partei aufzunehmen, die sich zuvor dem BBWR angeschlossen hatten. Majchrowski, Jacek: *Geneza polityczna ugrupowań katolickich*. Paris 1984, 19.

94 Grzybowski, Konstanty: Jak odbywają się wybory do Rady Miejskiej. Wybory do Rady Miejskiej w Krakowie 10.12.1933. Pouczenie. In: *Archiwum Narodowe w Krakowie*, zesp. Urząd Wojewódzki w Krakowie (nachfolgend ANKr UWKr) 29, sygn. 206, folio 168.

95 Po wyborach. In: *ND* 343 (1933), 8.

Parteien sah diese Zeitung darin, dass im Jahr 1933 der *Bund* zusammen mit der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) eine gemeinsame Sozialistische Arbeiterliste (*Socjalistyczna Lista Robotnicza*) aufstellte. Da diese Annäherung zwischen der zionistischen Linken, dem *Bund* und der PPS auf Staatsebene erst im Jahr 1937 entschieden voranschritt, spielten die Kommunen auf diesem Feld eine Vorreiterrolle.<sup>96</sup>

Die Wahlen gewann erwartungsgemäß der BBWR, der unter den 126 neugewählten Stadtdeputierten die absolute Mehrheit erlangte (64 Sitze) und sich in Parteiloser Block der Wirtschaftsarbeit (*Bezpartyjny Blok Pracy Gospodarczej*, BBPG) umbenannte. Jüdische Stadtdeputierte, die den jüdischen Wirtschaftsblock und die Orthodoxen repräsentierten, erhielten 13 Sitze, die Sozialisten 10 und die Bundisten einen Sitz.<sup>97</sup> Die *Endecja* gewann nur zwei Sitze, weshalb die nationaldemokratische Presse von einem regierenden »*Sanacja*-jüdischen Block« sprach.<sup>98</sup> Die jüdischen Anhänger der *Sanacja* wurden von ihren zionistischen Gegnern spöttisch »Regierungsjuden« (*żydzi prorządowi*) genannt.<sup>99</sup>

Aufschlussreich ist, dass der langjährige Stadtparlamentsdeputierte und Vorstand der Jüdischen Gemeinde, Rafał Landau, vom Jüdischen Wirtschaftsblock keine Unterstützung erhielt, so dass er nicht in das neue Stadtparlament gewählt wurde. Damit war die Tradition der jüdischen Stadtdeputierten, die gezielt die jüdische Konfessionsgemeinde vertreten hatten, gebrochen. Dies schlug sich auch in den Beratungen des jüdischen Gemeinderates nieder.<sup>100</sup> Somit war die Jüdische Gemeinde nicht mehr direkt in der städtischen Arena vertreten und hörte auf, die Stadtpolitik mitzugestalten. Das Übergehen Landaus stand für eine grundlegende Veränderung der Spielregeln und eine neue

96 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 235. Gertrud Pickhan macht dies an gemeinsamen Feiern des 1. Mai fest. Pickhan, Gertrud: »*Gegen den Strom*«. *Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918-1939*. Stuttgart/München 2001, 342f. und 350. In Tarnów schlossen sich die PPS und *Bund* schon im Jahr 1929 zusammen. Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 117.

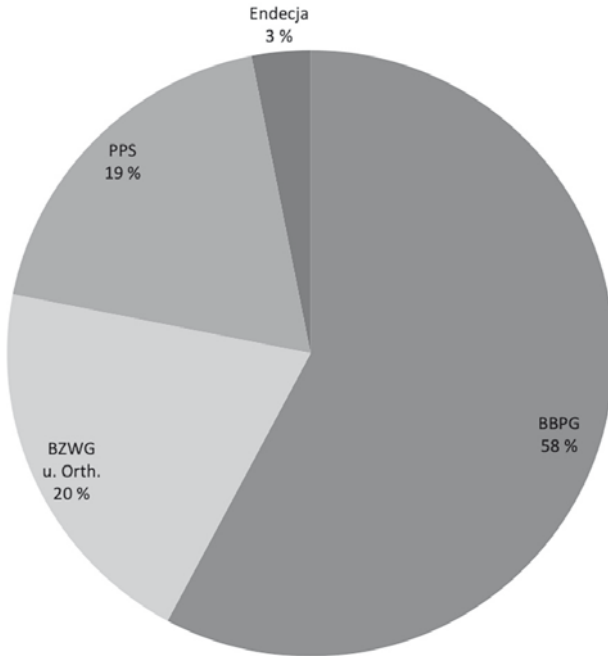
97 Brzoza, *Jewish Participation*, 227.

98 Skandaliczna afera spółki »Caro« w Krakowie. In: *Kurier Poznański* 569 (1934), 3.

99 Zu den Auseinandersetzungen zwischen Zionisten und den Juden, die die *Sanacja* unterstützten, siehe Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 113-115.

100 Smutnie widowisko: kahał krakowski. In: *ND* 351 (1933), 8.

### Krakau 1933



Loyalität, nämlich bedingungslose *Sanacja*-Treue. Landau nahm seiner vormaligen Wählerschaft dieses Umschwenken sehr übel, was sich in seiner feindseligen Haltung gegenüber denjenigen jüdischen Gemeinderäten niederschlug, die in das neue Stadtparlament gewählt worden waren.<sup>101</sup>

Da das jüdische Wahlbündnis allein der Sicherung der Wahl jüdischer Abgeordneter gedient hatte, spalteten sich die Gewählten nach der Wahl in zwei Fraktionen: Die vier Zionisten bildeten eine eigene Fraktion, die anderen neun jüdischen Abgeordneten traten direkt dem BBWR (*Klub Pracy Gospodarczej*) bei, in dem sie eine separate jüdische Fraktion (*Żydowski Bezpartyjny Blok Współpracy Gospodarczej*) bildeten.<sup>102</sup> Im Stadtparlament waren daher vier Fraktionen aktiv: je

<sup>101</sup> Szczegółowa dyskusja budżetowa w kahale krakowskim. In: *ND* 4 (1935), 10.

<sup>102</sup> Dobro miasta – najwyższym prawem! In: *ND* 22 (1934), 5.

eine der *Sanacja*, der Sozialisten, der Zionisten und der *Endecja*. Die Zionisten bildeten im Krakauer Stadtparlament nur eine kleine Fraktion, deshalb mussten sie Bündnisse mit den genannten Fraktionen eingehen, um Anträge stellen zu können. Die kommunalpolitische Bevorzugung von *Sanacja*-treuen jüdischen Aktivisten führte zu einer weiteren Polarisierung im »jüdischen Milieu« und zur Annäherung von *Bund* und PPS.<sup>103</sup>

Ungeachtet dessen unterstützten die Krakauer Zionisten geschlossen den BBWR. Somit hielten sich in der Region Bündnisse, die anderswo, z.B. im Parlament, schon aufgekündigt waren.<sup>104</sup> Im Sejm markierte die Haushaltssitzung für das Jahr 1933/34 einen Wendepunkt: Die Jüdische Fraktion stimmte dort zum ersten Mal nach dem Maiputsch gegen den Staatshaushalt.<sup>105</sup> Zwar stimmten die übrigen jüdischen Deputierten für den Haushalt, doch waren alle Fraktionen von der Regierungspolitik enttäuscht.

Die *Endecja* blieb weiterhin in Opposition zur Regierung, wofür sie allerdings mit dem Verlust von Sitzen in weiteren Verwaltungsorganen bezahlte. Deshalb wuchs ihr Interesse an Arenen außerhalb der Institutionen, z.B. an der »Straße«. Die antisemitische Agitation nahm im Vergleich zu den vorausgegangenen Wahlen allgemein zu, da die Nationaldemokraten antijüdische Argumente auszunutzen versuchten, um den Parteilosen Block zu schwächen.<sup>106</sup>

Im Krakauer Stadtparlament war der Jurist Bronisław Kuśnierz,<sup>107</sup> ein besonders aktiver Vertreter der »christlichen Opposition«, der Einzige, der hinter allen Vorgängen eine jüdische Verschwörung vermutete. Will man der Berichterstattung des *Nowy Dziennik* und des demokratischen *Krakowski Kurier Poranny* Glauben schenken, so sehnten andere Stadtdeputierte die Kommentare von Kuśnierz nur zur allgemeinen Belustigung herbei.<sup>108</sup>

103 Symboliczna subwencja gminy m. Krakowa dla żydowskiego szkolnictwa prywatnego. In: *ND* 89 (1934), 15.

104 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 324f. und 331. Ebenso verhielt es sich in Tarnów. Siehe Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 92f.

105 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 330f.

106 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 208.

107 Bronisław Kuśnierz vertrat später das *Stronnictwo Pracy*, eine Fraktion, zu der die *Chadecja* und die *Endecja* im Jahr 1937 fusionierten. Lechicki, Czesław: *Chrześcijańska Demokracja w Krakowie (1897-1937)*. In: *Studia Historyczne* 67 (1974), 585-608, hier 604.

108 Z.B.: Sensacyjny przebieg obrad Rady Miejskiej w Krakowie. In: *Krakowski Kurier Poranny* 78 (1938), 4f., hier 5.

Die Demokratisierung und Verjüngung der Kommunalvertretung zog auch eine Veränderung des Beratungsstils nach sich. Der *Nowy Dziennik* stellte fest, dass die neu ins Stadtparlament eingezogenen Zionisten ihre zahlenmäßige Schwäche durch eine Umgestaltung der Beratungsordnung auszugleichen versuchten, um sich so ein Initiativrecht zu sichern.<sup>109</sup> Der Berichterstatter unterstrich, dass die Zionisten, im Unterschied zu früheren jüdischen Deputierten in der Stadtverwaltung, die vormoderne jüdische Praxis der persönlichen Fürsprache (*shtadlanut*)<sup>110</sup> zurückwiesen und stattdessen kommunale Interventionen zugunsten der jüdischen Stadteinwohner direkt und öffentlich einforderten. Dabei argumentierten sie mit der Gleichheit aller Bürger im Hinblick auf Rechte und Pflichten. Die Zionisten unterstrichen einen neuen stolzen Habitus. So wurde die Rede des zionistischen Stadtdeputierten Dr. Juda Zimmermann vom *Nowy Dziennik* folgendermaßen kommentiert:

Zum ersten Mal stand ein Repräsentant der jüdischen Bevölkerung auf der Tribüne des Stadtparlamentes, der in kräftigen, männlichen Worten die Postulate der Juden vertrat und gegen ihre Benachteiligung protestierte.<sup>111</sup>

Der Protest bezog sich auf zwei Bereiche: die Diskriminierung der Juden bei der Arbeitssuche im öffentlichen Sektor und die ungerechte Subventionspolitik des Stadtparlaments. So behauptete die zionistische Presse, die Stadtverwaltung ziehe regulär Steuern von der jüdischen Stadtbevölkerung ein, erbringe aber keinerlei Gegenleistung. Im Jahre 1935 sollten sieben Institutionen der Jüdischen Gemeinde von

109 Regulamin obrad Rady m. Krakowa – został uchwalony. In: *ND* 76 (1934), 15.

110 Persönliche Fürsprache, *shtadlanut*, eine Strategie, anerkannte und respektierte Mitglieder der Gemeinde als Vermittler zwischen säkularen Autoritäten und der jüdischen Gemeinde einzusetzen. Siehe Ury, Scott: *Shtadlan*. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Shtadlan> (31. 5. 2016).

111 *Ludność żydowska wobec budżetu m. Krakowa*. In: *ND* 88 (1934), 4. Der Sprachduktus erinnert an Bacons Charakteristik des zionistischen Sejmdeputierten Icchak Grünbaum: »For Grünbaum, quiet diplomacy and personal intervention constituted craven submission by men who lacked the strength to speak in loud voice about their suffering and could ›only look with begging eyes at the Polish lord«. Bacon, *The Politics of Tradition*, 232f.

der Kommune insgesamt 10.000 Złoty erhalten.<sup>112</sup> Diese Summe war geringer als die Kosten für die jährliche Instandhaltung der Uhr in der Pfarrkirche des Heiligen Josef.

Einen weiteren Streitpunkt bildete das neu eingeführte Amt des Schöffen (*ławnik*). Die Schöffen vertraten die im Stadtparlament gruppierten Fraktionen und gehörten gemeinsam mit dem Stadtpräsidenten und dem Vorsitzenden des Magistrats dem exekutiven Stadtpräsidium an, das viel Einfluss erhielt. Die *Sanacja*-treuen jüdischen Abgeordneten wurden von BBWR-Schöffen repräsentiert, während der zionistischen Fraktion kein eigener Schöffe zugestanden wurde.<sup>113</sup> Dies war angeblich in einer geheimen Absprache innerhalb der BBWR-Fraktion ausgehandelt worden, in welcher über die Vizepräsidentschaften entschieden wurde.<sup>114</sup>

## Querelen um den »jüdischen« Vizepräsidenten

Dass ein Jude erneut zum Vizepräsidenten Krakaus bestimmt wurde, war ein Dorn im Auge der Rechten.<sup>115</sup> Ihre Anhänger argumentierten, dass Partikularismen der neu eingemeindeten Stadtteile inzwischen verschwunden seien, wodurch sich besondere Vertretungen im Stadtparlament erübrigten hätten. Da die Christdemokraten und *Piast* das vierte, »jüdische«, Vizepräsidentenamt als eine Vertretung von Sonderinteressen verstanden, plädierten sie für seine Streichung. Eine zusätzliche Legimitation lieferte die Mahnung zur Sparsamkeit, die aus der Wirtschaftskrise resultierte. Die Einsparung des »jüdischen« Vize-

112 Budżet m. Krakowa. In: *ND* 81 (1935), 4; Nasze stanowisko wobec budżetu miejskiego. In: *ND* 82 (1935), 5. Im Jahr 1934 waren es noch 21.000 Złoty.

113 Protest von Schwarzbart siehe Sprawozdania z posiedzenia rady miejskiej. In: *Gazeta urzędowa zarządu miejskiego w stoł. król. Mieście Krakowie* 1 (1934), 4-6, hier 6 (nachfolgend *Gazeta urzędowa*). Die *Gazeta urzędowa* ersetzte im Jahr 1934 den *Dziennik Rozporządzeń dla królewskiego stołecznego miasta Krakowa* (*Dziennik Rozporządzeń* nachfolgend *DR*) und wird als dessen Fortsetzung behandelt.

114 Echa krakowskie. In: *Kurjer Warszawski*, Abendausgabe 25 (1934), 6; Wybór nowego zarządu m. Krakowa. In: *ND* 25 (1934), 15; T. M. [Mildner, Tadeusz?]: Żydowskie apetyty w Krakowie. In: *Kurier Poznański* 149 (1935), 3. An diesem Beispiel ist sehr gut sichtbar, dass für Nationaldemokraten »jüdisch« gleichbedeutend mit zionistisch geworden ist.

115 Inauguracja nowej rady miejskiej. In: *GN* 22 (1924), 5f. Zu ähnlich gearteten Auseinandersetzungen über den »jüdischen« Vizepräsidenten in Tarnów siehe Wierzcholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 126-130 und 134-140.

präsidentenamts war eines der wichtigsten Ziele der nationalistischen Opposition im Stadtparlament. Diese forderte, die Zahl der Vizepräsidenten auf zwei oder gar nur einen zu begrenzen.<sup>116</sup>

Der Konflikt brach aus, als Vizepräsident Ignacy Landau im Jahr 1934 starb.<sup>117</sup> Eine geheime Absprache im *Sanacja*-Lager sah vor, einen jüdischen Vizepräsidenten zu unterstützen, wenn zionistische Stadtdeputierte ihrerseits auf das Amt eines Schöffen verzichteten.<sup>118</sup> Ein Teil der nichtjüdischen *Sanacja*-Anhänger hielt sich jedoch nicht an diese Vereinbarung, was dazu führte, dass das Stadtparlament das Amt des vierten Vizepräsidenten im Jahr 1935 vorläufig strich und eine eventuelle Reaktivierung vom Nachweis des Nutzens dieses Amtes abhängig machte. Dieser Vorgang veranschaulicht die fortschreitende Spaltung im lokalen *Sanacja*-Lager, die aus einem Machtkampf zwischen den unterschiedlichen Fraktionen resultierte und sich vor allem in der Haltung gegenüber Juden manifestierte.

Auf der Haushaltssitzung im März 1935 wurde eine Diskussion zum Thema zwischen polnischen Nationalisten und Zionisten ausgetragen.<sup>119</sup> Die zionistischen Deputierten traten vehement für einen jüdischen Vizepräsidenten ein und unterstrichen die Bedeutung der Partizipation von Juden an der städtischen Selbstverwaltung:

In den komplizierten Verhältnissen unseres politischen Lebens kann die Selbstverwaltung im Hinblick auf den Staat eine herausragende und nützliche Rolle spielen, wenn sie das Vertrauen der Gesellschaft gewinnt und wenn sie tatsächlich »eine Selbstverwaltung« ist und nicht deren Gegenteil.<sup>120</sup>

Die Zionisten beanspruchten die Position des Vizepräsidenten für ihre Partei, konkret für ihren Kandidaten Jehoshua Ozjasz Thon.<sup>121</sup>

116 Burzliwy przebieg pierwszego posiedzenia Rady m. Krakowa. In: *ND* 24 (1934), 2; Żyd nie może być wiceprezydentem Krakowa. In: *GN* 211 (1934), 6.

117 Bł. P. Dr Ignacy Landau. In: *ND* 201 (1934), 14; O reprezentanta Żydów na ratuszu krakowskim. In: *ND* 216 (1934), 6; Wysiłki żydów w obronie 3-ciej wiceprezydentury. In: *GN* 154 (1935), 5.

118 T. M., *Żydowskie apetyty w Krakowie*, 3.

119 Trzeci dzień dyskusji budżetowej Rady Miejskiej. In: *GN* 83 (1935), 2; Sprawa żydowskiego wiceprezydenta miasta. In: *ND* 86 (1935), 6.

120 O reprezentacji Żydów na ratuszu krakowskim. In: *ND* 214 (1934), 6.

121 Przed wyborem trzeciego wiceprezydenta miasta Krakowa. In: *ND* 6 (1935), 13; Apetyty żydów na trzecią wiceprezydenturę. In: *GN* 6 (1935), 5.



Laut ihrer Argumentation hatten die jüdischen Einwohner kraft ihrer zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Stärke und »wegen der schöpferischen Mitarbeit an der Stadtentwicklung« das verdiente Anrecht (*słuszne prawo*) auf dieses Amt.<sup>122</sup> Da die jüdische Bevölkerung zur gleichen Zeit die Vertretung im Revisionsrat der Stadtparkasse (*Rada rewizyjna Kasy Oszczędności*) und das ihr traditionell vorbehalten Amt des Vizepräsidenten in der Industriekammer einbüßte,<sup>123</sup> kämpften die Zionisten umso entschiedener für eine Vertretung im Stadtpräsidium, die als »letzter Posten« betrachtet wurde. Der nationaldemokratische *Kurjer Poznański* kommentierte die Entwicklungen in einem Bericht aus Krakau folgendermaßen:

Nachdem zwei Juden das Amt des Vizepräsidenten innegehabt hatten, begannen die Krakauer Juden dieses Amt als ihr Eigentum zu betrachten, auf das sie um keinen Preis verzichten wollen. [...] Im Anschluss an die [nach dem Tod von Landau, H.K.-W.] zwischen dem *Sanacja*-Lager und den Juden geschlossene Vereinbarung sind sogar gewisse Namen gefallen. [...] In letzter Zeit gibt es in dieser Angelegenheit aber eine Wende. Im *Sanacja*-Lager ist nämlich starker Druck von Seiten des Krakauer Bürgertums [*mieszczanstwo*] entstanden, das sich nicht zur Privilegierung von Juden bewegen lässt und das Vizepräsidentenamt für einen Vertreter des polnischen Kaufmannstandes beanspruchen möchte. [...] Der endgültige Entschluss hängt davon ab, ob die Wojewodschaft die Präsenz der Juden im Stadtpräsidium um jeden Preis sichern will.<sup>124</sup>

Dieselbe Zeitung berichtete von einer Spaltung innerhalb der Krakauer *Sanacja* und präziserte, dass eine Fraktion gegen einen weiteren jüdischen Vizepräsidenten kämpfe.<sup>125</sup>

Vgl. Kraków nie potrzebuje trzeciego wiceprezydenta. In: *GN* 60 (1935), 5; T.M., Żydowskie apetyty w Krakowie, 3.

122 Protest Rady Gminy Żyd. w Krakowie przeciwko pozbawieniu ludności żydowskiej reprezentacji w prezydium miasta Krakowa. In: *ND* 186 (1935), 14.

123 Sprawa kadłubowego prezydium Izby przemysłowo-handlowej w Krakowie. In: *ND* 15 (1936), 7; Nowe pokrzywdzenie Żydów w Izbie przemysłowo-handlowej w Krakowie. In: *ND* 96 (1936), 2.

124 Kraków nie chce wiceprezydenta – Żyda. In: *Kurier Poznański* 367 (1934), 5.

125 Jak »sanacja« zażydza Kraków, 5.

Am 29. Mai 1935 waren die Beratungen über das Vizepräsidentenamt abgeschlossen.<sup>126</sup> Deren Ergebnis hing wahrscheinlich mit dem Zerfall des *Sanacja*-Lagers nach dem Tod Piłsudskis zusammen. Die *Sanacja* begann sich nun in drei Gruppierungen aufzuteilen, die von unterschiedlichen Persönlichkeiten aus dem Umkreis des Marschalls angeführt wurden. Der persönliche Freund von Piłsudski, General Walery Sławek, der dem Parteilosen Block BBWR vorstand und Mieczysław Kaplicki unterstützte, wurde ins politische Abseits gedrängt. Zeitgleich sprachen sich fast alle nichtjüdischen Mitglieder des BBWR gegen einen vierten Vizepräsidenten aus.<sup>127</sup> Diese Position vertrat vor allem Kazimierz Kumaniecki, der Anführer des BBWR im Stadtparlament.<sup>128</sup> Wahrscheinlich folgte Kumaniecki der Annäherung der *Sanacja* an das nationalistische Lager, die auf der gesamtstaatlichen Ebene stattfand. Vielleicht aber teilte Kumaniecki auch die Abscheu der Krakauer Elite gegenüber der »modernen jüdischen Politik«,<sup>129</sup> deren Forderungen nach nationaler Kulturautonomie sie als überzogen und als weitere Privilegierung der jüdischen Bevölkerung empfand.<sup>130</sup> Aus ihrer Sicht galt es, alle spezifisch jüdischen Ämter abzuschaffen, da diese mit der Einführung von Demokratie und Gleichberechtigung ihre Existenzberechtigung verloren hätten. Diese Deutung erscheint einleuchtend, wenn man bedenkt, dass das vierte Vizepräsidentenamt vor allem von den Zionisten gefordert und für einen Zionisten beansprucht wurde.<sup>131</sup>

Der zionistische Stadtdeputierte Juda Zimmermann drohte, im Falle der Abschaffung des Amtes eine Klage beim Verwaltungsgericht einzureichen.<sup>132</sup> Der *Nowy Dziennik* warf dem Stadtparlament vor, sich an antisemitischen Praktiken im nationalsozialistischen Deutschland zu orientieren.<sup>133</sup> Da die jüdischen BBWR-Mitglieder geschlossen für das vierte Vizepräsidentenamt eintraten, kam es zu einer gemeinsamen Protestaktion der BBWR-treuen und der zionistischen Stadtdeputier-

126 Kraków nie będzie miał żyda w Prezydium miasta. In: *GN* 148 (1935), 2.

127 Ibid.

128 »[...] referent [BBWR] prof. Kumaniecki ukrył wstydliwie pewne motywy wniosku [...]«. In: *Wysiłki żydów w obronie 3-ciej wiceprezydentury*, 5.

129 Mendelsohn, *Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej*, 78.

130 In diesem Sinne legte ein anonymes Autor die Linie der Tageszeitung der Konservativen *Czas* aus, z. B. *Obrońca Żydów przeciw polityce żydowskiej*. In: *Kurier Poznański* 379 (1934), 1.

131 *Nasze stanowisko wobec budżetu miejskiego*, 5.

132 *Wysiłki żydów w obronie 3-ciej wiceprezydentury*, 5.

133 *Żydom trzeba – rozptorności*. In: *GN* 150 (1935), 2.

ten, die geschlossen eine Stadtparlamentssitzung verließen. Auch der Vertreter der Orthodoxen und Vizevorsitzende der jüdischen Gemeinde, Feiweł Stempel, und der gesamte Rat der Jüdischen Gemeinde protestierte gegen die Abschaffung des Amtes.<sup>134</sup> Damit war eine neue Ebene der innerjüdischen Verständigung erreicht. Gegen einen vierten Vizepräsidenten sprachen sich allerdings auch die kommunal aktiven Sozialisten und der Bundist Henryk Schreiber aus.

Am 5. Juni 1935 wurde das Amt des vierten Vizepräsidenten endgültig gestrichen.<sup>135</sup> Der Zionist Zimmermann kommentierte diesen Vorgang folgendermaßen:

Der Beschluss des Stadtvorstandes errichtet eine Wand zwischen den Juden und den Polen im Stadtparlament. Dieser Beschluss verletzt unsere bürgerliche Würde und unsere nationale Ehre.<sup>136</sup>

Da der BBWR insgesamt an Bedeutung verlor, wurde er am 30. Oktober 1935 aufgelöst und im Jahr 1937 von einer Neugründung, dem Lager der Nationalen Einheit (*Obóz Zjednoczenia Narodowego*, OZN), abgelöst. Diese neue »Regierungspartei« unterstrich die Bedeutung des Katholizismus in der Geschichte der polnischen Nation, schloss Juden von der Mitgliedschaft aus und bediente sich einer nationalistischen Phraseologie.<sup>137</sup> In der Folge wurden Losungen des wirtschaftlichen Antisemitismus lauter und immer häufiger in die Praxis umgesetzt.<sup>138</sup> Der Machtkampf fand auch auf den niedrigeren Verwaltungsebenen

134 Ludność katolicka Krakowa protestowała zawsze przeciw wiceprezydentom żydom. In: *GN* 155 (1935), 5; Protest Rady Gminy Żyd. w Krakowie przeciwko pozbawieniu ludności żydowskiej reprezentacji w prezydium miasta Krakowa. In: *ND* 186 (1935), 14.

135 »Żydowskie« posiedzenie Rady m. Krakowa. In: *ND* 154 (1935), 6f., hier 6.

136 *Ibid.*, 7.

137 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 232f. Es gab Pressestimmen, die behaupteten, es gebe keinen Unterschied mehr zwischen der *Sanacja* und der *Endecja* gebe. Siehe Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 59. Allerdings machten manche der Mitglieder des OZN, wie z.B. Bogusław Miedziński, eine Ausnahme für jüdische *Kombattanten*, die im Ersten Weltkrieg für das unabhängige Polen gekämpft hatten. Landau-Czajka, *Syn będzie Lech ...*, 65. Weitere Mitglieder des OZN akzeptierten als Angehörige der polnischen Nation »Personen jüdischer Abstammung, die in ihrem Leben eine wesentliche und tiefe Verbundenheit mit der polnischen Nationsgemeinschaft bewiesen haben«. Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi*, 127.

138 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 210.

statt, was sich offenbar auf die Krakauer Diskussion um das Vizepräsidentenamt auswirkte.

Die jüdischen Stadtdeputierten zogen aus dem Verlauf der Auseinandersetzung ihre Konsequenzen. In den folgenden Jahren reagierten sie auf die Verschärfung des judenfeindlichen Klimas, indem sie sich trotz aller Differenzen vereinigten, so dass 1936 sogar der Bundist Freund eine »jüdische Vizepräsidentschaft« forderte.<sup>139</sup> Angesichts dieser Zuspitzung unternahm Stadtpräsident Kaplicki den Versuch, durch die Zulassung eines jüdischen Schöffen die Forderung nach einem jüdischen Vizepräsidenten zu entschärfen.<sup>140</sup> Seine Bemühungen wurden allerdings von den jüdischen Stadtdeputierten nicht unterstützt.

Die Diskussion um das vierte Vizepräsidentenamt entbrannte erneut 1938, als der Vizepräsident Rudolf Radzyński aufgrund des Vorwurfs der Verschwendung suspendiert wurde.<sup>141</sup> Da Radzyński mit der »christlichen Mehrheit« und mit der »Regierungspartei« OZN assoziiert wurde, erlitten diese durch seinen Rücktritt einen erheblichen Imageschaden. Die Suspendierung hing wahrscheinlich mit den Kämpfen um Piłsudskis Nachfolge zusammen und damit, dass die Mitglieder des Stadtparlamentspräsidiums unterschiedlichen Lagern der *Sanacja* angehörten – Radzyński dem OZN, Kaplicki ursprünglich dem BBWR. Der Kampf um das vierte Vizepräsidentenamt wurde auch im neuen, im Dezember 1938 gewählten Stadtparlament fortgesetzt; für die Wiedereinführung des Amtes machten sich insbesondere die Zionisten stark.<sup>142</sup>

Presseberichte aus derselben Zeit beklagten das allgemeine Desinteresse an der höheren Politik, das vor allem bei den Parlamentswahlen 1935 zutage trat.<sup>143</sup> Die rege Diskussion über das vierte Vizepräsidentenamt in Krakau zeigt, dass lokale Gesellschaften das politische Geschehen auf der kommunalen Ebene viel eifriger verfolgten als das im Parlament.

139 Radni żydowscy powstrzymają się od głosowania nad budżetem m. Krakowa. In: *ND* 111 (1936), 14f.

140 Wybór dwóch ławników m. Krakowa. In: *ND* 159 (1936), 11.

141 Dymisja wiceprezydenta m. Krakowa dr. R. Radzyńskiego. In: *ND* 195 [sic!] [165] (1938), 3.

142 Rada Miejska niezdolna do wytworzenia większości. In: *GN* 55 (1939), 9.

143 Thon, Ozjasz: Zdekonspirowana ordynacja wyborcza ... In: *ND* 126 (1935), 2.

## Staatlicher Autoritarismus – ein neues Problem der Jüdischen Gemeinde

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde war den Behörden unbequem geworden. Im Jahr 1935 trat der Gemeinderat gegen die Abschaffung »der Repräsentation der Juden im Präsidium der Stadt Krakau« und vor allem gegen die Liquidierung des »jüdischen Vizepräsidentenamts« ein.<sup>144</sup> Im Februar 1936 protestierte die Jüdische Gemeinde bei der Kommunalverwaltung gegen das im Sejm diskutierte Verbot des rituellen Schächtens.<sup>145</sup>

Die Neuwahlen zum jüdischen Gemeinderat, die eigentlich 1933 stattfinden sollten, wurden staatlicherseits ausgesetzt. Dies begründete die Wojewodschaft damit, dass die Krakauer und Podgórzer jüdischen Gemeinden vereint werden sollten, bevor sie einen neuen gemeinsamen Gemeinderat wählen dürften. Da Podgórze bereits im Jahr 1915 in die Stadt Krakau eingemeindet worden war, bildete die Existenz zweier jüdischer Gemeinden innerhalb einer Kommune einen juristischen Präzedenzfall. Deshalb wurde der Gemeinderat der Podgórzer Jüdischen Gemeinde im Jahre 1933 aufgelöst und durch einen kommissarischen Vorstand ersetzt.<sup>146</sup> Dieses Vorgehen stand im Gegensatz zur Dezentralisierung (*dekoncentracja*) der Stadtverwaltung, die Kaplicki betrieb. Er hatte das Stadtgebiet unter sechs gleichwertigen Bezirksämtern aufgeteilt.<sup>147</sup>

Am 7. Dezember 1936 wurden die jüdischen Gemeinden von Krakau und Podgórze schließlich vereinigt.<sup>148</sup> Der Wojewode löste die beiden bisherigen Gemeindevorstände auf und ernannte einen aus 21 Mitgliedern bestehenden neuen kommissarischen Vorstand.<sup>149</sup> Dass der neue Gemeinderat ernannt und nicht gewählt wurde, erklärt Sean

144 Protest Rady Gminy Żyd. w Krakowie przeciw pozbawieniu ludności żydowskiej reprezentacji w prezydium miasta Krakowa. In: *ND* 186 (1935), 14.

145 Uroczysty protest Gminy Żydowskiej w Krakowie przeciw projektowi zakazu uboju rytualnego. In: *ND* 51 (1936), 7. Zu den Diskussionen im Sejm siehe Stach, *Nationalitätenpolitik*, 149f.

146 Rozwiązanie zarządu gminy żyd. w Podgórzu. In: *Ilustrowany Kurier Codzienny* 12 (1933), 15.

147 Exposé prezydenta miasta. In: *ND* 110 (1936), 14f.

148 Komisaryczny Zarząd kahalny. In: *ND* 338 (1938), 10; Samsonowska, *Wybory do władz*, 59f.

149 Komisaryczny zarząd w kahale krakowskim, 10; Samsonowska, *Wybory do władz*, 66.

Martin mit der Angst der Assimilierten, Orthodoxen und Zionisten vor einem möglichen Sieg der Bundisten, deren Einfluss angesichts der sozialen Spannungen und des Antisemitismus der Mehrheitsbevölkerung rapide angewachsen war.<sup>150</sup> Diese Erklärung mag auf Warschau zutreffen, wo die jüdische Arbeiterschaft stark war und der *Bund* im September 1936 tatsächlich siegreich aus den Gemeindewahlen hervorging. Vor diesem Hintergrund ließ die Regierung die Wahlen zu anderen jüdischen Gemeindevertretungen, u. a. in Łódź und Lemberg, suspendieren. In Krakau, wo der *Bund* sehr schwach war, erscheint es jedoch plausibler, dass die Ernennung des Gemeinderates darauf abzielte, das lokale »jüdische Milieu« zu disziplinieren und staatliche Kontrolle zu gewährleisten.

Dafür spricht ein Bericht über den Eingemeindungsverlauf aus dem Jahr 1934, der die Gemeinde in Podgórze als überwiegend regierungstreu, die in Krakau hingegen mehrheitlich in Opposition zur Regierung stehend charakterisierte und empfahl, die Vereinigung so zu organisieren, dass bei den ausgeschriebenen Wahlen die Anhänger der Regierung von der Opposition nicht majorisiert werden können.<sup>151</sup> Diese Deutung stimmt mit der von Jerzy Tomaszewski für dieselbe Zeit ausgemachten Tendenz überein, vorzugsweise Assimilierte und lokale Finanzpotentaten für die Gemeindevorstände zu nominieren.<sup>152</sup> Diese Neigung sei mit der wachsenden Zurückhaltung der Regierung gegenüber den Orthodoxen zu erklären, die sich seit der Debatte über das Verbot des rituellen Schächtens 1938 in Opposition zur Regierung befanden.<sup>153</sup>

Der neu ernannte Gemeinderat wurde von der *Neoassimilation* dominiert (11 Sitze),<sup>154</sup> zu der auch Anhänger Piłsudskis, die sogenannten Kombattanten, zählten.<sup>155</sup> Diese wurden zwar nach dem Tod des

150 Martin, Sean: *Jewish life in Cracow 1918-1939*. London/Portland 2004, 47; Samsonowska, *Zarys funkcjonowania gminy*, 59. Vgl. Shapiro, Robert Moses: The Polish Kehillah election of 1936. In: *Polin* 8 (1994), 206-226.

151 Herget, Stan sprawy przyłączenia gmin, 14. 6. 1934. In: Archiwum Narodowe w Krakowie (nachfolgend ANKr, zesp. Kr), zesp. Kraków, sygn. 5252.

152 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 191.

153 Heller, *On the Edge*, 180.

154 *Ibid.*, 187; *Koniec samorządu krakowskiej gminy żydowskiej*. In: *ND* 342 (1936), 14.

155 Kombattanten wurden die Mitglieder des »Verbandes der Jüdischen Teilnehmer an den Kämpfen für die Unabhängigkeit Polens« (*Związek Uczestników Żydowskich Walk o Niepodległość Polski*) genannt, der im Jahr 1929 gegründet wurde. Seine Mitglieder unterstützten die *Sanacja*. Mierzwa, Ja-

Marschalls weitgehend aus dem öffentlichen Leben verdrängt, konnten sich jedoch weiterhin als Repräsentanten jüdischer Gemeinden halten. Neben ihnen wurden in den Gemeinderat sechs Orthodoxe und drei Zionisten berufen. Letztere nahmen jedoch aus Protest gegen das Prozedere ihre Ernennung nicht an.<sup>156</sup> Der Gemeindeverwaltung stand wieder Rafał Landau vor.

Im Juni 1939 wurden sowohl Rafał Landau als auch Feiweł Stempel vom Krakauer Wojewoden ihrer kommissarischen Ämter in der Jüdischen Gemeinde enthoben. Der *Głos Narodu* unterstrich, dass beide gleichzeitig Deputierte des Stadtparlaments seien. In dieses seien sie allein als Vertreter der Jüdischen Gemeinde gewählt worden, weshalb sie nunmehr keine Berechtigung mehr hätten, die Jüdische Gemeinde in der Kommunalverwaltung zu repräsentieren.<sup>157</sup> Die Zeitung suggerierte einen Zusammenhang zwischen der Suspendierung Landaus und Stempels von ihren Ämtern in der Jüdischen Gemeinde und ihrer Aktivität in der Munizipalität. Beide Stadtdeputierten hätten den »sozialistisch-jüdischen« Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten, Mikołaj Kwaśniewski, unterstützt, der der neuen »Regierungspartei« OZN nicht genehm sei.<sup>158</sup>

Wenn diese Einschätzung zutrifft, würde dies bedeuten, dass Landau und Stempel als Amtsträger der Jüdischen Gemeinde für ihre Aktivitäten auf kommunalpolitischer Ebene gemäßregelt wurden. Dies würde wiederum die fortschreitende Aushöhlung der Selbstverwaltung durch staatliche Eingriffe bestätigen, die ein führender Wirtschaftshistoriker und Aktivist der Bauernbewegung, Franciszek Bujak, für alle Stadtverwaltungen nach dem Jahr 1933 beobachtet hat.<sup>159</sup>

nusz: Związek Żydów Uczestników Walk o Niepodległość Polski w Krakowie. In: *Studia Historyczne* 173 (2001), 323–331. Steffen, *Jüdische Polonität*, 103 f.; Stein, *Di yidn*, 325; *Ludność żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone*, 14.

156 O wybory do Kahału krakowskiego. In: *ND* 186 (1939), 6.

157 Zmiany w krakowskiej gminie żydowskiej. In: *GN* 155 (1939), 5.

158 Ibid.; Żydzi zdradzili OZN. In: *GN* 156 (1939), 5; Kulisy zmian w Kahałe krakowskim. In: *ND* 154 (1939), 3; Aby wolność wykonywania uprawnień była członkom Rady Miejskiej zagwarantowana. In: *ND* 160 (1939), 12.

159 Zitiert nach A.D., *Upaństwowanie samorządu*, 1.

## Die letzten Stadtparlamentswahlen im Jahr 1938: ein Symbol politischer Authentizität?

In die Kommunalwahlen im Jahr 1938 setzten die Krakauer große Hoffnungen, weil sie staatlicher Intervention entzogen waren. Die Opposition sah diese Wahlen als Korrektiv zu den vorausgegangenen Parlamentswahlen 1935 an, die noch stärker als gewöhnlich manipuliert worden waren, um einen Sieg für die ›Regierungspartei‹ OZN zu sichern.<sup>160</sup> Die Opposition hatte die Wahlen mehrheitlich boykottiert.

Im jüdischen Krakau erinnerte man sich mit Erbitterung an die Parlamentswahlen von 1935, die sich direkt an die erfolglose Kampagne für einen vierten Vizepräsidenten angeschlossen hatten. Damals hatte die Regierung versucht, die Aufstellung von jüdischen Kandidaten aus Krakau für das Parlament zu beeinflussen und den jüdischen Wählern einen der Regierung genehmen Kandidaten, den Kombattanten Kapitän Leopold Józef Spira (1894-1940), aufzuzwingen.<sup>161</sup> Gleichzeitig hatten die Regierenden die Aufstellung des Zionisten und langjährigen Parlamentsdeputierten Jehoshua Ozjasz Thon verhindert.<sup>162</sup> Czesław Brzoza vermutet, dass die Krakauer Kommune als Experimentierfeld für Strategien ausgewählt wurde, die es künftig »der christlichen Mehrheit« erlauben würde, bestimmte jüdische Kandidaten bei den Parlamentswahlen zu verhindern.<sup>163</sup>

Bei der Manipulation des Jahres 1935 spielte die geschickte Einteilung der Wahlkreise eine große Rolle, die dafür sorgte, dass der jeweilige jüdische Kandidat keine Mehrheit gewinnen konnte.<sup>164</sup> Wie der *Nowy Dziennik* berichtete, verursachte der Versuch, die Wahl zu beeinflussen, große Aufregung auf der »jüdischen Straße« und im

160 Majchrowski, *Geneza*, 36; Bacon, *The Politics of Tradition*, 276f.; Stein, *Di yidn*, 323; *Między wyborami sejmowymi a samorządowymi*. In: *GN* 317 (1938), 1.

161 Brzoza, *Kraków polityczny*, 132f.

162 *Ibid.*, 133; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 364f.; *Mali ludzie – do wielkich interesów*. In: *ND* 233 (1935); Mildner, T[adeusz]: *Żydzi wołają »senatora« niż asymlatora*. In: *Kurier Poznański* 433 (1935), 3. Die Anhänger von Spira sollen eine eigene Zeitung, die *Gazeta Żydowska*, herausgegeben haben, um den Einfluss des zionistischen *Nowy Dziennik* auf die Wahlkampagne zu mildern.

163 Brzoza, *Kraków polityczny*, 132f.

164 *Podział miasta Krakowa na okręgi wyborcze 12.6.1935*. In: *Archiwum Narodowe w Krakowie*, zesp. *Starostwo Grodzkie Krakowskie* (nachfolgend ANK StGKr), sygn. 146.



Vorstand der Gemeinde.<sup>165</sup> Allerdings wurde die Kandidatur Spiras sowohl von den regierungstreuen Abgeordneten als auch von Rafał Landau, dem Rabbinat und mehreren jüdischen Wohlfahrtsvereinen unterstützt.<sup>166</sup> Ungeachtet dessen hatte Spira, wohl wegen der Opposition der jüdischen Wählerschaft, keinen Erfolg. Zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der Zweiten Polnischen Republik gab es keinen jüdischen Sejmabgeordneten aus Krakau. Die Erfahrung der externen Einflussnahme und die darauffolgende negative Mobilisierung, die schließlich zum Scheitern des aufgezwungenen jüdischen Kandidaten führten, waren bedeutsam. Deshalb versuchten jüdische Parteien 1938 mit aller Kraft, Wähler zu mobilisieren, um eine erneute Niederlage zu verhindern.<sup>167</sup>

Die Wahlen in den sechs größten Kommunen sollten auf Grundlage einer neuen Wahlordnung stattfinden,<sup>168</sup> die als undemokratisch und intransparent kritisiert wurde.<sup>169</sup> Sie fanden in einer stark antisemitischen Atmosphäre statt, zu der insbesondere das Exposé von Ministerpräsident Felicjan Sławoj-Skłodkowski vom Juni 1936, seine Rede vom Januar 1938 und das berüchtigte Exposé des Vizepräsidenten Polens, Eugeniusz Kwiatkowski, vom Dezember 1938 beigetragen hatten.<sup>170</sup> Während Sławoj-Skłodkowski sich dafür aussprach, die Juden ökonomisch zu bekämpfen und die Urbanisierung der Bauern voranzutreiben, kündigte Kwiatkowski »eine Polonisierung der Struktur der polnischen Städte« an. Konkret bedeute dies, dass bäuerliche Zuwanderer in den Städten die Plätze der zur Emigration gedrängten Juden

165 W odmętach gospodarki kahalnej. In: *ND* 338 (1935), 6.

166 Walka o honor żydostwa krakowskiego. In: *ND* 245 (1935), 5-7.

167 Brzoza, Kraków polityczny, 139.

168 Rada m. Krakowa przeciw projektowi rządowemu ustawy wyborczej do rad miejskich. In: *ND* 63 (1938), 14; Samorząd miejski i polityka. In: *GN* 45 (1938), 6.

169 Rada miejska przeciw projektowi ordynacji wyborczej. In: *GN* 63 (1938), 9. Klimek, *Samorząd miast II Rzeczypospolitej*, 85.

170 Miasta Polski bez żydów. In: *GN* 337 (1938), 6. »Die ›Polonisierung‹ der Städte hatte bis dahin die *Endecja* postuliert. Die antisemitischen Elemente im Programm von Kwiatkowski nennt Friszke »ein Angebot in Richtung der Rechten«. Friszke, Andrzej: *O kształt niepodległej*. Warszawa 1989, 180-182 und 258f.; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 380; Landau-Czajka, Anna: *W jednym stali domu. Koncepcje rozwiązania kwestii żydowskiej w publicystyce polskiej lat 1933-1939*. Warszawa 1998, 124; Melzer, Emanuel: Antisemitism in the last years of the Second Polish Republic. In: *The Jews of Poland between Two World Wars*, hg. v. Yisrael Gutman et al. Waltham 1989, 126-137, hier 132.

übernehmen sollten. Diese Auftritte und Einlassungen wurden als offizielles Placet zum Antisemitismus im Wirtschaftsleben interpretiert.

Die Krakauer Wählerschaft hatte sich zusehends polarisiert. Das Regierungslager OZN, das Juden als Mitglieder ausschloss, hatte sich den jungen Nationaldemokraten angenähert und unterstrich seine Loyalität gegenüber der zunehmend antisemitischen katholischen Kirche.<sup>171</sup> Beide Milieus betrachteten den Kommunismus als akute, von Juden entfachte Gefahr und forderten, die politischen und wirtschaftlichen Rechte von Juden einzuschränken.<sup>172</sup> Der OZN bildete den harten Kern der Christlich-Nationalen Selbstverwaltungsfront (*Chrześcijańsko-Narodowy Front Samorządowy*), der auch die *Chadecja* beitrug.<sup>173</sup> In Krakau sollte diese Front auf Geheiß und mit dem Segen von Erzbischof Adam Sapieha aufgebaut werden.<sup>174</sup>

Die *Endecja* stellte eine eigene Nationale Kandidatenliste (*Narodowa Lista Kandydatów*) auf. Beide Konkurrenten beschworen in der Wahlkampagne das Gespenst einer sozialistisch-jüdischen Bedrohung, vor der sie die Stadt zu retten versprachen.<sup>175</sup> Außerdem bemühten sie den Mythos der »jüdischen Solidarität«.<sup>176</sup> Die linke Opposition bestand hauptsächlich aus Sozialisten, die von schwachen Demokraten unterstützt wurden.

Der Zionistische Revisionist und spätere Stadtdeputierte, Kalman Stein, schrieb später, dass Krakau die einzige polnische Stadt gewesen

171 Majchrowski spricht von einer Übernahme des *Endecja*-Konzeptes durch OZN. Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi*, 40, 43 und 147.

172 Majchrowski, Jacek: Obóz Zjednoczenia Narodowego a Kościół. In: *Więź* 12 (1976), 119-128, hier 124; Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi*, 147.

173 Brzoza, Kraków polityczny, 141f. Brzoza spricht vom einem katholisch-OZN Block (*blok katolicko-OZNowy*). Ibid., 144. Majchrowski spricht von einem Sapieha-Block (*blok sapieżyński*). Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi*, 152f. Galas, Michał/Polonsky, Antony: Introduction. In: *Polin* 23 (2011), 3-48, hier 36 und 38f. Über ähnliche Wahllisten in Tarnów: Wiercholska, *Jüdische und nichtjüdische Bevölkerung*, 173-192.

174 Nach dem Tod von Piłsudski schwächte das Episkopat seine oppositionelle Haltung der *Sanacja* gegenüber ab, was Sapieha mittrug. Majchrowski, *Silni, zwarci, gotowi*, 142; Brzoza, *Jewish Participation*, 228; Stary Kraków pokazuje drogę. Wspólny front wyborczy Polaków do Rady Miejskiej. In: *Kurjer Polski* 315 (1938), 1f.; Ciekawe kulisy akcji wyborczej do Rady Miejskiej w Krakowie. In: *ND* 321 (1938), 9.

175 J.P.: Wybory samorządowe w Krakowie. In: *GN* 290 (1938), 1; Żydzi a wybory do Rady Miejskiej. In: *GN* 342 (1938), 9.

176 Żydzi a wybory do Rady Miejskiej, 9.

sei, in der sich die gesamte jüdische Wählerschaft zusammenschloss.<sup>177</sup> Damit meinte er den Wahlblock Repräsentanz des vereinten Judentums der Stadt Krakau (*Reprezentacja Zjednoczonego Żydostwa m. Krakowa*). Der Name des Blocks täuschte jedoch darüber hinweg, dass die jüdische Wählerschaft weiterhin gespalten war. Die Repräsentanz wurde von den Zionisten, den Orthodoxen, den Assimilierten und den Neoassimilierten-Kombattanten unterstützt,<sup>178</sup> die von dem Zionisten Ignacy Schwarzbart<sup>179</sup> angeführt wurden. Unabhängig davon traten vier Listen der Bundisten an, darüber hinaus eine jüdische sozialistische Liste der *Po'ale-Tsion* und der jüdischen Gewerkschaften.

Wie im Jahr 1935 waren die Wahlen durch die Art des Wahlkreis-zuschnitts (*geometria wyborcza*) manipulierbar.<sup>180</sup> Außerdem gab es Gegenden, von denen man annahm, dass dort ein jüdischer Kandidat keine Chance hätte, z.B. das alte Stadtzentrum. Da allerdings inzwischen viele Juden ins Krakauer Zentrum umgezogen waren, erwogen die Zionisten, auch dort einen Kandidaten aufzustellen. Auf diese Weise sollte, wie Kalman Stein berichtete, »die Legende von der angeblichen ›Assimilationshörigkeit‹ dieses Kreises entkräftet werden«.<sup>181</sup> Der Krakauer Wojewode untersagte jedoch den jüdischen Parteien das Recht auf eigene Kandidaten im Zentrum, da eine solche Neuerung »von den christlichen Krakauern« als Provokation angesehen würde.<sup>182</sup> Obwohl der Wahlblock Repräsentanz bereit war, das Verbot zu befolgen, stellte eine rechte Abspaltung der Zionisten, die Zionistischen Revisionisten,<sup>183</sup> im Zentrum »eine unabhängige zionisti-

177 Stein, *Di yidn*, 323.

178 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 236. Somit entsprach die Zusammensetzung Jüdischer Repräsentanz in Krakau derjenigen der »Vorläufigen Repräsentanz der Polnischen Juden« (*Tymczasowa Reprezentacja Żydów Polskich*), die im Jahr 1937 im Parlament entstand.

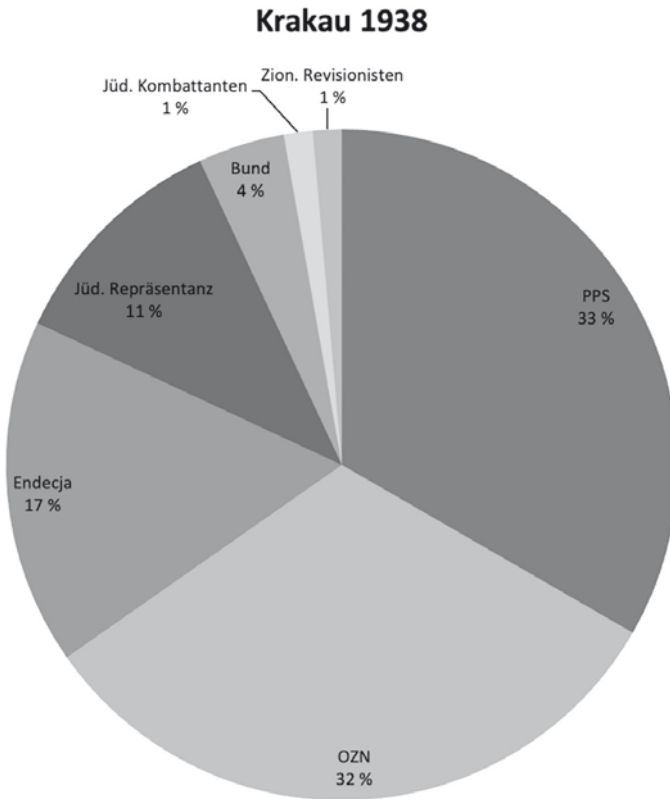
179 Schwarzbart, Ignacy (1888-1961) Jurist, führender Zionist, Herausgeber von *Nowy Dziennik*, Deputierter im Konfessionsrat und im Stadtparlament, seit 1938 im Sejm, siehe Engel, David: Schwarzbart, Ignacy. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Schwarzbart\\_Ignacy](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Schwarzbart_Ignacy) (14.9.2016)

180 Stein, *Di yidn*, 323.

181 *Żydzia a wybory do Rady Miejskiej*, 9.

182 Stein, *Di yidn*, 324; Brzoza, *Jewish participation*, 231 f.

183 Zionistische Revisionisten (jid. *Tsionistn-Revisionistn*), Mitglieder der »Neuen Zionistischen Organisation in Polen« (*Nowa Organizacja Syjonistyczna w Polsce*, NOS), die aus einer Spaltung der zionistischen Partei im Jahr 1925 entstand. Sie unterstützten sowohl politische Verhandlungen als auch den militärischen Kampf an der Seite Großbritanniens, um einen



sche Liste« auf und gewann einen Sitz. Ihr Vorgehen verstanden die Zionistischen Revisionisten nicht nur als Kampf um die Vertretung im Stadtparlament, sondern im weiteren Sinn als Kampf um nationale und staatsbürgerliche Rechte für Juden in Polen.

Im gewählten Stadtparlament saßen schließlich Vertreter der Sozialisten (24), des Regierungslagers OZN (23), der Nationaldemokraten (12), der jüdischen Repräsentanz (8), der Bundisten (3) der jüdischen

jüdischen Staat in Palästina zu gründen. Melzer, Emanuel: Revisionist Zionists. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoEncyclopedia.org/article.aspx/Revisionist\\_Zionists](http://www.yivoEncyclopedia.org/article.aspx/Revisionist_Zionists); Aleksion, Natalia: rewizjoniści (Rewizjoniści). In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/rewizjonisci\\_\(Rewizjonisci\)](http://www.jhi.pl/psj/rewizjonisci_(Rewizjonisci)) (16.9.2016).

Kombattanten (I) und der Zionistischen Revisionisten (I).<sup>184</sup> Die jüdische Konfessionsgemeinde war im Stadtparlament erneut durch ihren Vorstand, Rafał Landau, vertreten, dessen Wahl von der jüdischen Repräsentanz unterstützt worden war. Die Fraktionen wählten insgesamt acht Schöffen: die Sozialisten und der OZN jeweils drei, die Nationaldemokraten und die jüdische Repräsentanz jeweils einen.<sup>185</sup> Zum Schöffen der Repräsentanz wurde der Zionist Juda Zimmermann gewählt.<sup>186</sup>

Der *Głos Narodu* wertete den Wahlausgang als »eine wirkliche Niederlage für Krakau«, da die »Sozialisten und Juden« die Mehrheit gewonnen hätten (37 von 72 Sitzen).<sup>187</sup> Er behauptete, dass die Uneinigkeit der Polen und Christen dafür verantwortlich sei, womit die Konkurrenz zwischen zwei »christlichen« Wahllisten gemeint war. Für die Zukunft sah der *Głos Narodu* bereits eine rote Fahne mit Davidstern voraus, die bald über dem Dach des Rathauses wehen würde. Vom Lokalen ablenkend interpretierte die Zeitung die Kommunalwahlen als Protest gegen die vorausgegangenen Parlamentswahlen:

Das Regierungslager behielt die von Herr Sławek entworfene Wahlordnung zum Parlament bei und machte es damit den Bürgern unmöglich, ihre Meinung über die Staatsangelegenheiten während der Parlamentswahlen zu äußern. Deshalb entluden sich die angestauten politischen Emotionen während der Selbstverwaltungswahlen mit doppelter Kraft.<sup>188</sup>

Über den Erfolg der Sozialisten zeigte sich der *Głos Narodu* schockiert. Im Gegensatz zur relativ stabilen Zahl der Mandate jüdischer Parteien kam dieser Erfolg unerwartet und zeigte, dass die Sozialisten, trotz der Bemühungen der *Chadecja* und der *Endecja*, eine ungebrochene Popularität unter den Arbeitern genossen. Die Tageszeitung unterstrich den wachsenden Erfolg der Bundisten, die den Zionisten die Rolle der »Repräsentanten der Juden« streitig machten.<sup>189</sup> Angesichts der Tatsache, dass die Bundisten nur drei Sitze erlangt hatten, erscheint diese Befürchtung maßlos übertrieben. Sie passte aber gut zum Stereo-

184 Adamczyk, Elżbieta: *Gospodarka komunalna miasta Krakowa w okresie II Rzeczypospolitej*. Kraków 1997, 84; Brzoza, Jewish Participation, 238.

185 Aktualności krakowskie. In: *GN* 189 (1939), 9.

186 Rada Miejska niezdolna do wytworzenia większości, 9.

187 W Krakowie zwycięstwo żydów i socjalistów. In: *GN* 349 (1938), 1.

188 Gdzież to zjednoczenie? In: *GN* 350 (1938), 1.

189 Żydzi nie chcą wyjść z Polski. In: *GN* 352 (1938), 1.

typ des jüdischen linken Revoluzzers. Da die *Endecja* einen deutlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und der OZN eine nationalistische Wende vollgezogen hatte, wäre es eher angebracht gewesen, von einem Erfolg des polnisch-nationalen christlichen Lagers zu sprechen.

Eine originelle Interpretation der Wahlen veröffentlichte Apolinary Hartglas, Abgeordneter der Folkisten im Sejm und im Warschauer Stadtparlament.<sup>190</sup> Er wies im *Nowy Dziennik* darauf hin, dass die Aufteilung der Städte in mehrere Wahlkreise dazu geführt habe, dass Juden in vielen Fällen nicht für chancenlose jüdische Kandidaten stimmten, sondern für polnische Oppositionelle, vor allem Sozialisten.<sup>191</sup> Aus Hartglas' Sicht spiegelten die Wahlergebnisse deshalb keinesfalls die politische Wirklichkeit wider, die viel weniger sozialistisch geprägt sei. Vielmehr lasse der Antisemitismus der ›polnischen‹ Parteien den jüdischen Bürgern keine andere Option offen, als für die Linke zu stimmen.

## Die Polarisierung der Kommunalpolitik und die schwierige Wahl des Stadtpräsidenten

In der neuen Konstellation des Stadtparlaments gelang es Stadtpräsident Kaplicki nicht, sich zu positionieren.<sup>192</sup> Deswegen legte er Anfang 1939 sein Amt nieder. Im Stadtparlament besaßen weder die Rechte noch die Linke eine absolute Mehrheit, die notwendig war, um erfolgreich einen Stadtpräsidenten zu wählen.<sup>193</sup> Deshalb ernannte die Regierung einen kommissarischen Stadtpräsidenten, Bolesław Czuchajowski (OZN).<sup>194</sup> Da die sozialistischen Stadtdeputierten Czuchajowski ablehnten,<sup>195</sup> versuchten sie, einen eigenen Kandidaten zu lancie-

190 Apolinary Hartglas (1882-1953): Jurist, Folkist, Sejm- und Stadtparlamentsdeputierter aus Warschau, Journalist des *Haynt*. Żyndul, Jolanta: Hartglas, Apolinary. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hartglas\\_Apolinary](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hartglas_Apolinary) (7.9.2016)

191 Hartglas, Apolinary: Chybione ordynacje. In: *ND* 353 (1938), 3. Ähnliches behauptete Joseph Marcus: *Social and Political History of the Jews in Poland*. Berlin et al. 1983, 384.

192 Ostateczna rezygnacja prezydenta Kaplickiego. In: *GN* 28 (1939), 9.

193 Przed wyborem prezydenta m. Krakowa. In: *GN* 52 (1939), 9; Rada Miejska niezdolna do wytworzenia większości, 9; Rada miejska nie wybrała prezydenta. In: *GN* 76 (1939), 9.

194 Dr. Czuchajowski komisarycznym prezydentem m. Krakowa. In: *GN* 111 (1939), 9.

195 PPS bojkotuje prez. Czuchajowskiego. In: *GN* 135 (1939), 4.

ren – den ehemaligen Wojewoden und *Sanacja*-Anhänger Mikołaj Kwaśniewski.<sup>196</sup> Kwaśniewski war vom OZN aus seiner Stellung verdrängt worden. Seit 1937 hatte er die moderate Oppositionspartei Demokratische Fraktion (*Stronnictwo Demokratyczne*) in Krakau etabliert, die u.a. die Aktivisten der alten Regierungspartei BBWR, sog. Legionenlinke (*lewica legionowa*) anzog, die den Antisemitismus ablehnten.<sup>197</sup> Die Fraktion wurde zum Sammelbecken der demokratischen und liberalen *Inteligencja*, die sich weder mit dem Sozialismus noch mit der Nationaldemokratie identifizieren wollte.

Für die Sozialisten war Kwaśniewski ein Kompromisskandidat, den sowohl die Linke als auch Anhänger der früheren Regierung unterstützen konnten. Seine Kandidatur wurde auf einer Stadtparlamentssitzung von der PPS, der jüdischen Repräsentanz und dem *Bund* befürwortet (37 Stimmen). Der *Głos Narodu* kommentierte ironisch: »Wir möchten gern den Augenblick erleben, in dem die PPS der Stadt Krakau einen Stadtpräsidenten beschert, der nur mit Hilfe von Juden gewählt wurde.«<sup>198</sup> Damit spielte die Zeitung wahrscheinlich auf Wahlen an, bei denen die Sieger mit wesentlicher Unterstützung von Stimmen jüdischer Wähler gekürt worden waren, insbesondere auf die Wahl des ersten Staatspräsidenten, Gabriel Narutowicz, im Jahr 1922. Da Naru-

196 Stein, *Di yidn*, 325; Kwaśniewski kandydatem PPS i żydów na prezydenta m. Krakowa. In: *GN* 139 (1939), 9; Kraków wobec wyboru p. Dra Kwaśniewskiego. In: *GN* 149 (1939), 5.

197 Weiss, Ahron: The Activities of the Democratic Societies and Democratic Party in Defending Jewish Rights in Poland on the Eve of Hitler's Invasion. In: *Polin* 7 (1992), 260-267. Jerzy Tomaszewski sieht in der Opposition zum Antisemitismus einen der wichtigsten Gründe für die Entstehung der Demokratischen Fraktion. Tomaszewski, Jerzy: *Preludium zagłady. Wygnanie Żydów polskich z Niemiec w 1938*. Warszawa 1998, 61. Czesław Brzoza unterstreicht die Rolle des Krakauer Milieus bei dieser Gründung und weist auf die kommunalliberalen Traditionen hin, an die man in Kraków anknüpfen konnte. Brzoza, *Kraków polityczny*, 137. Die Krakauer Demokratische Fraktion versammelte sich um die Tageszeitungen *Krakowski Kurier Wieczorny* und *Krakowski Kurier Poranny*.

198 Kwaśniewski kandydatem PPS i żydów, 9; »Ich prezydent«. In: *ND* 150 (1939), 2. »Ihr Präsident« bedeutete »nicht unser Präsident« und war eine Anspielung auf die Wahl von Gabriel Narutowicz (1865-1922). Narutowicz war als Kandidat des linken Flügels der Bauernpartei im Dezember 1922 zum Staatspräsidenten gewählt und bald danach ermordet worden. Er wurde als »Judenpräsident« von den Nationaldemokraten diskreditiert, die ihren Kandidaten nicht durchsetzen konnten. Für Narutowicz hatten die Wähler gestimmt, die keinen Nationaldemokraten unterstützen wollten.

towicz als »jüdischer Präsident« verscrien und schon kurz nach Amtsantritt von einem Nationaldemokraten erschossen worden war, konnte man den Kommentar des *Głos Narodu* als Drohung interpretieren. Die christlich-nationalistische Presse charakterisierte Kwaśniewski als Nichtkatholiken – er war ein reformierter Protestant –, Linken und Philosemiten.<sup>199</sup> Das Innenministerium verweigerte ihm schließlich die notwendige Bestätigung als Stadtpräsident,<sup>200</sup> so dass Bolesław Czuchajowski weiterhin im Amt blieb.

Dennoch war die *Chadecja* mit dem Stadtparlament sehr unzufrieden und sprach von einer »jüdisch-sozialistischen Verschwörung«, die die Stadtpolitik beherrsche.<sup>201</sup> Die neuesten kommunalen Entwicklungen betrachtete sie als Fortführung der verpönten »jüdisch-christlichen Symbiose«, die dazu geführt habe, dass »das Krakauer Rathaus zu einem Paradebeispiel Judeopolens wurde [...].«<sup>202</sup> Die *Chadecja* bemühte wiederholt die besonderen Traditionen der Stadt: »Keinem Polen kann es gleichgültig sein, wer im alten Sitz der polnischen Könige regiert. In dieser Schatztruhe der nationalen Denkmäler.«<sup>203</sup>

Angesichts dieser Stimmung arbeitete der OZN auf eine Auflösung des Stadtparlaments und Neuwahlen hin, indem er jede von den Sozialisten eingebrachten Initiative blockierte.<sup>204</sup> Diese taten dasselbe mit den Anträgen ihrer Gegner. Der Schöffe Juda Zimmermann kommentierte die Debatten mit den Worten: »[...] fast jede Rede beginnt und endet mit der Judenfrage.«<sup>205</sup> Die Popularität antisemitischer Parolen führte er darauf zurück, dass der OZN im Falle von Neuwahlen darauf hoffe, durch offene Judenfeindschaft besser abzuschneiden.<sup>206</sup> Deshalb meide man in den Haushaltsdiskussionen wirtschaftliche Argumente und konzentriere sich fast ausschließlich auf die »jüdische Gefahr«, als ob diese der entscheidende Faktor im Wirtschaftsleben Krakaus sei.

199 Prasa o wyborze nowego prezydenta Krakowa. In: *GN* 151 (1939), 5; Przegląd prasy. In: *ND* 148 (1939), 4; Przewodniczący Klubu Radnych PPS w sprawie wyboru prezydenta m. Krakowa. In: *ND* 163 (1939), 9.

200 »Polityczna« niedziela w Krakowie. In: *ND* 181 (1939), 3.

201 K.T.: »Sielanka« socjalistyczno-żydowska w Krakowie. In: *GN* 192 (1939), 8.

202 Ibid.

203 Stanowisko klubów radzieckich wobec spraw miejskich. In: *GN* 216 (1939), 5.

204 Ibid.

205 »Mamy prawa ludzkie aby żyć na tej ziemi«. In: *ND* 183 (1939), 13.

206 Trzy działy budżetu. In: *ND* 184 (1939), 18.



Da weder die christlichen Nationalisten noch die Sozialisten über eine Mehrheit im Stadtparlament verfügten, war dieses ohnehin nur bedingt arbeitsfähig. Aus diesem Grund dauerten die destruktiven Debatten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an.

## Kommunale Sozialpolitik oder konfessionelle Wohltätigkeit?

Die Prinzipien der kommunalen Sozialfürsorge wurden in Krakau aus der Teilungszeit übernommen. Eine Analyse der kommunalen Sozialpolitik zu Zeiten der Habsburger Monarchie war lange ein Forschungsdesiderat, das erst die Arbeiten von Gerhard Melinz und Susan Zimmermann zu Wien, Prag und Budapest wesentlich verkleinert haben.<sup>207</sup> Leider beschäftigt sich keiner der beiden Autoren mit den Wechselbeziehungen zwischen der kommunalen Sozialpolitik und den Aktivitäten der konfessionellen Verbände. Deshalb erfährt man aus ihren Arbeiten nicht, ob die drei großstädtischen Kommunen ihre sozialfürsorgereichen Aufgaben auf die Konfessionsverbände übertrugen und wie sie diese Dienste eventuell entlohnten. Allein über Prag schreiben Melinz und Zimmermann, dass dort

kirchliche Instanzen stärker in die Armenpflege eingebunden [blieben], wie auch überhaupt die traditionsreiche private Wohltätigkeit mit ihrem meist stärkeren Bezug zu (klein)bürgerlichen Schichten [...] im Verhältnis zur öffentlichen Fürsorge eine besonders große Rolle gespielt haben dürfte.<sup>208</sup>

In seinem Buch über Wiener Sozialpolitik erwähnt Gerhard Melinz private Wohlfahrtsorganisationen, die neben der Kommune mit Sozialfürsorge betraut waren.<sup>209</sup> An anderer Stelle spricht er von einer »gezielten Einbeziehung von privater Wohltätigkeit ›vor Ort‹ in die

207 Melinz, Gerhard/Zimmermann, Susan: Die aktive Stadt. Kommunale Politik zur Gestaltung städtischer Lebensbedingen in Budapest, Prag und Wien (1867-1914). In: Wien – Prag – Budapest. *Blütezeit der Habsburgermetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918)*, hg. v. Gerhard Melinz und Susan Zimmermann. Wien 1996, 140-176.

208 Melinz/Zimmermann, Die aktive Stadt, 162.

209 Melinz, Gerhard/Ungar, Gerhard: *Wohlfahrt und Krise – Wiener Kommunalpolitik 1929-1938*. Wien 1996, 31. Die privaten Mütterberatungsstellen, die neben den kommunalen aktiv waren, waren »streng weltanschaulich und religiös« ausgerichtet. *Ibid.*, 96.

behördliche Armenfürsorge.«<sup>210</sup> Wahrscheinlich sind damit u. a. Institutionen der jüdischen Konfessionsgemeinde gemeint, die sich hauptsächlich durch Stiftungsgelder und private Fonds finanzierten. Unklar bleibt, ob die Kommune diese Aktivitäten finanziell unterstützte.

Der österreichische Jurist und Statistiker Ernst Mischler (1857-1912) charakterisierte die Situation der Sozialfürsorge in Galizien am Anfang des 20. Jahrhunderts folgendermaßen:

[...] in den polnischen Städten [sind] die [wohltätigen] Vereine zahlreich, u[nd] zw[ar] dominiert das konfessionelle Moment; es bestehen noch die alten Bruderschaften, die Vereine sind konfessionell (und national) getrennt und die Juden haben ihre eigene Armenpflege. Alle diese Institutionen sind so mächtig, dass sie dem Eindringen einer modernen Vereinsarmenpflege oder den Versuchen zu Umbildungen zähen Widerstand leisten und selbst die öffentliche Armenpflege wesentlich beeinflussen.<sup>211</sup>

Mischler wies darauf hin, dass es in Galizien so gut wie keine moderne individualisierte Sozialpolitik gab, die auf die Wiedereingliederung der Hilfeempfänger in den Arbeitsprozess und das Gesellschaftsleben abzielte. Sozialfürsorge setzte vielmehr die traditionelle konfessionell orientierte Wohltätigkeit fort, die die Bedürftigen mit dem Nötigsten versorgte und sich eventuell noch um ihr Seelenheil kümmerte.

Anknüpfend an Mischler unterstreichen heute Ewa Leś und Janusz Radwan-Pragłowski die Bedeutung der konfessionellen Wohlfahrtsinitiativen in Galizien.<sup>212</sup> Unbeantwortet lassen sie jedoch die Frage, ob diese von der städtischen Verwaltung unterstützt wurden.

Abhilfe kann in diesem Fall eine Analyse der Krakauer Stadtstatuten schaffen.<sup>213</sup> Das Stadtstatut, das 1866 eingeführt wurde und mit man-

210 Melinz, Gerhard: Das ›zweite soziale Netz‹ – Kehrseite staatlicher Sozialpolitik. In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933*, hg. v. Emmerich Tálos et al. Wien 1995, 587-601, hier 588.

211 Mischler, Ernst: Armenpflege. In: *Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes*, hg. v. Ernst Mischler und Josef Ulbrich. Bd. I. Wien 1905, 320-354, hier 347. Ich bedanke mich bei Dr. Stefan Wedrac für diesen Hinweis.

212 Leś, Ewa: *Od filantropii do pomocniczości. Studium porównawcze rozwoju i działalności organizacji społecznych*. Warszawa 2000, 75; Radwan-Pragłowski, Janusz/Frysztański, Krzysztof: *Miłosierdzie i praktyka. Społeczne dzieje pomocy człowiekowi*. Kraków 2009, 401.

213 Kozińska-Witt, Hanna: Krakauer Munizipalität und jüdische Konfessionsgemeinde: ›Provisorisches Gemeindestatut für die königliche Haupt-

chen Veränderungen bis 1931 in Kraft blieb, grenzte in Abschnitt 17, Teil VI (*Vom Einflusse der Gemeindebehörde auf die Angelegenheiten der verschiedenen Religionsbekenntnisse*),<sup>214</sup> die städtische und die konfessionelle Sphäre klar voneinander ab.

Die Paragraphen 119 und 122 regulierten die jeweiligen Zuständigkeiten im Detail:

§ 119. Jedes Religionsbekenntniss verbleibt im Besitze und in der Benützung der für dessen geistliche, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde, und bestreitet die Kosten aus eigenem Mitteln.

Jedes Gemeindeglied der Stadt Krakau trägt zu den Auslagen nur desjenigen Religionsbekenntnisses bei, dem es selber angehört, insoferne dieselben im Grunde der politischen Gesetze nicht als eine Last auf den von ihm besessenen Realitäten haften. [...]

§ 122. Inwieferne die Anstalten für die unten ausgedrückten Zwecke nicht aus dem Vermögen der Gemeinde der Stadt Krakau dotirt werden, bestreitet die israelische Gemeinde die Auslagen aus eigenen Mitteln;

für ihre religiösen Zwecke;

für die Versorgung ihrer Armen und Kranken;

für die Erhaltung ihrer Schulen und Spitäler;

für die Befriedigung ihrer anderweitigen eigenthümlichen Bedürfnisse.

stadt Krakau (1866) und seine Wirkung. In: *Historica. Revue pro historii a přibuzeně vědy* 1 (2015), 58-68.

<sup>214</sup> Provisorisches Gemeindestatut für die königliche Stadt Krakau (LG. V. 1. April 1866 Nr. 7). In: *Österreichische Städteordnungen. Die Gemeindeordnungen und Gemeindevahlordnungen der mit eigenen Statuten versehenen Städte der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder mit den Nachtragsgesetzen, sowie den einschlägigen Judicaten des Reichsgerichtes und Verwaltungsgerichtshofes*, hg. v. Karl Brockhausen und Richard Weiskirchner. Wien 1895, 154-185, hier 184f.; *Statut gminny miasta Krakowa. Wydanie nieoficjalne dla użytku wewnętrznego gminy miasta Krakowa*. Kraków 1931, 45f. Analysen des Statuts in: Sikorski, Rudolf: *Krakau Stadt mit eigenem Statut*. In: *Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes*, hg. v. Ernst Mischler und Josef Ulbrich. Bd. 3. Wien 1907, 237-245, hier 245; Sroka, Łukasz Tomasz: *Żydzi w Radzie Miasta Krakowa (1866-1939). Zagadnienia ustrojowe*. In: *Budowali nowoczesny Kraków*, hg. v. Muzeum miasta Krakowa. Kraków 2015, 62-115, hier 82f.

Die Einkünfte, welche zur Befriedigung von Bedürfnissen dieser Art durch die Gesamtheit der Einwohner beigesteuert werden, werden für den Gebrauch eines jeden Bekenntnisses im Verhältnisse der Beitragsleistung seiner Angehörigen vertheilt.

Demnach war die Jüdische Gemeinde selbst dafür verantwortlich, die Institutionen zu unterhalten, die die Bedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigten. Darunter fielen auch Hilfeleistungen für bedürftige Juden. Diese Regelung entsprach der allgemeinen mitteleuropäischen Entwicklung.<sup>215</sup> In jeder jüdischen Gemeinde gab es traditionell eine Fülle von wohltätigen Vereinen, die man nun in den Dienst der Sozialpolitik stellte. Paragraph 122 des Krakauer Statutes verwies aber auf die Möglichkeit, solche Hilfsleistungen zu »dotiren«, das heißt, durch die Munizipalität zu bezuschussen. Auf dieser Grundlage konnten ursprünglich religiös motivierte Verpflichtungen mit der Zeit in eine städtische Aufgabe umgewandelt werden. Wenn die jüdische Gemeinde durch das Betreiben philanthropischer Vereine die Munizipalität von deren Pflichten entlastete, konnte man Sozialfürsorge als von der Munizipalität auf die Konfessionsgemeinde übertragen verstehen.<sup>216</sup> In diesem Fall war die Kommune verpflichtet, der jeweiligen Gemeinde die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Im Jahr 1890 wurden die Vereinbarungen der galizischen Kommunalverbände mit den Konfessionsgemeinden zur Durchführung der Sozialpflege für die jüdische Bevölkerung gesetzlich für die ganze Monarchie verbrieft.<sup>217</sup> Um 1900 ging daraus die dauerhafte Subventionierung bestimmter konfessioneller Institutionen in Galizien hervor, vor allem von Kranken- und Waisenhäusern, Altersheimen, Ritualbädern und Friedhöfen.

Łukasz Tomasz Sroka hat einschränkend darauf hingewiesen, dass die Subventionierung jüdischer Institutionen stets geringer ausfiel als

215 Friedrich Lenger weist darauf hin, dass vor dem Ersten Weltkrieg bedürftige Juden in Deutschland ausschließlich von jüdischen Wohltätigkeitsvereinen versorgt wurden, obwohl dies theoretisch nichtkonfessionelle Träger leisten konnten. Lenger, Friedrich: *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*. München 2013, 188; idem: *European Cities in the Modern Era, 1850-1914*. Leiden/London 2012, 172.

216 Adamczyk, *Gospodarka komunalna*, 130.

217 Schaff, Maks: Czego żądamy. In: *Przegląd Społeczny* 3 (1933), 120-136, hier 134; idem: Równowaga budżetów i gospodarki komunalnej – a opieka społeczna. In: *Przegląd Społeczny* 10-11 (1935), 217-222, hier 219f.

die der christlichen.<sup>218</sup> Ungeachtet dessen wurden manche jüdischen Hilfsvereine jährlich durch kleine Subventionen unterstützt.<sup>219</sup> Die Stadtdeputierten, vor allem der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Rafał Landau, strebten eine zentralisierte Verwaltung der verschiedenen Kleininitiativen an, vor allem aber die Einführung eines gesonderten Budgets dafür im städtischen Haushalt, um die Gelder besser verwalten zu können. Dies gelang um 1920.<sup>220</sup>

## Die kommunale Politik der Kostenabwälzung

Nach dem Ersten Weltkrieg wuchsen generell die Sozialaufgaben der Selbstverwaltung in Europa.<sup>221</sup> Gerhard Melinz macht dafür »Massennotstände, wie Hunger und Unterernährung, das Umsichgreifen von Krankheiten wie Tuberkulose und die Existenz neuer, spezifischer Gruppen von Hilfsbedürftigen (Flüchtlinge, Kriegsoffer, -versehrte etc.)« verantwortlich.<sup>222</sup> Schon im Jahre 1919 erließ Józef Piłsudski in seiner Funktion als Staatsoberhaupt Polens ein Dekret über die städtische Selbstverwaltung, das die Betreuung der Armen, die Gründung und den Unterhalt von Sozialeinrichtungen zur kommunalen Pflicht erhob.<sup>223</sup> Gleichzeitig versiegten jedoch die Hauptfinanzquellen der

218 Sroka, *Żydzi w Radzie Miasta*, 82.

219 Z.B. *Towarzystwo ku wsparciu biednych chłopców starozakonnych Hiszaru Bibne Amin, Szkoły dla analfabetów, Szkoły sług żeńskich, Stowarzyszenia ku wsparciu biednych uczniów Chawre Machzike Naare Bute Sefer, Stowarzyszenia ku zaopatrzeniu ubogich uczennic wyznania możeszowego w odzież i obuwie, Grupa krakowska Towarzystwa Nadzieja ku wspieraniu ubogiej młodzieży żeńskiej szkół wyższych i średnich* und weitere. In: *Budżet wydatków i dochodów gm. M. Krakowa na okres od 1.7.1918 do 30.6.1919 r. i od 1.07 do 31.12.1919*. Kraków 1919, 102-162; Sroka, *Żydzi w Radzie Miasta*, 83f. Mehr über diese Vereine siehe Martin, Sean: *Future Generations: Associations for Jewish Children in Kraków*. In: *Polin* 23 (2011), 291-319, hier 296.

220 Kahał krakowski biedzi się nad odrzuconym budżetem. In: *ND* 70 (1933), 4; Jodłowiec-Dziedzic, Anna: *Żydzi w Radzie Miasta Krakowa w latach 1866-1939. Działalność na rzecz miasta*. In: *Budowali nowoczesny Kraków*, hg. v. Muzeum Miasta Krakowa. Kraków 2015, 230-264, hier 257. Eine Zentralisierung wurde in den zwanziger Jahren auch in Wien angestrebt und durchgeführt, siehe Melinz/Unger, *Wohlfahrt und Krise*, 116.

221 Adamczyk, *Gospodarka komunalna*, 131, 137 und 164.

222 Melinz, *Das »zweite soziale Netz«*, 588; Jodłowiec-Dziedzic, *Żydzi w Radzie Miasta Krakowa*, 256.

223 Szymon Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 87. Im Staatshaushalt von 1924 bestimmte man für jüdische Konfessionsgemeinden und Bildungsinitiativen

bisherigen Sozialpolitik – Stiftungen und Fonds – infolge der Inflation. Viele Krakauer Institutionen, zum Beispiel das von der Familie Helcel gestiftete große Altersheim und das Jugendhaus des Fürsten Lubomirski, mussten ihre Tätigkeit wegen fehlender finanzieller Mittel vorübergehend einstellen.<sup>224</sup>

Diese Krise traf auch jüdische Institutionen, umso mehr, als städtische Subventionen ihrer Aktivitäten gekürzt wurden. Während die Stadtverwaltung im Jahr 1918 noch 6.980 Kronen für die christliche Wohltätigkeit und 4.500 Kronen (39% aller Subventionen<sup>225</sup>) für die jüdische ausgegeben hatte, zahlte sie 1919/20 für die christliche Wohlfahrt 5.070 polnische Mark, für die jüdische dagegen nichts.<sup>226</sup> Es ist denkbar, dass die Hilfgelder für die jüdische Bevölkerung an anderer Stelle verbucht wurden, z.B. als außergewöhnliche Ausgaben.<sup>227</sup> Ein

10.000 Zł., im Jahr 1927 ca. 185.000 Zł. Im Jahr 1926 wurden im Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Sozialpflege keine Gelder für jüdische Waisenhäuser berücksichtigt. Die äußerst geringe Subventionierung dokumentiert Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 193, 210, 244, 290, 329f. und 402.

224 Adamczyk, *Gospodarka komunalna*, 131, 137f. und 164. Ähnliches über Wien in Melinz, *Das zweite soziale Netz*, 594.

225 Da die Finanzpolitik der Kommunalverwaltung vor dem Ersten Weltkrieg bislang nicht untersucht wurde, bleibt die überproportional hohe Summe der für jüdische Institutionen vorangeschlagenen Zuwendungen an dieser Stelle unkommentiert.

226 Zwar wurden für das Jahr 1919/1920 ähnliche Summen wie für das Jahr 1918/1919 veranschlagt: 4.930 österreichische Kronen für Christen, 3.100 für Juden. Tatsächlich hat man in diesem Jahr nur Schulden vom Vorjahr in Höhe von 150 Kronen beglichen. Siehe *Budżet wydatków i dochodów gm. m. Krakowa na okres od 1 lipca 1918 do 30 czerwca 1919 i od 1 lipca do 31 grudnia 1919*. Kraków 1919, 122; *Zamknięcie rachunkowe funduszów gm. m. Krakowa oraz funduszów pod zarządem tejeż zostających za rok 1920*. Kraków 1924, 34f. Die Haushalte wurden zuerst in österreichischen Kronen, später in polnischen Mark, zeitweise in Dollar und seit 1924 in polnischen Złoty geführt. Am 24.12.1919 entsprachen 100 österreichische Kronen nach dem offiziellen Kurs 70 polnischen Mark. Siehe Jezierski, Andrzej/Leszczyńska, Cecylia: *Historia gospodarcza Polski*. Warszawa 2003, 324.

227 In den Rubriken Kinderschutz, arme Bevölkerung, Kriegsopfer, Wohnungsschutz für Arbeitslose, Hilfe für entlassene Gefangene (*ochrona dziecka, niezamożna ludność, ofiary wojny, opieka mieszkaniowa nad bezrobotnymi i nad zwolnionymi więźniami*) gab es keine Angaben über die Konfessionen der Begünstigten. Siehe: *Zamknięcie funduszów gminy miasta Krakowa oraz funduszów pod zarządem tejeż zostających za rok 1921*. Kraków 1925, 34f.

klarer Einschnitt lässt sich jedoch für 1920 verzeichnen. In diesem Jahr wurden für christliche Wohltätigkeit 10.451 Mark, für jüdische nur 2.170 Mark ausgegeben.<sup>228</sup> Die Bilanz im Jahr 1921 fiel ähnlich aus: 12.610 Mark für die christliche Bevölkerung und 3.100 Mark für die jüdische.<sup>229</sup> Folglich entfiel auf jüdische Initiativen nur etwa ein Fünftel der Gesamtsumme, obwohl Juden fast ein Viertel der Einwohner Krakaus bildeten.

Die diskriminierende Verteilungspraxis wurde vom Lemberger Sozialaktivisten Maks Schaff kommentiert, der behauptete, dass

[...] die österreichische Statthalterei bis 1918, die Verordnungen der Zentralbehörden befolgend, das Zentralkomitee für den Schutz der jüdischen Waisen in Lemberg ausreichend subventionierte. Dieselben Referenten [in ihrer neuen Rolle] als Beamte der Wojewodschaft änderten ihre Taktik und verringerten die Auszahlungen [dermaßen], dass die Summen lächerlich gering und wenig bedeutend ausfielen, womit die Hilfe gegen Null tendierte.<sup>230</sup>

Möglicherweise sahen sich die staatlichen und städtischen Beamten der Pflicht zur Unterstützung der jüdischen Bevölkerung enthoben, weil es in den Gemeinden ein gut organisiertes Selbsthilfenetz gab.<sup>231</sup> Das hatte es zwar auch vorher schon gegeben, aber in der Krisensituation gewann es wahrscheinlich zusätzlich an Gewicht. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sie die finanzielle Unterstützung berücksichtigten, die jüdische Gemeinden von ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen, wie dem *Joint Distribution Committee for the Relief of Jewish War Sufferers (Joint)* erhielten.<sup>232</sup> Auf einer Sitzung des Stadtparlaments

228 *Projekt budżetu miasta Krakowa na rok 1921*. Kraków [o.A.], 106f.

229 *Ibid.*, 106f.; *Zamknięcie rachunkowe funduszów gminy miasta Krakowa oraz funduszów pod zarządem tejeż zostających na rok 1921*, 34f.

230 Schaff, Maks: *Nie tędy droga*. In: *Przegląd społeczny* 4 (1930), 167-172, hier 170.

231 Tomaszewski, Jerzy: *Żydzi w strukturach społeczeństwa obywatelskiego: Polska w XX w.* In: *Židé v české a polské občanské společnosti / Žydzi w polskim i českim społeczeństwie obywatelskim*, hg. v. Jerzy Tomaszewski und Jaroslav Valenta. Praha 1999, 79-101, hier 94.

232 Zu den großen Unterstützungsprogrammen des *Joint* siehe Martin, *Future Generations*, 291-319. Im Gemeinderat wurde die Verteilung des »amerikanischen Geldes« besprochen: *Pierwsze posiedzenie rozszerzonej Rady żyd. gminy wyznaniowej w Krakowie*. In: *ND* 141 (1921), 5. Jacob Lestschinsky schätzte, dass das *Joint* vom Jahr 1920 bis Ende 1941 jährlich mehr als 6 Mio. Dollar spendete, Lestschinsky, Jacob: *Economic Aspects of Jewish*

im Oktober 1921 referierte der Stadtdeputierte und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Rafał Landau über die großzügige Unterstützung durch das »amerikanische Hilfskomitee für polnische Juden«, wodurch die Sanierung des jüdischen Krankenhauses möglich wurde, das während des Ersten Weltkrieges vom österreichischen Militär beschlagnahmt und zerstört worden war.<sup>233</sup> Der bereits zitierte Maks Schaff sprach von einer enormen Entlastung des polnischen Staates bei der Unterstützung der jüdischen Bedürftigen. Die Berichterstatter des *Joint* behaupteten sogar, dass die Wohlfahrt in der Krakauer Konfessionsgemeinde gänzlich von dessen Unterstützung abhängig sei.<sup>234</sup>

Die Entlastung durch ausländische Hilfsorganisationen sollte im Jahr 1923, als das Gesetz über Sozialpflege (*ustawa o opiece społecznej*) beschlossen wurde, ihr Ende finden.<sup>235</sup> Durch dieses Gesetz wurde nochmals bestätigt, dass die Sozialpolitik zu denjenigen Aufgaben der Kommunen gehört, die sie nun selber finanzieren mussten.<sup>236</sup> Den

Community Organization in Independent Poland. In: *Jewish Social Studies* 9 (1947), 319-338, hier 338. Robert Moses Shapiro weist darauf hin, dass das *Joint* ungenügend hoch politisierte jüdische Gemeindevorstände, sondern lieber konkrete Initiativen, wie z.B. Centos, TOZ oder Kooperativen unterstützte. Shapiro, Robert Moses: Politics and Money in Polish kehiles between the World Wars. In: *Gal-Ed* 13 (1993), 39-62, hier 51 f.

233 Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 272 (1921), 6.

234 Martin, *Future Generations*, 300f.

235 Die bisherige amerikanische Hilfe ging damals nicht nur in Polen zu Ende. Gerhard Melinz erwähnt, dass die Gemeinde Wien im Jahr 1922 die von der amerikanischen Kinderhilfsaktion aufgebauten Speisestellen der Kontrolle des Jugendamts unterstellte. Melinz/Unger, *Wohlfahrt und Krise*, 99. Das *Joint* plante, seine Unterstützungstätigkeit im Jahr 1922 zu beenden. Szajkowski, Zosa: Private and Organized American Jewish Overseas Relief (1914-1938). In: *American Jewish Historical Quarterly* 57 (1967), 52-106, hier 63; Beizer, Michael: American Jewish Joint Distribution Committee. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/American\\_Jewish\\_Joint\\_Distribution\\_Committee](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/American_Jewish_Joint_Distribution_Committee) (21.6.2016).

236 Ustawa z 16 sierpnia 1923 o opiece społecznej, Dz.U. z 21 września 1923 Nr.92, poz. 726. In: *Zbiór ustaw i rozporządzeń dotyczących opieki społecznej*. Warszawa 1927, 4; Bornstein-Łychowska, Melania: *10 lat polityki społecznej państwa polskiego, 1918-1928*. Warszawa 1928, 54; Motylski, Kazimierz: Niektóre zagadnienia miejskiej opieki społecznej w dobie obecnej. In: *Pierwszy ogólnopolski zjazd przedstawicieli opieki społecznej samorządu terytorialnego, Poznań 24 do 25 września 1933*. Poznań 1937, 27-33, hier 27; Leś, Ewa: *Zarys historii dobroczynności i filantropii w Polsce*. Warszawa 2001, 82; Radwan-Pragłowski/Frysztański, *Miłosierdzie i praktyka*, 399-402; Grata, Paweł: *Polityka społeczna Drugiej Rzeczypospolitej*.



Verzicht auf die ausländische Hilfe bedauerte man in jüdischen Kreisen zutiefst, da die administrative Neuerung angesichts der finanziellen Lage das sichere Aus für viele Initiativen bedeutete.<sup>237</sup> Die Sozialfürsorge gehörte seitdem allein zu den städtischen, von den Kommunen zu finanzierenden Aufgaben. Der Staat musste künftig nur dann helfen, wenn die Aufgaben die Möglichkeiten der Kommunen überschritten. Das traditionell sehr geringe Ausmaß der staatlichen Förderung kann für das Jahr 1920 belegt werden: Im Budget des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik (*Ministerstwo Pracy i Opieki Społecznej*) wurde eine halbe Milliarde polnischer Mark für die Sozialinitiativen vorgesehen, davon 65.000 Mark für die jüdische Bevölkerung.<sup>238</sup> Im Jahr 1923 wurde die Sozialfürsorge in einem äußerst geringen Maße (3 %) in den Budgets der Ministerien berücksichtigt.<sup>239</sup> So deckte der Staat im selben Jahr nur fünf Prozent der Unterhaltskosten für verwaiste und nur zehn Prozent für behinderte Kinder, die in Heimen betreut wurden.<sup>240</sup> Schon deshalb hatte die finanzielle Unterstützung seitens der Kommune für jüdische Initiativen große Bedeutung – im hier zu betrachtenden Fall die städtischen Subventionen für jüdische Fürsorgeinitiativen in Krakau.<sup>241</sup>

Gemeinden konnten sich zur Bewältigung ihrer sozialen Aufgaben in Kommunalverbänden zusammenschließen und mit wohltätigen und privaten Institutionen zusammenarbeiten, die unabhängig von oder neben der Selbstverwaltung wirkten.<sup>242</sup> Daher konnten sich die Kommunen weiterhin von jüdischen Institutionen in Polen entlasten lassen.

Untersuchungen zu den Auswirkungen des Gesetzes von 1923 sind ein Forschungsdesiderat. Es bleibt also vorerst unklar, ob sich in Krakau, wo die Kommune schon in der imperialen Zeit die Sozialfürsorge

Rzeszów 2013, 34.

237 Betroffen waren u.a. die Musterwaisenhäuser, die von der Sozialaktivistin Róża Melcerowa gegründet und betreut wurden. Siehe Schaff, *Nie tędy droga*, 167-172. Zu Róża Melcerowa siehe Hüchtker, *Geschichte als Performance*, 118-152 und Marian Łapot: Róża Pomeranz-Melzer (1872-1934) – działaczka społeczna na rzecz dziecka żydowskiego. In: *Edukacja w dobie przemian kulturowych. Księga Jubileuszowa dedykowana profesorowi Januszowi Sztumskiemu*, hg. v. Kazimierz Rędziński und Marian Łapot. Częstochowa 2009, 529-546.

238 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 113.

239 Grata, *Polityka społeczna*, 76.

240 Ibid., 228.

241 Martin, *Future Generations*, 295, 304f. und 315.

242 Radwan-Pragłowski/Frysztański, *Miłosierdzie i praktyka*, 400f.

übernommen hatte, abgesehen von der stärkeren finanziellen Belastung der Kommune, etwas veränderte. Der Stadtpräsident Mieczysław Kaplicki resümierte später, die Gesetzgebung der Jahre 1923 bis 1933 habe der Stadt Gewinne in Höhe von 5,9 Mio. Złoty geraubt und der Munizipalität gleichzeitig zusätzliche Kosten in Höhe von 700.000 Złoty aufgebürdet.<sup>243</sup> Notgedrungen ignorierte die Krakauer Selbstverwaltung die wachsenden materiellen Bedürfnisse ihrer Einwohner immer häufiger. Die Gesundheits- und Sozialfürsorge dotierte sie zwischen 1924 und 1930 mit immer kleineren Summen.<sup>244</sup>

Das Dekret von 1927, das den religiösen Charakter der Konfessionsgemeinden unterstrich, änderte die Lage nicht grundsätzlich.<sup>245</sup> Es hob zwar die Verpflichtung der Religionsgemeinden auf, Schulen zu unterhalten und Sozialfürsorge zu betreiben, ließ allerdings gleichzeitig zu, dass diese sich weiterhin mit Wohltätigkeit beschäftigten und wohltätige Stiftungen verwalteten. Im selben Jahr wurden die Verpflichtung der Kommunen zur Sozialfürsorge durch eine Anordnung bestätigt.<sup>246</sup> Das so entstandene Paradoxon kommentierte Maks Schaff, wie folgt: Die Anordnung – so seine These – führte

zu einer Situation, die man tragikomisch nennen muss. Jüdische Konfessionsgemeinden durften Juden [zwar] nicht [mehr] betreuen, aber die Munizipalitäten beeilten sich nicht, diese Pflichten zu übernehmen, was angesichts der immer größer werdenden Krise und Armut dazu führte, dass Privatinitiativen die Aufgaben erfüllen mussten, die [von Anfang an] nicht zu bewältigen waren, oder aber nicht zufriedenstellend von den dazu berufenen Stellen erledigt werden konnten.<sup>247</sup>

243 27 III 1933. In: Brzoza, *Kraków między wojnami*, 272. Ähnliches schreibt Melinz über Österreich: »Die Staatliche Finanzpolitik verfolgte allerdings die Strategie, immer mehr Steuer als alleinige Staatssteuer zu definieren, weswegen aus dem Titel der Ertragsanteile den Ländern und Gemeinden in absoluten Beträgen immer weniger Finanzmittel zufließen«. Melinz, *Das zweite soziale Netz*, 590.

244 Adamczyk, *Gospodarka komunalna*, 158f.

245 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 188f.; Marcus, *Social and Political History of the Jews*, 331; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 300. Im Jahr 1931 behauptete der Konfessions- und Bildungsminister Sławomir Czerwiński, dass diese Vorschriften die Sozial- und Bildungsaktivitäten der Konfessionsgemeinden nicht einengen. Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 353f.

246 Grata, *Polityka społeczna*, 34.

247 Schaff, *Równowaga budżetów*, 220.

Dieser zeitgenössischen Einschätzung widersprechen jedoch die Forschungsergebnisse von Sean Martin, der bezüglich der Institutionen für Kinderfürsorge behauptet, dass ihre Subventionierung in den Jahren 1928–1933 beständig anwuchs und sogar die Defizite ausglich, die nach dem Rückzug der internationalen und staatlichen Geldgeber entstanden waren.<sup>248</sup> Es ist möglich, dass der Zuwachs der Subventionierung nicht als gewöhnliche, sondern als außergewöhnliche Ausgabe in den Haushaltsberichten verbucht wurde. Zum Beispiel wuchsen in den Jahren 1931/32 die außerordentlichen Ausgaben für Sozialfürsorge um 70 Prozent und diejenigen für Bildung um 206 Prozent.<sup>249</sup> Es ist möglich, dass diese Rubriken auch einmalige Subventionierungen jüdischer Institutionen enthielten. Ein anonymer Korrespondent aus Krakau erwähnte im *Przegląd Społeczny*, dass die staatlichen und kommunalen Programme für Kinderhilfe und die Höhe der Subventionen mit jüdischen Aktivisten ausgehandelt und abgesprochen worden seien.<sup>250</sup> Er sprach von einer positiven Einstellung staatlicher und kommunaler Autoritäten gegenüber jüdischen Initiativen und wachsender finanzieller Hilfe. Ein weiterer Artikel vermerkte die positive Einstellung der Wojewodschaftsverwaltungen in Lemberg und Krakau.<sup>251</sup> Wahrscheinlich betraf dieses ›administrative Wohlwollen‹ ausschließlich die Kinderhilfe.

## Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929

Gerhard Melinz hat im Hinblick auf die kommunale Sozialpolitik der Stadt Wien die These aufgestellt, dass die Weltwirtschaftskrise in Kombination mit spezifisch österreichischen Krisenerscheinungen entscheidend auf die Entwicklung der kommunalen Sozialpolitik einwirkte.<sup>252</sup> Die städtische Subventionierung der jüdischen Konfessionsgemeinden in Polen – so die Beobachtung von Joseph Marcus – fiel in den dreißiger Jahren infolge von Finanzkollaps, Kürzungen und Insolvenz generell immer geringer aus.<sup>253</sup>

248 Martin, *Future Generations*, 315. Martin erwähnt, dass das jüdische Waisenhaus in den Jahren 1930–1932 mit den kommunalen Subventionen in Höhe von 10.000 bis 15.000 Złoty unterstützt wurde. *Ibid.*, 304. Ich konnte diese Summen in den Haushalten nicht finden.

249 *Budżet wydatków i dochodów gm. M. Krakowa na rok 1931/32*. Kraków 1931, 220–223.

250 Stosunek do władz. In: *Przegląd Społeczny* 8 (1931), 316f.

251 Schaff, *Czego żądamy*, 128.

252 Melinz/Ungar, *Wohlfahrt und Krise*, 5 und 84.

253 Marcus, *Social and Political History of Jews*, 143.

In Krakau kam verschärfend hinzu, dass die schon beschlossenen Subventionen nicht immer in der vorgesehenen Höhe ausbezahlt wurden.<sup>254</sup> Die Subventionskürzungen wurden durch reale Finanzdefizite hervorgerufen, die mit der Wirtschaftskrise zusammenhingen. Deshalb wurde der Krakauer Generalhaushalt im Jahr 1932 von 34 Millionen Złoty auf 18 Millionen Złoty reduziert,<sup>255</sup> wovon auch jüdische Institutionen wie das jüdische Theater, das jüdische Museum, der neue Friedhof, ein Studentenheim und eine Badeanstalt betroffen waren.<sup>256</sup> In der nächsten Periode kam es zu Kürzungen bei *Talmud Torah*-Schulen, Theater, Badeanstalt und – was die Dramatik der Lage veranschaulicht – sogar beim Jüdischen Krankenhaus.<sup>257</sup>

Die Krise und die Ratlosigkeit angesichts des Verfalls sozialer Einrichtungen begünstigte eine interventionistische Gesetzgebung,<sup>258</sup> die sich u. a. im sog. Vereinigungsgesetz (*Ustawa o częściowej zmianie ustroju samorządu terytorialnego z dnia 23 marca 1933*, abgekürzt *ustawa scaleniowa*) vom 23. März 1933 äußerte, durch das die Kommune ihre relative Selbstständigkeit in Haushaltsfragen einbüßte. Künftig verwirklichte die »verstaatlichte« Selbstverwaltung vor allem die Weisungen zentraler Behörden.

Schon ein Jahr zuvor untersagte eine ministeriale Anordnung die Gründung neuer sozialer Einrichtungen und mahnte die schon exist-

254 Dyskusja budżetowa na radzie kahału krakowskiego. In: *ND* 327 (1932), 4.

255 27 III 1933. In: Brzoza, *Kraków między wojnami*, 272.

256 Samsonowska, Krystyna: *Wyznaniowe gminy żydowskie i ich społeczności w województwie krakowskim (1918-1939)*. Kraków 2005, 150. Zur jüdischen Badeanstalt siehe Jakimyszyn, Anna: Łaźnia ludowa gminy izraelskiej przy ulicy Paulińskiej w Krakowie (Dzieje zakładu do 1939). In: *Mykwa: rytuał i historia*, hg. v. Joanna Lisek. Wrocław 2014, 47-60.

257 *Zamknięcie rachunków funduszów gm. m. Krakowa oraz funduszów pod zarządem tejeż zostających na rok 1932/33*. Kraków 1933, 34-65. *Talmud Torah*-Schulen waren Religionsschulen für unbemittelte Schüler und Waisen, die von den Konfessionsgemeinden unterhalten wurden. Siehe Zalewska, Gabriela: Education. In: *Wirtualny Sztetl*: <http://www.sztetl.org.pl/en/term/134,education/> (21.6.2016); Żebrowski, Rafał: Talmud Tora. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <https://www.jhi.pl/psj/talmud-tora> (21.6.2016).

258 »[A] network of laws, administrative acts and other measures that put effective control over large sections of economic life in the government's hands. A largely new economic system began to emerge, characterised by a drive towards corporatism, increased nationalism and attempts to contain the Jewish minority«. Marcus, *Social and Political History of Jews*, 240; Adamczyk, *Gospodarka komunalna*, 7; Przemówienie Dr Kumanieckiego. In: *Gazeta urzędowa* 3 (1934), 87-92, hier 88.

tierenden zu maximaler Sparsamkeit. Bei Nichtbefolgung drohte die Streichung von Subventionen.<sup>259</sup> Kürzungen wurden bei Sozialinitiativen empfohlen, die nur einen kleinen Bereich abdeckten und deshalb als teuer galten. Ob damit auch Initiativen einer konfessionellen Stadtminderheit gemeint waren, lässt sich nicht eindeutig klären, doch die kommunale Kürzungspraxis spricht dafür. Darüber hinaus wurde die Sozialhilfe entindividualisiert: Ihre Empfänger wurden in einer Parlamentsrede im Jahr 1933 als »Masse« definiert (*masy – nie jednostki*).<sup>260</sup> Infolge dessen entstand noch im selben Jahr der Arbeitsfonds (*Fundusz Pracy*), der den arbeitslosen »Massen« mit öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, z.B. im Straßenbau, helfen sollte.<sup>261</sup>

Zu den administrativen Exekutivakten zählte ein Zirkular, das der Krakauer Wojewode am 21. Januar 1935 herausgab.<sup>262</sup> Darin legte er die Kürzung der fakultativen Ausgaben für Volksgesundheit und Sozialfürsorge nahe. Diese sollte vor allem in größeren Städten erfolgen, wo die Kosten der sozialen Einrichtungen besonders hoch waren. Ein weiteres Zirkular vom 8. Februar 1935 empfahl, die städtischen Subventionen für soziale Einrichtungen und Organisationen substantiell zu kürzen.<sup>263</sup>

Die kritische Finanzlage der Munizipalität dauerte auch in den Jahren 1936/37 an, da ihre Einnahmen durch Deflationsdekrete und die staatlich angeordnete Senkung der Preise in den Kommunalbetrieben sanken.<sup>264</sup> Erst im Jahr 1937 gelang es, den Haushalt durch die Einschränkung der Ausgaben und einen Einnahmenezuwachs auszugleichen.<sup>265</sup> Allerdings wurde der Einnahmenezuwachs allein durch Staatsanleihen des Kommunalfonds (*Komunalny Fundusz Pożyczkowo-Zapomogowy*) und des Arbeitsfonds (*Fundusz Pracy*) er-

259 Grata, *Polityka społeczna*, 228.

260 Ibid., 67.

261 Ibid., 68.

262 O gospodarce finansowo-budżetowej oraz ustalaniu i zatwierdzeniu preliminowanych budżetów związków samorządowych. In: *Zbiór ókólników, których wydanie spowodowało zarządzenie ministerstwa*. In: ANKr, zesp. Urząd Wojewódzki Kraków (nachfolgend ANKr zesp. UWKr), sygn. 29/206/527, 333.

263 O gospodarce finansowo-budżetowej związków samorządowych. In: ANKr, zesp. UWKr, sygn. 29/206/527, 380.

264 *Budżet miasta Krakowa na r. 1938/9*. In: ANKr, zesp. UWKr, sygn. 29/206/176, 2.

265 Ibid.; Mowa generalnego referenta budżetu dr Czuchajowskiego. In: *Gazeta urzędowa* 3 (1937), 56-60, hier 59.

reicht. Dies entsprach einer allgemeinen Tendenz. Paweł Grata geht von einem nur scheinbaren Wachstum der Sozialhaushalte aus, da die realen Ausgaben für Sozialfürsorge weiterhin fielen und nur durch die Arbeitslosenhilfe in die Höhe getrieben wurden.<sup>266</sup> Dies spiegelte sich auch in der Subventionierung jüdischer Institutionen wider, die landesweit immer geringer ausfiel.<sup>267</sup>

Über die Subventionierung jüdischer Institutionen durch die Krakauer Munizipalität schrieb der Warschauer *Nasz Przegląd*:

Von den insgesamt 15 Mio. Zł. [des Haushalts] sah man für jüdische Initiativen nur 10.000 Zł. vor. Das schien jedoch offensichtlich [immer noch] zu hoch, denn schon bei der Auszahlung wurde gekürzt. Das jüdische Krankenhaus, wo man Kranke ungeachtet ihrer Konfession pflegt, sollte 3.000 Zł. bekommen. Davon wurden nur 2.000 Zł. ausbezahlt, d.h. in diesem Fall wurden die Gelder für eine jüdische Initiative um 33 % gekürzt. Für die jüdische Badeanstalt präliminierte man 850 Zł., davon wurden 400 Zł. ausbezahlt, somit wurde um 55 % gekürzt. Besonders krass präsentiert sich der Bereich ›Kultur und Kunst‹. Für diesen Bereich wurden 620.000 veranschlagt und [tatsächlich] 680.000 Zł. ausgegeben, also 60.000 mehr [als vorgesehen]. Es ist natürlich sehr lobenswert, dass die Summe für die Kulturbedürfnisse der Stadtbevölkerung erhöht wurde. Anders ging man jedoch mit dem jüdischen Theater um, das ebenfalls zu diesem Bereich gehört. Während man für dieses Theater wie gewohnt 5.000 Zł. vorgesehen hatte, wurde diese Subvention um 2.500 Zł. gekürzt. Die Gelder wurden jedoch nicht [vollständig] ausbezahlt, denn kraft einiger ›Einsparungen‹ bekam das Theater [nur] 1.575 Zł, d.h. 38 % weniger. Und dies ausgerechnet in einer Zeit, als die Sparte ›Kultur und Kunst‹ 60.000 Zł. mehr bekam.<sup>268</sup>

Die Haushaltsverteilung 1938/39 erfolgte nach neuen Richtlinien: Die Gelder wurden jetzt gebündelt einem der »jüdischen« Bereiche, d.h. Bildung, Kinderschutz oder Gesundheitspflege zugewiesen, nicht mehr einer bestimmten Institution. So verbannte man Diskussionen über die Verteilung der Subventionen auf konkrete jüdische Einrichtungen aus dem Stadtparlament; dafür war jetzt allein der Vorstand der

<sup>266</sup> Grata, *Polityka społeczna*, 78.

<sup>267</sup> Tomaszewski, *Żydzi w strukturach*, 94.

<sup>268</sup> Debata polityczna na Ratuszu krakowskim. In: *Nasz Przegląd* 273 (1937), 9.

jüdischen Konfessionsgemeinde zuständig, dessen Bedeutung für die jüdische Bevölkerung in der Folgezeit wuchs. Die Verschiebung der sozialen Verantwortlichkeiten vom städtischen in den konfessionellen Bereich kann als eine staatlich angeordnete, politisch gewollte Separierung entlang ethnisch-konfessioneller Linien innerhalb der Kommune interpretiert werden. Diese fiel in die Zeit, in der Rufe nach Verdrängung der Juden aus der Öffentlichkeit und schließlich nach ihrer Emigration immer lauter wurden. Es liegt daher nahe, einen Zusammenhang zwischen dem öffentlichen Diskurs und der lokalen Verwaltungspraxis herzustellen.

Darüber hinaus bot die veränderte Form der Budgetierung eine bequeme Möglichkeit, die Subventionierung jüdischer Institutionen weiterhin zu kürzen, ohne dass dies auffiel. Für die Jahre 1938/39 wurden der Jüdischen Gemeinde für Bildung 1.063 Złoty, für Kultur 1.250 Złoty, für das Gesundheitswesen (Krankenhaus) 3.000 Złoty, für Kinderschutz 2.646 Złoty und für die Betreuung von Erwachsenen 1.800 Złoty zuerkannt.<sup>269</sup> Im letzten Haushalt vor dem Zweiten Weltkrieg blieb die Gesamtsumme für jüdische Institutionen gleich, lediglich die Teilsummen verteilten sich anders.<sup>270</sup> Die geringe Höhe der zugeteilten Gelder muss verwundern, da der letzte Haushalt schon nach der Vereinigung der Konfessionsgemeinden von Krakau und Podgórze beschlossen wurde, in deren Folge der Bedarf der vergrößerten Gemeinde deutlich gestiegen war. Diese Tatsache berücksichtigte man in den Entwürfen des Haushalts offensichtlich überhaupt nicht.

Der zeitgenössische Historiker Czesław Brzoza charakterisiert die Haushaltssitzung im Juni 1939 folgendermaßen:

Während der Sitzung der Finanz- und Budgetkommission des Stadtparlamentes beschloss man, 60.000 Zł. für die Unterstützung des polnischen [d.h. ›christlichen‹] Handels, der Industrie und des Handwerks in der Stadt bereitzustellen, 10.000 Zł. für Stipendien für die polnische Handels- und Handwerksjugend. Der Jüdischen Gemeinde strich man dagegen 1.250 Zł. für das jüdische Theater, lehnte

269 *Budżet stoł. król. miasta Krakowa na rok 1938/9*. Kraków 1938, 32f.; 40f., 54f. und 56f. Die traditionellen Rubriken gab es noch in der Ausgabe von 1937/8: Talmud Tora in der Estera- und in der Rękawka-Str. (32f.), Jüdisches Theater (40f.), Krankenhaus (52f.), Handwerkerheim (56f.), Hilfe für Alte (58f.). Siehe *Budżet stoł. Król. Miasta Krakowa na rok 1937/38*. Kraków 1937.

270 *Projekt budżetu stoł. król. miasta Krakowa na rok 1939/40*. Kraków 1939, 44f., 58f., 60f. und 64f.

einen Antrag auf Erhöhung der Subvention für das Jüdische Krankenhaus ab und strich [gänzlich] die Subvention (1.000 Zł.) für das rituelle Bad.<sup>271</sup>

Brzozas Aufstellung zeigt, dass innerhalb des Gesamthaushalts die vorgesehenen Summen so verschoben wurden, dass die jüdischen Institutionen zwar noch unterstützt wurden, aber nichtjüdische und sogar judenfeindliche Initiativen wesentlich mehr bekamen. Das im Dezember 1938 gewählte Stadtparlament war also keinesfalls eine entpolitisierte Instanz. In Folge der ›Verstaatlichung‹ der Selbstverwaltung realisierte es vielmehr mit seiner Sozialpolitik die von der Staatspolitik programmatisch verkündete Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Offensichtlich konnten die Sozialisten und die jüdischen Parteien dies nicht verhindern.

### Positionen jüdischer Stadtdeputierter im Aushandlungsprozess

Im Krakauer Stadtparlament war die sog. Fraktion der Bürgerlichen (*Klub mieszczański, mieszczenie*) in der Mehrheit, während die Opposition aus Vertretern der modernen Massenparteien, u. a. Sozialisten und Christdemokraten, bestand. Zu den Bürgerlichen zählten zahlreiche jüdische Abgeordnete. Die Tatsache, dass Institutionen der jüdischen Konfessionsgemeinde subventioniert wurden, legt nahe, dass jüdische Repräsentanten in den Aushandlungsprozessen erfolgreich waren. Eine besondere Rolle unter den Bürgerlichen spielte der Vorsitzende der jüdischen Konfessionsgemeinde, Rafał Landau, der die Interessen der jüdischen Stadtbewohner sowie der Jüdischen Gemeinde vertrat und stets versuchte, die Kommunalpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Die Fraktion der Bürgerlichen war eine patriarchale und vormoderne Formation. Die Mehrheit ihrer christlichen Mitglieder war von der Überlegenheit der ›polnischen Kultur‹ – verstanden als polnischsprachig und katholisch geprägt – gegenüber der jüdischen überzeugt. Sie sahen im Judentum ausschließlich eine Konfession, die unterschiedliche Ausprägungen hatte, etwa eine orthodoxe oder reformierte. Der Stadtpräsident Karol Rolle, der die Fraktion im Stadtparlament anführte, verkündete in seiner Antrittsrede im Jahr 1926:

271 22 VI 1939. In: Brzoza, *Kraków między wojnami*, 400.



Ich werde danach streben, den Charakter [dieser Stadt] zu erhalten, die seit Jahrzehnten über die nationalen Denkmäler wacht, die sich das Polentum nicht nur feierlich auf die Fahne geschrieben hat, sondern es in der eigenen Seele trägt. Und da sie die Gebote des christlichen Glaubens und Tuns entschieden befolgt, kann sie sich tolerant gegenüber allen denen geben, die sich zu einem anderen Gott bekennen.<sup>272</sup>

Die Bürgerlichen respektierten folglich andere Nationalitäten und Religionsgemeinschaften, waren allerdings dagegen, diese gleichberechtigt zu finanzieren. Wenn eine Gruppe besondere Bedürfnisse hatte – so ihre Position – sollten deren Mitglieder diese finanzieren. Entsprechend war es in den städtischen Gemeindestatuten für die unterschiedlichen Konfessionen festgelegt. Karol Rolle lobte den jüdischen Gemeindevorstand und signalisierte gleichzeitig Bereitschaft, zumindest manche sozialen Aktivitäten der Jüdischen Gemeinde zu subventionieren:

große Anerkennung muss man der Jüdischen Gemeinde für die vorbildliche Anlegung des neuen jüdischen Friedhofs zollen [...]. Die gute Arbeit, [auch] das Erziehungsheim für die jüdische Jugend, ist es auf jeden Fall wert, großzügig von der Munizipalität unterstützt zu werden.<sup>273</sup>

Das Entgegenkommen des Stadtpräsidenten genügte den Vertretern moderner jüdischer Parteien nicht. So kämpften die Zionisten und der *Bund* um die vollständige finanzielle Gleichberechtigung ihrer Initiativen. Die nichtjüdischen Parteien standen einer solchen finanziellen Gleichberechtigung kritisch gegenüber: Falls die Munizipalität zusätzlich moderne jüdische Institutionen förderte (z.B. Sportanlagen oder Kulturvereine), was nicht ihre Aufgabe sei, würde dies eine unverhältnismäßige Privilegierung einer Gruppe gegenüber anderen Stadtbewohnern bedeuten. Trotz dieser Vorbehalte strebten die Bürgerlichen durchaus eine Zusammenarbeit mit jüdischen Institutionen an, was der jüdische Unabhängige Adolf Gross im Jahr 1927 folgendermaßen kommentierte:

272 Mowa prezydenta miasta inż. Karola Rollego. In: *DR* 9 (1926), 152-158, hier 158.

273 *Ibid.*, 154f.

Die bürgerliche Vereinigung fühlt sich dazu berufen, eine rationale Stadtwirtschaft zu implementieren. Durch ihre Kompromissbereitschaft ist sie in der Lage, zwischen den oppositionellen Flügeln [zu vermitteln] und alle für die Zusammenarbeit zu gewinnen, die im Namen des Stadtwohls bereit sind, gemeinsam zu arbeiten. Juden und Christen dürfen keine Separationspolitik betreiben und sich bekriegen, sondern [müssen] die gemeinsame Arbeit fördern. Zwei Weltanschauungen können sich [durchaus] bekriegen, aber nicht zwei Konfessionsgruppen.<sup>274</sup>

Somit distanzierte sich Gross im Sinne der Bürgerlichen von einer Politisierung der Konfessionen oder auch der Ethnizität.

Da die Bürgerlichen nicht in allen Bereichen von ihrer Fraktion diszipliniert wurden, zeichneten sich in den 1920er Jahren unterschiedliche Interessengruppen innerhalb der Fraktion ab. Eine von ihnen bildeten die Immobilienbesitzer, die sich von den Christdemokraten vertreten fühlten.<sup>275</sup> Als letztere im Jahre 1923 einen Protest gegen die Erhöhung der Immobiliensteuer (*podatek lokalowy*) organisierten, wurden sie von etlichen Bürgerlichen unterstützt. In diesem Kontext ist zu unterstreichen, dass Christdemokraten als Vertreter der neu eingemeindeten Stadtteile verstärkt in das Stadtparlament einzogen. Die von ihnen propagierte Integration der neu eingemeindeten Randbezirke erhielt immer mehr Gewicht gegenüber der Investitionspolitik der bisherigen Selbstverwaltung, die vor allem das Zentrum privilegiert hatte. Da die Vororte überwiegend katholisch waren, wirkte sich die Integrationspolitik auch auf die Einstellung der Kommunalpolitiker gegenüber der jüdischen Bevölkerung aus, die mehrheitlich in »Altkrakau« wohnte. Manche der Bürgerlichen näherten sich nun der *Chadecja* an, die ihre Ideologie auf Politisierung der Konfession und Ethnizität aufbaute.

Schenkt man den Presseberichten Glauben, intensivierte sich die Diskussion über die Subventionierung der konfessionellen Institutionen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Besonders hitzig waren die Debatten während der Haushaltsberatungen, wovon die Verhandlungsprotokolle der Jahre 1927 und 1928 zeugen. So forderte z.B. der Christdemokrat Karol Holeksa, die Kommune solle sich für die Pflege des christlichen und polnischen Charakters der Stadt engagieren.<sup>276</sup>

274 Dalszy ciąg obrad nad budżetem. In: *DR 4* (1927), 158-160, hier 160.

275 Z Rady miasta Krakowa. In: *GN 100* (1923), 4.

276 Dalsze obrady nad budżetem gminy m. Krakowa. In: *ND 90* (1927), 10.

Der Bundist Henryk Schreiber warf dagegen der kommunalen Selbstverwaltung vor, sie vernachlässige die von Juden bewohnten Stadtteile und diskriminiere jüdische Arbeitsuchende auf dem kommunalen Arbeitsmarkt.<sup>277</sup>

Diese von Schreiber angesprochene Diskriminierung jüdischer Arbeitsuchender hatte im habsburgischen Galizien eine lange Tradition und gewann im neu gegründeten polnischen Staat zusätzlich an Brisanz. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die öffentlichen Behörden Juden aus staatsrelevanten und kommunalen Stellungen entfernt und diese mit ethnischen Polen besetzt.<sup>278</sup> Auch jüdische Lieferanten und Dienstleister wurden bei der Auftragsvergabe diskriminiert.<sup>279</sup> Aus diesem Grund wurde in Lemberg im Jahr 1919 sogar eine besondere Kommission, die so genannte Rehabilitierungskommission, einberufen, um sich mit diesbezüglichen Klagen zu befassen. Die Einberufung der Kommission änderte jedoch an der bewährten Praxis wenig; nur wenige Juden konnten sich in ihren »galizischen« Positionen behaupten.<sup>280</sup> Mit einer gewissen Melancholie sprach man in Krakau von dem einzigen jüdischen Straßenbahnfahrer, Pinkas, der aus der habsburgischen Zeit übernommen worden war und den Abbau jüdischen Personals erfolgreich »überdauert hatte«.<sup>281</sup>

Schreiber warf dem Stadtparlament 1927 außerdem vor, jüdische Institutionen nicht zu subventionieren. Ohne auf die Argumente seines Vorredners einzugehen, verwies der Vizestadtpräsident Piotr Wielgus auf die allgemeine Misere aller Stadtbewohner und berichtete, dass sich die Munizipalität beim Ministerium des Inneren um weitere Mittel bemühe.<sup>282</sup> Er unterstrich, dass es dem Stadtparlament nicht an gutem Willen mangle:

277 Trzeci dzień ogólnej dyskusji budżetowej w Radzie m. Krakowa. In: *ND* 91 (1927), 10. Zur Diskriminierung der Juden auf dem »biurokratischen« Arbeitsmarkt siehe Trojański, Piotr: *Żydzi w województwie krakowskim 1918-1939. Studia statystyczne nad aktywnością społeczno-zawodową*. Kraków 2009, 127.

278 Lestschinsky, Jakob: *Das jüdische Volk im neuen Europa (Die wirtschaftliche Lage der Juden in Ost- und Zentraleuropa)*. Prag 1934, 56; Gröschel, Cornelius: *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik. Die Bedrohung des jüdischen Wirtschaftslebens in der Zweiten Polnischen Republik (1918-1939)*. Marburg 2010, 296 und 304.

279 Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 283f., 329f. und 332-334.

280 *Ibid.*, 311.

281 Schneider, Artur: *Młodzieńcze lata*. Lublin 2014, 100.

282 Prezydium miasta Krakowa w obronie swej gospodarki. In: *ND* 92 (1927), 10.

Die Mehrheit dieses Stadtparlaments und seines Präsidiums wünscht sich nichts mehr als eine friedliche, solidarische Zusammenarbeit im Sinne des Stadtwohls, die von allen Stadtbürgern ungeachtet ihrer Konfession und politischen Einstellung geleistet wird.<sup>283</sup>

Auch der Vorsitzende der Krakauer Jüdischen Gemeinde, Rafał Landau, kritisierte die unzureichende Subventionierung jüdischer Institutionen wie Krankenhaus, Übernachtungsheim, Friedhof und Badeanstalten.<sup>284</sup> In diesem Fall antwortete Wielgus ausführlicher, vielleicht weil die Interpellation von einem Mitglied der regierenden Koalition, der Bürgerlichen, stammte. Er räumte ein, dass die Selbstverwaltung diese Institutionen wegen der Knappheit der Kommunalfinanzen tatsächlich nicht ausreichend unterstütze.<sup>285</sup> Sie fördere jedoch die Jüdische Gemeinde indirekt, indem sie zum Beispiel eine Durchgangsstraße zum neuen Friedhof finanziere. Außerdem nutzten Juden nicht nur Institutionen der Jüdischen Gemeinde, sondern auch die der städtischen Allgemeinheit. Somit blieb Wielgus beim überkommenen konfessionellen Verständnis der Wohlfahrt. Unerwähnt ließ seine Rede, dass Juden in die Stadtkasse Steuern zahlten und das Jüdische Krankenhaus auch Nichtjuden offenstand.

Möglicherweise auf Druck der jüdischen Stadtdeputierten beschloss die Krakauer Selbstverwaltung trotz der Geldknappheit, im selben Jahr das jüdische Theater zu subventionieren, das Stücke auf Jiddisch aufführte.<sup>286</sup> Dafür hatte der Bundist Henryk Schreiber seit Jahren gekämpft.<sup>287</sup> Der Korrespondent des *Nowy Dziennik* unterstrich, das Theater in Kazimierz sei das erste von der kommunalen Behörde subventionierte jüdische Theater. Dies deutet darauf hin, dass die Kra-

283 Przemówienie Generalnego sprawozdawcy budżetowego wiceprez. Dr. Piotra Wielgusa. In: *DR* 4 (1927), 163-171, hier 171.

284 Dalszy ciąg obrad nad budżetem roku 1927/28. Dz. VIII. 'Zdrowie publiczne'. In: *DR* 4 (1927), 178f.; Dalsza dyskusja budżetowa w Radzie m. Krakowa. In: *ND* 103 (1927), 10.

285 Dalsza dyskusja budżetowa w radzie miejskiej. In: *ND* 104 (1927), 10. Die Finanzhilfe für die Konfessionsgemeinde in Podgórze sah vor, dass die Krakauer Konfessionsgemeinde ein Drittel der Kosten des neuen Friedhofs decken sollte. Z obrad kahału krakowskiego. In: *ND* 114 (1927), 10.

286 Bułat, Małgorzata: Kraków – żydowska mozaika teatralna. In: *Teatr żydowski w Krakowie. Studia i materiały*, hg. v. Jan Michalik und Eugenia Prokop-Janiec. Kraków 1995, 29-62.

287 M.K. [Kanfer, Mojżesz]: Teraz – kahał krakowski ma głos! In: *ND* 100 (1927), 9.

kauer Kommunalverwaltung diese Institution als eine wichtige Kultureinrichtung betrachtete (oder den *Bund* als Massenpartei besonders ernst nahm?).<sup>288</sup> Die Entscheidung wurde wahrscheinlich durch das Spielen polnischer Klassiker auf Jiddisch begünstigt,<sup>289</sup> das der polnischen Akkulturierung der »jiddischen Juden« diene. In den Folgejahren wurde die Subvention für das jüdische Theater zu einem festen Posten im Stadtbudget. Erst im Jahr 1939 forderten die Nationaldemokraten die Streichung, doch konnten sie sich im Stadtparlament nicht durchsetzen.<sup>290</sup>

Im Jahre 1928 wurde die Diskussion über die Subventionierung jüdischer Institutionen fortgesetzt. Rafał Landau nahm daran wie gewöhnlich regen Anteil, wie der *Nasz Dziennik* berichtete:

Der Redner [Rafał Landau] [...] hat darauf hingewiesen, dass Juden weder zum Magistrat noch zu den Kommunalbetrieben [als Arbeitnehmer] zugelassen werden, dass jüdische Lehrer in den Schulen im Stadtzentrum nicht arbeiten dürfen. Er wirft dem Stadtvorstand vor, bewusst und gezielt gegen jüdische Kandidaten aufzutreten, und widerspricht dem Vizepräsidenten Wielgus, [der behauptet,] Juden würden keine Stellen im Magistrat anstreben. Weiterhin hat der Redner dem Stadtpräsidium vorgeworfen, dass es keine Schulen und Wohnhäuser in Kazimierz baue, die Märkte im jüdischen Viertel nicht in Ordnung halte, keine adäquaten Beträge für jüdische Sozialfürsorge auszahle, was die lächerliche Summe von 2.000 Zł. für das jüdische Krankenhaus beweise. Trotz der gesetzlichen Verpflichtung, der jüdischen Bevölkerung einen Friedhof zu gewähren, sei die Krakauer Kommune dieser nicht nachgekommen. In den letzten zwei Jahren habe sie jeweils [nur] 5.000 Zł. für den neuen jüdischen Friedhof bereitgestellt, während die Jüdische Gemeinde dafür bis jetzt ca. 400.000 Zł. ausgegeben habe.<sup>291</sup>

In seiner Erwiderung unterstrich der Stadtpräsident Karol Rolle wiederholt, dass Juden »sich nicht zum kommunalen Dienst drängen und

288 Das Stadttheater (*Teatr Miejski*) war für die Krakauer Stadtverwaltung sehr wichtig, da es ihr u. a. einen Raum für Selbstinszenierung bot. Es war von der Kommune gebaut worden und wurde, trotz des permanenten Defizits, von der Stadtverwaltung unterhalten.

289 Samsonowska, *Wyznaniowe gminy żydowskie*, 250f.

290 Martin, *Jewish Life in Cracow*, 220.

291 Z posiedzenia Rady miasta Krakowa. In: *ND* 95 (1928), 10.

es in diesem Bereich überhaupt keinen Druck gibt«. <sup>292</sup> Rolle versperrte sich damit dem Argument, die Kommune stelle absichtlich keine Juden an. Die Nichtberücksichtigung auf dem kommunalen Arbeitsmarkt gehe ausschließlich auf die Juden selbst zurück. Rolle und die jüdischen Stadtdeputierten redeten in diesem Punkt offensichtlich aneinander vorbei. Dieser Eindruck wird noch verschärft durch die Diskussion um die Subventionierung jüdischer Kultur. Rolles Kommentar war bezeichnend und gab die traditionellen Positionen der Bürgerlichen wieder, die sich in der neuen politischen Wirklichkeit offensichtlich nicht weiterentwickelt hatten:

Der Herr Stadtverordnete Schreiber wirft uns vor, dass wir keine jüdischen Kulturbedürfnisse unterstützen. Nun nehmen Juden in Krakau aber so reich an den allgemeinen Krakauer Kulturinstitutionen Anteil, dass ich keinen Bedarf sehe, daneben noch speziell jüdische zu fördern. <sup>293</sup>

Diese Diskussion wurde auch im Jahr 1929 während der Haushaltsberatungen fortgesetzt. <sup>294</sup> Jüdische Stadtverordnete kritisierten erneut die Privilegierung der christlichen Wohlfahrtsinstitutionen und die ungerechte Verteilung der Subventionen. Rafał Landau forderte außerdem die Rückgabe eines der Jüdischen Gemeinde gehörenden Baugrundstücks, das von der Stadt für ein katholisches Obdachlosenheim beschlagnahmt worden war. Ebenso protestierte er gegen die Enteignung des jüdischen Altersheimes, das dem Brückenbau geopfert werden sollte. Im März 1929 hielt er zusammenfassend fest, dass die Juden »vor allem die systematische Diskriminierung empört, die die Stadt ihnen gegenüber betreibt«. <sup>295</sup> Landau

292 Dalszy ciąg dyskusji budżetowej r. 1928/29. In: *DR* 4 (1928), 213f., hier 214; Zakończenie ogólnej dyskusji budżetowej gminy m. Krakowa. In: *ND* 102 (1928), 11; Prezydent Rolle a kulturalne potrzeby żydostwa krakowskiego. In: *ND* 102 (1928), 13.

293 Dalszy ciąg dyskusji nad budżetem, 217-220, hier 220.

294 Posiedzenie budżetowe Rady Miejskiej. In: *Czas* 63 (1929), 3.

295 »[Żydów] drażni przede wszystkim system, jaki miasto wobec nich prowadzi«. Przemówienie Rafała Landaua. In: *DR* 3 (1929), 100 und 109; Posiedzenie budżetowe Rady Miejskiej. In: *Czas* 63 (1929), 3; Sroka, *Żydzi w Radzie Miasta*, 87.

Während das jüdische Altersheim schließlich im Besitz der jüdischen Gemeinde blieb (siehe Zbroja, *Miasto umartych*, 142f.), wurde das Bauland in der Krakowska-Straße der jüdischen Gemeinde nicht zurückgegeben. Das darauf stehende Gebäude – das Obdachlosenheim *Dom Brata Alberta* – war inzwischen zum nationalen Denkmal erklärt und von der Munizipali-

beklagte erneut die Diskriminierung auf dem kommunalen Arbeitsmarkt und das mangelnde Bemühen der Selbstverwaltung, die Wohnverhältnisse in Kazimierz zu verbessern. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Beschwerden der jüdischen Stadtverordneten durchaus wirksam seien, was sich an der Erhöhung der Subventionen im Jahr 1929 von ursprünglich geplanten 13.000 auf 35.000 Złoty ablesen lasse.<sup>296</sup>

Im selben Jahr kritisierte auch der Bundist Schreiber erneut die Diskriminierung jüdischer Anwärter auf kommunale Arbeitsplätze.<sup>297</sup> Seine Kritik wurde von dem Unabhängigen Adolf Gross bekräftigt, der diese Praxis als »unorganisierte Voreingenommenheit« (*niezorganizowany przesąd*) bezeichnete. Rafał Landau beklagte, die Stadt nehme eine Abwehrhaltung gegenüber den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung ein.<sup>298</sup> Diese Wortmeldungen mündeten in eine allgemeine Diskussion, an der sich – wie üblich sehr aggressiv – auch der Christdemokrat Karol Holeksa beteiligte.<sup>299</sup> Er sprach von einer »jüdischen Gefahr«, die Krakau bedrohe, und verwies auf die Bevölkerungsstatistik, die den Zuwachs der jüdischen Bevölkerung in der Stadt veranschauliche. Die Juden kauften sämtliche Immobilien auf. Da sie Unterstützung aus dem Ausland bekämen, sollten sie keine Subventionierung durch die Selbstverwaltung einfordern. Empört verweigerte sich Rafał Landau dieser Schlussfolgerung, indem er demonstrativ eine weitere Erhöhung der Subvention für die Jüdische Gemeinde forderte.<sup>300</sup>

tät übernommen worden. Z posiedzeń zarządu. In: *Gazeta gminna. Organ urzędowy Gminy wyznaniowej Żydowskiej w Krakowie* (nachfolgend *Gazeta gminna*) 2 (1938), 1; Niwiński, Mieczysław/Jaszeński, Henryk: *Dom Brata Alberta*. Kraków 1939, 29f. Möglicherweise wurde die jüdische Gemeinde dafür mit einem Grundstück in der Skawińska-Straße entschädigt, wo *Beyt Lehem* entstand. *Gazeta urzędowa* 3 (1938), 40f.

296 Der ganze Haushalt betrug 32 Millionen Złoty.

297 Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 64 (1929), 10.

298 Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 65 (1929), 3. Ähnliches ist aus Lemberg bekannt, wo der jüdische Stadtdeputierte Dr. Rothfeld im Februar 1929 zwar für den Haushalt der Stadt Lemberg abstimmte, aber nur mit großen Bedenken: »Von den 6,5 Mio. Złoty profitiert die jüdische Bevölkerung fast überhaupt nicht«. Zit. nach Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 283.

299 Mowa r. Holeksy na posiedzeniu budżetowym Rady Miejskiej. In: *GN* 66 (1929), 5f.; Rada m. Krakowa pod znakiem dyskusji »żydowskiej«. In: *ND* 67 (1929), 10; Posiedzenie budżetowe Rady Miejskiej. In: *Czas* 56 (1929), 3; Z Rady m. Krakowa. In: *Ilustrowany Kurier Codzienny* 67 (1929), 11.

300 Z Rady m. Krakowa, 11.

Während der Haushaltsberatungen im Jahr 1930/31 räumte Landau ein, dass die »Kommune auf dem sozialen Feld viel für Juden tut«, doch griff er erneut das Stadtpräsidium an, weil es die Beschäftigung von Juden in städtischen Ämtern erschwere.<sup>301</sup> Außerdem monierte er die inadäquate Finanzierung des neuen jüdischen Friedhofs, des Altersheims und des jüdischen Krankenhauses. Stadtpräsident Rolle erwiderte darauf, es gebe keinen offiziellen Boykott der Kommune gegen jüdische Arbeitsuchende; deren Anstellung stünden allein rituelle Verpflichtungen im Weg.<sup>302</sup> Der Stadtpräsident behauptete zudem, die Selbstverwaltung versuche, diese schwierige Situation zu meistern, indem sie bevorzugt Aufträge an diejenigen Firmen vergebe, die Juden beschäftigen.

### Konfrontation mit dem wachsenden Antisemitismus, 1931-1938

Das Krakauer Stadtparlament wurde immer mehr zum Relikt der Vergangenheit. 1931 gab es statt der eigentlich vorgesehenen 127 Stadtdeputierten nur noch 88.<sup>303</sup> Noch im selben Jahr wurde das Stadtparlament aufgelöst<sup>304</sup> und durch den Hilfsrat (*Rada Przyboczna*) ersetzt, ein Gremium, dessen Mitglieder sich allein aus Sympathisanten der *Sanacja* rekrutierten und nicht gewählt waren.<sup>305</sup> Sie vertraten das Militär, das Beamtentum und die freien Berufe. Die Opposition kommentierte die Abhängigkeit des Rats von der *Sanacja*, indem sie ihn ironisch »bajrat« nannte.<sup>306</sup> Im Juli wurde der Hilfsrat durch ein Provisorisches Stadtparlament (*Tymczasowa Rada Miejska*) ersetzt, das ebenfalls von der *Sanacja* dominiert war. In seinen Sitzungen wurden keine »jüdischen Themen« angesprochen.<sup>307</sup>

Dennoch gab es ein Novum hinsichtlich der jüdischen Institutionen: Das Provisorische Stadtparlament unterstützte wohlwollend zionistische Initiativen, wie z. B. eine Ausstellung des Malers Maurycy

301 Obrady nad budżetem 1930/31. Dyskusja ogólna. In: *DR* 3 (1930), 138-140, hier 140.

302 Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 42 (1930), 14; Magistrat krakowski a ... Aguda. In: *ND* 48 (1930), 6.

303 Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 18 (1931), 14.

304 Komisarz w zarządzie m. Krakowa. In: *GN* 43 (1931), 1; Rozwiązanie Rady m. Krakowa. In: *GN* 48 (1931), 3.

305 Koniec parady krakowskiej. In: *ND* 200 (1931), 4.

306 »Bajrat« krakowski. In: *GN* 54 (1931), 4.

307 Sprawy, których nie poruszono. In: *ND* 85 (1932), 8.



Gottlieb, die von der Vereinigung der jüdischen Maler und Bildhauer (*Zrzeszenie Żydowskich Artystów i Rzeźbiarzy*) im Nationalmuseum mitten im Stadtzentrum organisiert wurde.<sup>308</sup> Die Schirmherrschaft über die Ausstellung übernahmen der Stadtpräsident, Władysław Belina-Prażmowski, und der Wojewode, Mikołaj Kwaśniewski.<sup>309</sup>

Das Problem der Finanzierung moderner jüdischer Initiativen lag in dieser Zeit auf der Hand: Die im 1927 festgelegte rein konfessionelle Definition der jüdischen Gemeinde gab der Munizipalität das Recht, den Haushalt der jüdischen Gemeinde abzulehnen, falls dort Subventionen für säkulare Kulturinstitutionen vorgesehen waren, etwa für jüdische Musik- oder Sportvereinigungen, die den religiösen Rahmen sprengten. In der Begründung hieß es dann wenig überzeugend: »Der Magistrat geht in seinem Beschluss davon aus, dass diese Haushaltsposten in keinem Zusammenhang mit den Bildungsaufgaben in der jüdischen Gesellschaft stehen.«<sup>310</sup>

Erschwerend kam hinzu, dass der Krakauer Magistrat während und lange nach der Krise große Schwierigkeiten hatte, überhaupt Subventionen auszuzahlen. Man versuchte dem Geldmangel abzuhelfen, indem man die Strom- und Gaskosten, die von der Konfessionsgemeinde verursacht worden waren, mit den präliminierten Subventionen verrechnete.<sup>311</sup> Dies war leichter zu bewerkstelligen, da sich sowohl das Elektrizitäts- als auch das Gaswerk in kommunalem Besitz befanden.

Im Dezember 1933 wurde in Krakau ein neues Stadtparlament gewählt,<sup>312</sup> das wiederum von der *Sanacja* dominiert war. Die Opposition bildeten einerseits die Sozialisten und andererseits die in Krakau schwache *Endecja*. Der Bundist Schreiber arbeitete mit den Sozialisten zusammen, während die Zionisten grundsätzlich die *Sanacja* unterstützten, obwohl sie mit deren Subventionspolitik nicht einverstanden waren. Im Februar wurde der neue Stadtpräsident, Mieczysław Kaplicki, gewählt, der sich, so wie sein Vorgänger, bei der Einweihung weltlicher jüdischer Institutionen zeigte.<sup>313</sup> Während die Anwesenheit

308 Styryna, Natasza: *Zrzeszenie Żydowskich Artystów Malarzy w Krakowie (1931-1939)*. Warszawa 2009, 59f.

309 Die kleinpolnischen Zionisten unterstützten die *Sanacja* und wurden von dieser »Regierungspartei« als ein Partner angesehen.

310 Magistrat skreśla szereg pozycji w budżecie krakowskiej gminy żydowskiej, 6.

311 Kahalna debata budżetowa trwa .... In: *ND* 332 (1932), 7.

312 Po wyborach krakowskich. In: *GN* 335 (1933), 1.

313 Mieczysław Kaplicki war auch bei der Eröffnung des neuen Gebäudes für *Ognisko Pracy*, einer Vereinigung, die sich um weibliche Waisen kümmerte

von Kaplicki, als Stadtoberhaupt, selbstverständlich scheint, mag es verwundern, dass ein weiterer Konvertit, der örtliche Militärbefehlshaber General Bernard Mond, bei der Einweihung jüdischer Institutionen anwesend war. Vielleicht personifizierten beide eine erfolgreiche »staatliche Assimilierung«<sup>314</sup> (*asymilacja państwowa*), ein von der *Sanacja* verkündetes Programm für ethnische Minderheiten, das auf die Integration des Einzelnen als Staatsbürger, d.h. auf gleiche Rechte und gleiche Pflichten gegenüber dem Staat, und nicht zwangsläufig auf Integration in die polnische Nation abzielte.

Obwohl die Mehrheit der jüdischen Stadtdeputierten keine Zionisten waren, behauptete die christdemokratische Zeitung *Głos Narodu* beständig, Juden im Stadtparlament strebten mitnichten die Assimilation an, sondern repräsentierten eine politisch verstandene jüdische Nation:

Die Situation wird jetzt klarer und deutlicher. Die Spaltung der Gesellschaft in Polen und Juden wird tiefer und für jeden selbstverständlich, das wird sich in der Einstellung der polnischen Gesellschaft zur Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde manifestieren müssen.<sup>315</sup>

Übereinstimmend mit dieser Einschätzung berichtete nun der zionistische *Nowy Dziennik* vor allem von den Aktionen der Zionisten und des Bundisten im Stadtparlament. Diese Berichterstattung erweckt den Eindruck, die Zionisten seien in dieser Wahlperiode tatsächlich zu den Hauptvertretern der Krakauer Juden avanciert. Dies war auch dem Umstand geschuldet, dass der Vorsitzende der jüdischen Konfessionsgemeinde nicht wieder in das Stadtparlament gewählt worden war, so dass ein Zionist, Juda Zimmermann, die Rolle der »Gallionsfigur« übernehmen konnte. Über die Interventionen der Vertreter der anderen Milieus – seien es Orthodoxe oder Assimilierte – schwieg sich die zionistische Tageszeitung aus. Hingegen die Gemeinde-Zeitung (*Gazeta Gminna. Organ urzędowy Gminy wyznaniowej Żydowskiej w Krakowie*), die offizielle Zeitung des Vorstandes der Konfessionsgemeinde, erwähnte solche durchaus.<sup>316</sup>

und sie beruflich ausbildete, in der Skawińska Boczna-Straße im Jahr 1936 anwesend. Martin, *Future Generations*, 308.

314 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 73 f.

315 *Żydzi w wyborach krakowskich*. In: *GN* 335 (1933), 5.

316 *Z obrad budżetowych rady m. Krakowa*. In: *Gazeta gminna* 2 (1938), 4.

Die Haushaltsberatungen im Jahr 1934 zeigten, dass sich der Diskussionsstil grundlegend verändert hatte. Auf staatlicher Ebene war dies bereits während der Debatte um den Haushalt im *Sejm* deutlich geworden. So hatte der Generalreferent für den Haushalt, Bogusław Miedziński, einer der engsten Mitarbeiter von Piłsudski, persönlich bedauert, dass in Polen zu viele Juden lebten.<sup>317</sup> Derartige Äußerungen waren bis dahin ein Monopol der *Endecja* gewesen. Wahrscheinlich beeinflusste das Beispiel aus dem Zentrum des Staates die Entwicklung in den lokalen Arenen. Dies trat im August 1934 zutage, als das Krakauer Stadtparlament nach dem Tod des Vizepräsidenten Ignacy Landau über dessen Nachfolge diskutierte und die Einsparung dieses Amtes erwog.<sup>318</sup> Für die polnischen Nationalisten war ein Jude in dieser Position ein Symbol für den unverhältnismäßigen politischen Einfluss der Juden in Krakau (und im ganzen Staat). Jüdische Stadtverordnete unterstrichen dagegen die rechtliche Gleichstellung und staatsbürgerliche Gesinnung der jüdischen Stadteinwohner,<sup>319</sup> die ein Recht auf eine Vertretung im Stadtpräsidium besaßen. Aus demselben Grund sollten jüdische Initiativen angemessen subventioniert werden. Die jüdische Bevölkerung Krakaus entrichtete mehr Steuern als die christliche, daher stehe ihren Repräsentanten auch das Recht zu, eine höhere Subventionierung zu verlangen.<sup>320</sup> Die Zionisten meinten, die kommunale Finanzierung in der ausgezahlten Höhe sei nicht nur inadäquat, sondern einfach lächerlich.<sup>321</sup> Sie beschuldigten einen Teil der Stadtdeputierten, vor allem christliche Institutionen unterstützen zu wollen.<sup>322</sup> Die Unternehmerkreise repräsentierenden jüdischen Stadtdeputierten sahen die Interessen ihrer Wählerschaft bedroht, da eine Stadtentwicklungsstrategie forciert werde, die Krakaus Zukunft allein im Tourismus erblicke. Daher forderten sie kommunale Unterstützungen für die lokalen Industrien.<sup>323</sup>

Szymon Rudnicki hat darauf hingewiesen, dass sich im 1935 gewählten *Sejm* eine Deputiertengruppe der *Sanacja* einfand, deren Weltanschauung jener der *Endecja* weitgehend glich und die eine Ver-

317 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 335; Marcus, *Social and Political History of the Jews*, 391.

318 *Żyd nie może być wiceprezydentem Krakowa*, 6. Ausführlich hierzu Kozińska-Witt, *Udział Żydów w wyborach do Rady m. Krakowa*.

319 *Ludność żydowska wobec budżetu m. Krakowa*, 4.

320 *Nasze stanowisko wobec budżetu miejskiego*, 5.

321 *Budżet m. Krakowa*. In: *ND* 81 (1935), 4.

322 0,262% czyli: *budżet m. Krakowa a Żydzi*. In: *ND* 31 (1934), 8.

323 *Ludność żydowska wobec budżetu m. Krakowa*, 4.

ständigkeit mit der *Endecja*-Jugend anstrebte.<sup>324</sup> Die antisemitische Gesinnung außerhalb des Parlaments hatte zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich zugenommen. Man kann diese Tendenz als »Judeozentrismus« beschreiben, insofern alle gesellschaftlichen Probleme mit der ›Judenfrage‹ erklärt wurden.<sup>325</sup> Infolge dieser Entwicklung rückten auch die jüdischen *Sejm*-Abgeordneten näher zusammen und konzentrierten ihre Aktionen auf die Abwehr des Antisemitismus.<sup>326</sup> Den Hintergrund bildeten Pogrome in Przytyk, Mińsk Mazowiecki und Grodno.

Die These von Jerzy Tomaszewski, wonach sich die Rolle der jüdischen Deputierten im Parlament während der sog. Dekomposition der *Sanacja* nach dem Tod von Józef Piłsudski im Mai 1935 immer mehr auf die Verteidigung konkreter Juden und die Abwehr antijüdischer Gesetzgebung beschränkte,<sup>327</sup> lässt sich auch auf die Stadtparlamente übertragen.<sup>328</sup>

Die Debatten im Krakauer Stadtparlament wurden entsprechend der allgemeinen Stimmung immer hitziger. Im Dezember 1935 forderte der Christdemokrat Bogusław Kuśnierz eine radikale Beendigung der Zusammenarbeit mit jüdischen Betrieben, um die Stadtwirtschaft zu stärken.<sup>329</sup> Wahrscheinlich wurde diese Forderung tatsächlich verwirklicht, denn jüdische Stadtverordnete klagten darüber, dass jüdische Zulieferer aus der kommunalen Wirtschaft verdrängt würden.<sup>330</sup> Die Streichung des vierten Vizepräsidentenamts, die diskriminierende städtische Subventionspolitik gegenüber der jüdischen Stadtbevölkerung, die konstante Vernachlässigung ihrer Bedürfnisse und der von ihr bewohnten Straßen führten dazu, dass im Jahr 1936 die Zionisten gemeinsam mit den Bundisten zum ersten Mal in der Geschichte der Krakauer Selbstverwaltung ihre Zustimmung zum Stadthaushalt ver-

324 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 366f.

325 Für diese Tendenz stand der Anführer der Jugendbewegung des extrem rechten Lagers des Großen Polen (*Obóz Wielkiej Polski*), Zdzisław Stahl, im Jahr 1933. *Ibid.*, 369.

326 *Ibid.*, 371.

327 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczpospolita*, 232.

328 Anna Jodłowiec-Dziedzic hat für denselben Zeitraum ermittelt, dass sich die Aktivitäten der jüdischen Deputierten im Krakauer Stadtparlament immer mehr auf ›jüdische Probleme‹ konzentrierten. Jodłowiec-Dziedzic, *Żydzi w Radzie Miasta*, 262.

329 *Noc wielkich bojów na Ratuszu krakowskim*. In: *ND* 349 (1935), 7-10.

330 *Mowa r. J. Zimmermanna*. In: *ND* 76 (1937), 15. Vizepräsident Radzyński engagierte sich angeblich für die »Verdrängungsaktion«.

weigerten.<sup>331</sup> In der sich antisemitisch verdichtenden Atmosphäre der dreißiger Jahre und angesichts der geringen Chance, ihre Interessen durchzusetzen, setzten die Zionisten in der Kommune also auf Konfrontationspolitik.

Die Problematik der städtischen Subventionierung spitzte sich im selben Jahr zu, da die Regierung ein Verbot des rituellen Schächtens erzwang, das durch eine Abgabe an die jüdische Gemeinde besteuert wurde und somit die Haupteinnahmequelle der jüdischen Konfessionsgemeinden darstellte.<sup>332</sup> Nur mit diesen Geldern konnten die Gemeinden notwendige Hilfsaktionen finanzieren. Der Zusammenhang zwischen den Debatten im *Sejm* und dem Krakauer Stadtparlament trat in einer Initiative der lokalen Christdemokraten vom Februar 1936 zutage, die ein Verbot des Schächtens bei der Krakauer Selbstverwaltung erwirken wollten.<sup>333</sup> Der christdemokratische Antrag wurde jedoch von weniger als den erforderlichen neun Stadtverordneten unterschrieben und erhielt so nicht die notwendige Unterstützung, um überhaupt angenommen zu werden. Der Gegenantrag wurde dagegen von dreizehn jüdischen Stadtverordneten unterzeichnet. Beide wurden schließlich von Stadtpräsident Kaplicki abgelehnt, da die Selbstverwaltung keine Kompetenzen besaß, um über das Problem des Schächtens zu entscheiden. Ungeachtet dessen dauerte die Diskussion über das Schächten in der Presse an. Zu ihrer weiteren Radikalisierung trug ein Exposé von Premier Feliks Sławoj Składkowski vom 4. Juni 1936 bei,<sup>334</sup> indem er zwar Gewalt gegen Juden ablehnte, jedoch gleichzeitig den wirtschaftlichen Nationalismus als eine Abwehrstrategie gegen die überlegene jüdische Konkurrenz verteidigte (sog. *polityka owszemowa*). Im Februar 1937 erhöhte der Magistrat die Gebühren für rituelles Schächten

331 Es handelte sich um die Deputierten Schwarzbart und Schreiber. Dalszy ciąg dyskusji ogólnej. In: *Gazeta urzędowa* (1936), 53; Radni żydowscy powstrzymują się od głosowania nad budżetem m. Krakowa. In: *ND* 111 (1936), 14.

332 Rudnicki, Szymon: Ubój rytualny jako problem polityczny. In: idem: *Równi, ale nie zupełnie*. Warszawa 2008, 157-172.

333 Für ein Verbot des Ritualschächtens sprach sich der Stadtdeputierte Kuśnierz aus, aber der Sitzungsvorsitzende unterbrach seine Rede. Wnioski i interpelacje. In: *Gazeta urzędowa* 3 (1936), 12-16, hier 16; Wniosek o zniesienie uboju rytualnego w Krakowie nie będzie rozpatrywany przez Radę m. Krakowa. In: *ND* 60 (1936), 14.

334 Tomaszewski, Niepodległa Rzeczypospolita, 209; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 372; Melzer, Emanuel: *No way out. The Politics of Polish Jewry 1935-1939*. Cincinnati 1997, 21.

um 25 %, womit er zur rapiden Verschlechterung der Finanzsituation der Konfessionsgemeinde beitrug und ihr die Erfüllung ihrer sozialfürsorgischen Aufgaben erschwerte.<sup>335</sup>

Das Jahr 1936 sollte für die Krakauer Konfessionsgemeinde besonders ereignisreich werden: Im Dezember wurden die beiden benachbarten Konfessionsgemeinden, Krakau und Podgórze, vereinigt. Beide Vorstände wurden aufgelöst und durch einen Kommissarischen Gemeindevorstand (*Zarząd komisaryczny*) ersetzt.<sup>336</sup> Die neue Großgemeinde war ärmer, da die Gemeinde in Podgórze kein Eigentum, dafür aber Schulden hatte.<sup>337</sup> Die dortigen Juden waren mehrheitlich unbemittelt und bezahlten wenig Steuern. Deshalb kritisierte die zionistische Presse von Anfang an den Kommissarischen Gemeindevorstand und seine Handlungen, doch appellierte sie vergebens an die Munizipalität, einen neuen demokratischen Vorstand wählen zu lassen.<sup>338</sup>

Auch auf gesamtstaatlicher Ebene verschlechterte sich die Situation der Juden weiter. Am 21. Februar 1937 wurde das Programm der neuen ›Regierungspartei‹ OZN verkündet,<sup>339</sup> die keine Juden als Mitglieder duldete und den Antisemitismus als politische Strategie sanktionierte.<sup>340</sup> Der dem OZN vorstehende Oberst Adam Koc sprach in seiner Rede von der Verteidigung der Kultur und der Wirtschaft, womit er Juden implizit als Bedrohung stilisierte.<sup>341</sup> In dieser Atmosphäre wurde im Krakauer Stadtparlament die Frage der Subventionierung diskutiert. Wie üblich kritisierten jüdische Stadtverordnete die geringfügige Subventionierung der Konfessionsgemeinde, insbesondere in dem Bereich, in dem die Konfessionsgemeinde Pflichten der Munizipalität übernahm.<sup>342</sup> Juda Zimmermann machte die weitere Zusam-

335 Magistrat krakowski podwyższył opłaty od uboju rytualnego o 25 %. In: *GN* 50 (1937), 7. Seit dem Jahr 1931 besaßen Verwaltungsorgane das Recht, die Gebühren für das rituelle Schächten festzulegen. Samsonowska, *Wyznaniowe gminy żydowskie*, 85.

336 Komisaryczny Zarząd kahalny. In: *ND* 338 (1938), 10.

337 Posiedzenie budżetowe. In: *Gazeta Gminna* 1 (1938), 1-6.

338 Wierzymy, że odezwie się głos sumienia. In: *ND* 84 (1938), 9.

339 Melzer, *No way out*, 27.

340 *Ibid.*, 35 und 132.

341 Pollmann, Viktoria: *Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die jüdische Frage in Polen anhand der Metropole Krakau 1926-1939*. Wiesbaden 2001, 117.

342 Sprawozdanie z I posiedzenia budżetowego Rady Miejskiej, które odbyło się dn. 16 marca 1937 r. In: *Gazeta urzędowa* 3 (1937), 48-60, hier 60; Vir, Czego nie ma w budżecie m. Krakowa? In: *ND* 76 (1937), 2; Obrady budżetowe na Ratuszu krakowskim. In: *ND* 76 (1937), 14f.; *Ludność*

menarbeit der jüdischen Vertreter mit der Selbstverwaltung davon abhängig, ob Forderungen der jüdischen Stadtdeputierten erfüllt würden:

Falls eine Mehrheit des Stadtparlaments ein Verständnis für die jüdischen Forderungen aufbringt und diese erfüllt, werden wir gemeinsam die Grundlagen der Stadtentwicklung von Krakau schaffen und damit für unsere Nachkommen ein großes, kulturvolles Krakau hinterlassen können, ein Vorbild für andere Städte.<sup>343</sup>

Im selben Jahr verstärkten die Sozialisten den Aufruf zur Bekämpfung des Antisemitismus in ihrem Programm, was sich im Stadtparlament u. a. darin äußerte, dass sie Forderungen der jüdischen Stadtverordneten nach einer Erhöhung der Subventionierung jüdischer Einrichtungen unterstützten.<sup>344</sup> Die beiden Gegenspieler hingegen, der OZN und die *Chadecja*, benutzten die ›Judenfrage‹ als Argument in ihren offensichtlich weiterhin geführten Flügelkämpfen. So kritisierte die Fraktion der Wirtschaftlichen Arbeit im OZN antisemitische Auftritte der Christdemokraten, die vorgaben, den christlichen Charakter der Stadt verteidigen zu wollen und »ein Patent für den Patriotismus« zu besitzen.<sup>345</sup> Im September 1937 entflammte eine Diskussion zwischen den Christdemokraten und den Sozialisten, die ihnen vorwarfen, die ›Judenfrage‹ als Nebelwand zu benutzen, um die wirklichen sozialen Probleme zu verdecken.<sup>346</sup> Demonstrativ unterstützten die Sozialisten zum wiederholten Mal die Forderung der jüdischen Stadtverordneten, die Konfessionsgemeinde höher zu subventionieren.

Dessen ungeachtet nahm die antijüdische Rhetorik in der Hauptstadt immer mehr Raum ein. Der schon zitierte Premier Sławoj Składkowski erläuterte die entsprechenden Regierungsprämissen in seiner Rede im

żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone, 14; Debata budżetowa na Ratuszu trwa. In: *ND* 78 (1937), 14; O problemach komunikacyjnych dzielnicy żydowskiej. In: *ND* 259 (1937), 14.

343 Ludność żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone, 14. Die Meinung von Anna Jodłowiec-Dziedzic, Juda Zimmermann habe sich nicht für lokale Angelegenheiten interessiert, teile ich nicht. Siehe Jodłowiec-Dziedzic, *Żydzi w Radzie Miasta*, 261.

344 Wielka debata polityczna na Ratuszu krakowskim. In: *ND* 260 (1937), 7; Debata polityczna na Ratuszu krakowskim, 9.

345 Ludność żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone, 14; Debata budżetowa na Ratuszu trwa, 14.

346 Wielka debata polityczna na Ratuszu Krakowskim, 7.

Februar 1938<sup>347</sup> und rief zum Wirtschaftskampf auf, der auf die »Entjudung« (*odżydzenie*) polnischer Städte abzielte. Immer lauter erschollen Forderungen nach einer Emigration der Juden. Gleichzeitig wurden Gesetze erlassen, die de facto die Teilhabe der Juden am Wirtschaftsleben beschnitten.<sup>348</sup> Interpretiert wurde die Akzentuierung antisemitischer Parolen als eine Einladung an Teile des nationalistischen Lagers, mit der Regierung zu kooperieren. Die Rolle des Vermittlers war dem charismatischen *Sanacja*-Politiker und Wirtschaftsexperten Eugeniusz Kwiatkowski zugedacht.<sup>349</sup> Seine Rede vom Dezember 1938 enthielt Passagen mit klar antisemitischen Zügen.

Die Debatten im Krakauer Stadtparlament glichen in dieser Hinsicht immer mehr denen im *Sejm*. So unterstützte im März 1938 der Stadtdeputierte Kuśnierz, der den christlich-nationalistischen Flügel vertrat, zusammen mit dem Vertreter des OZN, Bogdanowski, die Forderung nach einer »Polonisierung der Städte« und warf der Stadtverwaltung vor, die »Judenfrage« zu bagatellisieren:

[...] Der Krakauer Stadtvorstand scheint auch nicht den Prozess der massenhaften Proletarisierung des polnischen Bürgertums und damit verbunden dessen Verkleinerung wahrzunehmen, die allein den Juden nützt. Auch der kulturelle Niedergang der Stadt, der sich vor allem im Schwinden von Publikationen und Ausgaben im Bereich der Kultur manifestiert, und auch darin, dass in den letzten Jahren nur eine einzige neue Grundschule entstand, obwohl die polnische Stadtbevölkerung beständig wuchs. Juden, wie man sieht, behalten weiterhin ihren Einfluss und sind im Rathaus unverändert stark vertreten.<sup>350</sup>

Dieses Zitat veranschaulicht, welche Argumente benutzt wurden, um die Pauperisierung der Bevölkerung zu erklären und den Eindruck zu erwecken, diese Erscheinung aktiv zu bekämpfen. Antisemitismus konnte also helfen, die politischen Unterschiede zwischen den nicht-jüdischen Parteien im lokalen Raum zu überwinden.

347 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 380.

348 Ibid., 396.

349 Marcus, *Social and Political History of Jews*, 379.

350 Burzliwe obrady krak. Rady Miejskiej. In: *GN* 82 (1938), 9; Kuśnierz, Bronisław: Jak uzdrowić gospodarkę miasta? In: *GN* 94 (1938), 8; Gorąca dyskusja na posiedzeniu krak. Rady Miejskiej. In: *GN* 84 (1938), 9; Turystyka i sprawy komunikacyjne to najważniejsze zagadnienia Krakowa! In: *ND* 83 (1938), 9.



Ähnlich gestaltete sich die Gruppendynamik in den jüdischen Parteien, die sich zu einem Zweckbündnis zusammenschlossen: Zionisten, Orthodoxe und Bundisten wandten sich vereint an das Stadtparlament, um antisemitische Vorwürfe zurückzuweisen und auf die dramatische Situation der Krakauer Juden hinzuweisen. Die Zeitung der Konfessionsgemeinde berichtete:

Der jüdische Stadtdeputierte Stempel veranschaulichte in einer längeren Rede die herrschende Armut unter den Juden und wies dabei darauf hin, dass von insgesamt 11.000 Familien 2.600, also 26 %, Sozialhilfe nützen. Umgerechnet auf die verhältnismäßig hohe Zahl der Juden, die von Sozialhilfe abhängig sind, fällt die Unterstützung durch die Munizipalität sehr gering aus. Eine ganze Reihe von jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen bekommt gar keine städtische Unterstützung, weshalb diese Institutionen allein und ausschließlich von der Unterstützung durch die jüdische Gesellschaft abhängen.<sup>351</sup>

Dem entgegen forderte die *Endecja*, man solle alle Subventionen für die jüdische Wohlfahrt streichen. Mit dieser Forderung scheiterte sie jedoch, da der lokale OZN eine so pauschale antisemitische Argumentation ablehnte.<sup>352</sup> Seine Repräsentanten behaupteten sogar, die Armut in den Städten werde vor allem durch die Migration vom Lande verursacht.<sup>353</sup> Die Verdrängung von Juden könne das eigentliche Problem nicht wirklich lösen, sondern nur für kurze Zeit aufschieben. Das Beispiel des Krakauer OZN belegt, dass auch im lokalen Raum weiterhin grundlegende Unterschiede zwischen der *Endecja* und dem Regierungslager bestanden. Allerdings verkündete der Vertreter des OZN, Bolesław Czuchajowski, sein volles Verständnis für nationalistische Bedrohungsängste und versprach, die Selbstverwaltung werde sich für die Polonisierung der Stadt einsetzen.<sup>354</sup> Er widersprach jedoch gleichzeitig einer Behauptung der Nationaldemokraten, die Macht der Juden wachse stetig an. Vielmehr zeuge die Abschaffung des vierten Vizepräsidentenamtes von der Minderung des jüdischen Einflusses in der Selbstverwaltung.

351 Z obrad budżetowych rady m. Krakowa. In: *Gazeta gminna* 2 (1938), 4.

352 Rada miejska uchwaliła budżet. In: *GN* 88 (1938), 9.

353 Czuchajowski, Bolesław: Jak się przedstawia gospodarka m. Krakowa. In: *GN* 101 (1938), 7f.

354 *Ibid.*

Die Debatten verschärfen sich während der Kampagne zu den Selbstverwaltungswahlen im Dezember 1938.<sup>355</sup> Die Argumente gleichen denjenigen, die man in der vorausgegangenen Kampagne zu den *Sejm*-Wahlen benutzt hatte. Dies hob der zionistische Abgeordnete Ignacy Schwarzbart auf einer Wahlversammlung am 9. Dezember 1938 hervor:

Es gibt keinen Unterschied zwischen der Politik im *Sejm* und der Kommunalpolitik der Stadtparlamente, denn die Stadtparlamente sind nicht mehr allein Wirtschaftsinstitutionen. Alles, was sich im *Sejm* abspielt, findet seinen sofortigen Widerhall in den Stadtparlamenten, so dass sie auf diese Art und Weise wiederum als Grundlage für Attacken gegen uns im *Sejm* dienen. Der Kleister, der hier in Krakau unterschiedliche nichtjüdische Gruppierungen verbunden hat, ist der gemeinsame Wille zum Kampf gegen die Juden.<sup>356</sup>

Der Stadtdeputierte Zimmermann sah es als typisch für das Stadtparlament der zu Ende gehenden Wahlperiode an, dass keinerlei Forderungen der jüdischen Stadtverordneten erfüllt wurden, und zwar allein deswegen, weil diese jüdische Belange betrafen und von Juden vorgebracht wurden.<sup>357</sup>

Anfang 1939 trat das bisherige Stadtparlament zum letzten Mal zusammen.<sup>358</sup> In ihren Abschiedsreden beurteilten die Vertreter aller Gruppierungen die Arbeit der Selbstverwaltung sehr positiv und sprachen den scheidenden Stadtdeputierten ihre Anerkennung aus. Der Zionist Ignacy Schwarzbart unterstrich jedoch im *Nowy Dziennik*, dass sich die Krakauer Kommunalpolitik der letzten fünf Jahre durch einen konsequenten, wenn auch moderaten Antisemitismus auszeichnet habe.<sup>359</sup> Dieser Antisemitismus spiegelte letztlich die Stimmungslage und die Strömungen wider, die im ganzen Staat verbreitet waren. Schwarzbart behauptete jedoch, dies widerspreche der bisherige-

355 Brzoza, *Kraków polityczny*, 141.

356 Wielkie zgromadzenie wyborcze Reprezentacji zjednoczonego żydostwa. In: *ND* 337 (1938), 11.

357 Żydzi krakowscy spełniają należycie swe obowiązki i chcą być odpowiednio do tego traktowani. In: *ND* 336 (1938), 14.

358 Ostatnie posiedzenie starej Rady Miejskiej odbyło się w sielankowym nastroju. In: *GN* 18 (1939), 9; Echa krakowskie. In: *Kurier Warszawski* 33 (1939), 13; Poza porządkiem obrad. In: *Gazeta urzędowa* 1 (1939), 12-16.

359 Schwarzbart, Ignacy: Obecna większość nie uwzględniła żadnych z naszych postulatów. In: *ND* 17 (1939), 14.

gen Tradition Krakaus. Vielmehr sei es die Mission dieser Stadt, den Antisemitismus zu bekämpfen und den Sieg der demokratischen Elemente herbeizuführen. Die Zionisten wollten also das kulturelle Kapital der alten Hauptstadt nutzen und Krakau eine Vorreiterrolle im Staat zuweisen, um dem aggressiven Nationalismus in allen Großkommunen entgegenzutreten. Krakau sollte die polnische Toleranzkultur retten.

## Die Auswirkungen der politischen Polarisierung auf die Sozialpolitik

Die politische Zweiteilung des im 1938 gewählten Stadtparlaments in einen antisemitischen rechten und einen linken Flügel widerspiegelt sich idealtypisch in dessen Sozialpolitik. Die nächste große Subventionsdebatte fand im Juni 1939 statt. Während sich die *Endecja* und der OZN für die Streichung der Subventionierung von jüdischen Institutionen aussprachen, kämpften sozialistische und jüdische Repräsentanten dagegen.<sup>360</sup> Die polnische »nationale Front« setzte sich zusätzlich dafür ein, mit kommunalen Aufgaben nur christliche Firmen zu beauftragen. Aus Protest verließen die sozialistischen und jüdischen Abgeordneten daraufhin die Versammlung.

Obwohl der OZN also mit der *Endecja* in der judenfeindlichen Argumentation praktisch übereinstimmte, war das Regierungslager den Nationaldemokraten immer noch zu wenig antisemitisch. So berichtete der *Nowy Dziennik*:

Der Stadtdeputierte Jelonkiewicz [Nationaldemokrat] warf den OZN-Mitgliedern des Stadtvorstands vor, zwar nach außen den Kampf für ein polnisches Krakau zu verkünden und mit antijüdischen Parolen aufzutreten, bei Entscheidungen jedoch zusammen mit Juden und Sozialisten zu stimmen. Die Redner [Tadeusz Wołkowicki, Wincenty Ogrodziński und Franciszek Jelonkiewicz] unterstrichen zudem, die Reden der sozialistischen Stadtdeputierten während der Versammlungen seien zwar scharf und oppositionell; hinter den Kulissen jedoch bestehe eine stille Vereinbarung zwischen den Sozialisten, der Leitung der Stadt und dem OZN.<sup>361</sup>

<sup>360</sup> Martin, *Jewish Life in Cracow*, 220f.; Burzliwa walka na komisji o subwencje na cele żydowskie. In: *GN* 172 (1939), 9; Skreślenie wszystkich pozycji żydowskich uchwalono wczoraj na Ratuszu. In: *ND* 170 (1939), 17.

<sup>361</sup> Skreślenie wszystkich pozycji żydowskich, 17.

Die Debatten im neu gewählten Stadtparlament wurden mit der Zeit immer aggressiver, was in der Kräftekonstellation und der daraus resultierenden Stagnation begründet lag: Es war eigentlich unmöglich, irgendetwas zu beschließen, da die jeweiligen politischen Gegner Beschlüsse sofort torpedierten.<sup>362</sup> Der OZN wollte die zunehmend nationalistisch-antisemitische Stimmung für sich ausnutzen und strebte deshalb die Auflösung des Stadtparlaments und Neuwahlen an, um ein besseres Ergebnis zu erzielen.<sup>363</sup> Da der OZN die antisemitische Argumentationslinie der Nationaldemokratie übernahm, warfen die Sozialisten dem Regierungslager vor, die *Endecja* überbieten zu wollen.<sup>364</sup> Damit büße der OZN seine politische Selbstständigkeit ein.

Im Juli 1939 veröffentlichte der Krakauer OZN eine programmatische Erklärung, in der er versprach, die Subventionierung jüdischer Institutionen und Vereine nicht mehr zu unterstützen.<sup>365</sup> Das kann als Reaktion auf die »Überheblichkeit« der jüdischen Stadtdeputierten gedeutet werden, die es gewagt hatten, über die Angelegenheiten der polnischen und christlichen Stadteinwohner abzustimmen, statt sich allein zu »jüdischen« Angelegenheiten zu äußern.<sup>366</sup> Die Forderung nach Streichung von Subventionen war jedoch nicht realisierbar, da sich die Mehrheit des Stadtparlaments zumindest für eine bescheidene Finanzierung der jüdischen Institutionen aussprach.<sup>367</sup> Der verbale Antisemitismus schlug sich also kaum praktisch nieder.

Anna Landau-Czajka vertritt in diesem Zusammenhang die These, die »polnische Gesellschaft« habe sich, müde geworden vom »zoologischen Antisemitismus«, seit 1936 langsam von der judenfeindlichen Propaganda abgewandt.<sup>368</sup> Sie beruft sich dabei auf den Zionisten Apolinary Hartglas, der im Jahr 1937 Aussagen von »Fachleuten, halbamtlichen Angestellten (*pólsruzędowi*), Bauern und sogar predigenden Priestern« auswertete. Hartglas bedauerte jedoch, dass man entsprechende Einstellungsveränderungen nicht in staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Verbänden nachweisen könne, die sich zu die-

362 Rozstrzygające dni samorządu krakowskiego. In: *GN* 184 (1939), 8; Budżet miejski został uchwalony w oznaczonym terminie. In: *GN* 188 (1939), 3.

363 Stanowisko klubów radzieckich wobec spraw miejskich, 5.

364 »Żydowska« dyskusja na posiedzeniu Rady Miejskiej. In: *GN* 185 (1939), 9.

365 Budżet na ratuszu. In: *ND* 182 (1939), 13 f.; 4 VII 1939. In: Brzoza, *Kraków między wojnami*, 401.

366 Prowadzimy dziś walkę o prawa żydowskie. In: *ND* 183 (1939), 14.

367 OZN i Endecja demonstracyjnie opuszczają posiedzenie Rady Miejskiej. In: *ND* 186 (1939), 16.

368 Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 302-305.

sem Thema ausschwiegen.<sup>369</sup> Landau-Czajka führt lediglich eine Rede von Janusz Ranikowski, Büroleiter des Finanzministers, und eine Rede von Marschall Edward Rydz-Śmigły an, die sich beide 1937 entschieden gegen Antisemitismus aussprachen.<sup>370</sup>

In meinen Forschungen habe ich keine Einstellungsveränderungen unter den christlichen Deputierten des Krakauer Stadtparlaments feststellen können. In dieser Arena waren judenfeindliche Stimmen weiterhin gut vernehmbar. Allerdings wurden sie vom gegnerischen Lager in ähnlicher Lautstärke erwidert.

## Kommunale Interventionen im »jüdischen Viertel« Krakaus

Kazimierz wie auch Kleparz, die andere Vorstadt, war schon Anfang des 19. Jahrhunderts in die Stadt Krakau inkorporiert worden. Obwohl Kazimierz seit seinen Anfängen auch von Nichtjuden bewohnt war, wurde es als ein jüdisches Viertel wahrgenommen. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wanderten vermögende Juden verstärkt aus Kazimierz ab. Dies änderte jedoch wenig an den beengten Wohnverhältnissen im Viertel, so dass die Selbstverwaltung in den dreißiger Jahren dessen radikale Vergrößerung erwog. Auf dem Erweiterungsgebiet sollten eine zusätzliche Schule und eine Markthalle gebaut werden.<sup>371</sup>

In den Augen der jüdischen Stadtdeputierten wurde Kazimierz von der Stadtverwaltung vernachlässigt und war deshalb in einem schlechten Zustand.<sup>372</sup> Während alle in Krakau lebenden Juden fast 45 % aller Steuern in der Kommune aufbrachten,<sup>373</sup> entrichteten insbesondere die christlichen Einwohner der neueingemeindeten Viertel viel weniger, da sie überwiegend bäuerlich und arm waren.<sup>374</sup> Dennoch investierte die Kommune vor allem in die christlich geprägten Randviertel

369 Ibid., 304.

370 Ibid., 310.

371 Przemówienie Prezydenta miasta. In: *Gazeta urzędowa* 3 (1934), 85-87, hier 86; Sprawozdania z posiedzenia komisji Rady i Zarządu. In: *Gazeta urzędowa* 1 (1937), 3; Budżet m. Krakowa na Radzie miejskiej. In: *ND* 87 (1934), 15.

372 So die Wortmeldung des Stadtdeputierten Hilfstein während der Sitzung am 12. Dezember 1921 und jene des Stadtdeputierten Schreiber in der dritten Haushaltssitzung am 6. April 1927. In: *ND* 327 (1921), 6 und *DR* 4 (1927), 160.

373 Ludność żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone, 14.

374 Zakończenie ogólnej dyskusji budżetowej gminy m. Krakowa. In: *ND* 102 (1928), 11.

und interessierte sich kaum für die Modernisierung von Kazimierz. So gewährte das Ausbaukomitee der Stadt Krakau (*Komitet Rozbudowy m. Krakowa*) im Jahr 1934 nur zwei Kredite für Kazimierz. Infolgedessen wurde das Viertel zusammen mit anderen besonders unterentwickelten Vierteln wie Dębniki, Piasek, Kleparz und Czarna Wieś zu einem Schlusslicht der städtischen Modernisierung.

In den Berichten des Ausbaukomitees findet sich das Plädoyer des Komiteemitglieds Steinberg, für mehr Kredite zur Sanierung von Altbauten und zur Errichtung von Neubauten in Kazimierz einzutreten.<sup>375</sup> Steinberg monierte, dass von 128 gewährten Krediten nur ein einziger einem Gebäude in Kazimierz zugutekam. Eine Ausnahme von dieser kommunalen Praxis bildete die neue Parkanlage, die *Planty Dietlowskie*, deren Ausbau und Instandhaltung dauerhaft von der Stadt finanziert wurde.<sup>376</sup>

Besonders deutlich lässt sich der infrastrukturelle Rückstand von Kazimierz im Vergleich zum übrigen Krakau am Beispiel der Straßenbeleuchtung und des Straßenzustandes veranschaulichen.<sup>377</sup> Wie der *Nowy Dziennik* berichtete, forderte der Vorstand der Konfessionsgemeinde seinen Vorsitzenden Rafał Landau – zugleich Mitglied des Stadtparlaments – dazu auf, sich im Stadtparlament für Kazimierz einzusetzen:

Der Deputierte Izydor Landau appellierte an den Vorsitzenden [Rafał Landau], sich im Vorstand der Krakauer Munizipalität für die Einführung von Bogenlampen in den Hauptstraßen des jüdischen Viertels stark zu machen, da solche schon in den Hauptstraßen wie der Straszewski-Straße und Podzamcze angebracht worden seien. Der Vorsitzende verspricht, sich erneut für diese Angelegenheit zu engagieren. Der Deputierte Stempel weist auf den erbärmlichen Zustand der Straßenpflasterung im jüdischen Viertel hin, obwohl die Krakowska- und die Stradom-Straße zu den Hauptstraßen zählten, leider nur beim Einzug der Eigentumsteuer. Wenn es um städtische Dienste gehe, würden diese Straßen wie solche in der Peripherie behandelt.<sup>378</sup>

375 Protokoły Komisji Gospodarczej Rady Miejskiej z roku 1935. In: ANKr, zesp. Kr. 4955.

376 Przemówienie Generalnego sprawozdawcy budżetowego wiceprez. m. Dr. Piotra Wielgusa, 164.

377 Oświetlenie ulic Krakowa. In: *ND* 245 (1927), 9; Magistrat krakowski ciągle zaniedbuje dzielnicę żydowską. In: *ND* 189 (1928), 7.

378 Z posiedzenia kahału krakowskiego. In: *ND* 274 (1926), 4.

Im Jahr 1928 forderte der bundistische Stadtdeputierte Schreiber, »dass sich der Stadtvorstand besser um das jüdische Viertel kümmern muss, das stiefmütterlich behandelt wird hinsichtlich der Reinigung, des Straßenzustandes und der Beleuchtung«. <sup>379</sup> Im Jahr 1937 behaupteten jüdische Stadtdeputierte mit einer gewissen Übertreibung, der technische Zustand der neuen Krakauer Stadtviertel verbessere sich beständig, während in den alten Stadtvierteln Verschlechterungen zu beklagen seien. <sup>380</sup> Ganz so schlimm war es nicht, denn für die Verbindungen nach Kazimierz wurden genauso viele Gelder ausgegeben wie für die Verbindungen mit der Krakauer Peripherie oder mit den Arbeitervierteln. Kazimierz gehörte allerdings zur alten Stadtmitte; deshalb verglichen jüdische Stadtdeputierte das Viertel mit dem Zentrum und nicht mit der Peripherie. Relativierend lässt sich festhalten, dass noch im Jahr 1927 nur in der Stadtmitte alle Straßen gepflastert waren. <sup>381</sup> Dennoch behaupteten die Zionisten, der tragische Zustand des jüdischen Viertels sei von der gleichgültigen Stadtverwaltung verschuldet. <sup>382</sup>

Die Rechnungsabschlüsse des städtischen Regulierungs- und Ordnungsfonds können helfen, den Umfang der Modernisierungsarbeiten in Kazimierz realistischer einzuschätzen. Auch wenn die Klagen, dass die Kommune überhaupt nichts tue, übertrieben waren, sind die Modernisierungsmaßnahmen in Kazimierz im Vergleich zu denen im Zentrum oder in den neueingemeindeten Stadtvierteln als gering einzuschätzen. Sie beschränkten sich darauf, jährlich in Teilabschnitten zwei Straßen zu kanalisieren und mit Bürgersteigen zu versehen. <sup>383</sup> In ähnlichem Tempo wurden die Straßen mit Beleuchtung ausgestattet. <sup>384</sup>

Die Interventionen der jüdischen Stadtdeputierten waren in manchen Fällen erfolgreich. So bewirkte 1928 ein Beschwerdebrief an den Stadtpräsidenten Karol Rolle eine Aufräumaktion auf dem Neuen Marktplatz (*Plac Nowy*) in Kazimierz, mit der die Selbstverwaltung

379 Dalszy ciąg obrad nad budżetem r. 1928/29. In: *DR* 3 (1928), 162f.

380 Debata budżetowa na Ratuszu trwa, 14.

381 Ekspozycja [!] budżetowa Prezydenta miasta. In: *DR* 4 (1927), 150-155, hier 152.

382 Żydostwo Krakowa wobec budżetu miejskiego. In: *ND* 84 (1938), 7f.; Steffen, *Jüdische Polonität*, 141 und 254.

383 *Zamknięcie rachunkowe funduszów gmina m. Krakowa oraz funduszów pod zarządem tejże zostających za rok 1925*. Kraków 1927, 90f.

384 Im Jahr 1927 wurde die Beleuchtung der Krakowska-Straße und im Jahr 1930 die der Dietla-Straße geplant. Siehe Przeorski, Tadeusz: II. Drogi rozwoju Krakowa. In: *DR* 5 (1927), 184-192, hier 189.

ihr Interesse am Zustand des jüdischen Viertels signalisierte.<sup>385</sup> Rolle war der erste Stadtpräsident, der die Entwicklung des Tourismus als Stadtentwicklungsstrategie verfolgte. Vielleicht richteten die jüdischen Abgeordneten ihr Beschwerdeschreiben deshalb direkt an ihn. Sicher nicht zufällig erschienen in derselben Zeit Artikel im *Nowy Dziennik*, die auf die touristischen Qualitäten und den erbärmlichen Zustand von Kazimierz hinwiesen:

Es befinden sich dort zahlreiche Denkmäler, wie die alte Synagoge, die Kirche auf dem Felsen und andere, die oft von Einheimischen und Fremden besucht werden. Die Notwendigkeit, sich angesichts der Fülle von Düften ständig die Nase zuhalten zu müssen, und die holprigen Bürgersteige stellen dem Stadtvorstand kein vorteilhaftes Zeugnis aus. Die Anwohner werden rot vor Scham, wenn sie den Zustand der Straßen mit einer beliebigen Straße z.B. in Słomniki vergleichen. Wir wollen den Herrn Stadtpräsidenten daran erinnern, dass wir vor einem Jahr in unseren Mauern den hochwürdigen Herrn Staatspräsidenten empfingen, der samt Begleitung den Samstagsgottesdienst in der Alten Synagoge mit seiner Anwesenheit beehrte. Ob der Weg dorthin bequem und erschütterungsfrei für den hohen Gast war, ist eine Frage, die sich die Straßenabteilung des Magistrats selber beantworten kann.<sup>386</sup>

Der Initiative war Erfolg beschert: In der Sitzung am 15. März 1929 pochte Stadtpräsident Rolle darauf, nicht allein christlichen, sondern auch jüdischen Gebäuden Maßnahmen der Denkmalpflege zugutekommen zu lassen.<sup>387</sup> Jüdische Stadtdeputierte betonten darüber hinaus die Bedeutung des Einzelhandels in Kazimierz, der für ausländische Touristen attraktiv sei.<sup>388</sup> Außerdem seien es nicht nur Juden, sondern auch nichtjüdische Arbeitnehmer, die die Straßen von Kazimierz benutzten, wenn sie durch das jüdische Viertel ins Stadtzentrum strömten. Die jüdischen Abgeordneten unterstrichen also die Bedeutung der Modernisierung für die Allgemeinheit, um Maßnahmen in Kazimierz durchzusetzen. Hätten sie ausschließlich mit den Vorteilen für die jüdische Bevölkerung argumentiert, wäre dies wahrschein-

385 Z posiedzenia Rady m. Krakowa. In: *ND* 181 (1928), 12.

386 Magistrat krakowski ciągle zaniedbuje dzielnicę żydowską. In: *ND* 180 (1928), 7.

387 Z Rady m. Krakowa. In: *ND* 74 (1929), 10.

388 Magistrat krakowski ciągle zaniedbuje dzielnicę żydowską, 7.



lich als eine ungerechtfertigte Privilegierung verstanden worden. Der Kommentator des *Nowy Dziennik* schlug der Stadtverwaltung vor, das jüdische Viertel persönlich zu besuchen, um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen.<sup>389</sup>

Die nächste offizielle Begehung von Kazimierz durch Vertreter der Selbstverwaltung fand allerdings erst 1936 statt, als sich die Konfessionsgemeinde für eine Neugestaltung des Tempel-Platzes einsetzte.<sup>390</sup> Der Zeitpunkt war gut gewählt, denn in dieser Zeit ergriff die Krakauer Kommune wichtige Initiativen, die von einer neuen Sensibilität gegenüber dem historischen Erbe geprägt waren: Zum einen erarbeitete sie eine Entwicklungsstrategie für die Stadt, die dieser eine wichtige Rolle im gesamten Staat zuwies. Diese Strategie stützte sich auf das lokale kulturelle Kapital, das aus der Vergangenheit Krakaus als königliche und »geistige Hauptstadt« (*stolica duchowa*) der Ersten Republik und aus ihrer herausragenden politischen und kulturellen Bedeutung in der Teilungszeit resultierte.

In der offiziellen Kultur- und Gedächtnispolitik der Zweiten Republik verkörperte Krakau die Kontinuität der polnischen Nation und des Staatsgedankens – allen Widrigkeiten der Geschichte zum Trotz. Die Krakauer Lokalpolitiker bemühten sich, diese der Stadt zugewiesene Rolle als Erinnerungsort zu nutzen, um aus ihrer Kommune ein modernes Tourismuszentrum zu machen. Parallel erwogen sie einen zweiten möglichen Entwicklungsweg, nämlich, Krakau zum Verwaltungs- und Verkehrszentrum auszubauen, das zwischen dem industrialisierten Schlesien und dem Landeszentrum vermitteln sollte.

Jüdische Stadtverordnete unterstützten mehrheitlich diese zweite Strategie, da sie der Beschäftigungsstruktur ihrer Wählerschaft entsprach. Sie plädierten generell für wirtschaftlichen Liberalismus im Gegensatz zu Etatismus. Aus diesem Grund bekämpften sie auch den »Kommunaletatismus« und forderten die Abschaffung der kommunalen Betriebe bzw. deren Privatisierung.<sup>391</sup> Möglicherweise deuteten sie den Beschluss, vor allem den Tourismus in Krakau zu fördern, als einen Versuch, allein den christlichen Charakter der Stadt hervorzuheben. Andererseits wuchs mit der Zeit die Überzeugung, dass »das

389 Budżet miejski w ogniu dyskusji. In: *ND* 112 (1936), 15.

390 Ein Brief des Vorstandes der Konfessionsgemeinde vom 25. März 1936. In: *AŻIH*, zesp. GKr, sygn. 689.

391 Sprawozdanie z I. posiedzenia budżetowego Rady Miejskiej, które odbyło się dn. 16 marca 1937. In: *Gazeta urzędowa* 3 (1937), 48–60, hier 60; Miasto nie może konkurować z kapitałem prywatnym. In: *ND* 261 (1937), 14.

Ghetto« auch Touristen anziehen und damit Einnahmequellen für Juden schaffen könne.<sup>392</sup>

Schon im April 1936 sprach Stadtpräsident Mieczysław Kaplicki von dem Plan, die Stadt 1936/37 in den »Denkmalvierteln«, d.h. in der Altstadt, Stradom und Kazimierz umzugestalten.<sup>393</sup> Wahrscheinlich sah er in der industriellen Entwicklung der Stadt keine aktuelle Alternative und wollte daher den Tourismus gezielt fördern:

der Stadtpräsident stellte fest, dass Krakau keine Fabrik- und Industriestadt ist und es wahrscheinlich niemals werden wird, deswegen muss sie für sich in einem anderen Bereich Entwicklungsmöglichkeiten suchen.<sup>394</sup>

Kaplicki wollte Kazimierz enger an das Stadtzentrum binden und veranlasste entsprechende Umgestaltungsmaßnahmen.<sup>395</sup> Im selben Jahr forderten jüdische Stadtdeputierte eine bessere Anbindung von Kazimierz an das Zentrum und eine Verbesserung des Straßenbelags.<sup>396</sup> Es lässt sich nicht mit Gewissheit sagen, ob die Teilnahme der zuständigen Beamten am Begräbnis des charismatischen Krakauer Reformrabbiners, Zionisten und langjährigen Sejmabgeordneten Jehoshua Ozjasz Thon am 12. November 1936 diesen Modernisierungswillen förderte. Überliefert ist jedoch, dass der Leichenzug immer wieder durch Schlamm, Abfälle und Pfützen auf den Hauptstraßen von Kazimierz behindert und aufgehalten wurde.<sup>397</sup>

Zum neuen Interesse an Kazimierz trug auch ein weiteres Phänomen bei: die aufkeimende Erforschung jüdischer Lebenswelten und jüdischer Kultur. Grażyna Kubica-Heller hat deren Anfänge am Beispiel des Soziologen Feliks Gross verfolgt, der inspiriert durch Bolesław

392 Das Museum wurde in der Alten Synagoge (Projekt von Rafał Landau, 1937) bzw. im Rathaus auf dem Wolnica Platz (zionistisches Projekt, 1934) geplant, siehe Styrna, *Zrzeszenie Żydowskich Artystów Malarzy*, 105-110. Ein weiteres Projekt wird von Czesław Brzoza erwähnt, 21 IX 1928. In: Brzoza, *Kraków między wojnami*, 205.

393 Przemówienie Prezydenta miasta. In: *Gazeta urzędowa* (1936), 40-46, hier 43.

394 A.D.: Echa krakowskie. In: *Kurjer Warszawski* 98 (1938), 8.

395 Exposé prezydenta miasta. In: *ND* 110 (1936), 14.

396 Budżet miejski w ogniu dyskusji, 15.

397 Jakimyszyn, Anna: The Funeral of Rabbi Ozjasz Thon. In: *A Romantic Polish-Jew. Rabbi Ozjasz Thon from Various Perspectives*, hg. v. Michał Galas und Shoshana Ronen. Kraków 2015, 179-195, hier 189.

Malinowski das Krakauer ›Ghetto‹ für sich entdeckte.<sup>398</sup> Seine Freundschaft mit dem jungen Krakauer Kunsthistoriker Karol Estreicher führte schon im Jahre 1931 zu einer detaillierten Beschreibung jüdischer Sehenswürdigkeiten und der Planung touristischer Routen durch Kazimierz, die Estreicher in seinen Krakau-Reiseführer aufnahm.<sup>399</sup> Estreicher stützte sich dabei auf ein gerade auf Polnisch erschienenenes Buch des jüdischen Historikers Majer Bałaban zur Geschichte der Juden in Krakau und Kazimierz,<sup>400</sup> das offensichtlich das Interesse an »heimischer« Exotik wecken und zu einer Minderung der verbreiteten Ignoranz gegenüber dem Jüdischen beitragen sollte. Somit traf im Falle von Krakau die persönliche Offenheit und Neugierde einer sich gerade etablierenden Lokalgröße auf eine historiographische Neuerung und allgemeines Interesse – eine für das damalige Polen einmalige Koinzidenz.<sup>401</sup>

Als der *Nowy Dziennik* 1937 erneut kritisierte, die Bedürfnisse des jüdischen Viertels würden im Haushalt kaum berücksichtigt,<sup>402</sup> hob er wiederum die touristischen Qualitäten von Kazimierz hervor:

Im Investitionsplan der Stadt Krakau wurde das Problem [der Vernachlässigung des jüdischen Viertels] nicht einmal ansatzweise gelöst. Die Straßen des Viertels bleiben deswegen weiter ungepflegt,

398 Kubica, Grażyna: ›The Survey of the Ghetto‹ in the Time of Anti-Semitism: Feliks Gross and His Unfinished Fieldwork on the Jewish Quarters of Krakow and Vilna, 1938-1940. In: *East European Politics & Societies* 28 (2013), 318-340; eadem: Badania terenowe Feliksa Grossa na żydowskim Kazimierzu w przedwojennym Krakowie – rekonstrukcja niedokończonego projektu. In: *Zeszyty etnologii wrocławskiej* 16 (2012), 81-112; eadem: A Flâneur and Ethnographer in their home city: The Kraków of Bronisław Malinowski and Feliks Gross. Remarks of a Historian of Anthropology. In: *Rytíř z Komárova. K 70. narozeninám Petra Skalníka/Knight from Komárov. To 70th birthday of Petr Skalník*, hg. v. Adam Bedřich und Tomáš Retka. Praha, 71-82.

399 Estreicher, Karol: *Kraków. Przewodnik dla zwiedzających miasto i jego okolice*. Kraków 1931, 198, 203-208, 221-228.

400 Bałaban, Majer: *Dzieje Żydów w Krakowie i na Kazimierzu*. Kraków 1931.

401 Anna Czajka-Landau zitiert Klagen aus der jüdischen Presse, nach denen die Unkenntnis jüdischer Kultur bei den Nichtjuden aus dem Mangel an Übersetzungen resultierte. Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 198.

402 Vir, *Czego nie ma w budżecie m. Krakowa*, 2; Obrady budżetowe na Ratuszu krakowskim, 14f.; Ludność żydowska ma swoje potrzeby, które muszą być zaspokojone, 14; Debata budżetowa na Ratuszu trwa, 14; O problemach komunikacyjnych dzielnicy żydowskiej, 14.

entbehren ordentlicher Bürgersteige, Beleuchtung und Abwasserkanäle. Sie werden weiterhin ein schreckliches Bild abgeben: Pfützen und Schlamm nach jedem regnerischen Tag. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass das jüdische Stadtviertel Krakaus, vom touristischen Standpunkt betrachtet, eine große Attraktion darstellt. Ausflügler in Krakau, besonders aus dem Ausland, interessieren sich auch für jüdische Denkmäler. Krakau ist eine Stadt der Denkmäler, nicht nur der polnischen, sondern auch der jüdischen. Wir sollten diese Denkmäler ebenso pflegen wie die in Krakau. Es gibt allerdings keinen Grund, bei dieser Pflege den mittelalterlichen Dreck und die Unordnung zu konservieren: die Katzenkopfstraßen, den Mangel an ordentlichen Bürgersteigen, die Löcher und Unebenheiten, den Mangel an Beleuchtung, schlicht eine primitive Infrastruktur.<sup>403</sup>

Dieser Appell war nicht ganz vergebens. Kurz darauf subventionierte die Selbstverwaltung zumindest die Restaurierung des bekanntesten Denkmals von Kazimierz, der Alten Synagoge. Sie überwies außerdem eine kleine Summe für die Gründung des geplanten Jüdischen Museums und unterstützte Pläne, kleine Ausstellungen anlässlich der Krakauer Jubiläen in Kazimierz zu organisieren, wie z.B. zum Jahrestag des Todes von Jan Józef Kraszewski.<sup>404</sup>

Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs erwog Stadtpräsident Kaplicki im Jahr 1938 erneut die zweite Option der Stadtentwicklung, Krakau zu einer »Verbindungsstadt« (*miasto łącznikowe*) auszubauen. Der in Erwägung gezogene Verkehrsknotenpunkt Krakau sollte das schlesische Industriegebiet mit dem Landesinneren und mit dem Zentralen Industriebezirk (*Centralny Okręg Przemysłowy* – COP) verbinden.<sup>405</sup> Im Investitionsprogramm von 1938 war eine neue Stratifikation der Stadt vorgesehen: Alle alten Viertel im Zentrum wurden zu Handelszonen deklariert<sup>406</sup> und damit die traditionelle funktionale Aufteilung der Stadt aufgehoben, in der Kazimierz als »Kaufhaus der Stadt« firmierte. Bedingt durch den deutschen Einmarsch in Polen im September 1939 lässt sich nicht klären, ob die Realisierung dieser Strategie für die jüdische Bevölkerung von Nachteil gewesen wäre, etwa

403 Vir, Czego nie ma w budżecie m. Krakowa, 2.

404 Z sekcji ochrony zabytków i budowy muzeum żydowskiego. In: *Gazeta gminna* 5 (1938), 4.

405 Wielka konferencja z udziałem ministrów w sprawie potrzeb Krakowa i woj. Krakowskiego. In: *ND* 137 (1938), 14.

406 *Program inwestycyjny stoł. król. Miasta Krakowa na okres 1937/38-1943/44*. Kraków 1938, 6.

durch die Aufwertung des ›christlichen‹ Handels gegenüber dem ›jüdischen‹. Dagegen spricht, dass sich viele Geschäfte jüdischer Kaufleute außerhalb von Kazimierz direkt im Stadtzentrum befanden.

Ansonsten plante die Stadtverwaltung wie in der Vergangenheit lediglich die Pflasterung einiger Straßen in Kazimierz,<sup>407</sup> während sich die Hauptaufmerksamkeit auf die neueingemeindeten Stadtviertel konzentrierte.

## Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass jüdische Repräsentanten im gesamten Untersuchungszeitraum, unabhängig vom Wahlmodus, etwa 20% der Stadtdeputierten ausmachten. Sie vertraten unterschiedliche Gruppierungen und politische Parteien und kooperierten mit wechselnden nichtjüdischen Partnern. Diese nahmen sie generell als Repräsentanten der jüdischen Stadtbevölkerung wahr, meistens ohne Rücksicht auf die jeweilige politische Einstellung.

Die Interventionen der jüdischen Stadtdeputierten betrafen in der gesamten Zwischenkriegszeit immer dieselben Themen: die zu geringe Subventionierung jüdischer Institutionen, die Vernachlässigung der von Juden bewohnten Viertel, die Diskriminierung auf dem kommunalen Arbeitsmarkt und – seit Ende der dreißiger Jahre – den Kampf um das vierte Vizepräsidentenamt. In der Kommunalpolitik wurden ›jüdische Angelegenheiten‹ zuerst hauptsächlich vom Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Rafał Landau, vertreten, der auch Mitglied der regierenden Koalition im kommunalliberalen Stadtparlament war. Später folgte ihm in dieser Funktion der Zionist Juda Zimmermann, der mit dem Regierungsblock BBWR assoziiert war. Im rückblickenden Vergleich waren die Interventionen der jüdischen Stadtdeputierten im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung relativ erfolgreich. Dieser Phase wurde jedoch durch die Weltwirtschaftskrise ein abruptes Ende gesetzt.<sup>408</sup> In ihrer Folge brach das Stadtparlament mit Traditionen christlich-jüdischer Kooperation und verhalf dem Wirtschaftsnationalismus im lokalen Raum zum Durchbruch. Da die Finanzmit-

407 Ibid., 11 f.

408 Die Beobachtung der polnischen Szene stimmt mit der auf den österreichischen Ständestaat zugeschnittenen These von Gerhard Melinz überein: »Die Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen stellten also sehr viel weniger eine Folge der autoritär-›ständestaatlichen‹ Machtergreifung dar, als eine Auswirkung der ökonomischen Entwicklung ab 1930«. Melinz/Ungar, *Wohlfahrt und Krise*, 132.

tel eng begrenzt waren, galt es, den Kreis der Begünstigten auf »die Eigenen« zu begrenzen, die nun nach ethnokonfessionellen Kriterien ausgewählt wurden. Die statistischen Angaben interpretierte man so, dass diese die Minderheiten gegenüber der »Masse« diskriminierten. Eine nicht näher präzisierbare Rolle spielte dabei die Erfahrung der Nachkriegsjahre. Christliche Abgeordnete hatten sich in dieser Zeit offenbar daran gewöhnt, ungestraft die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung zu ignorieren, da diese vorübergehend durch ausländische Organisationen gestillt wurden. Es ist anzunehmen, dass diese Erfahrung auch die Selbstwahrnehmung der Juden als »Fremde« im polnischen Staat beförderte.

Die Position der jüdischen Abgeordneten in der städtischen Arena wurde immer schwächer, so dass sich ihre Arbeit seit der Mitte der dreißiger Jahre weitgehend auf die Abwehr antisemitischer Maßnahmen beschränkte. Im Jahr 1935 wurde das Amt des vierten Vizepräsidenten liquidiert, das lange mit einem jüdischen Kommunalpolitiker besetzt gewesen war. Erschwerend wirkte sich auf diese Entwicklung das traditionelle Wohlfahrtsverständnis aus, wonach die religiösen und konfessionellen Minderheiten für sich selber aufkommen mussten. In der Weltwirtschaftskrise reanimierten christliche Abgeordnete angesichts der Mittelknappheit diese Tradition, um die zu begünstigenden Gruppen effektiv zu begrenzen. Das ethnisch-konfessionelle Kriterium schien relativ leicht umsetzbar.

Dieser Deutung und Praxis sagten jedoch die Zionisten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre den Kampf an. Ebenso reagierten sie auf die zunehmend antisemitischen Parolen im Regierungslager OZN. Damit verschwand die traditionell starke politische Mitte aus der Selbstverwaltung; die kommunalen Fronten verhärteten sich, und die »Judenfrage« polarisierte das Stadtparlament. Erbitterter Streit entbrannte regelmäßig um die Verteilung der Subventionen und den Zugang zu Arbeitsstellen in kommunalen Betrieben. Interventionen der jüdischen Stadtdeputierten blieben in dieser Periode erfolglos.

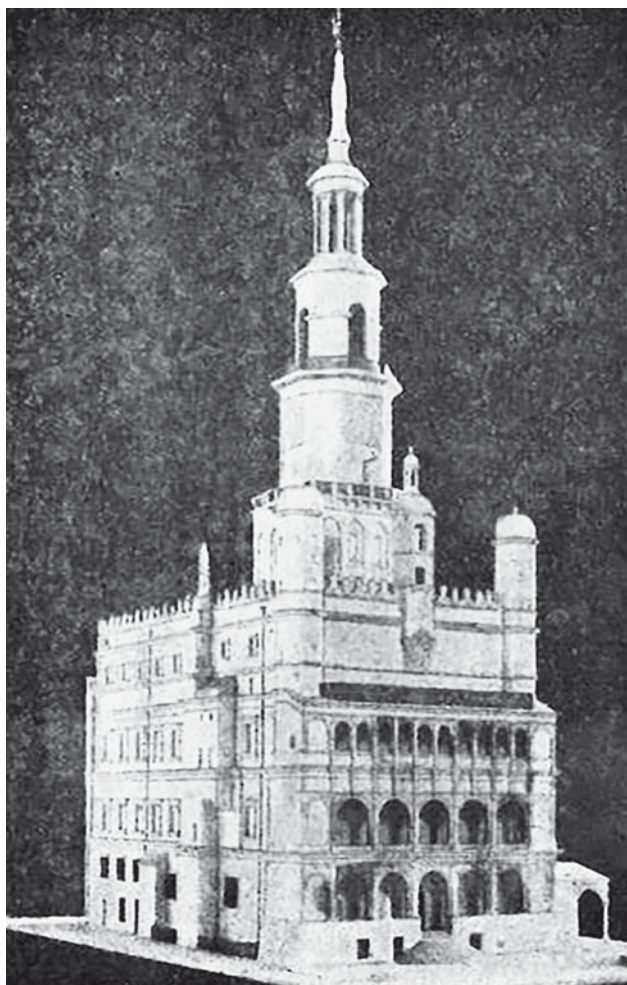


Abb. 2: Das Rathaus in Posen. In: *Przewodnik po Ratuszu Poznańskim*, hg. v. Towarzystwo Miłośników Miasta Poznania. Poznań 1924, 7.

## 2. Posen

### Eine kleine jüdische Gemeinde

Als die deutsche Provinz Posen nach dem Ersten Weltkrieg dem neuen polnischen Staat zuerkannt wurde, setzte eine massenhafte Emigration der deutschsprachigen Bevölkerung nach Westen ein.<sup>1</sup> An dieser ›Völkerwanderung‹ nahmen auch Posener Juden teil. Anna Skupień zitiert den Rabbiner der Posener Gemeinde, Jakob Friedmann, der die Situation 1923 folgendermaßen einschätzte:

Von den sechstausend Juden blieben in Posen nicht einmal ganze zweitausend. Der Rest emigrierte in panischer Angst. [...] Juden liquidieren [...] ihre Geschäfte, verkaufen das Eigentum, das ihnen noch von ihren Vätern hinterlassen wurde, und emigrieren [...]. Der Hauptgrund ist nicht die wirtschaftliche Situation – in Deutschland, wohin die Posener Juden vorwiegend emigrieren, ist sie auch sehr schlecht –, sondern das Klima des Hasses, von dem die Posener gegenüber der geringen Zahl der hier bleibenden Juden durchdrungen sind.<sup>2</sup>

Skupień nennt entsprechende statistische Zahlen: Während der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung in der ehemaligen Provinz Posen im Jahre 1921 bei 0,5 % lag und damit im Vergleich zu 1910 um 61 % gesunken war, betrug er in der Stadt Posen 1,2 %, war also um 66,6 % zurückgegangen.<sup>3</sup> Die Abwanderung hielt weiter an, so dass im Jahr

- 1 Wróbel, Piotr J.: ›Auswanderung‹. The Exodus of Jews from Great Poland (Wielkopolska), 1919-1921. In: *Studia Judaica* 34 (2014), 57-84; Moskal, Anna: *Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945*. Wiesbaden 2013, 46f. Die Entwicklung der Posener Kommunalpolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung habe ich in zwei Aufsätzen analysiert: Kozińska-Witt, Hanna: Żydzi w Poznańskiej Radzie Miejskiej. Uwagi wstępne i tradycje okresu pruskiego. In: *Studia Historica Slavo-Germanica* 27 (2008-2010), 225-244; eadem: W stolicy ›sfery nieosiedlenia‹. Poznańska prasa o stosunku samorządu miasta Poznania do Żydów w latach 1918-1939. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 242 (2012), 162-190.
- 2 *Lech* vom 24. August 1923, zitiert nach Skupień, Anna: *Ludność żydowska w województwie poznańskim w latach 1919-1939*. Poznań 2007, 77.
- 3 Skupień, *Ludność*, 74.



1931 in Posen nur noch 1.954 Juden und Jüdinnen wohnten, was 0,8% der Stadtbevölkerung entsprach.<sup>4</sup> Zum prozentualen Rückgang trugen jedoch auch die Eingemeindungen in den zwanziger Jahre bei, da die inkorporierten Nachbargemeinden mehrheitlich von Nichtjuden besiedelt waren.<sup>5</sup> Die Posener Juden bildeten somit eine sehr kleine und schwache Minderheit.

Juden in Posen, die als Mitglieder der jüdischen Gemeinde geführt wurden (soweit bekannt).<sup>6</sup>

Jahr	1919	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927
abs.	1.400	1.588	2.131 <sup>1</sup>	1.714	1.770	1.814	1.960	2.182
%	o.A.	1,2	1,3	o.A.	o.A.	0,8	o.A.	o.A.

Jahr	1928	1929	1931	1933	1935	1936	1938
abs.	2.434	o.A.	2.200	o.A.	o.A.	o.A.	2.800
%	o.A.	0,7	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.

Über die Jüdische Gemeinde Posen berichtete der zionistische Krakauer *Nowy Dziennik* im Jahr 1929:

Wir haben alle Institutionen der Konfessionsgemeinde besucht und sind voller Melancholie. Alle wurden ursprünglich für 6.000 Gemeindemitglieder geschaffen, denen es wirtschaftlich und kulturell gut ging – eine Gemeinde, die kraftvoll und energisch war. Beson-

4 Ibid., 80.

5 Prowokacja żydowska w Poznaniu. In: *Kurier Poznański* (nachfolgend *KP*) 204 (1925), 1; Wstyd. In: *KP* 226 (1925), 1; Skupień, *Ludność*, 161 f.

6 Kowalski, Ireneusz: Poznańska gmina żydowska w latach II Rzeczypospolitej. In: *Kronika Miasta Poznania* (nachfolgend *KMP*) 1-2 (1992), 81-101, hier 83 f.; Żydzi w Poznaniu. In: *Dziennik Poznański* (nachfolgend *DzP*) 223 (1928), 3; Ilu Poznań ma Żydów. In: *KP* 565 (1930), 5. Andere Angaben bei Dworecki, Zbigniew: *Ludność żydowska w Poznaniu w latach 1918-1939*. In: *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni wieków*, hg. v. Jerzy Topolski und Krzysztof Modelski. Poznań 1995, 189-211, hier 196; *Wielki Poznań*. In: *DzP* 75 (1925), 2. Es ist nicht klar, ob auch die Frauen mitgerechnet wurden.

ders großartig ist die Stadtsynagoge, die aus roten Ziegeln gebaut wurde und im Innenraum in jeder Hinsicht imponierend eingerichtet ist. Der Sturmwind der Geschichte hat diese Gemeinde auf offiziell 1.800 und inoffiziell 2.000 Seelen zusammenschumpfen lassen. Die Mitgliederzahl ist also auf ein Drittel gesunken, und dieses Drittel ist heute – während der Wirtschaftskrise – sehr schwach.<sup>7</sup>

Die Plätze der Ausgewanderten nahmen nun christliche Polen ein: Im Jahr 1921 waren 62,7% der Posener Bevölkerung Zugezogene, die zum Teil die verlassenen Arbeitsplätze und Wohnungen besetzten. Die Mehrheit kam aus der Wojewodschaft Posen. Die Emigration der deutsch akkulturierten Juden ging mit einer jüdischen Immigration aus Zentral- und Südpolen einher.<sup>8</sup> Gerade diese Zugänge wurden von den lokalen National- und Christdemokraten verurteilt.<sup>9</sup> Sie hielten die neue »jüdische Gefahr« für bedrohlicher als »die alte deutsche«, da die Deutschen sicher nicht mehr nach Posen zurückkehren würden. In demagogischem Ton charakterisierte der *Kurjer Poznański* die historische Haltung der Posener Deutschen und Juden den Polen gegenüber als feindselig:

- 7 Wrażenia żyda o Poznaniu. In: *ND* 232 (1929), 8. Mit diesen Institutionen meinte der Autor u.a. zwei Synagogen, eine in der Stawna-Straße 4 und die andere an der Ecke Dominikańska-Straße 8 und Szewska-Straße 4/5, das Verwaltungsgebäude in der Szewska-Straße. Witkowski, Rafał: Gmina poznańska w latach 30. XX wieku. In: *KMP* 3 (2006), 269-274, hier 270. In Posen gab es weitere Bauten, die der jüdischen Gemeinde gehörten: das Abraham und Henrietta-Rohr-Krankenhaus in den Wały Wazów 4/5 (*Żydowski Szpital Fundacyjny im. A. i H. Rohrów*), das Salomon Benjamin Latz-Alters- und Siechenheim in der Żydowska-Straße 15/18 (*Schronisko dla Starców i Zniechęconych im. Salomona b. Latza*), die Israelitische Waisen-Anstalt für Knaben in der Stawna-Straße 5 (*Żydowski Fundacyjny Sierociniec im. Barona Kottwitza*) und die Ritsche-Flatau-Anstalt für verwaiste Mädchen in der Noskowski-Straße 3 (*Żydowski Dom Sierot dla Dziewcząt*). Karolczak, Waldemar: Miłosierdzie gminy, czyli żydowskie zakłady dobroczynne w Poznaniu 1815-1914. In: *KMP* 3 (2006), 149-177.
- 8 Ilu Poznań ma Żydów. In: *KP* 565 (1930), 5. Ähnlich charakterisiert die Situation ein weiterer deutscher Zeitgenosse. Seifert, Fritz: Die religiösen Verhältnisse bei den Juden Polens. Mit besonderer Berücksichtigung der westpolnischen Provinzen. In: *Posener Tageblatt* (nachfolgend *PT*) 203 (1928), Beilage, o.S.
- 9 Moskal, *Im Spannungsfeld*, 37f.; Boruta: Niebezpieczeństwo żydowskie w Wielkopolsce. In: *KP* 162 (1923), 3; Apetyt żydowski na Wielkopolskę. In: *KP* 228 (1923), 6; W obronie polskości ziem Wielkopolski. In: *DzP* 240 (1926), 13; Napływ żydostwa do Poznania. In: *DzP* 155 (1927), 3.

Es ist sehr interessant zu sehen, wie die Deutschen vom Schicksal der Juden eingenommen sind. Man muss zugeben, dass gerade die Juden schon vor dem Krieg denjenigen Deutschen besonders nahestanden, die am meisten den Grundsätzen des Hakatismus huldigten. Die Juden selbst waren die größten Hakatisten.<sup>10</sup>

Tatsächlich hatten die jüdischen Einwohner Posens vor dem Krieg mehrheitlich die Liberalen und Freisinnigen unterstützt, nicht die Hakatisten.<sup>11</sup> Der *Kurjer Poznański* manipuliert also in diesem Falle die Geschichte, um dann hinzufügen zu können: »Wir sind die Deutschen nicht dafür losgeworden, um nun in eure jüdische Sklaverei zu geraten [...]«.<sup>12</sup>

Der offen antisemitische *Kurjer* beklagte zudem beständig, dass die mit so viel Mühe »entjudeten« (*odżydzone*) Gebiete, wieder »verjudet« (*zażydzone*) würden.<sup>13</sup> In diesem Sinne behauptete einer seiner Autoren im Jahr 1928, die Zahl der Juden in der Stadt sei seit 1919 um ganze 887 Personen angewachsen. Besonders waren die Juden gefürchtet, die sich nur vorübergehend in Posen aufhielten, um dort Straßen- und Hausierhandel zu betreiben.<sup>14</sup> Die faktische Schrumpfung der groß-

10 Posener Tageblatt i Żydzi. In: *KP* 205 (1924), 2f. »HaKaTa« – ein von Polen als Schimpfwort gemeinter Spitzname des im Jahr 1894 in Posen gegründeten Deutschen Ostmarkenvereins. Der Deutsche Ostmarkenverein verscrieb sich der Förderung des Deutschtums in den östlichen Gebieten des Deutschen Reichs. Der Name wurde von den Initialen seiner Gründer abgeleitet: Ferdinand von Hansemann, Herrmann Kennemann und Heinrich von Tiedemann.

11 Pulzer, Peter: *Jews and the German State. Political History of a Minority, 1848-1933*. Wayne 2003, 122, 126, 132 und 138f. Peter Pulzer nennt die Kommunalverwaltungen im Kaiserreich »das letzte verbleibende Bollwerk des Liberalismus«. Was er unter »Kommunalfreisinn« versteht, erläutert er in seinem Aufsatz: Die jüdische Beteiligung an der Politik. In: *Juden im Wilhelminischen Deutschland*, hg. v. Werner Mosse. Tübingen 1976, 143-239, hier 188. Pulzer erwähnt jedoch auch den Vorstand des Verbandes der ostdeutschen Industriellen, Leopold Levy, als »unkritischen Anhänger einer polenfeindlichen Ostmarkpolitik«. *Ibid.*, 237.

12 F. Ing: Jak myślą i co piszą Żydzi o Poznaniu. In: *KP* 55 (1925), 2.

13 Bergmann, Olaf: *Narodowa Demokracja wobec problematyki żydowskiej w latach 1918-1938*. Poznań 1998, 251.

14 X.: Inflacja Żydów w Wielkopolsce. In: *KP* 394 (131), 2; Żyd wschodni na ziemiach zachodnich. In: *KP* 351 (1935), 3; Żydzi w życiu gospodarczym Poznania. In: *KP* 77 (1937), 9f.; W. Jel.: Atak żydowski na Poznań. In: *KP* 428 (1937), 4. Anna Moskal hat nachgewiesen, dass die städtische Selbstverwaltung Posens versuchte, die Ansiedlung »subversiver Elemente« zu erschweren, insbesondere von Kommunisten. Moskal, *Im Spannungsfeld*, 59.

polnischen jüdischen Gemeinden führte schließlich dazu, dass man mehrere Gemeinden zusammenlegte. Auf diese Art und Weise wurde die Posener jüdische Gemeinde im Jahr 1932 mit jenen von Swarzędz, Pobiedziska und Sęszew vereinigt.<sup>15</sup>

Der Vorsitzende der Posener Gemeinde, der Jurist Dr. Martin Cohn,<sup>16</sup> behauptete im Jahr 1927: »Die jüdische Bevölkerung [in Posen] stellen heute vorwiegend Kaufleute, wenige Handwerker, kaum Intelligenz«.<sup>17</sup> Statistiken bestätigen, dass die Posener Juden tatsächlich überwiegend Kleinbürger waren (1935: 76,5%), die hauptsächlich vom Handel lebten (49,4% aller im Handel Beschäftigten), davon die Hälfte als Selbstständige (50%).<sup>18</sup> Unter den Beamten gab es lediglich 0,5% Juden.<sup>19</sup> Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung verschlechterte sich infolge der Weltwirtschaftskrise zunehmend; hinzu kamen die hohe Besteuerung und die wirtschaftliche Konkurrenz durch Nichtjuden.<sup>20</sup>

Im politischen Feld entwickelte sich in den neuen westlichen Gebieten Polens ein Zionismus, der auf eine »Entdeutschung« der zum Deutschtum akkulturierten Juden abzielte. Seine Leitfigur war der Posener Zionist Dr. Max Kollenscher, der Gründer des lokalen *Jüdischen Volksrats*.<sup>21</sup> Diese Gründung verlor allerdings bald an Bedeutung, da Kollenscher Anfang der zwanziger Jahre emigrierte.

15 Witkowski, Rafał: Kalendarium dziejów poznańskiej gminy żydowskiej. In: *KMP* 1 (2009), 284-341, hier 324.

16 Martin Cohn, geb. am 25.7.1888, wohnhaft in der Zamkowa-Straße 3. Er wurde von der Polizei der Gruppe der deutschen Juden zugerechnet, die dem polnischen Staat feindlich gegenüberstanden und mit der prodeutschen Politik sympathisierten. Witkowski, Rafał: Gmina poznańska w latach 30. XX wieku. In: *KMP* 3 (2006), 269-274, hier 270-272. Rafał Witkowski rechnet Cohn dagegen den Zionisten zu, die sich loyal gegenüber dem polnischen Staat verhielten. Witkowski, Kalendarium, 321.

17 Wrażenia żyda o Poznaniu. In: *KP* 232 (1929), 8.

18 Kowalski, Poznańska Gmina Żydowska w latach Drugiej Rzeczypospolitej, 85; Skupień, *Ludność*, 90f.

19 Skupień, *Ludność*, 102.

20 *Ibid.*, 96.

21 Max Kollenscher (1875-1937), Jurist, seit 1903 mit dem Zionismus verbunden, seit 1933 in Palästina. Żebrowski, Rafał: Kollenscher, Max. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Kollenscher\\_Max](http://www.jhi.pl/psj/Kollenscher_Max) (21.4.2015). Über Kollenschers Ansichten: Żydzi poznańscy w czasie przełomu 1918-1920. In: *DzP* 49 (1927), 13, und sehr negativ: Wojtkowski, A.: Żyd o losach Żydów w dawnej Polsce. In: *KP* 114 (1927), 5. Siehe auch Weiss, Yfaat: »Ostjuden« als Konzept und »Ostjuden« als Präsenz im deutschen Zionismus.

Das *Posener Tageblatt* charakterisierte die lokalen Juden als fortschrittlich-pragmatisch, d. h. dem modernen Leben und dem reformierten Kultus zugewandt und dem Liberalismus verpflichtet. Fritz Seifert, einer der Vertreter des jüdischen Liberalismus, beklagte jedoch in derselben Zeitung, dass die Polonisierung der Provinz Posen das Ende für das liberale Judentum bedeute, da die zuwandernden polnischen Juden sich kulturell und religiös anders orientierten.<sup>22</sup> Wahrscheinlich spielte er damit auf deren orthodoxe Prägung und ›Jiddischkeit‹ an.

Eine Geschichte der deutsch akkulturierten Juden im polnischen Posen ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat.<sup>23</sup> Die starke jüdische Emigration hatte für die Verbliebenen eine Entfremdung und ›innere Emigration‹ zur Folge. Ihre Kontakte mit Deutschland und der deutschen Kultur brachen ab, ohne dass sie neue Kontakte mit den aus anderen polnischen Gebieten zugewanderten Juden knüpften. Den Neuankömmlingen warfen sie vor, sich nicht am Gemeindeleben zu beteiligen, das weiterhin von den deutsch akkulturierten Juden dominiert wurde, obwohl diese in den dreißiger Jahren nicht mehr als 15 % der Konfessionsgemeinde ausmachten.<sup>24</sup> Im Jahr 1927 berichtete der *Kurjer Poznański* sogar von einem öffentlich ausgetragenen Konflikt zwischen den »hiesigen Israeliten und den Ostjuden«.<sup>25</sup> Diese Spaltung der Gemeinde in ein ›deutsches‹ und ein ›polnisches‹ Segment hielt die ganze Zwischenkriegszeit hindurch an. Obwohl die Wahl des Vorstands schließlich im Jahr 1937 demokratisiert wurde, konnte sich Martin Cohn in seinem Amt als Gemeindevorstand behaupten und hatte dieses bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs inne.<sup>26</sup>

Nach einem vertraulichen Bericht der Posener Polizei gab es im Jahr 1933 mehrere Milieus, die sich an den Wahlen zum Gemeinde-

In: *Janusfiguren. »Jüdische Heimstätte«, Exil und Nation im deutschen Zionismus*, hg. v. Andrea Schatz und Christian Wiese. Berlin 2006, 149-165, hier 157.

22 Seifert, Die religiösen Verhältnisse bei den Juden Polens, o.S.

23 Landau-Czajka, *Syn będzie Lech ...*, 19f.; Steinitz, Zwi Helmut: *Meine deutsch-jüdische Kindheit im polnischen Posen. Erinnerungen eines Überlebenden und ein Wiedersehen nach 70 Jahren. 1927-1939-2009*. Konstanz 2015.

24 Noch im Jahr 1922 verständigte sich die Konfessionsgemeinde nach innen und außen ausschließlich auf Deutsch. Witkowski, Rafał: *Gmina poznańska w latach 30. XX wieku*. In: *KMP* 3 (2006), 269-274, hier 269.

25 Żydzi w Poznaniu. In: *KP* 294 (1927), 9.

26 Kowalski, *Poznańska gmina żydowska w latach II Rzeczypospolitej*, 87; Witkowski, *Kalendarium*, 327f.

vorstand beteiligen konnten, darunter »eine Gruppe deutscher Juden, die dem polnischen Staat feindlich gesinnt sind und politisch mit dem Deutschtum sympathisieren.«<sup>27</sup> Desweiteren nannte der Bericht die Zionisten, die mit dem polnischen Staat sympathisierten, während sie der deutschen Politik feindlich gegenüberstünden; ferner eine Gruppe von »Ostjuden«, die regierungsfreundlich gesinnt sei, und eine weitere, der Orthodoxie zuzurechnende Gruppe von »Ostjuden« die politisch nicht aktiv, dem polnischen Staat gegenüber aber loyal sei. Außerdem führte der Bericht eine radikale Gruppe des *Bund* auf, die sich gegenüber der Religion und gegenüber den »deutschen Angelegenheiten« gleichgültig verhalte, und schließlich sei noch eine Gruppe von »Ostjuden« zu verzeichnen, die sich weder mit Politik noch mit dem gesellschaftlichen Leben beschäftige.

Offen muss vorerst bleiben, ob die Mehrheit der in Posen lebenden Nichtjuden auch nur eine Ahnung von diesen unterschiedlichen politischen und kulturellen Einstellungen unter den Posener Juden hatte.<sup>28</sup>

## Preußische Traditionen und der »Nationalitätenkampf« im Stadtparlament

1918, kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs, setzte sich die Posener Stadtverordnetenversammlung aus 20 Deutschen, 29 »deutschen Juden« und 11 Polen zusammen (*polskie koło radzieckie*).<sup>29</sup> Als deutsche Juden galten der Tageszeitung *Kurjer Poznański* jene jüdischen Stadtdeputierten, die deutsch akkulturiert waren und mit deutschen Stadtverordneten kooperierten. Der hohe Anteil jüdischer Stadtdeputierter ist wahrscheinlich damit zu erklären, dass deutsche Beamte oft nur kurz in der bei ihnen unbeliebten Stadt blieben, während Juden, die durch Arbeitsstellen und Eigentum mit der Kommune verbunden waren, dort zu Hause waren.<sup>30</sup> So strebten sie nach einer Vertretung im Stadtparlament und hatten gegenüber den Zugezogenen einen »Heimvorteil«.

27 Pofne. Komenda Policji Polskiej m. Poznania do Prezydenta. 5.5.1933. In: Archiwum Narodowe w Poznaniu, zesp. Archiwum Miasta Poznania (nachfolgend ANP, zesp. AMP), sygn. 11683, folio 87.

28 Bergmann, Olaf: *Narodowa Demokracja a Żydzi 1918-1929*. Poznań 2015, 105.

29 W kwestii obrad nad etatem miasta Poznania. In: *KP* 46 (1918), 5f.; Dworecki, *Ludność*, 191.

30 Czubiński, Antoni: *Poznań w latach 1918-1939*. Poznań 2004, 63; Moskal, *Im Spannungsfeld*, 47f.

Die nationalpolnische Presse ging in jedem Fall von der Zusammenarbeit von Juden und Deutschen in der Selbstverwaltung aus.<sup>31</sup> Die nationalen Charakteristika in der Berichterstattung weisen darauf hin, dass die sprachlich-kulturellen Gemeinsamkeiten, die sich in preußischer Zeit herausgeformt haben, als wichtiger wahrgenommen wurden als politische Programme: Während ›die Deutschen‹ daran interessiert seien, ihre privilegierte Position zu erhalten, strebten ›die Polen‹ danach, ihre eigene Position auszubauen und die Entscheidungsgewalt in der Kommune zu übernehmen.<sup>32</sup> Die ›nationale‹ Zuordnung symbolisierte in diesem Fall das soziopolitische Programm und wurde so zu seinem Synonym.<sup>33</sup> Die Posener Juden in der Stadtverordnetenversammlung waren in polnischen Augen durch ihr stetes Eintreten für den Verbleib Großpolens bei Deutschland diskreditiert. Ireneusz Kowalski geht so weit zu behaupten, dass die in dieser Zeit entstehenden Ressentiments gegenüber Juden in der Region die Haltung der Posener Polen für lange Jahre prägten und die traditionelle Judenfeindschaft verschärften.<sup>34</sup>

Der *Kurjer Poznański* beklagte den starken jüdischen Einfluss in der Posener Selbstverwaltung und erklärte diesen mit der »noch immer« andauernden wirtschaftlichen Überlegenheit der Juden in der Stadt.<sup>35</sup> Die Nationaldemokraten forderten, die Privilegierung der Juden solle einer Privilegierung der Polen weichen.<sup>36</sup> Die Ressentiments gegen ›die Deutschen‹ und die Mobilisierung polnischer Kräfte wurden immer deutlicher zur Sprache gebracht. Im Oktober zeichnete sich ein heftiger Konflikt zwischen den deutsch- und den polnischsprachigen Stadtdeputierten ab. Der Grund war der »provokative« Gebrauch der polnischen Sprache im Verlauf einer Sitzung und die Behauptung, Polen seien in der Selbstverwaltung unterprivilegiert.<sup>37</sup> Noch in derselben

31 Z posiedzenia Rady miejskiej. In: *KP* 234 (1918), Dodatek (Beilage), 5.

32 Ich benutze Anführungszeichen, um die politische Konnotation der nationalen Zugehörigkeit zu markieren.

33 Ebenso die Begriffe »Ostjude« und »deutscher Jude«, die nicht nur über territoriale Zugehörigkeit informierten, sondern eine Person auch konfessionell und politisch charakterisierten.

34 Kowalski, Ireneusz: Recenzja książki Anny Skupień, *Ludność żydowska w województwie poznańskim w latach 1919-1939*, Poznań 2007. In: *Studia Historica Slavo-Germanica* 27 (2008-2010), 323.

35 Z posiedzenia Rady Miejskiej. In: *KP* 144 (1918), 5.

36 Z posiedzenia Rady Miejskiej. In: *KP* 240 (1918), 2.

37 Ibid. Karolina Filipowska charakterisiert diese Auseinandersetzung anhand der Berichte in der christlich-demokratischen Zeitschrift *Postępek* als eine

Sitzung sagte Jarogniew Drwęski, einer der polnischen Stadtdeputierten, die baldige Abwanderung der deutschen Stadteinwohner voraus. Nach den Berichten der *Allgemeinen Zeitung des Judentums* waren es hauptsächlich Juden, die während der Versammlungen der Stadtverordneten attackiert wurden.<sup>38</sup> Der Oberbürgermeister Ernst Wilms erwiderte diese Angriffe, indem er auf den positiven Einfluss der jüdischen Einwohner der Stadt hinwies, die durch ihre Finanzkraft zu deren Blüte wesentlich beigetragen hätten.

Am 11. November 1918, dem Tag des Waffenstillstands, übernahmen die polnischen Deputierten die Führung der Stadtverordnetenversammlung und zwangen Oberbürgermeister Wilms zum Rücktritt.<sup>39</sup> Die jüdischen Stadtdeputierten verweigerten daraufhin die Zusammenarbeit mit dem polnischen Stadtpräsidenten Drwęski, der die Stelle des zurückgetretenen Wilms einnahm. Der Grund war höchstwahrscheinlich eine Rede Drwęskis zu den Beziehungen zwischen Deutschen, Polen und Juden. Darin hatte er letztere bezichtigt, fälschlich zu behaupten, Polen hätten judenfeindliche Pogrome organisiert.<sup>40</sup>

Im Stadtparlament blieben trotz des Wechsels im Oberbürgermeisteramt zunächst das Deutsche als Amtssprache und die Sitzverteilung nach dem Dreiklassenwahlrecht erhalten, so dass Reiche und Gebildete weiterhin privilegiert waren.<sup>41</sup> In diesem Punkt glichen sich die kommunalen Situationen in Posen und in Krakau.

Karolina Filipowska zitiert Wortmeldungen polnischer Deputierter im Stadtparlament, in denen sie die vermeintlich privilegierte Position der Juden angriffen.<sup>42</sup> Unter anderem erwähnten sie Subventionen, die das jüdische Waisenhaus von der Stadt erhalten habe (6.000 Mark jährlich), während die polnischen Waisen leer ausgegangen seien. Ein

jüdisch-polnische, da sich christliche deutsche Stadtverordnete nicht an der Diskussion beteiligten. Filipowska, Karolina: Polsko-żydowskie polemiki na posiedzeniach rady miejskiej w Poznaniu w ostatnich miesiącach 1918 roku (na podstawie doniesień pasowych). In: *Miasteczko Poznań* 20-21 (2015), 139-147, hier 142; Filipowska, Karolina: Społeczność żydowska Poznania w latach 1914-1918 na łamach berlińskiej »Allgemeine Zeitung des Judentums«. In: *KMP* 3 (2014), 259-270, hier 267.

38 Filipowska, Polsko-żydowskie polemiki, 142-144.

39 Z posiedzenia Rady miejskiej. In: *KP* 268 (1918), 3; Kollenscher, Max: *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit: Posen 1918-1920*. Berlin 1925, 31; Dworecki, Zbigniew: Inteligencja poznańska w życiu politycznym miasta. In: *KMP* 2 (1998), 91-106, hier 98.

40 Filipowska, *Społeczność*, 267.

41 Z posiedzenia Rady Miejskiej. In: *KP* 234 (1918), Dodatek, 5.

42 Filipowska, *Polsko-żydowskie polemiki*, 145 f.



anderer Stadtdeputierter erwiderte darauf, allein Juden hätten diese Subventionen aufgebracht. Möglicherweise handelte es sich also um zweckgebundene Schenkungen jüdischer Stadtbürger, die vom Stadtparlament lediglich verwaltet wurden und dem jüdischen Waisenhaus vorbehalten waren.<sup>43</sup>

Vor einer Lösung des Konflikts brach am 27. Dezember 1918 der Großpolnische Aufstand (*Powstanie wielkopolskie*) gegen die anhaltende deutsche Herrschaft aus. Am 8. Januar 1919 wurde Posen von Deutschland »befreit« und in den neuen polnischen Staat integriert.<sup>44</sup> An die Stelle der Stadtverordnetenversammlung trat vom 14. Januar bis zum 8. April 1919 ein Volksrat (*Rada Ludowa*). Ein Bericht des Stadtvorstandes schildert die von Instabilität geprägte Atmosphäre in diesen Tagen: den Abzug der deutschen Soldaten, den Großpolnischen Aufstand, den Durchmarsch der polnischen Armee, Teuerung und Inflation sowie die Schwächung der sozialen Ordnung.<sup>45</sup>

Im Chaos der bewaffneten Auseinandersetzungen wurden Häuser und Geschäfte von Juden geplündert.<sup>46</sup> Die Geschädigten forderten auf Grundlage des preußischen Tumultschadengesetzes<sup>47</sup> von der Stadt Posen Schadensersatz, da es sich bei den Plünderungen nicht »um organisierte behördliche Maßnahmen« gehandelt habe. Die Stadtverordnetenversammlung wies den Magistrat an, die geforderte Zahlung zu tätigen, ohne die Plünderungen auch nur mit einem Wort zu beurteilen – eine Handlungsweise, die sich im Stadtparlament noch mehrfach wiederholen sollte. Dieses Agieren geht konform mit Ingo Looses Beobachtung, dass administrative Praktiken fortgesetzt werden konnten, wenn sie in Bereiche fielen, die nicht im Zentrum der nationalen Auf-

43 Eine detaillierte Liste der Stiftungen ist überliefert in: *Sprawozdanie Zarządu stol. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1932 do 31 marca 1933*. Poznań 1933, 108–110.

44 Dworecki, Zbigniew: *Poznań i poznaniacy w latach Drugiej Rzeczypospolitej 1918–1939*. Poznań 1994, 291 f.; Lisiak, Henryk: *Narodowa Demokracja w Wielkopolsce w latach 1918–1939*. Poznań 2006, 47 f.

45 *Sprawozdanie Zarządu stol. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1918 do 31 marca 1920*. Poznań 1921. In: ANP, zesp. AMP, sygn. 3204, folio 58.

46 Kollenscher, *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit*, 54 f.

47 Bertram, Kurt: *Das preußische Tumultgesetz vom 11. März 1850*. Diss. Universität Greifswald 1918. 1881 wurden einige Stadtverwaltungen angewiesen, Juden zu entschädigen, die ihren Besitz während der Krawalle verloren hatten. Pulzer, *Die jüdische Beteiligung an der Politik*, 173; Wojcieszuk, Elżbieta: *Działalność Rady Miejskiej Miasta Poznania w latach 1919–1939 i losy poznańskich radnych*. Poznań 2012, 20.

merksamkeit standen und folglich nicht öffentlich erklärt und verteidigt werden mussten.<sup>48</sup>

Das prodeutsche Engagement der Posener Juden wurde in der polnisch-nationalistischen Propaganda in der Folgezeit instrumentalisiert, um die jüdische Konkurrenz im Wirtschaftsleben umso effektiver auszuschalten und neue Mitglieder für nationale Organisationen anzuwerben.<sup>49</sup> Von Anfang an zeichnete sich der Wille polnischer kommunaler Meinungsträger ab, das Wirtschaftsleben rasch gänzlich zu »polonisieren« und die Juden aus dem Land »zu verdrängen«. Dieses Vorhaben stand in markantem Gegensatz zum Plan des zionistischen Kommunalpolitikers Max Kollenscher, von abgewanderten Juden verlassene Positionen mit jüdischen Abgeordneten aus anderen polnischen Regionen zu besetzen.<sup>50</sup> Kollenscher vertrat die Ansicht, dass weder Deutsche noch Juden Großpolen verlassen, sondern sich mit Polen arrangieren sollten. Seine Haltung war nur für eine sehr kleine Gruppe der Posener Juden repräsentativ, die versuchten, eine von den Deutschen unabhängige Politik zu betreiben, um das politische Verhältnis zu der neuen polnischen Regierung zu entspannen.<sup>51</sup> Kollenscher vertrat damit eine isolierte Position, da die Mehrzahl der deutsch-akkulturierten und liberal eingestellten Juden eine »deutsch-jüdische Allianz« favorisierte, was das folgende Zitat deutlich belegt:

Die Ausschaltung des deutschen Kaufmanns und Gewerbetreibenden muss die deutschen Juden in Polen umso besorgter machen, weil ihr Existenzkampf die Animositäten, die allgemein den Handel treibenden kongresspolnischen Juden entgegengebracht werden, erheblich schwieriger gestaltet, als dies für den nichtjüdischen deutschen Kaufmann der Fall ist. Diese Sachlage muss den Weg bestimmen,

48 Loose, Ingo: Feindbild Preußen – Deutschland? Inklusions- und Exklusionsprozesse in den Anfangsjahren der Zweiten Polnischen Republik am Beispiel der Region Wielkopolska, 1918–1925. In: *Die Dekonstruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder: Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich*, hg. v. Dieter Bingen et al. Wiesbaden 2007, 49–65, hier 65; Krzymień, *Gospodarka i działalność*, 11 und 132; Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 27.

49 Dworecki, *Ludność*, 193f.

50 Kollenscher, *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit*, 71–73.

51 Matelski, Dariusz: Stosunki narodowościowe w Wielkopolsce w latach 1918–1920. In: *Kronika Wielkopolski* 90 (1999), 5–18, hier 5; Dworecki, *Ludność*, 195.

den die deutschen Juden in Polen zu beschreiten haben, wenn sie im Wirtschaftskampfe nicht auf das Niveau der Juden Kongresspolens und Galiziens herabgedrückt werden sollen. Angesichts der starken Abwanderung der deutschen Juden aus den hiesigen Gebietsteilen muss es bei der zurückbleibenden verhältnismäßig kleinen Zahl daher doppelt befremden, dass von nationaljüdischer Seite die wirtschaftliche Absonderung der jüdischen Kreise und ihr gruppenweiser Zusammenschluss in Vereinigungen der Kleinbürger und anderer Berufsgruppen veranlasst und gefördert wird.<sup>52</sup>

## Der Aufstieg der Nationaldemokratie und seine Folgen

Mit der Neugründung des polnischen Staates wurden zunächst die bestehenden Kommunalrechte und Selbstverwaltungsorgane aus der Vorkriegszeit der Provinz Posen übernommen.<sup>53</sup> Somit behielt für Posen – von wenigen Neuerungen abgesehen – die preußische Städteordnung vom 30. Mai 1853 ihre Gültigkeit.<sup>54</sup> Der wichtigste Einschnitt bestand in der Änderung des Wahlmodus und der Nivellierung des Zensus.

Am 11. Februar 1919 wurden alle Stadtparlamente in Großpolen durch den Obersten Volksrat (*Naczelna Rada Ludowa*) aufgelöst und Wahlen auf Grundlage einer neuen demokratischen Wahlordnung ausgeschrieben. Diese Wahlen sollten einen besonderen Stellenwert für jüdische Stadteinwohner haben, die sich rege daran beteiligten, obwohl ihnen später nachgesagt wurde, sich in der Regel weder für die Wahlen zum Staatsparlament noch für das Stadtparlament interessiert zu haben.<sup>55</sup> Max Kollenscher unterstrich, dass »die Wahl die Möglichkeit gewährt, von einer öffentlichen Tribüne aus, die jüdischen Sorgen und Wünsche vor der Welt zu vertreten«.<sup>56</sup>

52 Wirtschaftsfragen. In: *Posener Jüdische Zeitung* 2 (1920), 11.

53 Ordynacja miejska i powiatowa. In: *DzP* 172 (1921)5. Das heißt z.B., dass in Posen eine kommunale Zusatzsteuer zur staatlichen Einkommenssteuer erhoben wurde. Krzymień, Edmund: *Gospodarka i działalność zarządu miejskiego m. Poznania w latach 1919-1939 w świetle sprawozdań budżetowych*. Poznań 1967, 32.

54 Krzymień, *Gospodarka i działalność*, 31 und 132; Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 11, 19, 21-23, 27.

55 Dworecki, *Ludność*, 205.

56 Kollenscher, *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit*, 95.

Die Wahlen erfolgten am 23. März 1919.<sup>57</sup> In Posen wurden 66% der Stimmen für polnische Kandidaten abgegeben, somit gingen 41 der insgesamt 60 Sitze an polnische Repräsentanten.<sup>58</sup> Die Deutschen erhielten 17 Sitze, einen Sitz bekam der Zionist Max Kollenscher (jüdische Wahlliste) und einen der polnische Sozialdemokrat Tadeusz Matuzewski. Alle höheren Ämter wurden mit Polen besetzt, womit das Fundament für die »Polonisierung der Stadt« gelegt war.<sup>59</sup> Unter den gewählten Polen dominierte die Nationaldemokratie (*Endecja*), die sich mit der Christlichen Demokratie (*Chadecja*) verband.<sup>60</sup> Zum ersten Mal sah die Nationaldemokratie ihren politischen Anspruch lokal verwirklicht. Künftig sollte es darum gehen, die erreichte gesellschaftliche Stellung gegen andere aufsteigende Kräfte erfolgreich zu verteidigen.<sup>61</sup> Mit der Errichtung des neuen polnischen Staates endete die erste Phase der Entwicklung des nationaldemokratischen Programms, in der sich die Nationaldemokraten um Emanzipation und Konsolidierung einer bis dahin staatenlosen Nation bemüht hatten.<sup>62</sup> Mit der Staatsgründung begann nunmehr die zweite Phase, die der verstärkten Ausgrenzung vermeintlichen »Fremdkörper« gelten sollte (*nacjonalizm integralny*). Diese Entwicklung bestätigt Theorien, die nationale

57 Gulczyński, Andrzej: Władze miasta Poznania w okresie międzywojennym. In: *KMP* 1 (1999), 213-229, hier 214f.; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 45f.; Matelski, *Stosunki narodowościowe*, 9f.

58 Wybory do rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 70 (1919), 1; Kollenscher, *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit*, 93.

59 »[...] wybory [...] stanowiły ugruntowanie polskości w mieście Poznaniu«. Sprawozdanie Zarządu Miasta Poznania. In: *Przegląd Poranny* 238 (1922), 1.

60 Kaczmarek, Zygmunt: Rada i radni miasta Poznania w II Rzeczypospolitej. In: *KMP* 1 (1999), 230-248, hier 230.

61 In der Forschung wurde dieses Phänomen mit »Obenbleiben« bezeichnet. Siehe: *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure, Arenen, Aushandlungsprozesse*, hg. v. Karsten Holste et al. Berlin 2009.

62 Im nationaldemokratischen Diskurs: Stärkung der Kräfte und der nationalen Einheit (*umacnianie sił i spoiwości narodu*). Wapiński, Roman: *Historia polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*. Gdańsk 1997, 111 und 212. Eugenia Prokop-Janiec schildet die Evolution des Nationalismus in der Literatur am Beispiel des Werks von Zygmunt Wasilewski. Vor dem Ersten Weltkrieg konzentrierte sich Wasilewski auf der Suche nach dem Wesen des Polentums (*swojskość i rodzimość*), später ging er zu einer aggressiven Abwehrhaltung und zur Ausschaltung aller Elemente über, die er für fremd hielt. Prokop-Janiec, Eugenia: *Literatura i nacjonalizm. Twórczość krytyczna Zygmunta Wasilewskiego*. Kraków 2004, 225.

Homogenisierung im Rahmen eines unabhängigen Nationalstaates mit Tendenzen zur Isolierung und Exklusion von »Fremden« verbinden.<sup>63</sup>

Tatsächlich strebte die *Endecja* danach, jüdische Staatsbürger gänzlich von polnischen zu separieren, indem sie erstere aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu verdrängen suchte.<sup>64</sup> Das im Oktober 1919 neu formulierte Programm der Nationaldemokraten ließ an der Einstellung gegenüber den Minderheiten keine Zweifel: Sie gehörten nicht der polnischen Nation an und somit gebe es für sie im angestrebten polnischen Nationalstaat keinen Platz.<sup>65</sup> Während die Assimilierung der Deutschen erwünscht war, aber als chancenlos angesehen wurde, galt die Assimilierung der Juden von Anfang an als unerwünscht. Daher strebten die Nationaldemokraten vorerst ihre Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben an, im nächsten Schritt ihre möglichst vollständige Auswanderung aus dem Land. Der Entschluss zur Emigration sollte den Betroffenen »nahegelegt« und somit erleichtert werden.

In einer Stadt, die als »Festung der Nationaldemokratie« bekannt war, musste sich ein solches Programm zwangsläufig niederschlagen. Allerdings ist auch die Einschätzung von Olaf Bergmann ernst zu nehmen, der die These vertritt, dass die nationaldemokratischen Aktivitäten zwar den Entschluss zu emigrieren beeinflusst haben könnten, der Hauptgrund der jüdischen Emigration jedoch im »deutschen Bekenntnis« der Abwandernden und in besseren Perspektiven in den industrialisierten Teilen des Reiches lag.<sup>66</sup> Ungeachtet dessen konnte die *Endecja* behaupten, die jüdischen Abwanderer hätten ihren Entschluss zur Emigration aufgrund der nationaldemokratischen Propaganda gefasst. So hatte sie Gelegenheit, sich dem polnischen Publikum als besonders zielstrebig, aktiv und effizient darzustellen.<sup>67</sup>

Nach den gewonnenen Wahlen führten die polnischen Abgeordneten auch Diskussionen darüber, ob sie sich weiterhin in einer nationalen Fraktion, oder aber nach ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit gruppieren sollten.<sup>68</sup> Allen Beteiligten war klar, dass der polnische Sieg nur aufgrund der neuen Wahlordnung möglich gewesen war, die die unteren sozialen Schichten den Vermögenden gleichstellte. Wie überall verschärfte die Absage an die traditionelle Honoratiorenpolitik und der

63 Prokop-Janiec, *Literatura i nacjonalizm*, 225 f.

64 Dworecki, *Poznańskie i Piłsudski*, Poznań 2008, 289.

65 Wapiński, *Historia polskiej myśli politycznej*, 189.

66 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 310.

67 Hertz, *Żydzi w kulturze polskiej*, 154.

68 Posiedzenie komitetu wyborczego i polskich radnych miasta Poznania. In: *KP 73* (1919), 2.

Demokratisierungsprozess auch in Großpolen die schon bestehenden Konflikte zwischen den Nationalitäten.<sup>69</sup> Während der ersten Sitzung des neuen Stadtparlaments führte der nationaldemokratische Vorsitzende Władysław Mieczkowski triumphierend aus:

Wir sind die Wirte unserer Stadt geworden. Diese Tatsache ›scheint‹ so einfach und natürlich. Hat die Gerechtigkeit nicht schon lange verlangt, dass die Leitung über das Schicksal der Hauptstadt Großpolens die wahren Söhne dieser Region übernehmen – die Nachkommen derjenigen, die am Goplosee und an der Warthe erste Fundamente der polnischen Staatlichkeit errichteten? Die polnische Bevölkerung stellt in unserer Stadt die absolute Mehrheit! Aber dennoch wurden wir [bislang] von jeglichem Einfluss auf die Stadtverwaltung abgehalten und mussten hilflos mit ansehen, wie man mit Hilfe des riesigen Staatsfonds danach strebte, dieser polnischen Stadt einen deutschen Charakter zu geben und alle Spuren der Polonität zu verwischen. Lange hat das, was wir beobachten und durchleben mussten, uns mit Bitterkeit erfüllt, zuweilen waren wir verzweifelt. Bis der Augenblick des Triumphes kam, für den ganze Generationen gekämpft hatten und gestorben waren, und wir vom Schicksal Erwählten nun mit eigenen Augen die Verwirklichung der dringendsten Bedürfnisse unserer Vorfahren und unserer Träume sehen dürfen.<sup>70</sup>

In diesen Worten sind alle Emotionen der polnischen Repräsentanten komprimiert, die in der Stadtpolitik gegenüber den Minderheiten Bedeutung erlangen sollten: das Gefühl, in der Vergangenheit kolonisiert worden zu sein, sich aus eigener Kraft befreit, endlich den Kolonialismus überwunden, und gerechterweise gesiegt zu haben. Die deutschen Stadtdeputierten wurden binnen kurzer Zeit von den Sitzungen ausgeschlossen, indem man künftig auf Polnisch tagte.<sup>71</sup> Damit trat eine wesentliche Schwäche der Mehrheit der deutschen und jüdischen Einwohner offen zu Tage: die mangelnde Bereitschaft, Polnisch zu lernen. Die deutschen Stadtdeputierten ließen sich zunächst die Versammlungsprotokolle übersetzen. Ihren Antrag, Deutsch bei der Besprechung von besonders wichtigen Angelegenheiten zuzulassen,

69 Wapiński, *Historia polskiej myśli politycznej*, 118, 189f.

70 Otwarcie rady miejskiej. In: *KP* 83 (1919), 1f., hier 2.

71 Moskal, *Im Spannungsfeld*, 51–53; Posiedzenie rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 88 (1919), 1f., hier 2.

lehnten die polnischen Deputierten als Provokation ab.<sup>72</sup> Ebenso wenig suchten die deutschen Stadtdeputierten nach einem Kompromiss. So schlossen sie sich dem Gratulationstelegramm zum Sieg der polnischen Waffen nicht an, was polnische Seite ihnen übel nahm.<sup>73</sup>

In der Stadtverwaltung und in der Wirtschaft beschäftigte man zunächst weiterhin deutsche Fachkräfte.<sup>74</sup> Am 3. Dezember 1919 beschloss das Stadtparlament jedoch, alle Beamten zu entlassen, die kein Polnisch beherrschten.<sup>75</sup> In den Zeitungen aller polnischen Regionen sowie im deutschsprachigen Ausland veröffentlichte man bald Appelle an polnische Angestellte, nach Großpolen überzusiedeln und hier ihren Dienst anzutreten.<sup>76</sup> Der Plan, deutsche Beamte aus Polen gegen polnische Beamte aus Deutschland einzutauschen, scheiterte mangels Widerhall.<sup>77</sup>

In der Verwaltungspraxis versuchten polnische Repräsentanten deutsche Angestellte als korrupt zu kompromittieren.<sup>78</sup> Ebenso protestierten sie im Stadtparlament gegen die vermeintliche Privilegierung der Juden, z. B. bei der Butterausgabe oder beim Immobilienverkauf.<sup>79</sup> Außerdem schlug der Christdemokrat Jan Szymański vor, die ca. 1.500 aus Kongresspolen nach Posen zugewanderten Juden aus ihren Wohnungen zu entfernen, um die Wohnfläche ›polnischen‹ Einwohnern zur Verfügung zu stellen.<sup>80</sup> Die verbalen Angriffe im Stadtparlament waren indessen nur ein schwaches Echo der aufgebrachten Stimmung in der Posener Öffentlichkeit. So beklagte der jüdische Stadtdeputierte während der Versammlungen mehrfach den antisemitischen Ton der polnischen Presse.<sup>81</sup>

72 Skupień, *Ludność*, 160; Wojcieszuk, *Działalność Rady Miejskiej*, 99.

73 Z Rady Miejskiej. In: *DzP* 12 (1920), 1.

74 Moskal, *Im Spannungsfeld*, 51–55; Loose, Feindbild Preußen – Deutschland, 60f.; Wojcieszuk, *Działalność Rady Miejskiej*, 196. Zu den Schwierigkeiten, kompetente polnischsprachige Angestellte zu rekrutieren, siehe Krzymień, *Gospodarka i działalność*, 9.

75 Wojcieszuk, *Działalność Rady Miejskiej*, 196 und 237.

76 Posiedzenie rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 92 (1919), 1; Posiedzenie rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 102 (1919), 1.

77 Moskal, *Im Spannungsfeld*, 53.

78 Posiedzenie rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 112 (1919), 1f.

79 Ibid., 2; Posiedzenie rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 102 (1919), 1. Die Diskussionen über die Privilegierung bei der Butterausgabe hatten im Stadtparlament eine lange Tradition. Die Privilegierung wurzelte in religiösen Speisegesetzen. Deshalb erhielten Juden zwar mehr Butter, verzichteten aber dafür auf andere Lebensmittel wie z. B. Speck. Filipowska, *Spółeczność*, 266.

80 Wojcieszuk, *Działalność Rady Miejskiej*, 187.

81 Nasz ›antysemityzm‹. In: *KP* 103 (1919), 1.

Seit Ende 1919 war ein Ausschuss des Stadtparlaments die Instanz, die über Immobilienverkäufe entschied. Regelmäßig bevorzugte er Personen polnischer Nationalität gegenüber Deutschen und Juden.<sup>82</sup> Am 20. Januar 1920 wurde ein Gesetz über den Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft erlassen, wonach Personen, die nach dem 1. Januar 1908 ihren Wohnsitz in einem Gebiet genommen hatten, das nach 1919 Teil des polnischen Staates wurde, kein Anrecht auf die polnische Staatsbürgerschaft hatten und demnach ausreisen mussten.<sup>83</sup> Dies betraf auch deutsche und jüdische Einwohner Posens, die 1918 für einen Verbleib der Provinz Posen im Deutschen Reich optiert hatten.

Im Jahr 1920 zählte die deutsche Fraktion weiterhin 17 Mitglieder. Auf dieser Grundlage forderten sie zumindest einen Sitz im Präsidium.<sup>84</sup> Offiziell unterschied man weiterhin zwischen polnischen und deutschen Stadtdeputierten bzw. Magistratsbeamten, und die polnische Mehrheit verlangte, dass sich die Deutschen der polnischen Sprache bedienten.<sup>85</sup> Ende des Jahres traten jedoch aufgrund einer deutsch-polnischen Verständigung deutsche Beamte in Großpolen von ihren Ämtern zurück,<sup>86</sup> was eine weitere Abwanderung von Deutschen nach sich zog. Zwölf deutsche Stadtdeputierte gaben emigrationsbedingt ihre Sitze im Stadtparlament auf.<sup>87</sup> Obwohl dieses immer weniger ›deutsch‹ war, blieb es weiterhin eine Arena, in der deutsch-polnische Animositäten ausgetragen wurden, so zum Beispiel im Mai 1920, als die Kommune verschiedene Aufträge an private Betriebe vergab.<sup>88</sup> Die Auseinandersetzung bezog sich vor allem auf die nationale Zugehörigkeit der zu beauftragenden Betriebseigentümer. Somit wurde der alte Wirtschaftspatriotismus nun unter kommunalen Vorzeichen fortgesetzt, wahrscheinlich, um sich der verbliebenen Nichtpolen schnellstens zu entledigen und somit endlich die gewünschte ethnische Homogenität des Stadtparlaments zu erreichen.

82 Moskal, *Im Spannungsfeld*, 56-58.

83 *Ibid.*, 48.

84 Posiedzenie rady miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 88 (1919), 1f., hier 2; *Z Rady Miejskiej*. In: *DzP* 7 (1920), 2.

85 *Z Rady Miejskiej*. In: *DzP* 12 (1920), 1.

86 *Polsko-niemiecki układ co do tymczasowego unormowania spraw urzędniczych* vom 9. November 1919. In: Moskal, *Im Spannungsfeld*, 51; *Ustąpienie urzędników niemieckich*. In: *DzP* 91 (1920), 2; *Walka z samorządem*. In: *Przegląd Poranny* 60 (1922), 1; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 59.

87 Kaczmarek, *Rada i radni miasta Poznania*, 231.

88 *Z Rady miejskiej*. In: *DzP* 110 (1920), 1.



Im Juli 1920 kam es in Posen zu judenfeindlichen Aktionen, die wahrscheinlich durch nationaldemokratische Hetzpropaganda initiiert wurden.<sup>89</sup> Auch das darauf folgende Jahr war von judenfeindlichen Übergriffen geprägt. So wie in anderen Teilen Polens gipfelte die aufgebrachte Stimmung im Juli 1921 in sog. »Teuerungsaussschreitungen« (*rozruchy drożyźniane*), die vor dem Rathaus und in Form von Plünderungen der Schaufenster von Geschäften jüdischer Eigentümer ausgetragen wurden.<sup>90</sup>

Ungeachtet der nationalistischen Zuspitzung auf den Straßen behauptet Anna Moskal, die Zusammenarbeit von Deutschen und Polen in der Selbstverwaltung habe sich relativ konfliktfrei gestaltet und von gegenseitigem Respekt gezeugt.<sup>91</sup> Tatsächlich blieb, im Vergleich zum aggressiv antijüdischen Ton der Posener Presse, der Beratungsstil im Stadtparlament relativ moderat. Belegt ist auch, dass die Selbstverwaltung in dieser Wahlperiode eine im Jahre 1919 gegründete jüdische Schule mit polnischer Unterrichtssprache (*szkoła powszechna* bzw. *ludowa*) unterhielt, die im Gebäude der Gemeindeverwaltung angesiedelt war.<sup>92</sup> Die Mehrheit der jüdischen Kinder besuchte diese Einrichtung.

Indessen habe ich in den überlieferten Verwaltungsberichten keine Belege für die Subventionierung jüdischer Wohlfahrtsinstitutionen durch die Munizipalität gefunden.<sup>93</sup> Die oben skizzierte Debatte über die vermeintliche Bevorzugung des jüdischen Waisenhauses lässt jedoch die Vermutung zu, dass die jüdische Wohlfahrt mit privaten Schenkungen verstorbener Posener Juden finanziert wurde. Diese waren der Stadtverordnetenversammlung vor dem Krieg anvertraut und auf deutschen Banken deponiert worden, wurden aber nunmehr von dem neuen polnischen Stadtparlament verwaltet. Die Haupteinnahme-

89 Aus der Gemeinde. In: *Posener Jüdische Zeitung* 3 (1920), 24.

90 *Sprawozdanie Zarządu. stoł. miasta Poznania za czas od dnia 1kwietnia 1920 do dnia 31 grudnia 1921*. Poznań 1923, 7.

91 Moskal, *Im Spannungsfeld*, 54f.

92 Die Stadt zahlte die Miete für zwei Klassen. Siehe *Budżet miasta Poznania od 1 kwietnia 1920 do 31 marca 1921*. Poznań 1920, 38; *Wrażenia żyda o Poznaniu*. In: *KP* 232 (1929), 8; Skupień, Anna: *Miejska izraelska szkoła powszechna w Poznaniu (1919-1939)*. In: *KMP* 3 (2006), 261-268; Skupień, *Ludność*, 215-222; Witkowski, *Kalendarium*, 321. Die Schuldirektorin, Franciszka Propstowa, war eine glühende polnische Patriotin, die den Zionismus bekämpfte. Landau-Czajka, *Syn będzie Lech ...*, 368. Pakuła, *Siwe kamienie*, 19.

93 Überliefert sind jedoch Subventionierungen evangelischer Einrichtungen. Siehe *Sprawozdania Zarządu stoł. miasta Poznania*, 7; *Rocznik statystyczny stoł. miasta Poznania za lata 1922-1924*. Poznań 1926, 70.

quelle für die jüdische Wohlfahrt bildeten somit bis 1933 wahrscheinlich die Zinsen, die das in deutschen Banken aufbewahrte Kapital abwarf. Die jüdische Wohlfahrt war daher von der Finanzpolitik der Kommune unabhängig und separiert.

## Politische Ausdifferenzierung versus nationale Zugehörigkeit

Die nächsten demokratischen Neuwahlen wurden noch vor Ablauf der Legislaturperiode am 18. Dezember 1921 durchgeführt.<sup>94</sup> Die Vorverlegung der Wahlen hatte ihren Grund im Abzug der deutschen Verwalter samt der zivilen Bevölkerung und in den damit verbundenen veränderten Bevölkerungsverhältnissen in der Stadt und im Stadtparlament. Die Wahlen fanden auf dem Gebiet »Altposens« (ohne die 1921 neu eingemeindeten Vororte) statt, wo die *Endecja* dominierte.<sup>95</sup>

Die *Endecja* bemühte sich zu diesem Zeitpunkt, die immer weiter fortschreitende politische Ausdifferenzierung der polnischen Wählerschaft zu überspielen, indem sie sich weiterhin als die einzige Vertretung der polnischen Bürgerschaft (*Komitet obywatelski*) darstellte. Ihre politischen Gegner kritisierten dies deutlich:

Dies ist lediglich eine historische Reminiszenz aus der Vorkriegszeit, als sich vor der deutschen Gefahr nicht nur die Posener, sondern die Bürgerschaft der ganzen Provinz fürchtete und sich deswegen den Befehlen der Nationaldemokratie unterstellte. Das war einmal – doch die Nationaldemokratie gibt weiter vor, die Veränderungen nicht wahrzunehmen, die sich seit einiger Zeit in der Struktur der politischen Gesellschaft vollzogen haben; sie gibt vor, nichts von ihrem eigenen Niedergang zu merken; sie gibt vor, mit einer Posse und einer Geste die Tatsache überspielen zu können, dass das Leben sie überholt und sich nach anderen Prinzipien richtet.<sup>96</sup>

Mit ihrer Strategie versuchte die *Endecja*, nicht nur die Differenzen im »polnischen Lager«, sondern vielmehr die Konflikte in den eigenen Reihen zu vertuschen: zum einen zwischen der »alten« Nationaldemokra-

94 Inauguracyjne posiedzenie Rady Miejskiej. In: *DzP* 15 (1922), 3; Dworecki, *Poznań i poznaniacy*, 332f.; Antczak, *Organizacja*, 311; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 88-92.

95 *Oblicze ideowe Poznania*. In: *KP* 584 (1938), 1.

96 W.J.: *Monopol »starych« wyborców*. In: *Przegląd poranny* 223 (1921), 1.

tie und der ›jungen‹ berufstätigen *Inteligencja* (*inteligencja pracująca*), zum anderen zwischen den ›Hiesigen‹ und den neu Zugezogenen, die um eine Stellung in der eigenen Partei, um den politischen Rang in der Kommune und um einen Platz im Stadtparlament rivalisierten. Die politischen Aktivisten hielten also in Posen selbst nach dem Wandel der politischen Situation an altbewährten Strategien und Mobilisierungsmustern fest. Das einfachste Kampfmittel war, die Polonität der Gegner anzuzweifeln, um die gewünschte Geschlossenheit aller Polen wiederherzustellen. Die rigorose diskursive Trennung zwischen dem polnischen und dem jüdischen Milieu durch die Posener Presse in den frühen zwanziger Jahren reichte jedoch nicht mehr aus.<sup>97</sup> Nun sollte konsequent verhindert werden, dass irgendeine Organisation, Partei oder Institution Polen und Juden in gemeinsamen Aktivitäten verband.

Die Wahlen brachten einen Sieg der *Endecja*. Neben der Nationaldemokratie, die mit 28 Sitzen die Mehrheit stellte, erhielten im Stadtparlament die Christliche Demokratie zehn, die Kommunistische Partei fünf, die Nationale Arbeiterpartei (*Narodowa Partia Robotnicza*, NPR)<sup>98</sup> sieben, die Kriegsinvaliden, die berufstätige *Inteligencja*, die Sozialisten, die Sozialdemokraten, die ›Deutschen und Juden‹ jeweils zwei Sitze.<sup>99</sup> Der Erfolg der Kommunisten wurde mit der Zuspitzung der Wirtschaftslage erklärt.

Die Vertretung der Minderheiten im Stadtparlament war also enorm geschrumpft. Angesichts der fast vollständigen Polonisierung des Stadtparlaments wird deutlich, dass das Kriterium der ethnisch-natio-

97 Wrzesińska, Krystyna: *Obraz mniejszości narodowych w poznańskiej prasie konserwatywnej 1918-1939*. Poznań 2002, 129.

98 Die Nationale Arbeiterpartei (*Narodowa Partia Robotnicza*), gegr. 1920, orientierte sich an der katholischen Soziallehre und verkündete Sozialsolidarismus. Majchrowski, *Geneza politycznych ugrupowań katolickich*, 20-22.

99 Im Jahr 1921 bezeichneten sich 5,54% der Stadteinwohner als deutsch, d.h. die beiden Stadtdeputierten Wilhelm Loewenthal und Josef Klinke vertraten ca. 6,5% der Einwohnerschaft. Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 64. Das *Posener Tageblatt* schrieb: »das Deutschum war mit zwei Mandaten vertreten«. Stadtverordnetenversammlung. In: *PT* 216 (1929) Beilage, o.S. Deswegen ist anzunehmen, dass in der Zwischenkriegszeit Posener Deutsche lokale Juden als Deutsche wahrnahmen, was in der Teilungszeit unüblich war. Feindselig über die gemeinsame deutsch-jüdische Wahlliste in: *Żydowski harmider ›Posener Tageblattu‹*. In: *KP* 564 (1936), 5. Loewenthal war Chefredakteur des *Posener Tageblatt*: Klinke war evangelischer Pfarrer, Parlamentsdeputierter und Vizevorsitzender der Deutschen Vereinigung, einer Organisation der deutschen Minderheit in Polen mit Hauptsitz in Bromberg.

nalen Zugehörigkeit das Verhalten der Wähler in den Selbstverwaltungswahlen nicht länger lenkte. Vielmehr waren politische und sozio-ökonomische Argumente in den Vordergrund gerückt.<sup>100</sup>

Dementsprechend kam es im neuen Stadtparlament vor allem zu Konfrontationen zwischen der *Endecja* und ihren links orientierten politischen Gegnern. Diese äußerten sich insbesondere in Diskussionen zu sozialen Fragen, wie zur Wasserkostenverteuerung oder der Höhe der Arbeitslosenhilfe.<sup>101</sup> Dabei kam es zu heftigen gegenseitigen Anschuldigungen und Ruhestörungen, die in früheren Wahlperioden eine Seltenheit gewesen waren. Die lokale Presse wertete sie als bedauernde Übertragung von gängigen Sitten und Gebräuchen im *Sejm* auf die städtische Ebene.<sup>102</sup> Die Nationaldemokraten sahen ihrerseits den Niedergang der lokalen politischen Kultur voraus, falls die Region vom Lager Piłsudskis beherrscht werden würde.<sup>103</sup> Im Gegenzug betonten sie die Eigenart der Region, bis hin zum Separatismus, und stilisierten die Juden zum inneren Feind.<sup>104</sup> Entsprechend intensivierte die *Endecja* ihre antisemitische Propaganda und lag damit im allgemeinen Trend. Kurz zuvor war Gabriel Narutowicz, der erste Staatspräsident der neuen Republik, ermordet worden, nachdem er massiv als »jüdischer Präsident« beschimpft worden war, weil er mit den Stimmen der Minderheiten ins Amt gelangt war. Das tragische Ereignis führte zu keiner Mäßigung, sondern beflügelte den Antisemitismus der Nationaldemokraten.<sup>105</sup> Seit 1925 figurierten die Juden als Hauptverdächtige in diversen nationaldemokratischen Verschwörungstheorien.

Aussagekräftig für die städtische Arena ist die Tatsache, dass das Posener Stadtparlament sich dem Antrag eines zentralen Komitees widersetzte, den ermordeten Narutowicz feierlich zu ehren.<sup>106</sup> Als Grund ließ es verlauten, das Stadtparlament sei kein politisches Organ.

100 Antczak, *Organizacja*, 311.

101 Z rady miejskiej. In: *KP* 3 (1923), 3; Z Rady miejskiej. In: *KP* 280 (1923), 4.

102 »Schenkegebräuche« – Z Rady miejskiej. In: *KP* 285 (1923), 4; Z rady miejskiej. In: *KP* 27 (1924), 4. Das entsprach nicht der Wahrheit, denn schon davor hatten deutsche Stadtdeputierte demonstrativ Sitzungen verlassen. Siehe z.B. *Otwarcie rady miejskiej*, 2.

103 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 56.

104 *Ibid.*, 65 und 76.

105 Wapiński, *Historia polskiej myśli politycznej*, 193 f.

106 Z Rady Miejskiej. In: *KP* 139 (1923), 4; Dworecki, *Poznań i poznaniacy*, 191. Elżbieta Wojcieszuk behauptet, das Stadtparlament habe am 20. Dezember 1922 den Meuchelmord an Narutowicz verurteilt. Ihre Quelle nennt sie jedoch nicht. Wojcieszuk, *Działalność Rady Miejskiej*, 254.

Nach Ansicht der Nationaldemokraten sollte sich die Posener Selbstverwaltung dadurch auszeichnen, frei von jeglichem jüdischen Einfluss zu sein.<sup>107</sup> Der linken Warschauer Regierung unterstellten sie hingegen, die massenhafte Immigration von Juden aus anderen Regionen nach Großpolen zu forcieren, und Piłsudskis Anhänger diffamierten sie wiederholt als Juden: »[...] unter der Maciejówka verbergen sich ... Kippah und lustige Pejes«.<sup>108</sup>

Neben dieser generellen politischen Feindschaft betrieben nationaldemokratische Deputierte in der Stadtverwaltung eine Politik der kleinen Sticheleien und ließ keine Möglichkeit zur jüdenfeindlichen Provokation aus. Sie reinterpretierten zudem die Losung aus der Teilungszeit »Jeder zu den Seinen« (*swój do swego*), indem man sie nun auf die Juden Großpolens anwandte, um diese aus dem Wirtschaftsleben der Provinz auszuschließen.<sup>109</sup> Im Jahr 1924 wurde im Stadtparlament ein Brief der Vereinigung Kaufmännischer Vereine (*Związek Towarzystw Kupieckich*) gegen Hausierhandel verlesen, der u.a. von »Ausländern« (d.h. ortsfremden Juden) ausgeübt werde und sich jeglicher Kontrolle entziehe.<sup>110</sup> Die kommunale Selbstverwaltung war dafür allerdings nicht zuständig, da diese Angelegenheit zu den Kompetenzen der Woiwodschaft gehörte, die die Steuer- und Patentkontrolle ausübte. Die *Endecja*-Anhänger beklagten die angeblich von der »jüdischen Presse« vorangetriebene Demoralisierung der Jugend.<sup>111</sup> Eine Intervention der Sozialisten, die zum Ziel hatte, gegen antisemitische Propaganda in den Schulen im Rahmen des Religionsunterrichts zu protestieren, interpretierte der *Kurjer Poznański* als Angriff auf die Nationaldemokraten.<sup>112</sup>

Schon 1922 war es in Posen zu antisemitischen Gewalttaten gekommen, die eine Interpellation der Sozialisten im *Sejm* nach sich zogen.<sup>113</sup>

107 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 81.

108 »... ukryte pod maciejówką ... jarmułkę i figlarne pejsy«, Nieudała maskarada. In: *KP* 274 (1924), 3. Die *Maciejówka* war eine Schirmmütze, die von Piłsudski und seinen Anhängern getragen wurde. Mützen als politisches Erkennungszeichen waren generell sehr populär. Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 158.

109 Jaworski, Rudolf: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871-1914)*. Göttingen 1986, 41; Bergmann, *Narodowa Demokracja wobec problematyki żydowskiej*, 245; Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 309.

110 Z Rady Miejskiej. In: *DzP* 283 (1924), 2f.

111 Z Rady miejskiej. In: *KP* 247 (1924), 4.

112 Z rady miejskiej. In: *KP* 225 (1924), 3f.

113 Zajścia w Poznaniu. In: *Przegląd poranny* 131 (1922), 1.

Durch die Anrufung des übergeordneten politischen Gremiums versuchten diese offenbar, das Schweigen und die Untätigkeit der Posener Stadtverwaltung angesichts antisemitischer Übergriffe zu brechen und staatliche Intervention zu erzwingen. Dieser Versuch scheiterte jedoch, weil der *Sejm* gegenüber dem Posener Stadtparlament nicht weisungsbefugt war und die kommunale Selbstverwaltung weitgehend autonom handeln konnte.

Im folgenden Jahr griffen auch Regierungsvertreter zu nationalistischer Rhetorik, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der wirtschaftlichen Notlage abzulenken.<sup>114</sup> So beklagte der Posener Wojewode Adolf Bniński,<sup>115</sup> der der *Endecja* nahestand, im Mai 1923, der Ton der deutschen Presse werde immer überheblicher und immer mehr Juden aus Kongresspolen ließen sich in Posen nieder. In den folgenden Monaten wurde die Stadt erneut zum Schauplatz von »Teuerungsausschreitungen«, in deren Verlauf die Rebellierenden zahlreiche Schaufenster jüdischer Eigentümer am Marktplatz verwüsteten.<sup>116</sup> Wie gewohnt zahlte der Magistrat die fälligen Entschädigungen stillschweigend aus. Indessen berichtete der jüdische *Nasz Przegląd* in Warschau von judenfeindlichen Übergriffen in Posen.<sup>117</sup> Da die lokalen Behörden darauf nicht reagierten, reichte die *Jüdische Fraktion* im Parlament, angeführt von Waclaw Wiślicki und Szyja Farbstein, Protestanträge ein.<sup>118</sup> Die Antwort der Posener Stadtverwaltung war ausweichend, und die Täter wurden nicht identifiziert.

Weitere Ausschreitungen richteten sich 1924 gegen die Redaktion des *Głos Poznański*, einer Tageszeitung, die bei der *Endecja* als »jüdisches« Presseorgan verschrien war. Da die Polizei nicht eingriff, reichte der Sozialist Herman Lieberman am 2. Dezember 1924 Beschwerde im *Sejm* ein.<sup>119</sup> Den Interpellationstext veröffentlichte er in

114 Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 110.

115 Makowski, Edmund: Adolf Bniński – wojewoda poznański w latach 1923-1928. In: *Kronika Wielopolski* 87 (1988), 58-66.

116 *Sprawozdanie Zarządu stol. miasta Poznania za czas od 1 stycznia 1923 do 31 grudnia 1923*. Poznań 1924, 5; Z Rady Miejskiej. In: *KP* 124 (1925), 5.

117 Ekscesy antyżydowskie w Poznaniu. In: *NP* 238 (1923), 3.

118 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 208. Es ist mir nicht gelungen zu klären, warum sich Posener Juden gerade an diese Vertreter im Parlament wendeten. Die Rede von Farbstein zitiert Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 226.

119 Poznań przestaje być stolicą wyznaniowego bandytyzmu. In: *Głos Poznański* 6 (1925), 1. Z Rady Miejskiej. In: *DzP* 287 (1923), 2f. Zur Genese und zu politischen Präferenzen von *Głos Poznański* siehe Walka z wiatrakami. In: *Głos Poznański* 2 (1924), 1. Dieser Artikel richtete sich gegen eine

Form von Plakaten im Posener Stadtgebiet. Soweit aus den Akten ersichtlich ist, hatte diese Aktion keine Folgen. Das Stadtparlament thematisierte sie nicht. Die Stimmung in seinen Sitzungen wurde 1925 trotz aller Beruhigungsversuche immer aggressiver, vor allem die Konfrontation zwischen Sozialisten und Nationaldemokraten.<sup>120</sup> Juden wurden von den Letzteren in unterschiedlichen Zusammenhängen als Rädelsführer von Verschwörungen dargestellt.

Ungeachtet der antisemitischen Stimmung überwies die Kommune dem jüdischen Altersheim Subventionsgelder<sup>121</sup> und bezuschusste die Plätze im jüdischen Krankenhaus.<sup>122</sup> Im Jahr 1925 wandte sich der Magistrat sogar mit der Bitte an die Leitung des jüdischen Krankenhauses, diese möge gegen finanzielle Unterstützung auch Nichtjuden aufnehmen, die keinen Platz in den anderen Krankenhäusern finden konnten.<sup>123</sup> Allerdings finden sich in den Berichten der Posener Stadtverwaltung keine Spuren dieses Vorgangs.

### »Juden« – Verbündete der *Sanacja*?

Die nächsten Stadtdeputiertenwahlen fanden am 4. Oktober 1925 statt.<sup>124</sup> Diese Wahlen wurden auf dem Gebiet Großposens abgehalten, nachdem die Kommune zuvor um weitere, überwiegend von Arbeitern bewohnte Nachbargemeinden vergrößert worden war.<sup>125</sup>

in *Kurjer Poznański* veröffentlichte Attacke: Jeszcze o piśmie żydowskim. In: *KP* 264 (1924), 4. Diese war kurz vor einem Überfall auf die Redaktion des *Głos Poznański* erschienen. Vgl. Zgon żydowskiego pisma. In: *KP* 29 (1925), 4. Mehr über den *Głos Poznański* in: *Dziennik postępowy w Poznaniu*. In: *NP* 317 (1924), 3.

<sup>120</sup> Z Rady Miejskiej. In: *KP* 113 (1925), 3.

<sup>121</sup> Z.B. in der Latz-Anstalt. In: ANP, zesp. AMP, sygn. 11689. Mehr über diese Anstalt siehe Skupień, *Ludność*, 320; Witkowski, *Kalendarium*, 326.

<sup>122</sup> *Izraelickie Towarzystwo Pielęgowania Chorych i Chowania Umarłych*, in: ANP, zesp. AMP, sygn. 11691, folio 5. Die Statuten des Vereins wurden im Jahr 1929 revidiert. Witkowski, *Kalendarium*, 322f. Mehr über den Verein siehe Skupień, *Ludność*, 192-193.

<sup>123</sup> *Szpital żydowski*, in: ANP, zesp. AMP, sygn. 3883, folio 17-21. Dies mag verwundern, da der Lokalhistoriker Edmund Krzymień behauptet hat, dass die Kapazitäten des städtischen Krankenhauses niemals voll ausgeschöpft wurden. Krzymień, *Gospodarka i działalność*, 95.

<sup>124</sup> Dworecki, *Poznań i poznaniacy*, 339f.; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 122-126.

<sup>125</sup> Oblicze ideowe Poznania, 1. Zu den neuen Stadtvierteln gehörten u.a. Główna, Winiary, Rataje und Starołęka.

Da die *Endecja* dort schwach war und eine Wahlliste des Jüdischen Wahlkomitees in Posen antrat, witterte der *Kurjer Poznański* sofort eine »jüdische Provokation«. <sup>126</sup> Obwohl den Kandidaten dieser Liste keine Chancen eingeräumt wurden, sah die *Endecja* das Polentum allein durch ihre Existenz bedroht. *Kurjer Poznański* versuchte, das Bedrohungsgefühl der »christlichen Posener« weiter zu steigern, um die *Endecja* als einzig mögliche Wahl zu suggerieren. Die Opposition kritisierte diese Engführung, indem sie auf die fortschreitende Differenzierung der polnischen politischen Öffentlichkeit hinwies:

[...] Damals, vor dem Kriege, war jede Wahl der Stadtverordneten mit dem Appell an das polnische Bürgertum verbunden, solidarisch zum Kampf gegen das von der deutschen Regierung unterstützte deutsch-jüdische Element anzutreten. Heute gibt es einen minimalen Anteil an nationalen Minderheiten in unserer Stadt, was es möglich macht, die künftige Stadtverordnetenversammlung mit Polen zu besetzen. Das alte, traditionell geschlossene Nationale Lager ist heute im Grunde ein Anachronismus. <sup>127</sup>

Interessanterweise signalisierte gerade die Aufstellung der jüdischen Liste die Existenz einer neuen jüdischen Wählerschaft in Posen, nämlich der zugezogenen polnischsprachigen Juden. <sup>128</sup> Deutsche und deutschsprachige Juden bereiteten hingegen keine eigenen Listen vor, <sup>129</sup> sondern unterstützten, wie von ihren Vertretern gefordert, die Sozialisten (PPS). <sup>130</sup> Auf deren Kandidatenliste befand sich an zweiter Stelle ein Deutscher.

Schließlich wurden dreißig alte und dreißig neue Stadtdeputierte gewählt: Die *Endecja* errang 21 Sitze, die Arbeiterpartei 15, die *Chadecja* 13, die Sozialisten acht, die Partei der Kriegsinvaliden zwei und der Mieterbund einen. <sup>131</sup> Alle Stadtdeputierten waren katholisch. Die Arbeiterpartei hatte ihren Einfluss deutlich verstärkt, was wahrscheinlich mit den jüngsten Eingemeindungen zusammenhing. <sup>132</sup> In dieser

126 Prowokacja żydowska w Poznaniu, 1; Wstyd, 1; Skupień, *Ludność*, 16f. Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 58.

127 Przed wyborami do Rady Narodowej. In: *DzP* 225 (1925), 5.

128 Seifert, Die religiösen Verhältnisse bei den Juden Polens, o.S.

129 Antczak, *Organizacja*, 311f.

130 Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 124; Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 57.

131 Inauguracyjne posiedzenie nowej Rady Miejskiej. In: *DzP* 5 (1926), 3.

132 Kaczmarek, Rada i radni, 235.



Kräftekonstellation war ein Bündnis von *Endecja* und *Chadecja* notwendig, um die absolute Mehrheit im Stadtparlament zu erlangen. Wie in der vorangegangenen Wahlperiode entbrannten die weltanschaulichen Konflikte zwischen Nationalisten und Linken an städtischen Belangen.<sup>133</sup> Dabei ging es vor allem um konkrete kommunale Probleme, deren Lösung und allgemein um die Finanzierung der kommunalen Sozialpolitik. Die Fronten verliefen in der Lesart des *Kurjer Poznański* zwischen den »Sozialisten« und den »schrecklichen Bourgeois« (*burżuje*).<sup>134</sup> Diese vereinfachende Darstellung überdeckte jedoch den Umstand, dass es durchaus noch andere Konfliktlinien gab. So stehen etwa die Debatten über die Frage, wer die Verkehrsmittel während der Allgemeinen Landesaustellung (*Powszechna Wystawa Krajowa*, PeWuKa) betreiben sollte, für die auch heute noch bekannte Konfrontation zwischen Privatunternehmern und Kommune.<sup>135</sup>

Die mehrheitlich oppositionelle Einstellung der Posener Stadtdeputierten gegenüber der Regierung Piłsudskis trug zur Verschärfung der beschriebenen Auseinandersetzungen bei, da die nationalistischen Deputierten das Stadtparlament nicht mehr allein als Arena des regionalen Separatismus, sondern vielmehr als Ersatz für die fehlende Opposition auf staatlicher Ebene begriffen. Diese Wahrnehmung verstärkte sich am Ende der Wahlperiode noch, als die Regierung den der *Endecja* nahestehenden Wojewoden Bniński absetzte, um Piotr Dunin-Borkowski, einen Anhänger der *Sanacja*, in dieses Amt zu berufen.<sup>136</sup> Auffällig ist die Strategie der nationaldemokratischen Presse, fortwährend Verbindungen zwischen Piłsudski und »den Juden« herzustellen.<sup>137</sup>

In den 20er Jahren verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation der Kaufleute, aber auch der Arbeitslosen und Geringverdienenden,

133 O czym radzili wczoraj ojcowie Miasta w Ratuszu. In: *DzP* 208 (1926), 3.

134 Nowa Rada Miejska. In: *KP* 7 (1926), 3; Z Rady Miejskiej. In: *KP* 19 (1926), 3.

135 Stadtverordnetenversammlung. In: *PT* 247 (1928), Beilage. Die Allgemeine Landesaustellung dauerte vom 16. Mai bis zum 30. September 1929. Sie wurde veranstaltet, um die Erfolge und die Lebensfähigkeit des neuen Staates zu demonstrieren. Zur Landesaustellung siehe Moskal, *Im Spannungsfeld*, 72-95 und Grzeszczuk-Brendel, Hanna: Ausstellung, Stadt und Land: Die Architektur der Posener Ausstellung 1911 und 1929. In: *Zeitschrift für Ostforschung* NF 58 (2009), Heft 1-2, 77-110.

136 Verabschiedung des Wojewoden. Die Posener Presse. In: *Posener Tageblatt* 107 (1928), 1; Unterredung mit dem neuen Posener Wojewoden. Der Weg zu Macht und Herrlichkeit. In: *PT* 113 (1928), 2. Mehr über Dunin-Borkowski siehe Dworecki, *Poznańskie i Piłsudski*, 225.

137 Żydzi i p. Piłsudski. In: *KP* 254 (1926), 3; Żydzi i święto legionowe. In: *KP* 370 (1925), 4.

infolge der Reformen von Władysław Grabski zusehends.<sup>138</sup> Diese Entwicklungen sah die Stadtverwaltung als Grund für die Ausschreitungen an, die zu Beginn des Jahres 1926 ausbrachen: Jugendliche zerschlugen Schaufenster und plünderten Waren – und dies unabhängig vom religiösen Bekenntnis der Ladenbesitzer.<sup>139</sup> Der Magistrat erklärte sich abermals bereit, den Schaden zu begleichen. Die Posener Presse interpretierte die sozialen Unruhen als Ausdruck der wachsenden Wut der Stadtbevölkerung auf die polnische Regierung, die an die Stelle der anfänglichen Apathie und Wartehaltung getreten sei.<sup>140</sup> Beinahe wehmütig erinnerte sie sich an die vermeintlich bessere und ruhigere Teilungszeit.

Die politische Konfrontation in Posen hatte sich nach dem Staatsstreik Piłsudskis im Mai 1926 deutlich verschärft.<sup>141</sup> Alle politischen Gruppierungen spalteten sich, unabhängig von ihren Programmen, in Piłsudski-Befürworter und -Gegner. Die Posener *Endecja* blieb jedoch in ihrer ablehnenden Haltung geschlossen. Hingegen begann ihr langjähriger Weggefährte und Verbündeter, die *Chadecja*, zu schwanken und entschloss sich nach 1926 mehrheitlich, Piłsudski zu unterstützen.<sup>142</sup>

Aufschlussreich ist die Tatsache, dass das Stadtparlament im Jahr 1927 beschloss, die Vereinigung zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung ›Entwicklung‹ (*Towarzystwo Samoobrony Społecznej »Rozwój«*) zu subventionieren.<sup>143</sup> *Rozwój* war eine radikal nationalistische, antisemitische Vereinigung, die aggressiv und mit allen Mitteln ›die Polen‹ gegen ›die Juden‹ aufwiegelte. Es wäre ein Fehlschluss zu vermuten, es sei nicht mehr über Nationalitätenpolitik debattiert worden, weil keine Minderheitenvertreter mehr im Stadtparlament saßen. Die

138 Władysław Grabski (1874–1938), Finanzminister und Ministerpräsident, Anhänger der *Endecja*, Hauptinitiator des Wirtschaftsstabilisierungsplanes, der die Finanz-, Bankwesen- und Währungsreform umfasste und die Stadtbevölkerung mit zusätzlichen Steuern belegte.

139 *Sprawozdanie Zarządu stoł.miasta Poznania za czas od 1 stycznia 1926 do 31 grudnia 1926*. Poznań 1926, 5; Czubiński, *Poznań w latach 1918–1939*, 141.

140 *Ibid.*, 142.

141 Czubiński, *Poznań w latach 1918–1939*, 166.

142 Karczmarek, *Rada i radni*, 230 und 237; Czubiński, *Poznań w latach 1918–1939*, 164f.

143 Subwencja dla ›Rozwoju‹. In: APP AMP 810, 173f.; Bergmann, *Narodowa Demokracja wobec problematyki żydowskiej*, 119f. und 246. *Rozwój* entstand ca. 1920, war mit der Nationaldemokratie eng verbunden, bekämpfte jüdische Kaufleute und Handwerker, u. a. Boykottaktionen.

lokale ›Judenfrage‹ wurde weiter thematisiert, jedoch oft, ohne das Wort »Juden« zu gebrauchen. So beanstandeten die Nationaldemokraten in der Sitzung vom 29. Oktober 1926 den Brauch, mittels Plakaten Werbung in den Straßen der Altstadt zu betreiben. Der *Endecja*-Stadtdeputierte Maksymilian Stürmer berichtete:

Die Gässchen der Altstadt sind voll von ›den billigsten Einkaufsquellen‹, und die Kaufleute stellen ihre Waren beinahe auf der Straße aus, um die Passanten zum Kauf zu ermuntern. Manche der Straßen unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von Nalewki.<sup>144</sup>

Damit war die Hauptstraße eines mehrheitlich von Juden bewohnten Viertels in Warschau gemeint, auf der sich ihr religiöses, kulturelles und wirtschaftliches Leben konzentrierte. Ebenso drängte Stürmer auf den Umzug einer »gefährlichen« Fabrik, die »am Rande bemerkt, eine jüdische« (*zresztą żydowska*) sei. Auch der Verkauf kommunalen Bodens an den Juden Feliks Rauff bot Gelegenheit zu antisemitischer Polemik.<sup>145</sup> Der besagte Stürmer beklagte darüber hinaus, dass jüdische Geschäftsinhaber das sonntägliche Handelsverbot ignorierten.<sup>146</sup> Jüdische Firmen würden außerdem die Posener Straßen mit ihrem Werbematerial »verdrecken«.<sup>147</sup> Auf die massive Instrumentalisierung der ›Judenfrage‹ durch die Nationaldemokraten reagierte der konservative *Dziennik Poznański* mit harscher Kritik: Die Nationalisten stachelten die Massen auf, obwohl es keine Alternative zur Zusammenarbeit mit dem »jüdischen Kapital« in Industrie und Handel gebe.<sup>148</sup>

Spätestens seit 1928 propagierten die Nationaldemokraten die ›Judenfrage‹ in ganz Polen auf aggressivste Weise,<sup>149</sup> so auch in Posen, wo Unruhestifter ohnehin jedes Jahr Geschäfte jüdischer Eigentümer in der Altstadt demolierten. Die Lage eskalierte im Jahr 1929.<sup>150</sup> Im Mai berichtete der *Dziennik Poznański* vom aggressiven Protest von Posener Studenten gegen ein angeblich unmoralisches »jüdisches«

144 O czym radzili wczoraj Ojcowie Miasta w Ratuszu? In: *DzP* 250 (1926), 3; Z Rady Miejskiej. In: *KP* 499 (1926), 3.

145 O czym radzili Ojcowie Miasta w Ratuszu? In: *DzP* 259 (1928), 3.

146 O czym radzili Ojcowie Miasta w Ratuszu? In: *DzP* 294 (1928), 4; Z posiedzenia Rady miejskiej. In: *KP* 584 (1928), 3.

147 Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 225.

148 Zdemaskowana maskarada. In: *DzP* 210 (1928), 1.

149 Ibid.

150 Wapiński, *Historia polskiej myśli politycznej*, 208.

Theaterstück.<sup>151</sup> Am 8. Juni folgten Gewaltakte gegen Juden, die ein außergewöhnlich großes Ausmaß annahmen. Die Nationaldemokraten stellten sie in einen Zusammenhang mit jüdenfeindlichen Exzessen in Lemberg:<sup>152</sup> Sie sollten Solidarität mit den Lemberger Studenten zum Ausdruck bringen, die auf eine vermeintliche »jüdische Provokation« während einer Fronleichnamsprozession brutal reagiert, mehrere Menschen verletzt und großen Sachschaden angerichtet hatten.<sup>153</sup> Ziel der Posener Aggressionen waren die »jüdischen« Straßen Dominikańska und Żydowska, in denen die Fenster der Synagoge und Schaufenster von Geschäften jüdischer Eigentümer mit Steinen eingeschlagen wurden.<sup>154</sup> Das *Posener Tageblatt*, das die Meinung vertrat, Juden und Deutsche seien den Polen gleichermaßen verhasst, beschrieb die entstandenen Schäden.<sup>155</sup> Die geschädigten Juden riefen die Redaktion des Warschauer *Nasz Przegląd* zu Hilfe, um eine Intervention der Regierung zu erwirken.<sup>156</sup> Tatsächlich kontaktierte die Redaktion jüdische Politiker in der Hauptstadt, und die Abgeordneten Farbstein und Wiślicki setzten sich im Innenministerium für die Posener Juden ein.

Das *Posener Tageblatt* räumte ein, dass die Polizei die Situation schnell beherrscht und die Randalierer verjagt habe. Ein Blick auf den Kontext ist aufschlussreich: Zur selben Zeit fand in Posen eine große nationale Messe statt – die Allgemeine Landesausstellung (*Powszechna Wystawa Krajowa*, kurz *PeWuKa*). Da die Veranstalter die jüdenfeindlichen Gewaltakte verurteilten und befürchteten, diese könnten potentielle Ausstellungsbesucher abschrecken,<sup>157</sup> wurde der Schaden schneller als sonst auf Kosten der Kommune behoben. Das Stadtparlament beschloss einstimmig, Entschädigungen in Höhe von 37.000 Złoty auszuzahlen,<sup>158</sup> ohne die Gewaltakte auch nur mit einem Wort

151 Przykre zajścia. In: *DzP* 128 (1929), 1.

152 Polonsky, Antony: A Failed Pogrom. The Demonstrations in Lwów, June 1929. In: *The Jews of Poland between Two World Wars*, hg. v. Israel Gutman et al. Hanover 1989, 109-125; Mick, Christoph. *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914-1947*. Wiesbaden 2010, 395-398.

153 Z powodu zajść w Poznaniu. In: *DzP* 132 (1929), 1.

154 Z powodu zajść w dzielnicy, gdzie mieszkają żydzi. In: *KP* 168 (1930), 3; Niziołek, Andrzej: Byli Żydzi w Poznaniu. In: *KMP* 2006, 290-310, hier 305.

155 Schwere Ausschreitungen in Posen. In: *PT* 131 (1939), 1.

156 Rozruchy antyżydowskie w Poznaniu. In: *NP* 157 (1929), 5.

157 Zarząd Powszechnej Wystawy Krajowej potępia rozruchy antyżydowskie w Poznaniu. In: *NP* 171 (1929), 15.

158 O czym radzili Ojcowie miasta w Ratuszu. In: *DzP* 141 (1929), 4; Z posiedzenia Rady miejskiej. In: *KP* 280 (1929), 4.

zu kommentieren. Das *Posener Tageblatt* vertrat deshalb die Auffassung, die Posener Gesellschaft tendiere dazu, jüdenfeindliche Gewalt zu bagatellisieren.<sup>159</sup>

Das Schweigen des Stadtparlamentes gibt besonders zu denken, wenn man einen vergleichenden Blick nach Lemberg wirft, wo sich die Kommunalverwaltung für die Deeskalation jüdenfeindlicher Gewalt einsetzte. Einerseits veranschaulicht die Reaktion der Lemberger Verwaltung die historische Zugehörigkeit der Stadt zu Galizien, wo wie in Krakau das traditionelle galizische ›bürgerliche Bündnis‹ zwischen Juden und Nichtjuden im Stadtparlament überdauerte. Zu begründen ist die Reaktion des Lemberger Stadtparlaments auch damit, dass die jüdische Bevölkerung in der Stadt eine starke Minderheit bildete, altingesessen, gut integriert und größtenteils polnisch akkulturiert war. Deshalb wurden Juden als Stadtbürger und mögliche Verbündete im Kampf gegen die Ukrainisierung der ostpolnischen Städte geschätzt. Posener Juden waren hingegen nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern darüber hinaus aus der polnischen Nation ausgeschlossen worden. Die Posener Nationaldemokraten sahen die Vermittlungsversuche des Lemberger Stadtparlaments als Beweis dafür, »wie stark die Freundschaften oder, besser noch, die Abhängigkeiten sind, die das *Sanacja*-Lager mit den Juden verbinden.«<sup>160</sup>

Ungeachtet der jüdenfeindlichen Exzesse in Posen finanzierte die Kommune weiterhin die zweiklassige jüdische Schule, die 76 von 83 jüdischen Kindern in Posen besuchten.<sup>161</sup> Über das Jüdische Krankenhaus, das 53 Betten unterhielt, wurde im Jahr 1929 berichtet, dass es eine untergeordnete Rolle spiele. Die Posener Kommunalkrankenkasse (*Kasa Chorych Miasta Poznania*) plane aber, dort für ihre Mitglieder eine Abteilung für Frauenkrankheiten einzurichten.<sup>162</sup>

159 Bedeutsame Taten. In: *PT* 132 (1929), 1.

160 Bielecki, Tadeusz: Po zejściach lwowskich. In: *KP* 282 (1929), 7.

161 1927. *Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1927 do 31 marca 1928 roku*. Poznań 1928, 9.

162 Szulc, Tadeusz: Stosunki sanitarno-higieniczne. In: *Księga pamiątkowa miasta Poznania. Dziesięć lat pracy polskiego zarządu stołecznego miasta Poznania*. Poznań 1929, 442-470, hier 467.

## Das Stadtparlament von 1929 bis 1933 – eine Arena der staatskritischen Opposition?

Die nächsten Wahlen zum Stadtparlament fanden am 6. Oktober 1929 statt.<sup>163</sup> Sie besaßen eine große Bedeutung für die *Endecja*, die zuvor die Parlamentswahlen verloren hatte.<sup>164</sup> Entsprechend intensiv bereiteten die Posener Nationaldemokraten die Wahlkampagne vor und führten einen aggressiven Wahlkampf, der vor allem gegen die feindlichen Kräfte ausgerichtet war: »Kommunisten, Sozialisten, Deutsche, Juden und *Sanacja*«. <sup>165</sup> An der Wahlkampagne beteiligen sich 12 Listen, darunter eine deutsche um Superintendent Arthur Rhode.<sup>166</sup> Das *Posener Tageblatt* charakterisierte die Wahlkampagne als »amerikanisch«, da man wohl erstmals auf Autos montierte Lautsprecher einsetzte.<sup>167</sup>

Die geringe Wahlbeteiligung deutet auf eine politische Desorientierung der Posener Bevölkerung.<sup>168</sup> Die abgegebenen Stimmen ergaben folgende Sitzverteilung: *Endecja* 33, *Sanacja* neun, *Chadecja* zusammen mit der Arbeiterpartei sieben, Kommunisten vier, PPS, Deutsche und Kriegsinvaliden jeweils zwei und der Mieterbund einen. Die *Endecja* verfügte also über eine absolute Mehrheit im Posener Stadtparlament. Die *Sanacja* sah in den Selbstverwaltungen generell ein feindliches Forum der vereinigten Opposition.<sup>169</sup> Da das politische Antlitz des Stadtparlaments weiterhin eindeutig durch die *Endecja* geprägt war, wurde in dieser Wahlperiode um den Magistrat gekämpft, den die *Sanacja* mit von ihr nominierten Beamten zu besetzen versuchte.<sup>170</sup> Die *Endecja* griff zu einem bewährten Mittel: antisemitischer Propaganda. Sie versuchte die *Sanacja* immer wieder zu kompromittieren, indem sie auf deren Verbindungen mit »den Juden« hinwies.<sup>171</sup>

Das Bündnis zwischen der *Endecja* und der *Chadecja* bestand in dieser Legislaturperiode nicht mehr. Vielmehr attackierten die ehemaligen Verbündeten einander nun heftig. Der konservative *Dziennik*

163 Dworecki, *Poznań i poznaniacy*, 358-360; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 180-183.

164 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 142 und 145f.

165 Przeciw komunistom, socjalistom, Niemcom, Żydom i »sanacji«. In: *KP* 463 (1929), 1.

166 Stadtverordnetenversammlung. In: *PT* 216 (1929), Beilage, o.S.

167 Nach der Wahlschlacht. In: *PT* 231 (1929), Beilage, o.S.

168 Kaczmarek, *Rada i radni*, 237.

169 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 154.

170 *Ibid.*, 157.

171 Eljasz Kirszbraun do Józefa Piłsudskiego. In: *KP* 486 (1930), 1; Jak »sanacja« zdobyła poparcie Żydów. In: *KP* 495 (1930), 4.

*Poznański* fürchtete, das Stadtparlament avanciere zum Forum regierungsfeindlicher Kräfte und »verzichtbarer politischer Manifestationen«. <sup>172</sup> Die erneute Präsenz von Kommunisten im Stadtparlament wurde wie üblich als ein Zeichen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Not gedeutet. <sup>173</sup>

Die Zusammensetzung des Stadtparlaments führte zu mehreren hitzigen Diskussionen, die sich an Fragen der Sozialpolitik und der Parteipropaganda der Opposition entzündeten. <sup>174</sup> Die Wahlkampagne zum Sejm 1930 verlagerte die Parteikämpfe auf die Straßen, wo die Nationaldemokraten u.a. mit antisemitischen Bildern gegen die *Sanacja* agitierten. <sup>175</sup> Ein Slogan lautete: »Alle Juden und Freimaurer stimmen für die Liste 1« (*Sanacja*-Liste). Im Mai 1931 versuchten Studenten in Posen, die Synagoge zu demolieren. <sup>176</sup> Die Anstifter wurden zwar gefasst, jedoch sehr milde bestraft. Mitte November veranstalteten Studenten in mehreren Großstädten antijüdische Versammlungen und Umzüge, die sich zeitlich mit dem Prozess der *Centrolew*-Aktivisten überschneiden. <sup>177</sup> Auch Posen wurde erneut zum Schauplatz judenfeindlicher Gewaltakte, in deren Verlauf die Polizei ca. 100 verdächtige Personen verhaftete. <sup>178</sup> Der konservative *Dziennik Poznański* vermutete hinter den Vorfällen die *Endecja*, die die Jugend für ihre Ziele instrumentalisieren und gegen die Juden hetze, um die Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Eine Intervention jüdischer Deputierter im Sejm, die der Posener Polizei Passivität vorwarfen, fand kein Echo im Posener Stadtparlament. <sup>179</sup>

<sup>172</sup> Pyhrrusowe zwycięstwo. In: *DzP* 232 (1929), 1.

<sup>173</sup> Inauguracyjne posiedzenie Rady Miejskiej. In: *DzP* 7 (1930), 4; Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 146.

<sup>174</sup> Z.B. Z posiedzenia Rady miejskiej. In: *KP* 23 (1930), 3; Z posiedzenia Rady miejskiej. In: *KP* 13 (1931), 3; Z wczorajszego posiedzenia Rady Miejskiej. In: *DzP* 63 (1933), 4; Magistrat i Rada Miejska traktowali sprawy bezrobotnych po macoszemu. In: *DzP* 258 (1933), 4.

<sup>175</sup> Proces o zajścia przed wyborami w Poznaniu. In: *KP* 30 (1931), 4.

<sup>176</sup> Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 198.

<sup>177</sup> 4000 akademików poznańskich manifestuje przeciw gwałtom żydowskim. In: *KP* 523 (1931), 1. *Centrolew* war ein politischer Block der Zentrums- und Linksparteien, der sich im Jahr 1929 zur Bekämpfung der Regierungspartei von Józef Piłsudski, BBWR, konstituierte. Seit Ende 1930 wurden die mit *Centrolew* assoziierten Parlamentarier in der Festung Brześć gefangen gehalten. Der besagte Prozess dauerte vom 26. Oktober 1931 bis zum 13. Januar 1932.

<sup>178</sup> Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 198.

<sup>179</sup> Posłowie żydowscy obwiniają policję poznańską o niedostateczne przeciwdziałanie demonstracjom antysemitycznym. In: *DzP* 301 (1931), 1.

Trotz dieser Proteste blieb es auch am Ende des Jahres 1931 sehr unsicher auf den Posener Straßen. Mehrmals wurden Personen wegen ihres vermeintlich jüdischen Aussehens attackiert.<sup>180</sup> Das Stadtparlament reagierte jedoch erst, als die Posener Polizei im November 1932 zwei Teilnehmer einer judenfeindlichen Demonstration erschoss.<sup>181</sup> Die Nationaldemokraten bezichtigten die Polizisten wegen ihres Einschreitens der Grausamkeit.<sup>182</sup> An der Diskussion im Stadtparlament nahm u. a. der nationaldemokratische Stadtdeputierte Franciszek Budzyński teil, der die Posener Polizei mit russischen Gendarmen verglich. Darauf entgegnete der Sozialist Franciszek Kowalewski, das Fehlverhalten der Polizei sei den Erziehungsmethoden der *Endecja* in den vergangenen Legislaturperioden anzulasten. Diese Stellungnahmen waren allerdings Ausnahmen. Ansonsten blieb es bei der gewohnten Propaganda der Nationaldemokraten, die z. B. im Dezember 1932 einen Appell an den Magistrat verfassten, jüdischen Sängern das Auftreten in der Posener Philharmonie zu untersagen.<sup>183</sup>

### Kräftemessen zwischen *Endecja* und *Sanacja*, 1933-1935

In den dreißiger Jahren zeigte die Nationaldemokratie überall im Land zunehmend Zerfallserscheinungen. Zum einen vollzog sich eine Spaltung in Alte und Junge, zum anderen eine Radikalisierung bestimmter Parteisegmente.<sup>184</sup> Die *Chadecja* wiederum setzte ihre Abkehr von der *Endecja* fort und sprach ihr ab, eine konsequent antisemitische Partei zu sein. Sie selbst ernannte sich zum wahren Verfechter des Antisemitismus. Für die Nationaldemokraten sei dieser nur ein Lippenbekenntnis, da sie persönliche Kontakte zu Juden pflegten.<sup>185</sup> Die Mobilisierungskraft antisemitischer Parolen wurde also auch von anderen Parteien erkannt, aber zugleich überschätzt, denn in diesem Fall brachte der ›wahre Antisemitismus‹ der *Chadecja* keinen Stimmenzugewinn.

Die Wahlen zum Posener Stadtparlament erfolgten am 26. November 1933 auf Grundlage der neuen, die Gegner der *Endecja* begünsti-

180 Na fali bezrozumnej agitacji. In: *DzP* 266 (1931), 1; Fakty i wnioski. In: *DzP* 294 (1931), 1.

181 Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 198 f.

182 Burzliwe posiedzenie Rady Miejskiej. In: *DzP* 260 (1932), 4.

183 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 267.

184 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 21 f.

185 Znany zwolennik endecji ułatwił żydowskiemu kapitałowi wejście do chrześcijańskiej instytucji bankowej. In: *DzP* 266 (1933), 4.



genden Wahlordnung.<sup>186</sup> Das Vereinheitlichungsgesetz (*Ustawa scale-niowa*) schränkte die Kompetenzen des Stadtparlaments zugunsten des Magistrats ein, die Kompetenzen des Magistrats wiederum zugunsten des Stadtpräsidenten.<sup>187</sup> Die Wahlen gediehen zu einer weiteren erbit-terten Kraftprobe zwischen der *Endecja* und der *Sanacja*.<sup>188</sup> Die *Sana-cja* strebte danach, der Doppelherrschaft in Großpolen endlich ein Ende zu bereiten und die Region durch die »Übernahme« der Selbst-verwaltung als einzige politische Kraft zu dominieren. Dies gelang ihr jedoch nicht, da die Nationaldemokraten erneut die Mehrheit der Sitze im Stadtparlament errang. Von den 64 Sitzen entfielen 35 auf die *Endecja*, 26 auf die *Sanacja*, für die auch die deutschen und jüdischen Wahlberechtigten stimmten,<sup>189</sup> und drei auf die Arbeiterpartei.<sup>190</sup> Die *Endecja* manifestierte ihre dominante Stellung, indem sie ein Kreuz im Beratungssaal aufhängen ließ.<sup>191</sup>

Das jüdische und das deutsche Milieu hatten zwar für die *Sanacja* ge-stimmt, jedoch ließen die Entwicklungen in Deutschland eine tatsäch-liche Zusammenarbeit auch in den Regionen nicht mehr zu.<sup>192</sup> Weder die jüdischen noch die deutschen Einwohner interessierten sich ernst-haft für die Selbstverwaltungswahlen.<sup>193</sup> Die weitgehende Ausschalt-ung der kleinen Parteien deutet darauf hin, dass sich die politische Öffentlichkeit in Posen hauptsächlich am Lager der Befürworter oder der Gegner Piłsudskis orientierte. Programmatische Unterschiede ver-loren mithin an Bedeutung. »Die Juden« blieben jedoch weiterhin ein Streitpunkt in den Diskussionen zwischen diesen beiden Lagern. Un-abhängig davon lebten sich die zugezogenen Juden gut in der Stadt ein, wofür die Herausgabe einer neuen Zeitung, der zionistischen *Pojzner Sztyme – Głos Poznański* (1935) steht.<sup>194</sup>

186 Dworecki, *Poznań i poznaniacy*, 358, 367f.; Lisiak, *Narodowa Demokra-cja*, 155; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 205f.

187 D.: Komisaryczne rządy miejskie w Poznaniu. In: *KP* 368 (1939), 6.

188 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 154; Dworecki, *Inteligencja*, 101.

189 Dworecki, *Ludność*, 206.

190 Kaczmarek, *Rada i radni*, 239; Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 156f.

191 Wczorajsze obrady rady miejskiej. In: *KP* 38 (1934), 3.

192 Judentum und Deutschtum. In: *PT* 92 (1933); Żydowski harmider »Posener Tageblatt«, 5.

193 Skupień, *Ludność*, 165.

194 Sztandar żydowskiego naporu. In: *KP* 528 (1935), 1. Zwei Seiten wurden auf Polnisch, vier auf Jiddisch gedruckt. Mehr über die *Pojzener Sztyme* siehe Witkowski, *Kalendarium*, 325.

Der Magistrat wurde nun von der *Sanacja* beherrscht, die zwar nur drei Schöffen entsandte, aber zusammen mit den drei ernannten Magistratsbeamten und dem Stadtpräsidenten die vier Schöffen der *Endeja* überstimmen konnte.<sup>195</sup> Das Amt des Stadtpräsidenten war zunächst zwischen *Sanacja* und *Endeja* heftig umkämpft, zumal kraft der neuen Wahlordnung viele Kompetenzen vom Magistrat auf den Stadtpräsidenten übergingen.<sup>196</sup> Das Stadtparlament wählte nacheinander zwei nationaldemokratische Kandidaten – Władysław Mieczkowski und Cyryl Ratajski –, die jedoch vom Innenminister nicht bestätigt wurden. Daraufhin berief die Zentralregierung in Warschau einen der ihren, nämlich Oberst Erwin Więckowski (1934-1937) in dieses Amt.<sup>197</sup> Więckowski wurde vom Magistrat unterstützt, der sich im Konflikt mit dem Stadtparlament befand.<sup>198</sup>

Die Ernennung von Więckowski markierte den Durchbruch der *Sanacja* in Großpolen, deren Anhängerschaft sich in der Folgezeit durch die Besetzung von Verwaltungsämtern vergrößerte.<sup>199</sup> Der *Kurjer Poznański* kommentierte, die Ernennung Więckowskis veranschauliche, wie eine ideale Selbstverwaltung nach Warschauer Muster aussehen solle: Nicht nur ein ernannter Magistrat, sondern auch ein ernanntes Stadtparlament gehörten dazu, sprich ein gänzlich abhängiger »Beirat«. Auf diese Weise würde die *Sanacja* die Selbstverwaltung allein beherrschen.<sup>200</sup> Die Ernennung eines *Sanacja*-Mitglieds zum Stadtpräsidenten ermöglichte es der *Endeja* jedoch, diesem die Folgen der Weltwirtschaftskrise anzulasten.<sup>201</sup>

Die administrative Einmischung der Zentralregierung in städtische Belange und das Agieren ihrer lokalen Vertreter wirkten sich unmittelbar auf die Stimmung im Stadtparlament und auf den Verlauf seiner Sitzungen aus.<sup>202</sup> Das Stadtparlament wurde zu einer Arena der Parteienkämpfe degradiert, die von Intrigen beherrscht war.<sup>203</sup> Dies lässt

195 D.: *Komisaryczne rządy miejskie w Poznaniu*, 6.

196 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 157f.

197 Demagogia i warcholstwo endeckie. In: *DzP* 246 (1934), 4.

198 Czy magistrat może się mieszać w wewnętrzne sprawy rady miejskiej? In: *KP* 111 (1935), 4.

199 Dworecki, *Poznańskie i Piłsudski*, 294.

200 Walka o samorząd Poznania. In: *KP* 285 (1935), 1.

201 Bewegte Sitzung des Stadtparlaments. In: *PT* 40 (1935), 5.

202 Kaczmarek, *Rada i radni*, 239f.

203 Burzliwe zajęcia w poznańskiej radzie miejskiej. In: *KP* 280 (1935), 2; Echa zajęć środowych w poznańskiej radzie miejskiej. In: *KP* 282 (1935), 2; Walka o samorząd Poznania. In: *KP* 285 (1935), 1; Warcholstwo »sanacji« w rad-

sich an der Diskussion über den Bau von Arbeitersiedlungen nachvollziehen.<sup>204</sup> Während die Sozialisten für Etatismus eintraten, der aus ihrer Sicht die Interessen kleiner Leute berücksichtigte, bekämpften die Nationalisten einen solchen und unterstützten private Initiativen. Die Nationaldemokraten betrieben weiterhin eine Ethnisierung der Stadtentwicklungspolitik, indem sie die Vernachlässigung mancher Straßen mit der von Juden geprägter Ortschaften verglichen.<sup>205</sup>

Die Stadt blieb eine Bühne antisemitischer Gewalttaten. So verfolgte die Öffentlichkeit mit großem Interesse einen Prozess gegen sechs junge *Endecja*-Anhänger, die Knallkörper hergestellt und in Geschäfte jüdischer Eigentümer geworfen hatten.<sup>206</sup> In einem Artikel über den Prozess charakterisierte der *Dziennik Poznański* die Nationaldemokratie als destruktive Kraft und verteidigte die Regierung:

Den jungen Leuten wurde befohlen, sich der polnischen Polizei zu widersetzen, Juden zu schlagen und jeden Regierungsanhänger als Karrieristen ohne moralisches Rückgrat zu verurteilen. Sie wurden dazu angehalten, ein destruktives Element im Staat zu bilden, nur um der Regierung Piłsudskis mehr Sorgen zu bereiten und um sie mit solchen Lausbubenstreichen schneller zu stürzen.<sup>207</sup>

Auch die Jüdische Fraktion im *Sejm* gab eine Stellungnahme zum Prozess ab und behauptete:

die *Endecja*, die mit allen Mitteln das aktuelle Regierungslager bekämpft, versucht diesen Kampf vor allem auf dem Rücken der jüdischen Bevölkerung auszutragen, da sie meint, damit am erfolgreichsten die Stellung der Regierung schwächen zu können.<sup>208</sup>

Im Jahr 1934 kündigte die *Sanacja* ihrerseits einen rigorosen Kampf gegen den Antisemitismus der *Endecja* an.<sup>209</sup> Dessen ungeachtet nahmen die judenfeindlichen Artikel in der mit der *Sanacja* sympathisierenden

zie miejskiej. In: *KP* 426 (1935), 5.

204 Stürmische Beratungen im Rathaus. In: *PT* 44 (1935), 4; Rundsprache des Stadtpräsidenten. In: *PT* 243 (1935), 5.

205 Uchwalony budżet miasta Poznania. In: *KP* 84 (1934), 3.

206 Rozłam w endecji. In: *DzP* 94 (1934), 1.

207 Ibid.

208 Zaniepokojenie Żydów. In: *KP* 253 (1934), 1.

209 Dalsze głosy prasy o wyborach. In: *KP* 241 (1934), 4; Stanowisko obozu ›sanacyjnego‹ w sprawie żydowskiej. In: *KP* 249 (1934), 1.

*Chadecja*-Presse zu, und der kommunale Wirtschaftsantisemitismus gedieh weiter. So legten die Nationaldemokraten Beschwerde ein, weil der jüdische Schreibwarenhändler Aleksandrowicz aus Krakau einen Auftrag erhalten hatte und damit christliche Betriebe übergangen worden seien.<sup>210</sup> Darüber hinaus debattierte das Stadtparlament über das Verbot des rituellen Schlachtens. Allerdings behauptete der *Kurjer Poznański* fälschlicherweise, die Posener Stadtverwaltung sei die erste gewesen, die dieses Verbot einführen wollte.<sup>211</sup> Im Feld der städtischen Subventionen wurde den Vereinigten Kunstverbänden eine Unterstützung verweigert, da die geplanten Aktivitäten »Elemente des geistigen und moralischen Zerfalls« in die Gesellschaft hineinrügen und zudem geplant sei, jüdische Künstler und solche, die den Katholizismus bekämpften, einzuladen.<sup>212</sup> Die Nationaldemokraten schrieben sich den Kampf der westlichen gegen die östliche Kultur auf die Fahnen, wobei die *Endecja* für sich westliche Werte beanspruchte.

Im Juni 1935, kurz nach dem Tod von Józef Piłsudski, wurde der Wojewode und *Sanacja*-Anhänger Artur Maruszewski durch das Innenministerium aus dem Amt entlassen. An seiner Stelle wurde der *Sanacja*-Anhänger und ehemalige Krakauer Wojewode Mikołaj Kwaśniewski ernannt. Er blieb jedoch nur bis November 1935 im Amt, als er suspendiert wurde.<sup>213</sup> Dieser Wechsel hing wahrscheinlich mit den Kämpfen im Regierungslager nach dem Tod Piłsudskis zusammen. Gleichzeitig lastete das Innenministerium dem Posener Stadtparlament Ineffizienz an, da dieses keine Haushaltskommission berufen hatte. Der Grund lag schlicht darin, dass sich die Stadtdeputierten nicht über deren Zusammensetzung hatten verständigen können.<sup>214</sup>

Ungeachtet der jüdenfeindlichen Stimmung in der Stadt unterhielt die Posener Kommune weiterhin die jüdische Schule, die im Jahr 1932

210 Upomnienie i wezwanie do poprawy wystosował min. Kościółowski pod adresem poznańskiej Rady Miejskiej. In: *DzP* 103 (1935), 4; Magistrat wniósł o zaciągnięcie 3 milj. Zł pożyczek. In: *KP* 203 (1935), 3; Wczorajsze posiedzenie rady miejskiej. In: *KP* 213 (1935), 3.

211 Poznań i jego gospodarka samorządowa. In: *KP* 560 (1938), 5. Das Warschauer Stadtparlament hatte schon in den zwanziger Jahren über ein Verbot des rituellen Schlachtens debattiert.

212 Z poznańskiej rady miejskiej. In: *KP* 438 (1934), 2.

213 Przyjazd wojewody dr. Kwaśniewskiego. In: *DzP* 148 (1935), 1.

214 Wczorajsze posiedzenie rady miejskiej. In: *KP* 213 (1935), 3; Innenminister ermahnt Stadtparlament. In: *PT* 107 (1935), 4; Warcholstwo »sanacji« w radzie miejskiej, 5. Mehr zum Streit über die Zusammensetzung der Kommission siehe Wojcieszky, *Działalność Rady Miejskiej*, 83 f. und 135.

in die Noskowski-Straße 3 umzog. Außerdem bezuschusste das Stadtparlament jüdische Waisen und Greise in den entsprechenden Institutionen.<sup>215</sup> Jüdische Institutionen waren jedoch in ihrem Fortbestand generell durch die politische Entwicklung in Deutschland gefährdet.<sup>216</sup> Da sie sich hauptsächlich durch Zinsen aus Anlagen in deutschen Banken finanzierten, kam die nationalsozialistische »Machtergreifung« einem Transferstopp der dringend benötigten Gelder gleich. Das Jüdische Krankenhaus wurde zwar durch die Sozialversicherung (*Ubezpieczalnia Społeczna*) mitfinanziert, doch kündigte diese den Vertrag zum 1. Januar 1935, weil es notorisch zu wenig Patienten hatte. Das Gebäude stand in der Folgezeit leer, bis es 1938 der Einquartierung von Juden diente, die aus Deutschland ausgewiesen worden waren.<sup>217</sup>

### »Verstaatlichung« der Selbstverwaltung: der Posener Magistrat 1935-1938

Am 25. September 1935 löste die Wojewodschaft im Namen des Innenministers das Posener Stadtparlament auf.<sup>218</sup> Durch diese radikale Maßnahme äußerte das Ministerium sein Missfallen gegenüber dem oppositionellen nationaldemokratischen Gremium und führte eine weitere Verschärfung des Konfliktes zwischen der Regierung und dem Posener Stadtparlament herbei. Der von der *Sanacja* dominierte Magistrat blieb bis 1936 im Amt und übernahm die Funktionen des Stadtparlaments.

Die nationaldemokratischen Vertreter gingen dazu über, ihre antisemitischen Positionen im *Sejm* zu vertreten. Wie die lokale Presse behaupteten sie, Posen werde durch die zuwandernden Juden bedroht. So äußerte z. B. der *Sejm*-Deputierte aus der Kattowitzer Region [Tadeusz?] Kopec (BBWR) während der Sitzung der Haushaltskommission im *Sejm*, man habe sich nicht stark genug für das »polnische Element« im Wirtschaftsleben der Region eingesetzt, weshalb es jetzt von »den

215 Budżet miasta Poznania na rok 1934/1935. In: APP, zesp. AMP, sygn. 810, folio 47.

216 Wiadomości z Poznania. In: *NP* 365 (1935), 11.

217 Niziołek, Andrzej/Kosalowa, Ksenia: *Fira. Poznańscy Żydzi. Opowieść o życiu*. Poznań 2014, 34.

218 Dworecki, *Poznań i poznaniacy*, 344 und 374f.; Gulczyński, *Władze miasta Poznania*, 217; Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 225f.; Rozwiązanie Rady Miejskiej w Poznaniu. In: *DzP* 224 (1935), 3. Wzywamy was w szranki! In: *KP* 445 (1935), 1; Po rozwiązaniu rad miejskich Poznania i Gniezna. In: *KP* 453 (1935), 4.

Juden« beherrscht werde. Diese – so Kopeć – senkten das Kultur-niveau und verbreiteten kommunistische Ideen.<sup>219</sup> Im Jahr 1937 veranstaltete die *Endecja* gar eine ganze Kampagne unter dem Titel »Großpolen ohne Juden«. <sup>220</sup>

Schon 1935 hatten die Nationaldemokraten die Justiz bemüht und beim Obersten Verwaltungsgericht Klage eingereicht, da das Posener Stadtparlament aus ihrer Sicht grundlos aufgelöst worden war.<sup>221</sup> Das Gericht erklärte den Auflösungsakt schließlich für unrechtmäßig und ließ das alte Stadtparlament am 20. Dezember 1936 reaktivieren,<sup>222</sup> so dass dieses seit dem 18. Januar 1937 wieder beschlussfähig war. Folglich konnten die Auseinandersetzungen zwischen *Endecja* und Regierung auch auf der kommunalen Ebene fortgesetzt werden.<sup>223</sup> So verweigerten die Posener Nationaldemokraten während der ersten Sitzung nach der Rede von Stadtpräsident Więckowski, die der Lage der städtischen Wirtschaft galt, den Applaus.<sup>224</sup> Dies lag sicher auch daran, dass die Besetzung des Amtes des Stadtpräsidenten weiterhin heftig umstritten war und die *Endecja* erneut einen eigenen Kandidaten unterstützte.<sup>225</sup>

Die Wahl des Posener Stadtpräsidenten durch das Stadtparlament im Jahr 1937 verfolgte die Presse wegen des anhaltenden Konflikts zwischen *Sanacja* und *Endecja* mit großem Interesse. Jüdische Journalisten waren bei der Wahl jedoch nicht erwünscht und wurden des Saales verwiesen.<sup>226</sup> Nachdem die nationaldemokratischen Deputierten ihren Rücktritt verkündet hatten, um die Wahl des Stadtpräsidenten zu boykottierten,<sup>227</sup> löste sich das Stadtparlament am 25. Januar 1937 erneut auf.<sup>228</sup> Bis zu den nächsten Wahlen gab es daher kein Posener

219 Sejm a Bereza i Żydzi. In: *KP* 20 (1937), 1.

220 Propaganda a nie demonstracja. In: *KP* 420 (1937), 4; W.Jel.: Atak żydowski na Poznań, 4; Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 392 f.

221 Auflösung des Stadtparlaments wird angeklagt. In: *PT* 228 (1935), 5.

222 Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 227; Co z radą miejską? In: *DzP* 289 (1936), 1.

223 Pierwsze posiedzenie reaktywowanej Rady Miejskiej. In: *DzP* 15 (1937), 4; Na ratuszu. In: *DzP* 18 (1937), 1.

224 Pierwsze posiedzenia wznowionej Rady Miejskiej w Poznaniu. In: *KP* 28 (1937), 1.

225 Należy skończyć z niepewnością prawną i tymczasowością Zarządu stoł. m. Poznania. In: *KP* 36 (1937), 1.

226 Wczorajsze posiedzenia Rady Miejskiej przedłużyło stan komisarycznych rządów na Ratuszu. In: *DzP* 19 (1937), 6.

227 Rada Miejska nie wybrała prezydenta miasta. In: *DzP* 19 (1937), 1.

228 Rozwiązanie Rady Miejskiej m. Poznania. In: *DzP* 22 (1937), 4.

Stadtparlament. Seine Kompetenzen übernahm als kommissarischer Stadtpräsident erneut Erwin Więckowski; am 30. Dezember 1937 löste ihn Tadeusz Ruge<sup>229</sup> ab. Welche Politik die von der *Sanacja* dominierten Institutionen verfolgen sollten, verdeutlicht eine an die lokalen Beamten adressierte Anordnung, ausschließlich christliche und polnische Kaufleute zu unterstützen.<sup>230</sup> Allein die in ihren Geschäften getätigten Einkäufe durften von der Kommunalverwaltung erstattet werden. Die Beamten sollten sich außerdem allein von christlichen Ärzten behandeln lassen.<sup>231</sup> Im letzten Fall handelte es sich höchstwahrscheinlich um eine lokale Version einer an alle Beamten im Staat gerichteten Anordnung.<sup>232</sup> Da es in Posen kein Stadtparlament mehr gab, konnte dieser Vorgang nur noch im *Sejm* kritisiert werden, was der zionistische Abgeordnete Emil Sommerstein in die Tat umsetzte.

Bereits im April 1936 kam es in Posen – wie in ganz Polen – erneut zu Gewaltausbrüchen. Allerdings richteten sich diese nicht allein gegen jüdische Einrichtungen, sondern zur Verwunderung des *Dziennik Poznański* auch gegen nichtjüdische:

Posen ist zum Synonym für die nationale Aufklärung und zum Vorzeigeobjekt für die übrigen Regionen Polens geworden, da hier alle gottesfürchtig-vaterländischen (*bogoojczyźnianych*) nationalen Tugenden umgesetzt werden. Juden machen hier nur einen kleinen Bruchteil der Stadtbevölkerung aus, sind im Getto fast vollkommen isoliert und nehmen keinen Anteil am öffentlichen Leben. Warum wandte sich der ›Volkszorn‹ nun plötzlich nicht gegen die armseiligen Stände in der Nähe der jüdischen Straßen, sondern gegen die christlichen Schlachthäuser und Bäckereien, und sogar – o Wunder! – gegen die Redaktionen der *Endecja*-Zeitschriften? Es gab dort keine ›jüdische Hand‹ – selbst die Presse der Posener *Endecja* versuchte nicht, dies zu suggerieren, um sich nicht lächerlich zu machen und zu blamieren.<sup>233</sup>

229 Nowy prezydent miasta Poznania inż. dypl. Tadeusz Ruge. In: *DzP* 301 (1937), 4.

230 Jüdische Interpellationen im Sejm. In: *PT* 283 (1937), 1.

231 Die Beamten, die in den kommunalen Krankenhäusern behandelt wurden, erhielten 15 % Rabatt. Jednolity front biurokracji przeciw samorządowi. In: *KP* 105 (1937), 4.

232 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 383.

233 D.L.: Poznań. In: *Nowy Dziennik* 114 (1936), 7.

Während die Nationaldemokraten den Posener Juden im April 1936 noch nicht unterstellten, selbst die Initiatoren der Unruhen zu sein, behauptete die Posener *Chadecja* später genau dies von der Pogromwelle des Jahres 1936, die sie jüdischen Provokateuren zuschrieb.<sup>234</sup> Auch der Ton des *Dziennik Poznański* wurde zunehmend antisemitisch. Die Zeitung berichtete ausführlich vom Verlauf der Aktion zur Verdrängung (*wypieranie*) von Juden aus bestimmten Berufsgruppen, Bildungsinstitutionen und Vereinen, die sie euphemistisch unter dem Sammelbegriff »ethnische Polonisierung« (*unarodowienie*) zusammenfasste.<sup>235</sup> Einer ihrer Autoren stellte verallgemeinernd fest, dass »die politischen und sozialen Verhältnisse momentan vollkommen unbeständig« seien und ein Gefühl der Instabilität alles überlagere.<sup>236</sup> Der Historiker Henryk Lisiak behauptet jedoch, die wachsende Judenfeindschaft in der Presse habe im Widerspruch zu den Alltagspraktiken der Bevölkerung gestanden. Deren Antisemitismus habe sich abgeschwächt.<sup>237</sup>

Elżbieta Wojcieszuk zitiert den *Kurjer Poznański* vom 16. Februar 1935 mit einer Notiz, wonach das Innenministerium eine ganze Reihe von Vorschriften erlassen hatte, die ein bestimmtes Vorgehen in Haushalts- und Finanzangelegenheiten anordneten.<sup>238</sup> Es lässt sich jedoch nicht mit Sicherheit feststellen, ob sich darunter auch ein Rundschreiben vom 2. Januar 1936 befand, in dem angesichts der allgemein prekären Finanzlage eine Begrenzung der Subventionierungen angeordnet wurde. Die Existenz eines solchen würde erklären, warum die Israelitische Kranken- und Begräbnisgesellschaft keine kommunalen Subventionen mehr erhielt.<sup>239</sup> Im Rechenschaftsbericht derselben wurde sogar behauptet, die Mehrheit der Pflegefälle in den christlichen Einrichtungen werde auf Kosten der jüdischen Gemeinde betreut. Ohne Zweifel wurde aber die jüdische Schule weiterhin vom Posener Magistrat unterhalten.<sup>240</sup>

234 Żydowski morderca z Przytyku składa sprzeczne zeznania. In: *DzP* 130 (1936), 3.

235 Unarodowienie handlu. In: *DzP* 267 (1937), 1.

236 Łatanie samorządu. In: *DzP* 22 (1938), 1.

237 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 268.

238 Wojcieszuk, *Działalność Rady Miejskiej*, 136.

239 Sprawozdanie z działalności Izraelickiego Towarzystwa Pielęgnowania Chorych i Chowania Umarłych. In: APP, zesp. AMP, sygn. 1059, folio 46.

240 1936. *Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1936 do 31 marca 1937*. Poznań 1937, 9; 1937. *Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1937 do 31 marca 1938*. Poznań 1938, 13.



## »Den nationalen und katholischen Charakter der Stadt bewahren«: Die Wahlen 1938

Seit dem Jahr 1936 forderten verschiedene Autoren in der Posener Presse eine autonome Selbstverwaltung und hatten dabei bereits die nächsten Selbstverwaltungswahlen im Blick.<sup>241</sup> Im *Sejm* dauerten das ganze Jahr 1938 hindurch die Arbeiten an einem neuen Gesetz an, das die Wahlen in den sechs Großstädten regeln sollte.<sup>242</sup> Es wurden sogenannte »lockere Listen« eingeführt, die den Wählern die Möglichkeit eröffneten, Stimmen für konkrete Namen auf mehrere Listen zu verteilen. Zudem konnten die Wahlkreise künftig so zugeschnitten werden, dass die Regierungspartei im Vorteil war.

Die Wahlreform zielte theoretisch darauf ab, den Einfluss der Parteien auf die Wahlen zu mindern.<sup>243</sup> In der Republik Polen war ein Plan der *Sanacja*, das Parlament in zwei Kammern bzw. Kurien aufzuteilen: eine nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählte und eine zweite, deren Mitglieder proportional von der Selbstverwaltung der Wirtschafts- und Berufsverbände zu wählen waren. Entsprechend sollten auch in den Stadtparlamenten zwei Kammern eingeführt werden.<sup>244</sup> Der *Kurjer Poznański* berichtete von alternativen Anträgen der Nationaldemokraten im Parlament, die darauf abzielten, das Wahlrecht der Juden zu beschneiden und eine eigene jüdische Kammer in der städtischen Selbstverwaltung einzuführen.<sup>245</sup> Die Anträge fielen jedoch mangels Zustimmung durch.

Im April 1938 wurden die Verwaltungseinheiten in Polen neu organisiert, wodurch vier Kreise des ehemaligen Kongresspolen zur Wojewodschaft Posen hinzukamen, die sich durch eine starke jüdische Minderheit auszeichneten.<sup>246</sup> Auf diese Weise erhöhte sich der prozentuale Anteil der jüdischen Bevölkerung in der Wojewodschaft auf insgesamt

241 Z.B.: Tylko pełny samorząd zapewni miastom polskim lepszą przyszłość. In: *DzP* 218 (1937), 2.

242 M.K.: Wybory do Rady Miejskiej w Poznaniu według projektu rządowego. In: *KP* 53 (1938), 3.

243 Ordynacja miejska w świetle ostatnich wyborów. In: *KP* 306 (1939), 1. Dies lag im europäischen Trend, nach dem in der Staatsverwaltung und in der Legislative die berufliche Qualifikation der Abgeordneten stärker berücksichtigt werden sollte.

244 M.K., Wybory do Rady Miejskiej w Poznaniu według projektu rządowego, 3.

245 Kuria żydowska – zginęła. In: *KP* 288 (1938), 1.

246 Kowalski, Poznańska gmina żydowska, 83; Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 231.

2,2 %. Die Neuziehung der administrativen Grenzen lieferte den lokalen Antisemiten neuen Stoff. Sie forderten, die Städte zu »entjuden«,<sup>247</sup> die Autonomie der Selbstverwaltungen zu stärken und eine Dezentralisierung der Verwaltung voranzutreiben. Ihre Forderungen standen im breiteren Kontext der Debatten des Polnischen Städtebundes (*Związek Miast Polskich*), der in derselben Zeit die Einführung eines Arierparagrafen<sup>248</sup> und die Etablierung einer jüdischen Kammer erörterte.<sup>249</sup> Eine autonome, dezentralisierte Selbstverwaltung sollte in Großpolen also vor allem dem Ziel dienen, die Region zu »nationalisieren«. Zur Wahlkampagne 1938 schrieb der *Dziennik Poznański*:

[...] jede Gruppe, mit Ausnahme der Sozialisten, unterstreicht die Notwendigkeit, den nationalen und katholischen Charakter der Stadt zu bewahren und den Kampf gegen das jüdische Element [zu führen].<sup>250</sup>

Der »polnische« Charakter der Stadt sollte vor allem durch »die Abwehr der Judenflut, die nach Posen drängt«, erhalten bleiben.<sup>251</sup> Besonders grotesk war der Vorwurf, jüdische Fabrikanten schafften keine zusätzlichen Arbeitsplätze für christliche Arbeitnehmer, die allein einen Sieg im Kampf gegen die Juden garantieren könnten.<sup>252</sup>

Schließlich wurde im Jahr 1938 eine neue Wahlordnung eingeführt.<sup>253</sup> In den Selbstverwaltungswahlen vom 18. Dezember 1938 gewannen jedoch wieder die Nationaldemokraten die absolute Mehrheit. Von den insgesamt 72 Sitzen errangen sie 52, die *Sanacja* und die *Chadecja*, die wieder zusammen antraten, gemeinsam 19 und die Sozialisten (PPS) einen.<sup>254</sup> Während konservative Kräfte die Wahlergebnisse

247 Gutsche, Jerzy: *Zdrowa ambicja miast*. In: *DzP* 40 (1938), 1.

248 Walka o paragraf aryjski w Zw. Miast Polskich. In: *DzP* 98 (1938), 1; Dyskusja nad »szlagierem« rządowym. In: *DzP* 144 (1938), 4.

249 Żydzi nie mogą rządzić w naszych miastach. In: *DzP* 129 (1938), 2.

250 Wyborcę interesuje osoba i charakter przyszłego radnego. In: *DzP* 280 (1938), 9.

251 Pracownicy umysłowi również walczą o własną reprezentację w Radzie Miejskiej. In: *DzP* 283 (1938), 9.

252 Z.B.: O zmniejszenie bezrobocia wśród ludności narodowości polskiej. Polacy nie mogą emigrować ani też głodować w Polsce, gdy obcy przedsiębiorcy ich nie chcą zatrudniać. In: *DzP* 7 (1939), 1.

253 Lisiak, *Narodowa Demokracja*, 292.

254 Czubiński, *Poznań w latach 1918-1939*, 257-261; Dworecki, *Poznań i poznaniancy*, 377; Wyniki wyborów do rad miejskich. 52 mandaty Str. Narodowego w Poznaniu. In: *DzP*. 290 (1938), 1.

als Widerstand der Gesellschaft gegen die Regierung und das Regierungslager OZN interpretierten, betrachteten die Nationaldemokraten sie als Spiegel der tatsächlichen politischen Stimmung im gesamten Staat.<sup>255</sup>

Das Posener Stadtparlament setzte sich fast vollständig aus Deputierten zusammen, die neu ins Amt gewählt waren.<sup>256</sup> Schon während der ersten Sitzung traten die Nationaldemokraten dafür ein, den zentral gelegenen Freiheitsplatz (*Plac Wolności*) in Roman-Dmowski-Platz umzubenennen, um so den im Januar 1939 verstorbenen Anführer der *Endecja* zu ehren, der ein erklärter Antisemit gewesen war.<sup>257</sup> Am 4. Mai forderten die nationalen Deputierten einen »entjudeten« Namen für die traditionsreiche Synagogenstraße (*Bóżnicza*).<sup>258</sup>

Die Nationaldemokraten gewannen alle Abstimmungen, indem sie Anträge der Opposition erst gar nicht annahmten. Schon in einer der ersten Sitzungen setzten sie antijüdische Akzente, die weit über Großpolen hinausreichten. So forderte der Vorsitzende der nationaldemokratischen Fraktion, der Jurist Stanisław Celichowski, sowohl eine Stärkung des »Polentums« außerhalb der Staatsgrenzen als auch eine »Säuberung« der polnischen Kultur von jüdischen Einflüssen. Der Stadt Posen wies er dabei eine Avantgardestellung zu. Für das Plädoyer, Großpolen solle »das Idealbild der reichen polnischen Kultur repräsentieren«, erntete er großen Beifall.<sup>259</sup> Nicht zu ermitteln ist, ob ein Zusammenhang zwischen diesen Aussagen und einer Anfrage Celichowskis beim Magistrat vom 4. Januar 1939 bestand, in der er sich nach der Praxis des rituellen Schächtens in Posen erkundigte.<sup>260</sup> Angesichts der klaren Position Celichowskis verwundert es nicht, dass er von den nationaldemokratischen Stadtdeputierten für den Posten des Stadtpräsidenten vorgeschlagen wurde.<sup>261</sup>

255 In der Hochburg der Nationaldemokratie. In: *PT* 290 (1938), 2.

256 Kaczmarek, *Rada i radni*, 241.

257 Rada Miejska odrabia komisaryczne zaległości. In: *KP* 124 (1938), 4; *Z* poznańskiego parlamentu miejskiego. In: *KP* 259 (1939), 4.

258 Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 244.

259 Rada Miejska uchwaliła budżet Poznania. In: *DzP* 53 (1939), 4; Eine merkwürdige Rassentheorie. In: *PT* 53 (1939), 5.

260 Wojcieszek, *Działalność Rady Miejskiej*, 157.

261 Beratungen der Stadtverordneten. In: *PT* 171 (1939), 7; *Z* obrad Rady Miejskiej. In: *KP* 339 (1939), 3.

## Zwischenfazit

Die Demokratisierung der Selbstverwaltung änderte die nationalen Verhältnisse im Posener Stadtparlament grundlegend zugunsten der christlichen Polen. Ein Übriges tat die Abwanderung der deutschen und der alteingesessenen jüdischen Bevölkerung. Politisch dominierte durchgängig die Nationaldemokratie, was sich wiederholt in den Wahlergebnissen niederschlug. Seit 1925 gab es im Stadtparlament überhaupt keinen Vertreter der jüdischen Stadtbevölkerung mehr.

Da in Posen kaum noch Juden lebten, hatte das Stadtparlament wenig mit den Angelegenheiten zu tun, die den Alltag und die Lebenswelt dieser Bevölkerungsgruppe betrafen. Die Selbstverwaltung subventionierte so gut wie keine jüdischen Institutionen, so dass diese bis 1933 fast vollständig durch in deutschen Banken deponierte Anlagen finanziert wurden. Judenfeindliche Übergriffe, die sich auf das Stadtzentrum konzentrierten, pflegte das Stadtparlament zu ignorieren oder taktisch zu verschweigen. Das nationaldemokratisch dominierte Gremium konstruierte vielmehr eine Bedrohung der christlichen Polen durch die »jüdische Gefahr«, der man sich mit einer diskriminierenden »Zurückweisung« der Juden widersetzen musste. Diese vermeintliche Gefahr bauschten vor allem die Nationaldemokraten immer wieder auf und instrumentalisieren sie, um sich breite politische Unterstützung zu sichern. Im Stadtparlament und in ihren Presseorganen kämpften sie eifrig und verbissen dafür, Posen als »polnischste« aller polnischen Städte zu etablieren. Paradox mutet der Umstand an, dass die Nationaldemokratie dort am stärksten war, wo nur noch wenige Juden lebten.



Abb. 3: Das Rathaus in Warschau. In: *Warszawa. Ku upamiętnieniu dziesięciu lat samorządu Stolicy w Niepodległej Polsce 1918-1928*, hg. v. Magistrat miasta stoł. Warszawy. Warszawa 1929, 52.

### 3. Warschau

#### Imperiale Traditionen und neue Tendenzen: Juden in der Warschauer Stadtpolitik

Warschau – bis 1939 eine der größten »jüdischen« Städte – hat besonders die Aufmerksamkeit von Historikern und Historikerinnen auf sich gezogen, die sich für das Zusammenleben verschiedener ethnisch-konfessioneller und nationaler Milieus interessieren.<sup>1</sup> Die Wechselbeziehungen zwischen den Warschauer Juden und den nichtjüdischen Warschauern in der Zeit der Teilungen haben unter anderem Stephen D. Corrsin,<sup>2</sup> Theodore Weeks<sup>3</sup> und Piotr Wróbel<sup>4</sup> untersucht. Diese Arbeiten machen deutlich, dass im ehemaligen »Weichselland«<sup>5</sup> ein be-

- 1 In der Zwischenkriegszeit war mehr als ein Drittel der Einwohner Warschaus jüdisch: im Jahr 1921 33,1 % (310.000), 1931 noch 29,1 % (375.000). Polonsky, Antony: Warsaw. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Warsaw#idoesgac> (6.2.2014). Dieses Kapitel ist eine bearbeitete und korrigierte Version von zwei meiner früheren Artikel. Kozińska-Witt, Hanna: Warschau und »seine« Juden: Kommunalpolitik und das jüdisch-polnische Verhältnis im Warschauer Stadtparlament (1919-1939). In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 207-235 und eadem: Reprezentacja żydowskich mieszkańców miasta w samorządzie warszawskim 1919-1939: lokalny kontekst historyczny i próba ogólnej charakterystyki na podstawie sprawozdań prasowych. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 260 (2016), 845-878.
- 2 Corrsin, Stephen D.: *Warsaw before the First World War. Poles and Jews in the Third City of The Russian Empire*. New York 1989.
- 3 Weeks, Theodore R.: *Zwischen zwei Feinden. Polnisch-jüdische Beziehungen und die russischen Behörden zwischen 1863 und 1914*. Leipzig 1998; idem., *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier 1863-1914*. DeKalb 1996; idem.: *From Assimilation to Antisemitism. The »Jewish Question« in Poland, 1850-1914*, DeKalb 2006; idem.: Nationality and Municipality: Reforming City Government in the Kingdom of Poland, 1904-1915. In: *Russian History* 21 (1994), 23-47; Śmiechowski, Kamil: Hierarchia czy demokracja? Wizja stosunków społecznych w miastach Królestwa Polskiego (na podstawie dyskusji o samorządzie miejskim w trakcie rewolucji 1905 roku). In: *Studia z historii społeczno-gospodarczej* 14 (2015), 103-120, hier 118f.
- 4 Wróbel, Piotr: Jewish Warsaw before the First World War. In: *The Jews in Warsaw. A History*, hg. v. Władysław T. Bartoszewski und Anthony Polonsky. Oxford 1991, 247-277.
- 5 Mit diesem Begriff bezeichnete die russisch-imperiale Verwaltung seit 1867 das aus dem Wiener Kongress hervorgegangene Königreich Polen (*Królestwo Polskie*), das infolge des Januaraufstandes 1863/64 seinen semiautonomen

sonderer Zusammenhang zwischen der Diskussion über die städtische Selbstverwaltung und der ›Judenfrage‹ bestand.

Im Unterschied zu den anderen Teilungsgebieten gab es im Königreich Polen keine kommunale Selbstverwaltung. Vielmehr wurde die Region zentralistisch von St. Petersburg aus regiert, und die Anordnungen wurden von den lokalen exekutiven und kontrollierenden Magistraten ausgeführt. Die nach dem Jahr 1905 erwogene Einführung der städtischen Selbstverwaltung, die mit der ›Parlamentarisierung‹ des Russländischen Reiches, sprich mit der Etablierung der *Duma* zusammenhing, wurde immer mehr mit dem Ziel verbunden, die Partizipation der Juden an der Landesvertretung zu regulieren bzw. zu schmälern. Das polnische nationaldemokratische Milieu, das zu diesem Zeitpunkt als einziges über eine gut funktionierende Parteiorganisation verfügte, erhob den Anspruch, das Königreich Polen und seine Städte allein zu repräsentieren. Den Juden, die mehr als ein Drittel der städtischen Einwohner Warschaus ausmachten, war dabei die Rolle untergeordneter Verbündeter zugeordnet, die für ihre Unterstützung und Loyalität entsprechend ›belohnt‹ werden sollten.

Jüdische Aktivisten behaupteten hingegen, dass Warschau auch ihre Stadt sei und sie das Recht hätten, die kommunale Politik mitzugestalten. Trotz der politischen Ausdifferenzierungsprozesse im Königreich Polen, die unterschiedliche politische Kräfte zutage treten ließen, bestanden die Nationaldemokraten weiterhin auf ihrer Führungsrolle und nahmen jegliches Anzeichen politischer Emanzipation der ›anderen Polen‹, insbesondere der Juden, als Bedrohung wahr. Diese vermeintliche Gefahr versuchten sie, durch Propaganda und Aktionismus abzuwenden. Den Höhepunkt dieser Strategie bildete der antijüdische Boykott im Jahr 1912, den die Nationaldemokraten als ›Vergeltung‹ für das Wahlverhalten der jüdischen Wähler und die daraus resultierende Niederlage der *Endecja* bei den Wahlen zur vierten *Duma* kommunizierten.<sup>6</sup> Auf diese

Status einbüßte und in das russische Herrschaftsgebiet inkorporiert wurde. Umgangsprachlich benutzte man weiterhin den ursprünglichen Namen Königreich Polen.

6 Zieliński, Konrad: *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej*. Lublin 2005, 65-99; Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 71 f.; Nalewajko-Kulikow, Joanna: *Myśli nowoczesnych Żydów. Wybory do IV Dumy, bojkot ekonomiczny i stosunki polsko-żydowskie (1912-1914) w świetle warszawskiego ›Hajntu‹*. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 258 (2016), 279-297. Scott Ury datiert die endgültige Spaltung zwischen den beiden Ethnien in die Zeit um die Revolution von 1905. Ury, Scott: *Barricades and Banners. The Revolution of 1905 and the Transformation of Warsaw Jewry*. Stanford 2012.

Weise wurden die Beziehungen zwischen Christen und Juden im Königreich dauerhaft vergiftet.<sup>7</sup>

Der Erste Weltkrieg trug zusätzlich zur Ethnifizierung der Kommunalpolitik bei,<sup>8</sup> nicht zuletzt durch die massive Zunahme der Zahl jüdischer Flüchtlinge in den Jahren 1915/16, die in Warschau zu verschärften Konflikten zwischen Christen und Juden führte.<sup>9</sup> Auch jene Polen, die während des Krieges begannen, eine Selbsthilfe und Selbstverwaltung zu organisieren, duldeten keine Juden in ihren Reihen – ein paar wenige Assimilierte ausgenommen.<sup>10</sup> Manche Juden interpretierten dies als Signal, auch weiterhin keine Chance zu haben, von den christlichen Polen als gleichberechtigte Bürger anerkannt zu werden.

Die Geschichte der Warschauer Selbstverwaltung begann mit dem ersten Stadtparlament, das noch während der deutschen Besatzung im Juli 1916 eingesetzt wurde.<sup>11</sup> Das Parlament bestand aus sechs Kurien: fünf wurden nach einem ökonomisch-konfessionellen Zensus zusammengestellt; die sechste wurde demokratisch gewählt. Auf Initiative christlicher polnischer Politiker, die eine Wahlniederlage wie 1912 vermeiden wollten, sprachen sich die Vertreter der Demokraten und der *Endecja* mit den

- 7 Jedlicki, Jerzy: *The End of the Dialogue. Warsaw 1907-1912*. In: *The Jews in Poland*, hg. v. Sławomir Kapralski. Krakau 1999, Bd. 2, 111-123; Bergmann, *Narodowa Demokracja wobec problematyki żydowskiej*, 21; Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 71.
- 8 Wróbel, Piotr: *The First World War. The Twilight of Jewish Warsaw*. In: *The Jews in Warsaw*, 278-289; Silber, Marcos: *Ambivalent Citizenship – The Construction of Jewish Belonging in Emergent Poland, 1915-1918*. In: *Jahrbuch Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 161-183; idem: *Different Nationality, Equal Citizenship! The Efforts to Achieve Autonomy for Polish Jewry during the First World War*. Tel Aviv 2014, V-XVIII.
- 9 Blobaum, Robert: *A Warsaw Story. Polish-Jewish Relations during the First World War*. In: *Warsaw. The Jewish Metropolis. Essays in Honor of the 75th Birthday of Professor Antony Polonsky*, hg. v. Glenn Dynner und François Guesnet. Leiden/Boston 2015, 271-297, hier 272.
- 10 Wróbel, Piotr: *Wielka rozszada. Syjoniści warszawscy pomiędzy Niemcami a Rosją w czasie pierwszej wojny światowej*. In: *Żydzi Warszawy. Materiały konferencji w Żydowskim Instytucie Historycznym w 100. Rocznice urodzin Emanuela Ringelbluma*. Warszawa 2000, 159-192; Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie*, 267f.; Weiser, Kalman: *Jewish People, Yiddish Nation. Noah Prylucki and the Folkists in Poland*. Toronto et al. 2011, 121.
- 11 Wróbel, *Wielka rozszada*, 174-176; Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 14f. Die Wahlagitation schildert Golczewski, Frank: *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922*. Wiesbaden 1981, 159-161. Es ist bezeichnend, dass man keine politische Orientierung der jüdischen Stadtdeputierten im ausgehandelten Kontingent angab, sondern diese als eine (assimilierte) Einheit präsentierte.



Vertretern der meisten politischen Richtungen des jüdischen Milieus ab, die sich in einem Vereinigten Jüdischen Wahlkomitee organisiert hatten: Zionisten, Orthodoxe, Chassidim, Folkisten<sup>12</sup>, Neoassimilierte,<sup>13</sup> Assimilierte und Parteilose. Entsprechend günstig fiel die Verteilung der Sitze im Stadtparlament für die christlichen Polen aus: 26 für die *Endecja*, 19 für die Demokraten und 15 für das Jüdische Wahlkomitee.

Auf diese Weise wurde ein Drittel der Stadtbevölkerung von nur 15 Vertretern repräsentiert. Dennoch waren die genannten jüdischen Parteien damit zufrieden, da jüdische Deputierte wohl zum ersten Mal als relativ gleichberechtigte Partner am Verhandlungstisch saßen.<sup>14</sup> Andererseits ist denkbar, dass manche jüdischen Vertreter die Dominanz der christlichen Polen im künftigen Staat von Anfang an anerkannten und sich angesichts der ungünstigen Entwicklungen nach 1912 mit ihnen arrangieren wollten, um so die eigenen Angelegenheiten erfolgreicher verhandeln zu können.<sup>15</sup> Ein solches Vorgehen kann aber auch in der langen Tradition der ausgehandelten Kompromisse (*ugody*) zwischen Juden und Nicht-Juden in der frühen Neuzeit betrachtet werden.<sup>16</sup>

12 Die *Folks-Partey* konstituierte sich im Jahr 1916 während der Wahlen zum Warschauer Stadtparlament. Ihre Anhänger waren von Simon Dubnow inspiriert und strebten eine säkulare und jiddischsprachige nationale Autonomie in der Diaspora an. Sie gruppieren sich u.a. um die einflussreiche Tageszeitung *Der Moment*. Ihr Anführer war Noah Pryłucki. Siehe Weiser, Kalman: Folkists. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Folkists> (20.7.2017). Von ihren Gegnern wurden die Folkisten als »jüdische *Endecja*« verspottet.

13 Die Neoassimilierten (*neoasymilatorzy*), auch Unabhängige (*Niezależni*) genannt, waren eine Untergruppierung der Assimilierten, die sich im Königreich Polen während der Wahlkampagne zur IV. *Duma* und des darauffolgenden judenfeindlichen Boykotts bildete. Sie bekämpften den Antisemitismus und widersetzten sich *Endecja*-Politikern, die sich an die miteinander getroffenen Vereinbarungen nicht hielten. Żebrowski, Rafał: Neoasymilatorzy. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <http://www.jhi.pl/psj/neoasymilatorzy> (22.7.2016). Golczewski definiert die Neoassimilierten als eine Gruppe, »die für eine weitgehende Anpassung an die nicht-jüdische Umwelt unter Beibehaltung der jüdischen und kulturellen Traditionspflege ein[trat]«. Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen*, 162.

14 Silber, *Ambivalent Citizenship*, 167.

15 Peter Pulzer bemerkt, viele illustre jüdische Persönlichkeiten hätten im 19. Jahrhundert die Meinung vertreten, die jüdische Sache werde am besten von Nichtjuden vertreten. Pulzer, *Die jüdische Beteiligung an der Politik*, 162.

16 Guesnet, François: Agreements between Neighbours. The »ugody« as a Source on Jewish-Christian Relations in Early Modern Poland. In: *Jewish History* 24 (2010), 257-270.

Die eigentlichen Wahlen fanden in der sechsten Kurie statt: Auch hier gewann die *Endecja*; vier Sitze gingen an die Folkisten und einer an den *Bund*. Im Stadtparlament saßen schließlich 70 christliche und 20 jüdische Vertreter, davon 15 gemäß der skizzierten Absprache und fünf gewählte. Die städtische Arena avancierte zu einer der wichtigsten öffentlichen Bühnen, auf der Konflikte zwischen Juden und Polen ausgetragen wurden,<sup>17</sup> umso mehr, weil Nationalismen »den anerkannten politischen Horizont der damaligen Zeit markierten«. <sup>18</sup> Ich möchte an dieser Stelle allerdings unterstreichen, was für spätere Entwicklungen von Bedeutung scheint: In bestimmten Situationen war es weiterhin möglich, Absprachen zwischen der *Endecja* und jüdischen Repräsentanten zu treffen, insbesondere mit den Assimilierten und Orthodoxen, aber auch mit den Zionisten – also innerhalb des bürgerlichen Lagers.<sup>19</sup> Die Zionisten verließen jedoch bald die gemeinsame jüdische Repräsentanz und bildeten eine eigene Fraktion im Stadtparlament.

Polnische Politiker bevorzugten unter den Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung die Assimilierten, da mit ihnen eine Verständigung auf Polnisch mühelos möglich war und sie sich dem politischen Habitus der polnischen Repräsentanten angeglichen hatten. Außerdem teilten beide Gruppen die Erfahrung der Kooperation in Wohltätigkeitsvereinigungen und sozialen Initiativen.<sup>20</sup>

Ein Vertreter der Assimilierten, Kazimierz Natanson, wurde im Jahr 1917 Mitglied im Provisorischen Staatsrat für das Königreich Polen (*Tymczasowa Rada Stanu Królestwa Polskiego*).<sup>21</sup> Weitere 30 Assimilierte arbeiteten dort als Angestellte.<sup>22</sup> Im Laufe des Jahres 1918 wurden acht jüdische Repräsentanten für den neuen Staatsrat (*Rada Stanu*) nominiert, der insgesamt 110 Sitze hatte. Fünf von ihnen wurden gewählt, drei nominiert. Gewählt wurde u.a. ein Folkist und ein Zionist.<sup>23</sup> Unter diesen Politikern waren einige, die in den künftigen

17 Blobaum, *A Warsaw Story*, 292f.

18 Ich paraphrasiere hier eine Aussage von Kenneth Moss: »the nation as political horizon«. Moss, Kenneth R.: *Negotiating Jewish Nationalism in Interwar Warsaw*. In: *Warsaw. The Jewish Metropolis. Essays in Honor of the 75th Birthday of Professor Antony Polonsky*, hg. von Glenn Dynner und François Guesnet. Leiden/Boston 2015, 390-434, hier 396.

19 Guesnet, *Agreements between neighbours*.

20 Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie*, 284.

21 Wróbel, *Wielka rosza*, 181.

22 Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie*, 317.

23 Unter den 110 Mitgliedern waren 55 von den regionalen Stadtparlamenten entsandt (aus Warschau sechs), 43 nominiert und 12 sog. Virilisten, die auf-

demokratischen Stadtparlamenten hohe Funktionen bekleiden sollten, etwa Adolf Weisblat (1855/60-1942?) und Bolesław Eigner (1868-1929).<sup>24</sup>

## Demokratisierung und Fragmentierung des Stadtparlaments

Die Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung in Warschau bildeten zwei Dekrete: zum einen das Dekret über die Wahl zu den Stadtparlamenten auf dem Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen vom 13. Dezember 1918, zum anderen das Dekret über die kommunale Selbstverwaltung vom 4. Februar 1919.<sup>25</sup> Demnach war das Warschauer Stadtparlament ein verordnendes, beschließendes und kontrollierendes Organ und sollte aus 120 Stadtdeputierten bestehen.<sup>26</sup> Das Stadtparlament wählte den Stadtpräsidenten und drei Vizepräsidenten, während es die Schöffen nominierte. Es wählte auch einen Präses (*prezes rady miejskiej*), nominierte vier Vizepräses und acht Sekretäre. Der Präses berief das Stadtparlament ein und leitete seine Versammlungen.<sup>27</sup> Der Stadtparlamentsvorstand (*prezydium rady miejskiej*) bestand aus dem Stadtpräsidenten, den drei Vizepräsidenten und sieben Sekretären. Das Stadtparlament wählte einen 16 Personen zählenden Magistrat, ein verwaltendes und ausführendes Organ. Dieser bestand aus dem Stadtprä-

grund ihrer Ämter als Universitätsprofessoren, Richter oder Leiter der Konfessionsgemeinschaften ex officio einen Sitz im Staatsrat besaßen. Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie*, 322 f.

- 24 Adolf Weisblat (1860-1943), Ingenieur, ausgebildet im Institut für Verkehrswesen in St. Petersburg im Bereich Abwassertechnik, Mitglied im Jüdischen Konfessionsrat. Im Stadtparlament engagierte er sich bis zum Jahr 1927 für Gesundheit und Wohltätigkeit. Kroszczor Henryk: *Kartki z historii Żydów w Warszawie XIX-XX w. sylwetki szkice*. Warszawa 1979, 49-51. Bolesław Eigner (gest. 1923) war Fabrikant und Wirtschaftsförderer, Miteigentümer des Konzerns Portland-Cement. Domagalski, Jacek: Marek Eigner – Stefan Napieralski. In: *Pamiętnik Literacki* 49 (2008), Heft 2, 159-166, hier 159.
- 25 X-lecie samorządu stolicy. In: *Kronika Warszawy* (nachfolgend KW) 10-12 (1928), 1 f., hier 1; Kroszczor, *Kartki*, 47; Hass, Ludwik: *Wybory warszawskie 1918-1926. Postawy polityczne mieszkańców Warszawy w świetle wyników głosowania do ciał przedstawicielskich*. Warszawa 1972, 82.
- 26 Samorząd Warszawy. In: *Album pamiątkowe [!] Rady m. stoł. Warszawy 1919-1929*, [Warszawa 1929], o. S.; Kroszczor, *Kartki*, 48; Klimek, *Samorząd miast*, 70 f.
- 27 *Dekret o samorządzie miejskim* (Dz.P.P.P. nr 13, poz. 140). In: Szwed, Ryszard: *Samorząd terytorialny w Polsce w latach 1918-1939. Wybór materiałów źródłowych*. Częstochowa 2000, 34.

sidenten, den drei Vizepräsidenten und zwölf Schöffen (*ławnicy*). Als einziges Stadtparlament Polens wurde das Warschauer Stadtparlament direkt dem Innenministerium und nicht, wie andernorts, dem Woiwoden unterstellt.<sup>28</sup> Folglich stand das Warschauer Stadtparlament von Beginn an stärker unter der Kontrolle und dem Einfluss der Regierung als die Stadtparlamente in Krakau und Posen.

Die ersten demokratischen Wahlen fanden am 23. Februar 1919 statt. Erstmals wurde das Warschauer Stadtparlament nicht mehr nach Kammern bzw. Kurien, sondern nach den Wahllisten der politischen Parteien und sozial-wirtschaftlichen Gruppierungen gewählt.<sup>29</sup> Seine Wahlperiode war auf drei Jahre festgelegt.<sup>30</sup> Wählen durften alle polnischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die 21 Jahre alt waren und mindestens seit sechs Monaten in der Stadt lebten. Die Wahlen schlossen sich unmittelbar an jene zum nationalen Parlament (26. Januar 1919) an, die unweigerlich größeres öffentliches Interesse auf sich zogen.<sup>31</sup> Ungeachtet dessen behauptete ein zeitgenössischer Beobachter, das Interesse an den Kommunalwahlen sei rege gewesen.<sup>32</sup> Dieser Aussage widerspricht jedoch die Wahlstatistik: An den Wahlen beteiligten sich nur 41,1 % aller Wahlberechtigten, davon circa 35 % Juden.<sup>33</sup>

Im jüdischen Milieu führte die Demokratisierung aber zur Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft. So traten für die drei politischen Lager – die Zentristen, die Konservativen und die Linken – zwölf jüdische Wahllisten an.<sup>34</sup> An der Wahlkampagne beteiligte sich auch der

28 Nadzór nad samorządem gmin miejskich. In: *Kurjer Polski* 130 (1927), 3.

29 Szczypiorski, Adam: *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego (gospodarka komunalna m.st. Warszawy w latach 1915-1939)*. Warszawa 1968, 17. Wie die Listen gebildet wurden, haben die mit der Materie befassten Autoren leider nicht erläutert.

30 Wynot, Edward D. Jr.: Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw. In: *The Jews in Warsaw*, 291-311, hier 301f.; Wynot, Edward D. Jr.: *Warsaw between the World Wars. Profile of the Capital City in a Developing Land, 1918-1939*. New York 1983, 117.

31 Ludwik Hass konstatierte 1972 in seiner Studie zu den Kommunalwahlen Gleichgültigkeit gegenüber den Wahlen und erklärte diese mit Wahlmüdigkeit, die aus den kurz davor abgehaltenen *Sejm*-Wahlen resultierte, außerdem mit dem niedrigen Status der Selbstverwaltung. Hass, *Wybory warszawskie*, 99f.

32 Zawadzki, Józef: Dziesięć lat samorządu Warszawy w niepodległej Polsce. In: *KW* 3 (1929), 3-20, hier 3.

33 Wybory. In: *KW* 6 (1927), 3; Wynot, Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw, 303.

34 Hass, *Wybory warszawskie*, 87-89. Abweichende Angaben (sieben jüdische Listen) in Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 118.

*Bund*, der keine Abgeordneten im *Sejm* stellte. Ludwik Hass hat zu treffend angemerkt, dass ähnlich wie bei den Parlamentswahlen ein starker nationalpolitischer Separatismus herrschte. So gab es keine Liste, die gemeinsame Interessen von polnischen und jüdischen Wählern vertrat.<sup>35</sup> Innerhalb des polnischen Lagers waren die Hauptgegner *Endecja* und PPS; im jüdischen Lager standen die Vereinigung der Kaufleute<sup>36</sup> und die Orthodoxen gegen den *Bund*.<sup>37</sup> Die Nationaldemokraten warben auch in Warschau mit antijüdischen Parolen und warnten vor einem jüdischem »Sturm« auf Rathaus und Magistrat.<sup>38</sup>

Mit ihrem Programm errang die *Endecja* die absolute Mehrheit im Stadtparlament – 61 von 120 Sitzen –, die PPS erhielt 23, die Demokraten sechs. Die verschiedenen jüdischen Parteien sicherten sich mit 22 % der Stimmen insgesamt 27 Sitze: Auf das Bündnis der Orthodoxen mit der Vereinigung der Kaufleute entfielen acht Sitze, auf *Bund*, Zionisten und Folkisten jeweils fünf, auf die *Po'ale Tsiyon* zwei und auf die Assimilierten und Immobilienbesitzer je ein Sitz.<sup>39</sup>

Im Stadtparlament entstanden die Fraktionen der Orthodoxen (Vorsitz E. Kirszbraun), der Vereinigung der Kaufleute (Adolf Truskier),

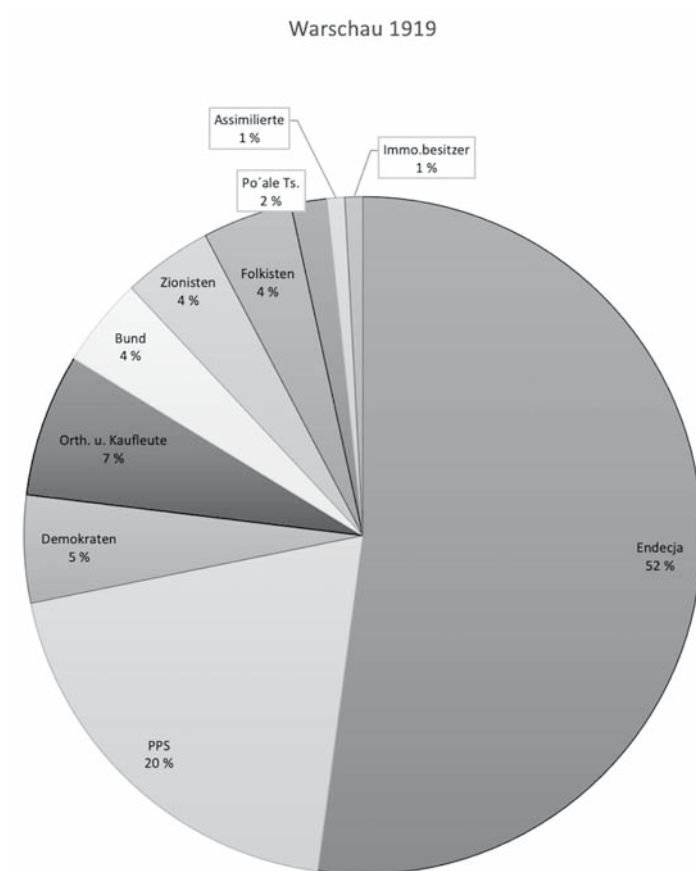
35 Hass, *Wybory warszawskie*, 89.

36 Die Zentrale jüdischer Kaufleute (*Centrala Kupców Żydowskich*), auch Zentrale des Kaufleuteverbandes (*Centrala Związku Kupców*) genannt, wurde im Jahr 1919 gegründet. Sie war die größte kaufmännische Organisation in der Zwischenkriegszeit, besaß 347 Provinzabteilungen und entsandte ihre Vertreter in alle Institutionen, die mit dem Wirtschaftsleben zu tun hatten. Die Zentrale kooperierte oft mit der Orthodoxie. Tomaszewski, Jerzy: *Centrala Związku Kupców*. In: *Wirtualny Sztetl*: <http://www.sztetl.org.pl/pl/term/694,centrala-zwiazku-kupcow-w-polsce-czk-/> (7.7.2014); Żebrowski, Rafał: *Centrala Związku Kupców*. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Centrala\\_Zwiazku\\_Kupcow](http://www.jhi.pl/psj/Centrala_Zwiazku_Kupcow) (20.7.2016).

37 Hass, *Wybory warszawskie*, 94 und 97; Zawadzki, Józef: *Samorząd Warszawy od r. 1916 do r. 1928*. In: *Warszawa. Ku upamiętnieniu dziesięciu lat samorządu Stolicy w Niepodległej Polsce 1918-1928*, hg. v. Magistrat miasta stoł. Warszawy. Warszawa 1929, 64f. Hass übergeht die Folkisten, die in dieser Periode noch stark waren. Für diesen Hinweis bedanke ich mich bei Szymon Rudnicki. Erst Ende der zwanziger Jahre büßten die Folkisten ihre Bedeutung endgültig ein. Moss, *Negotiating Jewish Nationalism*, 422.

38 Sidor, *Samorząd terytorialny*, 263f.

39 Kermisz, Józef: *Reprezentacja żydowska w Radzie Miejskiej m.st. Warszawy (1919-1938)*. In: *Głos gminy żydowskiej* (1938), 318-322, hier 318; Kroszczor, *Kartki*, 47. Der zionistische *Nowy Dziennik* feierte die Niederlage der Assimilierten, die von den christlichen Polen nicht mehr als Repräsentanten der Warschauer Juden angesehen wurden. Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 318.



des *Bund* (Henryk Erlich), der Folkisten (A. Wolfowicz) und der *Po'ale-Tsiyon* (Izaak Lew).<sup>40</sup> Edward D. Wynot hat diese Entwicklung

<sup>40</sup> Zawadzki, *Samorząd Warszawy od r. 1916 do r. 1928*, 65; Kermisz, *Reprezentacja żydowska w Radzie Miejskiej m.st. Warszawy*, 318. Beide Autoren erwähnen keine allgemeine zionistische Fraktion. Eliaz Kirszbraun (1882-1931): leitender Aktivist von *Agudas Yisroel* und Vorsitzender der Warschauer Konfessionsgemeinde; Abraham Adolf Truskier (1871-1941): Industrieller, Senator und Aktivist der Zentrale der Jüdischen Kaufleute; Henryk (Hersz) Erlich/Ehrlich (1882-1942): Jurist, Mitherausgeber mehrerer Zeitschriften und Leiter des *Bund*; Abram/Abraham Wolfowicz (geb. 1881): Lehrer und Direktor des jüdischen *Chinuch*-Gymnasiums in Warschau; Icek Juda Lew: Lehrer und Handelsangestellter. *Wykaz Radnych m.*

als großen Erfolg der jüdischen Gemeinschaft interpretiert und betont, dass die leitenden Positionen im Stadtparlament nun von der *Endecja* und von »den Juden« eingenommen wurden.<sup>41</sup> Allerdings hat er in dieser Einschätzung die wichtigen programmatischen Unterschiede zwischen den einzelnen jüdischen Fraktionen weitgehend ignoriert. Deshalb trifft wohl eher die zeitgenössische Analyse des *Kurjer Polski* zu, der Warschau infolge der Wahlen als eine Bastion des Nationalismus sah, von dem sich die Stadt nicht schnell befreien würde.<sup>42</sup>

Die *Endecja* dominierte mit neun von insgesamt elf Sitzen auch im Vorstand des Stadtparlaments (*prezydium rady miejskiej*); die übrigen zwei Sitze erhielten ein Demokrat und ein Assimilierter, Bolesław Eigner, der einer der Sekretäre wurde. Eigner war somit der »höchstplatzierte Jude« in der ersten demokratischen Selbstverwaltung Warschaus. Im Jahr 1920 wurde der den Zionisten nahestehende Wirtschaftsexperte Maurycy Mayzel (1872-1940/41?) zum Sekretär des Stadtpräsidiums ernannt.<sup>43</sup> In den Magistrat wurden zwei weitere Assimilierte als Schöffen entsandt: Adolf Weisblat und Majer Rundstein.<sup>44</sup> Beide waren Mitglieder des Jüdischen Gemeindevorstandes in Warschau, Rundstein hatte sogar dessen Vorsitz inne. Ins Stadtparlament wurden auch der künftige Vorsitzende der Konfessionsgemeinde, Eliasz

st. Warszawy. In: *Album pamiątkowe*, o.S.

41 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 118f.

42 Posłowie Warszawy. In: *Kurjer Polski* 285 (1922), 1.

43 Maurycy Mayzel war seit 1919 Stadtdeputierter, Mitglied der Gesundheitskommission und seit 1937 Vorsitzender der jüdischen Gemeinde. Außerdem agierte er als Vertreter der *Jewish Agency* in Warschau und als Präses von *B'nai-B'rith*; 1928 wurde er mit der *Medaille Polonia Restituta* ausgezeichnet. *Nasz Przegląd* (nachfolgend *NP*) 94 (1932), 7; Fuks, Marian: Maurycy Mayzel (1872-1942). In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Mayzel\\_Maurycy](http://www.jhi.pl/psj/Mayzel_Maurycy) (4.6.2015). Rudnicki, Szymon: Meisel, Maurycy. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Meisel\\_Maurycy](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Meisel_Maurycy) (20.7.2016). Gershon Bacon charakterisiert Mayzel als Zionisten. Bacon, *The Politics of Tradition*, 223.

44 *MWRiOP dn. 1. maja 1919 (no 5 DzUrz. 9.) Przepisy obowiązujące dotyczące organizacji gmin wyznaniowych żydowskich na terenie Byłego Królestwa Kongresowego (Na zasadzie dekretu Naczelnika Państwa z dn. 7 lutego 1919)*. Warszawa 1919, 16. Majer Rundstein (1851-1923) stieg im Unternehmen von Samuel Poznański in Łódź steil auf und arbeitete später in der Leitung der Diskontbank. Seit 1917 war er Schöffe im Warschauer Stadtparlament. Kroszczor, *Kartki*, 49-52; Żebrowski, Rafał: *Żydowska Gmina Wyznaniowa w Warszawie 1918-1939. W kręgu polityki*. Warszawa 2012, 148f.; idem: Rundstein Majer. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Rundstein\\_Majer](http://www.jhi.pl/psj/Rundstein_Majer) (18.7.2016).

Kirszbraun, und sein Stellvertreter, Jakób Trokenheim,<sup>45</sup> gewählt. Somit gab es in der Stadtverwaltung gleich mehrere Persönlichkeiten, die als Bindeglieder zwischen dem Stadtparlament und der jüdischen Gemeinde fungieren konnten. Darin ähnelten sich das Krakauer und das Warschauer Stadtparlament.

Die Verteilung der Stadtdeputierten auf die Kommissionen folgte der eingeübten Praxis: Während die *Endecja* die Bildungskommission bestimmte, fanden in der Finanz- und Haushaltskommission mehrere jüdische Stadtverordnete zusammen.<sup>46</sup> Ähnlich wie im *Sejm* gab es im Stadtparlament eine Jüdische Fraktion (*Koło żydowskie*), allerdings ist nicht bekannt, welche Parteien daran beteiligt waren.

Das erste Warschauer Stadtparlament war in einer Zeit tätig, als die Bauernparteien den Staat dominierten.<sup>47</sup> Deren Politik zielte darauf ab, die Landwirtschaft auf Kosten der Städte zu entlasten. Folglich wurden die »Städter« (*mieszczanie*) gegenüber den »Landwirten« (*agrariusze*) steuerlich benachteiligt.<sup>48</sup> Aufgrund dieser Politik sahen sich die Kommunen mit sinkenden Steuereinnahmen konfrontiert.<sup>49</sup> Die Arbeit der Warschauer Stadtverwaltung wurde deshalb, von den Streitigkeiten zwischen den Parteien abgesehen, vor allem durch den Mangel an finanziellen Ressourcen erschwert. Längerfristige Planungen waren quasi unmöglich. Dies führte zu allgemeiner Frustration und trug zur Verschärfung der vorhandenen politischen Konflikte bei. Darüber hinaus war dem Stadtparlament Protektionismus vorzuwerfen.<sup>50</sup> Als Forum politischer Debatten war es zwar anerkannt, doch sprach man ihm jegliche Kompetenz ab, auf die Nöte der Stadt angemessen zu reagieren.<sup>51</sup>

Zu den negativen Folgen der Demokratisierung gehörte, dass im Stadtparlament nun Parteikämpfe ausgefochten wurden, wie sie bereits aus dem *Sejm* bekannt waren. Die Presse berichtete von Diskussionen

45 Der Kaufmann Jakób Trokenheim (1888-1943) war Vorsitzender der Warschauer Konfessionsgemeinde und der Partei *Agudas Yisroel* (1931-1936), außerdem *Sejm*- und *Senatsdeputierter*. *Wykaz Radnych m. st. Warszawy*. In: *Album pamiątkowe*, o.S.; Bacon, Gershon: Yaakov Trokenheim. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Trokenheim\\_Yaakov](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Trokenheim_Yaakov) (11.9.2016).

46 Zawadzki, *Dziesięć lat samorządu Warszawy w niepodległej Polsce*, 4.

47 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 105, 172 und 189-198.

48 Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland*, 219f.

49 Klimek, *Samorząd miast II Rzeczypospolitej*, 104-107.

50 Drozdowski, Marek Marian: *Warszawiaci i ich miasto w latach Drugiej Rzeczypospolitej*. Warszawa 1973, 305.

51 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 147.



im Beratungssaal, die nicht mit einem Kompromiss, sondern mit dem Auszug der ›Verlierer‹ endeten, die ihre jeweilige Hymne anstimmten: Mal war es die sozialistische, mal die zionistische, mal die bundistische – *Die Internationale*, *Hatikva* oder *Di Shvue*.

Begleitet wurden die Arbeiten des Stadtparlaments von Streiks der Kommunalarbeiter, die Teuerungszulagen forderten. Unterstützung fanden sie bei der *Endecja*, die sie als unschuldige Opfer der fiskalischen Verantwortungslosigkeit und Misswirtschaft der Regierung in Schutz nahm.<sup>52</sup> Da die *Endecja* allerdings vorwiegend das Zentrum und die Immobilienbesitzer vertrat, mit den Arbeitern also wenig gemein hatte, ist diese Unterstützung als politische Taktik zu deuten. So behauptete der jüdische Finanzexperte Mayzel im Jahr 1923, aufgrund der Zusammensetzung des Stadtparlaments und der Dominanz der *Endecja* werde eine gerechte Steuerpolitik verhindert, so dass nur Geringverdiener zur Kasse gebeten würden.<sup>53</sup> Ferner war Mayzel der Auffassung, das Stadtparlament habe die Finanzkrise der Stadt mitverschuldet. Die ›bourgeoise‹ Institution und ihr ›Klassenegoismus‹ verhindere u. a. die Besteuerung von unbebauten Grundstücken.<sup>54</sup>

Der Konflikt zwischen der *Endecja* und den Sozialisten nahm in Warschau an Schärfe zu, da die Zahl der Arbeiter durch die industrielle Entwicklung der Hauptstadt ebenso wie durch mehrere Eingemeindungen von Vororten im Jahr 1916 rapide gestiegen war. Der linke Historiker und Zeitzeuge Jakób Leszczyński (1876-1966) charakterisierte die gängige Praxis der Stadterweiterung folgendermaßen:

In vielen Städten hat man durch einen Kunstgriff den nichtjüdischen Bevölkerungsanteil durch die Eingemeindungen der Vororte erhöht. Für das Schicksal der jüdischen Massen hat das fatale Folgen, denn die an die Stadt angeschlossene Vorortbevölkerung nähert sich sehr schnell den städtischen Kulturverhältnissen an und wird in kurzer Zeit zu einer scharfen Konkurrenz in Handel und Gewerbe. Zudem wird die Zahl der auf die städtischen Erwerbsmöglichkeiten Reflektierenden weiter erhöht.<sup>55</sup>

52 Ibid., 139.

53 Jak się podkopuje przyszłość teatrów miejskich. Wrażenia z rozmowy z r. Mayzlem. In: *NP* 10 (1923), 2.

54 L.: Ojcowie czy ojczymowie miasta. In: *NP* 21 (1924), 2-3.

55 Lestschinsky, Jacob: *Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Juden in Deutschland und Polen*. Paris/Genf 1936, 35. Zu Leszczyńskis Biographie siehe Aleksion, Natalia: Jakob Lestschinsky. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Lestschinsky\\_Jakob](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Lestschinsky_Jakob) (18.7.2016).

Die Angleichung der neuen Stadtgebiete an das urbane Niveau von »Alt-Warschau« blieb während der Zwischenkriegszeit eine der dringendsten Aufgaben der Kommune. Zudem war der Druck groß, die Provinzgroßstadt, die Warschau bis dahin gewesen war, in eine moderne politische Hauptstadt zu verwandeln. Zu den Investitionen, die das Stadtparlament in seiner ersten Wahlperiode beschloss, zählten z.B. der Bau eines umfangreichen Wasserleitungs- und Kanalisations-systems.<sup>56</sup> Mit Erbitterung stellte der jüdische Chronist Józef Kermisz fest, dass keine dieser großen Modernisierungsmaßnahmen der jüdischen Bevölkerung Warschaus zugute kam, da sie nur in nicht-jüdischen Wohngebieten durchgeführt wurden. Somit brachte die Beschränkung infrastruktureller Investitionen auf bestimmte Viertel nonverbal auch die politische Dominanz der *Endecja* im Stadtparlament zum Ausdruck. Explizit äußerte sich diese Dominanz nach dem 5. April 1923, als sich die Warschauer Selbstverwaltung weigerte, die antisemitischen Exzesse offiziell zu verurteilen.<sup>57</sup>

Ein generelles Problem waren die städtischen Finanzen. Zum einen weitete die Regierung die Zuständigkeit der städtischen technischen Dienste auf die umliegenden Gebiete aus, zum anderen delegierte sie soziale Aufgaben an die städtische Selbstverwaltung, ohne ihr die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.<sup>58</sup> Die Warschauer Kommune besaß nur wenig Eigentum, das ihr Erträge einbrachte. Auch deshalb sah sie sich gezwungen, neue finanzielle Ressourcen zu erschließen: Sie erhob immer neue Munizipalsteuern und nahm vermehrt Darlehen auf, wodurch sie zunehmend in Abhängigkeit von der staatlichen Verwaltung geriet.

Das Stadtparlament war bis 1927 tätig, da seine ursprünglich auf drei Jahre festgelegte Wahlperiode im Jahr 1922 mit der Aussicht auf eine baldige Neuordnung der gesamten kommunalen Selbstverwaltung Polens verlängert wurde.<sup>59</sup> Es war jedoch nicht vollständig besetzt; zudem galt der Status von zwölf Stadtdeputierten als problematisch, da sie

56 Kermisz, [Joseph]: Di yidishe representants in Varshever shtotrat. In: *Sefer hashana/yorbukh*, hg. v. Arieh Tartakower, Bd. 3. Tel Aviv 1970, 279-293, hier 284f.

57 Echa ekscesów w Warszawie (5.04) w Radzie Miejskiej. In: *NP* 18 (1923), 1; Ekscesy czwartkowe w komisji Rady Miejskiej. In: *NP* 30 (1923), 3; Protest przeciwko ekscesom antyżydowski. In: *NP* 79 (1923), 3; Z Rady Miejskiej. In: *NP* 181 (1923), 4.

58 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 129-131.

59 *Ustawa z 30.3.1922 przedłużająca kadencje Rady miejskiej*. Abgedruckt in: Drozdowski, *Warszawiacy i ich miasto w latach Drugiej Rzeczypospolitej*, 300.

gleichzeitig Kommunalbeamte waren.<sup>60</sup> Der *Kurjer Polski* berichtete von einem scharfen Konflikt zwischen Stadtparlament und Magistrat, der besonders während der Haushaltsberatungen offen zutage trat.<sup>61</sup>

Im letzten Jahr der ersten Wahlperiode wurde die Dominanz der *Endecja* im Warschauer Stadtparlament grundlegend in Frage gestellt, da nach dem Staatsstreich Józef Piłsudskis im Mai 1926 die *Sanacja* die staatlichen Geschäfte übernahm und auch über die Hauptstadt bestimmen wollte.<sup>62</sup> Infolgedessen kam es zum sogenannten »Kampf um die Hauptstadt«, dessen Hauptakteure die *Endecja* und die *Sanacja* waren.<sup>63</sup> Die Zuspitzung des Konflikts äußerte sich auch in antisemitischen und antikommunistischen Stellungnahmen wie jener des katholischen Geistlichen und Aktivisten der antisemitischen Vereinigung *Rozwój*, Adam Wyrębowski:<sup>64</sup>

Heute geht es nicht darum, ob die Rechte oder die Linke die Hauptstadt regieren wird, sondern darum, ob Polen oder Juden an der Spitze der Stadt stehen werden; Menschen, die sich von der Staatsräson leiten lassen (*myślący państwowo*), oder aber die Kommunisten (*komuna*).<sup>65</sup>

### »Der Kampf um die Hauptstadt« zwischen *Endecja* und *Sanacja*

Schließlich diente die desolote finanzielle Lage der Selbstverwaltung der Regierung 1927 als Vorwand, das Warschauer Stadtparlament aufzulösen und neue Kommunalwahlen anzusetzen.<sup>66</sup> An den Wahlen beteiligten

60 Wybory uzupełniające do rady miejskiej. In: *Kurjer Polski* 35 (1927), 6.

61 Rada Miejska. Zakończenie rozpraw budżetowych. In: *Kurjer Polski* 56 (1922), 3.

62 Garlicki, Andrzej: *Piękne lata trzydzieste*. Warszawa 2008, 18f. und 42.

63 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 124.

64 Wyrębowski war ein glühender Antisemit und Leiter der Boykottgesellschaft *Rozwój*, die im Stadtparlament sechs Sitze erlangte. Im Dezember 1933 löste der Warschauer Wojewode Władysław Jaroszewicz den dortigen *Rozwój* wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auf. Rudnicki, *Równi, ale nie zupełnie*, 94, 97 und 100; zu *Rozwój* siehe auch Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 250-252.

65 Samorząd miejski. In: *Warszawianka* 105 (1927), 4.

66 Szczypiorski, Adam: Samorząd Warszawy 1916-1939. In: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939*, hg. v. Instytut Historii PAN. Warszawa 1968, 83-117, hier 91.

sich nun immerhin 63,6% aller Wahlberechtigten.<sup>67</sup> Erstmals hielten die Wahlberichte sowohl Geschlecht als auch Konfession der Wähler fest.<sup>68</sup> Am höchsten fiel die Wahlbeteiligung in den Vorstädten aus – sowohl in den proletarisch als auch in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten.

Einerseits berichtete die nationaldemokratische Presse beinahe hysterisch, die Zahl der jüdischen Wähler habe sich im Vergleich zu den Wahlen von 1919 beachtlich vergrößert. Tatsächlich hatten 1919 nur 45,3% der jüdischen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben; 1927 waren es 56,7%. Dies hieß allerdings nur, dass sich der Anteil der Juden, die ihre Stimme abgegeben hatten, dem der Nichtjuden angeglichen hatte.<sup>69</sup> Andererseits berichtete die nationaldemokratische *Kronika Warszawy*, die Wahlbeteiligung sei gerade in den jüdischen Wohngebieten am niedrigsten ausgefallen, nämlich unter 50%, obwohl sie sich allgemein im Vergleich zu 1919 erhöht habe.<sup>70</sup>

Der wirtschaftsliberale *Kurjer Polski* behauptete, »die Juden« träfen untereinander Absprachen, um eine gemeinsame Vertretung im Stadtparlament zu etablieren.<sup>71</sup> Später berichtete die nationaldemokratische *Warszawianka* von einem jüdischen Kreis (*Koło Żydowskie*) im Stadtparlament.<sup>72</sup> Dieser bestand aus einer zionistischen, einer orthodoxen und einer kaufmännischen Fraktion<sup>73</sup>, scheint jedoch nicht lange existiert zu haben, denn schon 1929 berichtete der *Nasz Przegląd*, das kommunale Jüdische Bündnis sei gänzlich zerstritten, auch was die persönlichen Kontakte angehe.<sup>74</sup>

67 Wybory do Rady Miejskiej m. Warszawy. In: *KW* 6 (1927), 1-22, hier 3.

68 Ibid., 1.

69 Ibid., 3; Wynot nennt andere Zahlen zur Wahlbeteiligung: 59,4% unter jüdischen, 63,6% unter nichtjüdischen Wählern und Wählerinnen. Wynot, *Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw*, 306; Kermisz, *Reprezentacja żydowska w Radzie Miejskiej m. st. Warszawy 1919-1938*, 320.

70 Wybory do Rady Miejskiej m. Warszawy, 4. Der niedrigere Prozentsatz der jüdischen Wahlbeteiligung wurde mit der höheren Wahlabstinz jüdischer Frauen erklärt, die signifikanter als die der christlichen Frauen gewesen sei.

71 Polityczne oblicze komitetów wyborczych do Rady Miejskiej. In: *Kurjer Polski* 117 (1927), 3.

72 Z Rady Miejskiej. In: *Warszawianka* 182 (1927), 4; Zarząd stolicy. In: *Warszawianka* 184 (1927), 1. Die Jüdische Fraktion zählte 15 Stadtdeputierte und war zionistisch dominiert. Außer dieser Fraktion gab es Fraktionen des Bund (sieben Deputierte), der Po'ale-Tsion (drei Deputierte) und der Jüdischen Arbeiter (zwei Deputierte).

73 Wykaz Radnych m. st. Warszawy. In: *1919-1928. Album pamiątkowe*, o.S.

74 S.H. [Hirschhorn, Samuel]: *Komedja polityczna w Ratuszu*. In: *NP* 17 (1929), 4. Samuel Hirschhorn (1878-1942) war Journalist, Dichter, Übersetzer, Fol-

Die Wählerschaft hatte sich im Vergleich zu 1919 weiter ausdifferenziert und drei größere Wahlblöcke geformt: Den ersten bildete ein an der Politik der *Sanacja* orientiertes Bürgerkomitee zur Gesundung der Kommunalwirtschaft (*Obywatelski Komitet Uzdrawienia Gospodarki Miejskiej*) – Liste 25 –, von der Opposition in Anspielung auf die *Sanacja* (Gesundung, Heilung) spöttisch »Regierungsheiler« (*uzdrawiacze rządowi*) genannt.<sup>75</sup> Laut *Kurjer Polski* konstituierte sich dieses Komitee vor allem aus den sogenannten Stadtbürgern (*mieszczanie*), die dem ökonomischen und sozialen Milieu des früher in Zünften organisierten Kleinbürgertums entstammten.<sup>76</sup> Die *Endecja* und die *Chadecja* bildeten zusammen die Liste 12 bzw. das Komitee zur Verteidigung des Polentums der Hauptstadt (*Komitet Obrony Polskości Stolicy*).<sup>77</sup> Schon der Name signalisierte durch die Hervorhebung des Polentums einen antijüdischen Inhalt. Unter Liste 2 firmierte die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS). Der *Kurjer Polski* unterschied zwischen der polnischen Rechten, der Linken samt Juden sowie dem Zentrum.<sup>78</sup> Ungeachtet dieser pauschalen Zuordnung der jüdischen Wähler zur Linken prognostizierte er, die jüdische Bourgeoisie werde in wirtschaftlicher Hinsicht die *Endecja*, in kulturell-politischer aber die *Sanacja* unterstützen.<sup>79</sup>

kist, Deputierter im *Sejm* und im Warschauer Stadtparlament. Weiser, Kalman: Hirschhorn, Samuel. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hirschhorn\\_Samuel](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hirschhorn_Samuel) (20.7.2016).

75 Polityczne oblicze komitetów wyborczych do Rady Miejskiej, 3; Stroński, Stanisław: Bez złudzeń. In: *Warszawianka* 179 (1927), 1.

76 An dieser Stelle soll erneut der Unterschied im Verständnis von Stadtbürgern (*mieszczanie*) in den ehemaligen Teilungsgebieten unterstrichen werden: In Warschau bezeichnete man mit dem Begriff *mieszczanie* eine soziale Gruppe bzw. Schicht, die zwar in der Stadt wohnte, aber keine besonderen Rechte besaß. In Krakau hingegen bezeichnete man als *mieszczanie* diejenigen Einwohner, die den rechtlichen Status von Stadtbürgern hatten und ihre Vertretung ins Stadtparlament wählen durften.

77 Der *Kurjer Polski* kritisierte diese Bezeichnung, denn »der polnische Charakter der Hauptstadt sollte gar nicht erst angezweifelt werden«. Siehe Hasła i programy. W obliczu wyborów do Rady Miejskiej. In: *Kurjer Polski* 131 (1927), 3.

78 Nowa Rada Miejska. In: *Kurjer Polski* 141 (1927), 1.

79 Und tatsächlich gibt es Anzeichen solcher Kooperationen in Bezug auf die Debatte um das rituelle Schächten im Jahr 1929. Manche jüdischen Stadtabgeordneten (*Sanacja*) sollen die *Endecja* unterstützt haben, während sich die Mehrheit der jüdischen Stadtdeputierten (auch Adolf Truskier) und die gesamte Linke gegen sie stellten. Większością głosów endeków, chadeków i sanacji Rada Miejska uchwaliła wnioski w sprawie uboju rytualnego. In: *NP* 343 (1929), 4.

Offensichtlich gab es Wählerkreise, die besonders umworben wurden: Alle Parteien waren daran interessiert, die Stimmen der arbeitenden *Inteligencja*, der Handwerker und des Kleinbürgertums für sich zu gewinnen. Daraus folgte ein äußerst verbissener Wahlkampf.<sup>80</sup> Der Berichterstatter der Zeitung *Nasz Przegląd*, Samuel Hirszhorn, vertrat daher im Jahr 1929 die Meinung, die Programme und die Politik von *Endecja* und *Sanacja* ähnelten sich durchaus.<sup>81</sup> Der *Kurjer Polski* deutete die Entstehung des kommunalen *Sanacja*-Komitees als einen Versuch der polnischen Demokraten, sich außerhalb der *Endecja* zu konsolidieren. Durch diese »Abwanderung« sei die *Endecja* aus ihrer bisherigen Monopolstellung verdrängt worden.<sup>82</sup> Der *Kurjer Polski* berichtete rückblickend:

Die Wahl der Kommunalverwaltung in Warschau war ein beschämendes Spektakel, und dies im wahrsten Sinne des Wortes. Sie weckte die niedrigsten politischen Instinkte und schlug sich in der Presse in hässlichen Verleumdungen, Anschuldigungen und Schuldzuweisungen nieder. Das von der Regierung in scheinbar weltverbesserischer Absicht inszenierte Experiment führte letztlich zur Annäherung gegensätzlicher Elemente und setzte eine Energie frei, die die Liste 25 (*Sanacja*) sprengte, wobei sich manche ihrer Mitglieder schmerzlich verletzen.<sup>83</sup>

Der Wahlkampf wurde nach Einschätzung der Presse auch weniger durch kommunalpolitische Themen, sondern vorwiegend durch allgemeine politische Inhalte geprägt.<sup>84</sup> So kommentierte der *Kurjer Polski*:

Aus Anlass der Wahlen zum Stadtparlament schrieben wir bereits, dass in den Wahllosungen und -parolen im Grunde wenig von den kommunalen Interessen gesprochen wurde und gar nicht über Warschau und über die Frage des hauptstädtischen Status einer Großstadt, eines Zentrums nicht nur der Regierung, sondern auch des Intellekts und der Wirtschaft Polens.<sup>85</sup>

80 Przed wyborami do Rady Miejskiej. Walka o głosy. In: *Kurjer Polski* 124 (1927), 5.

81 S.H. [Hirszhorn, Samuel]: Porozumienie między sanacją a endecją. In: *NP* 192 (1929), 3.

82 Nowa Rada Miejska. In: *Kurjer Polski* 141 (1927), 1.

83 Tydzień, który minął. In: *Kurjer Polski* 88 (1927), 1.

84 Nowa Rada Miejska, 1.

85 Stolica. In: *Kurjer Polski* 150 (1927), 1.

Paradoxerweise zog die *Sanacja*, die gewöhnlich etatistisch ausgerichtet war, mit Losungen in den Wahlkampf, in denen sie für unabhängige kommunale Betriebe plädierte. Die *Endecja* hingegen plädierte – entgegen ihrer bisherigen Programmatik – für eine stärkere Kommunalisierung der Dienstleistungen.<sup>86</sup>

Das Prinzip der freien Wahlen wurde 1927 offenkundig verletzt, da die Regierung die im öffentlichen Dienst Beschäftigten zwang, für die Liste der *Sanacja* zu stimmen. Die Nationaldemokraten prangerten dies folgendermaßen an:

In den von der Regierung verwalteten und in nicht geringem Maße gesteuerten Wahlen werden die moderaten Gruppierungen von ihren Plätzen verdrängt. Dafür wächst der Einfluss der Linken in Verbindung mit den Minderheiten.<sup>87</sup>

Die Wahlergebnisse fielen jedoch für die *Sanacja* enttäuschend aus; sie konnte im Warschauer Stadtparlament keine Mehrheit gewinnen. Von 120 Sitzen gingen nur 16 an das Vereinigte Wahlkomitee für die Heilung der städtischen Wirtschaft (*Sanacja*),<sup>88</sup> hingegen 47 an das Komitee zur Verteidigung des Polentums Warschaus (*Endecja* und *Chadecja*), 28 an die PPS und zwei an die Arbeiterpartei (*Narodowa Partia Robotnicza*, NPR).<sup>89</sup> Die verschiedenen jüdischen Fraktionen erhielten insgesamt 27 Sitze: die Zionisten mit den Orthodoxen (*Żydowski Blok Narodowy* oder *Koło Żydowskie*) 15, der *Bund* sieben, die *Po'ale Tsyjon* drei und die jüdische religiöse Arbeiterpartei *Po'ale Agudas Yisrael* zwei.<sup>90</sup> Der *Kurjer Polski* beklagte nach den Wahlen, dass

86 Przed wyborami do Rady Miejskiej. Co reprezentuje lista Nr. 25 i jakie ma cele? (Rozmowa z p. Inż. Janem Rogowiczem). In: *Kurjer Polski* 32 (1927), 9.

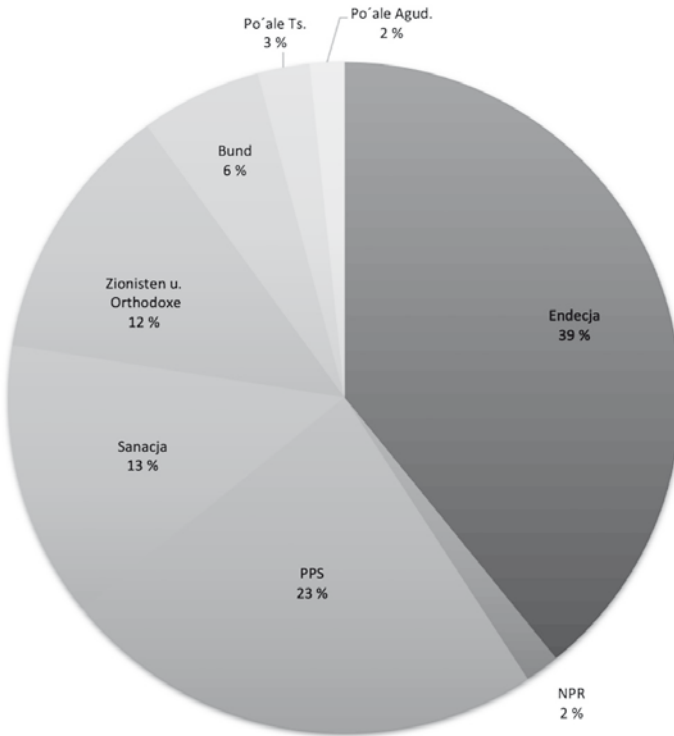
87 Stroński, *Bez złudzeń*, 1.

88 Wybory do Rady Miejskiej m. Warszawy, 7.

89 Die NPR existierte zwischen 1920 und 1937 und verkündete einen gesellschaftlichen Solidarismus, indem sie zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern vermittelte. Sie wirkte im ehemaligen Königreich Polen, in Schlesien und Großpolen.

90 Wynot, *Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw*, 306; Drozdowski, Marian Marek: *Warszawa w latach 1914-1939*. Warszawa 1990, 190. Die *Po'ale Agudas Yisrael*, gegr. 1923, war eine Suborganisation der orthodoxen *Agudas Yisrael*, die unter den jüdischen Arbeitern agitierte. Bacon, *The Politics of Tradition*, 100-117.

## Warschau 1927



die Stadtparlamente eine Miniatur oder aber Karikatur des *Sejm* geworden sind, mit allen seinen Nachteilen, Schwächen und Abartigkeiten, mit seiner Hilflosigkeit, Unfruchtbarkeit, Parteimeierei, seiner unerträglichen Geschwätzigkeit und seinen übertriebenen Forderungen.<sup>91</sup>

Die Kräfteverteilung im Stadtparlament mache es unmöglich, ein sinnvolles gemeinsames Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten.<sup>92</sup>

91 Wybory samorządowe. In: *Kurjer Polski* 180 (1927), 2.

92 Dziesięciolecie samorządu m.st. Warszawy. In: *NP* 80 (1929), 7.



Die Kooperation zwischen Zionisten und Orthodoxen ging wahrscheinlich auf die Wahlen zum Vorstand der Konfessionsgemeinde zurück, wo sich schon 1924 ein zionistisch-orthodoxes Bündnis etabliert hatte.<sup>93</sup> Im *Sejm* kooperierten die beiden Parteien erst in den dreißiger Jahren,<sup>94</sup> und die Jüdische Fraktion wurde ausschließlich von den Zionisten gebildet. Während die Zahl der jüdischen Deputierten im *Sejm* schrumpfte, blieb sie im Stadtparlament konstant. Die jüdischen Parteien errangen 22 % der Sitze, was im Vergleich zum Anteil der Juden an der Stadtbevölkerung wenig war.<sup>95</sup> Die *Endecja*-Presse hegte deshalb den Verdacht, viele Juden hätten direkt für *Sanacja* gestimmt.<sup>96</sup> Anders sah dies ein *Bund*-Aktivist, der vermutete, viele Juden hätten für die PPS und eine später annullierte KPP-Liste gestimmt.<sup>97</sup> Der *Kurjer Polski* kommentierte ironisch:

Die endgültige Wahl zum Präsidium wie auch die Wahl der Mitglieder des Hauptstadtmagistrats war sensationell: Nicht nur der Parteienproporz ist unverändert geblieben; man hat sich nicht einmal bemüht, die Personen auszutauschen, deren Namen für ein korruptes Parteiensystem stehen, die ein Symbol für Indolenz und Inaktivität geworden sind.<sup>98</sup>

Dieser Kommentar macht zum einen deutlich, dass es offensichtlich nur ein begrenztes Reservoir an Personal gab, das willig war, sich der Kommunalarbeit zu widmen.

Da keine der Wahllisten die absolute Mehrheit errungen hatte, wurde das Stadtparlament vor allem zur Bühne für Parteienkämpfe, was die Verwaltung außerordentlich erschwerte.<sup>99</sup> Dieser Machtkampf setzte sich auch bei der Wahl des Stadtpräsidenten fort, aus der der Kandidat der Linken und der Kandidat der Rechten zunächst mit

93 Sakowska, Ruta: Z dziejów gminy żydowskiej w Warszawie 1918-1939. In: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939. Studia Warszawskie*, hg. v. Instytut Historii PAN. Warszawa 1972, Bd. 14, 173; Żebrowski, Żydowska Gmina Wyznaniowa, 272-325.

94 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 314 und 366f.

95 Dziesięciolecie samorządu m. st. Warszawy, 7.

96 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 168.

97 Pickhan, »Gegen den Strom«, 93.

98 Rządy dla galerii. In: *Kurjer Polski* 185 (1927), 3.

99 Szczypiorski, Samorząd Warszawy 1916-1939, 92; Wczorajsze posiedzenie Rady Miejskiej. In: *Kurjer Polski* 197 (1927), 4; Zawadzki, Dziesięć lat samorządu Warszawy w niepodległej Polsce, 16.

gleich vielen Stimmen hervorgingen.<sup>100</sup> Von der *Sanacja* soll daraufhin die Idee ausgegangen sein, einen taktischen Block aus *Sanacja*, PPS, Jüdischem Wahlbündnis und *Bund* zu bilden, um auf diesem Weg die *Endecja* im Stadtparlament überstimmen zu können. Falls dies zutrifft, war es dem Regierungsblock BBWR gelungen, die verfeindeten jüdischen Parteien durch Vermittlung zur Kooperation zu bewegen. Dies krönte die Annäherung von PPS und *Bund*, die sich seit Ende der zwanziger Jahre zögernd vollzog.<sup>101</sup> Der Zusammenschluss ermöglichte schließlich eine reibungslose Wahl des Stadtparlamentvorsitzenden, aus dem Rajmund Jaworowski, ein PPS-Anhänger, als Sieger hervorging. Zum Stadtpräsidenten wurde trotz der Anstrengungen des taktischen Blocks schließlich der von der *Endecja* unterstützte Ingenieur Zygmunt Słomiński gewählt.

Nach der Einschätzung von *Nasz Przegląd* befanden sich die jüdischen Stadtdeputierten 1933 aufgrund der lokalen Kräfteverteilung im Zwiespalt.<sup>102</sup> Bei der Wahl des Vizevorsitzenden des Stadtparlaments konnten sie sich zwischen dem Vertreter der Nationaldemokratie, Stanisław Wilczyński, und dem Vertreter des Regierungsblocks BBWR, Józef Zadora-Szwajcer, entscheiden. Wilczyński hielten zwar viele charakterlich für geeignet, doch gehörte er der falschen Partei an. Zadora-Szwajcer war offenbar indiskutabel. So entschieden sich die jüdischen Stadtdeputierten für die Wahlverweigerung, obwohl diese die Chancen des Nationaldemokraten vergrößerte. Trotz wiederholter Versuche konnte sich das Stadtparlament auf keinen Vizevorsitzenden einigen.<sup>103</sup>

Die übrigen Sitze im Präsidium wurden unter den Fraktionen aufgeteilt. Zum Vizevorsteher (*wiceprezes*) wurde vom Stadtparlament Maurycy Mayzel, der Vertreter der Zentrale der jüdischen Kaufleute (*Centrala Kupców Żydowskich*), ernannt<sup>104</sup> und damit die Tradition fortgeführt, einen Juden am Präsidium zu beteiligen. Da Mayzel nicht

100 Po wyborze prezydenta miasta. Magistrat musi być oparty o większość Rady. In: *Kurjer Polski* 183 (1927), 7; Zarząd stolicy. In: *Warszawianka* 184 (1927), 1.

101 Pickhan, »Gegen den Strom«, 107, 328f. und 357. Die treibenden Kräfte waren Henryk Erlich, Adam Ciołkosz und Zygmunt Zaremba. Allerdings ist von der Fortsetzung der bisherigen Praxis von Gelegenheitsbündnissen mit der PPS insbesondere auf regionaler Ebene auszugehen.

102 Wybory prezesa Rady Miejskiej a Żydzi. In: *NP* 26 (1933), 9.

103 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 55 (1933), 4.

104 Stroński, Stanisław: O byt samorządu. In: *Warszawianka* 181 (1927), 1; idem, Zarząd stolicy, 1.

als Assimilierter, sondern als Sympathisant des Zionismus galt und er als einer der führenden Warschauer Kaufleute zur Gruppe der Wirtschaftsexperten zählte, veränderte sich mit seiner Ernennung die Art der jüdischen Vertretung im höchsten kommunalen Gremium: Das Stadtparlament hatte es nunmehr statt mit einem ›treuen, aber nachgeordneten Verbündeten‹ mit einem ›unabhängigen politischen Partner‹ zu tun. Neben Mayzel wurden zwei Zionisten, Mateusz Hines und Gerszon Zybert, zu Sekretären ernannt,<sup>105</sup> womit erstmals zionistische Repräsentanten hohe Ämter in der Warschauer Selbstverwaltung bekleideten.

Entsprechende Verhandlungen wiederholten sich bei der Ernennung der Mitglieder des Magistrats, in den Zelman Bychowski und Mojżesz Koerner als Vertreter des Jüdischen Wahlbündnisses und Wiktor Alter als Vertreter des *Bund* als drei von 12 Schöffen berufen wurden.<sup>106</sup> Somit waren die Zionisten, die Vereinigung der jüdischen Kaufleute und der *Bund* auf der höheren Ebene der Selbstverwaltung vertreten, nicht aber die Orthodoxen.

Die folgende Wahl der drei Vizepräsidenten der Stadt gestaltete sich aufgrund der skizzierten Kräfteverteilung (vier Koalitionspartner, aber nur drei verfügbare Ämter) schwierig.<sup>107</sup> Vermutlich wurde eine geheime Absprache darüber getroffen, das Amt des ersten Vizepräsidenten der *Sanacja*, das des zweiten der *Endecja* und das des dritten der PPS zuzusprechen. Der ›jüdische Partner‹ war im oben erwähnten informellen Block der schwächste und hatte deshalb keine Chance auf ein solch exponiertes Amt. Die übrigen Koalitionspartner verspür-

105 Kermisz, *Reprezentacja żydowska*, 320. Mateusz Hines (1895-1957) war vor seiner Tätigkeit als Sekretär des Stadtpräsidiums Bankangestellter und Journalist. Gerszon Zybert war Journalist, Bundist und seit 1919 Sekretär des Stadtpräsidiums, Mitglied der Bildungskommission, der Kommission für Angelegenheiten der Vorstädte und der Kommission für Allgemeine Aufgaben. In: *Album pamiątkowe*, o.S.

106 Kroszczor, *Kartki*, 47; Kermisz, *Reprezentacja żydowska*, 321. Zelman Zygmunt Bychowski (1865-1934) war Arzt, Gründer der Gesellschaft für Anthropologie, Dozent am Judaistischen Institut und Vorsitzender von Brijus. Żebrowski, Rafał: Bychowski, Zygmunt. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [https://www.jhi.pl/psj/Bychowski\\_Zygmunt](https://www.jhi.pl/psj/Bychowski_Zygmunt). Mojżesz Koerner (1877-1966) war Ingenieur, Senator und Schöffe. Żebrowski, Rafał: Koerner, Mojżesz. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Koerner\\_\(Kerner\)\\_Mojżesz](http://www.jhi.pl/psj/Koerner_(Kerner)_Mojżesz). Wiktor Alter (1890-1943) war Ingenieur und Leiter des Bunds. Blatman, Daniel: Alter, Wiktor. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Alter\\_Wiktor](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Alter_Wiktor) (21. 1. 2015);

107 Z Rady Miejskiej. In: *Warszawianka* 184 (1927), 5.

ten offenbar kein Bedürfnis, weitere Absprachen zu treffen, und stellten jüdische Stadtdeputierte vor vollendete Tatsachen, wogegen unter anderem Adolf Truskier protestierte.<sup>108</sup> Manche *Sanacja*-Mitglieder wehrten sich jedoch vehement dagegen, mit der *Endecja* zu kooperieren, und werteten damit wiederum die jüdischen Partner auf.

Dass ein Jude im Präsidium des Stadtparlaments saß, war keineswegs unproblematisch. *Nasz Przegląd* beklagte, dass die Sitzungen unter Vorsitz von Mayzel zur Arena antisemitischer Angriffe wurden.<sup>109</sup> Besonders spitzte sich die Lage zu, wenn Mayzel repräsentative Aufgaben wahrnahm, was er abwechselnd mit den anderen drei Vizevorsitzenden tat. So sollte Mayzel im Januar 1933 den Regierungsvertretern die Neujahrswünsche des Stadtparlaments im Warschauer Schloss überbringen.<sup>110</sup> Dort traf er überraschend mit D[ymitr?] Szarzyński, einem seiner Amtskollegen, zusammen. *Nasz Przegląd* kommentierte dies so:

Die Tatsache, dass die Wünsche an den Präsidenten der Republik im Namen der Hauptstadt der gerade amtierende Herr Mayzel, ein Jude, übergeben sollte, beunruhigte den Vertreter der *Sanacja*-Gruppe, Herrn Zadora-Szwajcer, so sehr, dass er in dieser Angelegenheit sogar im nationaldemokratischen Lager intervenierte. Herr Zadora-Szwajcer bemühte sich aus allen Kräften zu erreichen, dass statt Mayzels ein anderer Vizevorsteher [...], ein Nationaldemokrat, auf das Schloss gehe. Darauf wollte aber sogar der Vertreter der *Endecja* nicht eingehen, der im Präsidium des Stadtparlaments sitzt. [...] Der Herr Vizevorsitzende Szarzyński war lediglich damit einverstanden, dem Vizevorsitzenden Mayzel auf dem Schloss auf [...] diskrete Art zu assistieren.<sup>111</sup>

Die jüdische Zeitung berichtete weiterhin, die Intervention von Zadora-Szwajcer habe einen Konflikt im Warschauer Stadtparlament hervorgerufen. Ein Teil der Abgeordneten habe gefordert, Zadora solle

108 Porozumienie między prawicą a PPS faktem dokonany. Wiceprezydentami miasta pp. Szpotafiński (PPS), Borzęcki (praw.) i Bogucki (PPS). In: *Kurjer Polski* 183 (1927), 3; Na wczorajszym posiedzeniu Rady Miejskiej trzykrotne głosowanie na wiceprezydenta miasta nie dało rezultatu. In: *NP* 118 (1929), 4. Truskier war jüdischer Kandidat für dieses Amt und bekam in drei Abstimmungen jeweils 13 Stimmen (von insgesamt 98).

109 Komedja polityczna na Ratuszu. In: *NP* 17 (1929), 4.

110 Z za kulis wyborów na prezesa Rady Miejskiej. In: *NP* 31 (1933), 7.

111 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 55 (1933), 4.

auf seinen Sitz im Stadtparlament verzichten. Die Mehrheit des Stadtparlaments habe jedoch beschlossen, über den Zwischenfall hinwegzusehen und zur Tagesordnung überzugehen.<sup>112</sup>

Die *Sanacja* vertrat grundsätzlich einen interventionistischen Zentralismus und betrachtete die Selbstverwaltung demnach als staatlich gelenkte, durch begrenzte Teilnahme des bürgerlichen Elements charakterisierte Institution.<sup>113</sup> Die Zusammensetzung des Warschauer Stadtparlaments, in dem die *Endecja* dominierte, lief einer solchen Sichtweise entgegen. Die *Sanacja* versuchte daher, den Misserfolg des Regierungsblocks bei den Kommunalwahlen auszugleichen, indem sie die städtische Selbstverwaltung den staatlichen Behörden noch stärker unterordnete.<sup>114</sup> 1928 wurde deshalb ein Regierungskommissar für die Hauptstadt Warschau (*Komisarz rządowy dla miasta stołecznego Warszawy*) ernannt, der in seinem Rang einem Wojwoden gleichkam.<sup>115</sup> *Nasz Przegląd* berichtete einerseits von dessen wiederholten Versuchen, die Kompetenzen der Selbstverwaltung durch den Erlass von Dekreten zu schmälern,<sup>116</sup> andererseits von Aktivisten der PPS, der Jüdischen Fraktion und des *Bund*, die wiederholt gegen diese Praxis protestierten. Ebenso ergriff die jüdische Zeitung in einem Konflikt zwischen dem ausführenden Magistrat, der in gutem Kontakt zum Innenministerium stand, und dem Stadtparlament für letzteres Partei.<sup>117</sup>

Eine weitere wichtige mediale Auseinandersetzung entbrannte 1927 in der Presse zwischen PPS und *Sanacja*.<sup>118</sup> Letztere erklärte das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zum Stadtparlament mit dem wachsenden Einfluss der Kommunisten, die die Unzufriedenheit mit der Politik der PPS geschürt hätten. Die PPS hingegen erklärte die Wahlergebnisse mit der enttäuschenden Politik der *Sanacja*. Die daraus resultierenden Differenzen innerhalb der PPS mündeten in eine

112 Ibid.

113 Klimek, *Samorząd miast II Rzeczypospolitej*, 55.

114 Rozporządzenie prezydenta o urzędzie Komisarza Rządu na Warszawę, starostwo grodzkie (Dz.Ust. Nr. 11. poz.86). In: Drozdowski, *Warszawia-cy i ich miasto w latach Drugiej Rzeczypospolitej*, 317.

115 Izdebski, Hubert: Samorząd terytorialny w II Rzeczypospolitej, Teil 2: Samorząd w latach 1933-1939. In: *Samorząd Terytorialny* 6 (1991), 46-54, hier 52; Gadomski, Jan: Organizacja miejscowych władz administracyjnych i ich stosunek do samorządu m. Warszawy. In: *KW* 9 (1929), 1-5.

116 Próby ograniczania samorządu. In: *NP* 47 (1928), 5; Rada Miejska przeciw rządowym projektom ustawy samorządowej. In: *NP* 29 (1932), 4.

117 Nieporozumienia Magistratu z Radą Miejską. In: *NP* 61 (1933), 9.

118 Tydzień, który minął. Refleksje i uwagi. In: *Kurjer Polski* 147 (1927), 1.

Spaltung der Partei in eine regierungsfeindliche und eine *Sanacja*-freundliche Fraktion, die sog. revolutionäre Fraktion (*PPS frakcja rewolucyjna*). Dieser parteiinterne Konflikt wurde wenig später offen im Stadtparlament ausgetragen, etwa als es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kommunalangestellte ging, z.B um ihre finanzielle Bezuschussung (*zapomoga*).<sup>119</sup> Während sich Opposition (u.a. PPS, *Chadecja* und NPR) dafür aussprachen, stellte sich die regierungsfreundliche *PPS frakcja rewolucyjna* dagegen. Infolgedessen näherten sich etwa seit 1928 die in Opposition zur Regierung verbleibende PPS und die *Endecja* einander an.<sup>120</sup> Maurycy Mayzel trat als Präsidiumsmitglied besonders energisch auf, um die öffentliche Austragung von Konflikten zwischen den beiden PPS-Fraktionen einzudämmen.<sup>121</sup> Die Deputierten der *Sanacja* und der regierungsfreundlichen PPS wurden im Eifer dieser Diskussionen als »Judenknechte« bezeichnet.<sup>122</sup>

Klar zutage trat die kontinuierlich starke Position der *Endecja* im Stadtparlament 1931, als sich manche Stadtdeputierten auf eine gemeinsame Erklärung zu einigen versuchten, um die antijüdischen Krawalle zu verurteilen.<sup>123</sup> Der Zionist Mateusz Hindes brachte den Entwurf einer solchen Erklärung ein und erhielt die Unterstützung jüdischer Gruppierungen, der *Sanacja*, der Berufsverbände der *Sanacja* und beider PPS-Fraktionen. Die *Endecja* verzögerte jedoch zunächst die Veröffentlichung der Erklärung<sup>124</sup> und verhinderte sie schließlich ganz.<sup>125</sup> Dagegen protestierten die jüdischen Stadtparlamentarier und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde vergeblich.<sup>126</sup>

Nach 1927 trat eine generelle Lähmung der Selbstverwaltung ein.<sup>127</sup> Dieser Zustand war bequem für alle konservativen Elemente, die keine

119 Burzliwe posiedzenie Rady Miejskiej. In: *NP* 267 (1929), 3; Rada miejska odrzuciła wniosek PPS Frakcji Rew. w sprawie jednorazowego 75 proc. zasiłku. In: *NP* 295 (1929), 4.

120 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 122.

121 Rada Miejska odrzuciła wniosek PPS Frakcji Rew., 4.

122 Rada Miejska o zajęciach antyżydowskich w stolicy. In: *NP* 249 (1931), 2.

123 Prezydium Rady Miejskiej i Konwent Seniorów wobec ekscesów antyżydowskich. In: *NP* 312 (1931), 4.

124 Ugrupowania prawicowe w Radzie Miejskiej nie chcą dopuścić do jednolitej deklaracji w sprawie ekscesów. In: *NP* 314 (1931), 4.

125 Rada Miejska o zajęciach antyżydowskich w stolicy, 2; *Endecja* uniemożliwia w radzie miejskiej dyskusję w sprawie zajęć antyżydowskich w stolicy. In: *NP* 319 (1931), 3.

126 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 380.

127 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 148.

Veränderungen wünschten, und ebenso für die *Sanacja*, die weiterhin einen staatlichen Kontrollanspruch erhob. Rückenwind erhielten sie durch die politisch schwankenden, eine Kommunalisierung der privaten Betriebe fürchtenden Mittelschichten. Mit der Weltwirtschaftskrise festigte sich die kommunale Allianz zwischen Konservativen und *Sanacja*, und die gesellschaftliche Kritik an der städtischen Selbstverwaltung erreichte ihren Höhepunkt. 1929 formulierte Samuel Hirschhorn im *Nasz Przegląd*:

[Im Warschauer Stadtparlament] haben die bürgerlichen [*mieszczkańskie*] Elemente die Oberhand gewonnen, mit der *Endecja* an der Spitze. Statt aber dem Vorbild des liberalen Bürgertums zu folgen, das westliche Städte zur Blüte führte, ahmt die *Endecja* – hauptsächlich aus antisemitischen Gründen – den Chauvinismus und bolschewistischen Etatismus des Ostens nach. Mit ihrem Etatismus und ihrer Enteignungspolitik beschädigt die *Endecja* namentlich die Ideale des heiligen (Privat)Eigentums, der Rechtsstaatlichkeit und des Liberalismus, die sie noch vor Kurzem so kämpferisch im *Sejm* verkündet hat.<sup>128</sup>

Deutlicher als in diesem Zitat kann die Widersprüchlichkeit der *Endecja*-Programmatik auf staatlicher und kommunaler Ebene kaum zum Ausdruck kommen.

*Nasz Przegląd* monierte des Weiteren, wegen der starken Präsenz der *Endecja* im Stadtparlament seien die »Straßen der Proletarier und der Juden« bei den Sanierungsmaßnahmen umgangen worden, allein die Gegenden der Besitzenden würden gepflegt. Aus Protest gegen eine solche Kommunalpolitik seien die Stadtverordneten von PPS, *Bund* und *Po'ale Tsiyon* der festlichen Sitzung zum 6. Jahrestag des Stadtparlaments ferngeblieben.<sup>129</sup>

Der finanzielle Rahmen des Warschauer Stadtparlaments war von Beginn an schlecht, und die Weltwirtschaftskrise verschärfte diese Misere zusätzlich. Der Krisenmechanismus war für den Durchschnittsbürger völlig undurchschaubar, weshalb er menschliches Versagen

<sup>128</sup> S.H. [Hirschhorn, Samuel]: Jubileusz Ratusza. In: *NP* 80 (1929), 4. Damit waren u.a. die Enteignung der Grundbuchgläubiger (*wierzyciele hypoteczni*) sowie die Kommunalisierung der Verkehrsmittel und des Theaters gemeint.

<sup>129</sup> Sześćciolecie samorządu m. st. Warszawy. In: *NP* 80 (1929), 7.

unterstellte.<sup>130</sup> Die Sparpolitik des Stadtparlaments, zu der dieses sich zwischen 1930 und 1934 angesichts der finanziellen Krise gezwungen sah, beruhte u. a. darauf, Ausgaben zu beschränken, kommunale Investitionen zu verzögern, Personal zu reduzieren und die Vergütung der Beamten zu kürzen. Auf diese Weise machte es sich schnell unbeliebt. Dies nutzten Regierungskreise dafür aus, die städtischen Repräsentanten wegen vermeintlicher Inkompetenz zu diffamieren.<sup>131</sup> Angesichts dieser Lage forderte das Stadtparlament selbst das Innenministerium im Juni 1930 dazu auf, Neuwahlen auszuschreiben.<sup>132</sup> Diesem Wunsch wurde allerdings nicht entsprochen.

Im Jahr 1931 stellte der Magistrat die Gehaltszahlungen an die kommunalen Angestellten schließlich ganz ein, worauf die Betroffenen mit Streiks drohten.<sup>133</sup> Daraufhin beschloss das Stadtparlament, die Löhne lediglich drastisch zu reduzieren.<sup>134</sup> Die städtischen Bediensteten antworteten dennoch mit Streiks, bis man sich auf ratenweise Nachzahlungen einigte.<sup>135</sup> Als der Magistrat 1933 die Löhne erneut um 15 % reduzierte,<sup>136</sup> folgte eine weitere Streikwelle.<sup>137</sup> Endgültig büßte die Stadtverwaltung das Vertrauen der Bevölkerung ein, als sie in Folge der Streiks mehrere Angestellte auf andere Arbeitsstellen versetzte und einen entließ, obwohl sie den Streikenden Repressionsfreiheit garantiert hatte.<sup>138</sup> Die Presse berichtete von massenhaften Versammlungen vor dem Rathaus, auf denen gegen die Kommunalpolitik des Stadtpar-

130 Garlicki, *Piękne lata trzydzieste*, 77 und 208.

131 Drozdowski, *Warszawa w latach 1914-1939*, 339; Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego*, 94; *Z Rady Miejskiej*. In: *NP* 349 (1932), 2; *Samorząd stolicy walczy z deficytem*. In: *NP* 208 (1931), 9; *Pracownicy miejscy nie zgadzają się na nowe warunki magistratu*. In: *NP* 29 (1933), 15.

132 Rada Miejska przeciwko Min. Spraw wewnętrznych. In: *NP* 241 (1930), 4.

133 *Oszczędności Magistratu*. In: *NP* 211 (1931), 5; *Strajk pracowników magistratu*. In: *NP* 238 (1932), 2.

134 *„Czerwony Sztandar“ na Ratuszu*. In: *NP* 263 (1931), 3; P. Jaworowski przestał być Prezesem Rady Miejskiej m. st. Warszawy. In: *NP* 277 (1931), 2.

135 *Groźba konfliktu w magistracie*. In: *NP* 302 (1932), 9; *Strajk*. In: *NP* 309 (1932), 3.

136 *Demonstracyjny strajk pracowników miejskich wyznaczony na piątek*. In: *NP* 60 (1933), 9.

137 *Strajk pracowników miejskich*. In: *NP* 70 (1933), 9; *Strajk pracowników miejskich skończony*. In: *NP* 71 (1933), 8.

138 *Wrzenie wśród pracowników miejskich*. In: *NP* 76 (1933), 9.



laments protestiert wurde. Samuel Hirschhorn kommentierte im *Nasz Przegląd*:

Diejenigen, die bei uns mit Beginn der staatlichen Unabhängigkeit und der kommunalen Selbstverwaltung an die Macht berufen wurden, wollten nicht die bittere Wahrheit erkennen, dass Polen ein armes Land und Warschau keine vermögende Stadt ist. [...] Der Warschauer Magistrat verfügte zwar über ein hohes Budget – bis zu 100 Mio. Złoty, hat dieses aber zu großzügig ausgegeben und es für unproduktive Ziele eingesetzt.<sup>139</sup>

Die falsche Investitionspolitik, so Hirschhorn, sei mit patriotischen und nationalistischen Phrasen verschleiert worden. Noch im selben Jahr äußerte ein anderer Autor im *Nasz Przegląd* den Wunsch, die Regierung solle das Stadtparlament auflösen und einen Regierungskommissar ernennen, um die kommunalen Finanzen zu ordnen und Neuwahlen auszuschreiben.<sup>140</sup>

Ungeachtet dieser harschen Kritik fällt die Beurteilung dieser Wahlperiode bei Józef Kermisz recht positiv aus: Die Warschauer Selbstverwaltung habe zum ersten Mal einige Juden als Kommunalangestellte beschäftigt.<sup>141</sup> Wahrscheinlich meint Kermisz damit die vier Straßenbahnangestellten, die dank der Interventionen der jüdischen Stadtdeputierten im Jahr 1929 neu angestellt wurden. Allerdings füllten sie nur vier von insgesamt 1.500 neuen Stellen.<sup>142</sup> Falls dies zutrifft, hatte

139 S.H. [Hirschhorn, Samuel]: Nad łozem chorego magistratu. In: *NP* 217 (1931), 3.

140 Wczorajsze posiedzenie Rady Miejskie. In: *NP* 300 (1931), 2.

141 Kermisz, Di yidishe representantz, 290. Jakób Leszczyński behauptete, 1928 seien zwei Juden in den Stadtwerken neu eingestellt worden und 1929 nach langen Interventionen weitere vier. Lestschinsky, Jakob: *Das jüdische Volk im neuen Europa (Die wirtschaftliche Lage der Juden in Ost- und Zentraleuropa)*. Prag 1934, 56; Garncarska-Karady, Bina: *Żydowska ludność pracująca w Polsce 1918-1939*. Warszawa 2001, 67. Zalewska erwähnt 40 jüdische Arbeiter, die im Jahr 1931 in verschiedenen Zweigen der Stadtwerke arbeiteten: in der Wasserversorgung, im Elektrizitäts- und im Gaswerk. Im Jahr 1921 waren es nur 12 gewesen. 1931 gab es auch in anderen städtischen Betrieben jüdische Angestellte: 13 in der Kommunalverwaltung, 12 bei der Bahn, sieben bei der Verkehrsüberwachung (Land und Wasser), vier im Postamt und zwei bei der Straßenbahn. Zalewska, Gabriela: *Ludność żydowska w Warszawie w okresie międzywojennym*. Warszawa 1996, 183f. und 301f.

142 Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 294f.

die Selbstverwaltung den Widerwillen der »polnischen« Kommunalangestellten besänftigen können, denn noch im April 1927 hatten Warschauer Straßenbahnangestellte gestreikt, um gegen den Plan, Juden anzustellen, zu protestieren.<sup>143</sup> Der Zionist Mateusz Hines bezeichnete den Magistrat aus diesem Grund als »zeitgenössischen Ansiedlungsrayon«, der für Juden unzugänglich und vor ihnen gut geschützt sei.<sup>144</sup> Der Bundist Henryk Erlich sprach von einem Boykott gegen jüdische Angestellte seitens des Magistrats.<sup>145</sup> Jüdische Stadtdeputierte forderten deshalb 1931 die Kürzung des Repräsentationsbudgets der Straßenbahndirektion, um auf diesem Wege gegen die antisemitische Personalpolitik der Kommunalverwaltung zu protestieren.<sup>146</sup> Als die Straßenbahndirektion versprach, einschlägig qualifizierte Juden einzustellen, stimmte jedoch die zionistisch dominierte Jüdische Fraktion für das ursprüngliche Repräsentationsbudget. Die jüdischen Deputierten der linken Parteien blieben bei ihrem Protest und stimmten dagegen.

Im Juli 1933 rief der Vizepräsident Marian Borzęcki angesichts des baldigen Inkrafttretens eines neuen Verwaltungsgesetzes, das die Grundlage der künftigen Warschauer Selbstverwaltung bilden sollte, Versammlungen des Warschauer Stadtparlaments ein, um die Modalitäten der Umsetzung in die Praxis festzulegen:<sup>147</sup> Die Regierung hatte beschlossen, die Kompetenzen des Stadtparlaments durch die Delegation einiger finanzieller Entscheidungen an den Magistrat weiter einzuschränken. Die Vollmachten des Stadtpräsidenten wurden hingegen erweitert, die der Schöffen wiederum begrenzt. Gleichzeitig wurde die Selbstverwaltung auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt, indem das Finanzministerium die Kommunalsteuer zu einem Teil der allgemeinen Grundsteuer erklärte und so die Kommunal Finanzen noch stärker an die Staatsfinanzen band.<sup>148</sup>

143 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 213.

144 Magistrat warszawski – »strefa osiadłości«. In: *NP* 343 (1929), 7. Diese Bezeichnung war irreführend, da Juden im Russländischen Reich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis 1916 gezwungen gewesen waren, ausschließlich im sog. jüdischen Ansiedlungsrayon zu leben.

145 *Z wczorajsze go posiedzenia Rady Miejskiej*. In: *NP* 300 (1930), 13.

146 *Sprawa przyjmowania żydów do tramwajów miejskich*. In: *NP* 36 (1931), 2.

147 *Zmiana struktury zarządu m. Warszawy*. In: *NP* 190 (1933), 15; *Zasadnicze zmiany struktury zarządu miasta Warszawy*. In: *NP* 193 (1933), 9.

148 *Doniosła reforma podatków komunalnych*. In: *NP* 340 (1933), 8.

## Die »Verstaatlichung« der Selbstverwaltung

Auf Anordnung von Staatspräsident Ignacy Mościcki vom 23. März 1933 wurde das Warschauer Stadtparlament mit Wirkung zum 3. März 1934 unter dem Vorwand finanzieller Inkompetenz aufgelöst<sup>149</sup> und ein kommissarischer Stadtpräsident ernannt.<sup>150</sup> Bezeichnend ist die Tatsache, dass der Ernannte – Marjan Zyndram-Kościałowski – zuvor schon das Amt des Warschauer Wojewoden innegehabt hatte, mithin also die Unterordnung der kommunalen Selbstverwaltung unter die staatlichen Behörden bekräftigt wurde. Zyndram-Kościałowski gehörte zudem zu den engsten Vertrauten Józef Piłsudskis. Als kommissarischer Stadtpräsident stand er nun dem alten Stadtparlament vor.

Noch im Jahr 1934 ernannte das Innenministerium aus den Reihen der *Sanacja*-Anhänger die kommissarischen Stadtpräsidenten der Großstädte. In Warschau löste Stefan Starzyński den nun zum Innenminister ernannten Zyndram-Kościałowski ab. Starzyński (1893-1939) war ehemaliger Legionär, Vizeminister der Finanzen und Präses der Landeswirtschaftsbank.<sup>151</sup> Seine Amtszeit wurde auf anderthalb Jahre festgesetzt, in deren Verlauf »die Stadtwirtschaft vereinigt und das Regierungskommissariat aufgelöst werden sollte«.<sup>152</sup> Im Jahr 1937 verlängerte jedoch die Regierung »das kommissarische Regieren« im Warschauer Stadtparlament um ein weiteres Jahr, bis Oktober 1938, worüber der *Sejm* abgestimmt hatte.<sup>153</sup>

Der Stadtpräsident, fünf Vizepräsidenten und neun Schöffen bildeten den exekutiven Stadtvorstand. Ein Zeitzeuge und späterer Historiker, Henryk Kroszczor (1895-1979), behauptete jedoch, dass Starzyński

149 Przed rozwiązaniem warszawskiej Rady Miejskiej. In: *NP* 41 (1934), 9; Wstęp do rozwiązania rady miejskiej i magistratu. In: *NP* 60 (1934), 2; Drozdowski, Warszawa w latach 1914-1939, 341; Izdebski, Samorząd terytorialny w II Rzeczypospolitej, Teil 2, 52.

150 Z życia samorządu stołecznego. In: *KW* 3 (1934), 168. Zuerst war nur von vier bis fünf Juden die Rede, die ernannt werden sollten. Siehe Sprawa przedstawicieli żydowskich w tymczasowej Radzie Miejskiej. In: *NP* 280 (1934), 9.

151 Szarzyński wurde von Staatspräsidenten Ignacy Mościcki unterstützt, Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego*, 55; Piątek, Grzegorz: *Sanator. Kariera Stefana Starzyńskiego*. Warszawa 2016.

152 Nowy prezydent Warszawy b. minister Starzyński objął urządowanie. In: *NP* 220 (1936), 7.

153 Sprawa przedłużenia rządów komisarycznych na ratuszu warszawskim. In: *Kurjer Polski* 148 (1937), 3; Przedłużenie rządów komisarycznych w Warszawie. In: *Kurjer Polski* 152 (1937), 4.

so gut wie allein »regierte«. <sup>154</sup> Nach Einschätzung des *Nasz Przegląd* erwartete der Stadtpräsident, die *Inteligencja* und die Staatsbürokratie werden ihn unterstützen. <sup>155</sup> In der Gruppe der Staatsbediensteten waren so gut wie keine Juden vertreten.

Starzyński kritisierte das ehemalige Stadtparlament scharf und warf ihm finanzielle Misswirtschaft (*niechlujstwo*) vor. <sup>156</sup> Die Kritik an seinen Vorgängern gehörte fest zum Repertoire seiner Auftritte. <sup>157</sup> Der neue Stadtpräsident beabsichtigte, diese »Fehler« mittels einer bedingungslosen Sparpolitik zu korrigieren. Sein Motto lautete: »Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Rationalisierung« (*celowość, oszczędność i racjonalizacja*). <sup>158</sup> Sein Arbeitsstil war autoritär, so dass er es nicht für nötig hielt, die Vertreter der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen zu konsultieren.

Nach dem Stadtpräsidenten ernannte das Innenministerium am 24. September 1934 ein Provisorisches Stadtparlament (*Tymczasowa Rada Miejska*), das insgesamt 36 Mitglieder zählte, darunter sieben Juden. <sup>159</sup> Bei den Ernennungen sollten insbesondere »apolitische« Wirtschaftsexperten und Berufstätige berücksichtigt werden. <sup>160</sup> Ein Autor des *Nasz Przegląd* nannte das Provisorische Stadtparlament provokativ »judenrein«, da die jüdischen Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung weitgehend unbekannt seien. Deshalb hielt er es für zweifelhaft, ob sie die Angelegenheiten der Warschauer Juden im Stadtparlament offen, mutig und würdevoll vertreten würden. <sup>161</sup> Dies war eine polemische Untertreibung, da es sich bei den jüdischen Mitgliedern des Provisorischen Stadtparlaments entweder um *Sejm*-Abgeordnete, Stadtverordnete oder aber um anderweitig bekannte Persönlichkeiten handelte, wenn auch nicht um Zionisten.

Die Nominierten vertraten sowohl die Orthodoxie als auch die jüdische Wirtschaftselite – beides Milieus, mit denen die *Sanacja* seit

154 Kroszczor, *Kartki*, 48.

155 Werksztel, A.: O stan zdrowotności i kultury dzielnic żydowskich Warszawy. In: *NP* 136 (1939), 19.

156 Sensacyjne oświadczenie prez. Starzyńskiego o gospodarce miejskiej. In: *NP* 252 (1934), 9.

157 Uroczyste otwarcie Tymczasowej Rady Miejskiej. In: *NP* 30 (1935), 3.

158 O gospodarce samorządu miejskiego. In: *Kurjer Polski* 99 (1935), 4.

159 Powołanie Tymczasowej Rady Miejskiej i Komisji Rewizyjnej w m. st. Warszawie. In: *NP* 357 (1934), 4.

160 Piątek, *Sanator*, 143 und 190.

161 S.W.: Przed dzisiejszym otwarciem Tymczasowej Rady Miejskiej. In: *NP* 29 (1935), 7.

der Verständigung im Jahr 1930 gute Beziehungen pflegte. Später verhöhnzte der Zionist Moshe Kleinbaum das Stadtparlament als »bajrat«, womit er auf die Unselbstständigkeit der Selbstverwaltung anspielte.<sup>162</sup> Aus Sicht des *Nasz Przegląd* besaß das neue Stadtparlament ohnehin nur beratende Kompetenzen.<sup>163</sup> Angesichts der scharfen Kritik, die Starzyński am alten Stadtparlament äußerte, nahm die Zeitung die ehemaligen jüdischen Stadtdeputierten in Schutz:

Es ist in diesem Augenblick nicht unsere Aufgabe, Kritik an den Aktivitäten der jüdischen Vertreter im [alten] Magistrat und im [alten] Warschauer Stadtparlament zu üben und sie zu analysieren. Ohne Zweifel haben diese Aktivitäten in mehreren Fällen zu wünschen übriggelassen, besonders im Hinblick auf den Kampf um Arbeit für Juden und den Einsatz für Kultur und Bildung. Niemand jedoch, der während der Wahlperiode über mehrere Jahre die Tätigkeit der jüdischen Stadtdeputierten beobachtet hat, kann bestreiten, dass sie überall auf das Wohl der Stadt abzielte. Ebenso wenig stand ihr Eintreten für die Forderungen der jüdischen Bevölkerung oder für die Gleichbehandlung der jüdischen Stadtviertel<sup>164</sup> im Widerspruch zu den Interessen der Selbstverwaltung und dem Bestreben, die Probleme bei der Entwicklung der Hauptstadt der Republik zu lösen.<sup>165</sup>

<sup>162</sup> Kleinbaum, M[o]jżesz]: Kogo dziś wybieramy? In: 3 *NP* 53 (1938), 11. Moyshe Kleinbaum (1909-1972) war Zionist und ein sehr populärer Journalist, der hauptsächlich für den jiddischen Haynt schrieb. Melzer, Emanuel: Kleinbaum, Moyshe. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kleinbaum\\_Moyshe](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kleinbaum_Moyshe) (20.7.2016).

<sup>163</sup> Wobec zmian na terenie samorządu stołecznego. In: *NP* 279 (1934), 7; S. W., Przed dzisiejszym otwarciem Tymczasowej Rady Miejskiej, 7.

<sup>164</sup> Als »jüdisches Viertel« galt ein zentraler Stadtteil im Norden, der zu mehr als 50% von Juden bewohnt war. Neben seiner Hauptader, der Nowolipki-Strasse, umfasste es folgende Straßen: Pańska, Twarda, Żelazna, Smocza, Pawia, Okopowa, Młocińska, die Straße entlang der Eisenbahngleise am Danziger Bahnhof, Bonifraterska, Konwiktorska, Zakroczymska, Długa, Świętojerska, Przejazd, Bielańska, Senatorska, Żabia, Graniczna, Królewska, Marszałkowska und Świętokrzyska. Somit verteilte sich das »jüdische Viertel« auf fünf Stadtteile: Muranów, Powązki, Stare Miasto, Śródmieście Zachód und Śródmieście Centrum. Gawryszewski, *Ludność Warszawy*, 188.

<sup>165</sup> Wobec zmian na terenie samorządu stołecznego, 7.

Der Journalist betonte, dass die Interessen der jüdischen Einwohner Warschaus identisch mit jenen der ganzen Stadt seien. Wenn man deren Bedürfnissen nachgehe, diene dies dem Allgemeinwohl der Stadt. Er behauptete, allein die jüdische Vertretung im Stadtparlament sei unabhängig von den Kämpfen, die *Endecja* und *Sanacja* miteinander austrugen. Entsprechend besorgt zeigte er sich angesichts des Fehlens jüdischer Repräsentanten in den höheren städtischen Ämtern und im Magistrat.<sup>166</sup>

Anfang des Jahres 1935 erteilten das Außen- und das Finanzministerium den städtischen Selbstverwaltungen und ihren Kontrollorganen weitere Sparanweisungen,<sup>167</sup> u. a. ordneten sie die abermalige Reduzierung der Subventionen für Sozialeinrichtungen an. In Warschau setzte Stadtpräsident Starzyński diese Vorgaben pedantisch in die Tat um, um den städtischen Haushalt auszugleichen.<sup>168</sup> So kündigte er Kürzungen der Gehälter der bestverdienenden Beamten und der Beamtenpensionen an.<sup>169</sup> Parallel zu den Einsparungen in der Verwaltung sollten die Lebenshaltungskosten der Warschauer, z. B. Wasser- und Fahrtkosten, gesenkt werden, um die Kaufkraft zu erhöhen. In Übereinstimmung mit diesem »fiskalischen Populismus« beschloss das Stadtparlament eine Anhebung der Immobiliensteuer, womit die bürgerliche Mitte zusätzlich belastet wurde.<sup>170</sup> Allerdings wurde die Zahl der städtischen Beamten in dieser Zeit ohne sichtbaren Bedarf um 25 % erhöht.<sup>171</sup> Wie bereits angemerkt waren Juden in dieser Berufsgruppe kaum zu finden.

Der Handlungsrahmen Starzyńskis wurde durch die andauernde Verknappung der Finanzmittel stark verkleinert. Vor allem die Kürzungen der Mittel des zentralen Arbeitsfonds (*Fundusz Pracy*), der dazu diente, Großinvestitionen zu verwirklichen und gleichzeitig Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, wirkte sich negativ auf die Warschauer infrastrukturellen Vorhaben, wie z. B. den Ausbau der Ka-

166 Ibid.

167 Zalecenia oszczędnościowe dla samorządów. In: *Kurjer Polski* 45 (1935), 6. Vgl. Zaręba, Janusz: *Eugeniusz Kwiatkowski – romantyczny pragmatyk*, Warszawa 1998, 85 f. Im Laufe von fünf Jahren wurden der Kommune durch Regierungsdekrete 26 Mio. Gewinne gestrichen. Piątek, *Sanator*, 158.

168 Budżet stolicy w świetle uwag p. Prez. Starzyńskiego. In: *Kurjer Polski* 73 (1935), 4; Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego*, 181 f.

169 Dyskusja nad budżetem Warszawy. In: *Kurjer Polski* 80 (1935), 4.

170 Posiedzenie Tymczasowej Rady Miejskiej Warszawy. In: *Kurjer Polski* 296 (1936), 6.

171 Wynot, *Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw*, 136 f.

nalisation oder aber der Verkehrswege, aus.<sup>172</sup> Deshalb protestierte ausgerechnet Starzyński gegen die fortdauernde Einschränkung der städtischen Autonomie und den staatlichen Zugriff auf kommunale Finanzquellen. Paradoxerweise gründete seine Haltung in der Tatsache, dass er ›seine‹ Kommune als eigenen Kleinstaat wahrnahm, für dessen Wohl er sich aus ganzer Kraft einsetzte. Starzyński vertrat die Meinung, »das ganze Land« solle sich am Ausbau der Hauptstadt beteiligen, auch wenn er diese Forderung selbst für nicht umsetzbar hielt.<sup>173</sup>

Vom Sparzwang waren auch mehrere jüdische Einrichtungen betroffen, wenngleich in unterschiedlichem Maße. *Nasz Przegląd* veröffentlichte eine Aufstellung, um die Diskriminierung jüdischer Institutionen zu belegen. Aufgeführt wurden: die Auslagerung des Altersheims nach Broszków, Entlassungen im Jüdischen Krankenhaus, die gänzliche Streichung der Subventionierung jüdischer Bildungsanstalten, die Kommunalisierung des Badehauses einschließlich der Entlassung eines Teils der jüdischen Angestellten, die mangelnde Finanzierung jener Institutionen, die ersatzweise Aufgaben des Magistrats erfüllten, der Ausschluss jüdischer Studenten von der Vergabe von Kommunalstipendien, die Aktion gegen das rituelle Schächten, die Schließung des Waisenhauses in der Pfocker Straße, die Kündigung der Verträge jüdischer Lieferanten durch die Ankaufabteilung des Magistrats und generell die Vernachlässigung des jüdischen Stadtviertels.<sup>174</sup>

Gegen diese Maßnahmen protestierten die jüdischen Deputierten im Rahmen einer Sitzung des Provisorischen Stadtparlaments vehement. *Nasz Przegląd* kommentierte:

Wir haben leider nicht ahnen können, dass die Verteidigung der Rechte auf dem Gebiet der Selbstverwaltung die Hauptaufgabe der jüdischen Stadtdeputierten in dieser Wahlperiode sein würde.<sup>175</sup>

Die Zeitung forderte deshalb einen engen Zusammenschluss der jüdischen Stadtverordneten.

Eine weitere Kontroverse brach über das kommunal organisierte rituelle Schächten (*sbechita*) aus: Juden spielten seit langem eine führende Rolle in der rindfleischverarbeitenden Industrie Warschaus. Des-

172 Przyczyny zmniejszenia wydatków na inwestycje miejskie. In: *Kurjer Polski* 67 (1937), 3.

173 Polityka gospodarcza stolicy. In: *Kurjer Polski* 225 (1935), 4.

174 S. W.: Przed dzisiejszym otwarciem Tymczasowej Rady Miejskiej, 7.

175 Ibid.

halb hatten christliche Schlachter schon früher Versuche unternommen, ihnen diese Rolle streitig zu machen. Im Januar 1928 entbrannte in der Haushaltskommission des Stadtparlaments eine Diskussion über das rituelle Schächten,<sup>176</sup> die 1929 als »Fleischdiskussion« (*dyskusja mięsna*) fortgesetzt wurde.<sup>177</sup> Der Streit ging darum, dass in Warschau fast alle Rinder von den vom Rabbinat delegierten Schächtern geschlachtet wurden, da Juden die Hauptkonsumenten von Rindfleisch waren. Allerdings galten nur die Vorderteile der Tiere als koscher und wurden von Juden erworben. Die Hinterteile galten als unrein und wurden deshalb preisgünstiger an Christen verkauft. Insofern hätte ein Schächtverbot auch die christliche Bevölkerung getroffen.

Die Gegner des Schächtens führten die »Unmenschlichkeit« des Schächtens, die »jüdische Vorherrschaft« und die vermeintliche Ausbeutung der (christlichen) Konsumenten ins Feld. Noch 1928 setzte das Stadtparlament eine Sonderkommission ein, die sich mit dem Schächten auseinandersetzen sollte,<sup>178</sup> und wählte Zalman Bychowski zu ihrem Referenten. Er trug die Argumente der Verteidiger des rituellen Schächtens vor: Das Schächten sei nicht grausam, es sei viel mehr die humanitärste Art des Schlachtens, und Christen könnten nur deswegen billig bestimmte Fleischteile erwerben, weil diese für Juden »unrein« seien. Zwar gelang es Bychowski, alle genannten Vorwürfe zu widerlegen, doch war damit die Diskussion nicht beendet. Der Priester Adam Wyrębowski, ein Gegner des rituellen Schächtens, räumte ein, das Verbot sei weder ökonomisch noch humanitär zu begründen. Vielmehr sei es eine »Frage der Ehre der Polen, die nicht wollten, dass sich der Fleischhandel in den Händen der Juden befindet«.<sup>179</sup> Mit solch nationalistischen Argumenten konnten sich die Befürworter des Verbotes nicht durchsetzen.<sup>180</sup>

Die Angelegenheit kehrte im Jahr 1935 in die Arena der Selbstverwaltung zurück, als das Stadtparlament erwog, die Fleischpreise radikal zu senken. Dies betraf vor allem die jüdischen Schächter, da in Warschau

176 Żydożerstwo pod maską postępu. In: *NP* (1928), 11.

177 Sprawa uboju rytualnego na terenie Rady Miejskiej. In: *NP* 327 (1929), 2.

178 Rudnicki, Szymon: Ubój rytualny jako problem polityczny. In: idem: *Równi, ale nie zupełnie*, 157-172; Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 138-142.

179 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 341 (1929), 3.

180 Magistrat warszawski – »strefa osiadłości«, 7; Większością głosów endeków, chadeków i sanacji Rada Miejska uchwaliła antyżydowskie wnioski w sprawie uboju rytualnego, 4.



weiterhin fast alle Rinder rituell geschlachtet wurden.<sup>181</sup> Der Preis des Rindfleisches sollte von 8,75 Złoty auf 4 Złoty pro Kilogramm gesenkt werden. Bevor die nichtjüdischen Abgeordneten erwogen, gänzlich auf das rituelle Schlachten zu verzichten,<sup>182</sup> schlugen sie vor, zunächst bei der Bezahlung der Schächter zu sparen.<sup>183</sup> Zuerst reduzierte die Kommune also die Anzahl der Schächter und stellte dafür Hilfspersonal ein, das mit niedrigerer Entlohnung einverstanden war. Da das Rabbinat, das ausschließlich Fleisch von zertifizierten Schächtern als koscher anerkannte, dieses nicht akzeptierte, kam es zu einem Zerwürfnis.

Daraufhin begrenzte der Magistrat den Umfang des Schächtens und startete eine Pressekampagne gegen das rituelle Schächten, die sowohl die *Endecja* als auch die *Sanacja* für ihre Zwecke instrumentalisierten. Demagogisch angeheizt wurde sie durch den antisemitischen Priester Stanisław Trzeciak, der das rituelle Schächten mit dem den Juden im frühneuzeitlichen Polen unterstellten Ritualmord verglich. Inzwischen war jedoch die Ursache des Streits in Vergessenheit geraten, da der Magistrat die Preise für gewöhnliches Schlachten und rituelles Schächten angeglichen hatte. Unabhängig davon verselbstständigte sich die Debatte und gelangte 1936 in die Arena des *Sejm*, womit sie eine gesamtpolnische Dimension annahm. In der Folge wies der *Sejm* die Lokalverwaltungen an, die Menge koscher zu schlachtenden Viehs an der jeweiligen Zahl der jüdischen Bevölkerung auszurichten, und verschob die Angelegenheit auf diese Weise wieder auf die kommunale Ebene. Die Lokalverwaltungen missachteten jedoch die beschlossene Kontingentlösung und vergaben weniger Schächtkonzessionen als zur Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit koscherem Fleisch nötig gewesen wären.<sup>184</sup>

Szymon Rudnicki vertritt hinsichtlich der Politik des Warschauer Stadtpräsidenten gegenüber dem Schächten die Auffassung, dieser habe hauptsächlich Ersparnisse erzielen wollen, aber keine ideologischen Ziele verfolgt. Darüber hinaus sei er nicht in der Lage gewesen, die Folgen seiner Anordnungen abzusehen.<sup>185</sup> Fest steht jedoch, dass Starzyńskis Politik zu einer weiteren Verarmung der jüdischen Gemeinde und einzelner Juden führte.<sup>186</sup>

181 W rzeźni miejskiej. In: *NP* 54 (1934), 9.

182 Dyskusja w sprawie uboju rytualnego w Komisji Apropowizacyjnej Tym. Rady Miejskiej. In: *NP* 349 (1935), 1.

183 Wczorajsze posiedzenie Tymczasowej Rady Miejskiej. Echa deklaracji p. Trokenheima. In: *NP* 61 (1935), 6.

184 Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 140.

185 Rudnicki, *Ubój rytualny*, 159.

186 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, Bd. 3, 95.

Das Jahr 1936 war für die Warschauer Juden auch in anderer Hinsicht ereignisreich. Im Dezember hat die Regierung (*Komisariat Rządu na m. st. Warszawę*) einen Kommissarischen Gemeindevorstand der jüdischen Konfessionsgemeinde nominiert. Auf diese Weise wurden die Wahlen zum Gemeindevorstand vom September 1936 annulliert, in denen der *Bund* sehr gut abgeschnitten hatte.<sup>187</sup> Für die Spitze der Konfessionsgemeinde nominierte das Regierungskommissariat den Wirtschaftsexperten Maurycy Mayzel, einen erfahrenen und von der Regierung geschätzten Kommunalpolitiker.<sup>188</sup> Damit beabsichtigte die Regierung, die Gemeindeverwaltung zu verbessern, vor allem aber, die Konfessionsgemeinde der Regierung noch stärker unterzuordnen. Dies entsprach der gesamtpolnischen Entwicklung.

Als Samuel Hirszhorn 1935 die Stadtparlamente in Łódź und Warschau miteinander verglich, beurteilte er die vorherige, von der *Endecja* dominierte Warschauer Selbstverwaltung erstaunlich positiv: Dort habe man zwar scharf diskutiert, dabei aber die parlamentarischen Prinzipien und die Rechtslage nie vergessen und die Gleichberechtigung der Juden nicht rückgängig machen wollen.<sup>189</sup> Die Bedeutung von Demokratie und Rechtspflege unterstrich Hirszhorn insbesondere für die Aushandlung von Kompromissen. Er hielt Debattekultur für erlernbar, was in der Vergangenheit die Diskussionen zwischen Deputierten der *Endecja* und jüdischen Repräsentanten im Warschauer Stadtparlament bewiesen hätten. Beide politischen Kontrahenten – so Hirszhorn – hatten sich als gleichberechtigte Partner betrachtet. Im Kommissarischen Vorstand hingegen werde mit dieser Streitkultur gebrochen.

Im Januar 1937 kommentierte ein Autor von *Kurjer Warszawski* die aktuelle Parlamentsdebatte über Emigrationspolitik und das dominante Plädoyer für eine kollektive Ausreise der Juden. Er beobachtete, dass sich in dieser Frage eine Einheitsfront zwischen *Sanacja* und *Endecja* abzeichnete.<sup>190</sup> Deshalb gebe es für die Juden keine Alternative zur Zusammenarbeit mit der Linken, obwohl die Juden es darauf gar nicht anlegten. Natan Szwalbe brachte dies auf den Punkt: »Jeder Jude würde wider Willen zum Radikalen werden.«<sup>191</sup>

187 M. b-g.: Warszawskie wybory kahalne i ich rezultat. In: *Nowy Dziennik* 250 (1936), 7.

188 Żebrowski, Żydowska Gmina Wyznaniowa, 523-525 und 539.

189 S.H.[ Hirszhorn, Samuel]: Na posterunku. In: *NP* 123 (1935), 3.

190 B.K.: Desperackie wnioski żydowskie. In: *Kurjer Warszawski* 15 (1937), 2.

191 Ibidem. Ein Zitat aus einem Artikel von N.S. [Natan Szwalbe] in *Nasz Przegląd*.

## Antisemitische Parolen der Rechten – Stimmengewinn der Linken

Die neue Verfassung für die Republik Polen vom April 1935 brachte neben der Stärkung der präsidentialen Vollmachten auch eine Veränderung der Wahlordnung mit sich. Das Verhältniswahlrecht auf die Parteilisten (*proporcjonalność*) wurde durch die Direktwahl von Kandidaten ersetzt, um eine Entpolitisierung der *Sejm*-Wahlen zu fördern.<sup>192</sup> Die Wahlen fanden in einer veränderten innenpolitischen Situation statt: Józef Piłsudski war im Mai 1935 gestorben und ›sein‹ Regierungsblock BBWR war im Oktober 1935 aufgelöst worden. Seitdem führten konkurrierende Lager der *Sanacja* einen erbitterten Kampf um die Nachfolge des Marschalls. Auch der Warschauer Stadtpräsident Starzyński wusste sich an die neue politische Realität anzupassen und vergaß seine etatistische, gegen private Unternehmer gerichtete Politik.<sup>193</sup>

Aus dem seit 1935 geführten Machtkampf innerhalb der *Sanacja* ging schließlich eine Fraktion siegreich hervor, die im Jahre 1937 ein neues Regierungsbündnis, das Lager der Nationalen Einheit (*Obóz Zjednoczenia Narodowego*, OZN) bildete. Die Suche nach Unterstützern dieses Bündnisses war es wohl auch, die am 2. Juli 1937 ein Gesetz hervorbrachte, nach dem Teilnehmer an den Kämpfen um die staatliche Unabhängigkeit Vorrang genießen sollten

bei der Besetzung von Positionen in staatlichen Ämtern, Unternehmen und Betrieben, in Selbstverwaltungskörperschaften und in Unternehmen [...], die vom Staat subventioniert bzw. konzessioniert sind, sofern sie die gleiche Qualifikation wie die Mitbewerber haben.<sup>194</sup>

192 Projekt nowej ordynacji wyborczej. In: *NP* 104 (1935), 4; Kozyra, *Polityka administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych*, 587.

193 Singer, Bernard: *Od Witosa do Ślawka*. Paris 1962, 326. Bernard Singer (1893-1966), Pseudonym Regnis, war Journalist und Parlamentsberichterstatter, zuerst assoziiert mit den Folkisten, später mit den linken Zionisten. Er schrieb u.a. für *Haynt* und *Nasz Przegląd*. Polonsky, Antony: Singer, Bernard. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/singer\\_bernard](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/singer_bernard) (12.9.2016).

194 Zit. nach Gröschel, *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik*, 301.

Der *Kurjer Polski* schrieb im Dezember 1938, der OZN habe die ideologischen Parolen der nationalistischen Gruppierungen beinahe vollständig übernommen und gebärde sich entsprechend katholisch, nationalistisch und jüdenfeindlich. Politische Unterschiede zwischen dem OZN und den nationalistischen Gruppierungen gebe es kaum noch.<sup>195</sup> Es ist daher anzunehmen, dass die bisherigen Mitarbeiter Piłsudskis, die schon zuvor antisemitisch eingestellt waren, ihren Anschauungen erst nach dem Tod des Marschalls freien Lauf ließen.<sup>196</sup>

Das ganze Jahr 1938 hindurch diskutierten der *Sejm* und die Presse Projekte zur Neuaufstellung der kommunalen Selbstverwaltung im Allgemeinen und der Warschauer Selbstverwaltung im Besonderen. Der Journalist von *Haynt* und *Nasz Przegląd*, Bernard Singer, beklagte die wachsende Abhängigkeit der Warschauer Selbstverwaltung vom Innenministerium.<sup>197</sup>

Am 16. August 1938 verabschiedete der *Sejm* schließlich ein Gesetz, das die Grundlagen der Selbstverwaltung der Stadt Warschau neu festlegte.<sup>198</sup> Einer der Autoren von *Nasz Przegląd*, Leopold Halpern, hob drei Neuerungen besonders hervor: erstens die Dezentralisierung der Selbstverwaltung durch die Einführung von Stadtteilparlamenten (*rady dzielnicowe*),<sup>199</sup> zweitens die Stärkung des Prinzips der individuellen Verantwortung auf Kosten der kollegialen<sup>200</sup> – und drittens die Vergrößerung der Abhängigkeit der Warschauer Selbstverwaltung von der Regierung, insbesondere vom Innenministerium.<sup>201</sup> Der letzte Punkt bedeutete u. a. eine weitere Stärkung des Magistrats und des Stadtpräsidenten gegenüber dem Stadtparlament. Während die Etablierung von Stadtteilparlamenten keine große Bedeutung hatte, da diesen

195 Wyniki wyborów w Warszawie i na prowincji. In: *Kurjer Polski* 349 (1938), 4.

196 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 172.

197 Regnis: Warszawa ... w kwiatach biurokracji. In: *NP* 185 (1938), 7.

198 *Ustawa z 16 sierpnia 1938 o samorządzie gminy m. st. Warszawy* (Gesetz vom 16. August 1938 zur Selbstverwaltung der Kommune der Hauptstadt Warschau); *Ustawa o wyborze Rady Miejskiej z 16 sierpnia 1938* (Gesetz zu den Stadtparlamentwahlen vom 16. August 1938). In: Halpern, Leopold: Nowy ustrój samorządu stolicy. In: *NP* 332 (1938), 23, und *ibid.*, 333 (1938), 10; Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego*, 95; Izdebski, *Samorząd terytorialny w II Rzeczypospolitej*, Teil 2, 53.

199 Współpraca Zarządu Miasta z ludnością Warszawy. Prezydent Starzyński o Radach dzielnicowych. In: *Kurjer Polski* 147 (1937), 4.

200 Die Kompetenzen des Stadtpräsidenten und seiner Stellvertreter wurden erheblich erweitert, die der Schöffen hingegen begrenzt.

201 Halpern, *Nowy ustrój samorządu stolicy*, 23.

nur eine beratende Funktion zukam, bedeutete die Stärkung des Magistrats und des Stadtpräsidenten einen weiteren Einschnitt in die bisherige administrative Praxis.

Auf der Grundlage des neuen Gesetzes zur Warschauer Selbstverwaltung wurden im Dezember 1938 Kommunalwahlen abgehalten – unmittelbar nach den Parlamentswahlen am 6. November, die der OZN gewonnen hatte. Die Opposition erklärte dieses Ergebnis mit verbreiteter politischer Resignation und dem Wahlboykott von PPS, Bauernpartei (*Stronnictwo Ludowe*),<sup>202</sup> *Endecja*, Zionisten, *Bund* und Folkisten.<sup>203</sup> Da die genannten Parteien jedoch an den Kommunalwahlen teilnehmen wollten, schrieb man diesen eine größere Bedeutung für eine realistische Einschätzung der politischen Stimmung in der Gesellschaft zu.<sup>204</sup>

Die internationale Situation, die unter anderem durch die Ausbremsung der Emigration der Juden und die Festigung des NS-Staats in Deutschland geprägt war, bewog ausländische Regierungen und Institutionen, sich für den Verbleib der jüdischen Bevölkerung in der Polnischen Republik zu engagieren und sich intensiv für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und ihres Rechtsstatus einzusetzen. Das Presseorgan der Jewish Telegraph Agency, das *Jewish Daily Bulletin*, veröffentlichte nun umfangreiche Berichte über den Verlauf und die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Polen – bis dahin eine publizistische Seltenheit.<sup>205</sup>

Bei den Kommunalwahlen teilte man die Städte in Wahlkreise ein, die den Stadtteilen entsprachen, und stellte Ortslisten auf (*listy lokalne*). Diese Listen waren nicht mehr partei-, sondern personenorientiert und konnten deswegen Kandidaten unterschiedlicher politischen Zugehörigkeit auflisten. Die Einteilung der Kreise erfolgte jedoch so, dass sie für den OZN von Vorteil waren, indem sie Kandidaten dieser Formation möglichst viele Stimmen sicherten.<sup>206</sup> In Warschau versuchte das Regierungslager um Starzyński als Nationales Selbstverwaltetes Wirt-

202 Das *Stronnictwo Ludowe* war eine im Jahr 1931 gegründete zentrische Bauernpartei.

203 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 398.

204 *Solidarność bez ostracyzmu*. In: *NP* 306 (1938), 3.

205 Im Kontext dieses neuen Interesses ist der Kommentar des Bundisten Henryk Erlich zu betrachten: »Es ist leicht, sich vorzustellen, welchen Eindruck es auf die Welt machen wird, wenn die Wahlen in Polen ›rot‹ ausfallen werden. Ausgerechnet – in Polen«. Zit. nach Pickhan, »*Gegen den Strom*«, 371.

206 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 126; Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego*, 27f.

schaftskomitee (*Narodowy Gospodarczy Komitet Samorządowy*), die Wählerschaft der *Endecja*, die zu dieser Zeit durch organisatorische Schwierigkeiten geschwächt war, durch antisemitische Parolen auf seine Seite zu ziehen.<sup>207</sup> So behauptete Starzyński, die Kommune habe vor 1934, als die *Endecja* das Stadtparlament dominierte, ungünstige Vereinbarungen mit jüdischen Betrieben abgeschlossen.<sup>208</sup> In den Reihen des Nationalen Selbstverwalteten Wirtschaftskomitees gab es keinerlei jüdische Repräsentanten – dafür aber ehrbare katholische Priester. Die nationaldemokratische Presse (*Głos Narodowy*) berichtete gar über eine telefonische Wahlkampfaktion des Wirtschaftskomitees, mit der es versucht habe, die Angerufenen durch die Behauptung eines drohenden jüdischen Wahlsiegs zu mobilisieren.<sup>209</sup>

Die Parteien der Opposition führten ihrerseits eine Kampagne gegen den OZN, dem sie Unwirtschaftlichkeit vorwarfen und die Verantwortung für die infrastrukturellen Mängel der Hauptstadt zuschrieben. Ihr Angriff konzentrierte sich auf eine Person – den kommissarischen Stadtpräsidenten und Anhänger des OZN Stefan Starzyński. Der *Kurjer Polski* differenzierte in seinem Bericht vom Vorfeld der Wahlen nach Stadtvierteln:

Im zweiten Bezirk pulsiert das Leben besonders. Das ist eine jüdische Gegend. An der Spitze des Stimmzettels stehen dort zwei christliche Kandidaten, darauf folgen Namen von Juden aus einander bekriegenden, zerstrittenen, leidenschaftlich gegeneinander kämpfenden Gruppen. [...] Während im jüdischen Stadtviertel ökonomische Fragen im Vordergrund standen, waren es im Zentrum politische und in Praga soziale.<sup>210</sup>

Ungeachtet des aufwändigen Wahlkampfes fiel die Wahlbeteiligung mit knapp 50% sehr niedrig aus. In Warschau errangen das Regierungslager OZN 40 von 100 Sitzen,<sup>211</sup> die PPS 27 (3,7% Gewinn), die *Endecja* acht (24% Verlust) und das Radikal-Nationalistische Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny*, ONR<sup>212</sup>) fünf. Die jüdischen Par-

207 Drozdowski, *Warszawa w latach 1914-1939*, 242 und 246.

208 Piątek, *Sanator*, 249.

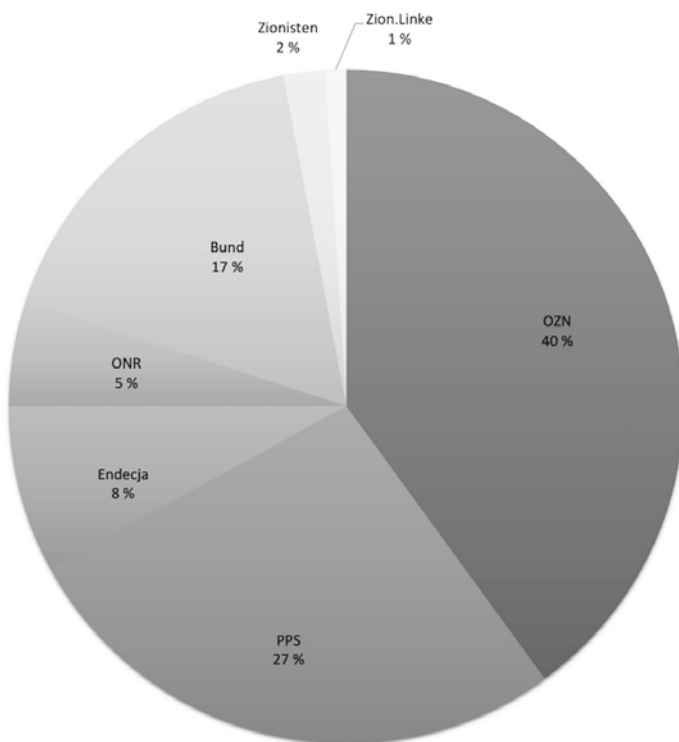
209 Ibid., 256 und 258.

210 Warszawa głośuje rozmaicie... »Regionalne« osobliwości okręgów stolicy. In: *Kurjer Polski* 308 (1938), 1-2, hier 1.

211 Złota niedziela wyborcza. In: *Kurjer Polski* 49 (1927), 1f.

212 Das Radikal Nationalistische Lager (*Obóz Narodowo Radykalny*, ONR) war eine rechtsextreme, antikommunistische, nationalistische und anti-

## Warschau 1938



teien<sup>213</sup> erlangten insgesamt 20 Sitze: der *Bund* 17, die Zionisten zwei und die zionistische Linke einen Sitz.<sup>214</sup> Im Magistrat stellten die jüdischen Parteien künftig fünf von insgesamt 12 Schöffen, nämlich Wiktor Alter, Zelman Bychowski, Mozes Eliaz Koerner, Majer Rundstein

semitische Partei, die 1934 von zumeist jugendlichen Radikalen, die aus der *Endecja* austraten, gegründet wurde. Sie forderte u. a. eine ›Polonisierung‹ des ›jüdischen Eigentums‹ und die Einführung antisemitischer Gesetze.

<sup>213</sup> Nicht berücksichtigt habe ich Juden, die sich in der PPS engagierten.

<sup>214</sup> Po Wyborach. In: *NP* 355 (1938), 4; Wyniki wyborów w Warszawie i na prowincji. In: *Kurjer Polski* 349 (1927), 4. Davon abweichende Angaben macht Wynot, nämlich 14 Sitze für den Bund, fünf für die Zionisten und einen Sitz für die linken Zionisten. Wynot, *Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw*, 308.

und Adolf Weisblat. Die Mobilisierung potentieller Wähler durch antisemitische Parolen wirkte sich für den OZN günstig aus: Viele *Endecja*-Anhänger hatten für das Regierungslager OZN gestimmt.<sup>215</sup>

Dessen ungeachtet errangen jüdische Repräsentanten immerhin ein Fünftel der Sitze, was im Vergleich zur vorigen Wahl einen Verlust von 3,6% bedeutete. Diese Einbuße lässt sich damit erklären, dass die jüdischen Parteien – Assimilierte und Orthodoxe – untereinander zerstritten waren und es ihnen folglich nicht gelungen war, eine gemeinsame Wahlliste aufzustellen. Auch wenn diese Behauptung zutrifft, ausschlaggebend für die mangelnde Unterstützung war eher die Tatsache, dass sich politische Programme beider Gruppierungen, die auf Kooperation mit der ›Regierungspartei‹ setzten, bei ›dieser‹ Regierung überlebten. Deshalb wurden die Warschauer Juden allein von den Vertretern der »modernen jüdischen Politik«<sup>216</sup> repräsentiert. Eine nicht genau präzisierbare, aber wohl nicht kleine Gruppe jüdischer Wähler hatte mit ihren Stimmen die PPS unterstützt.<sup>217</sup>

Die Verluste der *Endecja* waren dennoch sehr groß. Sie waren zum einen auf die Abspaltung des Radikal-Nationalistischen Lagers ONR zurückzuführen, zum anderen auf die Abwanderung vieler Wähler in das Regierungslager OZN. Damit zeichnete sich eine weitere Radikalisierung des nationalistischen Lagers ab. Der Schock über den Machtverlust und der Unwille, die Gründe dafür zu suchen, bewog die *Endecja*, Verschwörungstheorien zu spinnen und die Linke zu dämonisieren.<sup>218</sup>

Der *Kurjer Polski* beobachtete, dass sich die Zusammensetzung des Stadtparlaments grundlegend verändert hatte, und identifizierte viele neue Gesichter.<sup>219</sup> Der *Kurjer* sprach von einer Niederlage des Re-

215 Piątek, *Sanator*, 265.

216 Mendelsohn, *Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej*, 78.

217 Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland*, 384.

218 Der Bund erlangte schon 1936 eine starke Repräsentanz in den Wahlen zum Gemeindevorstand: 15 Sitze von 50. Dieser Vorstand wurde jedoch aufgelöst und durch einen kommissarischen ersetzt. N.S. [Szwalbe, Natan]: Porachunek sumienia. In: *NP* 267 (1936), 3. Zum aufgelösten Gemeindevorstand gehörten u.a. Wiktor Alter, Ozjasz Wasser, Szlojme Giliński, Szlomo Mendelson und Maurcy Orzech. 1938 wurden sie ins Stadtparlament gewählt. In: *NP* 11 (1937), 2; Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 496-500 und 516-522.

219 Stu wybranych u steru stolicy. Pierwsze posiedzenie nowej Rady Miejskiej. In: *Kurjer Polski* 88 (1939), 10.



gierungslagers OZN.<sup>220</sup> Ende Dezember berichtete diese Zeitung, der OZN versuche nun, an Popularität zu gewinnen, indem er die Forcierung der jüdischen Auswanderung verlange.<sup>221</sup> *Kurjer Polski* behauptete zudem, die Stimmen für den OZN hätten nicht so sehr die Unterstützung für diese Partei widerspiegelt, als vielmehr die Anerkennung der Verdienste von Stadtpräsident Starzyński.<sup>222</sup>

Die Wahlergebnisse hat die Forschung anders interpretiert als die Zeitgenossen: So hat Joseph Marcus die These vertreten, es habe sich um eine Protestwahl gegen das Regierungslager gehandelt, das einen extremen Antisemitismus forciert hatte.<sup>223</sup> Die sozialistische Programmatik schien dagegen die einzige Alternative zu bieten. Adam Szczypiorski hat die Erfolge der Linken bei den Wahlen damit erklärt, dass die Kommunisten nach der Auflösung der Kommunistischen Partei Polens nun für die PPS und die Gewerkschaften stimmten, in den jüdischen Vierteln hingegen für den *Bund*.<sup>224</sup> Diese Überschätzung des kommunistischen Einflusses hängt jedoch wahrscheinlich mit dem Erscheinungsdatum des Buches – 1968 – zusammen, da die kommunistische Zensur in dieser Zeit die Inhalte nach ihrem Gutdünken veränderte. Ezra Mendelsohn hat die These vertreten, dass der Erfolg des militant sozialistischen *Bund* darauf beruhte, ein politisches Vakuum zu füllen, das keine andere jüdische Partei, weder die Orthodoxen noch die Assimilierten, zu füllen in der Lage waren.<sup>225</sup> In jüngerer Zeit hat Antony Polonsky den Erfolg des *Bund* mit der rapiden Abnahme der Popularität anderer Parteien erklärt: Die zionistische Emigrationskampagne sei wegen der Einführung von Einwanderungsquoten in Palästina als gescheitert angesehen worden. Ebenso sei die orthodoxe *Agudas Yisrael*, die das Regierungslager unterstützt hatte, in Misskredit geraten, weil sie den jüdischen Gemeinden nichts Gutes gebracht hatte, wie die »Schächtaffaire« beweise.<sup>226</sup> Deshalb hätten jene Parteien an Bedeutung gewonnen, die bis dahin Nebenrollen gespielt hatten, und dies schon allein, weil sie antireligiös und emigrationsfeindlich eingestellt waren. Dem entgegen hat Szymon

220 *Złota niedziela wyborcza*, 2.

221 Antyżydowska inicjatywa OZONu. In: *Kurjer Polski* 351 (1938), 1; Barykady na torach. In: *Kurjer Polski* 357 (1938), 1f.

222 *Złota niedziela wyborcza*, 2.

223 Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland*, 385.

224 Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego*, 28.

225 Mendelsohn, *On modern Jewish politics*, 77.

226 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 91f. Mendelsohn, *On modern Jewish politics*, 77.

Rudnicki unterstrichen, dass der *Bund* schon in den dreißiger Jahren an Bedeutung gewonnen habe, da er entschieden gegen Antisemitismus und Pogrome protestiert hatte.<sup>227</sup> Diese Meinung teilt auch Rafał Żebrowski, der außerdem die Effektivität des *Bund* in Kooperation mit der PPS und sein Engagement im Kampf gegen den Faschismus unterstreicht.<sup>228</sup>

Edward D. Wynot und Gertrud Pickhan haben hingegen beide eine sozioökonomische Interpretation vertreten. Die Warschauer Ober- und Mittelschicht habe ihre ganz selbstverständlichen nationalen Sympathien dem Regierungslager entgegengebracht, während die Arbeiter und Handwerker, unter ihnen die jüdischen, die Linke unterstützt hätten.<sup>229</sup> Damit akzentuieren sie die Verschiebungen, die sich während der Weltwirtschaftskrise in der Warschauer Gesellschaft vollzogen hatten: Aus vielen Selbstständigen waren abhängige Arbeitnehmer geworden, was den starken Stimmenzuwachs des *Bund* erkläre. Diese Interpretation ist jedoch problematisch. De facto wuchs durch die Krise die Zahl der kleinen und Scheinselbstständigen, da die Entlassenen versuchten, sich allein im Straßen- und Hausierhandel zu behaupten.<sup>230</sup> Keiner der hier zitierten Autoren hat einen Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen und der Einführung einer neuen Wahlordnung gesehen.

Neben dem Erfolg der Linken verdient auch die vermeintliche Niederlage der Vertreter der Orthodoxie und der jüdischen Kaufmannschaft Aufmerksamkeit. Eine genauere Betrachtung der Personalien der neu gewählten Deputierten ergibt indessen, dass die Zionisten u. a. von einem Vertreter der *Agudas Yisrael*, Jakób Trokenheim, und einem Vertreter der Zentrale jüdischer Kaufleute, Rafał Szereszowski, repräsentiert wurden.<sup>231</sup> Wahrscheinlich hatte das Abkommen zwischen den Allgemeinen Zionisten (*Et livnot*) und *Agudas Yisrael* samt *Mizrabi* in den Jahren 1937/38 ihr Antreten für die zionistischen Lis-

227 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 16 und 398.

228 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 469 und 497.

229 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 127; Pickhan, »Gegen den Strom«, 371. *Nasz Przegląd* behauptete, die Angestellten (pracownicy umysłowi) gehörten soziopolitisch zum Proletariat und nicht zur Bourgeoisie. *Oznaka czasu*. In: *NP* 21 (1938), 5.

230 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 204.

231 *Haynt* vom 21.12.1938 bezeichnete beide als Agudisten, laut Kozłowska, Magdalena: *Świetlana przyszłość? Żydowski Związek Młodzieżowy Cukunft wobec wyzwania międzywojennej Polski*. Kraków/Budapest 2016, 183.

ten ermöglicht.<sup>232</sup> Trokenheim und Szereszowski zeichneten sich dadurch aus, jedem Stadtparlament der Zwischenkriegszeit angehört zu haben, was auf ihre große Popularität verweist.

Im neuen Stadtparlament war kein Frieden in Sicht. Es herrschte die Meinung vor, das Gremium sei durch die neue Kräftekonstellation arbeitsunfähig.<sup>233</sup> Dies sollte sich wenig später bestätigen, als man zur Wahl des Stadtpräsidenten, der Vizepräsidenten und Schöffen schritt.<sup>234</sup> Da allein Gruppierungen mit mehr als 20 Abgeordneten das Recht hatten, einen Kandidaten für das Präsidentenamt aufzustellen, war mit einem OZN-Kandidaten und einem PPS-Kandidaten zu rechnen. Das Regierungslager entschied sich für Stefan Starzyński, die PPS für Tomasz Arciszewski.<sup>235</sup> Aufgrund der beschriebenen Kräftekonstellation gelang es dem Stadtparlament jedoch nicht, sich auf einen Stadtpräsidenten zu einigen.<sup>236</sup> So wurde Stefan Starzyński erneut von der Regierung ernannt.

## Politische Gestaltungsmöglichkeiten der jüdischen Stadtdeputierten<sup>237</sup>

Unter Fürsorge hatte man im Russischen Reich u.a. die Aktivitäten der öffentlichen Wohltätigkeitsräte (*rady dobroczynności publicznej*) in den Städten, die dem Petersburger Innenministerium untergeordnet waren, verstanden.<sup>238</sup> Ihre Geschichte im Königreich Polen ist erst in Ansätzen untersucht. Die Juden diskriminierende Verteilung der Mittel hatte ein Gesetz von 1841 untermauert: Während die Unterstützung bedürftiger

232 Im Jahr 1936, während der Wahlen zum Gemeindevorstand, verständigten sich Zionisten mit der Zentrale der Kaufleute, was zur Gründung eines Vereinigten Nationalen Blocks (*Zjednoczony Blok Narodowy*) führte, Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 478.

233 C.D.: Morał porażki wyborczej. In: *NP* 6 (1939), 3.

234 Uprawnomocnienie się wyborów do rady miejskiej w Warszawie. In: *NP* 76 (1939), 12; Zebranie wyborcze i posiedzenie nowej Rady Miejskiej w Warszawie. In: *NP* 77 (1939), 6.

235 Przed dzisiejszym pierwszym posiedzeniem nowej Rady Miejskiej. In: *NP* 86 (1939), 4.

236 Rada Miejska nie dokonała wyboru prezydenta. In: *NP* 88 (1939), 13; Co się stanie na Ratuszu. In: *NP* 89 (1939), 11.

237 Der Text dieses Unterkapitels stützt sich auf meinen Aufsatz: Polityka społeczna samorządu m.st. Warszawy względem żydowskich mieszkańców stolicy (1919-1939) – według relacji prasowych. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 267 (2018), 491-546.

238 Grata, *Polityka społeczna*, 21.

Christen künftig in den Aufgabenbereich der Stadtgemeinde fiel, mussten sich bedürftige Juden an die jüdische Gemeinde wenden.<sup>239</sup>

Die so organisierte Wohltätigkeit erwies sich im boomenden Warschau schon im späten 19. Jahrhundert als ineffizient. Die Lage war so ernst, dass sich die kaiserliche Regierung zur Intervention gezwungen sah. Am 1. November 1907 liquidierte der Ministerrat den Warschauer Stadtrat für öffentliche Wohltätigkeit (*Warszawska Rada Miejska Dobroczywności Publicznej*).<sup>240</sup> Seine Aufgaben übernahm die Öffentliche Wohltätigkeitsabteilung beim Magistrat (*Wydział dobroczynności publicznej przy Magistracie*), die nunmehr für die Finanzierung von christlichen und jüdischen Krankenhäusern und Wohltätigkeitsinstitutionen zuständig war.<sup>241</sup> Möglicherweise wuchsen deshalb die Ausgaben für städtische Belange rapide an: von 3,2 % des Haushalts im Jahr 1883 auf 16,6 % im Jahr 1914.<sup>242</sup> Andrzej Szczypiorski hat behauptet, dass die von der Munizipalität übernommenen Krankenhäuser dank großzügiger Finanzierung wieder effektiv arbeiten konnten.<sup>243</sup> Allerdings wurde gleichzeitig das Amt des Kreisbetreuers (*opiekun okręgowy*) eingeführt, das ausschließlich Christen be-

239 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 86f.; *Sprawozdanie z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1918-1923*. Warszawa 1926, Bd. II, 47; Grata, *Polityka społeczna*, 22.

240 Koralewski, Kazimierz: *Opieka społeczna w stolicy Niepodległej Polski 1918-1928 r.* Warszawa 1929, 185; *Sprawozdania z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1918-1923*, 31 und 46; *Sprawozdania Komisji Rewizyjnej m. st. Warszawy*. XI. Protokół [!] z czynności rewizyjnych dokonanych przy badaniu stanu fundacji i zapisów dobroczynnych. In: *Dziennik Zarządu m. st. Warszawy* (nachfolgend *DZ*) 72/73 (1936), 2-31.

241 Der Zeitpunkt der Übernahme des Krankenhauses durch die Munizipalität ist unklar: 1907 oder 1914. Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 54. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beurteilte Jakov Shatzky das Krankenhaus sehr positiv. Dattner, Helena: *Ta i tamta strona. Żydowska inteligencja Warszawy drugiej połowy XIX wieku*. Warszawa 2007, 175.

242 Rolf, Malte: *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864-1915)*. Oldenburg 2015, 207.

243 Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego*, 55. Jakub Leszczyński hielt 1947 rückblickend fest, dass die Haushalte der größten jüdischen Krankenhäuser in Warschau, Białystok, Wilna und anderen Großstädten gänzlich oder zu einem großen Teil von den Kommunen bereitgestellt wurden. Lestschinsky, Jacob: *Economic Aspects of Jewish Community Organization in Independent Poland*. In: *Jewish Social Studies* 9 (1947), 319-338, hier 337. Eine entsprechende Information findet sich in einem anonymen Manuskript von Philip Friedman [?]: *The Jews in Poland*, in YIVO Archives, RG 1258, Friedman, box 31 folder 637-645, 40.

kleiden durften. Sie überwachten auch die Verteilung von Hilfsgütern an die jüdische Gemeinde.<sup>244</sup>

Seit 1907 wurden zudem manche jüdischen Wohltätigkeitsinstitutionen vom Magistrat verwaltet, u.a. das Warschauer Hauptpflegehaus für jüdische Greise und Waisen (*Warszawski Główny Dom Opieki Starców i Sierot Starozakonnych*), das in der Wolska-Straße 18 gut 60 Waisen betreute und in der Leszno-Straße 105 insgesamt 650 Greise.<sup>245</sup> Während des Ersten Weltkrieges baute die Stadt ihre Aktivitäten in der jüdischen Sozialfürsorge aus, indem sie weitere Waisenhäuser für Juden gründete: ein Haus in Międzyszyn (*Ochrona dziecka*)<sup>246</sup> und ein Pflegehaus für verlassene jüdische Kinder (*Dom opieki dla opuszczonych dzieci starozakonnych*) in der Orodowa-Straße 27, das 150 Kinder beherbergte.<sup>247</sup>

Unter deutscher Besatzung wurden 1915 außerdem alle Grundschulen, auch jene im »jüdischen Viertel«, der Kompetenz des Magistrats unterstellt.<sup>248</sup> Dieser diskriminierte die jüdische Bevölkerung, indem er sie bei der Finanzierung von Schulen, von Volksküchen und anderen sozialen Einrichtungen übergang.<sup>249</sup> Die Situation verschärfte sich, als mit der Flüchtlingswelle im April 1915 ca. 80.000 bis 90.000 Juden nach Warschau kamen. Etwa die Hälfte von ihnen benötigte finanzielle Unterstützung, die neben dem Magistrat auch das Warschauer Bürgerkomitee bereitstellte.<sup>250</sup>

In dieser Lage spielten Presseberichte eine große Rolle, die verbreiteten, den Juden werde aus dem Ausland, insbesondere aus Russland und den Vereinigten Staaten, finanziell massiv geholfen, weshalb ihre materielle Situation weit besser sei als die der Polen. Daher stehe den Juden keine städtische Hilfe zu.<sup>251</sup> Ebenso feindselig verhielt sich das lokale Städtische Hilfskomitee, das keine jüdischen Vertreter in seinen Reihen duldet und den jüdischen Hilfsvereinen die Unterstützung

244 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 299.

245 *Sprawozdania z działalności zarządu m. st. Warszawy za lata 1924-25*. Warszawa 1927, 216; *Sprawozdania Komisji Rewizyjnej m. st. Warszawy*, 1-36.

246 Instytucji społecznej stała się krzywda. In: *NP* 218 (1937), 11.

247 *Sprawozdania z działalności m. st. Warszawy za lata 1924-1925*, 214.

248 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 308f.

249 Wróbel, Piotr: Przed odzyskaniem niepodległości. In: *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 roku)*, hg. v. Jerzy Tomaszewski. Warszawa 1993, 13-139, hier 130; Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego*, 281.

250 Von 46.000 Rubel kamen 7.000 Rubel vom Bürgerkomitee. Blobaum, A *Warsaw Story*, 289.

251 *Ibid.*, 287.

verweigerte, da es sie von jüdischen Organisationen genügend gefördert sah.<sup>252</sup> Die Städtische Hilfsabteilung für Warschauer Einwohner (*Wydział pomocy dla ludności*) berichtete in diesem Sinne: »Während die Hilfskommission für jüdische Opfer des Krieges (*Komisja niesienia pomocy Żydom ofiarom wojen*) für ihre Küchen 50.000 Rubel bekam, erhielt sie gleichzeitig bedeutende Summen von außerhalb, die für bestimmte Zwecke, wie Kleidung, Schuhe, Unterwäsche und Seife, bestimmt sind.«<sup>253</sup> Das Problemfeld der Verteilung von Hilfsmitteln aus dem Ausland hatte noch eine zusätzliche Dimension, die hier nur angedeutet werden kann. Robert Blobaum vertritt die These, die Zionisten hätten die Verwaltung der erwähnten Gelder an sich gerissen. Dies habe ihre Transformation von einer Randgruppierung in eine gesellschaftlich populäre Strömung wesentlich befördert.<sup>254</sup>

Neben der Flüchtlingsfrage diskutierte das Stadtparlament weitere Diskriminierungsvorwürfe, etwa den Zwang zur polnischen Unterrichtssprache in den Schulen oder die abschätzbare Behandlung von »jüdisch« gekleideten oder sich gebärdenden Personen.<sup>255</sup> 1916 monierte der Folkist Samuel Hirschhorn eine weitere gewohnheitsmäßige Diskriminierung: Juden mussten sowohl allgemeine Steuern als auch eine besondere Steuer zur Finanzierung diverser Bildungs- und Sozialeinrichtungen der jüdischen Gemeinde zahlen.<sup>256</sup> Im März 1917 verlangte das Stadtparlament gar die Kosten für Krankenhausaufenthalte von bedürftigen Juden von der jüdischen Gemeinde zurück, was seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr vorgekommen war.<sup>257</sup> Somit ist die Organisation der Sozialfürsorge für die jüdische Bevölkerung in Warschau am Ende des Ersten Weltkriegs als inkohärent zu charakterisieren: Einerseits waren die wichtigsten jüdischen Hilfseinrichtungen kommunalisiert worden, was ihnen eine konstante Finanzierung sicherte. Andererseits wurden die anfallenden Betreuungskosten wei-

252 Weiser, *Jewish People, Yiddish Nation*, 121.

253 *Zarząd m. st. Warszawy 1916. Wydział pomocy dla ludności*, hg. v. Mieczysław Teichfeld. Warszawa sierpień 1916. In: YIVO Archives, RG 28, Poland, Box 17, Warszawa, folder 80-99, 481.

254 Blobaum, *A Warsaw Story*, 287f. Ähnliches berichtet Klaus Hödl über den im Habsburgerreich tätigen zionistischen Jüdischen Nationalrat. Hödl, Klaus: *Als Bettler in die Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien*. Wien et al. 1994, 287 und 293.

255 Blobaum, *A Warsaw Story*, 292f.

256 Hirschhorn, Samuel: *Samorząd Miejski a Gmina Żydowska w Warszawie*. Warszawa 1916, 12.

257 Wróbel, *Wielka rozszada*, 181.

terhin von der jüdischen Konfessionsgemeinde zurückverlangt, womit man die Juden, die als Stadteinwohner regulär Steuern zahlten, doppelt belastete.<sup>258</sup> Jüdische Politiker versprachen, die ungleiche Behandlung im Hinblick auf die Krankenhausgebühren zu beseitigen, was jedoch erst im März 1925 gelang.<sup>259</sup>

Das Innenministerium des neuen polnischen Staates bekräftigte im Januar 1919 die Gültigkeit des kaiserlich-russischen Gesetzes von 1841 und bekannte sich damit zu einer konfessionell segregierten Sozialfürsorge.<sup>260</sup> Am 4. Februar 1919 wurde ein Dekret über die städtische Selbstverwaltung verkündet, das sich nach der habsburgischen Gesetzgebung richtete.<sup>261</sup> Damit wurde die Warschauer Selbstverwaltung als rechtmäßige Verwalterin der vierzehn Betreuungsinstitute für Erwachsene, darunter auch für Juden, bestätigt. Folglich oblag ihr sowohl die Finanzierung von Reparaturen und Modernisierungsmaßnahmen im Jüdischen Krankenhaus als auch die Suche nach einem geeigneten Platz für das geplante jüdische Altersheim.<sup>262</sup>

Der Besitzstatus der Kommune wurde 1921 durch ein Kommuniké einer vom Stadtparlament gewählten Spezialkommission bestätigt.<sup>263</sup> Damit wurden auch die Grundstücke und Bauten des Jüdischen Krankenhauses – im Grundbuch als »Kolonja Ludwików« geführt – sowie des Hauptpflegehauses für jüdische Greise und Waisen in der Wolska-Straße zum Eigentum der Warschauer Kommune erklärt.<sup>264</sup> Diese verpflichtete sich, beide Einrichtungen weiterhin unter dem alten Namen zu führen, einen jüdischen Gebetsraum einzurichten und einen Rabbiner anzustellen. Man legte die maximale Patientenzahl auf 115, die Zahl der Alten und Waisen auf 120 fest und garantierte allen eine koschere Küche.

258 Rudnicki, Szymon: Rozmowy Żydów z rządem w okresie obrad Sejmu Ustawodawczego. In: *Rozdział wspólnej historii. Studia z dziejów Żydów w Polsce ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*. Warszawa 2001, 199-210, hier 209; Rudnicki, Żydzi w parlamencie, 86f.

259 Rudnicki, *Żydzi w parlamencie*, 85, 199f.

260 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 55.

261 Zakres działania samorządu miejskiego. In: *Kurjer Polski* 117 (1927), 1.

262 Roboty budowlane w szpitalach. In: *DZ* 53 (1919), 5; Miejskie projekty budowlane. In: *DZ* 3 (1920), 3; Opieka Społeczna i Szpitalnictwo. In: *DZ* 1-4 (1925), 17.

263 Posiedzenie dnia 5.8.1920. In: *DZ* 19 (1921), 5.

264 Wyciąg z protokołów posiedzeń Rady Miejskiej, 147-me nadzwyczajne posiedzenie w dn. 10 września 1921. In: *DZ* 84 (1921), 2-7; Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 54 und 171.

Im Jahr 1922 gründete der Magistrat eine neue Behörde, die Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft (*Administracja Gospodarstwa Rolnego i Leśnego*, Agril), die u. a. Besitz und Finanzen der als Kommunalbetriebe geführten Stiftungen verwalten sollte.<sup>265</sup> Im gleichen Jahr arbeitete die Kommunale Abteilung für Pflege und Sozialhilfe (*Miejski Wydział Opieki i Pomocy Społecznej*) ein spezielles Hilfsprogramm für die jüdische Bevölkerung aus.<sup>266</sup> Die Stadt sollte demnach folgende Institutionen finanzieren: 1. ein Pflegehaus für 300 Greise, Krüppel und Arbeitsunfähige; 2. eine Ambulanz für von der Polizei auf den Straßen aufgegriffene Kinder von vier bis 14 Jahren; 3. ein Erziehungshaus für maximal 200 verwaiste und verlassene Kinder von sechs bis sieben Jahren; 4. ein Pflegehaus für 400 bis 500 Kinder über sieben Jahren; 5. Bildungskurse für Kinder in den Fach- und Mittelschulen; und 6. Einrichtungen für behinderte und spezielle Erziehungsmaßnahmen benötigende Kinder außerhalb Warschaws.

Es waren allerdings nur diese wenigen Institutionen für Juden, die von der Selbstverwaltung gänzlich finanziert und verwaltet wurden. Im Rahmen der jüdischen Konfessionsgemeinde existierten weitere privat oder kooperativ geführte, die immer zahlreicher wurden, da im Jahr 1919 frühere Beschränkungen aufgehoben wurden, die die Benutzung des Jiddischen und Hebräischen untersagten.<sup>267</sup> Manche dieser Privatinitiativen wurden vom Warschauer Stadtparlament subventioniert. Diese Unterstützung hatte existentielle Bedeutung, denn Legate, die vor dem Ersten Weltkrieg die Finanzierung der jüdischen Wohlfahrt ermöglicht hatten, hatten häufig ihren Wert verloren.<sup>268</sup> Das Stadtparlament subventionierte Institutionen, die Aufgaben des Staates in Sozial- und Bildungspolitik übernahmen. Sie fielen in den sog. treuhänderischen Bereich (*zakres poruczony*).<sup>269</sup> Die Subventionierungen wurde meistens in drei Ausschüssen der Stadtverwaltung ausgehandelt: in der Abteilung für öffentliche Gesundheit (*Wydział Zdrowia Publicznego*), in der Abteilung für Bildung und Kultur (*Wydział Oświaty i Kultury*) und in der Abteilung für Sozialbetreuung (*Wydział Opieki Społecznej*).

265 Sprawozdania Komisji Rewizyjnej m. st. Warszawy, 3.

266 Opieka społeczna nad ludnością żydowską. In: *Kurjer Polski* 241 (1922), 7.

267 Hafftko, Aleksander: Ustawodawstwo Polski Odrodzonej w odniesieniu do Żydów i innych mniejszości narodowych. In: *NP* 327 (1937), 8.

268 *Sprawozdania z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1924-1925*, 182.

269 O »przywilejach« żydowskich w dziedzinie szkolnictwa miejskiego. In: *NP* 25 (1931), 5.



Jüdische Angelegenheiten spielten außerdem in den Beratungen des kommunalen Arbeitsamtes (*Wydział Zatrudnienia*) eine Rolle.

Auf dieser Grundlage muss der in der Forschung vorherrschenden Ansicht, das von der *Endecja* dominierte Stadtparlament habe jüdische Institutionen finanziell nicht unterstützt,<sup>270</sup> vehement widersprochen werden. Im Gegenteil: Das von der *Endecja* dominierte Stadtparlament subventionierte dauerhaft mehrere jüdische Initiativen. Allerdings garantierte es keine ausreichende und gerechte Verteilung der Mittel. Zum einen belegen die Subventionierungen, dass sich jüdische Deputierte im Stadtparlament erfolgreich für jüdische Belange engagierten. Zum anderen verweist die moderate Berichterstattung des den Nationaldemokraten nahestehenden *Kurjer Warszawski*, der als inoffizielles Organ der Warschauer Selbstverwaltung agierte, auf die Kompromissbereitschaft der Warschauer *Endecja*.<sup>271</sup> Man kann an dieser Stelle natürlich auch wie Jeffrey S. Kopenstein und Jason Wittenberg skeptisch fragen, ob diese ›Milde‹ aus der Notwendigkeit resultierte, sich notgedrungen mit mehr als 30% jüdischer Stadtbevölkerung arrangieren zu müssen.<sup>272</sup> Ebenso lässt sich die Warschauer Praxis unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg als Fortsetzung der imperialen Tradition der Zusammenarbeit deuten, die darin bestanden hatte, dass polnische Sozialaktivisten im Einklang mit den Assimilierten über die Unterstützung der jüdischen Hilfesuchenden entschieden. Wahrscheinlich wurde in den zwanziger Jahren die Praxis der pragmatischen Bündnisse zwischen nationaldemokratischen und jüdischen Repräsentanten aus der Zeit der deutschen Besatzung fortgesetzt, zumal jüdische Parlamentarier auch auf höchster Ebene mit den Vertretern der *Endecja* paktierten.<sup>273</sup> Auszugehen ist auch von einer gewissen gemeinsamen politischen Erfahrung und persönlichen Verbundenheit, da alle Stadtdeputierten in der imperialen Zeit sozialisiert worden waren und sich seit langem kannten.

270 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 151f.

271 Bergmann, *Narodowa Demokracja wobec problematyki żydowskiej*, 45, 51 und 207. Krzysztof Kawalec hat darauf hingewiesen, dass es innerhalb der *Endecja* einen großen Meinungspluralismus gab. Kawalec, Krzysztof: Nurt liberalny w myśli politycznej Narodowej Demokracji. Margines bez znaczenia, element tożsamości czy zablokowane ścieżka rozwoju? In: *Parlamentaryzm, konserwatyzm, nacjonalizm. Sefer jowel. Studia ofiarowane Profesorowi Szymonowi Rudnickiemu*, hg. v. Jolanta Żyndul. Warszawa 2010, 40–52, hier 44.

272 Kopenstein/Wittenberg, *Between State Loyalty and National Identity*, 172.

273 Nowogródzki, Emanuel: *Żydowska Partia Robotnicza Bund w Polsce 1915–1939*. Warszawa 2005, 208f.

1927 widersetzte sich das Stadtparlament im eigenen Interesse den Forderungen des Magistrats, die Subventionen für jüdische Einrichtungen zu kürzen. Józef Zawadzki, ein Deputierter der Christlich-Sozialen Fraktion, argumentierte:

[...] bewusste Kürzungen der Zuwendungen für solche Institutionen können eine Finanzkrise bei ihnen hervorrufen, die dazu führen würde, dass deren Pflichten auf die Stadt übergehen, was noch höhere städtische Ausgaben zur Folge hätte.<sup>274</sup>

Die Abgeordneten entwarfen ein zweigleisiges Modell für die kommunale Sozialfürsorge: Das Stadtparlament sollte je nach Finanzlage eigene Institutionen gründen dürfen; gleichzeitig sollte es das »bürgerliche Element« ermuntern, sich stärker im sozialen Bereich zu engagieren.<sup>275</sup>

In den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit bedeutete die erwähnte Unterstützung durch ausländische Hilfsorganisationen, insbesondere durch das *Jewish Distribution Committee of the American Funds of Jewish War Sufferers (Joint)*, für die Kommunen eine enorme finanzielle Entlastung. Der Lemberger Sozialaktivist Maks Schaff behauptete in diesem Zusammenhang, das *Joint* habe die Regierung in der Aufbauphase des Staates »von der Versorgung der beinahe vier Millionen zählenden jüdischen Bevölkerung entlastet«.<sup>276</sup> Der zionistische Parlamentsdeputierte und Reformrabbiner Jehoshua Ozjasz Thon charakterisierte die polnische Judenheit als »Klienten und Günstling der Brüder aus Übersee«.<sup>277</sup> Die Zahl der Bedürftigen war in den zwanziger Jahren riesig: Von 340.000 Juden in Warschau mussten 220.000 zeitweise Sozialhilfe in Anspruch nehmen.<sup>278</sup>

274 Zawadzki, Józef: Budżet Wydziału XVII-go Opieki Społecznej i Szpitalnictwa na rok 1927/28. In: *DZ* 11-12 (1927), 2. Neben seinem politischen Amt war Zawadzki Mediziner und Gründer der Warschauer Rettungssambulanz. Siehe Wykaz Radnych m. st. Warszawy. In: *Album pamiątkowe*, o. S.; J. Cz.: Ś. p. dr Józef Zawadzki. In: *Kurjer Warszawski* 140 (1937), 10f.

275 Wydział Opieki Społecznej i Szpitalnictwa. In: *DZ* 1-4 (1928), 10.

276 Schaff, Maks: Aktualna książka. In: *Przegląd Społeczny* (nachfolgend *PS*) 1-3 (1936), 17-27, hier 24. Zu US-amerikanischer Hilfe für die jüdische Bevölkerung siehe Szajkowska, *Private and Organized American Jewish Overseas Relief (1914-1938)*, 52-106.

277 Thon, Ozjasz: Wstęp. In: *Żydzi w Polsce Odrodzonej*, hg. v. Aleksander Hafftko et al. Warszawa 1932, Bd. 1, 7-18, hier 13.

278 Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 199.

Trotz aller Not gingen die städtischen Behörden allerdings von der zeitlichen Begrenztheit der ausländischen Unterstützung aus. Diese sollte nur die Zeit überbrücken, bis lokale Initiativen fähig sein würden, die Aufgaben der Sozialfürsorge wahrzunehmen.<sup>279</sup>

## Die Auswirkungen des Gesetzes über die Sozialfürsorge von 1923

Paweł Grata hat errechnet, dass die Warschauer Stadtverwaltung mehr Mittel für die Sozialfürsorge aufwandte als die entsprechenden Abteilungen der Regierungsadministration.<sup>280</sup> Nach seiner Einschätzung zog sich die Regierung gezielt aus der Sozialfürsorge zurück. Die Grundlage dafür lieferte das Gesetz über die Sozialfürsorge vom 16. August 1923 (*Ustawa z dnia 16 sierpnia 1923 r. o opiece społecznej*), das am 21. März 1924 in Kraft trat.<sup>281</sup> Seitdem gehörte die Sozialfürsorge zu den Pflichten der territorialen Selbstverwaltung. Die Gemeinden mussten allen Bedürftigen helfen, die seit mindestens einem Jahr auf ihrem Gebiet wohnten. Bis 1927 wurden jedoch keine Ausführungsbestimmungen veröffentlicht und keine Finanzquelle genannt. Deshalb meinten manche städtischen Beamten, das Gesetz gelte noch nicht, und wiesen Anträge auf Hilfe ab, u. a. solche, die von jüdischen Einrichtungen gestellt wurden. Es folgten mehrere Interventionen, auch im *Sejm*, um Klarheit über Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Die beschriebene Entwicklung hatte dramatische Folgen, da die jüdischen Institutionen seit 1923, als sich die amerikanischen Hilfsprogramme ihrem Ende zuneigten, in finanzielle Not gerieten.<sup>282</sup>

279 Schaff, *Czego żądamy*, 123f.

280 Grata, *Polityka społeczna*, 93f.; *Sprawozdania z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1919-23*, 47f. Die Regierungssubventionen für jüdische Konfessionsgemeinden und Bildungseinrichtungen waren minimal. Rudnicki, *Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej*, 193, 210, 244, 290, 329f. und 402.

281 DzURzP No 92 z dnia 21 września 1923; poz. 726, *Ustawa z dnia 16 sierpnia 1923 r. o opiece społecznej*. In: *Praca i Opieka Społeczna* (nachfolgend PiOS) 4 (1924), 24-27; Starczewski, Jan: *Ustawodawstwo o opiece społecznej w Polsce*. In: *Opiekun Społeczny* 9 (1937), 7; Grata, *Polityka społeczna*, 34. Żebrowski zitiert das Gesetz vom 2. Januar 1924. Żebrowski, *Gmina Wyznaniowa w Warszawie*, 55.

282 Schaff, Maks: *Listy do Pana Boga*. In: *PS* 7 (1931), 241-244, hier 242; idem: *Wymowa cyfr*. In: *PS* 11 (1930), 377-382, hier 379; *Dożywanie dzieci*. In: *DZ* 76 (1922), 7f. Beizer, Michael: *American Jewish Joint Distribution Committee*. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article>.

Die Regierung verfolgte jedoch andere Interessen, wie ein Appell des Ministerpräsidenten Antoni Ponikowski vom 7. Mai 1922 offenbarte:

Eine graduelle Rückkehr zu den normalen Wirtschafts- und Agrarverhältnissen gibt uns die Möglichkeit, oder viel mehr verpflichtet uns, die Aufgaben selbst zu schultern, die bis jetzt von edlen Amerikanern erfüllt wurden [...].<sup>283</sup>

Der Lemberger Sozialaktivist und Journalist Maks Schaff berichtete, das *Joint* sei von der Regierung über das neue Gesetz zur Sozialfürsorge informiert worden, womit sich seine Tätigkeit in Polen erübrigte.<sup>284</sup> Den Zynismus dieser Aussage kommentierte er wie folgt:

Es ist wahr, dass wir uns [1924] durch eine parlamentarische Interpellation [für die Umsetzung des Gesetzes] engagiert haben und bei dieser Gelegenheit aus dem Munde des damaligen Ministers für Arbeits- und Sozialfürsorge erfahren haben, Juden benötigten keine Hilfe von der Regierung, da sie diese von den amerikanischen Juden erfahren – und das just in dem Moment, als die amerikanische Judenheit ihre Hilfsaktionen im Lande beendete.<sup>285</sup>

Die Situation in Warschau spitzte sich sogar noch weiter zu, als sich das Stadtparlament weigerte, die Schulen der *TSYSHO* (*Tsentrale Yidishe Shul-Organizatsye*) mit 25.000 Złoty zu unterstützen,<sup>286</sup> die in den Vorjahren von der *American Jewish Relief Organisation*<sup>287</sup> zur Ver-

aspx/American\_Jewish\_Joint\_Distribution\_Committee (7.9.2014); *Sprawozdania z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1918-23*, 57.

283 *Polityka społeczna Państwa Polskiego 1918-1935*. Warszawa 1935, 295.

284 Schaff, *Czego żądamy*, 126

285 Schaff, *Nie tędy droga*, 170; idem, *Czego żądamy*, 123 f.

286 *Jewish Daily Bulletin* vom 11.8.1934, in YIVO Archives, RG 116 Poland 1, folder 8. Die *TSYSHO* (*Tsentrale Yidishe Shul-Organizatsye – Centralna Żydowska Organizacja Szkolna*) wurde 1921 in Warschau als dem Bund und den Folkisten nahestehende Institution gegründet, um säkulare jüdische Bildung auf Jiddisch zu fördern. Sie unterhielt Schulen, Waisenhäuser und ein Lehrerseminar. Żebrowski, Rafał: CISZO. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <http://www.jhi.pl/psj/CISZO> (27.7.2016); Zimmerman, Joshua D.: Tsysho. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Tsysho> (27.7.2016).

287 Die *American Jewish Relief Organisation* entstand im Jahr 1914 und war eine Vorgängerorganisation des *Joint*. Lucas, Albert: *American Jewish Re-*

fügung gestellt worden waren. Schaff beklagte zudem die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung bei den Hilfsaktionen, die für die amerikanischen Helfer schwer nachvollziehbar seien: Die Kommunen unterstützten allein christliche Kinder, während sie sich um die jüdischen überhaupt nicht kümmerten.<sup>288</sup>

Ungeachtet dieser Vorbehalte wuchsen in Warschau die städtischen Subventionen für jüdische Sozialeinrichtungen, wie auch für alle anderen, im Jahr 1925 erheblich, was auf eine gute Wirtschaftsentwicklung deutet.<sup>289</sup> Besondere Aufmerksamkeit richteten die städtischen Repräsentanten auf die kommunalen Schulen für jüdische Kinder und die finanzielle Beteiligung der Munizipalität an sonstigen jüdischen Schulen. Zur Debatte stand allerdings allein moderne Schulbildung, während die traditionellen jüdischen *Chederim* nur spärlich unterstützt wurden.<sup>290</sup> Das Problem war besonders dringlich, da in Warschau im Jahr 1923 von ca. 68.000 schulpflichtigen jüdischen Kindern nur 10.953 kommunale Schulen besuchten.<sup>291</sup> Im Jahr 1926 fehlten noch Plätze für 13.000 Bewerber und Bewerberinnen, weshalb das Stadtparlament die Notwendigkeit einräumte, Schulen im »jüdischen Viertel« zu bauen.<sup>292</sup>

Die Lage war verfahren: Während sich die staatlichen Behörden gegen die Gründung von »polnischen Sonderschulen« für jüdische Kin-

lief in the World War. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 79 (1918) 221-228, hier 222.

288 Schaff, *Czego żądamy*, 123 f.

289 *Sprawozdania z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1924-25*, 237; Zbigniew Landau und Jerzy Tomaszewski sprechen von einem relativen wirtschaftlichen Aufschwung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Landau, Zbigniew/Tomaszewski, Jerzy: *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin 1986, 127 f.

290 Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 208.

291 *Z Rady Miejskiej*. In: *NP* 76 (1923), 1. Im Jahr 1926 besuchten nach Angaben der Warschauer Stadtverwaltung 5.500 christliche und 19.421 jüdische Kinder keine Schule. *Budżet wydziału IX. Oświaty i Kultury*. In: *DZ* 4 (1926), 4. Gawryszewski vermerkt, dass das sog. »jüdische Viertel« – Powązki, Nalewki und Praga – am Ende des 19. Jahrhunderts, aber auch noch im Jahr 1921, die meisten Analphabeten aufwies. Damit bezieht er sich auf ihre mangelnde polnische Alphabetisierung. Gawryszewski, Andrzej: *Ludność Warszawy w XX wieku*. Warszawa 2009, 214 und 219.

292 *Budżet wydziału IX. Oświaty i Kultury*, 5. Gawryszewski hat die These widerlegt, der Analphabetismus sei dem »jüdischen Isolationismus« geschuldet gewesen. Den Hauptgrund sieht er im Mangel an Schulen. Gawryszewski, *Ludność Warszawy*, 221.

der sperrten,<sup>293</sup> wollte die Warschauer Selbstverwaltung keine jiddischsprachigen Schulen finanzieren, da es keine sprachlich versierten Beamten gebe, die solche Schulen überwachen könnten.<sup>294</sup> Schon 1922 waren etliche jüdische Schulen vom Magistrat geschlossen und die Schüler in städtischen Schule überführt worden.<sup>295</sup> Jüdische Bildungsaktivisten bekämpften den Mangel, indem sie private Schulen gründeten und später versuchten, für diese Subventionen einzuwerben.<sup>296</sup> In der Regel gelang dies jedoch nicht.

Um dem Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten entgegenzutreten, schlug die Stadtdeputierte Rajzla-Ruchla Stein/Sztejn vor, der Magistrat solle doch private hebräisch- und jiddischsprachige Schulen subventionieren, sofern diese den pädagogischen Anforderungen der Schulbehörde entsprächen.<sup>297</sup> Diese Forderung ist es wert, hervorgehoben zu werden, da in diesem Fall eine Zionistin jiddischsprachige Schulen unterstützte, die ihre Partei ansonsten bekämpfte.<sup>298</sup> Von der Haushaltskommission wurde der Vorschlag zwar positiv begutachtet, die Presse schwieg allerdings über die Folgen dieser positiven Begutachtung.

Wie in der Sozialfürsorge wollte die Selbstverwaltung auch in der Bildungspolitik nicht sparen und widersetzte sich den Sparprogrammen der Regierung. Sie befürchtete, die verlangten Einsparungen würden Insolvenzen verursachen und die Stadt mittelfristig zwingen, die betroffenen Bildungseinrichtungen aus dem eigenen Etat zu finanzie-

293 Tomaszewski, *Niepodległa Rzeczypospolita*, 243.

294 Z Rady Miejskiej. In: NP 76 (1923), 1. Nowogródzki hat herausgefunden, dass sich Wiktor Alter für die Anerkennung des Jiddischen als Kommunikationssprache zwischen der jüdischen Bevölkerung Warschaus und der Selbstverwaltung engagierte. Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 352.

295 Jewish Daily Bulletin vom 12. 8. 1922, in YIVO Archives, zesp. RG 116 Poland 1.

296 Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 344f.

297 Wyciągi z protokołów posiedzeń Rady Miejskiej (297-e posiedzenie plenarne dn. 14 maja 1925). In: DZ 72-73 (1925), 3. Rajzla Sztejn war Buchhalterin, Mitglied in der Kontrollkommission über die Fonds für die Arbeitslosenbeschäftigung und für Sozialhilfe (Komisja Kontroli Funduszu dla zatrudnienia bezrobotnych i Opieki Społecznej), Mitglied des Kreisrates für Warschau und des Vorstandes der Schulaufsichtskommission (Komisja Opieki Szkolnej). Wykaz Radnych m. st. Warszawy. In: Album pamiątkowe, o. S.

298 Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 200. Es ist nicht klar, ob damit die Schulen der TSYSHO gemeint waren.

ren.<sup>299</sup> Andererseits war die Mehrheit der Deputierten im Stadtparlament davon überzeugt, dass die finanzielle Lage der jüdischen Stadtbevölkerung besser sei als die der christlichen. Deshalb könne sie wohl für »ihre Schulen« selbst aufkommen.<sup>300</sup> Außerdem bedrohe der nicht-polnische Sprachunterricht den übergeordneten Status des Polnischen. Dies war eine Position, die zu diesem Zeitpunkt fast alle nichtjüdischen politischen Milieus, selbst die Sozialisten, vertraten.<sup>301</sup> Aus diesem Grund untersagte man die Benutzung der jiddischen Schriftsprache in der Öffentlichkeit gänzlich, selbst in der Werbung an Litfaßsäulen.<sup>302</sup>

Ausschlaggebend waren jedoch – wie so oft – die Finanzen. Die Steuerbelastung der Kommune durch den Staat wurde immer größer; zudem übertrug die Regierung der Selbstverwaltung weitere soziale Aufgaben, etwa die öffentliche Gesundheitspflege und die Unterstützung von Bedürftigen.<sup>303</sup> Diesen Verpflichtungen treulich nachzukommen, betrachtete die Selbstverwaltung immer mehr als Bürde, da Warschau nicht nur ein Ziel von ambitionierten Aufsteigern aus der Provinz war, sondern auch von Mittellosen, die zu Recht meinten, dort leichter als in ländlichen Gemeinden Unterstützung zu finden.<sup>304</sup> Außerdem geriet das Stadtparlament in einen Konflikt mit dem Magistrat, der die Verabschiedung des Haushalts erschwerte.<sup>305</sup> Besonders empörte die Stadtdeputierten der Versuch des Magistrats, die Insolvenz der Selbstverwaltung mit den angeblich zu hohen Löhnen der

299 Zawadzki, *Budżet Wydziału XVII-go Opieki Społecznej i Szpitalnictwa na rok 1927/28*, 4.

300 *Budżet wydziału IX*, 5; Drozdowski, Marian/Zahorski, Andrzej: *Historia Warszawy*. Warszawa 2004, 298.

301 Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 342. Erst 1929 forderte die PPS die Anerkennung des Jiddischen als Muttersprache und unterstützte die TSYSHO, später auch die hebräischsprachigen *Tarbut*-Schulen. Pickhan, »*Gegen den Strom*«, 330f.

302 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 255.

303 Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego*, 32.

304 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 57. Im Jahr 1934 sprach man von 16 Mio. Złoty, die die »Provinz« den Warschauer Institutionen für die Behandlung ortsfremder Patienten schuldete. *Z rady miejskiej*. In: *Kurjer Warszawski* 30 (1934), 8; Gawryszewski, *Ludność Warszawy*, 295; Z.Z.: *Usprawnienie opieki społecznej*. In: *Kurjer Warszawski* 73 (1938), 7; *Uciążliwi dla Warszawy przybysze* (Z konferencji prasowej w zarządzie m. st. Warszawy). In: *Kurjer Warszawski* 32 (1939), 5.

305 Rada miejska. *Zakończenie rozpraw budżetowych*. In: *Kurjer Polski* 56 (1927), 3.

kommunalen Angestellten zu erklären und nicht mit der Belastung der Stadtkasse durch zusätzliche Aufgaben.

Im Mai 1927 erklärte die oberste administrative Instanz, das Höchste Verwaltungsgericht (*Najwyższy Trybunał Administracyjny*), das Gesetz über die Sozialfürsorge und seine Exekutivvorschriften für gültig.<sup>306</sup> Damit verloren die Kommunen die Möglichkeit, sich ihren sozialen Pflichten zu entziehen. Ein Jahr später erhielten die Selbstverwaltungen das Recht, neue Krankenhäuser aus eigenen Mitteln zu bauen und alte zu modernisieren, soweit dies den Zielen der verantwortlichen Stiftungen nicht widersprach.<sup>307</sup>

## Kommunale Finanzpolitik von der amerikanischen Anleihe bis zum Sparkurs

Die Haushaltsdebatten in der Selbstverwaltung intensivierten sich deutlich, als die Warschauer Kommune 1928 große Anleihen aus dem Ausland erhielt: 72 Millionen Złoty aus den USA und weitere 18 Millionen aus der Schweiz.<sup>308</sup> Innerhalb kurzer Zeit musste sie beschließen, wofür dieses Geld ausgegeben werden sollte.

Im Verlauf der Auseinandersetzung bildeten sich vorhersehbare Fronten, nämlich eine »proletarische« aus *Bund* und PPS und eine »bürgerliche«, angeführt durch die *Endecja*. So traten Anfang des Jahres die bundistischen und sozialistischen Stadtabgeordneten gemeinsam gegen die *Endecja*-Aktivistin Izabella Moszczeńska auf.<sup>309</sup> Sie protestierten gegen die Vernachlässigung der Interessen der jüdischen Stadtbevölkerung und forderten die Stadtverwaltung auf, das Kurhaus für lungenkranke Juden in Międzyszyn zu finanzieren, jüdische Kommunalbeamte mit Jiddischkenntnissen einzustellen und ein Ambulatorium im »jüdischen Viertel« zu gründen.<sup>310</sup> Der Appell, jüdische Arbeiter auf

306 Starczewski, Jan: Ustawodawstwo o opiece społecznej w Polsce. In: *Opiekun społeczny*, 10 (1938), 1-6, hier 2; *Monitor Polski* Nr. 77, poz. 180, z dn. 4 kwietnia 1927; Schaff, Maks: Jubileusz. In: *PS* 3 (1933), 41-50, hier 45 f.

307 Sprawozdania Komisji Rewizyjnej m.st. Warszawy XI, 8.

308 11 Mio. Złoty entfielen auf die *American Rockefeller Foundation. Oddłużanie samorządu terytorialnego*. Warszawa 1937, 15; Wynot, Warsaw between the World Wars, 218.

309 Izabela Moszczeńska-Rzepecka (1864-1941) war Publizistin, Feministin und Sozialaktivistin; sie gehörte ursprünglich der *Sanacja* an, später der *Endecja*.

310 Heca antysemitka na terenie Rady Miejskiej. In: *NP* 13 (1928), 11. Die Gründung des Ambulatoriums übernahm schließlich die jüdische Kon-



städtischen Arbeitsplätzen einzustellen, gehörte zu den konstanten Forderungen der bundistischen Stadtverordneten. Außerdem strebten sie danach, die Infrastruktur im jüdischen Viertel zu verbessern, den Mieterschutz auszubauen und das weltliche jüdische Schulsystem dem polnischen gleichzustellen.<sup>311</sup>

Einer der bundistischen Repräsentanten, Henryk (Hersz) Erlich, kritisierte darüber hinaus die allgemeine Ignoranz des Magistrats gegenüber den Kulturbedürfnissen der Juden und forderte die Subventionierung des jüdischen Theaters.<sup>312</sup> Bei dieser Gelegenheit wurden die Fronten aufgeweicht: Während der Vertreter der Zentrale jüdischer Kaufleute, der großbürgerliche Maurycy Mayzel, Erlichs Vorschlag unterstützte, traten eine Stadtdeputierte der *Sanacja* und eine der *Endecja*<sup>313</sup> vereint dagegen auf.<sup>314</sup>

In einer weiteren Diskussion forderte Erlich eine höhere Subventionierung der jiddischsprachigen *TSYSHO*-Schulen, da diese wegen ungenügender staatlicher Subventionierung ein klägliches Dasein fristeten. Generell kämpften die Bundisten darum, für ihre Schulen eine den öffentlichen Schulen entsprechende Unterstützung zu erhalten. Ihre Warschauer Stadtdeputierten verlangten darüber hinaus eine Subventionierung der Kindergärten und Fachschulen. Auch in diesem Fall gingen die Forderungen der *Endecja* und der *Sanacja* zu weit.<sup>315</sup>

fessionsgemeinde. Żebrowski, Żydowska Gmina Wyznaniowa, 307. Ein Kinderkurhaus, benannt nach Włodzimierz Medem (*Stowarzyszenie sanatorium dziecka im. Włodzimierza Medema*) wurde im Jahr 1926 mit US-amerikanischer Unterstützung gegründet. Pickhan, Gertrud: Medem sanatorium. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Medem\\_Sanatorium](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Medem_Sanatorium) (7.7.2014); Stowarzyszenie Sanatorium Dziecka im. Włodzimierza Mendema w Międzyszynie. In: *Wirtualny Sztetl*: <http://www.sztetl.org.pl/en/article/falenica/7,organizations-and-associations/29287,stowarzyszenie-sanatorium-dziecka-im-wlodzimierza-medema-w-miedzeszynie-sanatorium-dziecka-im-w-medema-w-miedzeszynie/> (7.7.2014).

311 Pickhan, »Gegen den Strom«, 356 und 367f.

312 Z rady miejskiej. In: *Kurjer Polski* 13 (1930), 5-6, hier 6.

313 Izabela Moszczeńska und Anna Brzezińska. Siehe Wykaz Radnych m. st. Warszawy. In: *Album pamiątkowe*, o.S.

314 Radni żydowscy domagają się, żeby Magistrat nie zapomniął o kulturalnych potrzebach mas żydowskich. In: *NP* 18 (1928), 4.

315 Prawica i lewica Rady miejskiej nie dopuszczają do głosu radnych żydowskich. In: *NP* 46 (1928), 7; Z Rady miejskiej. In: *KW* 9 (1931), 3. Ein Beispiel für die Bekämpfung des Zusammenschlusses zwischen *Endecja* und PPS (!) gibt Żebrowski, Żydowska Gmina Wyznaniowa, 285. Zum

Zunächst sprach der Magistrat den *TSYSHO*-Schulen eine Förderung in Höhe von 56.000 Złoty zu; dies war nur ein Bruchteil dessen, was andere Schulen mit einer vergleichbaren Schülerzahl erhielten.<sup>316</sup> Offiziell bestätigten die Stadtdeputierten jedoch, dass die *TSYSHO*-Schulen dennoch ein gutes pädagogisches Niveau erreicht hätten und den Analphabetismus erfolgreich bekämpften. Jüdische Stadtdeputierten forderten vom Magistrat, weitere Schulen im »jüdischen Viertel« zu bauen, damit Juden städtische Schulen proportional zu ihrem Anteil an der Stadtbevölkerung besuchen könnten.<sup>317</sup> Bis zur Umsetzung dieses Plans sollte der Magistrat geeignete Räumlichkeiten mieten. Die selben Forderungen wurde während der Haushaltsdebatte 1929/30 erneut gestellt.<sup>318</sup>

Ethnizität schien demnach in den Kultur- und Bildungsfragen eine größere Rolle zu spielen als soziale und politische Zugehörigkeit. Diese Beobachtung trifft allerdings auf die so genannte »Schuldebatte« nicht zu. Sie hatte eine Dimension, die auch die Trennungslinien zwischen unterschiedlichen soziopolitischen Milieus innerhalb der jüdischen Bevölkerung Warschaus sichtbar machte. Als frühes Beispiel ist eine Debatte im Stadtparlament 1926 zu nennen, in der die Linke energisch um städtische Subventionen für die *TSYSHO*-Schulen kämpfte. Während dieser Diskussion protestierte der orthodoxe Jakób Trokenheim gegen eine städtische Subventionierung der »bolschewistischen Schulen«.<sup>319</sup>

Es ist möglich, dass noch die Debatten zwischen Bundisten und Zionisten im Stadtparlament im Jahre 1928 von dieser zwei Jahre zurückliegenden Diskussion geprägt waren. Wahrscheinlich ist, dass die Forderung des Zionisten Mojżesz Koerner, man solle die städtische Subventionierung der jüdischen Institutionen nicht pauschal, sondern

Kampf um die städtische Subventionierung der *TSYSHO*-Schulen siehe Pickhan, »*Gegen den Strom*«, 356.

316 Dla szkół żydowskich. In: *Kurjer Warszawski* 13 (1928), 2.

317 W sprawie budżetu Wydziału Oświaty i Kultury na rok 1928/9. In: *DZ* 62 (1928), 3.

318 Kwiatkowski, Stefan: Preliminarz budżetowy 1929/30. In: *DZ* 8-9 (1929), 16.

319 Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 285. Eine ähnliche Diskussion wurde in der Konfessionsgemeinde geführt. Überliefert ist weiterhin ein vertrauliches Rundschreiben des Zentralkomitees der Zionistischen Organisation vom 18. Oktober 1929, das sich an die Stadtdeputierten und die jüdischen Gemeindevorstände mit der Bitte wandte, die Subventionierung der *TSYSHO*-Schulen nach Möglichkeit zu verhindern. Ebd., 297f. und 317.

individuell auflisten, mit Unstimmigkeiten zwischen den jüdischen Parteien zusammenhing.<sup>320</sup> Die Bundisten meinten generell, zionistische Schulen würden vom reichen jüdischen Bürgertum finanziert und bedürften deshalb keiner zusätzlichen städtischen Unterstützung. Die Zionisten entgegneten, das *Joint* finanziere hauptsächlich *TSYSHO*-Schulen, daher sollten hebräischsprachige *Tarbut*-Schulen<sup>321</sup> gerechtigkeits halber von der Munizipalität unterstützt werden.

Die letzte Stellungnahme in der Auseinandersetzung war die Rede des Priesters und Nationaldemokraten Mieczysław Krygier,<sup>322</sup> der einwandte, die Munizipalität solle überhaupt keine jüdischen Schulen unterstützen, da »vom Geld des Magistrats eine Giftschlange am Busen Polens erzogen wird«. <sup>323</sup> Der Vorschlag der *Endecja*, die Subventionierung der jüdischen Schulen gänzlich zu streichen, erhielt jedoch keine Stimmenmehrheit. Andererseits wurde der Zuschuss für Kinder in jüdischen Privatschulen trotz entsprechender Plädoyers nicht erhöht, sondern in der bisherigen Höhe bestätigt.

Widerstreitende Auffassungen der unterschiedlichen jüdischen Parteien traten erneut während der Diskussion über kommunale Läden (*sklepy miejskie*) zutage: Während die Sozialisten und Bundisten um deren Erhalt kämpften,<sup>324</sup> da sie nach ihrer Überzeugung ein Instrument zur Bekämpfung von Preissteigerungen waren, setzten sich die Vertreter der Zentrale der Jüdischen Kaufleute für deren Schließung ein, um die Interessen des Privathandels zu verteidigen.<sup>325</sup> Eine ähnliche Konstellation ergab sich, als das Stadtparlament 1929 über eine Anhebung des Wasserpreises<sup>326</sup> und der Straßenbahntarife<sup>327</sup> beriet.

320 Walka na terenie Magistratu. In: *NP* 34 (1928), 3; Sprawa subwencji dla szkolnictwa żyd. In: *NP* 47 (1928), 5; Tomaszewski, Niepodległa Rzeczpospolita, 247.

321 *Tarbut* (Kultur), eine von den Zionisten im Jahr 1922 gegründete Kulturorganisation, die hebräischsprachige Schulen unterhielt. Bar-El, Adina: *Tarbut*. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Tarbut> (5.7.2014).

322 Mieczysław Krygier war katholischer Pfarrer. Wykaz Radnych m. st. Warszawy. In: Album pamiątkowe, o.S. Paradoxerweise war er wahrscheinlich der Priester Krygier von Powązki, der dafür bekannt war, jüdischen Armen zu helfen. Landau-Czajka, *Polska to nie oni*, 235.

323 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 42 (1928), 8.

324 Beide Parteien setzten sich generell für eine zentralisierte Marktsteuerung ein. Pickhan, »Gegen den Strom«, 336.

325 Z rady miejskiej. In: *NP* 24 (1928), 3.

326 Z Rady Miejskiej. In: *KW* 18 (1929), 4.

327 Podniesienie taryfy tramwajowej. In: *KW* 8 (1929), 13.

Der *Bund* und die Zentrale der Jüdischen Kaufleute bezogen erwartungsgemäß konträre Positionen: Die jüdischen Sozialisten sprachen sich gegen eine Preiserhöhung aus, die sie als unzumutbare Belastung der Ärmeren betrachteten. Der zionistische Deputierte Koerner hingegen plädierte für die Anhebung des Wasserpreises, da das so zu gewinnende Kapital den weiteren Ausbau der Wasserversorgung ermögliche.<sup>328</sup> Die Bundisten und die Sozialisten wollten ihrerseits die Luxussteuer und die Steuer auf große Wohnungen anheben, wogegen wiederum die bürgerlichen Abgeordneten protestierten.<sup>329</sup> Letztere kritisierten die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe und den Etatismus, die Linke dagegen den »Klassenegoismus«. Der *Bund* trat programmatisch immer wieder für eine gezielte Unterstützung der ärmeren Schichten aus dem städtischen Budget ein.<sup>330</sup>

Die Debatten des Warschauer Stadtparlaments bestätigen die These Till van Rhadens, der am Beispiel der jüdischen Breslauer im 19. Jahrhundert festgestellt hat, dass die Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft politische Auseinandersetzungen prägen konnte, aber nicht musste. Für die Möglichkeit, sich in bestimmten Situationen auf jüdische Identität zu berufen (oder auch nicht), hat er den Begriff »situative Ethnizität« geprägt.<sup>331</sup> So war es auch im Fall des Warschauer Stadtparlaments in der jungen Polnischen Republik der momentanen Lage geschuldet, welche Koalitionen jüdische Deputierte eingingen. Dies galt ebenso für die *Endecja*. In der Regel war diese jedoch bereit, die Anliegen oder Gesetzentwürfe jedweder Gruppierung zu unterstützen, soweit diese der jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich schaden, auch wenn mittelfristig die christliche Bevölkerung zu den Leidtragenden gehörte.<sup>332</sup>

Im Jahr 1928 entschied das Warschauer Stadtparlament schließlich, die ausländischen Anleihen hauptsächlich für die Modernisierung der Stadtperipherie zu verwenden.<sup>333</sup> Gleichwohl beschloss es auch, aus

328 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 18 (1929), 3.

329 Z wczorajszego posiedzenia Rady Miejskiej. In: *NP* 300 (1930), 13.

330 Pickhan, »Gegen den Strom«, 355.

331 Rhaden van, *Juden und andere Breslauer*, 20f.

332 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 216. So sprach sich der *Endecja*-Abgeordnete Konrad Ilski 1933 für eine Weiterführung der kommunalen Läden aus, »weil immer mehr christliche Geschäfte in jüdische Hände übergehen«. *Budżet miejski uchwalony*. In: *NP* 76 (1933), 8.

333 Co nam dać może pożyczka zagraniczna dla Warszawy. In: *NP* 69 (1928), 6. Über diese Anleihe siehe Szczypiorski, *Od Piotra Drzeweckiego*, 75; *Pożyczka amerykańska*. In: *DZ* 3-8 (1932), 30f. Die Amerikanische An-

diesen Mitteln die Fertigstellung des großen jüdischen Kinderhauses<sup>334</sup> und die Modernisierung des jüdischen Krankenhauses zu finanzieren.<sup>335</sup> Darüber hinaus wurden weitere Baumaßnahmen geplant.<sup>336</sup> Die Finanzstatistik des Magistrats zeigt, dass er in den Jahren 1927/28 jüdische Institutionen stärker als zuvor unterstützte und auch die Höhe der Subventionen anhub.<sup>337</sup> Die Vertreter der jüdischen Bevölkerung konnten also im Warschauer Stadtparlament durchaus etwas erreichen, obwohl sie dort in der Minderheit waren. Dies zeigte sich u. a. an der Realisierung von Vorschlägen der jüdischen Stadtdeputierten. So wurden die Subventionen für die jüdischen Vereinigungen *Brijus* (*Yidishe geselshaft kegn tuberculosis, Brijus*)<sup>338</sup> und TOZ (*Towarzysstwo Ochrony Zdrowia Ludności Żydowskiej w Polsce*),<sup>339</sup> die sich der Gesundheitspflege annahmen, auf Initiative von Maurycy Mayzel verdoppelt.<sup>340</sup> Auch in der Sprachenfrage gab es einen ersten Durchbruch:

leihe gab einen Impuls zur Stadtmodernisierung. Im Jahr 1928 wurden 10 Mio. \$ für den Ausbau der Stadtinfrastruktur ausgegeben, d.h. für 71 km Wasserleitungen, 24 km Abwasserkanäle, 48 km Straßenbahnlinien, 50 km Gasleitungen. Es wurden 24.300 Wohneinheiten und 53 öffentliche Gebäude fertiggestellt, *Historia Warszawy*. In: *Wikipedia*: [http://pl.wikipedia.org/wiki/Historia\\_Warszawy](http://pl.wikipedia.org/wiki/Historia_Warszawy) (7.7.2014).

- 334 Co nam dać może pożyczka zagraniczna dla Warszawy. In: *NP* 70 (1928), 5; XIX. Dom opieki dla opuszczonych dzieci starozakonných. In: *DZ* 37-40 (1928), 15.
- 335 *Sprawozdanie z działalności Zarządu m. st. Warszawy za rok budżetowy od 1.4.1929 do 31.3.1930*. Warszawa 1930, 67.
- 336 Wydział Opieki Społecznej i Szpitalnictwa. In: *DZ* 1-4 (1928), 11.
- 337 Kwiatkowski, Stefan: Sprawozdanie rachunkowe Magistratu z wykonania budżetu Wydziału Oświaty i Kultury. In: *DZ* 8-9 (1929), 8.
- 338 Jüdische Gesellschaft gegen Tuberkulose, *Brijus*, gegründet 1908 in Warschau. Sie untersuchte und betreute Kranke, förderte die gesundheitliche Bildung und Krankheitsprävention und unterhielt ein Kurhaus in Otwock. Im Vorstand saß der Stadtdeputierte Stanisław Seidenbeutel. Żebrowski, Rafał: *Brijus*. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <http://www.jhi.pl/psj/Brijus> (25.7.2016).
- 339 Gesellschaft für Gesundheitsschutz der jüdischen Bevölkerung in Polen, gegründet 1912 in St. Petersburg. Sie widmete sich der Hygiene und Volksgesundheit, indem sie Bildungsangebote machte und Krankheitsprävention betrieb. Freilich, Miri: TOZ. In: *YIVO Encyclopedia*: <https://yivoencyclopedia.org/article.aspx/TOZ>; Aleksium, Natalia: TOZ. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <http://www.jhi.pl/psj/TOZ> (25.7.2016)
- 340 Maurycy Mayzel schlug im Jahr 1929 eine Erhöhung der Unterstützung von 12.000 auf 15.000 Zł. vor, da die bisherige Subventionierung nicht den realen Bedürfnissen entsprach.

PPS, *Sanacja*, bürgerliche jüdische Stadtdeputierte und *Bund* traten gemeinsam für die Herausgabe einer Hygienebroschüre auf Jiddisch ein.

Die ›guten Zeiten‹ gingen mit der Weltwirtschaftskrise, die auch eine nationalistische Radikalisierung der *Endecja* mit sich brachte, im Jahr 1929 zu Ende.<sup>341</sup> Die Verschlechterung des Gesprächsklimas im Stadtparlament hatte sich schon Anfang des Jahres in der Haushaltsdebatte abgezeichnet. Es entbrannte eine Grundsatzdiskussion darüber, ob die jüdische Bevölkerung von der Selbstverwaltung diskriminiert oder – ganz im Gegenteil – privilegiert wird. Wenig überraschend vertraten die jüdischen Deputierten, die Sozialisten und die *Sanacja* die erste Auffassung, die Nationaldemokraten aber die zweite.<sup>342</sup> Da die *Endecja* generell eine Trennung der beiden ethnischen Gruppen anstrebte, schien es ihr selbstverständlich, dass die jüdische Bevölkerung für ihre Bedürftigen selbst aufkommt. Die städtische Subventionierung jüdischer Institutionen betrachtete sie deshalb als einen »Akt des guten Willens«, oder vielmehr eine »zusätzliche Privilegierung«, nicht als eine Pflicht gegenüber gleichberechtigten Mitbürgern.

Gegen diese Interpretation richtete sich eine Rede von Maurycy Mayzel, der erklärte, durch die Subventionierung jüdischer Institutionen könne die Stadt nur gewinnen, da diese die Kommune entlasteten und deren Verpflichtungen kostengünstig erfüllten. Mayzel forderte außerdem, auch das jiddische Theater, in dem viele Stücke von herausragenden polnischen Dramatikern zur Aufführung kamen, mit städtischen Mitteln zu subventionieren.<sup>343</sup>

Die Gegner jeglicher Subventionierung scharten sich um den Anführer des nationalistischen *Rozwój*, den Priester Adam Wyrębowski, der sich eine verbale Schlacht mit der jüdischen Bildungsexpertin Ruchla-Rajza Szejn lieferte. *Nasz Przegląd* kommentierte:

Die Stadtdeputierte Szejn gab ihrer Verwunderung Ausdruck, dass ein Priester [Wyrębowski], ein Scholastiker, der an Analyse und Beweisführung gewöhnt ist, seine Ausführungen über Juden auf eine so dünne und nichtige Basis gestützt hat. Priester W. hat vergessen, dass wir in Polen keine zufällig Zugereisten sind. Wir leben hier seit Hunderten von Jahren, und durch unsere Arbeit, Energie und Intelligenz haben wir nicht wenig zur Blüte Polens beigetragen. Es ist uns übri-

341 Bergmann, *Narodowa Demokracja a Żydzi*, 22.

342 Z rady miejskiej. In: *NP* 12 (1929), 6; Mayzel, Maurycy: Budżet Wydziału Zdrowia Publicznego na rok 1929/30. In: *DZ* 3-4 (1929), 3.

343 Rada miejska uchwaliła podwyższyć opłatę za wodę. In: *NP* 25 (1929), 8.

gens nicht gleichgültig, in welche Richtung Polen geht. Wir wollen ein gerechtes Polen, weil dann unter uns all das verschwinden wird, was schlecht und hinterhältig ist. Und an ein solches gerechtes Polen glauben wir, die polnischen Juden. Priester W. sorgt sich um die Zukunft der christlichen Kultur, die angeblich von der jüdischen Kultur bedroht wird. Es ist wahr, dass wir eine alte, reiche Kultur besitzen, aus der fast alle Völker der Welt schöpfen. Wir glauben jedoch an die polnische Kultur anscheinend stärker, als es ein Katholik wie Wyrębowski tut. Wir glauben tief und fest daran, dass sich die polnische Kultur entwickeln und, so wie die edle Sonne mit ihren Strahlen alle gleich stärkt, allen Kindern auf polnischem Boden zu Gute kommen wird. Und wir glauben an noch eine Sache: Wir glauben, dass die polnische Kultur mit ihrer älteren Schwester – der jüdischen Kultur – moralische Werte zum Wohl nicht nur der Polen bewohnenden Völker, sondern zum Wohl der ganzen Menschheit schaffen wird. Und keine abschreckenden Maßnahmen werden diesen großen Glauben an die polnische Kultur schmälern oder die Hochachtung und die Ehrfurcht mildern, die wir vor unserer Kultur verspüren.<sup>344</sup>

Auch eine weitere prominente *Endecja*-Aktivistin, Izabella Moszczeńska, sprach sich gegen die Subventionierung jüdischer Einrichtungen aus, da diese von Amerika unterstützt würden, während den polnischen nur Landesmittel zur Verfügung stünden.<sup>345</sup> Jüdische Stadtdeputierte entgegneten, dass die von Juden privat finanzierten Institutionen – u. a. das Jüdische Krankenhaus und die Wawelberg-Häuser<sup>346</sup> – allen, d. h. auch Nichtjuden, zugänglich seien. Gleichzeitig beklagten sie die konstante Vernachlässigung des »jüdischen Viertels« durch die Selbstverwaltung.<sup>347</sup>

Gegen die Diskriminierung der jüdischen Stadtbevölkerung protestierte im Jahr 1930 auch der Vorsitzende der Jüdischen Fraktion im Warschauer Stadtparlament, Rafał Szczereszowski.<sup>348</sup> Der Vertreter

344 Debata żydowska w Radzie Miejskiej. In: *NP* 27 (1929), 13.

345 Wystąpienie Izy Moszczeńskiej przeciwko subwencjonowaniu przez Magistrat instytucji żyd. In: *NP* 30 (1929), 7.

346 Die Wawelberg-Häuser (*Domy Wawelberga*) wurden in den Jahren 1898–1900 von Hipolit und Ludwika Wawelberg gestiftet und waren eine der ersten Arbeiterhäuserkolonien in Kongresspolen. Siehe Kolonia Wawelberga. In: *DZ* 59 (1930), 6; Rolf, *Imperiale Herrschaft*, 238.

347 S.H., Jubileusz Ratusza, 4.

348 Z Rady Miejskiej. In: *KW* 14 (1930), 9. Rafał Szczereszowski (1869–1948) war Bankier und Senator. Wykaz Radnych m. st. Warszawy. In: *Album*

des jüdischen Bürgertums monierte den Mangel an Schulen für jüdische Kinder und das konstante Ignorieren jüdischer Kandidaten auf dem kommunalen Arbeitsmarkt. Er forderte eine grundlegende Reform der kommunalen Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung, da ansonsten die Radikalisierung vieler Juden, sprich das Überlaufen zu den Kommunisten oder aber zum *Bund* zu befürchten sei. Der den Nationaldemokraten nahestehende Stadtpräsident Zygmunt Słomiński leugnete jedoch die Existenz einer ›Judenfrage‹ in der Selbstverwaltung und behauptete:

Wir werden uns mit den jüdischen Polen (*Żydzi-Polacy*) verständigen können, aber wir können uns niemals mit denjenigen verständigen, die nicht auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehen.<sup>349</sup>

Da die Assimilierten im Stadtparlament nicht mehr vertreten waren, bezog sich die Bezeichnung »jüdische Polen« höchstwahrscheinlich auf akkulturierte Zionisten und Vertreter der jüdischen Bourgeoisie. Mit »nicht auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehen[d]« meinte Słomiński die jüdische Linke, das heißt, eine Verständigung mit Bundisten, Folkisten und jüdischen Kommunisten schloss er prinzipiell aus. Seine Diffamierung der Linken rief den Protest von Adolf Truskier hervor, der die »politische Tendenz« in der Rede des Stadtpräsidenten im Namen der Juden scharf kritisierte.

Ungeachtet dieser Polemik berücksichtigte das Stadtparlament in seinen folgenden Entscheidungen erneut die Bedürfnisse der jüdischen Stadtbevölkerung. So ermöglichte es durch kommunale Subventionen die Gründung neuer jüdischer Schulen.<sup>350</sup> Mit seiner Unterstützung konnte im Jahr 1929 schließlich auch der Bau des monumentalen Jüdischen Kinderhauses in der Płocka Straße fertiggestellt werden, das von dem Wirtschaftsexperten Jan Michalski als das »großartigste und gleichzeitig kostspieligste Gebäude dieser Art« charakterisiert wurde.<sup>351</sup> Diese Meinung ist typisch für die Zeit der anbrechenden Wirt-

*pamiętkowe*, o.S.; Guesnet, François: Szerezewski family. In: *YIVO Encyclopedia*: [http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Szerezewski\\_Family](http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Szerezewski_Family); Żebrowski, Rafał: Szerezewski Rafał. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Szerezowski\\_%28Szerezewski%29\\_Rafał\\_%28Rafał%29](http://www.jhi.pl/psj/Szerezowski_%28Szerezewski%29_Rafał_%28Rafał%29) (21.1.2015).

349 Z Rady Miejskiej. In: *KW* 14 (1930), 9.

350 Prof. Błędowski wybrany wiceprezydentem miasta. In: *NP* 169 (1929), 3.

351 W młynie opinii. In: *NP* 124 (1929), 3. Jerzy Jakub Michalski (1870-1956) war Anhänger der Christdemokratie. Ähnlich argumentierten die Wiener



schaftskrise, als viele städtisch subventionierte Projekte im Nachhinein als zu verschwenderisch kritisiert wurden.<sup>352</sup>

Schon Anfang des Jahres 1929, als sich ein Sparkurs der Selbstverwaltung abzeichnete, prognostizierte *Nasz Przegląd*, die Kürzungen würden vor allem jüdische Institutionen treffen.<sup>353</sup> Mit einer so ausgeprägten Sparpolitik wolle die Selbstverwaltung die jüdischen Stadtdeputierten disziplinieren, damit diese ihre Forderungen teilweise zurücknehmen. Im Folgejahr diskutierte das Stadtparlament den Vorschlag des Leiters der Gesundheits- und Sozialabteilung, Józef Zawadzki, die ständig wachsenden Pflegekosten durch die Verlegung von Einrichtungen aus der Hauptstadt in die kostengünstigere Provinz zu reduzieren.<sup>354</sup> Zawadzki kritisierte seinerseits die vom Magistrat vorgenommenen Kürzungen von Mitteln für soziale Institutionen, da deren Existenz ohne Subventionen bedroht sei. Sein Appell verhallte ohne Echo. Auch im folgenden Jahr 1931 kürzte das Stadtparlament die Subventionen in der Sozialfürsorge, wogegen Zawadzki erneut erfolglos protestierte.<sup>355</sup>

Ähnlich erging es dem Vorsitzenden der Jüdischen Fraktion im Warschauer Stadtparlament, Rafał Szczereszowski, der Anfang 1931 darauf hinwies, dass sich an der Diskriminierung der Juden durch die Selbstverwaltung über Jahre hinweg nichts geändert habe. Man nehme die Angelegenheiten der jüdischen Einwohner weiterhin nicht ernst. So werde das »jüdische Viertel« nach wie vor vernachlässigt, etwa bei der Pflasterung und Beleuchtung der Straßen. Ebenso würden jüdische Arbeitssuchende auf dem kommunalen Arbeitsmarkt nicht berücksichtigt.<sup>356</sup> Noch schärfer fiel die Kritik im *Nasz Przegląd* aus.<sup>357</sup> Einer seiner Autoren merkte an, selbst die schon bewilligten Zuwendungen seien letzten Endes nicht immer ausgezahlt worden.

Christdemokraten bei Verhandlungen über die von den Sozialdemokraten gegründete Erziehungsanstalt im ehemaligen Landesgut Eggenburg. Melin/Ungar, *Wohlfahrt und Krise*, 120.

352 Kwiatkowski, Stefan: Budżet Wydziału Oświaty i Kultury m. st. Warszawy na r. 1928/9. In: *DZ* 31-34 (1928), 9.

353 S.H., *Komedja polityczna w Ratuszu*, 4.

354 Zawadzki, Józef: Budżet Działu IX-go Opieki Społecznej na rok 1930/31. In: *DZ* 4-8 (1930), 20.

355 Idem: Budżet Działu IX-go Opieki społecznej na rok 1931/32. In: *DZ* 26-30 (1931), 16f. und 28.

356 Ostra krytyka gospodarki miejskiej. In: *NP* 13 (1931), 2.

357 O stosunku magistratu do ludności żydowskiej. In: *NP* 14 (1931), 7. Eine ähnliche Argumentation findet sich in: O »przywilejach« żydowskich w dziedzinie szkolnictwa miejskiego. In: *NP* 25 (1931), 5.

Darüber hinaus fehle es weiterhin an Schulen für jüdische Kinder, und in den vorhandenen stelle man keine jüdischen Lehrer ein. Izaak Lew von der Partei *Po'ale Tsyion* warf dem Magistrat eine grundsätzlich feindselige Einstellung gegenüber »kulturellen Postulaten der jüdischen Massen« vor, womit er u. a. auf die Weigerung, das jüdische Theater zu subventionieren, anspielte.<sup>358</sup>

Das Stadtparlament ignorierte beide Interventionen vollständig und würdigte die von Szczereszowski geäußerte Kritik mit keinem Wort.<sup>359</sup> In der jüdischen Öffentlichkeit wurde dies als Mangel an Respekt und als Zeichen der Ignoranz gedeutet. Das Übergehen von Einwänden jüdischer Repräsentanten markiert eine symbolische Zäsur in den Verhandlungen des Warschauer Stadtparlaments über die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung.

Die wirtschaftliche Lage der Selbstverwaltung wurde immer schwieriger. Um das Defizit in Grenzen zu halten, griff sie zu radikalen Sparmaßnahmen.<sup>360</sup> Forcierend wirkten die Verlautbarungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales (*Ministerstwo Pracy i Opieki Społecznej*, MPiOS), das die Verantwortung für die Sozialfürsorge unter den Juden allein den jüdischen Konfessionsgemeinden zuwies.<sup>361</sup> 1931 veröffentlichte das Ministerium ein Rundschreiben, das festlegte, wie die Konfessionsgemeinden ihren Haushalt gestalten und ihre sozialen Pflichten erfüllen sollten. Der Warschauer Selbstverwaltung gab es damit die Möglichkeit, sich künftig unangenehmer Verpflichtungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung zu entledigen.<sup>362</sup>

Im Jahr 1932 wurden die Kompetenzen für Volksgesundheit im Ministerium für Arbeit und Soziales gebündelt.<sup>363</sup> Das Ministerium hielt am Sparkurs fest und untersagte die Gründung neuer Betreuungseinrichtungen. Die Auszahlung von Subventionen an bestehende Institutionen und Stiftungen band es an strenge Sparauflagen.<sup>364</sup>

358 *Gospodarka magistracka w ogniu krytyki radzieckiej*. In: *NP* 16 (1931), 6.

359 P. Prezydent miasta w obronie gospodarki miejskiej. In: *NP* 20 (1931), 3.

360 Samorząd stolicy walczy z deficytem. In: *NP* 208 (1931), 9.

361 Schaff, *Czego żądamy*, 134.

362 In dieser Zeit unterhielt die Warschauer jüdische Konfessionsgemeinde u. a. 12 Grundschulen mit insgesamt 61 Klassen für 2.300 Kinder, drei Krippen für 400 Kleinkinder, vier Kindergärten für 350 Kinder und das Waisenhaus in Praga für 22 Waisen. Außerdem beschäftigte sie sechs Ärzte. Feldstein, M.: *Wyjaśnienia wiceprezesa Feldszejna*. In: *NP* (328 (1931), 3; *Co się działo w Gminie Żydowskiej*. In: *NP* 328 (1931), 3.

363 Grata, *Polityka społeczna*, 49.

364 *Ibid.*, 228.

Um sich der neuen Lage anzupassen, wies das Warschauer Stadtparlament den Magistrat an, die Subventionen für Bildungs- und Sozialeinrichtungen um 40% zu kürzen.<sup>365</sup> Die Interventionen im Stadtparlament zeigen, dass der Magistrat des Öfteren selbst beschlossene Subventionen nicht ausbezahlen konnte. Nun senkte er die Subventionen weiter und reduzierte die Zahl der Hilfeempfänger drastisch. Die Unterstützung für die städtische Sozialabteilung,<sup>366</sup> die Jüdische Gesellschaft zum Schutz der Frauen (*Żydowskie Towarzystwo Ochrony Kobiet*)<sup>367</sup> und für eine Nervenheilanstalt<sup>368</sup> wurde jeweils um die Hälfte gekürzt. Der Sparkurs wirkte sich auch auf die Kürzung der Kredite für das Hauptpflegehaus für jüdische Greise und Waisen aus.<sup>369</sup>

Die Subventionierung des Zentralkomitees zur Unterstützung von Juden in Warschau (*Centralny Komitet Pomocy Żydom w Warszawie*),<sup>370</sup> das der Magistrat kraft einer Anordnung der Sozialabteilung eigens gegründet hatte,<sup>371</sup> wurde gänzlich eingestellt.<sup>372</sup> Das Zentralkomitee ernährte mehrere Hundert »städtische Arme« (*ubodzy miejscy*) und etwa 300 Kinder von Bewohnern der kommunalen Armensiedlung Anopol. Der Magistrat deckte zunächst weiterhin einen Teil der Ernährungskosten pro Kind, später wies er der Siedlung eine Pauschalsumme zu. Diese reduzierte er 1933 auf ein Drittel. Auch in diesem Fall wurden die gewährten Mittel mit Verspätung ausgezahlt. Wie groß die Finanznot war, zeigt der Umstand, dass der Magistrat

365 Wyciągi z protokołów 131 posiedzenie plenarne z 30.5.1932. In: *DZ* 69 (1932), 7-8.

366 Bezprzykładne traktowanie ubogich Żydów przez Magistrat. In: *NP* 269 (1932), 8.

367 Zestawienie porównawcze zapomóg dla instytucji opieki społecznej nieutrzymywanych przez miasto, w budżecie wydziału opieki społecznej na rok 1931/32 i 1932/33. In: *DZ* 21-24 (1932), 32.

368 Jak Magistrat Warszawy wywiązuje się ze swych zobowiązań wobec instytucji społecznych. In: *NP* 238 (1932), 7.

369 Wyciągi z protokołów 131 posiedzenie plenarne, 7-8.

370 Das Zentralkomitee wurde 1926 als parteilose Einrichtung gegründet, um den Opfern der Wirtschaftskrise zu helfen. Im Vorstand saßen u.a. Maurycy Mayzel und Waław Wislicki. Żebrowski, Rafał: Centralny Komitet Pomocy Żydom w Warszawie. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Centralny\\_Komitet\\_Pomocy\\_Zydom\\_w\\_Warszawie](http://www.jhi.pl/psj/Centralny_Komitet_Pomocy_Zydom_w_Warszawie) (25.7.2016).

371 Magistrat powinni spełnić obowiązek wobec instytucji żydowskich. In: *NP* 223 (1933), 7.

372 Jak magistrat dożywia ubogich Żydów. Skandaliczne traktowanie instytucji żydowskich. In: *NP* 61 (1932), 7.

schließlich kein Geld mehr überwies, sondern Warengutscheine verteilte, die ausschließlich in den Kommunalgeschäften galten.<sup>373</sup>

In Abwesenheit der jüdischen Stadtdeputierten beschlossen die Abgeordneten der *Endecja*, die Subventionen für die Gesellschaft zur Unterstützung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden (*Obščestvo Remeslennago i Zemledelčeskago Truda Sredi Evreev*, ORT)<sup>374</sup> und das YIVO (*Yidisher Visnshaftlekher Institut*)<sup>375</sup> in Vilna zu streichen. Gegen diese Streichung protestierten die Abgeordneten Mayzel und Hines allerdings erfolgreich,<sup>376</sup> so dass diese Subventionen im Juni 1932 regulär beschlossen wurden.<sup>377</sup> Da das ORT und das YIVO keine lokalen Initiativen waren, durften sie eigentlich aus formalen Gründen nicht von der Warschauer Selbstverwaltung unterstützt werden. Der Beschluss des Stadtparlaments ist deshalb als symbolischer Akt zu verstehen, der die große Bedeutung dieser Institutionen für die polnischen Juden manifestierte.

In den Jahren 1932/33 war die finanzielle Situation der Selbstverwaltungen in ganz Polen katastrophal.<sup>378</sup> Dies veranschaulicht eine Intervention der Industrie- und Handelskammer, die im Innenministerium vorstellig wurde, weil die Selbstverwaltungen aufgehört hatten, Handwerkerrechnungen zu bezahlen. In der Folge standen viele kleine Betriebe vor dem Ruin.<sup>379</sup> Der neue Haushaltsentwurf sah eine Ausgabenkürzung in Höhe von weiteren 20% vor, und der Stadtpräsident

373 Magistrat powinnien spełnić obowiązek, 7.

374 Das ORT – poln. *Towarzystwo popierania rzemiosła i rolnictwa wśród Żydów* – wurde 1905 in St. Petersburg gegründet, um die jüdische Bevölkerung in »produktive« Erwerbszweige zu lenken. In der Zwischenkriegszeit war es auch in Polen und weiteren neuen unabhängigen Staaten im östlichen Europa tätig und kooperierte eng mit anderen philanthropischen Organisationen wie dem *Joint*. Es unterstützte die jüdischen Gemeinden maßgeblich dabei, sich an die neuen politischen und ökonomischen Bedingungen zu gewöhnen. Stampfer, Shaul: ORT. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/ORT> (9.7.2014);

375 Das YIVO wurde 1925 in Vilna gegründet, um wissenschaftliche Aktivitäten im jiddischsprachigen Kulturkreis zu fördern. Kuznitz, Cecile Esther: YIVO. In: *YIVO Encyclopedia*: <http://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/YIVO> (25.7.2016).

376 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 76 (1932), 3; Wyciągi z protokołów posiedzeń Rady Miejskiej (128-e posiedzenie planarne Rady Miejskiej dn. 15 marca 1932 r.). In: *DZ* 60 (1932), 2-3.

377 Z Rady Miejskiej. In: *NP* 178 (1932), 3.

378 Oddłużanie samorządu terytorialnego, 16.

379 Zobowiązania samorządów. In: *Przegląd Handlowy* 177 (1932), 2.

Zygmunt Słomiński verkündete, defizitäre Institutionen endgültig zu schließen.<sup>380</sup>

Bei der Vorstellung des Warschauer Haushalts behauptete der Leiter der Abteilung für Soziales, Józef Zawadzki, alle Sparten der Sozialfürsorge seien von den Sparmaßnahmen in gleichem Maße betroffen.<sup>381</sup> Forderungen, alle Institutionen gleich zu behandeln, die im März 1932 im Stadtparlament erklangen, deuten jedoch auf eine ungleiche Kürzungspraxis.<sup>382</sup> Die Interventionen der jüdischen Stadtdeputierten erwecken den Eindruck, dass jüdische Institutionen von den Kürzungen besonders hart betroffen waren.<sup>383</sup> So wurde das Budget für Lebensmittelhilfe des Zentralkomitees zur Unterstützung von Juden nicht um ein Fünftel, sondern um ein Drittel gekürzt. Ähnlich ungerecht wurden jüdische Schulen und Waisenhäuser behandelt, die Kürzungen in Höhe von 60% hinnehmen mussten.<sup>384</sup> Das Medem-Kurhaus, einige Kinderberatungsstellen, die Milchhilfe (*Kropla Mleka*), der Frauenschutz, das Theater und andere jüdische Institutionen büßten ihre Subventionen gänzlich ein. Sogar das Institut zur Tuberkulosebekämpfung und die bis dato privilegierten Organisationen der Gesundheitspflege, *Brijus* und TOZ, waren von den Kürzungen betroffen.

Besonders gravierend waren die Kürzungen bei der Unterstützung der Tuberkulosebekämpfung unter den Juden, da das Stadtparlament gleichzeitig die Subventionierung der nichtjüdischen Anti-Tuberkulose Gesellschaft (*Towarzystwo Przeciwgruźlicze*) erhöhte. Der Referent der Gesundheitsabteilung, Józef Zawadzki, fand eine solche Finanzpolitik der Munizipalität nicht nachvollziehbar, da sie dem realen Bedarf nicht entspreche und unterschiedliche Maßstäbe für Institutio-

380 Budżet m. st. Warszawy r. 1932-33. In: *Kurjer Warszawski* 15 (1932), 5.

381 Zawadzki, Józef: Budżet Działu IX-go Opieki społecznej, na rok 1932/33. In: *DZ* 21-24 (1932), 15.

382 Wyciągi z protokołów posiedzeń Rady Miejskiej (128-e posiedzenie plenarne Rady Miejskiej dn. 15 marca 1932 r.). In: *DZ* 60 (1932), 3.

383 Magistrat powinien spełnić obowiązek, 7.

384 Niesłychane postępowanie magistratu warszawskiego w stosunkach do instytucji żydowskich. In: *NP* 39 (1933), 3. Rozdział I. Zwalczenie chorób zakaźnych. In: *DZ* 21-23 (1933), 20f. So wurde der Kredit für den Bau jüdischer Studentenheime kurzfristig zurückgezogen. Z Rady miejskiej (Posiedzenie 158 z dnia 22 lutego 1934 r.). In: *Kurjer Warszawski* 53 (1934), 7. Zu entsprechenden Kürzungen des Sozialhaushalts in Lemberg für die Jahre 1933/34 siehe Schaff, Jubileusz, 49.

nen gleichen Charakters anlege.<sup>385</sup> Dieser Argumentation schloss sich der jüdische Deputierte Maurycy Mayzel an.<sup>386</sup>

## Verschärfung des Sparkurses nach der »Verstaatlichung« der Selbstverwaltung

Das Jahr 1933 war bedeutend für die Sozialpolitik – wegen des Gesetzes, das die Selbstverwaltung zentralisierte, und wegen der Gründung des Arbeitsfonds (*Fundusz Pracy*), der als Hauptinstrument für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gedacht war.<sup>387</sup> Die Einrichtung des Arbeitsfonds ermöglichte eine Verschleierung des Sparkurses in der Sozialpolitik. Zwar veranschlagte das Ministerium für Soziales (*Ministerstwo Pracy i Opieki Społecznej*) nun mehr Geld für die Sozialfürsorge, allerdings blieb nach dem Abzug der Arbeitslosenhilfe immer weniger für soziale Hilfsaktionen übrig.<sup>388</sup> Von diesen blieben die bäuerliche Bevölkerung und die Mehrheit der jüdischen Arbeitnehmer ohnehin ausgeschlossen. So erfüllten Letztere die Voraussetzungen für Unterstützung nicht: Sie waren nicht in großen Betrieben angestellt, oder sie arbeiteten selbstständig. Immerhin vergab das Warschauer Stadtparlament in den Arbeitsbeschaffungsbüros (*biura zatrudnienia*) der jüdisch geprägten Bezirke mehrere Stellen an jüdische Angestellte, die ihrerseits eine bestimmte Anzahl der im öffentlichen Dienst geschaffenen Arbeitsplätze (*roboty publiczne*) an Juden vermitteln konnten.<sup>389</sup>

Im Februar 1933 veröffentlichte das Ministerium für Soziales jedoch ein Rundschreiben, in dem es weitere Einsparungen in den Betreuungseinrichtungen ankündigte.<sup>390</sup> Man wollte die Sachkosten weiter reduzieren, kleinere Einheiten zusammenschließen, die Waren möglichst aus der Provinz beziehen, die Zahl der Betreuten verkleinern und die private Pflege den großen Betreuungshäusern vorziehen.<sup>391</sup> Auch die Prognosen für die Jahre 1933/34 waren schlecht, da der Ma-

385 Rozdział I. Zwalczenie chorób zakaźnych, 21 f.

386 Mayzel, M[aurycy]: Rozdział H. Zwalczenie chorób zakaźnych. In: *DZ* 15-18 (1934), 20.

387 Grata, *Polityka społeczna*, 50 und 68.

388 *Ibid.*, 76 und 78 f.

389 Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 280 f.

390 Okólnik z dn. 27 lutego 1933 r. Nr. 473/O.M. In: *Dodatek miesięczny zu PiOS* 4 (1933), 18 f.; Grata, *Polityka społeczna*, 67.

391 Grata, *Polityka społeczna*, 69.

gistrat ankündigte, die Zuschüsse um weitere 25 % zu kürzen.<sup>392</sup> Die Vertreter der jüdischen Parteien protestierten vergeblich gegen den auf Grundlage von Vorschlägen der Haushaltskommission beschlossenen Haushalt. Als die Munizipalität Ende 1933 entschied, das jüdische Altersheim in die Provinz zu verlegen, bezeichnete *Nasz Przegląd* dies als antisemitische Maßnahme.<sup>393</sup>

Nach der Suspendierung der Warschauer Selbstverwaltung im März 1934 und der folgenden Nominierung eines Kommissarischen Vorstandes arbeitete sich der kommissarische Stadtpräsident ein, indem er die Akten von allen Abteilungen der Verwaltung anforderte, sichtete und die einzelnen Institutionen persönlich inspizierte – darunter das Jüdische Kinderhaus in der Płockier Straße.<sup>394</sup> Kurz darauf ernannte er eine Revisionskommission, die den Auftrag erhielt, den materiellen und finanziellen Zustand der Kommune und ihrer Betriebe zu überprüfen.<sup>395</sup> In diesem Rahmen sollte der Magistrat eine Vorgehensweise entwickeln, wie die Krankenhäuser und ihr Eigentum an die ursprünglichen Stifter zurückübertragen werden könnten.<sup>396</sup> Der Übertragung ging eine Prüfung voraus: Eine Spezialkommission sollte den Zustand der von der Kommune verwalteten Stiftungen feststellen und die Stiftervermächtnisse einsehen.<sup>397</sup> Es galt, moderne Statuten für die Institutionen zu erarbeiten, diese durch das Ministerium bestätigen zu lassen und erst dann die Übertragung des Eigentums zu vollziehen.<sup>398</sup> Der Status des Jüdischen Krankenhauses war strittig, da nicht eindeutig feststand, ob es sich um eine Stiftung handelte. Die Kommune hatte auf einem Gelände, das eigentlich der Konfessionsgemeinde gehörte, Baumaßnahmen in eigener Regie durchgeführt. Der ungenaue Eintrag im Grundbuch gab Anlass zu einem Streit

392 Budżet miejski uchwalony. In: *NP* 76 (1933), 8.

393 ›Humanitarna‹ działalność Magistratu m. st. Warszawy. Skandal z Żyd. Domem Starców. In: *NP* 364 (1933), 4.

394 P. Prezydent Starzyński w domu dla opuszczonych dzieci przy ul. Płockiej. In: *NP* 316 (1934), 11.

395 Powołanie Tymczasowej Rady Miejskiej i Komisji rewizyjnej w m. st. Warszawie. In: *NP* 357 (1934), 4.

396 Dr. T.: Rozwój szpitalnictwa warszawskiego. In: *Kurjer Warszawski* 67 (1935), 7.

397 Sprawozdania Komisji Rewizyjnej m. st. Warszawy XI., 1. Der Kommission gehörten die mit der *Sanacja* assoziierte Ludmiła Prodanowa, Józef Zawadzki und der sozialistische Kommunalpolitiker Artur Śliwiński an.

398 *Ibid.*, 3f. und 14.

um die Frage, wem das Gebäude des alten Krankenhauses eigentlich gehörte.<sup>399</sup>

Den ministeriellen Richtlinien folgend versuchte der Magistrat seit 1933, das Jüdische Krankenhaus der jüdischen Konfessionsgemeinde zu übertragen. Die Konfessionsgemeinde versuchte ihrerseits, diese Übertragung zu verhindern und überzeugte die Selbstverwaltung davon, dass sie nicht über die nötigen Mittel verfügte, um das Krankenhaus in Eigenregie zu betreiben.<sup>400</sup> Somit verblieb das Jüdische Krankenhaus bei der Kommune, auch wenn seine ›Andersartigkeit‹ nur mit Mühe toleriert wurde. Als im Jahr 1933 die Revisionskommission für Krankenhäuser und Sozialpflege im Auftrag der Stadtverwaltung eine Inspektion durchführte, behauptete ihr Referent, der antisemitische Priester Krygier, das Krankenhaus sei verschmutzt, Reparaturen seien überfällig, die Kranken würden vernachlässigt und es mangle generell an Disziplin. Die Ursache für diese Missstände sah er im autonomen Status des Krankenhauses.<sup>401</sup> Da die Eigentumsverhältnisse nicht klar seien und das Krankenhaus teilweise der Kommune und teilweise der Konfessionsgemeinde gehöre, werde »Fortschritt« verhindert.<sup>402</sup> Die links-liberale Journalistin Wanda Melcer, die das jüdische Viertel und seine Einwohner durchaus kritisierte, lobte hingegen den Zustand und die Arbeit des Jüdischen Krankenhauses.<sup>403</sup> Offenbar gelang es der Revisionskommission nicht, das Jüdische Krankenhaus zu diskreditieren. Wenig später, im Jahr 1936, beklagte sie, ihre Empfehlung, die Unterhaltskosten in jüdischen Institutionen auf die Höhe der in den christlichen üblichen zu senken, sei am Protest der jüdischen Institutionen gescheitert.<sup>404</sup> Mit diesen überhöhten Kosten meinte man das koschere Essen, Einhaltung der Sabbatruhe und jüdische Seelsorge.

399 Ibid., 12.

400 Ibid., 4f. und 14.

401 Z Rady Miejskiej. In: *Kurjer Warszawski* 13 (1933), 7.

402 Sprawozdanie Komisji Rewizyjnej XIX. Protokół z czynności rewizyjnych, dokonanych w Wydziale Szpitalnictwa w ciągu kwietnia do października 1935 r. In: *DZ* 93/96 (1936), 77.

403 Melcer, Wanda: *Czarny ład Warszawa. Warszawa 1936, 150-163*. Wanda Melcer (1896-1972) war Erzählerin, Dichterin und Journalistin. Sie engagierte sich für die Liberalisierung von Moralvorstellungen, u. a. für die Geburtskontrolle.

404 III. Opieka zamknięta. In: *DZ* 89/92 (1936), 19f. und 79f. Ähnliche Argumente wurden gegen die Arbeitsvergabe an jüdische Arbeitnehmer angeführt: Diese seien teurer als ungelernete Bauern, weil Juden religiöse Ruhetage einhalten. Nowogródzki, *Żydowska Partia Robotnicza*, 282 f.



Die Sparmaßnahmen trafen jedoch andere jüdische Institutionen. Zu traurigem Ruhm gelangte der Fall des Altersheims in der Wolska-Straße. Aufgrund der verordneten Sparmaßnahmen wurde das Altersheim am 1. April 1934 in die Provinz nach Broszków bei Siedlce verlegt. *Nasz Przegląd* kritisierte diese Verlegung scharf: 170 alte Menschen hätten an einem besonders kalten Tag umziehen und durch die Entfernung aus Warschau ihre familiären Bindungen aufgeben müssen.<sup>405</sup> In Broszków war nach Angaben von *Nasz Przegląd* zuvor ein christliches Altersheim untergebracht, dessen Bewohner nun in ein anderes verlegt wurden. Die Bedingungen in der Anstalt waren sehr schlecht, das Gebäude alt und vernachlässigt. Es mangelte an sanitären Anlagen, und als Personal standen nur eine Pflegerin und eine Wirtschafterin zur Verfügung. Die Einschätzung der Zeitung bestätigte 1935 ein Gutachten der Revisionskommission, das im *Dziennik Zarządu* abgedruckt wurde.<sup>406</sup> Demnach war das Gebäude für ein Altersheim überhaupt nicht geeignet. Erschwerend kam hinzu, dass der Pachtvertrag keine baulichen Veränderungen zuließ.<sup>407</sup> *Nasz Przegląd* warf den jüdischen Stadtdeputierten vor, auf die Verlegung nicht angemessen reagiert zu haben, weil sie untereinander zerstritten waren.<sup>408</sup>

Der alte Sitz des Altersheims in der Wolska-Straße wurde auf Anordnung des kommissarischen Stadtpräsidenten zum Krankenhaus für Typhusranke umfunktioniert.<sup>409</sup> Laut *Nasz Przegląd* schrieb die Stadtverwaltung der Tatsache, dass das Gebäude von der Familie Berenson und weiteren jüdischen Familien gestiftet, erbaut und unterhalten worden war und der Stiftungsakt eine Benutzung des Gebäudes für andere Zwecke untersagte, keine Bedeutung zu. Da das jüdische Altersheim aus dem Gebäude entfernt worden war, weigerte sich die jüdische Konfessionsgemeinde nun, die von den Stiftern bereitgestellten Mittel für den Erhalt des Gebäudes auszuzahlen. Sie forderte ein Gutachten vom Sozialministerium, um die Angelegenheit zu klären.<sup>410</sup>

405 Sytuacja w ›Domu Starców‹ w Broszkowie. In: *NP* 32 (1934), 9; Duker, Abraham: *The Situation of the Jews in Poland. Conference on Jewish Relations. Newsletter*. New York 1936, 23.

406 III. Opieka zamknięta, 27.

407 Starczewski, J[an].: Wyjaśnienia i uwagi Wydziału Opieki Społecznej i Zdrowia Publicznego do protokołu Komisji Rewizyjnej m. st. Warszawy. In: *DZ* 89/92 (1936), 94.

408 ›Humanitarna‹ działalność Magistratu, 4.

409 Smutny los instytucji żydowskich. In: *NP* 295 (1934), 13; Duker, *The situation of the Jews in Poland*, 23.

410 Sprawozdania Komisji Rewizyjnej m. st. Warszawy. XI., 15 und 31.

In der Wolska-Straße verblieb indessen noch das Jüdisches Heim für Findelkinder (*Żydowski dom dla podrzutków*), bestimmt für maximal 221 Kinder von sieben bis 16 Jahren.<sup>411</sup> Eine städtische Revision hatte dem Waisenhaus schlechte Noten ausgestellt. Es sei lediglich ein Aufbewahrungsort, an dem Kinder nicht gefördert würden:

Die kommunalen Einrichtungen, insbesondere das Heim für jüdische Kinder (*Schronisko dla dzieci żydowskich*), wecken ernste Zweifel an der erzieherischen Ausrichtung, die eigentlich darauf abzielen soll, den guten Bürger hervorzubringen und ihm die Mittel zu einem künftigen selbstständigen Leben an die Hand zu geben.<sup>412</sup>

Das Gebäude sei vernachlässigt und schmutzig, und die Kinder würden für Ungehorsam vom Personal unverhältnismäßig hart bestraft. Ähnlich kritisch beurteilte die Kommission das jüdische Waisenhaus in der Ogrodowa-Straße.<sup>413</sup>

Die Sparmaßnahmen wirkten sich allerdings vor allem auf das jüdische Waisenhaus in der Płocker Straße (*Dom dla opuszczonych dzieci żydowskich*) aus. Ebenfalls auf Anordnung des kommissarischen Stadtpräsidenten musste die Einrichtung das prächtige, erst 1929 fertiggestellte Gebäude verlassen und in ein viel kleineres Haus in der Leszno-Straße umziehen.<sup>414</sup> Das geräumte Gebäude in der Płocker Straße wurde wie das Gebäude des ehemaligen jüdischen Altersheims einem neuen Zweck zugeführt, in diesem Fall in ein Krankenhaus zur Behandlung von Lungenkrankheiten und Tuberkulose umgestaltet.<sup>415</sup>

Die Verlegung des Waisenhauses begründete die Stadtverwaltung mit dem überschwänglichen Luxus des bisherigen Gebäudes. *Nasz Przegląd* kommentierte sarkastisch, sie meine mit »Luxus« nicht nur die Größe und Modernität des Gebäudes, sondern auch den radikalen Rückgang der Kindersterblichkeit in seinen Mauern. Während in dem

411 III. Opieka zamknięta, 23.

412 II. Opieka zamknięta, 78f. und 82.

413 Ibid.

414 Sprawa Domu dla opuszczonych dzieci żydowskich. In: *NP* 316 (1934), 11. Drozdowski schreibt irrtümlich, dass »Das israelitische Hauptpflegeheim [...] in ein moderneres Gebäude in die Leszno-Straße 127 verlegt« wurde. Drozdowski/ Zahorski, *Historia Warszawy*, 295.

415 Starzewski, Jan: W trosce o stan opieki społecznej. In: *Wspomnienia o Stefanie Starzyńskim*, hg. v. Marian M. Drozdowski. Warszawa 1982, 190-204, hier 196f.

älteren Waisenhaus in der Ogrodowa-Straße 30% der Kinder stürben, seien es in der Płocker Straße nur circa 5%.<sup>416</sup> *Nasz Przegląd* merkte an:

Die Stadtverwaltung meinte aber, das Gebäude in der Płocker Str. sei zu schön und zu luxuriös für jüdische Kinder. Deshalb wird in der nächsten Zeit von der Fassade dieses Gebäudes eine Tafel entfernt, die verkündet, dass das Gebäude in der Płocker-Straße vom Magistrat für jüdische Waisen errichtet wurde. Sie stammt noch aus den Zeiten, als im Rathaus die *Endecja* regierte. [...] In den Chroniken der Hauptstadt Warschau wird die Tatsache verzeichnet werden, dass diese Tafel während der Präsidentschaft von Herrn Starzyński entfernt wurde.<sup>417</sup>

Die Zeitung vermutete, die Stadtverwaltung werde die bisherigen Subventionen für das Waisenhaus infolge der Verlegung senken. Das Haus in der Leszno-Straße sei allerdings viel zu klein und ungeeignet. *Nasz Przegląd* ignorierte jedoch offensichtlich aktuelle Tendenzen in der Kinderbetreuung, die auf die Reduzierung von Großeinrichtungen setzten: Im Waisenhaus sollten nur noch Kleinkinder bis sieben Jahre betreut werden, während älteren Kindern die Verschickung in Heime in der Provinz bevorstand.<sup>418</sup> Die Befürchtung, das neue Domicil sei ungeeignet, konnte bald zerstreut werden, da die Stadt das Haus grundlegend sanieren und umbauen ließ. Dieser Umstand stand jedoch im Widerspruch zu dem Bericht der städtischen Revisionskommission, die das Haus in der Leszno-Straße im Jahr 1936 zwar teilweise saniert vorfand, aber erneut bemängelte, dass es einen vernachlässigten und schmutzigen Eindruck mache. Außerdem seien die Erzieher inkompetent.<sup>419</sup>

Fragt man nach der Bedeutung der Warschauer Selbstverwaltung in dieser Krisenzeit, ist ein wichtiger Unterschied zwischen den Subventionskürzungen und der Verlegung jüdischer Einrichtungen festzuhalten: Während erstere wenigstens im Stadtparlament verhandelt worden waren, beruhte letztere auf der autoritären Entscheidung des kommissarischen Stadtpräsidenten. Dieses Vorgehen weckte so viel Unmut

416 Nie należy likwidować domu dla opuszczonych dzieci żydowskich przy ul. Płockiej. In: *NP* 326 (1934), 6.

417 Po likwidacji Domu dla opuszczonych dzieci żydowskich przy ul. Płockiej. In: *NP* 87 (1935), 10.

418 Grata, *Polityka społeczna*, 69; Zawadzki, Budżet Działu IX-go Opieki Społecznej na rok 1930/31, 20.

419 III. Opieka zamknięta, 23 f.

unter den Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung, dass sich Stefan Starzyński gezwungen sah, diese zu sich ins Rathaus einzuladen, um ihnen seine Entschlüsse zu erläutern.<sup>420</sup>

Starzyński vertrat dabei die Auffassung, die *Endecja* habe in der Zeit, in der sie die Stadt regierte, die Juden im Bereich der Sozialfürsorge protegiert. Diesen Kurs wolle er nun korrigieren. Der jüdischen Stadtbevölkerung werde jedoch kein Unrecht widerfahren und sie brauche nichts zu befürchten. Jüdische Institutionen würden nicht geschlossen, sondern aus Kostengründen lediglich verlegt. Bezeichnenderweise berichtete der *Kurjer Poranny*, ein Sprachrohr der Regierung, über dieses Treffen in einem Ton, der suggerierte, Starzyńskis Argumente hätten die Vertreter der jüdischen Bevölkerung überzeugt, so dass sie nun mit der Verlegung des Kinderhauses einverstanden seien.<sup>421</sup>

Nach dem Krieg erinnerte sich der ehemalige Direktor der städtischen Abteilung für Sozialfürsorge und Volksgesundheit, Jan Starczewski:

Ich legte dem Präsidenten einen Vorschlag über mehrere Veränderungen vor, darunter die Verlegung des jüdischen Kinderhauses [*Dom dla opuszczonych dzieci żydowskich*] aus den Gebäuden in der Płocker Straße 26 in ein Haus in der Lesznoer-Straße. Das Haus dort stand leer, da das dortige jüdische Altersheim im Jahr 1933 nach Brozsków in Bezirk Siedlce verlegt worden war. Ich schlug vor, in die Płocker Straße das Wolski-Krankenhaus [Krankenhaus für Typhuskranke] zu verlegen [...]. Präsident Starzyński akzeptierte sofort alle diese Vorschläge. Als jedoch die Nachricht über die geplanten Veränderungen die jüdischen Aktivisten erreichte, erschien ihre Delegation bei mir, um kategorisch zu protestieren und anzukündigen, sie werde eine Kampagne in der Presse initiieren. Darüber habe ich den Präsidenten informiert und gefragt, ob es nicht besser wäre, die Verwirklichung dieses ganzen Plans auf später zu verschieben. Der Präsident antwortete kurz: ›Der Plan ist genehmigt und ich übernehme die ganze Verantwortung. Beschleunigt seine Verwirklichung. Empfängt keine Delegationen. Leitet alle Unzufriedenen zu mir weiter.‹ [...] Die Redakteure von *Nasz Przegląd* und *Haynt* habe ich zu Starzyński weitergeschickt. Es muss noch hinzugefügt

420 O stosunkach zarządu miejskiego do ludności żydowskiej. In: *NP* 318 (1934), 9; Zarząd miasta jest głuchy na protesty opinii żydowskiej. In: *NP* 344 (1934), 4.

421 Po konferencji Zarządu Miejskiego z przedstawicielami ludności żydowskiej. In: *NP* 346 (1934), 7.

werden, dass ein französischer linker Aktivist, Gaston Martin, in dieser Angelegenheit nach Warschau kam. Während des Gesprächs mit dem Präsidenten protestierte er heftig gegen das, wie er sich ausdrückte, Unrecht, das man den jüdischen Kindern angetan habe. Nachdem er jedoch die Einrichtung in dem neuen, speziell für diese Zwecke umgebauten und adaptierten Gebäude [in der Lesznoer-Straße] besucht hatte, konnte er seine Begeisterung nicht verhehlen und stellte fest, dass man in Frankreich Einrichtungen auf so hohem Niveau vergeblich suche.<sup>422</sup>

Anscheinend zweifelte Jan Starczewski die Rechtmäßigkeit der Verlegung auch im Nachhinein nicht an. Die zitierte Argumentation von Starzyński charakterisiert meines Erachtens eine neue Art, mit der jüdischen Stadtbevölkerung umzugehen: Während der kommissarische Stadtpräsident das eigentliche Problem kleinredete, ließ er jüdische Einrichtungen verlegen, ohne die Betroffenen und ihre Vertreter überhaupt zu Wort kommen zu lassen. Auf diese Art und Weise wurde die Politik des Nicht-Beachtens, die um 1929 begonnen hatte, forciert. Juden wurden zwar öffentlich weiterhin als gleichberechtigt bezeichnet, de facto jedoch immer weiter aus der Kommune verdrängt.

Starzyński wird in der stadtgeschichtlichen Forschung als Technokrat und leidenschaftlicher Modernisierer charakterisiert.<sup>423</sup> Er gilt als treuer Anhänger des Etatismus und als Verfechter gesamtgesellschaftlicher Interessen, nicht aber als Antisemit.<sup>424</sup> Wenn man jedoch die zitierte Aussage genauer analysiert, erscheint er als Politiker, der die Partizipation jüdischer Repräsentanten an den städtischen Entscheidungsprozessen als Störfaktor betrachtete und die Berücksichtigung spezifischer Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung, wie z.B. koscheres Essen und religiöse Dienste im Krankenhaus, als »Privilegierung« missdeutete.

Die Angelegenheit des in die Provinz verlegten Altersheims war jedoch so kontrovers, dass die Stadtverwaltung sie im Jahr 1937 nochmals aufrollte und schließlich der jüdischen Konfessionsgemeinde

422 Starczewski, W trosce o stan opieki społecznej, 196f.

423 Z.B. von Marian Drozdowski, *Starzyński*. Siehe auch *Archiwum Prezydenta Warszawy Stefana Starzyńskiego*, hg. v. Marian Marek Drozdowski. Warszawa 2008, Bd. 2; Piątek, *Sanator*, 185; Trybuś, Jarosław: *Warszawa niezaistniała. Niezrealizowane projekty urbanistyczne i architektoniczne dwudziestolecia międzywojennego*. Warszawa 2012, 262-275.

424 Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland*, 353; Kulski, Julian: *Stefan Starzyński w mojej pamięci*. Paryż 1968, 69.

eine finanzielle Entschädigung und ein anderes Baugrundstück versprach.<sup>425</sup> Damit räumte die Kommune die Unrechtmäßigkeit der Zwangsverlegung der jüdischen Institution ein.

Die Erfahrung der Wirkungslosigkeit des kommunalen Rechts bewog einen Redakteur von *Nasz Przegląd* dazu, sich wehmütig an die Zeiten des demokratischen, wenn auch von der *Endecja* dominierten Stadtparlaments zu erinnern. Zwar seien auch damals schon die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung ignoriert und missachtet worden, aber jüdische Stadtdeputierte und Schöffen hätten immerhin dagegen ankämpfen und diskriminierende Entscheidungen teilweise korrigieren können.<sup>426</sup> Inzwischen habe ihre Tätigkeit im Stadtparlament gänzlich an Bedeutung verloren, was u.a. die Subventionskürzungen und die Verlegung von Institutionen belegten.

Die vom Innenministerium geforderten Sparmaßnahmen in den Selbstverwaltungen dauerten auch im Jahr 1935 an. Die Regierung verordnete, die Subventionen für Sozialeinrichtungen weiter zu reduzieren. So sollten die Kosten für Aufenthalte in kommunalen Heilanstalten reduziert werden.<sup>427</sup> Das Innenministerium erteilte auch Anweisungen, wie die Haushalte neu zu strukturieren seien: Die Kommunen sollten sich dabei die Staatshaushalte als Vorbild nehmen, wo die Summen nicht den konkreten Initiativen sondern pauschal unterschiedlichen Betätigungsfeldern zugewiesen waren.<sup>428</sup> Aufgrund dieser Modernisierungsmaßnahme ist es heute praktisch unmöglich, die städtischen Ausgaben für jüdische Institutionen seit 1936 aus den allgemeinen Haushalten zu extrahieren. Als Quelle kann daher nur die Presse dienen, die die Diskussionen im Stadtparlament kommentierte.

Laut *Kurjer Polski* verwirklichte Stadtpräsident Starzyński die geforderten Sparmaßnahmen pedantisch, um auf diese Weise den Haushalt auszugleichen.<sup>429</sup> Er kündigte Gehaltskürzungen bei den bestverdienenden Beamten sowie Rentenkürzungen bei den pensionierten

425 Wywłaszczenie zakładu Stowarzyszenia Ochrony Starców Żydowskich. In: *Gazeta Gminna* 4 (1937), 11.

426 Przed dzisiejszym otwarciem Tymczasowej Rady Miejskiej. In: *NP* 29 (1935), 7; Żebrowski, *Żydowska Gmina Wyznaniowa*, 662.

427 Zalecenia oszczędnościowe dla samorządów. In: *Kurjer Polski* 45 (1935), 6; Zatwierdzony budżet Warszawy i uwagi M.S.Wewn, jako władzy nadzorczej. In: *Kurjer Polski* 142 (1935), 7.

428 W.Z.: Budżet m. Warszawy na r. 1935-36. In: *Kurjer Warszawski* 74 (1935), 6f.

429 Budżet stolicy w świetle uwag p. Prez. Starzyńskiego. In: *Kurjer Polski* 73 (1935), 4.

Beamten an.<sup>430</sup> Die Senkung der Straßenbahntarife sollte durch Gehaltskürzungen bei den Straßenbahnangestellten ausgeglichen werden.<sup>431</sup> Diesem »fiskalischen Populismus« entsprechend beschloss das Provisorische Stadtparlament eine Anhebung der Immobiliensteuer.<sup>432</sup>

Die Presseberichte künden davon, dass sich die finanzielle Situation weiter verschärfte und die Subventionen weiter zurückgingen. Wie schon in den Vorjahren kürzte die kommunale Sozialabteilung (*Wydział Opieki Społecznej i Zdrowia Publicznego*) die Ausgaben für nichtjüdische und jüdische Sozialfürsorge pauschal, etwa bei der Betreuungszentrale für Waisen (*Centrala Opieki nad Sierotami, CENTOS*).<sup>433</sup> Infolgedessen gerieten die durch die Zentrale finanzierten Waisenhäuser in existentielle Not.<sup>434</sup> Alle Interventionen und Proteste der jüdischen Stadtdeputierten, vor allem die des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Jakób Trokenheim, wurden kleingeredet oder gänzlich ignoriert.<sup>435</sup>

Starzyńskis Sparmaßnahmen trugen jedoch Früchte: So wurden in seiner Amtszeit die Krankenhauskosten reduziert, die Anzahl der Krankenhausbetten aber deutlich erhöht.<sup>436</sup> Auch die Kommunalabgaben, wie z.B. Wasser- und Abwassergebühren wurden reduziert.<sup>437</sup> Außerdem veranlasste das kommissarische Stadtparlament den Bau mehrerer Schulen, ließ die Kanalisation ausbauen, etliche Straßen pflastern und mit Beleuchtung ausstatten.<sup>438</sup> Dennoch wurden die Haushaltsvorgaben eingehalten. Ähnlich lassen sich die Haushalte für

430 Dyskusja nad budżetem Warszawy. In: *Kurjer Polski* 80 (1935), 4.

431 Zarząd miasta nie zmieni stanowiska w sprawie umów w tramwajach i gazowni. In: *Kurjer Polski* 88 (1935), 3.

432 Posiedzenie Tymczasowej Rady Miejskiej Warszawy, 6. Ein gewisser J.D. kritisierte im Krakauer *Nowy Dziennik* die Finanz- und Investitionspolitik von Starzyński und warf ihm vor, er betreibe als Chef des OZN antisemitische Propaganda. J.D.: Kłeska p. Starzyńskiego. In: *ND* 155 (1937), 2.

433 CENTOS wurde 1924 gegründet und durch das *Joint*, die Selbstverwaltung (15%) und private Spenden finanziert. Żebrowski, Rafał: CENTOS. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: <http://www.jhi.pl/psj/CENTOS> (11.7.2014).

434 Starczewski, Wyjaśnienia i uwagi Wydziału Opieki Społecznej i Zdrowia Publicznego, 92.

435 Wczorajsze posiedzenie Tymczasowej Rady Miejskiej, 6.

436 Gospodarka m. st. Warszawy w roku budżetowym 1935-36 według sprawozdania prezydenta Stefana Starzyńskiego. In: *Kurjer Polski* 43 (1936), 4.

437 Z Tymczasowej Rady Miejskiej. In: *NP* 45 (1936), 13.

438 Z Tymczasowej Rady Miejskiej. In: *NP* 362 (1936), 13.

1937/38<sup>439</sup> und 1938/39 charakterisieren.<sup>440</sup> Auffällig ist jedoch, dass diese Investitionen hauptsächlich in den Vierteln der Wohlhabenden und in den neu eingemeindeten Vororten erfolgten. Lediglich Schulen wurden auch im »jüdischen Viertel« gebaut.<sup>441</sup>

## Debatten im radikalisierten und gespaltenen Stadtparlament im Jahr 1939

Nach den Wahlen vom Dezember 1938 gab es im Warschauer Stadtparlament zwei antagonistische Lager, die vereinfacht als Linke und Rechte zu charakterisieren sind. Zu den Linken zählten sich PPS und *Bund*, zu den Rechten *Endecja*, ONR und OZN. Da die rechten Gruppierungen keineswegs einheitlich auftraten, sondern untereinander konkurrierten, war der Antisemitismus ein willkommenes Mittel, um sich doch miteinander zu verbinden. Allerdings lehren die Debatten, dass die Kraft dieses Bindemittels nicht überbewertet werden sollte.

*Nasz Przegląd* meinte, die Sitzungen des Stadtparlaments dienten hauptsächlich der Artikulierung des Verteilungskonflikts zwischen den »arbeitenden Massen« und den Besitzenden. Die Auseinandersetzung zwischen der PPS, die sich für die Interessen der arbeitenden Stadtbevölkerung und die Verbesserung ihrer Wohnsituation einsetze, und dem OZN, der die wohlhabenden Stadtviertel favorisiere, dominiere die Beratungen des Stadtparlaments.<sup>442</sup> Die jüdischen Stadtdeputierten behaupteten ihrerseits, die jüdische Stadtbevölkerung werde im Haushalt und bei der Vergabe kommunaler Arbeitsstellen benachteiligt. Die »jüdische Frage« im Stadtparlament sei im Grunde eine um den nationalen Aspekt erweiterte »Proletariatsfrage«.<sup>443</sup>

Schon bald begannen sich die Verhältnisse im Stadtparlament weiter zuzuspitzen, da der Vizepräsident Julian Kulski (OZN) den Bundisten und den PPS-Deputierten keine Sitze (*referaty*) in der Fi-

439 Budżet stolicy w Radzie Miejskiej. Exposé prezydenta Stefana Starzyńskiego. In: *Kurjer Polski* 42 (1937), 4; Budżet m. st. Warszawy na r. 1937-38. In: *Kurjer Warszawski* 63 (1937), 7.

440 Budżet m. Warszawy na r. 1938/39 (Exposé prezydenta miasta, p. St. Starzyńskiego). In: *Kurjer Warszawski* 26 (1938), 7.

441 Budżet m. Warszawy na r. 1938/39, 7; Sprawy samorządowe i finanse miast. In: *NP* 168 (1938), 11.

442 Dyskusja nad budżetem miejskim. In: *NP* 104 (1939), 13.

443 Burzliwe posiedzenie Komisji Finansowo-Budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 124 (1939), 13.



nanz- und Haushaltskommission zugestand.<sup>444</sup> Später beschloss die Mehrheit des Stadtparlaments, die jüdischen Stadtdeputierten aus der Kommission für militärische Rekrutierung auszuschließen, da man an ihrer Loyalität und Unparteilichkeit zweifelte.<sup>445</sup> Dies alles passierte zu einer Zeit – wie der bundistische Abgeordnete Emanuel Scherer 1942 im New Yorker Exil rückblickend anmerkte – »als der Krieg mit Deutschland schon über Polen schwebte«. <sup>446</sup> Antijüdisch aufgeladen und ausgesprochen demagogisch war die gesamte Haushaltsdebatte im Mai 1939, u. a. die Diskussion über den Haushalt für das kommunale Schlachthaus.<sup>447</sup> Der extrem rechte ONR stellte während der Sitzungen immer wieder antisemitische Forderungen.<sup>448</sup>

Während die jüdische und die linke Presse über die judenfeindliche Politik und Rhetorik ausgiebig berichteten, ignorierten rechte und liberale Zeitungen wie der *Kurjer Warszawski* und der *Kurjer Polski* diese Problematik fast gänzlich. Wenn sie die Auseinandersetzungen zwischen jüdischen und nationalistischen polnischen Abgeordneten thematisierten, gingen sie vor allem auf die sozialen Aspekte der Debatten ein. So äußerte etwa *Nasz Przegląd* den Verdacht, die Stadtdeputierten des ONR und der *Endecja* wollten die städtischen Steuern dafür verwenden, den Kampf gegen jüdische Händler und Handwerker und die jüdische *Inteligencja* zu finanzieren.<sup>449</sup> Der *Kurjer Polski* kritisierte hingegen nur allgemein die kommunale Finanzpolitik,<sup>450</sup> und der *Kurjer Warszawski* verschwieg die Auftritte der Bundisten

444 Burzliwe posiedzenie Komisji Finansowo-Budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 92 (1939), 27.

445 Echa ostatniego posiedzenia Rady Miejskiej. In: *NP* 92 (1939), 8; C.D.: Szkodnictwo antysemityczne. In: *NP* 103 (1939), 3; Przeciwno żydożerczej uchwale warszawskiej rady miejskiej. In: *NP* 113 (1939), 10; Scherer, Emanuel: *Polska i Żydzi*. New York 1942, 17. Emanuel Scherer (1901-1977) war Bundist, Verfasser theoretischer bundistischer Schriften und Gewerkschaftler. Stola, Dariusz: Scherer Emanuel. In: *Polski Słownik Judaistyczny*: [http://www.jhi.pl/psj/Scherer\\_Emanuel](http://www.jhi.pl/psj/Scherer_Emanuel) (31.8.2020).

446 Scherer, *Polska i Żydzi*, 17.

447 Burzliwe posiedzenie Komisji Finansowo-Budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 124 (1939), 13; Z komisji Finansowo-Budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 126 (1939), 13; Debata budżetowa w Radzie Miejskiej. In: *NP* 145 (1939), 4.

448 Davon zeugen die Berichte: Z komisji Finansowo-Budżetowej Rady Miejskiej, 13, Przed dzisiejszym posiedzeniem komisji finansowo-budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 13 (1939), 13.

449 Z Rady Miejskiej. Pierwsze posiedzenie. In: *NP* 87 (1939), 5.

450 Stu wybranych u steru stolicy, 10.

ebenso wie die antisemitischen Reden der polnisch-nationalen Stadtdeputierten gänzlich.

Der *Bund* sah in den Forderungen der Rechten eine Fortsetzung der Politik des Kommissarischen Vorstandes und sprach sich generell gegen den Haushalt aus: Die aktuelle Politik favorisiere weiterhin die Wohlhabenden und die von ihnen bewohnten Stadtviertel. Hingegen verhindere sie den Ausbau der kommunalen Betriebe, die den Ärmern zugutekämen, und ignoriere die Bedürfnisse der jüdischen Stadtbevölkerung vollends. Weder deren Wohnungsbedarf noch deren Bildungsinteressen würden berücksichtigt.<sup>451</sup>

Diese Vorwürfe und der ungewöhnlich scharfe Ton der Rede des bundistischen Abgeordneten Erlich verärgerten den ONR-Deputierten Pačzkowski so sehr, dass er die Schließung der jüdischen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen oder deren sofortige Übergabe an die jüdische Konfessionsgemeinde und die Streichung aller städtischen Subventionen forderte. Dieses Ansinnen unterstützte der nationaldemokratische Priester Krygier, der außerdem vorschlug, die höheren Positionen im Jüdischen Krankenhaus mit Christen zu besetzen, da die Hälfte der Patienten keine Juden sei. Krygier behauptete, es vertrage sich schlecht mit der polnischen Nationalehre, wenn Ärzte und Angestellte ausschließlich Juden seien, die Verrichtung der »dreckigen Arbeiten« hingegen ungelerntem christlichem Personal überlassen werde.<sup>452</sup>

Am 25. Mai 1939 fand eine Grundsatzdiskussion statt, in deren Verlauf sich rechte und jüdische Stadtdeputierte erbitterte Wortgefechte lieferten.<sup>453</sup> Etliche jüdische Stadtdeputierte kritisierten erneut die ungerechte Besteuerung, den Mangel an Bildungseinrichtungen, die Verweigerung von Subventionen und die Vernachlässigung des »jüdischen Viertels«.<sup>454</sup> Die Kommune unterstütze manche Initiativen allein deshalb nicht, weil es sich um jüdische Projekte handle. Die Bundisten unterstrichen, eine gerechte Berücksichtigung der Bedürfnisse der jü-

451 Rada Miejska w Warszawie uchwaliła prowizorium budżetowe na miesiąc kwiecień i maj r.b. In: *NP* 91 (1939), 9. Das bundistische Kommunalprogramm für das Jahr 1938 zitiert Pickhan, »*Gegen den Strom*«, 368.

452 Przed dzisiejszym posiedzeniem komisji finansowo-budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 131 (1939), 13.

453 Sprawa żydowska głównym tematem debaty budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 146 (1939), 6.

454 Sprawa żydowska głównym tematem, 6; Działalność Zarządu Miejskiego w ogniu krytyki. In: *NP* 147 (1939), 8.

dischen Einwohner leite sich schon allein aus ihrem gleichberechtigten Staatsbürgerstatus ab. Der Stadtdeputierte Erlich führte dies aus:

Wir widersetzen uns den Losungen der Emigrationsbewegung, weil wir auf dem Boden, auf dem wir seit Hunderten von Jahren gelebt haben, keine Gäste, sondern gleichberechtigte Bürger sind.<sup>455</sup>

Im rechten Lager wurde trotz der postulierten Einheit unterschiedlich abgestimmt: Wenn die Nationalpartei (*Stronnictwo Narodowe*, SN)<sup>456</sup> und der ONR radikal nationalistische Projekte zur Abstimmung brachten, enthielt sich der OZN der Stimme oder stimmte mit PPS und *Bund* dagegen.<sup>457</sup> Die Radikalen forderten jüdische Kommunalangestellte zu entlassen, das Jüdische Krankenhaus zu liquidieren und die Subventionen für jüdische Sozialeinrichtungen zu streichen. Die OZN-Stadtdeputierten samt denen von PPS und Bund stimmten allerdings dagegen. Ungeachtet der deklarierten programmatischen Nähe zur Rechten nahm der OZN also im Stadtparlament weiterhin eher eine Position der Mitte ein. Antisemitische Forderungen wurden zusätzlich entschärft, indem das Stadtparlament sie an die zuständigen Kommissionen weiterleitete. Diese verzögerten ihre Umsetzung oder wiesen sie gänzlich zurück.<sup>458</sup>

Die radikal judenfeindlichen Äußerungen in der Haushaltsdebatte provozierten eine grundsätzliche Stellungnahme der PPS: Adam Próchnik kritisierte, die nationalistischen Wortführer schürten auf diese Weise den Hass zwischen den Bürgern. So wie das Stadtparlament erst kürzlich entschieden habe, keine Beschlüsse ohne finanzielle Deckung zu verabschieden, müsse es auch beschließen, ausschließlich moralisch vertretbare Beschlüsse zu fassen. Antisemitische Beschlüsse seien jedoch mit der gesellschaftlichen Moral nicht vereinbar.<sup>459</sup> Die Bundisten fügten hinzu, antisemitische Rhetorik werde vor allem eingesetzt, um die verarmten polnischen Massen in die Irre zu führen und sie von ihrer Armut abzulenken.<sup>460</sup>

455 Sprawa żydowska głównym tematem, 6.

456 Die Nationalpartei (*Stronnictwo Narodowe*) war eine 1928 erfolgte Abspaltung von der Endecja, die sich einen katholischen polnischen Staat zum Ziel setzte.

457 Głosowanie nad wnioskami antyżydowskimi w komisji finansowo-budżetowej Rady Miejskiej. In: *NP* 133 (1939), 4.

458 Uchwalenie budżetu Zarządu Miejskiego. In: *NP* 148 (1939), 6.

459 Z wczorajszego posiedzenia Rady Miejskiej. In: *NP* 144 (1939), 4.

460 Debata budżetowa w Radzie Miejskiej. In: *NP* 145 (1939), 4.

Eine Verabschiedung des Haushalts gelang schließlich durch eine Einigung zwischen OZN, ONR und PPS. Die Kooperation der PPS mit der Rechten nahm der *Bund* verbittert zur Kenntnis. Resigniert kommentierte *Nasz Przegląd*:

Ja, die Bundisten sind gute Redner und mutige Stadtdeputierte. Aber Juden bleiben Juden, und vom jüdischen Schicksal können sich auch jüdische Stadtdeputierte nicht lossagen. Sie [die Bundisten] sind die Verlassenen. Vereinsamt und isoliert sitzen sie so da, wie [andere] jüdische Deputierte früher dasaßen, und so werden auch diejenigen dasitzen, die nach ihnen kommen.<sup>461</sup>

In der Folge verabschiedete sich der *Bund* von der PPS, seiner bis dahin zuverlässigen, nun aber abtrünnigen Partnerin. Das Zitat gibt eindrücklich das Gefühl der Vereinsamung und Isolation wieder, das jüdische/bundistische Stadtdeputierte in den letzten Jahren der Zweiten Republik empfanden: ein Gefühl der Exklusion. Dieses wurde weiter genährt durch eine kurz vor der Sommerpause begonnene Diskussion darüber, ob antisemitische Forderungen der Verfassung widersprechen.<sup>462</sup>

Während der letzten Wahlperiode des Warschauer Stadtparlaments erfuhren die jüdischen Abgeordneten besonders schmerzlich ihre eigene Machtlosigkeit. Diese lag nicht allein in ihrem Status als Vertreter einer kommunalen Minderheit begründet, sondern ebenso in ihrer Nichtzugehörigkeit zur herrschenden Elite des autoritär regierten Landes, die keine Rücksicht auf demokratische Forderungen nahm. Diese im OZN organisierte Elite nahm von Anfang an keine Juden in ihre Reihen auf. An den Debatten des Stadtparlaments und ihrem Presseecho zeigt sich besonders deutlich, dass die Gleichberechtigung zwar stets deklariert, aber praktisch nicht vollzogen wurde. Die Erfahrungen der jüdischen Deputierten in der Warschauer Selbstverwaltung korrespondierten mit denjenigen von jüdischen Repräsentanten in anderen Institutionen.<sup>463</sup>

In der mangelnden Implementierung der staatsbürgerlichen Rechte der polnischen Juden sehe ich auch den Grund für die radikale politische Wende, die diese in den Selbstverwaltungswahlen im De-

461 W młynie opinii. In: *NP* 151 (1939), 5.

462 O prawo Żydów do pracy. In: *NP* 187 (1939), 8.

463 Samuel Hirszhorn warf den Polen generell vor, die Bedürfnisse der Juden zu übergehen. S.H. [Hirszhorn, Samuel]: Na posterunku. Obowiązek postępowych Polaków. In: *NP* 166 (1937), 3.

zember 1938 vollzogen. Eine solche Wende hatte der bürgerliche Vorsitzende der Jüdischen Fraktion im Stadtparlament, Rafał Szere-szowski, schon 1930 vorausgesagt: Wenn die Warschauer Selbstverwaltung nicht bereit sei, ihre Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung zu ändern, werde sich diese bald radikalen politischen Kräften zuwenden.<sup>464</sup>

## Kommunale Projekte im ›jüdischen Viertel‹ Warschaus

Der linke Zionist Bernard Singer berichtete 1938 in *Nasz Przegląd*, die jüdische Bevölkerung habe nach der Liquidierung der (russischen) Zitadelle und der Schleifung der Festungsmauer (in den 20er Jahren), die die Entwicklung der nördlichen, jüdisch geprägten Stadtteile begrenzt hatte, darauf gehofft, dass die Enge und die unhygienischen Zustände der dortigen Straßen mit Unterstützung der städtischen Selbstverwaltung behoben würden.<sup>465</sup> Diese Hoffnung wurde durch ein Versprechen von Ministerpräsident Felicjan Sławoj-Skłodowski genährt, Nalewki solle so schön und modern wie die Marszałkowska-Straße werden (*Nalewki jak Marszałkowska*). Singer musste jedoch feststellen, wie tief diese Hoffnung enttäuscht wurde: Die Hauptstadt habe Beamte aus ganz Polen angezogen, die Versorgung beanspruchten. Die Stadtverwaltung habe diese bevorzugt, die Erfüllung der Bedürfnisse der jüdischen Kleinbürger hingegen zurückgestellt.

Singer beschrieb die scharfe Interessenkonkurrenz zwischen den jüdischen Einwohnern der nördlichen Stadtviertel und der Beamten-schicht (*inteligencja urzędnicza*), die das angrenzende, neue Stadtviertel Żoliborz bezog. Diese Entwicklung sah er als Teil eines allgemeinen Urbanisierungsproblems: Die gesamte Altstadt wurde von einem Ring neuer, moderner Stadtteile umschlossen, was zu einer Segregierung der Bevölkerung führte. Die Armen und Einflusslosen verblieben in der Altstadt; die Begüterten und Einflussreichen zogen in das erweiterte Zentrum. Singer kritisierte, die städtische Selbstverwaltung unternehme nichts dagegen und vernachlässige die ärmeren Stadtteile zugunsten der reicheren. Tatsächlich ließ die Stadtverwaltung schon 1927 und 1928 in Żoliborz eine Wohnkolonie für Angestellte der Selbstverwaltung (*Kolonia Kościuszkowska*) und Häuser einer kommunalen Wohngenossenschaft für finanzschwache Angehörige der *Inteligencja*

464 Z Rady Miejskiej. In: KW 14 (1930), 9.

465 Regnis, Warszawa ... w kwiatkach biurokracji, 7.

(*Warszawska Spółdzielnia Mieszkaniowa*) errichten.<sup>466</sup> Das große Engagement für diese Bauvorhaben ist insofern aussagekräftig, als sich unter den Staats- und Stadtbeamten kaum Juden befanden.<sup>467</sup> Dabei wuchs die Bedeutung des Staats- und Kommunaldienstes auf dem Arbeitsmarkt stetig, da die Beschäftigung in der Verwaltung im Polen jener Jahre für die »mittleren Schichten« eine gute Möglichkeit bot, sich ein Auskommen zu sichern.

Der kommissarische Stadtpräsident Starzyński versuchte, das negative Image der Selbstverwaltung bei den Einwohnern Warschaus zu verbessern, indem er ihre Bindung an die Stadt förderte.<sup>468</sup> Zu diesem Zweck initiierte er gesellschaftliche Initiativen, die zum besseren Aussehen der einzelnen Stadtviertel beitragen sollten, wie etwa einen »Frühlingsputz« (*Wiosenne porządki*), oder das Projekt »Blumengeschmücktes Warschau« (*Warszawa w kwiatach*), das die Warschauer animieren sollte, ihre Balkone mit Blumen und Grün zu schmücken. Die Presse lobte diese mäßig erfolgreichen Initiativen zwar, unterstrich aber gleichzeitig, dass Starzyński sich ausschließlich für die Besitzenden und ihre Wohngegenden interessiere.<sup>469</sup>

Besonders kontrovers diskutierte die Warschauer Öffentlichkeit jene Maßnahmen zur Straßenmodernisierung, durch die eine direkte Verbindung zwischen dem Stadtzentrum und dem Beamten- und *Inteligencja*-Viertel Żoliborz geschaffen wurde. Dafür mussten im Jahr 1938 Wohnhäuser im jüdischen Viertel abgerissen werden.<sup>470</sup> Obwohl

466 Zygmunt Słomiński, prezydent Warszawy. In: *Urząd miasta Warszawy*: [http://www.um.warszawa.pl/v\\_syrenka/miasto/prezydecy-28.htm](http://www.um.warszawa.pl/v_syrenka/miasto/prezydecy-28.htm) (29.7.2011); Caumanns, Ute: Mietskasernen und »Gläserne Häuser«. Soziales Wohnen in Warschau 1900-1939. In: *Wohnen in der Großstadt. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, hg. v. Alena Janatková und Hanna Koziońska-Witt. Stuttgart 2006, 205-224, hier 212-219. Siehe auch Borodziej, *Geschichte Polens*, 152-154.

467 Żoliborz, der »Vorzeigeort der Modernität«, war zu 97% von Christen bewohnt. Unter anderem damit begründet Włodzimierz Borodziej seine These, dass sich Ende der 1930er Jahre einige Schichten der Staatsnation konsolidierten, die Minderheiten aber ausgeschlossen blieben. Borodziej, *Geschichte Polens*, 181.

468 Wynot, *Warsaw between the World Wars*, 148f.

469 Werksztel, *O stan zdrowotności i kultury dzielnic żydowskich Warszawy*, 19.

470 Die Modernisierungspläne wurden im Rahmen der Ausstellung »Das Warschau der Zukunft« (*Warszawa przyszłości*) im Jahr 1935 präsentiert. Um Żoliborz mit dem Stadtzentrum zu verbinden, wurde in den Jahren 1936-1937 die Bonifraterska-Straße von der Franciszkańska-Straße bis zum

die Presse schon 1935 über diese Absichten berichtet hatte,<sup>471</sup> wurde der konkrete Plan dem Stadtparlament erst Anfang 1938 vom Architekten und Stadtplaner Oskar Sosnowski (1880-1939) präsentiert<sup>472</sup> und im April desselben Jahres veröffentlicht.<sup>473</sup> Die Häuser im »jüdischen Viertel« wurden innerhalb von neun Monaten – von März bis Oktober 1938 – abgetragen, das heißt, in den Monaten unmittelbar vor den Selbstverwaltungswahlen.<sup>474</sup> Die mehrheitlich jüdischen Eigentümer erhielten zwar von der Munizipalität eine Entschädigung. Jedoch vergrößerten der Abriss der Häuser und die Aussiedlung der fast ausschließlich jüdischen Bewohner, die weiterhin im »nördlichen Viertel« blieben, die Wohnungsnot und trieben die Mietpreise in die Höhe.<sup>475</sup> Daher verfolgte die jüdische Bevölkerung die Pläne der Stadtverwaltung, die Modernisierung weiter voranzutreiben, mit großer Unruhe. Im Sejm unterstellte der zionistische Deputierte Emil Sommerstein eine Verbindung zwischen diesen Plänen und antisemitischer Propaganda, die auf eine Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus Polen abzielte.<sup>476</sup>

Die enthusiastischen Berichte über die Ausstellung »Warschau gestern, heute, morgen« (*Warszawa wczoraj, dziś i jutro*) in *Nasz*

Krasiński-Platz durchbrochen. Drozdowski/Zahorski, *Historia Warszawy*, 295 und 300; Piątek, *Sanator*, 215f. Von zeitgleichen Abrissen beträchtlicher Innenstadgebiete im faschistischen Italien berichtet Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne*, 362f. Der Autor weist darauf hin, dass diese und ähnliche Maßnahmen nur mit massivem Einsatz zentralstaatlicher Autorität möglich waren. *Ibid.*, 181.

471 A. W.: Zaludnienie Warszawy. In: *Kurjer Warszawski* 47 (1935), 15; A. W.: Arterja radjalna na Żoliborz. In: *Kurjer Warszawski* 63 (1935), 6.

472 Zachwatowicz, Jan: Rozwój przestrzenny, urbanistyczny i architektoniczny Warszawy międzywojennej. In: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939. Studia Warszawskie*, Bd. VIII. Warszawa 1971, 275-289, hier 286.

473 Ogłoszenie zarządu Miejskiego w m. st. Warszawie o planach zabudowania. In: *Kurjer Warszawski* 103 (1938), 20.

474 Wagner, Kazimierz: Przebicie arterii Śródmieście-Żoliborz. Warszawa 1939, 8. Gershon Bacon erwähnt eine Intervention des jüdischen Deputierten Trokenheim, der sich für eine Entschädigung für die Hausbesitzer einsetzte. Bacon, *The Politics of Tradition*, 275.

475 Wagner, *Przebicie arterii*, 15.

476 Smutny bilans. Rozmowa »Naszego Przeglądu« z prezesem Koła Żydowskiego w Sejmie posłem d-rem Emilem Sommersteinem. In: *NP* 1 (1938), 5. Allerdings plante man auf dem Gebiet des sog. Nordviertels ein »gemischtes Viertel« (*dzielnica mieszana*), wo sich Wohnen, Handel- und Handwerktreiben miteinander vermischen sollten. P. W.: Przyszła struktura Warszawy. In: *Kurjer Warszawski* 66 (1939), 6.

*Przeгляд*, in der auch Pläne für die Straßenmodernisierung auf Kosten des ›jüdischen Viertels‹ vorgestellt wurden, lassen jedoch die Schlussfolgerung zu, dass manche jüdischen Milieus die Notwendigkeit dieser Modernisierungsmaßnahmen anerkannten und sich sogar für diese begeisterten.<sup>477</sup>

## Zwischenfazit

Resümierend lässt sich festhalten, dass die jüdische Wählerschaft Warschaus viel stärker als jene Krakaus fragmentiert war und sich stärker von unterschiedlichen modernen Parteien angezogen fühlte. Allerdings überwog auch in Warschau der Einfluss der traditionellen Milieus: der Orthodoxie und der liberalen Kaufmannschaft.

Zu unterscheiden sind drei Phasen: eine demokratische, eine autoritäre und eine weitere demokratische. Während dieser drei Phasen wurde die jüdische Bevölkerung Warschaus von Repräsentanten unterschiedlicher politischer Richtungen vertreten: Zuerst überwogen traditionelle ›bürgerliche‹ Kräfte, also Orthodoxe, Assimilierte, Liberale und Zionisten. In der zweiten Phase dominierten orthodoxe und wirtschaftlich-liberale Verbündete der *Sanacja*, die in der letzten Phase fast vollständig von Bundisten abgelöst wurden. Während sich die jüdische Konfessionsgemeinde durch die von der Regierung vorgenommenen Ernennungen weitgehend disziplinieren ließ, bewahrte sich die kommunale Vertretung der Warschauer Juden ihre Unabhängigkeit und bildete im Stadtparlament einen wesentlichen Teil der linken Opposition. Darin ähnelten sich die Warschauer und die Krakauer Entwicklung.

Auch im Warschauer Stadtparlament ist eine Zäsur durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 deutlich erkennbar. Die vorausgehende Periode kann im Hinblick auf die Partizipation von Juden an städtischen Entscheidungen als teilweise erfolgreich gelten, die darauffolgende als krisenhaft und politisch radikalisiert. In der ersten Phase gelang eine relativ konstruktive Zusammenarbeit der unterschiedlichen Stadtdeputierten, aus der zumindest partiell eine finanzielle Unterstützung jüdischer Initiativen resultierte. In der zweiten Phase waren eben diese Institutionen in besonderem Maße von Kürzungen betroffen, was der autoritäre Stadtpräsident der Öffentlichkeit als Revision der ungerechtfertigten früheren »Privilegierung« der jüdischen Bevölke-

477 Warszawa wczoraj, dziś i jutro. In: *NP* 294 (1938), 9. Über die Ausstellung Trybuś, *Warszawa niezaistniała* und Piątek, *Sanator*, 229-245.



zung zu vermitteln versuchte. Unter »Privilegierung« wurde in diesem Zusammenhang die Subventionierung von Initiativen jüdischer Warschauer verstanden, die als ethnokonfessionelle Minderheit künftig wieder selbst für ihre Bedürfnisse aufkommen sollten. Dem entgegen stand die verfassungsmäßige bürgerliche Gleichberechtigung, die Gleichheit aller Staatsbürger bei den Abgaben bedeutete, aber auch Gleichheit bei den Zuwendungen. Der ersten Auffassung schloss sich die Warschauer Kommissarische Selbstverwaltung an, indem sie die bislang von der Selbstverwaltung finanzierten jüdischen Institutionen der jüdischen Konfessionsgemeinde rückübertrug.

Infolge der Demokratisierung nach 1918 gelang es im Warschauer Stadtparlament, das traditionell konfessionelle Verständnis von Sozialfürsorge Schritt für Schritt aufzubrechen – allerdings nur in der ersten Phase. Noch immer gestalteten in der imperialen Zeit sozialisierte, kommunalliberal geprägte Politiker die Verhandlungen, aber immerhin waren sie bereit, mit jüdischen Repräsentanten zu kooperieren. Die wirtschaftliche Krise verschärfte jedoch die Konkurrenz um die ohnehin geringen Mittel für Sozialausgaben und führte zu einer nationalistischen Radikalisierung. Auf diese Weise wurde das noch immer virulente konfessionelle Verständnis von Sozialfürsorge zur neuen Leitlinie in der Kommunalpolitik erhoben.

## 4. Abschließender Vergleich und Fazit

An dieser Stelle sollen sowohl Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten als auch Unterschiede in der Entwicklung jüdischer Partizipation an der städtischen Selbstverwaltung in Krakau, Posen und Warschau herausgearbeitet werden. Dabei orientiere ich mich an den in der Einführung vorgestellten Kernthemen: Regionalität und Persistenz regionaler Traditionen, Demokratisierung der Selbstverwaltung und Auswirkungen auf die Repräsentation jüdischer Milieus sowie Folgen des staatlichen Interventionismus und Autoritarismus für die jüdische Vertretung. Abschließend gehe ich auf die sozialen Konsequenzen dieser Entwicklungen ein.

### Die Bedeutung kommunaler Traditionen

Unterschiedlich waren die kommunalen Traditionen und die soziale Zusammensetzung der Stadtbevölkerung ebenso wie die Sichtbarkeit und Effizienz jüdischer Repräsentanten in der jeweiligen Kommunalpolitik und Stadtöffentlichkeit. Es fällt auf, dass sich die Vereinheitlichung der Kommunalpolitik durch das Vereinheitlichungsgesetz von 1933 und die daraus folgende Angleichung der lokalen Wahlblöcke nicht auf die vorherrschenden Präferenzen der Wähler auswirkten. Auf diesem Feld spielten repräsentativer Habitus und kommunale Traditionen die Hauptrolle. Während im Bildungs- und Kulturzentrum Krakau der *Bund* traditionell schwach war, besaß er in der politischen Hauptstadt und dem Wirtschaftszentrum Warschau reale Macht.

So wie in der imperialen Vergangenheit hatten Krakau und Warschau auch in der Zweiten Polnischen Republik eine zahlreiche jüdische Bevölkerung und mächtige Konfessionsgemeinden. Posen hingegen verlor seine »alteingesessenen« jüdischen Einwohner größtenteils, während die neu zugezogenen nur einen sehr kleinen Prozentsatz der Stadtbevölkerung ausmachten und kommunalpolitisch unbedeutend blieben. Mit der Abwanderung der deutsch akkulturierten Juden ging die Tradition der kommunalen Zusammenarbeit zwischen jüdischen und nichtjüdischen liberalen Kommunalpolitikern zu Ende, und es wurden keine neuen Konzepte für eine entsprechende Kooperation erarbeitet. Im Gegensatz zum Posener Stadtparlament, wo es so gut wie keine Vertreter der jüdischen Bevölkerung gab, agierten in den beiden anderen Stadtparlamenten Repräsentanten verschiedener jüdischer

Parteien, die theoretisch und praktisch die jeweilige Kommunalpolitik mitgestalten konnten.

In Krakau spielte die jüdische Konfessionsgemeinde wie in der imperialen Ära eine starke Rolle in der Kommunalpolitik. In Warschau hingegen war ihr Einfluss weniger spürbar und in Posen praktisch nicht vorhanden. Während das Posener Stadtparlament angesichts der Schwäche der lokalen jüdischen Milieus einen »Antisemitismus ohne Juden« betrieb, rückten die christlichen Deputierten in Krakau immer mehr von der galizischen Tradition der relativ erfolgreichen jüdisch-christlichen Zusammenarbeit im Stadtparlament ab. Eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen den jüdischen Stadtdeputierten und der nichtjüdischen Mehrheit des ernannten Kommissarischen Stadtparlaments kann man in den dreißiger Jahren auch in Warschau beobachten.

Einen wichtigen Wendepunkt markierten die letzten Kommunalwahlen im Jahr 1938: Während das Regierungslager ONZ vor allem im ethnokonfessionell gemischten Osten, wo es die nationale Solidarität und den »nationalen Besitzstand« verteidigen wollte, relativ gut abschnitt, fielen seine Ergebnisse in den ethnisch homogeneren Regionen deutlich schlechter aus.<sup>1</sup> In letzteren siegte auf dem Lande entweder die Volkspartei (*Stronictwo Ludowe*) oder die Nationaldemokratie. In den Städten erreichten die Nationaldemokraten, die Polnische Sozialistische Partei und linke jüdische Parteien bessere Ergebnisse. In den vier Großstädten Warschau, Łódź, Krakau und Posen wählte die Mehrheit der Wahlberechtigten Regierungsgegner. In Warschau schnitt jedoch das Regierungslager mit 40% gut ab, da es von vielen Beamten und Familien von Militäranghörigen unterstützt wurde. Die jüdische Stadtbevölkerung in Warschau und Krakau verhielt sich so wie viele Großstädter: Sie unterstützte die Opposition. Diese Aussage ist hier hervorzuheben, da in früheren Wahlperioden viele Juden die Kandidaten des Regierungslagers BBWR unterstützt hatten. 1938 war dies im Hinblick auf das OZN ideologisch ausgeschlossen. Die Antisemiten nützten die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen, um Juden zu Staatsfeinden zu deklarieren.

Auf jeden Fall verdeutlichen die Wahlergebnisse sowohl anhaltende regionale Unterschiede als auch den tiefen Graben zwischen den wenigen Großstädten und der weiten Provinz. Opposition gegen die Regierung führte jedoch überall zum selben Ergebnis: Alle drei

1 Brzoza, Czesław/Sowa, Andrzej Leon: *Historia Polski 1918-1945*. Kraków 2006, 349f.

Stadtparlamente wurden durch die Einsetzung kommissarischer Stadtpräsidenten diszipliniert, was die Stimmung in der städtischen Arena zusätzlich aufheizte.

### Die Demokratisierung der Selbstverwaltung und ihre Auswirkungen auf die Repräsentation jüdischer Milieus

Die Demokratisierung der Wahlordnung ermöglichte vielen jüdischen Parteien, sich an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Die kommunale Arena war in der gesamten Zwischenkriegszeit eine anerkannte Bühne der politischen Profilierung. Als triftiger Grund ist anzuführen, dass dort Parteien vertreten waren, die die Wahlen zum *Sejm* boykottiert hatten – etwa der *Bund*. Daher avancierten die Stadtparlamente in der Zweiten Republik für jüdische Politiker realpolitisch zur wichtigsten Arena der Partizipation – zumal, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig die Vorstände der Konfessionsgemeinden durch die Ernennung von staatskonformen Personen diszipliniert wurden. In den Stadtparlamenten hingegen konnten ›unerwünschte‹ Persönlichkeiten weiterhin tätig sein.

Die traditionellen jüdischen Eliten – Orthodoxe, Assimilierte und Wirtschaftsexperten – besaßen in der kommunalen Arena eine viel stärkere Repräsentanz als im Parlament, wo mit der Demokratisierung moderne Massenparteien Einzug hielten. Auch dies spricht dafür, dass die kommunale Arena die gesellschaftlichen Verhältnisse besser wiedergab als der *Sejm*, da die meisten Juden in Polen dem orthodoxen Milieu angehörten. Manche Vertreter der traditionellen Eliten, z.B. Assimilierte, waren zunächst lokal tiefer verwurzelt und breiter vernetzt als die Vertreter der Massenparteien, auch über ethnisch-religiöse Grenzen hinaus. Diese Vernetzung ging auf die eingeübte Kooperation mit nichtjüdischen regionalen Eliten in der Sozialfürsorge zurück. Die Beziehungen fußten auf wechselseitigem Respekt, aber auch auf der Anerkennung kultureller Differenz und sozialer Distanz. Der gleichberechtigte Zugang zu den kommunalen Finanzen war davon kaum tangiert.

Ausgerechnet in der neuen ›demokratischen Zeit‹ setzte eine ungleiche Behandlung ein. Die Selbstverwaltungen unterstützten jüdische Initiativen in Sozialfürsorge, Kultur und Bildung immer weniger, mit der Erklärung, keine Minderheit dürfe durch größere Zuwendungen ›privilegiert‹ werden. Auf diese Weise sollten die Kommunalverwaltungen von der Finanzierung jüdischer Sozial- und Bildungseinrich-

tungen entlastet werden. Gemeint waren sowohl die von der Konfessionsgemeinde getragenen wohltätigen Initiativen als auch unabhängige zionistischen und bundistische Projekte. Paradoxerweise versuchte das Innenministerium in den dreißiger Jahren, den Konfessionsgemeinden selbst in Konkurrenz zu ihnen stehende Einrichtungen zu übertragen. Alle die jüdische Bevölkerung betreffenden Angelegenheiten wurden per se als ›jüdisch‹ definiert und den Konfessionsgemeinden zugeordnet, womit die Praxis situativer Ethnizität ausgedient hatte. Entsprechend verweigerten die nationaldemokratischen Stadtdeputierten ihren jüdischen Kollegen das Recht, sich mit ›allgemeinen‹ Stadtangelegenheiten zu befassen. Diese sollten nur die Interessen ihrer Wähler artikulieren dürfen und aus der sich um das Gemeinwohl sorgenden Stadtgemeinde ausgeschlossen werden.

Die Demokratisierung der Selbstverwaltung bewirkte zwar personelle Veränderungen in der jüdischen kommunalen Repräsentanz, insbesondere die Wahl von Bundisten und Zionisten. Die Anliegen, für die sich jüdische Deputierte engagierten, blieben jedoch weitgehend die gleichen: die Gleichberechtigung von Juden auf dem kommunalen Arbeitsmarkt, die Berücksichtigung bei der Subventionsvergabe und Modernisierungsmaßnahmen in den ›jüdischen Vierteln‹. Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die übliche Diskriminierung, da die Konkurrenz um die radikal reduzierten Mittel zunahm. Es galt die Devise ›helf zuerst den Eigenen‹, wobei die Eigenen ethnokonfessionell definiert wurden. Gravierend wirkte sich aus, dass überdurchschnittlich viele jüdische Städter sozial bedürftig und die traditionellen ›jüdischen Viertel‹ arme Gegenden waren.

Zu unterstreichen ist, dass jüdische Stadtdeputierte in Krakau und Warschau im jeweiligen Stadtparlament bedeutende nichtjüdische Partner besaßen, mit denen sie gemeinsame Interessen verfolgten. Anders gestaltete sich die Situation in Posen, wo nur wenige Juden lebten – zumal überwiegend neu zugewanderte – und die Nationaldemokratie die stärkste politische Kraft war. Die Posener Nationaldemokraten bekämpften jedes Regierungsbündnis, das ihnen den politischen Einfluss auf der kommunalen Ebene streitig machte. Gezielt prangerten sie den ›kompromittierend‹ großen Einfluss der Juden in der *Sanacja* an, um diese zu diskreditieren.

## Die Auswirkungen des staatlichen Interventionismus und Autoritarismus auf die jüdische Vertretung

Das Zusammenwachsen des polnischen Staates verlief im Schatten der Weltwirtschaftskrise, die Etatismus und Interventionismus begünstigte. Die rechtliche Angleichung der jeweiligen Kommunalverwaltungen erfolgte vor allem durch das Vereinheitlichungsgesetz (1933) und die Aprilverfassung (1935), die beide einen Verlust kommunaler Autonomie nach sich zogen. Gleichzeitig lässt sich die Konsolidierung einer polnischen Öffentlichkeit nachvollziehen, die in den meisten Milieus – aber nicht in allen – von Antisemitismus geprägt war und diesen als zentrales Element ihres *cultural code* verstand.<sup>2</sup> Wahrscheinlich trug dazu 1934 die Strategie der Nationaldemokraten bei, mit antisemitischen Parolen gegen die *Sanacja* zu mobilisieren, um so die Kommunalwahlen zu gewinnen.<sup>3</sup> Ein Jahr später griff die *Sanacja* selbst diese Strategie auf, um eine Brücke zur Nationaldemokratie zu schlagen und von anderen sozialen Problemen abzulenken. Beides schlug sich in der kommunalen Arena nieder.<sup>4</sup>

Die hartnäckige Thematisierung der ›Judenfrage‹ lässt sich als Versuch begreifen, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden zurückzunehmen. Gleichzeitig bedeutete die Reduzierung der Subventionen für jüdische Institutionen eine ›Rückkehr‹ zum traditionellen Verständnis einer nach Konfessionen getrennten Sozialfürsorge. Diese Entwicklung wurde durch die Persistenz ständischer Traditionen gestützt, in deren Wahrnehmung die polnische Judenheit eine gesellschaftlich separierte, den ›Polen‹ untergeordnete Großgruppe war. Jüdische Stadtdeputierte wiesen diese Zuordnung von sich, indem sie auf die vollzogene staatsbürgerliche Gleichberechtigung bestanden, die allen Bürgern Gleichheit der Pflichten, aber auch der Rechte garantierte. Darin erhielten sie die Unterstützung der Sozialisten und Demokraten.

Die Aneignung des ›nationaldemokratischen‹ Antisemitismus durch die *Sanacja*-Regierung prägte die späteren Entwicklungen in vielen

2 Ich beziehe mich hier auf Shulamit Volkov, die den Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich als Bestandteil des *cultural code* bezeichnet hat, d.h. als Kernstück einer Weltanschauung, in der Juden gesellschaftlich, symbolisch und real ausgegrenzt waren. Volkov, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code. In: Eadem: *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, 13–36.

3 Tomaszewski, Niepodległa Rzeczypospolita, 208.

4 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 80.

Kommunalverwaltungen entscheidend.<sup>5</sup> Die antisemitische Stoßrichtung verband sich mit der autoritären und interventionistischen, um auf kommunaler Ebene an Durchsetzungskraft zu gewinnen. In Krakau und Warschau traten beide Parteien, die oppositionelle *Endecja* und das Regierungslager OZN zwar getrennt auf, doch agierten sie des Öfteren gemeinsam. Beide unterschieden sich »nur« in der Akzeptanz der Gewaltanwendung und der Rigorosität der Verweigerung von Subventionen für jüdische Institutionen. Dieses judenfeindliche Bündnis provozierte ein Gegenbündnis, an dem sich u. a. die jüdischen Stadtdeputierten beteiligten. Während aufgrund der deutlichen Unterschiede zwischen den diversen jüdischen Milieus vor 1938 von einheitlichen jüdischen Interessen in den Städten keine Rede sein kann, konsolidierten sich solche auf kommunaler Ebene kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Allerdings führte jüdische Solidarität, wie man am Krakauer und am Warschauer Beispiel sieht, nicht unbedingt zu einer stärkeren jüdischen Vertretung.

### Soziale Konsequenzen

Im Gegensatz zu den bäuerlichen Schichten, die gänzlich von der Sozialfürsorge ausgeschlossen blieben, waren Städter pauschal deren Nutznießer, da sich Initiativen und Institutionen der Sozialfürsorge weitgehend auf den urbanen Raum beschränkten. Allerdings wurden unter den Städtern diejenigen diskriminiert, die nicht in Großbetrieben, für den Staat, die kommunale Selbstverwaltung oder beim Militär arbeiteten. Diese Charakteristik traf auf die jüdischen Erwerbstätigen zu, die mehrheitlich den benachteiligten Gruppen der Kleinhändler, Handwerker, Selbstständigen und Privatangestellten angehörten. Hilfe konnten ihnen aufgrund der religiösen Bindung der Bedürftigen nur die jüdischen Gemeinden oder ausländische jüdische Organisationen leisten. Hier verband sich die soziale Problematik mit der ethnoreligiösen zu einem unlösbaren Knoten.

5 So beobachten Hettling et al.: »Je entschiedener staatliche Einrichtungen für die Gleichberechtigung und Integration der Juden in die Nationalgesellschaft eintraten, desto weniger war die »Judenfrage« ein Thema öffentlicher Debatten und innenpolitischer Auseinandersetzungen«. Hettling/Müller/Hausmann, Einleitung, 17. Die künftige Forschung wird hoffentlich klären, welche Rolle die Wojewoden in diesem Feld spielten.

Anthony Polonsky hat Maßnahmen der polnischen Regierung nach der Weltwirtschaftskrise beschrieben, die Juden in den Ruin trieben, ohne den Nichtjuden zu nützen.<sup>6</sup> Auf der kommunalen Ebene jedoch versprach die Umwandlung jüdischer Sozialfürsorgeinstitutionen in nichtjüdische durchaus Profit für den nichtjüdischen Teil der Stadtbevölkerung. Letzterer erhielt auf diesem Wege nicht nur funktionierende Institutionen, sondern auch moderne, gut ausgestattete Immobilien. Nichtjüdische Gesundheitsinitiativen, wie z.B. die Tuberkulosebekämpfung, wurden vom Stadtparlament stärker als entsprechende jüdische Initiativen und sogar auf deren Kosten unterstützt. Allerdings verfehlten solche Maßnahmen ihr kommunalpolitisches Ziel. Aus den letzten Kommunalwahlen vor dem Zweiten Weltkrieg ging die linke Opposition gestärkt hervor.

In der Zwischenkriegszeit investierten die Stadtverwaltungen in ›historisch wertvolle‹ oder repräsentative Zentren, vor allem aber in verheißungsvolle neue Stadtviertel. Diese erschienen besonders zukunftssträchtig, wenn dort vielversprechende Bürger wohnten: Beamte, Militärs und Angehörige der *Inteligencja*. Die sich um die *Sanacja* scharenden Militärs und die Beamtenschaft waren die Gesellschaftsschichten, deren Wohlstand in der Zweiten Republik sichtbar wuchs.<sup>7</sup> Jüdisch geprägte Viertel hingegen galten weder als kulturelles Erbe Polens, noch als politisch, ökonomisch oder kulturell vielversprechend. Die ›jüdischen Viertel‹ in Krakau und in Warschau wurden jedoch durchaus unterschiedlich behandelt. Krakau öffnete sich in seiner denkmalpflegerischen und touristischen Orientierung langsam dem jüdischen Kazimierz. Indessen beabsichtigte die Warschauer Stadtverwaltung im Zuge des Ausbaus zur modernen Hauptstadt, Teile des ›jüdischen Viertels‹ einer effizienteren Verkehrsführung zu opfern. Sie plante dort weder Modernisierungsmaßnahmen, noch nahm sie das ›jüdische Viertel‹ als touristisch reizvoll wahr.

Abschließend festzuhalten ist, dass die Kommunalpolitik schon mit der stetigen Pauperisierung der jüdischen Bevölkerung überfordert war und so gut wie keine Instrumente hatte, diesen Prozess aufzuhalten, geschweige denn, ihn umzukehren. Dazu wäre ein Umbau der gesamten staatlichen Struktur notwendig gewesen – ein langwieriges Experiment mit ungewissem Ausgang. Die Ethnisierung der Sozialfürsorge für die jüdische Bevölkerung vermochte die Kommunalverwaltungen zumindest deutlich zu entlasten, da die Verantwortung in

6 Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 95.

7 Piątek, *Sanator*, 247.



die Konfessionsgemeinde verschoben wurde. Allerdings stellte ihr das Stadtparlament unter Berufung auf staatliche Verordnungen keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung. Das war eine klare Diskriminierung, auch wenn diese nur unbedeutend zur weiteren Verarmung der jüdischen Stadtbevölkerung beitrug.<sup>8</sup> Es fehlen leider wissenschaftliche Arbeiten, die es erlaubt hätten, die Politik gegenüber jüdischen Einrichtungen mit jener gegenüber anderen Konfessionsgemeinschaften in den drei Städten zu vergleichen.

Grundsätzlich bedeuteten die gleichberechtigte Teilnahme an der Kommunalpolitik und die Redefreiheit in der kommunalen Arena für jüdische Stadtdeputierte einen großen Erfolg. Dieser hatte jedoch nicht zwangsläufig eine gleiche Behandlung der Anliegen der jüdischen Stadtbevölkerung zur Folge. Ungeachtet dessen steht die Sichtbarkeit der jüdischen Stadtdeputierten für die Überwindung der alten sozialen und konfessionellen Ordnung im lokalen Raum und markiert den vielsprechenden Anfang eines steinigen Weges in eine demokratische Zukunft. Dieser Weg wurde in einer politisch instabilen Zeit begonnen und durch administrative Einschränkungen sehr bald in Frage gestellt. Die kommunalen Selbstverwaltungen waren Arenen eines widersprüchlichen Prozesses: Sie garantierten jüdischen Repräsentanten die politische Gleichberechtigung, ohne diese sozial umzusetzen.

8 Marcus, *Social and Political History*, 231; Polonsky, *The Jews in Poland and Russia*, 77.

## Streszczenie

Książka podejmuje problematykę działalności żydowskich samorządowców w radach miejskich Poznania, Krakowa i Warszawy w okresie Drugiej Rzeczypospolitej. Przed Pierwszą Wojną Światową te miasta były centrami administracyjnymi znajdującymi się na terenach trzech państw zaborczych. Różniły się systemami administracyjnymi, sposobem traktowania samorządności oraz statusem ludności żydowskiej. We wszystkich trzech miastach odmienny był też procentowy udział Żydów w ogólnej liczbie mieszkańców: o ile w Poznaniu mieszkało poniżej 1% Żydów, to ok. 1/4 mieszkańców Krakowa i 1/3 Warszawy była wyznania mojżeszowego. W okresie demokratycznych wyborów decydowało to o sile reprezentacji, którą udawało się wprowadzić do samorządów. Poznań był pod tym względem odmienny od Warszawy, czy Krakowa, bowiem od roku 1925 w samorządzie poznańskim brak było reprezentantów ludności żydowskiej.

»Żydowskimi radnymi« nazywa się w tej pracy wyłącznie członków formacji utożsamiających się z różnymi formami żydostwa i działających w żydowskich partiach i organizacjach. Analizie poddano tylko tę część działalności żydowskich posłów miejskich, która wymagała negocjacji rozwiązań dotyczących żydowskich mieszkańców miast. Kolejność opracowania gmin miejskich wiąże się z chronologią demokratyzacji samorządów po Wielkiej Wojnie: ten krakowski zdemokratyzowano najpóźniej, bo dopiero w r. 1933, poznański i warszawski już w roku 1919, z tym, że ich demokratyzację poprzedzały różnej długości okresy samorządów cenzusowych. Interesująca wydawała się kwestia, jak dalece liberalno-imperialne tradycje okresu zaborczego były nadal wiążące i wpływały w na późniejsze prace samorządów.

W pierwszej kolejności przebadano wyniki wyborów do samorządów miejskich, budowane na arenie rad koalicje oraz tematykę podejmowaną przez żydowskich samorządowców. Następnie przeanalizowano skuteczność podejmowanych interwencji, mierzoną wysokością miejskich subwencji przeznaczonych dla instytucji żydowskich. O ile wybory do samorządów w Krakowie i Warszawie pozwalały wprowadzać do rad miejskich stosunkowo silne grupy żydowskich samorządowców, które mogły na tych arenach budować korzystne dla siebie koalicje, to skuteczność działań radnych była zróżnicowana. Można mówić o dwóch okresach: przed i po roku 1929. Rozgraniczającą je cezurą był wielki kryzys gospodarczy, który nasilił tenden-

cje centralistyczne, etatystyczne i interwencjonistyczne młodego państwa, a także i ›oficjalny‹ nacjonalizm.

O ile w okresie pierwszym działalność radnych żydowskich była względnie skuteczna, co przejawiało się pozyskiwaniem subwencji dla instytucji żydowskich, to ›upaństwowienie‹ samorządu na podstawie ustawy scaleniowej w roku 1933 spowodowało gwałtowny spadek tej skuteczności, która w przededniu Drugiej Wojny Światowej wydaje się być bliska zeru. Kontrast między reprezentatywną widocznością Żydów na arenie samorządów, a nikłą efektywnością działań na rzecz żydowskiej ludności miast można tłumaczyć utrzymującym się tradycyjnym postrzeganiem Żydów, jako odrębnego stanu, co prowadziło do oddelegowywania postulatów z areny samorządowej do gmin konfesyjnych.

Niepowodzenia interwencji i niesprawiedliwości podziału funduszy miejskich pogłębiały poczucie daremności podejmowania jakichkolwiek wysiłków i uwidaczniały prawie kompletną bezsilność radnych żydowskich, co odbiło się na wyniku ostatnich wyborów samorządowych w grudniu 1938.

## Summary

The book examines the question of the activity of Jewish local government officials in the city councils of Poznań, Krakow and Warsaw during the Second Polish Republic. Before the First World War, these cities were administrative centres located in the states of the three partitioning powers. They varied in terms of the administrative systems, their approach to local government and the status of the Jewish population. The proportion of Jews in the three cities also varied: whereas in Poznań Jews comprised less than 1% of all residents, in Krakow and Warsaw they accounted for approx. a quarter and a third of the population respectively. In the period of democratic elections, this depended upon the strength of the representation that they could secure in local government. Poznań thus differed from the other two cities in this respect, as from 1925 onwards its local government had no Jewish representatives.

In this book, the term ›Jewish councillors‹ is used to describe solely members of groupings identifying with the various forms of Jewry and active in Jewish parties and organisations. The analysis only covered the activity of Jewish city delegates that required negotiation of solutions concerning the city's Jewish residents. The order of the study of the urban communes is connected to the chronology of democratisation of local governments after the Great War: The Krakow one was democratised latest, in 1933, whereas this had taken place in Poznań and Warsaw already in 1919. This democratisation was preceded by periods of census government of various lengths. An interesting question is the extent to which the liberal imperial traditions of the partition era continued to be binding and influenced the local governments' later work.

The study involved firstly examining the results of the municipal government elections, the coalitions built within the councils and the issues tackled by Jewish local councillors. It then investigated the effectiveness of the interventions, measured by the size of the municipal subsidies designated for Jewish institutions. Whereas in Krakow and Warsaw the local government elections resulted in relatively strong groups of Jewish delegates joining the local councils who were able to build beneficial coalitions, the effectiveness of the councillors' activities varied. We can speak of two periods: before and after 1929. The dividing line between the two was the Great Depression, which intensified the centralist, etatist and interventionist tendencies of the young state, and eventually also ›official‹ nationalism.

Whereas in the first period Jewish councillors were relatively effective in their actions, resulting in the acquisition of subsidies for Jewish institutions, the ›nationalisation‹ of the local government following the unification law of 1933 resulted in a drastic drop in this effectiveness, which on the eve of the Second World War was practically nil. The contrast between the representative visibility of Jews in the local government setting and the minimal effectiveness of activities for the Jewish population of cities can be explained by the continuing traditional perception of Jews as a separate estate. As a result, postulates from the self-government were delegated to confessional communities.

The failed interventions and injustices of division of municipal funds deepened the sense of futility of taking any actions and highlighted the absolute powerlessness of Jewish councillors, which was reflected in the results of the last local government elections in December 1938.

Translated from Polish by Ben Koschalka

## Abkürzungen

- Agril (Administracja Gospodarstwa Rolnego i Leśnego »Agril«): Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft
- BBPG (*Bezpartyjny Blok Pracy Gospodarczej*): Parteiloser Block der Wirtschaftsarbeit
- BBWR (*Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Marszałka Piłsudskiego*): Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung des Marschalls Piłsudski
- BŻBG (*Bezpartyjny Żydowski Blok Gospodarczy*): Parteiloser Jüdischer Wirtschaftsblock
- Chadecja/Ch.D (*Chrześcijańska Demokracja*): Christliche Demokratie
- TSYSHO (*Di Tsentrale Yidishe Shul-Organizatsye*): Zentrale Jüdische Schulorganisation
- COP (*Centralny Okręg Przemysłowy*): Zentrale Industrieregion
- Endecja/N.D. (*Narodowa Demokracja*): Nationaldemokratie
- JDC/Joint (*Joint Distribution Committee for the Relief of Jewish War Sufferers*)
- MOiPS (*Ministerstwo Opieki i Pomocy Społecznej*): Ministerium für Fürsorge und Sozialhilfe
- NPR (*Narodowa Partia Robotnicza*): Nationale Arbeiterpartei
- ONR (*Obóz Narodowo-Radykalny*): Radikal-Nationalistisches Lager
- OZN (*Obóz Zjednoczenia Narodowego*): Lager der Nationalen Einheit
- PeWuKa (*Powszechna Wystawa Krajowa*): Allgemeine Landesausstellung in Posen 1929
- PPS (*Polska Partia Socjalistyczna*): Polnische Sozialistische Partei
- PSL Piast (*Polskie Stronnictwo Ludowe Piast*): Polnische Bauernpartei Piast
- SN (*Stronnictwo Narodowe*): Nationalpartei
- TOZ (*Towarzystwo Ochrony Zdrowia Ludności Żydowskiej w Polsce*): Gesellschaft für Gesundheitsschutz der jüdischen Bevölkerung in Polen
- YIVO (*Yidisher Visnshaftlekher Institut*): Jüdisches Wissenschaftliches Institut
- ŻKO (*Żydowski Komitet Obywatelski*): Jüdisches Bürgerkomitee



## Glossar

Vorbemerkung: Dieses Glossar wurde auf Basis der folgenden Nachlässe erstellt: *YIVO Encyclopedia*, *Polski Słownik Judaistyczny* und *Wirtualny Sztetl* (vollständige Titel im Literaturverzeichnis).

*Agudas Yisroel*: eine Partei der orthodoxen Juden, gegründet 1912 in Kattowitz.

*Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Lithauen, Polen und Russland/Bund* (*Algemeyner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln, un Rusland*): jüdische sozialistische Partei, gegr. 1897 in Russland, die für Demokratisierung und jüdische Autonomie eintrat.

*American Jewish Relief Organisation*: amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation, gegründet 1914, Vorgängerorganisation des *Joint*.

*Assimilierte*: jüdische politische Kommunalgruppierung, die vor dem I. Weltkrieg mit den Krakauer Konservativen zusammenarbeitete und als akkulturationswillig galt.

*Brijus*, eigentlich *Jüdische Gesellschaft gegen Tuberkulose*, *Brijus* (*Yidishe geselshaft kegn tuberkulosis – Żydowskie Towarzystwo Przeciwwgruźlicze, Brijus*): gegr. 1908 in Warschau, untersuchte und betreute Kranke, führte Bildungs- und Präventionsaktionen durch und besaß ein Kurhaus in Otwock. Im Vorstand saß der Stadtdeputierte Stanisław Seidenbeutel.

*Bürgerliche/Citoyens* (*mieszczanie*): Krakauer kommunalpolitische Lokalformation, deren Entstehung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Zuerkennung des Stadtbürgerrechts zusammenhing, womit eine Schicht der Stadtbürger (*obywatele miejscy*) entstehen konnte, die das Recht besaßen, über Angelegenheiten ihrer Stadt zu entscheiden.

*CENTOS* (*Centrala Opieki nad Sierotami*): Zentralstelle zur Betreuung von Waisen, gegr. 1924, finanziert u.a. durch das *Joint*.

*Folkisten*: Anhänger der *Folks-Partey*, die sich im Jahr 1916 während der Wahlen zum Warschauer Stadtparlament als säkulare jüdische Partei konstituierte. Sie ließen sich von Simon Dubnow inspirieren und strebten nach jüdischer nationaler Autonomie in der Diaspora. Sie gruppierten sich u.a. um die einflussreiche Tageszeitung *Der Moment*. Ihr Anführer war Noah Pryłucki.



*Fortschrittler (Postępowcy)*: Krakauer Anhänger der jüdischen Reformbewegung, die eine Modernisierung des Lebensstils und des Kultus anstrebten. Sie popularisierten säkulare Bildung und galten als akkulturationswillig.

*Gesetz über die soziale Fürsorge (Ustawa o opiece społecznej Ustawa z dnia 16 sierpnia 1923 r. o opiece społecznej: DzURzP No 92 z dnia 21 września 1923; poz. 726)*: Es bestimmte, dass die Sozialfürsorge künftig zu den Pflichten der territorialen Selbstverwaltung gehörte. Die Gemeinden waren verpflichtet, den Bedürftigen zu helfen, soweit diese seit einem Jahr auf dem Stadtgebiet wohnten.

*Hit'ahadut (Mifleget hit'ahadut be-Polin)*: säkulare zionistische Arbeiterpartei, die eine evolutionäre nationale und soziale Befreiung der Juden verkündete und Nationalautonomie in der Diaspora anstrebte.

*Joint Distribution Committee for the Relief of Jewish War Sufferers, JDC/Joint*: gegr. 1914 in New York, um die Hilfsaktionen für jüdische Bedürftige während des Ersten Weltkrieg zu koordinieren.

*Kombattanten*: Mitglieder des Verbandes der jüdischen Teilnehmer an den Kämpfen um die Unabhängigkeit Polens (*Związek Uczestników Żydowskich Walk o Niepodległość Polski*), der im Jahr 1929 gegründet wurde. Sie unterstützten die *Sanacja*.

*Makzikey ha Das*: politische Organisation orthodoxer Juden im Galizien und der Bukowina, gegr. 1878, unterstützt von den Chassiden aus Belz. In ehemaligen Galizien stand sie in Konkurrenz zur *Agudas Yisrael*.

*Mizrabi*: Partei der religiösen Zionisten, gegr. 1902 in Wilna.

*Neoassimilierte (neoasymilatorzy)*, auch *Unabhängige (niezależni)*: Untergruppierung der *Assimilierten*, die sich im Königreich Polen während der Wahlkampagne zur IV. *Duma* (1912) und des folgenden antijüdischen Boykotts bildete. Sie bekämpften den Antisemitismus und widersetzten sich der polnischen *Endecja*, die sich an wechselseitige Abmachungen nicht hielten.

*ORT (Obščestvo Remeslennago i Zemledelečeskago Truda Sredi Ewreev v Rossii – Towarzystwo popierania rzemiosła i rolnictwa wśród Żydów)*: Gesellschaft zur Unterstützung der handwerklichen und landwirtschaftlichen Arbeit unter den Juden, gegr. 1905 in St. Petersburg, um die jüdische Gesellschaft zu »produktiveren«.

- Po'ale Tsiyon* (jidd. *Yidishe Sotsialistish-Tsionistische Arbeter Partey »Po'ale-Tsiyon« in Poyln*): säkulare jüdische Partei, 1920 aus der Spaltung zwischen marxistischer Linken und moderat sozialistischen Rechten entstanden; sprach sich für den Sozialismus, die Verstaatlichung der Wirtschaft und die Internationalisierung des Jiddischen aus.
- Shtadlanut*: persönliche Fürsprache; Strategie der Juden im frühneuzeitlichen Polen-Litauen, respektierte Mitglieder der jüdischen Gemeinde als Vermittler zwischen säkularen Autoritäten und der jüdischen Bevölkerung einzusetzen.
- Staatliche Assimilierung* (*asymilacja państwowa*): ein von der *Sanacja* verkündetes Programm für ethnische Minderheiten, das auf den staatsbürgerlichen Status des Einzelnen (Rechte und Pflichten) abzielte, nicht auf die erzwungene Integration in die polnische Nation.
- Talmud Torah*: traditionelle jüdische Religionsschule für unbemittelte Schüler und Waisen, die von der Konfessionsgemeinde unterhalten wurde.
- Tarbut* (dt. Kultur): von den Zionisten 1922 gegründete Kulturorganisation, die hebräischsprachige Schulen unterhielt.
- TOZ* (*Towarzystwo Ochrony Ludności Żydowskiej w Polsce – Obščestvo Zdravoochranenija Evreev*): Gesellschaft für Gesundheitsschutz der jüdischen Bevölkerung in Polen, gegr. 1912 in St. Petersburg; widmete sich der Hygiene und Volksgesundheit und führte Schulungen in gesundheitlicher Bildung und Krankheitsprävention durch.
- TSYSHO* (*Di Tsentrale Yidishe Shul-Organizatsye – Centralna Żydowska Organizacja Szkolna*): Organisation zur Unterstützung säkularer jiddischer Bildung, gegr. 1921 in Warschau; sie unterhielt Schulen, Waisenhäuser und ein Lehrerseminar im Geist des *Bund* und der *Folkisten*.
- Unabhängige*: Mitglieder der Partei der Unabhängigen Juden (*Partia Niezawisłych Żydów*) in Krakau, einer lokalen linksliberalen Gruppierung, die Ende des 19. Jahrhunderts von dem Juristen Adolf Gross gegründet wurde. Die *Unabhängigen* setzten sich für die Demokratisierung des politischen Lebens und der jüdischen Gemeinde ein, außerdem für die Verwirklichung der rechtlichen Gleichberechtigung der Juden.
- Vereinigungsgesetz* (*Ustawa scaleniowa*, eigentlich *Ustawa o częściowej zmianie ustroju samorządu terytorialnego z dnia 23 marca 1933*): Gesetz über die partielle Umgestaltung der territoria-

len Selbstverwaltung vom 23. März 1933; es beschränkte die Autonomie der Selbstverwaltung gravierend, da es die Selbstverwaltung staatlicher Kontrolle unterwarf und bürgerliche Gruppierungen gegenüber Fachkräften und der Bürokratie benachteiligte.

*Vereinigung »Milchtropfen« (Towarzystwo »Kropła mleka«)*: Gesellschaft der Hygienebewegung, gegr. 1904 in Łódź, die sich für Säuglingsschutz und -pflege im proletarischen Milieu engagierte.

*YIVO (Yidisher Visnshaftlekher Institut)*: gegr. 1925 in Vilna, um die Wissenschaft im jiddischsprachigen Kulturkreis zu fördern.

*Zentrale der jüdischen Kaufleute (Centrala Kupców Żydowskich)*: größte, kaufmännische Vereinigung in der Zwischenkriegszeit, gegr. 1919 in Warschau, der jüdischen Orthodoxie nahestehend; sie hatte 347 Filialen in der Provinz und Vertreter in allen Institutionen, die mit dem Wirtschaftsleben verbunden waren.

*Zentrales Hilfskomitee für Juden in Warschau (Centralny Komitet Pomocy Żydom w Warszawie)*: parteilos, gegr. 1926, um den Opfern der Wirtschaftskrise zu helfen; Mitglieder des Vorstands waren u. a. Maurycy Mayzel und Wacław Wiślicki.

*Revisionistischer Zionismus*, eigentlich Neue Zionistische Organisation in Polen (*Nowa Organizacja Syjonistyczna w Polsce*, NOS): bürgerliche und antisozialistische Richtung innerhalb des Zionismus, entstanden 1925 aus einer Opposition zum allgemeinen Zionismus. Ihr Anführer war Wladimir Zeev Jabotinsky. Die revisionistischen Zionisten engagierten sich in politischen Verhandlungen und militärischen Auseinandersetzungen mit Großbritannien, um einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Enzyklopädien und Nachschlagewerke

- Encyklopedia Katolicka*, hg. v. Towarzystwo Naukowe KUL. Lublin 1973-2014, Bde. 6 und 17.
- Internetowy Polski Słownik Biograficzny*, hg. v. Filmoteka Narodowa – Instytut Audiowizualny. <http://www.ipsb.nina.gov.pl>
- Jewish Virtual Library, the Online Encyclopedia of Jewish History, Politics and Culture*, hg. v. American-Israeli Cooperative Enterprise, 1993-2020. <https://www.jewishvirtuallibrary.org>
- Krakowianie. Wybitni Żydzi krakowscy XIV-XX*, hg. v. Muzeum Miasta Krakowa. Kraków 2006.
- Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes*, hg. v. Ernst Mischler und Josef Ulbrich. Bd. 1. Wien 1905.
- Polski Słownik Judaistyczny, dzieje, kultura, religia, ludzie*, hg. v. Zofia Borzymińska und Rafał Żebrowski. Warszawa 2003, Bd. 1-2. <http://www.jhi.pl/psj>
- Polski Słownik Judaistyczny*, Bd. 1-2, hg. von Żydowski Instytut Historyczny. Warszawa 2008-2020.
- The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*, hg. v. Gershon D. Hundert. Bd. 1-2, New Haven et al. 2008. <http://www.yivoencyclopedia.org>
- Verfassungen der Welt gegenwärtige und historische, nationale und internationale Verfassungstexte in deutscher Sprache*. <http://www.verfassungen.eu/pl/verf21-i.htm>
- Warszawa – oficjalny portal stolicy Polski*, hg. v. Urząd miasta Warszawy. <http://www.um.warszawa.pl>
- Wirtschaftslexikon online*, hg. v. Jean-Paul Hüsli, 2015. <http://www.wirtschaftslexikon.co>
- Wirtualny Sztetl*, hg. v. Muzeum Żydów Polskich *Polin*, seit 2009. <http://www.sztetl.org.pl>

### Ungedruckte Quellen

Nationalarchiv in Krakau (*Archiwum Narodowe w Krakowie*, ANKr):

- zesp. Kr. (*Miasto Kraków*), sygn. 4955, 5252
- zesp. UWKr (*Urząd Wojewódzki*), sygn. 29
- zesp. StGKr (*Starostwo Grodzkie Krakowskie*), sygn. 146

Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau (*Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie*, AŻIH):

- zesp. *Prace Magisterskie*, sygn. 347 und 348
- zesp. GKr 586 (*Gmina Wyznaniowa Krakowska*)

Nationalarchiv in Posen (*Archiwum Narodowe w Poznaniu*, AMP):

- zesp. AMP (*Akta miasta Poznania*), sygn. 810, 1059, 3204, 11682-11696

*YIVO Institute for Jewish Research, New York:*

- RG 116, Poland
- RG 1258, Papers of Philip Friedman
- RG 28, Poland, Box 17: Warszawa

### Ausgewertete Periodika

- Nowy Dziennik (ND)*. Kraków, 1918-1939.  
*Głos Narodu (GN)*. Kraków, 1918-1939.  
*Krakowski Kurjer Poranny*. Kraków, 1937-1939.  
*Krakowski Kurier Wieczorny*. Kraków, 1937-1939.  
*Przegląd Społeczny, miesięcznik poświęcony zagadnieniom pracy społecznej i opieki nad dzieckiem: organ Centr.[alnego] Komitetu Opieki nad Żyd.[owski-  
mi] Sierotami we Lwowie (PS)*. Lemberg, 1927-1939.  
*Gazeta gminna. Organ urzędowy Gminy wyznaniowej Żydowskiej w Krakowie (Gazeta gminna)*. Kraków, 1937-1938.  
*Kronika Warszawy (KW)*. Warszawa, 1925-1939.  
*Kurier Poznański (KP)*. Poznań, 1919-1939.  
*Dziennik Poznański (DzP)*. Poznań, 1919-1939.  
*Posener Tageblatt (PT)*. Poznań, 1919-1939.  
*Głos Poznański: bezpartyjne pismo codzienne wiedza, polityka, handel i przemysł, sztuka, sport*. Poznań, 1925.  
*Pojzner Sztyme – Głos Poznański*. Poznań, 1935.  
*Nasz Przegląd, organ niezależny (NP)*. Warszawa, 1923-1939.  
*Kurjer Polski*. Warszawa, 1919-1939.  
*Kurjer Warszawski*. Warszawa, 1919-1939.  
*Głos Gminy Żydowskiej: organ Gminy Wyznaniowej Żydowskiej w Warszawie*. Warszawa, 1937-1939.  
*Warszawianka*. Warszawa, 1924-1928.  
*Praca i Opieka Społeczna, czasopismo Ministerstwa Pracy i Opieki Społecznej (PiOS)*. Warszawa, 1927-1939.  
*Opiekun Społeczny. Miesięcznik poświęcony zagadnieniom służby społecznej w stolicy*. Warszawa, 1936-1939.

### Gedruckte Quellen

1927. *Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1927 do 31 marca 1928 roku*. Poznań 1928.  
1936. *Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1936 do 31 marca 1937*. Poznań 1937.  
1937. *Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1937 do 31 marca 1938*. Poznań 1938.  
*Album pamiątkowe [!] Rady m. stoł. Warszawy 1919-1929*. [Warszawa 1929], ohne Paginierung.  
Bertram, Kurt: *Das preußische Tumultgesetz vom 11. März 1850*. Diss. Universität Greifswald 1918.

- Bornstein-Łychowska, Melania: *10 lat polityki społecznej państwa polskiego, 1918-1928*. Warszawa 1928.
- Budżet miasta Poznania od 1 kwietnia 1920 do 31 marca 1921*. Poznań 1920.
- Budżet stoł. król. miasta Krakowa na rok 1934/35*. Kraków 1934.
- Budżet stoł. król. miasta Krakowa na rok 1935/36*. Kraków 1935.
- Budżet stoł. król. miasta Krakowa na rok 1937/38*. Kraków 1937.
- Budżet stoł. król. miasta Krakowa na rok 1938/39*. Kraków 1938.
- Budżet wydatków i dochodów gm. m. Krakowa na okres od 1.7.1918 do 30.6.1919 r. i od 1.07 do 31.12.1919*. Kraków 1919.
- Budżet wydatków i dochodów gm. m. Krakowa na rok 1931/32*. Kraków 1931.
- Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1929/30*. Kraków 1929.
- Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1932/33*. Kraków 1932.
- Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1933/34*. Kraków 1933.
- Dziennik Rozporządzeń dla królewskiego stołecznego miasta Krakowa (DR)*. Kraków 1919-1933.
- Dziennik Zarządu miasta stołecznego Warszawy (DZ)*. Warszawa 1919-1937.
- Gazeta urzędowa zarządu miejskiego w stoł. król. mieście Krakowie (Gazeta urzędowa)*. Kraków: Magistrat, 1934-1938.
- Hirszhorn, Samuel: *Samorząd Miejski a Gmina Żydowska w Warszawie*. Warszawa 1916.
- Kermisz, Józef: Reprezentacja żydowska w Radzie Miejskiej m.st. Warszawy (1919-1938). In: *Głos gminy Żydowskiej* (1938), 318-322.
- Kollenscher, Max: *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit: Posen 1918-1920*. Berlin 1925.
- Koralewski, Kazimierz: *Opieka społeczna w stolicy Niepodległej Polski 1918-1928 r.* Warszawa 1929.
- Kraków. *Rozszerzenie granic 1909-1915*, hg. v. Karol Rolle. Kraków 1931.
- Oddłużanie samorządu terytorialnego*. Warszawa 1937.
- Pierwszy ogólnopolski zjazd przedstawicieli opieki społecznej samorządu terytorialnego, Poznań 24 do 25 września 1933*. Poznań 1937.
- Polityka społeczna Państwa Polskiego 1918-1935*. Warszawa 1935.
- Program inwestycyjny stoł. król. miasta Krakowa na okres 1937/38-1943/44*. Kraków 1938.
- Projekt budżetu miasta Krakowa na rok 1921*. Kraków [o.J.].
- Projekt budżetu stoł. król. miasta Krakowa na rok 1939/40*. Kraków 1939.
- Projekt budżetu wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1931/32*. Kraków 1931.
- Provisorisches Gemeindestatut für die königliche Stadt Krakau (LG. V. 1. April 1866 Nr. 7). In: *Österreichische Städteordnungen. Die Gemeindeordnungen und Gemeindevahlordnungen der mit eigenen Statuten versehenen Städte der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder mit den Nachtragsgesetzen, sowie den einschlägigen Judicaten des Reichsgerichtes und Verwaltungsgerichtshofes*, hg. v. K. Brockhausen und R. Weiskirchner. Wien 1895.

- Przewodnik po Ratuszu Poznańskim*, hg. v. Towarzystwo Miłośników Miasta Poznania. Poznań 1924.
- Rocznik statystyczny stoł. miasta Poznania za lata 1922-1924*. Poznań 1926.
- Sikorski, Rudolf: Krakau Stadt mit eigenem Statut. In: *Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes*, hg. v. Ernst Mischler und Josef Ulbrich, Bd. 3. Wien 1907, 237-245.
- Sprawozdania z działalności zarządu m. st. Warszawy za lata 1924-25*. Warszawa 1927.
- Sprawozdanie rachunkowe z wykonania budżetu stoł. król. miasta Krakowa na rok 1934/35*. Kraków 1935.
- Sprawozdanie rachunkowe z wykonania budżetu stoł. król. miasta Krakowa na rok 1938/39*. Kraków 1939.
- Sprawozdanie z działalności Zarządu m. st. Warszawy za lata 1918-1923*. Bd. 2. Warszawa 1926.
- Sprawozdanie z działalności Zarządu m. st. Warszawy za rok budżetowy od 1.4.1929 do 31.3.1930*. Warszawa 1930.
- Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1932 do 31 marca 1933*. Poznań 1933.
- Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 kwietnia 1918 do 31 marca 1920*. Poznań 1921.
- Sprawozdanie Zarządu. stoł. miasta Poznania za czas od dnia 1 kwietnia 1920 do dnia 31 grudnia 1921*. Poznań 1923.
- Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 stycznia 1923 do 31 grudnia 1923*. Poznań 1924.
- Sprawozdanie Zarządu stoł. miasta Poznania za czas od 1 stycznia 1926 do 31 grudnia 1926*. Poznań 1926.
- Statut gminny miasta Krakowa*. Wydanie nieoficjalne dla użytku wewnętrznego gminy miasta Krakowa. Kraków 1931.
- Szulc, Tadeusz: Stosunki sanitarno-higieniczne. In: *Księga pamiątkowa miasta Poznania. Dziesięć lat pracy polskiego zarządu stołecznego miasta Poznania*. Poznań 1929, 442-470.
- Wagner, Kazimierz: *Przebieg arterii Śródmieście-Żoliborz*. Warszawa 1939.
- Warszawa. Ku upamiętnieniu dziesięciu lat samorządu Stolicy w Niepodległej Polsce 1918-1928*, hg. v. Magistrat miasta stoł. Warszawy. Warszawa 1929.
- Zamknięcie rachunkowe funduszków gm. m. Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1920*. Kraków 1924.
- Zamknięcie funduszków gminy miasta Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1921*. Kraków 1925.
- Zamknięcie rachunkowe funduszków gmina m. Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1925*. Kraków 1927.
- Zamknięcie rachunkowe funduszków gminy miasta Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1928/29*. Kraków 1930.
- Zamknięcie rachunkowe funduszków gminy miasta Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1929/30*. Kraków 1931.
- Zamknięcie rachunkowe funduszków gminy miasta Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1931/32*. Kraków 1933.

- Zamknięcie rachunków funduszków gm. m. Krakowa oraz funduszków pod zarządkiem tejże zostających na rok 1932/33.* Kraków 1933.
- Zawadzki, Józef: *Samorząd Warszawy od 1916 do 1928.* In: *Warszawa. Ku upamiętnieniu dziesięciu lat samorządu Stolicy w Niepodległej/Polsce 1918-1928*, hg. v. Magistrat miasta stoł. Warszawy. Warszawa 1929.
- Zbiór ustaw i rozporządzeń dotyczących opieki społecznej.* Warszawa 1927.

## Forschungsliteratur

- Adamczyk, Elżbieta: *Samorząd Krakowa i jego władze.* In: *Dzieje Krakowa*, Bd. 4: *Kraków w latach 1918-1939*, hg. v. Janina Bieniarzówna und Jan M. Małecki. Kraków 1997, 51-78.
- : *Gospodarka komunalna miasta Krakowa w okresie II Rzeczypospolitej.* Kraków 1997.
- Antczak, Stanisław: *Organizacja samorządu miejskiego Poznania w latach 1919-1933.* In: *Kronika Miasta Poznania* 3 (1995), 302-326.
- Archiwum Prezydenta Warszawy Stefana Starzyńskiego*, hg. v. Marian Marek Drozdowski, Bd. 2. Warszawa 2008.
- Bacon, Gershon: *The Politics of Tradition. Agudat Yisrael in Poland, 1916-1939.* Jerusalem 1996.
- Barkey, Karen: *Thinking about Consequences of Empires.* In: *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, hg. v. Karen Berkey und Mark von Hagen. Boulder 1997, 99-114.
- Bergman, Baruch: *Ani jednego dobrego Polaka.* In: *Duży Format czwartkowiec 'Gazety Wyborczej'* 41 (2014), 22-25.
- Bergmann Olaf: *Narodowa Demokracja a Żydzi 1918-1929.* Poznań 2015.
- : *Narodowa Demokracja wobec problematyki żydowskiej w latach 1918-1938.* Poznań 1998.
- Blobaum, Robert: *A Warsaw Story. Polish-Jewish Relations during the First World War.* In: *Warsaw. The Jewish Metropolis. Essays in Honor of the 75th Birthday of Professor Antony Polonsky*, hg. v. Glenn Dynner und François Guesnet. Leiden/Boston 2015, 271-297.
- : *Introduction.* In: *Antisemitism and its Opponents in Modern Poland*, hg. v. Robert Blobaum. Ithaca/London 2005, 1-19.
- Bogucka, Maria: *Krakau – Warschau – Danzig. Funktionen und Wandel von Metropolen 1450-1650.* In: *Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*, hg. v. Evamaria Engel et al. Berlin 1995, 71-92.
- Borodziej, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert.* München 2010.
- Brzoza, Czesław: *Jewish Participation in the Elections to Kraków City Council during the Interwar Period.* In: *Polin* 23 (2011), 213-239.
- : *Kraków polityczny.* In: *Dzieje Krakowa*. Bd. 4: *Kraków w latach 1918-1939*, hg. v. Janina Bieniarzówna und Jan M. Małecki. Kraków 1997, 79-148.
- : *Kraków między wojnami. Kalendarium 28.X.1918-6.IX.1939.* Kraków 1998.
- /Sowa, Andrzej Leon: *Historia Polski 1918-1945.* Kraków 2006.



- Bułat, Małgorzata: Kraków – żydowska mozaika teatralna. In: *Teatr żydowski w Krakowie. Studia i materiały*, hg. v. Jan Michalik und Eugenia Prokop-Janiec. Kraków 1995, 29-62.
- Caumanns, Ute: Mietskasernen und ›Gläserne Häuser‹. Soziales Wohnen in Warschau 1900-1939. In: *Wohnen in der Großstadt. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, hg. v. Alena Janatková und Hanna Kozińska-Witt. Stuttgart 2006, 205-224.
- Corrsin, Stephen D.: *Warsaw before the First World War. Poles and Jews in the Third City of The Russian Empire*. New York 1989.
- Czubiński, Antoni: *Poznań w latach 1918-1939*. Poznań 2004.
- Dattner, Helena: *Ta i tamta strona. Żydowska inteligencja Warszawy drugiej połowy XIX wieku*. Warszawa 2007.
- Domagalski, Jacek: Marek Eigner – Stefan Napieralski. In: *Pamiętnik Literacki* 49 (2008), Heft 2, 159-166.
- Drozdowski, Marek Marian: *Warszawiacy i ich miasto w latach Drugiej Rzeczypospolitej*. Warszawa 1973.
- : *Warszawa w latach 1914-1939*. Warszawa 1990.
- (Hg.): *Wspomnienia o Stefanie Starzyńskim*. Warszawa 1982.
- /Zahorski, Andrzej: *Historia Warszawy*. Warszawa 2004.
- Duker, Abraham: *The Situation of the Jews in Poland. Conference on Jewish relations. Newsletter*. New York 1936.
- Dworecki, Zbigniew: Inteligencja poznańska w życiu politycznym miasta. In: *KMP* 2 (1998), 91-106.
- : Ludność żydowska w Poznaniu w latach 1918-1939. In: *Żydzi w Wielkopolsce na przestrzeni wieków*, hg. v. Jerzy Topolski und Krzysztof Modelski. Poznań 1995, 189-211.
- : *Poznań i poznaniacy w latach Drugiej Rzeczypospolitej 1918-1939*. Poznań 1994.
- : *Poznańskie i Piłsudski*. Poznań 2008.
- Fałowski, Janusz: The Political Thought of ›Nowy Dziennik‹ in its Early Period, July 1918-January 1919. In: *Polin* 23 (2011), 241-259.
- : *Mniejszość żydowska w parlamencie II Rzeczypospolitej (1922-1939)*. Kraków 2006.
- Filipowska, Karolina: Polsko-żydowskie polemiki na posiedzeniach rady miejskiej w Poznaniu w ostatnich miesiącach 1918 roku (na podstawie doniesień pasowych). In: *Miasteczko Poznań 20-21* (2015), 139-147.
- : Społeczność żydowska Poznania w latach 1914-1918 na łamach berlińskiej ›Allgemeine Zeitung des Judentums‹. In: *Kronika Miasta Poznania* 3 (2014), 259-270.
- Frizke, Andrzej: *O kształt niepodległej*. Warszawa 1989.
- Galas, Michał: Ożasz (Jehoshua) Thon (1870-1936) – Prediger und Rabbiner in Krakau (Eine Erinnerung anlässlich seines 75. Todestages). In: *Judaica* 67 (2011), 311-320.
- /Polonsky, Antony: Introduction. In: *Polin* 23 (2011), 3-48.
- Garncarska-Karady, Bina: *Żydowska ludność pracująca w Polsce 1918-1939*. Warszawa 2001.
- Glicksman, William: *A Kehillah in Poland during the Inter-War Years (Studies in Jewish Community Organisation)*. Philadelphia 1970.

- Golczewski, Frank: *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922*. Wiesbaden 1981.
- Grata, Paweł: *Polityka społeczna Drugiej Rzeczypospolitej*. Rzeszów 2013.
- Gröschel, Cornelius: *Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik. Die Bedrohung des jüdischen Wirtschaftslebens in der Zweiten Polnischen Republik (1918-1939)*. Marburg 2010.
- Grzeszczuk-Brendel, Hanna: Ausstellung, Stadt und Land: Die Architektur der Posener Ausstellung 1911 und 1929. In: *Zeitschrift für Ostforschung* NF 58 (2009), Heft 1-2, 77-110.
- Guesnet, François: Agreements between Neighbours. The 'ugody' as a Source on Jewish-Christian Relations in Early Modern Poland. In: *Jewish History* 24 (2010), 257-270.
- Gulczyński, Andrzej: Władze miasta Poznania w okresie międzywojennym. In: *Kronika Miasta Poznania* 1 (1999), 213-229.
- Hass, Ludwik: *Wybory warszawskie 1918-1926. Postawy polityczne mieszkańców Warszawy w świetle wyników głosowania do ciał przedstawicielskich*. Warszawa 1972.
- Heller, Celia: *On the Edge of Destruction. Jews in Poland between the Two World Wars*. New York 1977.
- Henschel, Christhardt/Stach, Stephan: Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918-1939. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 62 (2013), 164-186.
- Hertz, Aleksander: Sprawa antysemityzmu. In: *Socjologia nieprzedawniona. Wybór publicystyki*, hg. v. Jan Garewicz. Warszawa 1992, 390-410.
- : *Zydzi w kulturze polskiej*. Warszawa 1988.
- Hettling, Manfred/Müller, Michael. G./Hausmann, Guido: Einleitung. In: *Die 'Judenfrage' als ein europäisches Phänomen?*, hg. v. Manfred Hettling et al. Berlin 2013, 9-20.
- Hödl, Klaus: *Als Bettler in die Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien*. Wien et al. 1994.
- Holste, Karsten et al. (Hg.): *Aufsteigen und Obenbleiben in europäischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts. Akteure, Arenen, Aushandlungsprozesse*. Berlin 2009.
- Hüchtker, Dietlind: *Geschichte als Performance. Politische Bewegungen in Galizien um 1900*. Frankfurt/New York 2014.
- Izdebski, Hubert: Samorząd terytorialny w II Rzeczypospolitej, Teil 2: Samorząd w latach 1933-1939. In: *Samorząd Terytorialny* 6 (1991), 46-54.
- Jakimiszyn, Anna: The Funeral of Rabbi Ozjasz Thon. In: *A Romantic Polish Jew. Rabbi Ozjasz Thon from Various Perspectives*, hg. v. Michał Galas und Shoshana Ronen. Kraków 2015, 179-195.
- : Łaźnia ludowa gminy izraelskiej przy ulicy Paulińskiej w Krakowie (Dzieje zakładu do 1939). In: *Mykwa: rytuał i historia*, hg. v. Joanna Lisek. Wrocław 2014, 47-60.
- Jaworski, Rudolf: *Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871-1914)*. Göttingen 1986.
- Jedlicki, Jerzy: The End of the Dialogue. Warsaw 1907-1912. In: *The Jews in Poland*, Bd. 2, hg. v. Sławomir Kaprański. Kraków 1999, 111-123.

- Jezierski, Andrzej/Leszczyńska, Cecylia: *Historia gospodarcza Polski*. Warszawa 2003.
- Jodłowiec-Dziedzic, Anna: Żydzi w Radzie Miasta Krakowa w latach 1866-1939. Działalność na rzecz miasta. In: *Budowali nowoczesny Kraków*, hg. v. Michał Niezabitowski et al. Kraków 2015, 230-264.
- Kaczmarek, Zygmunt: Rada i radni miasta Poznania w II Rzeczypospolitej. In: *Kronika Miasta Poznań* 1 (1999), 230-248.
- Karolczak, Waldemar: Miłosierdzie gminy, czyli żydowskie zakłady dobroczynne w Poznaniu 1815-1914. In: *Kronika Miasta Poznań* 3 (2006), 149-177.
- Kawalec, Krzysztof: Nurt liberalny w myśli politycznej Narodowej Demokracji. Margines bez znaczenia, element tożsamości czy zablokowane ścieżka rozwoju? In: *Parlamentaryzm, konserwatyzm, nacjonalizm. Sefer jowel. Studia ofiarowane Profesorowi Szymonowi Rudnickiemu*, hg. v. Jolanta Żyndul. Warszawa 2010, 40-52.
- Kermish, J[oseph]: Di yidishe representantz in Varshever shtotrat. In: *Sefer hashana/yorbukh*, Bd. 3, hg. v. Arieh Tartakower. Tel Aviv 1970, 279-293.
- Klimek, Marek: *Samorząd miast II Rzeczypospolitej. Publiczna debata i rozwiązania ustrojowe*. Lublin 2006.
- Kopstein, Jeffrey S./Wittenberg, Jason: Between State Loyalty and National Identity. In: *Polin* 24 (2012), 171-185.
- Kowalski, Ireneusz: Poznańska gmina żydowska w latach II Rzeczypospolitej. In: *Kronika Miasta Poznań* 1-2 (1992), 81-101.
- : Recenzja książki Anny Skupień: *Ludność żydowska w województwie poznańskim w latach 1919-1939*, Poznań 2007. In: *Studia Historica Slavo-Germanica* 27 (2008-2010), 322-329.
- Kozińska-Witt, Hanna: Lokale Arenen der Aushandlung und der Kompromiss-schließung? Juden und Nicht-Juden im Krakauer Stadtparlament. In: *Politische Strategien nationaler Minderheiten in der Zwischenkriegszeit*, hg. v. Mathias Beer und Stefan Dyroff. München 2013, 109-133.
- : *Krakau in Warschaus langem Schatten. Konkurrenzkämpfe in der polnischen Städtelandschaft 1900-1939*. Stuttgart 2008.
- : Jewish Participation in Autonomous Administration. Kraków – Poznań in the Second Polish Republic. In: *Yearbook Simon-Dubnow-Institut* 7 (2008), 189-213.
- : Reakcja samorządu krakowskiego na akty gwałtu dokonywane na ludności żydowskiej w okresie Drugiej Rzeczypospolitej (według sprawozdań prasowych). In: *Kwartalnik Historii Żydów* 251 (2014), 559-582.
- : Broken Traditions? Jewish Presence on the City Councils of Kraków, Poznań, and Warsaw, 1919-1939. In: *Polin* 29 (2016), 177-199.
- : Conquer the Municipalities? Yehoshua Ozjasz Thon's Followers in the Municipal Self-Government of Cracow. In: *A Romantic Polish-Jew. Rabbi Ozjasz Thon from Various Perspectives*, hg. v. Michał Galas and Shoshana Ronen. Kraków 2015, 139-149.
- : Jüdische Stadtverordnete in den städtischen Selbstverwaltungen der Zweiten Polnischen Republik: Krakau, Posen und Warschau. Eine Bilanz der ersten

- »Krakauer« Projektphase. In: *Scripta Judaica Cracoviensia* 9 (2011), 105-119.
- : Krakauer Munizipalität und jüdische Konfessionsgemeinde: »Provisorisches Gemeindestatut für die königliche Hauptstadt Krakau« (1866) und seine Wirkung. In: *Historica. Revue pro historii a přibuzeně vědy* 1 (2015), 58-68.
- : Polityka społeczna samorządu m. st. Warszawy względem żydowskich mieszkańców stolicy (1919-1939) – według relacji prasowych. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 267 (2018), 491-546.
- : The Association of Progressive Jews in Kraków, 1864-1874. In: *Polin* 23 (2011), 119-134.
- : Udział Żydów w wyborach do Rady m. Krakowa i w jej składzie w okresie Drugiej Rzeczypospolitej – Prasowa wersja wydarzeń. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 248 (2013), 647-678.
- : W stolicy »sfery nieosiedlenia«. Poznańska prasa o stosunku samorządu miasta Poznania do Żydów w latach 1918-1939. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 242 (2012), 162-190.
- : Warschau und »seine« Juden: Kommunalpolitik und das jüdisch-polnische Verhältnis im Warschauer Stadtparlament (1919-1939). In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 207-235.
- : Żydzi w Poznańskiej Radzie Miejskiej. Uwagi wstępne i tradycje okresu pruskiego. In: *Studia Historica Slavo-Germanica* 27 (2008-2010), 225-244.
- : *Die Krakauer Jüdische Reformgemeinde 1864-1874*. Frankfurt a.M. 1999.
- : Reprezentacja żydowskich mieszkańców miasta w samorządzie warszawskim 1919-1939: lokalny kontekst historyczny i próba ogólnej charakterystyki na podstawie sprawozdań prasowych. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 260 (2016), 845-878.
- /Silber, Marcos: Introduction. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 115-123.
- /Silber, Marcos (Hg.): *Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administration in East-Central Europe*. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 115-306.
- Kozłowska, Magdalena: *Świetlana przyszłość? Żydowski Związek Młodzieżowy Cukunft wobec wyzwań międzywojennej Polski*. Kraków/Budapest 2016.
- Kozyra, Waldemar: *Polityka administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1918-1939*. Lublin 2009.
- Kroszczor, Henryk: *Kartki z historii Żydów w Warszawie XIX-XX w. sylwetki szkice*. Warszawa 1979.
- Krzymień, Edmund: *Gospodarka i działalność zarządu miejskiego m. Poznania w latach 1919-1939 w świetle sprawozdań budżetowych*. Poznań 1967.
- Kubica-Heller, Grażyna: »The Survey of the Ghetto« in the Time of Anti-Semitism: Feliks Gross and His Unfinished Fieldwork on the Jewish Quarters of Krakow and Vilna, 1938-1940. In: *East European Politics & Societies* 28 (2013), 318-340.
- : Badania terenowe Feliksa Grossa na żydowskim Kazimierzu w przedwojennym Krakowie – rekonstrukcja niedokończonego projektu. In: *Zeszyty etnologii wrocławskiej* 16 (2012), 81-112.

- : A Flâneur and Ethnographer in Their Home City: The Kraków of Bronisław Malinowski and Feliks Gross. Remarks of Historian of Anthropology. In: *Rytíř z Komárova. K 70. narozeninám Petra Skalníka/Knight from Komárov. To 70th Birthday of Petr Skalník*, hg. v. Adam Bedřich und Tomáš Retka. Praha 2015, 71-82.
- Kulski, Julian: *Stefan Starzyński w mojej pamięci*. Warszawa 1990.
- Kuzmany, Börris: Rezension zum Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe, hg. v. Hanna Kozińska-Witt und Marcos Silber. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 63 (2014), 303-305: <http://www.zfo-online.de/index.php/zfo/article/view/3791>.
- Landau, Zbigniew/Tomaszewski, Jerzy: *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin 1986.
- Landau-Czajka Anna/Landau, Zbigniew: Poślowie polscy w Sejmie 1935-1939 o kwestii żydowskiej. In: *Rozdział wspólnej historii. Studia z dziejów Żydów w Polsce ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*. Warszawa 2001, 211-224.
- : *W jednym stali domu. Koncepcje rozwiązania kwestii żydowskiej w publicystyce polskiej lat 1933-1939*. Warszawa 1998.
- : *Polska to nie oni*. Warszawa 2015.
- : *Syn będzie Lech ... Asymilacja Żydów w Polsce międzywojennej*. Warszawa 2006.
- Langewische, Dieter: Kommunal Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: *Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900*, hg. v. Detlef Lehnert. Köln et al. 2014, 39-71.
- Łapot, Marian: Róża Pomeranz-Melzer (1872-1934) – działaczka społeczna na rzecz dziecka żydowskiego. In: *Edukacja w dobie przemian kulturowych. Księga Jubileuszowa dedykowana profesorowi Januszowi Sztumskiemu*, hg. v. Kazimierz Rędziński und Marian Łapot. Częstochowa 2009, 529-546.
- Lechicki, Czesław: Chrześcijańska Demokracja w Krakowie (1897-1937). In: *Studia Historyczne* 67 (1974), 585-608.
- Lenger, Friedrich: *European Cities in the modern Era, 1850-1914*. Leiden/London 2012.
- : *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*. München 2013.
- Leś, Ewa: *Od filantropii do pomocniczości. Studium porównawcze rozwoju i działalności organizacji społecznych*. Warszawa 2000.
- : *Zarys historii dobroczynności i filantropii w Polsce*. Warszawa 2001.
- Lestschinsky, Jacob: Economic Aspects of Jewish Community Organization in Independent Poland. In: *Jewish Social Studies* 9 (1947), 319-338.
- : *Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Juden in Deutschland und Polen*. Paris/Genf 1936.
- : *Das jüdische Volk im neuen Europa (Die wirtschaftliche Lage der Juden in Ost- und Zentraleuropa)*. Prag 1934.
- Lisiak, Henryk: *Narodowa Demokracja w Wielkopolsce w latach 1918-1939*. Poznań 2006.
- : Ostatnia konfrontacja. Stronnictwo Narodowe i Sanacja w Poznańskim pod-

- czas wyborów parlamentarnych i samorządowych 1938/1939. In: *Poznańskie Zeszyty Humanistyczne* III (2004), 171-178.
- Loose, Ingo: Feindbild Preußen – Deutschland? Inklusions- und Exklusionsprozesse in den Anfangsjahren der Zweiten Polnischen Republik am Beispiel der Region Wielkopolska, 1918-1925. In: *Die Dekonstruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich*, hg. v. Dieter Bingen et al. Wiesbaden 2007, 49-65.
- Majchrowski, Jacek: Obóz Zjednoczenia Narodowego a Kościół. In: *Więź* 12 (1976), 119-128.
- : *Geneza polityczna ugrupowań katolickich*. Paris 1984.
- : *Silni, zwarci, gotowi*. Warszawa 1985.
- Makowski, Edmund: Adolf Bniński – wojewoda poznański w latach 1923-1928. In: *Kronika Wielkopolski* 87 (1988), 58-66.
- Małeckaja-Jaworska, Barbara: *Ludność żydowska w Krakowie w latach 1918-1939*. Praca magisterska UW 1993, AŻIH, zesp. *Prace Magisterskie*, sygn. 348/1.
- Manekin, Rachel: Orthodox Jewry in Kraków at the Turn of the Twentieth Century. In: *Polin* 23 (2011), 165-198.
- Marcus, Joseph: *Social and Political History of the Jews in Poland*. Berlin et al. 1983.
- Martin, Sean: Future Generations: Associations for Jewish Children in Kraków. In: *Polin* 23 (2011), 291-319.
- : *Jewish Life in Cracow 1918-1939*. London/Portland 2004.
- Maślak-Maciejewska, Alicja: Działalność towarzystwa Agudas Achim i jego związki z synagogami postępowymi we Lwowie i Krakowie. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 249 (2014), 173-202.
- : Kształtowanie się środowiska krakowskich Żydów postępowych na podstawie relacji dziennika ›Czas‹. In: *Żydowski obraz Polski, Polski obraz Żyda*, hg. v. Waldemar Szczerbiński und Bartosz Lampkowski. Poznań/Gniezno 2012, 141-156.
- : Poza działalnością Ozjasza Thona – synagoga Tempel i krakowskie Stowarzyszenie Izraelitów Postępowych w okresie międzywojennym. Przyczynek do dalszych badań. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 257 (2016), 123-145.
- : *Z dziejów judaizmu w XIX-wiecznym Krakowie – tożsamość, poglądy religijne i instytucje środowiska Żydów postępowych*. Praca doktorska UJ 2015.
- Matelski, Dariusz: Stosunki narodowościowe w Wielkopolsce w latach 1918-1920. In: *Kronika Wielkopolski* 90 (1999), 5-18.
- Mędrzecki, Włodzimierz: Narodowości. In: *Metamorfozy społeczne 10, Społeczeństwo międzywojenne: nowe spojrzenie*, hg. v. Włodzimierz Mędrzecki und Janusz Żarnowski. Warszawa 2015, 225-250.
- Melcer, Wanda: *Czarny łód Warszawa*. Warszawa 1936.
- Melinz, Gerhard/Ungar, Gerhard: *Wohlfahrt und Krise – Wiener Kommunalpolitik 1929-1938*. Wien 1996.
- /Zimmermann, Susan: Die aktive Stadt. Kommunale Politik zur Gestaltung städtischer Lebensbedingungen in Budapest, Prag und Wien (1867-1914). In: *Wien – Prag – Budapest. Blütezeit der Habsburgermetropolen; Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918)*, hg. v. Gerhard Melinz und Susan Zimmermann. Wien 1996, 140-176.

- : Das ›zweite soziale Netz‹ – Kehrseite staatlicher Sozialpolitik. In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933*, hg. v. Emmerich Tálos et al. Wien 1995, 587-601.
- Melzer, Emanuel: Antisemitism in the Last Years of the Second Polish Republic. In: *The Jews of Poland between Two World Wars*, hg. v. Yisrael Gutman et al. Waltham 1989, 126-137.
- : Mniejszość żydowska i niemiecka w Polsce 1919-1939. Od współpracy politycznej do wrogich stosunków. In: *Studia Historica Slavo-Germanica* 27 (2008-2010), 245-259.
- : *No way out. The Politics of Polish Jewry 1935-1939*. Cincinnati 1997.
- Mendelsohn, Ezra: *On Modern Jewish Politics*. New York/Oxford 1993.
- : *Żydzi Europy środkowo-wschodniej w okresie międzywojennym*. Warszawa 1992.
- Mick, Christoph: *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914-1947*. Wiesbaden 2010.
- Mierzwa, Janusz: Związek Żydów Uczestników Walk o Niepodległość Polski w Krakowie. In: *Studia Historyczne* 173 (2001), 323-333.
- Miller, Michael L.: Going Native. Moritz Jellinek and the Modernization of the Hungarian Economy. In: *The Economy in Jewish History. New Perspectives on the Interrelationship between Ethnicity and Economic Life*, hg. v. Gideon Reuveni und Sarah Wobick-Segev. New York/Oxford 2011, 175-173.
- Mizgalska, Magdalena: Udział Żydów w wyborach do Rady Miejskiej w Częstochowie (od przewrotu majowego do wybuchu drugiej wojny światowej). In: *Narody i polityka. Studia ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu*, hg. v. August Grabski und Artur Markowski. Warszawa 2010, 131-153.
- Moskal, Anna: *Im Spannungsfeld von Region und Nation. Die Polonisierung der Stadt Posen nach 1918 und 1945*. Wiesbaden 2013.
- Moss, Kenneth R.: Negotiating Jewish Nationalism in Interwar Warsaw. In: *Warsaw. The Jewish Metropolis. Essays in Honor of the 75th Birthday of Professor Antony Polonsky*, hg. v. Glenn Dynner und François Guesnet. Leiden/Boston 2015, 390-434.
- Mrocza, Ludwik: *Krakowianie. Szkice do portretu zbiorowego w dobie industrialnej transformacji 1890-1939*. Kraków 1999.
- Müller, Michael G./Struve, Kai (Hg.): *Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918-1939*. Göttingen 2017.
- Nalewajko-Kulikow, Joanna: Myśli nowoczesnych Żydów. Wybory do IV Dumy, bojkot ekonomiczny i stosunki polsko-żydowskie (1912-1914) w świetle warszawskiego ›Hajntu‹. In: *Kwartalnik Historii Żydów* 258 (2016), 279-297.
- Niziołek, Andrzej: Byli Żydzie w Poznaniu. In: *Kronika Miasta Poznania* 3 (2006), 290-310.
- /Kosalowa, Ksenia: *Fira. Poznańscy Żydzi. Opowieść o życiu*. Poznań 2014.
- Nowogródzki, Emanuel: *Żydowska Partia Robotnicza Bund w Polsce 1915-1939*. Warszawa 2005.
- Pakuła, Zbigniew: *Siwe kamienie. Żydzi wielkopolscy*. Poznań 1998.
- Piątek, Grzegorz: *Sanator. Kariera Stefana Starzyńskiego*. Warszawa 2016.

- Pickhan, Gertrud: »Gegen den Strom«. *Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918-1939*. Stuttgart/München 2001.
- Pollmann, Viktoria: *Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die »jüdische Frage« in Polen anhand der Metropole Krakau 1926-1939*. Wiesbaden 2001.
- Polonsky, Antony: A Failed Pogrom. The Demonstrations in Lwów, June 1929. In: *The Jews of Poland between Two World Wars*, hg. v. Israel Gutman et al. Hanover 1989, 109-125.
- : *The Jews in Poland and Russia*, Bd. 3: 1914 to 2008. Oxford et al. 2013.
- Pratt, Mary: *Imperial Eyes. Studies in Travel Writing and Transculturation*. London 2011.
- Prokop-Janiec, Eugenia: *Literatura i nacjonalizm. Twórczość krytyczna Zygmunta Wasilewskiego*. Kraków 2004.
- Pulzer, Peter: Die jüdische Beteiligung an der Politik. In: *Juden im Wilhelmischen Deutschland*, hg. v. Werner Mosse. Tübingen 1976, 143-239.
- : *Jews and the German State. Political History of a Minority, 1848-1933*. Wayne 2003.
- Radwan-Pragłowski, Janusz/Frysztacki, Krzysztof: *Miłosierdzie i praktyka. Społeczne dzieje pomocy człowiekowi*. Kraków 2009.
- Rahden, Till van: *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*. Göttingen 2000.
- Rolf, Malte: *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864-1915)*. Oldenburg 2015.
- Rosman, Moshe: *How Jewish is Jewish History?* Oxford et al. 2007.
- Rudnicki, Szymon: Rozmowy Żydów z rządem w okresie obrad Sejmu Ustawodawczego. In: *Rozdział wspólnej historii. Studia z dziejów Żydów w Polsce ofiarowane profesorowi Jerzemu Tomaszewskiemu w siedemdziesiątą rocznicę urodzin*. Warszawa 2001, 199-210.
- : Towarzystwo Rozwoju Handlu, Przemysłu i Rzemiosł. In: *Idem: Równi, ale nie zupełnie*. Warszawa 2008, 78-103.
- : Ubój rytualny jako problem polityczny. In: *Idem: Równi, ale nie zupełnie*, Warszawa 2008, 157-172.
- : *Równi, ale nie zupełnie*. Warszawa 2008.
- : *Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej*. Warszawa 2004.
- Sakowska, Ruta: Z dziejów gminy żydowskiej w Warszawie 1918-1939. In: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939. Studia Warszawskie*, Bd. 4, hg. v. Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk. Warszawa 1972, 243-271.
- Samorząd w polskiej myśli politycznej XX wieku*, hg. v. Grzegorz Radomski. Toruń 2006.
- Samsonowska, Krystyna: Wybory do władz Żydowskiej Gminy Wyznaniowej w Krakowie. Z dziejów nieznannej samorządności Krakowa I połowy XX w. In: *Historia 2* (1994), 47-66.
- : *Wyznaniowe gminy żydowskie i ich społeczności w województwie krakowskim (1918-1939)*. Kraków 2005.
- : *Zarys funkcjonowania żydowskiej gminy wyznaniowej w Krakowie 1918-1939*. Praca magisterska UJ 1991, AŻIH, zesp. *Prace Magisterskie*, sygn. 347/9.



- Schiper, Ignacy et al. (Hg.): *Żydzi w Polsce Odrodzonej*, Bd. 1-2. Warszawa 1933.
- Schneider, Artur: *Młodzińcze lata*. Lublin 2014.
- Shapiro, Robert Moses: The Polish Kehillah Election of 1936. In: *Polin* 8 (1994), 206-226.
- : Politics and Money in Polish kehiles between the World Wars. In: *Gal-Ed* 13 (1993), 39-62.
- Sidor, Monika: *Samorząd terytorialny w myśli politycznej II Rzeczypospolitej Polskiej*. Toruń 2010.
- Silber, Marcos: Ambivalent Citizenship – The Construction of Jewish Belonging in Emergent Poland, 1915-1918. In: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 10 (2011), 161-183.
- : *Different Nationality, Equal Citizenship! The Efforts to Achieve Autonomy for Polish Jewry during the First World War*. Tel Aviv 2014 (Hebr.).
- Singer, Bernard: *Od Witosa do Ślawka*. Paris 1962.
- Skupień, Anna: Miejska izraelicka szkoła powszechna w Poznaniu (1919-1939). In: *Kronika Miasta Poznania* 3 (2006), 261-268.
- : *Ludność żydowska w województwie poznańskim w latach 1919-1939*. Poznań 2007.
- Śmiechowski, Kamil: Hierarchia czy demokracja? Wizja stosunków społecznych w miastach Królestwa Polskiego (na podstawie dyskusji o samorządzie miejskim w trakcie rewolucji 1905 roku). In: *Studia z historii społeczno-gospodarczej* 14 (2015), 103-120.
- Sroka, Łukasz Tomasz: *Żydzi w Krakowie. Studium o elicie miasta 1850-1918*. Kraków 2008.
- : Żydzi w Radzie Miasta Krakowa (1866-1939). Zagadnienia prawne i ustrojowe. In: *Budowali nowoczesne miasto. Żydzi w samorządzie miejskim, gospodarczym i finansowym miasta (1866-1939)*, hg. v. Michał Niezabitowski et al. Kraków 2015, 62-115.
- Stach, Stephan: Minderheitenpolitik in der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 59 (2010), 394-412.
- : *Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe. Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationaler und ethnoreligiöser Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926-1939)*. Phil. Diss., MLU Halle-Wittenberg 2016.
- Starczewski, Jan: W trosce o stan opieki społecznej. In: *Wspomnienia o Stefanie Starzyńskim*, hg. v. Marian M. Drozdowski. Warszawa 1982, 190-204.
- Steffen, Katrin: *Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918-1939*. Göttingen 2004.
- Stein, Kalman: Di yidn in Krokower shtotrat cwishn di tswey welt-millhomes. In: *Sefer hashana/Jorbukh*, hg. v. Arieħ Tartakower, Bd. 3. Buenos Aires 1970, 318-326.
- Steinitz, Zwi Helmut: *Meine deutsch-jüdische Kindheit im polnischen Posen. Erinnerungen eines Überlebenden und ein Wiedersehen nach 70 Jahren. 1927-1939-2009*. Konstanz 2015.
- Styrna, Natasza: *Zrzeszenie Żydowskich Artystów Malarzy w Krakowie (1931-1939)*. Warszawa 2009.

- Szajkowska, Zosa: Private and Organized American Jewish Overseas Relief (1914-1938). In: *American Jewish Historical Quarterly* 57 (1967), 52-106.
- Szczypiorski, Adam: Samorząd Warszawy 1916-1939. In: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939. Studia Warszawskie*, Bd. 1, hg. v. Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk. Warszawa 1968, 83-117.
- : *Od Piotra Drzeweckiego do Stefana Starzyńskiego. Gospodarka komunalna m. st. Warszawy w latach 1915-1939*. Warszawa 1968.
- Szerer, Emanuel: *Polska i Żydzi*. New York 1942.
- Szwed, Ryszard: *Samorząd terytorialny w Polsce w latach 1918-1939. Wybór materiałów źródłowych*. Częstochowa 2000.
- : Udział Żydów w samorządach miast Drugiej Rzeczypospolitej (1919-1939). In: *Prace Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie. Zeszyty Historyczne* 5 (1998), 197-212.
- Tomaszewski, Jerzy: Niepodległa Rzeczypospolita. In: *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1959 roku)*, hg. v. Jerzy Tomaszewski. Warszawa 1993, 143-269.
- : Żydzi w strukturach społeczeństwa obywatelskiego: Polska w XX w. In: *Židé v české a polské občanské společnosti/Żydzi w polskim i czeskim społeczeństwie obywatelskim*, hg. v. Jerzy Tomaszewski und Jaroslav Valenta. Praha 1999, 79-101.
- : *Preludium zagłady. Wygnanie Żydów polskich z Niemiec w 1938*. Warszawa 1998.
- : Polskie dokumenty o ugodzie polsko-żydowskiej w 1925 r. In: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 193 (2000), 61-76.
- Trębacz, Michał: *Izrael Lichtenstein. Biografia żydowskiego socjalisty*. Łódź 2016.
- Trojański, Piotr: *Żydzi w województwie krakowskim 1918-1939. Studia statystyczne nad aktywnością społeczno-zawodową*. Kraków 2009.
- Trybuś, Jarosław: *Warszawa Niezaistniała. Niezrealizowane projekty urbanistyczne i architektoniczne dwudziestolecia międzywojennego*. Warszawa 2012, 262-275.
- Ury, Scott: *Barricades and Banners. The Revolution of 1905 and the Transformation of Warsaw Jewry*. Stanford 2012.
- Urynowicz, Marcin: *Żydzi w samorządzie miasta Koziennice w okresie międzywojennym 1918-1939*. Warszawa 2003.
- Wachowska, Barbara: The Jewish Electorate of Interwar Łódź in the Light of the Local Government Elections (1919-1938). In: *Polin* 6 (1991), 154-172.
- Wapiński, Roman: *Historia polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku*. Gdańsk 1997.
- Weeks, Theodore R.: Nationality and Municipality. Reforming City Government in the Kingdom of Poland, 1904-1915. In: *Russian History* 21 (1994), 23-47.
- : *From Assimilation to Antisemitism. The Jewish Question in Poland, 1850-1914*. DeKalb 2006.
- : *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier 1863-1914*. DeKalb 1996.

- : *Zwischen zwei Feinden. Polnisch-jüdische Beziehungen und die russischen Behörden zwischen 1863 und 1914*. Leipzig 1998.
- Weiser, Kalman: *Jewish People, Yiddish Nation. Noah Prylucki and the Folkists in Poland*. Toronto et al. 2011.
- Weiss, Ahron: The Activities of the Democratic Societies and Democratic Party in Defending Jewish Rights in Poland on the Eve of Hitler's Invasion. In: *Polin* 7 (1992), 260-267.
- Weiss, Yaafat: ›Ostjuden‹ als Konzept und ›Ostjuden‹ als Präsenz im deutschen Zionismus. In: *Janusfiguren. »Jüdische Heimstätte«, Exil und Nation im deutschen Zionismus*, hg. v. Andrea Schatz und Christian Wiese. Berlin 2006, 149-165.
- Wierzcholska, Agnieszka: Relations between the Bund and the Polish Socialist Party from a Micro-Historical Perspective. Tarnów in the Interwar Period. In: *East European Jewish Affairs* 43 (2013), 297-313.
- Wieters-Wierzcholska, Agnieszka: *Jüdische und nicht jüdische Bevölkerung in Polen. Eine Mikrostudie zu Tarnów 1918-1945*. Phil. Diss., FU Berlin 2019.
- Witkowski, Rafał: Gmina poznańska w latach 30. XX wieku. In: *Kronika Miasta Poznania* 3 (2006), 269-274.
- : Kalendrium dziejów poznańskiej gminy żydowskiej. In: *Kronika Miasta Poznania KMP* 1 (2009), 284-341.
- Wojcieszek, Elżbieta: *Działalność Rady Miejskiej Miasta Poznania w latach 1919-1939 i losy poznańskich radnych*. Poznań 2012.
- Wróbel, Piotr J.: ›Auswanderung‹. The Exodus of Jews from Great Poland (Wielkopolska), 1919-1921. In: *Studia Judaica* 34 (2014), 57-84.
- : Jewish Warsaw before the First World War. In: *The Jews in Warsaw. A History*, hg. v. Władysław T. Bartoszewski und Anthony Polonsky. Oxford 1991, 247-277.
- : Przed odzyskaniem niepodległości. In: *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 roku)*, hg. v. Jerzy Tomaszewski. Warszawa 1993, 13-139.
- : The First World War. The Twilight of Jewish Warsaw. In: *The Jews in Warsaw. A History*, hg. v. Władysław T. Bartoszewski und Anthony Polonsky. Oxford 1991, 278-289.
- : Wielka rozszada. Syjoniści warszawscy pomiędzy Niemcami a Rosją w czasie pierwszej wojny światowej. In: *Żydzi Warszawy. Materiały konferencji w Żydowskim Instytucie Historycznym w 100. Rocznice urodzin Emanuela Ringelbluma*. Warszawa 2000, 159-192.
- Wrzesińska, Krystyna: *Obraz mniejszości narodowych w poznańskiej prasie konserwatywnej 1918-1939*. Poznań 2002.
- Wynot, Edward D. Jr.: *Warsaw between the World Wars. Profile of the Capital City in a Developing Land, 1918-1939*. New York 1983.
- : Jews in the Society and Politics of Inter-War Warsaw. In: *The Jews in Warsaw. A History*, hg. v. Władysław Bartoszewski und Antony Polonsky, Oxford 1991, 291-311.
- Zachwatowicz, Jan: Rozwój przestrzenny, urbanistyczny i architektoniczny Warszawy międzywojennej. In: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939, Studia Warszawskie*, Bd. 8. Warszawa 1971, 275-289.

- Zalewska, Gabriela: *Ludność żydowska w Warszawie w okresie międzywojennym*. Warszawa 1996.
- Zaporowski, Zbigniew: Żydzi w radzie miejskiej Lublina 1919-1939. In: *Żydzi w Lublinie*, hg. v. Tadeusz Radzik. Lublin 1995, 237-244.
- Zaręba, Janusz: *Eugeniusz Kwiatkowski – romantyczny pragmatyk*. Warszawa 1998.
- Żarnowski, Janusz: Rola państwa i jego instytucji w przemianach społecznych w Polsce (1918-1939). In: *Metamorfozy społeczne 10, Społeczeństwo międzywojenne: nowe spojrzenie*, hg. v. Włodzimierz Mędrzecki und Janusz Żarnowski. Warszawa 2015, 49-79.
- Żbikowski, Andrzej: *Żydzi krakowscy i ich gmina w latach 1869-1919*. Warszawa 1994.
- Zbroja, Barbara: *Miasto umarłych. Architektura publiczna Żydowskiej Gminy Wyznaniowej w Krakowie w latach 1868-1939*. Kraków 2005.
- Żebrowski, Rafał: *Żydowska Gmina Wyznaniowa w Warszawie 1918-1939. W kręgu polityki*. Warszawa 2012.
- Zieliński, Konrad: *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej*. Lublin 2005.
- Zukerman, Alan S.: Division and Cohesion in the Process of Modernization. In: *Deutsche Juden und die Moderne*, hg. v. Shulamit Volkov. München 1994, 141-163.



## Anhang

### Anhang 1: Listen der jüdischen Stadtdeputierten in Krakau, 1919-1939

Wahlperiode 1919-1931 (mit Unterbrechung 1924-26).<sup>1</sup>

Anmerkung: Leider geben die Quellen für die Periode bis 1924 keine Auskunft darüber, wie sich die jüdischen Stadtdeputierten auf die einzelnen Fraktionen verteilten. In Frage kommen die Fraktionen der Bürgerlichen/*mieszczanie* (45), der Demokraten (24), der PPS (18), der Podgorzer (14) und der Konservativen (8).

Aronsohn, Jakub  
Aronsohn, Samuel  
Bases, Gustaw Gerson  
Drobner, Józef  
Ehrenpreis, Ignacy  
Ehrenpreis, Zygmunt  
Epstein, Tadeusz  
Ferber, Edward  
Frühling, Rudolf  
Gross, Adolf  
Grumprich, Łazarz  
Heuman, Herman  
Judkiewicz, Jakub  
Kepler, Paweł  
Kleinberger, Władysław  
Landau, Ignacy  
Landau, Rafał  
Lauer, Daniel  
Lauer, Ignacy  
Liban, Władysław  
Liebling, Władysław  
Meisels, Adolf  
Oberländer, Salomon  
Peiper, Juda  
Rock, Łazarz

1 Brzoza, Jewish Participation, 219; idem, *Kraków między wojnami*, 413-426.

Sare, Józef  
Schechter, Samuel  
Schenker, Henryk  
Schmelkes, Mojżesz  
Schreiber, Henryk  
Tilles, Samuel  
Wachtel, Bernard  
Wasserberg, Norbert

Hilfsrat des Regierungskommissars, 1924-1926

Epstein, Tadeusz (Bürgerliche)  
Gross, Adolf (Demokraten)  
Landau, Rafał (Jüdische Konfessionsgemeinde)  
Stempel, Feiweł (*Agudas Israel*)  
Thon, Jehoshua Ozjasz (Zionisten)

Provisorisches Stadtparlament, 1931-1933

Ajzenstat, Hirsch Menachem  
Ehrlich, Emanuel  
Epstein, Tadeusz  
Frenkel, Elza (Nominierung nicht angenommen)  
Feret, Michał  
Freund, Fryderyk  
Gottlieb, Zygmunt  
Gross, Adolf  
Kessler, Maksymilian  
Landau, Dawid  
Landau, Ignacy  
Landau, Rafał  
Merz, Ludwik  
Ritterman, Aleksander  
Rosenblum, Wolf  
Schechter, Samuel  
Spira, Józef Lepold  
Steinberg, Joachim  
Steinberg, Józef  
Stempel, Feiweł  
Taub, Józef  
Tilles, Samuel  
Weinsberg, Bertold  
Wohl, Artur

Stadtparlament, 1933-1938

Liste 2: Jüdischer Parteiloser Block der Wirtschaftskooperation

Ajzensztat, Hirsz Menachem  
Aleksandrowicz, Zygmunt  
Biegeleisen, Salomon  
Ehrlich, Emanuel  
Freund, Fryderyk  
Geizhals, Benjamin  
Ignacy, Landau  
Rosenblum, Wolf  
Schechter, Samuel  
Schwarzbart, Ignacy  
Stempel, Feiweł  
Szyff, Marian  
Taubman, Henryk  
Wohl, Artur  
Zimmermann, Juda

Stadtparlament, 1938-1939

Liste 7: Repräsentanz des vereinigten Krakauer Judentums

Ajzenstadt/Rubinowicz, Hirsz Menachem  
Aleksandrowicz, Zygmunt  
Landau, Rafał  
Lauterbach, Maks  
Markus Eliaasz  
Panzer, Jakub  
Rosenblum, Wolf  
Schwarzbart, Ignacy  
Stempel, Feiweł  
Zimmermann, Juda (wurde Schöffe, deshalb durch Stempel ersetzt)

Liste 11: Kombattanten

Adler, Aleksander

Liste 15: Zionisten-Revisionisten

Stein, Kalman

Liste 17: Bund (im Wahlkreis Nr. 7. gewählt)

Feiner, Leon



Anhang

Liste 18: Bund (im Kreis Nr. 8. gewählt)

Fischgrund, Salo  
Schreiber, Henryk

## Anhang 2: Kommunale Subventionen für jüdische Institutionen in Krakau<sup>123</sup>

- 1 Zahlen auf weißem Grund: vom Stadtparlament bewilligte Summen; Zahlen auf grauem Grund: tatsächlich ausgezahlte Summen.
- 2 Die Daten für die Jahre 1918-1931 wurden kompiliert aus: *Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na okres od 1 lipca 1918 do 30 czerwca 1919 r. i od 1 lipca do 31 grudnia 1919 r.* Kraków 1919, 102f., 110f., 112f., 122f., 126f., 156f., 158f., 162f.; *Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1822 i 1923*, Kraków [o. A.], 88f., 106f., 114f., 110f.; *Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1925*. Kraków 1925, 74f., 84f., 88f., 90f.; *ibid. na rok 1926*, Kraków [o. A.], 80f., 94f., 112f.; *ibid. na rok 1927/28*. Kraków 1927, 36f., 66f., 72f., 74f.; *ibid. na rok 1928/29*. Kraków 1928, 36f., 64f., 70f.; *ibid. na rok 1929/30*. Kraków 1929, 34f., 50f., 66f., 68f.; *ibid. na rok 1930/31*, Kraków [o. A.], 34f., 36f., 64f., 72f.; *Projekt budżetu miasta Krakowa na rok 1921*. Kraków [o. A.], 86f., 106f., 116f., 118f., 120f.; *Zamknięcie rachunkowe funduszków gminy miasta Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1920*. Kraków 1920, 34f.; *ibid. za rok 1921*, Kraków 1925, 34f.; *ibid. za rok 1927/8*. Kraków 1930, 120f., 126f., 172f., 182f., 184f., 186f.; *ibid. za rok 1928/9*. Kraków 1930, 98f., 196f., 200f.; *ibid. za rok 1930/31*. Kraków 1932, 102f., 106f., 144f., 156f.
- 3 Die Daten für die Jahre 1931-1938 wurden kompiliert aus: *Budżet wydatków i dochodów gminy miasta Krakowa na rok 1931/32*. Kraków 1931, 68f., 54f., 64f., 68f.; *ibid. na rok 1932/33*. Kraków 1932, 36f., 40f., 48f., 66f., 70f.; *ibid. na rok 1933/34*. Kraków 1933, 36f., 42f., 50f., 68f., 72f.; *ibid. za rok 1933/34*. Kraków 1933, 36f., 42f., 50f., 68f., 72f.; *Budżet stoł. król. miasta Krakowa na rok 1934/35*. Kraków 1934, 34f., 40f., 48f., 60f., 64f., 70f.; *ibid. na rok 1935/36*. Kraków 1935, 30f., 36f., 42f., 52f., 56f., 60f.; *ibid. na rok 1937/38*. Kraków 1937, 26f., 32f., 40f., 52f., 56f., 58f.; *ibid. na rok 1938/39*. Kraków 1938, 32f.; 40f., 54f., 56f.; *Zamknięcie rachunkowe funduszków gminy miasta Krakowa oraz funduszków pod zarządem tejeż zostających za rok 1931/32*. Kraków 1933, 34f.-65f.; *Zamknięcie rachunków stoł. król. miasta Krakowa za rok 1932/33*. Kraków 1933, 30f., 34f., 42f., 60f., 64f.; *ibid. za rok 1934/35*. Kraków 1936, 36f., 42f., 54f., 58f., 64f.; *ibid. za rok 1938/39*. Kraków 1939, 30f., 38f., 54f., 58f.

Subventionierte Institutionen	1918/19	1920/21	1921/22	1925/26		1926/27	1927/28		1928/29		1929/30		1930/31	
	Subventionen in ö. Kronen Subventionen in pol. Mark			Subventionen in polnischen Złoty										
Jüd. Krankenhaus	1.500	o.A.	1.500	200	200	1.000	1.000	o.A.	2.000	2.000	5.000	5.000	8.000	8.000
Jüd. Waisenhaus Dietla-Straße 64 bzw. Mostowa-Straße (seit 1928)	3.240	o.A.	21.600	1.000	1.000	1.000	1.000	o.A.	1.000	800	1.200	1.200	2.000	2.000
Jüd. Altersheim Asyfas Skenim	1.000	700	o.A.	100	100	300	1.000	1.000	1.000	o.A.	1.000	1.000	2.000	2.000
Vereinigung der jüd. Waisenhäuser	3.000	3.100	5.000	o.A.	867	1.233	o.A.	1.734	1.890	1.890	4.000	4.000	5.000	o.A.
<i>Talmud Tora</i> , Estery-Straße	200	140	200	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	1.000	1.000	1.500	1.500
<i>Talmud Tora</i> , Rękawka-Straße	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	1.000	1.000	1.000	1.000
<i>Ognisko pracy</i> , Berufsbild. Kurse	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	300	o.A.	300	300	1.000	1.000	2.000	2.000
Jüd. Theater	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	5.000	5.000	5.000	5.000
Jüd. Museum	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	5.000	5.000	5.000	o.A.

Subventionierte Institutionen	1931/32		1932/33		1933/34		1934/35		1935/36		1936/37	1937/38
	Subventionen in polnischen Złoty											
Jüd. Krankenhaus	5.000	5.000	4.000	3.000	3.000	1.200	3.000	2.400	3.000	o.A.	o.A.	3.000
Jüd. Waisenhaus	2.000	2.000	1.000	992	750	408	500	(-)	400	400	200	200
Jüd. Altersheim <i>Asyfas Skenim</i>	2.000	2.000	2.000	1.600	2.000	1.625	2.000	1.700	2.000	1.500	1.800	1.800
Rituelles Bad	10.000	o.A.	2.000	o.A.	1.500	o.A.	1.000	800	850	o.A.	o.A.	o.A.
Vereinigung der jüd. Waisenhäuser	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	5.000	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	955
<i>Talmud Tora</i> , Estery-Straße	3.000	2.352	1.500	1.125	o.A.	o.A.	1.000	2.552	800	800	400	400
<i>Talmud Tora</i> , Rękawka-Straße	1.500	1.100	1.000	750	o.A.	o.A.	500	750	400	200	200	200
<i>Ognisko pracy</i> , Berufsbild. Kurse	2.000	2.000	1.000	750	o.A.	o.A.	500	250	250	250	250	250
Jüd. Theater	5.000	3.500	4.000	3.000	3.500	1.500	2.500	1.500	2.500	1.575	1.250	1.250
Jüd. Museum	15.000	6000	o.A.	o.A.	3.500	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.

### Anhang 3: Liste der jüdischen Stadtdeputierten in Warschau, 1919-1939<sup>1</sup>

Stadtparlament – zweite Wahlperiode, 1919-1927

Orthodoxe und Kaufleute

Hufnagel, Herc  
Kirszbraun, Eliasz  
Mayzel, Maurycy  
Raabe, Mojżesz Maurycy  
Szereszowski, Rafał  
Trokenheim, Jankiel  
Truskier, Adolf  
Zalberg, Icek

Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund

Alter, Wiktor  
Erlich, Hersz  
Iwińska, Estera  
Orzech, Maurycy  
Weinberg, Hirsz  
Zybert, Gerson

Zionisten

Ellenberg, Mendel  
Grünbaum, Izaak  
Koerner, Mozes  
Sztejn, Rajzla Rachel  
Szwalbe, Natan

Folkisten

Dawidsohn, Józef Hersz  
Fogelnest, Berek/Bernard  
Goldinberg, Majer  
Hirszhorn, Samuel  
Lipszyc, Hersz Wolf  
Rasner, Chaim  
Wolfowicz, Abram

1 Kermisz, J[ózef]: Reprezentacja żydowska w Radzie Miejskiej m.st. Warszawy (1919-1938). In: *Głos gminy żydowskiej* 10-11 (1938), 318-322.

Po'ale Tsiyon  
Jurblum, Mordka  
Lew, Izaak/Icek Juda  
Rafalkes, Nahum Jakub

Jüdisches Wahlkomitee – Immobilieninhaber  
Seidenbeutel, Stanisław

Assimilierte  
Eigner, Bolesław

**Stadtparlament – dritte Wahlperiode, 1927-1934**

Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund

Erlich, Hersz  
Alter, Wiktor  
Zybert, Gerszon  
Nowogrodzki, Emanuel  
Alter-Iwińska, Estera  
Zygelbojm, Szmul-Mordko  
Gliwiński, Szlama Fajwisz

Po'ale Tsiyon  
Lew, Icek Juda/Izaak  
Buksbaum, Antoni Natan  
Przedecz, Majer

Zionisten und Kaufleute  
Koerner, Mozes Eliaz  
Kirszbraun, Eliaz  
Truskier, Abram Adolf  
Czerniakow, Abraham/Adam  
Segał, Michał  
Engelman, Izaak/Icek  
Sztejn, Rajzla-Ruchla  
Trokenheim, Jankiel  
Hindes, Mateusz  
Szereszowski, Rafał  
Rasner, Chaim  
Ellenberg, Mendel  
Gutgold, Wolf

Anhang

Mayzel, Maurycy  
Rosenthal, Borusz Wolf

Jüdische Religiöse Arbeiter – Po'ale Agudas Yisroel  
Ekerman, Ber Ajzyk  
Rytmeister, Gerszon Szlama

### Provisorisches Stadtparlament, 1934-1938

Bregman, Leon  
Gepner, Abram  
Glocer, Srul  
Kohn, Mieczysław  
Seidenbeutel, Stanisław  
Szereszowski, Rafał  
Trokenheim, Jakub

### Stadtparlament, gewählt im Dezember 1938<sup>2</sup>

Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund

Alter, Wiktor  
Blond, Dina  
Brumberg, Józef  
Erlich, Hersz  
Giliński, Szloma  
Goldberg, Iser  
Gutgold, Josef  
Himelfarb, Herszel  
Lichtenstein, Salek  
Mendelsohn, Szlama  
Nowogródzki, Emanuel  
Orzech, Maurycy  
Szafran, Natan  
Szerer, Emanuel  
Szweber, Sara  
Wasser, Chaim  
Ząbek, Sara

2 *Żydzi. Sprawy polityczne. Wybory samorządowe*. In: *Sprawy narodowościowe* 1-2 (1939), 131-133, hier 132. Die Ergebnisse dieser Kommunalwahlen wurden sehr unterschiedlich wiedergeben, vielleicht, weil sowohl der OZN als auch die Opposition die auf Kompromisslisten und parteilose Wahllisten abgegebenen Stimmen für sich reklamierten.

Allgemeiner Jüdischer Nationalblock: Zionisten

Szerezowski, Rafał

Trokenheim, Jankiel

Zionistisch-Demokratischer Block

Hartglas, Apolinary

#### Anhang 4: Unvollständige Liste der (zeitweise) vom Warschauer Stadtparlament subventionierten jüdischen Institutionen, 1919-1938<sup>1</sup>

*Centralna Organizacja Żydów Ortodoksów w Polsce* (Zentrale Organisation der orthodoxen Juden in Polen), Graniczna 9

*Centralne Stowarzyszenie Opieki nad Dziećmi i Sierotami żydowskimi.* (Zentrale Vereinigung zur Betreuung jüdischer Kinder und Waisen), Elektoralna 1/4

*Centralny Komitet Pomocy Żydom* (Zentrales Hilfskomitee für Juden), Leszno 42

*Dom chleba dla nędzy wyjątkowej wyznania mojżeszowego* (Brot-  
haus *Beyt Lehem* für besonders Bedürftige des jüdischen Bekenntnis-  
ses), Elektoralna 14

*Dom młodzieży żydowskiej* (Haus der jüdischen Jugend), Dzielna 11

*Dom opieki dla opuszczonych dzieci starozakonných* (Betreuungshaus  
für verlassene jüdische Kinder), Ogródowa 27

*Dom sierot starozakonných* (Jüdisches Waisenhaus), Krochmalna 92

*Dom sierot żydowskich* (Jüdisches Waisenhaus), Żelazna 69

*Dom sierot* (Waisenhaus), Plac Grzybowski 7

*Internat dla dzieci »Eszel«* (Kinderinternat »Eszel«)

*Komitet Kolonji Letnich przy Towarzystwie Zjednoczonych Szkół  
Żydowskich* (Sommerlagerkomitee bei der Vereinigung jüdischer  
Schulen), Nowolipki 41/6

*Komitet Kolonji Letnich przy Towarzystwie Zjednoczonych Szkół  
Żydowskich* (Sommerlagerkomitee bei der Vereinigung jüdischer  
Schulen), Nowolipki 36

*Ochrona dziecka* (Kinderschutz), Świętojerska 22

*Pogotowie dla dzieci wyznania mojżeszowego* (Ambulatorium für  
Kinder des mosaischen Bekenntnisses)

*Sanatorium Dziecka w Międzyszymie* (Kinderkurhaus in Międzyszyn)

*Schronisko dla dzieci żydowskich* (Herberge für jüdische Kinder),  
Twarda

*Schronisko dla osieroconych dzieci żydowskich* (Herberge für verwaiste  
jüdische Kinder), Twarda 7

*Schronisko Praga* (Herberge Praga), Jagiellońska 28

<sup>1</sup> Es ließen sich nicht alle Institutionen einwandfrei identifizieren, denn viele wurden nicht einheitlich benannt.



- Stowarzyszenie »Dom sierot żydowskich«* (Vereinigung »Jüdisches Waisenhaus«)
- Stowarzyszenie »Kultur-Liga«* (Vereinigung »Kultur-Liga«), Krochmalna 36
- Stowarzyszenie »Pomoc lekarska ubogim żydom«* (Vereinigung »Ärztliche Hilfe für arme Juden«), Grzybowska 11
- Stowarzyszenie »Szkoła i Wychowanie«* (Vereinigung »Schule und Erziehung«), Nowolipki 36
- Stowarzyszenie głuchoniemych wyznania mojżeszowego* (Vereinigung der Taubstummen des mosaischen Bekenntnisses)
- Stowarzyszenie kobiet żydowskich* (Vereinigung jüdischer Frauen)
- Stowarzyszenie Pomocy lekarskiej ubogim żydom* (Vereinigung ärztlicher Hilfe für arme Juden)
- Stowarzyszenie Pomocy Studentom Żydom »Auxilium Academicum Iudaicum«* (Hilfsvereinigung für jüdische Studenten »Auxilium Academicum Iudaicum«), Namiestnikowska 7
- Stowarzyszenie Szerzenia Oświaty wśród robotników Żydów »Weker«* (Vereinigung zur Mehrung der Bildung unter jüdischen Arbeitern »Weker«), Przejazd 9
- Stowarzyszenie Wychowawczo-Religijne Żydowskiej Młodzieży. Żeńskiej »Jehudys«* (Vereinigung für religiöse Erziehung der jüdischen weiblichen Jugend »Jehudys«)
- Stowarzyszenie Żydowskich Kobiet Pracujących* (Vereinigung jüdischer arbeitender Frauen), Przejazd 9
- Szkoła pielęgniarska przy Szpitalu Żydowskim* (Schwesternschule am Jüdischen Krankenhaus)
- Szkoła zawodowa dla dziewcząt żydowskiego Towarzystwa »ORT«* (Berufsschule für jüdische Mädchen der Vereinigung »ORT«), Długa 39
- Tarbut – Żydowskie Stowarzyszenie Oświatowo-Kulturalne w Polsce* (*Tarbut* – Jüdischer Kultur- und Bildungsverein in Polen), Nalewki 2a
- Towarzystwo Bratnia Pomoc wyznania mojżeszowego* (Vereinigung Brüderliche Hilfe des mosaischen Bekenntnisses), Nowolipie 15
- Towarzystwo głuchoniemych wyznania mojżeszowego* (Vereinigung der Taubstummen des mosaischen Bekenntnisses), Śliska 28
- Towarzystwo Grzebania Zmarłych* (Vereinigung zur Bestattung der Toten)
- Towarzystwo Kolonji Letnich im. Wawelberga* (Vereinigung für die Wawelberg-Sommerlager)

*Towarzystwo Ochrony Zdrowia Ludności Żydowskiej*, TOZ (Vereinigung zur Gesundheitspflege der jüdischen Bevölkerung, TOZ), Elektoralna 8

*Towarzystwo Opieki nad głuchoniemymi Żydami* (Vereinigung zur Betreuung taubstummer Juden)

*Towarzystwo Opieki nad niemowlętami wyznania mojżeszowego (Kropla mleka)* (Vereinigung zur Betreuung von Säuglingen des mosaischen Bekenntnisses [Milchtropfen])

*Towarzystwo Ostatnia Posługa* (Vereinigung Der letzte Dienst), Grzybowska 11

*Towarzystwo Pomocy Biednym Żydom »Tochmaj Anyim«* (Hilfsverein für arme Juden »Tochmaj Anyim«)

*Towarzystwo »Pomoc dla sierot«* (Vereinigung »Hilfe für Waisen«), Krochmalna 92

*Towarzystwo Pomocy dla Sierot Wyznania mojżeszowego* (Hilfsverein für Waisen des mosaischen Bekenntnisses)

*Towarzystwo Pomocy dla sierot żydowskich* (Hilfsverein für jüdische Waisen), Krochmalna 92

*Towarzystwo Pomocy ubogim matkom wyznania mojżeszowego* (Hilfsverein für arme Mütter des mosaischen Bekenntnisses), Ceglana 17

*Towarzystwo popierania sierot wyznania mojżeszowego* (Vereinigung zur Unterstützung von Waisen des mosaischen Bekenntnisses), Targowa 32

*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci Żydów* (Vereinigung der Freunde des jüdischen Kindes), Leszno 11

*Towarzystwo Sanatorium Dziecka wyznania mojżeszowego w Warszawie* (Vereinigung des Kurhauses für Kinder des mosaischen Bekenntnisses in Warschau)

*Towarzystwo »Talmud-Tora«* (Vereinigung »Talmud-Tora«), Żelazna 27

*Towarzystwo wspierania biednych położnic »Tomchaj Jodoz Anijos II«* (Vereinigung zur Unterstützung von armen Wöchnerinnen »Tochmaj Jodoz Anijos II«), Dzika 38

*Towarzystwo Wspierania sierot starozakonnych »Machzyk-Jejojnum«* (Vereinigung zur Unterstützung von jüdischen Waisen »Machzyk-Jejojnum«)

*Towarzystwo wspierania ubogich położnic wyznania mojżeszowego* (Vereinigung zur Unterstützung von armen Wöchnerinnen des mosaischen Bekenntnisses)

*Towarzystwo Wspierania ubogich żydów »Ezra«* (Vereinigung zur Unterstützung armer Juden »Ezra«), Twarda 15

*Zjednoczenie Szkół Żydowskich* (Vereinigung jüdischer Schulen), Nowolipki 41/6

*Związek kobiet żydowskich – Żłobek* (Vereinigung jüdischer Frauen – Krippe), Franciszkańska 30

*Żydowski Dom Akademicki* (Jüdisches Studentenheim)

*Żydowskie Towarzystwo Ochrony Kobiet »Przystań«* (Jüdischer Frauenschutzverein »Hafen«), Pańska 20

## Anhang 5: Kommunale Subventionen für jüdische Institutionen in Warschau (in Złoty)<sup>12</sup>

Subventionierte Institutionen	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1933/34	1934/35
Zentrales Hilfskomitee für Juden, Leszno 42	o	24.000	30.000	30.000	24.000	22.500	3.700	3.700
Zentrale Vereinigung zur Betreuung jüdischer Kinder und Waisen, CENTOS, Elektoralna 14/ Zamenhofa 5	o.A.	5.000	6.000	6.000	4.800	4.500	1.470	1.400
<i>Beyt Lehem</i> , Elektoralna 14	4.800	6.000	8.000	8.000	6.400	6.000	1.025	1.020
Haus der jüdischen Jugend, Dzielną 11	o	8.000	10.000	10.000	8.000	7.500	1.275	2.000
Jüdisches Waisenhaus, Krochmalna 92	o.A.	o.A.	5.800	5.800	o.A.	o.A.	o.A.	o.A.
Jüdisches Waisenhaus, Żelazna 69	4.800	5.800	5.800	5.800	4.640	4.350	1.420	o
Waisenhaus, Pl. Grzybowski 7	o	7.000	9.000	9.000	7.200	o.A.	2.775	2.780
Kinderinternat <i>Eszel</i> , Długa 10/12	3.000	4.000	7.000	7.000	5.600	5.250	1.705	1.600
Ambulanz für Kinder, Świętojska 22	o.A.	o	1.000	1.000	800	750	345	250
Kinderkurhaus Międzyszyn / Vereinigung des Kindersanatoriums, Nowolipki 41	15.000	24.000	24.000	24.000	o.A.	o.A.	5.880	5.500
Herberge für verwaiste Kinder, Twarda 7	2.000	3.000	7.000	7.000	5.600	5.250	1.705	1.600
Vereinigung »Ärztliche Hilfe für arme Juden«, Grzybkowska 11	10.000	11.000	11.000	11.000	8.800	8.250	1.400	1.400
Vereinigung Brüderliche Hilfe, Nowolipie 15	4.000	4.000	o.A.	4.000	3.200	3.000	545	550
Vereinigung der Taubstummen, Śliska 28	o.A.	o.A.	8.000	8.000	6.400	6.000	1.025	1.025
Beerdigungsverein »Der letzte Dienst«, Grzybkowska 11	o.A.	3.400	3.400	3.400	2.720	2.550	450	450
Vereinigung zur Betreuung von Säuglingen »Milchtröpfchen«	12.000	15.000	15.000	15.000	12.000	11.250	3.675	3.500

1 Die Namen der Institutionen sind abgekürzt; sie finden sich in voller Länge in Anhang 4.

2 Die Daten wurden kompiliert aus: §XIII poz.10. Wydatki związane z utrzymaniem opieki społecznej. In: *DZ* 8-9 (1928), 5f.; Subsydja. In: *DZ* 31-34 (1928), 15f.; Tablica XI. Zestawienie porównawcze zapomóg dla instytucji opieki społecznej, nieutrzymywanych przez miasto w budżetach Wydziału opieki społecznej i szpitalnictwa na rok 1928/29 i 1929/30. In: *DZ* 5-9 (1929), XVf.; Zestawienia porównawcze zapomóg dla instytucji opieki społecznej nieutrzymywanych przez miasto w budżetach Wydziału Opieki Społecznej

i Szpitalnictwa na rok 1929/30 i 1930/31. In: *DZ* 4-8 (1930), 32f.; Zestawienia porównawcze zapomóg dla instytucji opieki społecznej nieutrzymywanych przez miasto w budżetach Wydziału Opieki Społecznej i Szpitalnictwa na rok 1930/31 i 1931/32. In: *DZ* 26-30 (1931), 29f.; Zwalczenie chorób zakaźnych. In: *DZ* 26-30 (1931), 16; Zestawienia porównawcze zapomóg dla instytucji opieki społecznej na rok 1931/32 i 1932/33. In: *DZ* 21-24 (1932), 31f.; Zestawienia porównawcze zapomóg dla instytucji opieki społecznej nieutrzymywanych przez miasto w budżetach Wydziału Opieki Społecznej i Szpitalnictwa na rok 1933/34 i 1934/5. In: *DZ* 11-14 (1934), 18f.

Subventionierte Institutionen	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1933/34	1934/35
Hilfsverein für arme Juden <i>Tochmaj Anyim / Tomhaj Anijos</i>	0	0.A.	8.000	8.000	6.400	6.000	1.070	1.070
Hilfsverein für Waisen des mosaischen Bekenntnisses, Krochmalna 92	12.000	18.000	20.000	20.000	16.000	15.000	4.900	4.800
Hilfsverein für arme Mütter, Ceglana 17	0.A.	4.000	4.000	4.000	3.200	3.000	980	950
Vereinigung zur Unterstützung von Waisen, Targowa 32	0	4.000	5.000	5.000	4.000	3.750	1.215	1.600
Jüd. Gesellschaft gegen Tuberkulose <i>Brijus</i>	0.A.	0.A.	0.A.	20.000	17.100	10.175	1.000	2.000
Vereinigung der Freunde des jüdischen Kindes, Leszno 11	12.000	24.000	30.000	30.000	24.000	7.345	7.000	0.A.
Vereinigung zur Unterstützung von armen Wöchnerinnen	0	10.000	10.000	10.000	8.000	7.500	1.230	1.230
Vereinigung zur Unterstützung armer Juden <i>Ezra</i> , Twarda 15	6.000	7.000	7.000	7.000	5.600	0.A.	1.680	1.680
Vereinigung zur Unterstützung von armen Wöchnerinnen <i>Tomchaj Jaldos Anijos II</i> , Dzika 38	0	0.A.	4.000	4.000	3.200	3.000	545	650
TOZ, Elektoralna 8	0.A.	0.A.	0.A.	20.000	17.100	10.175	1.000	2.000
Vereinigung jüdischer Frauen – Krippe, Franciszkańska 30 / Świętojerska 16	0	3.000	4.000	4.000	3.200	3.000	980	1.100
Jüdischer Frauenschutzverein <i>Hafen</i> , Pańska 20	6.000	7.000	7.000	7.000	5.600	5.250	905	900



## Register

- Adler, Aleksander 295  
Ajzenstadt/Rubinowicz, Hirsch  
    Menachem 295  
Aleksandrowicz, Zygmunt 155, 295  
Alter, Wiktor 186, 206f., 221, 300-  
    302  
Alter-Iwińska, Estera 301  
Arciszewski, Tomasz 210  
Aronsohn, Jakub 293  
Aronsohn, Samuel 293  
Bacon, Gershon 14, 53, 174, 254,  
Bałaban, Majer 114  
Bartel, Kazimierz 44  
Bases, Gustaw Gerson 293  
Bauminger, Izaak 39  
Belina-Prażmowski, Władysław 45,  
    96  
Bergmann, Olaf 132  
Berkey, Karen 30  
Biegeleisen, Salomon 295  
Błęadowski, [Ryszard] 231  
Blobaum, Robert 14, 213  
Blond, Dina 302  
Bniński, Adolf 141  
Bniński, Wojewoden 144  
Bogucka, Maria 17f.  
Borodziej, Włodzimierz 19, 23, 253  
Borzęcki, Marian 193  
Bregman, Leon 302  
Brumberg, Józef 302  
Brzezińska, Anna 224  
Brzoza, Czesław 41, 63, 65, 70, 86f.,  
    113  
Budzyński, Franciszek 151  
Bujak, Franciszek 20, 62  
Buksbaum, Antoni Natan 301  
Bulwa, Dawid 39  
Bychowski, Zelman Zygmunt 186,  
    199, 206  
Celichowski, Stanisław 162  
Ciołkosz, Adam 185  
Cohn, Martin 123f.  
Corrsin, Stephen D. 165  
Czeraniakow, Abraham/Adam 301  
Czerwiński, Sławomir 81  
Czuchajowski, Bolesław 69, 71, 104  
Dawidsohn, Józef Hersz 300  
Dmowski, Roman 162  
Doboszyński, Adam 47f.  
Drobner, Józef 293  
Drwęski, Jarogniew 127  
Dubnow, Simon 9, 168, 271  
Dunin-Borkowski, Piotr 144  
Ehrenpreis, Ignacy 293  
Ehrenpreis, Zygmunt 293  
Ehrlich, Emanuel 173, 294f.  
Eigner, Bolesław 170, 174, 301  
Ekerman, Ber Ajzyk 302  
Ellenberg, Mendel 300f.  
Engelman, Izaak/Icek 301  
Epstein, Tadeusz 293f.  
Erlich/Ehrlich Henryk Hersz 173,  
    185, 193, 204, 224, 249f., 30-302  
Estreicher, Karol 114  
Farbstein, Szyja 141, 147  
Feiner, Leon 295  
Ferber, Edward 293  
Feret, Michał 294  
Filipowska, Karolina 126f.  
Fischgrund, Salo 296  
Fischlowitz, Leon 39  
Fogelnest, Berek/Bernard 300  
Frenkel, Elza 294  
Freund, Fryderyk 59, 294f.  
Friszke, Andrzej 62  
Friedmann, Jakob 119  
Frühling, Rudolf 293  
Gawryszewski, Andrzej 220  
Geizhals, Benjamin 295  
Gepner, Abram 302  
Giliński, Szlojme/Szloma Fajwisz  
    207, 302

- Glocer, Srul 302  
 Goldberg, Iser 302  
 Goldinberg, Majer 300  
 Gorzechowski, Jan 46  
 Gottlieb, Maurycy 95  
 Gottlieb, Zygmunt 294  
 Grabski, Władysław 145  
 Grata, Paweł 85, 218  
 Gross, Adolf 32, 35, 88f., 94, 273, 293f.  
 Gross, Feliks 113  
 Grumprich, Łazarz 293  
 Grünbaum, Izaak 53, 300  
 Gutgold, Josef 302  
 Gutgold, Wolf 301  
 Hansemann, Ferdinand von 122  
 Hartglas, Apolinary 69, 107, 303  
 Hass, Ludwik 171f.  
 Helcel (Familie) 77  
 Hertz, Aleksander 9, 21f.  
 Heuman, Herman 293  
 Hilfstein 108  
 Himelfarb, Herszel 302  
 Hindes, Mateusz 186, 189, 193, 235, 301  
 Hirschhorn, Samuel 181, 190-192, 201, 213, 251, 300  
 Hödl, Klaus 213  
 Holeksa, Karol 35, 89, 94  
 Hüchtker, Dietlind 15  
 Hufnagel, Herc 300  
 Ilski, Konrad 227  
 Iwińska, Estera 300f.  
 Jaroszewicz, Władysław 178  
 Jaworski, Rajmund 140  
 Jelonkiewicz, Franciszek 106  
 Jodłowiec-Dziedzic, Anna 99, 102  
 Judkiewicz, Jakub 293  
 Jurblum, Mordka 301  
 Kapelner/Kapellner, Maksymilian (nach der Konversion Kaplicki, Mieczysław) 47  
 Kaplicki, Mieczysław (vor der Konversion Kapelner/Kapellner, Maksymilian) 46f., 57, 59f., 69, 81, 96f., 100, 113, 115  
 Kawalec, Krzysztof 216  
 Kepler, Paweł 293  
 Kennemann, Herrmann 122  
 Kermisz, Józef/Kermish, Joseph 177, 192  
 Kessler, Maksymilian 294  
 Kirszbraun, Eliaasz 172-175, 300f.  
 Kleinberger, Władysław 293  
 Kleinbaum, Moyshe 195f.  
 Klinke, Josef 138  
 Koc, Adam 101  
 Koerner, Mojżesz Eliaasz 186, 206, 225, 227, 300f.  
 Kohn, Mieczysław 302  
 Kollenscher, Max 123, 129-131  
 Kopeć, [Tadeusz?] 156f.  
 Kopenstein, Jeffrey S. 216  
 Kowalewski, Franciszek 151  
 Kraszewski, Jan Józef 115  
 Kornitzer, Józef 45  
 Kroszczor, Henryk 194  
 Krygier, Mieczysław 226, 239, 249  
 Kubica-Heller, Grażyna 113  
 Kulski, Julian 247  
 Kumaniecki, Kazimierz 57  
 Kuśnierz, Bronisław 52, 99f., 103  
 Kuzmany, Börries 18  
 Kwaśniewski, Mikołaj 62, 70f., 96, 155  
 Kwiatkowski, Eugeniusz 64, 103  
 Landau, Dawid 294  
 Landau, Izaak/Ignacy 35, 45f., 55f., 98, 293-295  
 Landau, Rafał 37, 39, 42, 45, 50f., 62, 64, 68, 76, 79, 87, 91-94, 109, 113, 116, 294f.  
 Landau, Izidor 109  
 Landau, Zbigniew 220  
 Landau-Czajka, Anna 44, 46, 107f., 114,  
 Lauer, Daniel 293  
 Lauer, Ignacy 293  
 Lauterbach, Maks 295  
 Lenger, Friedrich 75, 254  
 Leś, Ewa 73  
 Leszczyński/Lestschinsky, Jakób 176, 192, 211



- Levy, Leopold 122  
 Lew, Izaak/Icek Juda 173, 233, 301  
 Liban, Władysław 293  
 Lichtenstein, Salek 302  
 Lieberman, Herman 141  
 Liebling, Władysław 293  
 Lipszyc, Hersz Wolf 300  
 Lisiak, Henryk 159  
 Loewenthal, Wilhelm 138  
 Lubomirski, Aleksander (Fürst) 77  
 Majchrowski, Jacek 32, 44, 65  
 Malinowski, Bolesław 113f.  
 Marcus, Joseph 82, 208  
 Markus, Elias 295  
 Martin, Gaston 244  
 Martin, Sean 60f., 82  
 Matuszewski, Tadeusz 131  
 Mayzel, Maurycy 174, 176, 185-187,  
 189, 201, 224, 228f., 234f., 237, 274,  
 300, 302  
 Meisels, Adolf 293  
 Melcer, Wanda 239  
 Melcerowa, Róża 80  
 Melinz, Gerhard 72, 76, 79, 82, 116  
 Mendelsohn Ezra 208  
 Mendelsohn, Szlama/Szlomo 13,  
 302  
 Mendem, Włodzimierz 224  
 Merz, Ludwik 294  
 Michalski, Jan 231  
 Mieczkowski, Władysław 133, 153  
 Miedziński, Bogusław 58, 98  
 Międzyrzecki, Włodzimierz 20, 22  
 Mischler, Ernst 73  
 Mond, Bernard 46, 97  
 Mościcki, Ignacy 193f.  
 Moskal, Anna 122, 136  
 Moss, Kenneth 169  
 Moszczeńska, Izabella 223, 230  
 Narutowicz, Gabriel 70, 139  
 Natanson, Kazimierz 169  
 Nowogródzki, Emanuel 221, 302  
 Oberländer, Salomon 293  
 Ogrodziński, Wincenty 106  
 Orzech, Maurycy 207, 300, 302  
 Pączkowski 249  
 Panzer, Jakub 295  
 Peiper, Juda 293  
 Pickhan, Gertrud 50, 209  
 Piłsudski, Józef 14, 34f., 46, 49, 57,  
 59, 61, 65, 76, 98f., 139f., 144f., 150,  
 152, 154f., 178, 194, 202f., 269  
 Pinkas (Straßenbahnfahrer) 90  
 Polonsky, Antony 11f., 208, 263  
 Pratt, Mary 14  
 Prodanowa, Ludmiła 238  
 Próchnik, Adam 250  
 Prokop-Janiec, Eugenia 131  
 Propstowa, Franciszka 136  
 Pryłucki, Noah 168, 271  
 Przedecz, Majer 301  
 Pulzer, Peter 122, 168  
 Raabe, Mojżesz Maurycy 300  
 Radwan-Pragłowski, Janusz 73  
 Radzyński, Rudolf 59, 99  
 Rafalkes, Nahum Jakub 301  
 Rahden, Till van 16, 19  
 Ranikowski, Janusz 108  
 Rasner, Chaim 300f.  
 Ratajski, Cyryl 153  
 Rauff, Feliks 146  
 Ritterman, Aleksander 294  
 Rock, Łazarz 293  
 Rolle, Karol 26, 34f., 45, 87f., 92f.,  
 95, 110f.  
 Rosenthal, Borusz Wolf 302  
 Rothfeld, Dr. 94  
 Rudnicki, Szymon 9, 77, 98, 172,  
 200, 208  
 Ruge, Tadeusz 158  
 Rundstein, Majer 174, 206  
 Rydz-Śmigły, Edward 108  
 Rytmeister, Gerszon Szlama 302  
 Samsonowska, Krystyna 37  
 Sapięha, Adam Stefan 27, 46, 49, 65  
 Sare, Józef 29, 34, 294  
 Schaff, Maks 78f., 81, 217, 219f.  
 Schechter, Samuel 294f.  
 Schenker, Henryk 294  
 Scherer, Emanuel 248  
 Schmelkes, Mojżesz 294  
 Schreiber, Henryk 58, 90f., 93f., 96,  
 110, 294, 296  
 Schwarzbart, Ignacy 66, 100, 105, 295

- Segal, Michał 301  
 Seidenbeutel, Stanisław 228, 271, 301f.  
 Seifert, Fritz 124  
 Shapiro, Robert M. 42, 79  
 Shazky, Jakov/Szacki, Jakób 211  
 Singer, Bernard 202f., 252  
 Skupień, Anna 119  
 Sławek, Walery 57, 68  
 Sławoj-Składkowski, Felicjan 64  
 Śliwiński, Artur 238  
 Słomiński, Zygmunt 185, 231, 236  
 Sommerstein, Emil 158, 254  
 Sosnowski, Oskar 254  
 Spira, Józef Leopold 63f., 294  
 Sroka, Łukasz Tomasz 75  
 Stach, Stephan 14  
 Stahl, Zdzisław 99  
 Starczewski, Jan 243f.  
 Starzyński, Stefan 194-198, 200, 202,  
 204f., 208, 210, 242-246, 253  
 Stein, Kalman 65f., 295  
 Steinberg 109  
 Steinberg, Joachim 294  
 Steinberg, Józef 294  
 Stempel, Feiweł 45, 58, 62, 104, 109,  
 294f.  
 Stürmer, Maksymilian 146  
 Szafran, Natan 302  
 Szarzyński, D[ymitr?] 187, 194  
 Szczypiorski, Adam 208, 211  
 Szerer, Emanuel 302  
 Szereszowski, Rafał 209f., 252, 300-  
 303  
 Szejn/Stein, Rajzla-Ruchla/Rachel  
 221, 229, 300f.  
 Szwalbe, Natan 201, 300  
 Szeber, Sara 302  
 Szyff, Marian 295  
 Szymański, Jan 134  
 Taub, Józef 294  
 Taubman, Henryk 295  
 Tiedemann, Heinrich von 122  
 Thon, Jehoshua Ozjasz 34, 55, 63,  
 113, 217, 294  
 Tilles, Samuel 36f.  
 Tomaszewski, Jerzy 11, 61, 70, 99,  
 220  
 Trokenheim, Jakób/Jankiel 175,  
 209f., 225, 246, 254, 300-303  
 Truskier, Adolf Abram 172, 180,  
 187, 231, 300f.  
 Trzeciak, Stanisław 200  
 Ury, Scott 166  
 Volkov, Shulamit 261  
 Wachtel, Bernard 294  
 Wasilewski, Zygmunt 131  
 Wasser, Chaim Ozjasz 207, 302  
 Wasserberg, Norbert 294  
 Wawelberg, Hipolit und Ludwika 230  
 Wawrausz, Zdzisław 34  
 Weeks, Theodore 165  
 Wielgus, Piotr 90-92  
 Weinberg, Hirs 300  
 Weinsberg, Bertold 294  
 Weisblat, Adolf 170, 174, 207  
 Więckowski, Erwin 153, 157f.  
 Wierzcholska, Agnieszka 12, 24  
 Wilczyński, Stanisław 185  
 Wilms, Ernst 127  
 Wiślicki, Waclaw 141, 147, 234, 274  
 Wittenberg, Jason 216  
 Wohl, Artur 294f.  
 Wojcieszuk, Elżbieta 139, 159  
 Wolfowicz, Abram/Abraham 173,  
 300  
 Wołowicki, Tadeusz 106  
 Wróbel, Piotr 165  
 Wynot, Edward D. Jr. 173, 179, 206,  
 209  
 Wyrębowski, Adam 178, 199, 229f.  
 Ząbek, Sara 302  
 Zadora-Szwajcer, Józef 185, 187  
 Zalberg, Icek 300  
 Zaremba, Zygmunt 185  
 Żarnowski, Janusz 19  
 Zawadzki, Józef 217, 232, 236, 238  
 Żebrowski, Rafał 209  
 Zimmermann, Juda 44, 53, 57f., 68,  
 71, 97, 116, 295  
 Zimmermann, Susan 72  
 Zukerman, Alan S. 21  
 Zybert, Gerszon 186, 300f.  
 Zygelbojm, Szmul-Mordko 301  
 Zyndram-Kościałowski, Marjan 194



Bisher in der Reihe erschienen – Published so far:

- Bd. 1: Aleksander Brückner revisited. Debatten um Polen und Polentum in Geschichte und Gegenwart. Herausgegeben von Yvonne Kleinmann und Achim Rabus, Göttingen: Wallstein Verlag 2015.
- Bd. 2: Dekonstruieren und doch erzählen. Polnische und andere Geschichten. Herausgegeben von Jürgen Heyde, Karsten Holste, Dietlind Hüchtker, Yvonne Kleinmann und Katrin Steffen, Göttingen: Wallstein Verlag 2015.
- Bd. 3: Imaginations and Configurations of Polish Society. From the Middle Ages through the Twentieth Century. Edited by Yvonne Kleinmann, Jürgen Heyde, Dietlind Hüchtker, Dobrochna Kałwa, Joanna Nalewajko-Kulikow, Katrin Steffen and Tomasz Wiślicz.
- Bd. 5: Ends of War. Interdisciplinary Perspectives on Past and New Polish Regions after 1944. Edited by Paulina Gulińska-Jurgiel, Yvonne Kleinmann, Miloš Řezník und Dorothea Warneck.
- Bd. 7: Kai Witzlack-Makarevich: Sprachpurismus im Polnischen. Ausrichtung, Diskurs, Metaphorik, Motive und Verlauf. Von den Teilungen Polens bis zur Gegenwart. Herausgegeben von Yvonne Kleinmann und Ruprecht von Waldenfels.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2021  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Garamond und der Frutiger  
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

© SG-Image unter Verwendung der Fotografie *Feierliche Sitzung des Krakauer  
Stadtparlaments im Jahr 1934 zum 100. Jahrestag der Herausgabe von Pan Tadeusz.*  
*Muzeum Historyczne m. Krakowa*, Archiwum ilustracji, sygn. 1 - K - 1644 - 3.

ISBN (Print) 978-3-8353-3380-2

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4334-4